DIE OSTPOLITIK DER GROßEN KOALITION UND DIE SOZIALISTISCHEN STAATEN

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Pol. Paul von Kodolitsch
aus Graz

Berlin 1974

DIE OSTPOLITIK DER GROßEN KOALITION UND DIE SOZIALISTISCHEN STAATEN

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung eines Doktors der Philosophie
im Fachbereich Politische Wissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Pol. Paul von Kodolitsch
aus Graz

Berlin 1974

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

1. Gutachter: Prof. Dr. Arnulf Baring
2. Gutachter: Prof. Dr. Helmut Wagner

Tag der mündlichen Prüfung: 11. Februar 1974

Druck: Der Präsident der Freien Universität Berlin – Zentrale Universitätsdruckerei V aA 4, 1 Berlin 41

INHALTSVERZEICHNIS (Kurzfassung)

Seite

EINLEITUNG 1

1. TEIL: DIE PERZEPTION DER IMPERIALISTISCHEN UMWELT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN UND IHR ANTI-IMPERIALISTISCHES PROGRAMM 17

1. KAPITEL: DIE ANALYSE DES INTERNATIONALEN SYSTEMS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES 17

A Die Grundlagen der Analyse 17

1. Die Grundannahmen der sozialistischen Staaten 17

2. Zur Begründung dieser Entscheidung 17

B Die Analyse der Bedingungen des internationalen Systems durch die Staaten des Warschauer Vertrages 26

1. Allgemeine Voraussetzungen der Analyse 26

2. Das internationale Kräfteverhältnis in der gegenwärtigen Epoche 28

3. Die Strategie des Imperialismus 48

4. Die Strategie des Imperialismus und das internationale Kräfteverhältnis 63

C Zusammenfassung und Ergebnis 65

2. KAPITEL: DIE ANALYSE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES 72

A Die Analyse 72

1. Die allgemeine Einschätzung des westdeutschen Imperialismus 72

2. Die Analyse des westdeutschen Imperialismus 74

B Die Funktion dieser Analyse 92

1. Indizien für Funktionen im sozialistischen Lager 93

2. Indizien für Funktionen im imperialistischen Lager 95

Seite

3. KAPITEL: DAS PROGRAMM DER STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES GEGENÜBER DEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN 96

A Die friedliche Koexistenz 96

1. Die Entwicklung des Begriffs der friedlichen Koexistenz 96

2. Der Inhalt des Begriffs der friedlichen Koexistenz 96

3. Die Funktion der Politik der friedlichen Koexistenz 102

4. Ergebnis 103

B Das antiimperialistische Programm der Staaten des Warschauer Vertrages 105

1. Allgemeine Voraussetzungen dieses Programms 105

2. Das Programm 106

4. KAPITEL: DIE REGELUNG DER DEUTSCHEN FRAGE 183

A Die deutsche Friedensregelung 183

B Die Vereinigung beider deutscher Staaten 186

1. Die Bedingungen für eine Vereinigung 186

2. Der Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten 187

3. Das Interesse der sozialistischen Staaten an einer Regelung der deutschen Frage 198

2. TEIL: DIE INNERSOZIALISTISCHEN BEDINGUNGEN 209

5. KAPITEL: DER SOZIALISTISCHE INTERNATIONALISMUS 209

A Die nationale und die internationale Komponente des sozialistischen Internationalismus 210

1. Die nationale Komponente 210

2. Die internationale Komponente 211

B Die "dialektische Einheit" der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus 213

1. Allgemeine Charakterisierung dieser Einheit 213

2. Die Grenzen des sozialistischen Internationalismus 216

3. Maßstäbe des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten 219

Seite

C Die Mittel und Methoden zur Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus 236

1. Der Grundsatz des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses 236

2. Die Konkretisierung dieses Grundsatzes 236

3. Zwangsmittel: Die gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften 246

D Ergebnis 252

6. KAPITEL: DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE EINHEIT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN 254

A Die ideologische Einheit der sozialistischen Staaten 254

1. Die Grundlagen des Kampfes um die ideologische Einheit 254

2. Der Kampf um die ideologische Einheit 258

B Die Einheit des Aufbaus des Sozialismus in den sozialistischen Staaten 275

1. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft 276

2. Die Auseinandersetzung um die Einheit des Aufbaus des Sozialismus 302

C Die politische Einheit der sozialistischen Staaten 318

1. Die Einheit im Kampf gegen die inneren Feinde des Sozialismus 319

2. Die Einheit im Kampf um die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit 322

D Zusammenfassung und Ergebnis 354

1. Das sowjetische Verhalten im Kampf um die Einheit des sozialistischen Lagers 354

2. Die anderen sozialistischen Staaten 357

3. Rückschlüsse für die BRD 388

3. TEIL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BONN UND DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN 390

7. KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN VON 1966 BIS 1969 390

A Die Reaktion auf die neue Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition 390

Seite

1. Die Reaktion der sozialistischen Staaten 390
2. Die Ursachen dieser Reaktion 393
3. Ergebnis 407

B Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD 408
1. Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen 409
2. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau 425

8. KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN 1969 433

ERGEBNIS 438

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 448

ANMERKUNGEN 450

LITERATURVERZEICHNIS 623

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
EINLEITUNG		1
1. TEIL:	DIE PERZEPTION DER IMPERIALISTISCHEN UMWELT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN UND IHR ANTI-IMPERIALISTISCHES PROGRAMM	17
1. KAPITEL:	DIE ANALYSE DES INTERNATIONALEN SYSTEMS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES	17
A	Die Grundlagen der Analyse	17
1.	Die Grundannahmen der sozialistischen Staaten	17
2.	Zur Begründung dieser Entscheidung	17
a)	Allgemein	17
b)	Die beiden Extreme: Rumänien und die SU	19
(1)	Die Sowjetunion	19
(a)	Die Identität von Sozialismus und Sowjetunion	19
(b)	Die globale Verantwortung der SU	20
(2)	SRR	21
(a)	Die Entwicklung des Nationbegriffs durch die RKP	21
(b)	Zur Analyse des Begriffs der Nation in der RKP	24
B	Die Analyse der Bedingungen des internationalen Systems durch die Staaten des Warschauer Vertrages	26
1.	Allgemeine Voraussetzungen der Analyse	26
a)	Die Objekte der Analyse	26
b)	Der historische Ablauf der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus	27
2.	Das internationale Kräfteverhältnis in der gegenwärtigen Epoche	28

		Seite
a)	Das internationale Kräfteverhältnis	28
(1)	Die nationale Befreiungsbewegung	28
(2)	Das Erstarken des sozialistischen Weltsystems	29
(a)	Die sozialistischen Staaten allgemein	29
(b)	Der Beitrag der Sowjetunion zum Erstarken des sozialistischen Weltsystems	30
(3)	Die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche	32
(a)	Die Erfolge des Imperialismus	32
(b)	Die Entwicklung in den kapitalistischen Staaten	33
(c)	Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten	35
c) 1.	Ursachen der Widersprüche in den kapitalistischen Staatenbeziehungen	35
c) 2.	Ausdrucksformen dieser Widersprüche	36
c) 3.	Folgen der Widersprüche	37
b)	Die Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses	38
(1)	Zur Fragestellung	38
(2)	Analyse der Widersprüche und Differenzen in der Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses	40
(a)	Die Voraussetzungen der Analyse	40
(b)	Die Analyse	41
b) 1.	Die Haltung Rumäniens	41
b) 1.1	Die Widersprüchlichkeit der rumänischen Haltung	41
b) 1.2	Erklärungsmöglichkeiten für diese Widersprüche	42
b) 2.	Die Haltung der übrigen sozialistischen Staaten	45
3.	Die Strategie des Imperialismus	48
a)	Allgemeine Grundlagen der Analyse der imperialistischen Strategie	48
(1)	Die allgemeine Einschätzung des Imperialismus durch die sozialistischen Staaten	48

Seite

(a)	Wesen, Ziel und Strategie des Imperialismus	48
(b)	Die Hauptmächte des Imperialismus	49
(2)	Allgemeine Kennzeichnung der antisozialistischen Strategie des Imperialismus	50
(a)	Die Strategie des Imperialismus und das internationale Kräfteverhältnis	50
(b)	Die Entwicklung der inhaltlichen Vorstellungen über die antisozialistische imperialistische Strategie	52
b)	Die imperialistische Strategie gegenüber den sozialistischen Staaten	54
(1)	Die "ideologische Diversion"	54
(a)	Die ideologische Diversion als Schwerpunkt der imperialistischen Strategie	54
(b)	Inhalt und Funktion der ideologischen Diversion	54
(c)	Mittel und Methoden der ideologischen Diversion	55
c) 1.	Ansatzpunkte der ideologischen Diversion	55
c) 1.1	Die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der sozialistischen Staaten und der kapitalistischen Länder	55
c) 1.2	Die Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus	56
c) 1.3	Die Erosion des Ostblocks	59
c) 2.	Formen der ideologischen Diversion	60
c) 3.	Ergebnis	61
(2)	Weitere Mittel und Methoden der imperialistischen Strategie	61
(a)	Der bewaffnete Kampf gegen den Sozialismus	62
(b)	Die Beeinflussung der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Staaten	63
4.	Die Strategie des Imperialismus und das internationale Kräfteverhältnis	63
C	Zusammenfassung und Ergebnis	65

		Seite
2. KAPITEL:	DIE ANALYSE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES	72
A	Die Analyse	72
1.	Die allgemeine Einschätzung des westdeutschen Imperialismus	72
2.	Die Analyse des westdeutschen Imperialismus	74
a)	Die Ziele des westdeutschen Imperialismus	74
b)	Die Strategie des westdeutschen Imperialismus	75
(1)	Die innenpolitischen Voraussetzungen	75
(a)	Die allgemeine innenpolitische Entwicklung in der BRD	75
(b)	Die Formierung des Herrschaftssystems in der BRD	77
(c)	Ergebnis	78
(2)	Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen Verbündeten	79
(a)	Das Bündnis mit den USA	79
(b)	Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber den westeuropäischen Partnern	80
(3)	Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber den sozialistischen Staaten	81
(a)	Die Grundlagen dieser Politik	81
a) 1.	Die neue Ostpolitik und das internationale Kräfteverhältnis	81
a) 2.	Die Entwicklung der Bonner Ostpolitik	81
(b)	Die neue Ostpolitik	83
b) 1.	Allgemeine Charakterisierung der neuen Ostpolitik	83
b) 2.	Mittel und Methoden der neuen Ostpolitik	84
b) 2.1	Die verschiedenen Ebenen der neuen Ostpolitik	84
b) 2.2	Die Mittel und Methoden zur Erreichung einzelner Ziele	85
b) 2.2.1	Die neue Ostpolitik und die Verbündeten Bonns	85

Seite

b) 2.2.2	Neue Ostpolitik und Westberlin	86
b) 2.2.3	Neue Ostpolitik und DDR	86
b) 2.3	Neue Ostpolitik und sozialistisches Lager	88
b) 2.3.1	Die Vorbereitung der direkten Konfrontation	88
b) 2.3.2	Erosion der sozialistischen Staatsordnung	90
b) 2.3.3	Erosion der Staatenbeziehungen	92
B	Die Funktion dieser Analyse	92
1.	Indizien für Funktionen im sozialistischen Lager	93
a)	Der Intensitätsgrad der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus	93
b)	Die Intensität der Beschwörung der gesamten imperialistischen Gefahr und der deutschen Gefahr	94
2.	Indizien für Funktionen im imperialistischen Lager	95
3. KAPITEL:	DAS PROGRAMM DER STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES GEGENÜBER DEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN	96
A	Die friedliche Koexistenz	96
1.	Die Entwicklung des Begriffs der friedlichen Koexistenz	96
a)	Der XX. Parteitag der KPdSU	96
b)	Der Vergleich mit Lenin	98
2.	Der Inhalt des Begriffs der friedlichen Koexistenz	99
a)	Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz	99
b)	Die Grenzen der friedlichen Koexistenz	99
(1)	Das Verhältnis zwischen Unterdrückten und Unterdrückern	99
(2)	Ideologie und friedliche Koexistenz	100
(3)	Ergebnis	101
3.	Die Funktion der Politik der friedlichen Koexistenz	102
4.	Ergebnis	103

		Seite
B	Das antiimperialistische Programm der Staaten des Warschauer Vertrages	105
1.	Allgemeine Voraussetzungen dieses Programms	105
2.	Das Programm	106
a)	Das Programm der sozialistischen Staaten für den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern	106
(1)	Das Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte	106
(a)	Die Struktur des Bündnisses	107
(b)	Die Funktion des Bündnisses	109
b) 1.	Zum Problem des Überganges der kapitalistischen Länder zum Sozialismus	109
b) 2.	Zur konkreten Politik des Bündnisses: die Objekte der Zusammenarbeit	112
(c)	Ergebnis	113
(2)	Die sozialistischen Staaten und der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern	115
(a)	Die Grundlagen der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien: der proletarische Internationalismus	116
(b)	Zum Verhältnis zwischen jenen Parteien, die an der Macht sind, und jenen Parteien, die die Macht noch erringen müssen	119
(c)	Ergebnis	122
b)	Das Programm der sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen Ländern	123
(1)	Die Beziehungen zu den USA betreffend	123
(a)	Allgemeine Kennzeichnung des Programms	123
(b)	Die Vereinigten Staaten und Europa	124
(c)	Ergebnis	125
(2)	Die Europapolitik der Staaten des Warschauer Vertrages	126
(a)	Die Grundlagen der Europapolitik der sozialistischen Staaten	127
a) 1.	Die Bedeutung Europas und der europäischen Sicherheit für das gesamte internationale System	127

		Seite
a) 2.	Die Beurteilung der Lage in Europa durch die Staaten des Warschauer Vertrages	127
a) 3.	Zur Strategie der Europapolitik der Staaten des Warschauer Vertrages	129
(b)	Das europapolitische Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten	131
b) 1.	Die Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit	131
b) 2.	Die europäische Zusammenarbeit	133
b) 2.1	Ziele der europäischen Zusammenarbeit	133
b) 2.2	Die Bereiche der europäischen Zusammenarbeit	134
b) 2.3	Die ökonomische Zusammenarbeit	135
b) 2.3.1	Die Vorstellungen der sozialistischen Staaten	135
b) 2.3.1.1	Polen, die DDR, Bulgarien und die SU	135
b) 2.3.1.2	Ungarn	138
b) 2.3.1.3	Die CSSR	139
b) 2.3.1.4	Die SRR	140
b) 2.3.2	Die Ursachen der Divergenzen im sozialistischen Lager in der Frage der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten	142
b) 2.3.3	Europäische Sicherheit und europäische Zusammenarbeit	146
b) 2.4	Die Mittel und Methoden zur Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit	147
b) 2.4.1	Die Herstellung normaler Beziehungen	147
b) 2.4.2	Der Abschluß eines multilateralen Vertrages über Gewaltverzicht, Nichteinmischung und friedliche Regelung von Konflikten	150
b) 2.4.3	Die Einschaltung der UNO	152
b) 2.4.4	Weitere Mittel und Methoden	153
b) 3.	Die europäische Sicherheit	153
b) 3.1	Allgemeine Zielsetzung	153
b) 3.2	Mittel und Methoden zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit	154
b) 3.2.1	Die Paralysierung der aggressiven Kräfte	154

		Seite
b) 3.2.1.1	Maßnahmen gegen die BRD	154
b) 3.2.1.2	Maßnahmen gegen die Vereinigten Staaten	158
b) 3.2.1.3	Maßnahmen gegen andere aggressive Kräfte	159
b) 3.2.2	Die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa	159
b) 3.2.2.1	Die Auflösung der Militärblöcke	159
b) 3.2.2.2	Die Bereinigung der deutschen Frage	163
b) 3.3	Die weitere Ausformung des kollektiven Sicherheitssystems für Europa	163
b) 4.	Europäische Sicherheitskonferenz	165
b) 4.1	Die Vorstellungen der sozialistischen Staaten für diese Konferenz	165
b) 4.1.1	Gegenstand der Konferenz	165
b) 4.1.2	Die Vorbereitung der Konferenz	166
b) 4.1.3	Die Teilnehmer der Konferenz	167
b) 4.2	Die Konsequenzen dieser Vorschläge	170
b) 5.	Wandlungen der Europapolitik der sozialistischen Staaten	172
(3)	Abrüstungspolitik	176
(a)	Allgemeine Zielsetzung und Strategie der sozialistischen Staaten in der Abrüstungsfrage	176
(b)	Die Abrüstungspolitik der sozialistischen Staaten	177
b) 1.	Die Massenvernichtungsmittel betreffend	177
b) 1.1	Nuklearwaffen	177
b) 1.1.1	Der Kernwaffensperrvertrag	177
b) 1.1.2	Weitere Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle	179
b) 1.2	Andere Massenvernichtungsmittel	181
b) 2.	Andere Abrüstungsmaßnahmen	182
4. KAPITEL:	DIE REGELUNG DER DEUTSCHEN FRAGE	183
A	Die deutsche Friedensregelung	183
B	Die Vereinigung beider deutscher Staaten	186
1.	Die Bedingungen für eine Vereinigung	186

Seite

2.	Der Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten	187
a)	Das Mandat der DDR zur Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten	187
b)	Das Programm der DDR über den Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten	188
(1)	Die Grundlagen des Programms	188
(a)	Die Analyse der Lage durch die DDR und die allgemeine Zielsetzung des Programms	188
(b)	Allgemeine Charakterisierung des Programms	189
(2)	Das Programm zur Vereinigung	190
(a)	Die Phase der Normalisierung der Beziehungen	190
a) 1.	Die Normalisierung der Beziehungen: die völkerrechtliche Natur der Beziehungen und der Gegenstand der Normalisierung	190
a) 2.	Normalisierung der Beziehungen: Sonderprobleme	192
a) 2.1	Diplomatische Beziehungen	192
a) 2.2	Westberlin	193
a) 2.2.1	Der Status von Westberlin	193
a) 2.2.2	Die Normalisierung der Beziehungen West-Berlin - DDR	194
a) 2.3	Ergebnis	195
(b)	Die zweite Phase: die Annäherung beider deutscher Staaten	195
b) 1.	Die demokratische Umgestaltung der BRD	196
b) 2.	Die Konföderation	197
3.	Das Interesse der sozialistischen Staaten an einer Regelung der deutschen Frage	198
a)	Das Interesse an einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten	198
b)	Das Interesse an der Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR, der BRD und West-Berlin	204

		Seite
2. TEIL:	DIE INNERSOZIALISTISCHEN BEDINGUNGEN	209
5. KAPITEL:	DER SOZIALISTISCHE INTERNATIONALISMUS	209
A	Die nationale und die internationale Komponente des sozialistischen Internationalismus	210
1.	Die nationale Komponente	210
2.	Die internationale Komponente	211
B	Die "dialektische Einheit" der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus	213
1.	Allgemeine Charakterisierung dieser Einheit	213
2.	Die Grenzen des sozialistischen Internationalismus	216
3.	Maßstäbe des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten	219
a)	Die einzelnen sozialistischen Staaten	220
(1)	Die Sowjetunion	220
(2)	Die DDR	221
(3)	Polen	222
(4)	Ungarn	224
(5)	Bulgarien	225
(6)	Die CSSR	226
(a)	Ära Dubcek	226
(b)	Ära Husak	228
(c)	Ergebnis	229
(7)	Rumänien	229
(a)	Die Abgrenzung gegenüber dem Nationalismus	230
(b)	Der "richtig verstandene und richtig konzipierte" sozialistische Internationalismus	231
b)	Die gemeinsamen Grundsätze des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten	233

Seite

C	Die Mittel und Methoden zur Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus	236
1.	Der Grundsatz des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses	236
2.	Die Konkretisierung dieses Grundsatzes	236
a)	Bilaterale Mittel und Methoden	237
b)	Multilaterale Mittel und Methoden	239
(1)	Rumänien	239
(2)	Die CSSR	241
(3)	Die anderen sozialistischen Staaten	242
c)	Die Inkompatibilität von gleichberechtigtem Willensbildungsprozeß und Postulat der Einheit des sozialistischen Lagers	243
3.	Zwangsmittel: Die gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften	246
a)	Zur Entstehungsgeschichte des Grundsatzes	247
b)	Zur theoretischen Fundierung dieses Grundsatzes	248
c)	Der Grundsatz des Zwanges	249
D	Ergebnis	252
6. KAPITEL:	DIE AUSEINANDERSETZUNG UM DIE EINHEIT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN	254
A	Die ideologische Einheit der sozialistischen Staaten	254
1.	Die Grundlagen des Kampfes um die ideologische Einheit	254
a)	Die Abweichung vom Marxismus-Leninismus	254
(1)	Der Revisionismus	254
(2)	Der Dogmatismus	255
b)	Die Folgen der Abweichung vom Marxismus-Leninismus	255
c)	Ergebnis	256

		Seite
2.	Der Kampf um die ideologische Einheit	258
a)	Der Kampf der SU	258
(1)	Der Kampf gegen den chinesischen Dogmatismus	258
(2)	Der Kampf gegen den tschechoslowakischen Revisionismus	259
(a)	Die Ursachen des tschechoslowakischen Revisionismus	259
(b)	Die Abweichungen des tschechoslowakischen Revisionismus vom Marxismus-Leninismus	260
(3)	Das Verhältnis der SU gegenüber dem tschechoslowakischen Revisionismus und gegenüber dem chinesischen Dogmatismus (Vergleich)	261
b)	Die Haltung der anderen sozialistischen Staaten	264
(1)	In der ideologischen Auseinandersetzung mit dem chinesischen Dogmatismus	264
(2)	Der Kampf gegen den tschechoslowakischen Revisionismus	265
(a)	Die Haltung der Staaten des Warschauer Vertrages (außer SU und CSSR)	265
a) 1.	Die Haltung Rumäniens	265
a) 2.	Die Haltung Ungarns	267
a) 3.	Die Haltung Polens	268
(b)	Die Haltung der CSSR	270
b) 1.	Während der Reformzeit	270
b) 2.	Nach der Intervention	272
c)	Ergebnis	274
B	Die Einheit des Aufbaus des Sozialismus in den sozialistischen Staaten	275
1.	Die entwickelte sozialistische Gesellschaft	276
a)	Die neue soziale Struktur	276
(1)	Der Weg der SU zum Kommunismus	277
(2)	Die anderen sozialistischen Staaten	280
b)	Die Vervollkommnung der politischen und ökonomischen Formen	282
(1)	Die ökonomischen Formen	282

		Seite
(a)	Die Ursachen der Bemühungen der sozialistischen Staaten um eine Vervollkommnung der ökonomischen Formen	282
(b)	Die neuen ökonomischen Formen	285
b) 1.	Die verschiedenen Wege zur Vervollkommnung der ökonomischen Formen	285
b) 2.	Der Weg Ungarns und der CSSR	285
b) 2.1	Ungarn	285
b) 2.2	Die CSSR	286
(c)	Ergebnis	287
(2)	Die Vervollkommnung der politischen Formen	292
(a)	Die Ursachen und die allgemeine Zielsetzung der Bemühungen um die Vervollkommnung der politischen Formen	292
(b)	Die Vervollkommnung der politischen Formen	292
b) 1.	Die Rolle der Partei betreffend	292
b) 2.	Die politische Leitung der Gesellschaft betreffend	293
(c)	Politische Formen und entwickelte sozialistische Gesellschaft	297
(3)	Ergebnis	301
2.	Die Auseinandersetzung um die Einheit des Aufbaus des Sozialismus	302
a)	Die Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China	302
(1)	Die Auseinandersetzung der SU mit Peking	302
(2)	Die anderen sozialistischen Staaten	303
b)	Auseinandersetzung mit der CSSR	304
c)	Die Auseinandersetzung mit Jugoslawien	315
d)	Die Einheit des sozialistischen Aufbaus	316
C	Die politische Einheit der sozialistischen Staaten	318
1.	Die Einheit im Kampf gegen die inneren Feinde des Sozialismus	319
a)	Die Auseinandersetzung mit China	319
b)	Die Auseinandersetzung mit den antisozialistischen Kräften in der CSSR	320

Seite

c)	Die Auseinandersetzung mit den Kritikern der Intervention in der CSSR	321
2.	Die Einheit im Kampf um die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit	322
a)	Die ökonomische Integration der sozialistischen Staaten	322
(1)	Die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten	322
(2)	Die ökonomische Integration der sozialistischen Staaten und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)	325
b)	Die außenpolitische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten	332
(1)	Die antiimperialistische Aktionseinheit	332
(a)	Die Auseinandersetzung mit Peking	332
(b)	Die Auseinandersetzung mit der CSSR	334
(c)	Die Auseinandersetzung mit Rumänien	335
c) 1.	Die Abweichungen Rumäniens	335
c) 2.	Die Auseinandersetzung mit der Politik Rumäniens	336
(2)	Die Festigung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im Warschauer Vertrag	339
(a)	Die Haltung der CSSR	341
(b)	Die Haltung Rumäniens	342
(c)	Der Vergleich mit den anderen sozialistischen Staaten	344
(d)	Die Auseinandersetzung um die Vertiefung der Zusammenarbeit	348
d) 1.	Die Auseinandersetzung mit Prag	348
d) 2.	Die Auseinandersetzung mit Rumänien	349
d) 3.	Die Auseinandersetzung mit der SFRJ	351
D	Zusammenfassung und Ergebnis	354
1.	Das sowjetische Verhalten im Kampf um die Einheit des sozialistischen Lagers	354
a)	Die Aufrechterhaltung der Doktrin der Einheit	354

		Seite
b)	Die Konkretisierung der Doktrin der Einheit	355
2.	Die anderen sozialistischen Staaten	357
a)	Die DDR	357
b)	Polen	363
c)	Bulgarien	365
d)	Ungarn	367
(1)	Die ungarischen Abweichungen	367
(2)	Die Ursache der ungarischen Abweichungen	371
e)	Rumänien	375
f)	Die CSSR	384
(1)	Ära Novotny und Ära Husak	384
(2)	Ära Dubcek	385
3.	Rückschlüsse für die BRD	388
3. TEIL:	DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BONN UND DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN	390
7. KAPITEL:	DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN VON 1966 BIS 1969	390
A	Die Reaktion auf die neue Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition	390
1.	Die Reaktion der sozialistischen Staaten	390
2.	Die Ursachen dieser Reaktion	393
a)	Das Verhalten der SU	394
b)	Das Verhalten der DDR	396
(1)	Die Widersprüchlichkeit der These von der verstärkten Expansion des westdeutschen Imperialismus	396
(2)	Die Isolierung der DDR und die Bestimmung der Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten durch die DDR	400
c)	Das Verhalten Polens	402

Seite

d) Das Verhalten der CSSR 404
e) Das Verhalten Ungarns und Bulgariens 405
f) Das Verhalten Rumäniens 406

3. Ergebnis 407

B Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD 408

1. Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen 409

2. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau 425

8. KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN 1969 433

ERGEBNIS 438

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 448

ANMERKUNGEN 450

LITERATURVERZEICHNIS 623

Einleitung

1.

Die Arbeit "Westdeutsche Außenpolitik und sozialistische Staaten" will die Grenzen bestimmen, die die Staaten des Warschauer Vertrages der westdeutschen Außenpolitik in den drei Jahren der Regierung der Großen Koalition setzten, will den Spielraum ausloten, den diese Staaten der Außenpolitik der Bundesrepublik ließen. Zwar wird diese Arbeit als eigenständige Studie vorgelegt, doch sie ist zugleich Teil eines fünf Arbeiten umfassenden größeren Projektes, dessen Erkenntnisinteresse den Grenzen der westdeutschen Außenpolitik in den drei Jahren der Großen Koalition gilt[1]. Untersuchungsgegenstand und Fragestellung der vorliegenden Arbeit ergeben sich aus diesem größeren Projekt.

Um trotz unterschiedlicher erkenntnisleitender und methodischer Ansätze der Mitarbeiter der Gesamtstudie eine gemeinsame Fragestellung entwickeln zu können, erschien es sinnvoll, den gemeinsamen Begriff der "Grenze" in heuristischer Absicht offen zu definieren: der Begriff "Grenze" meint den Zusammenhang all jener Faktoren, welche die prinzipiell unbegrenzten außenpolitischen Entscheidungsmöglichkeiten eines hypothetischen Entscheidungsträgers aufgrund der Gegebenheiten der internationalen und innenpolitischen Lage sowie der Wert- und Zielvorstellungen der Entscheidungsträger faktisch reduziert haben auf das, was sich als begrenzter, nur wenige Alternativen zulassender außenpolitischer Handlungsspielraum der Bundesregierung der Großen Koalition manifestiert hat. Werden diese Faktoren systematisiert, kann man davon ausgehen, daß der außenpolitische Handlungsspielraum einer politischen Ein-

heit zum einen durch ihre internationale Umwelt, durch das internationale System, und zum anderen durch ihre eigene Struktur bestimmt wird. Dieser Systematisierung entsprechend unterscheidet das Gesamtprojekt "äußere Grenzen", also Grenzen, die das internationale System der Außenpolitik der BRD setzt, und "innere Grenzen", die sich aus der inneren Struktur der BRD ergeben. Drei der fünf Einzelstudien des Projektes haben die "inneren Grenzen", zwei, darunter die vorliegende, die "äußeren Grenzen" zum Gegenstand[2]. Das allgemeine Erkenntnisinteresse der Gesamtarbeit gilt somit im Bereich der Teildisziplin "Internationale Beziehungen" der Politikwissenschaft dem "Verhältnis von Innen- und Außenpolitik"[3].

2.

Die vorliegende Arbeit, deren Erkenntnisinteresse dem Problem gilt, inwieweit die Staaten des Warschauer Vertrages[4] den außenpolitischen Handlungsspielraum der BRD in den drei Jahren der Großen Koalition begrenzten, stößt nicht nur auf das Fehlen einer allgemeinen Theorie, die die wechselseitigen Beziehungen zwischen den nationalen Systemen und dem internationalen System erklären könnte[5], sondern auch auf das Fehlen einer Theorie, die der besonderen Problematik jenes Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik gerecht zu werden vermöchte, das der Außenpolitik der sozialistischen Staaten zugrunde liegt. Die Theoriebildung im Bereich der sozialistischen, insbesondere der sowjetischen, Außenpolitik ist, soweit sie nicht vom Marxismus-Leninismus ausgeht, kaum über die Analyse der "Triebkräfte und Faktoren der sowjetischen Außenpolitik"[6] hinausgekommen, die die Außenpolitik der Sowjetunion durch die Verbindung von zwei Elementen, nämlich des weltrevolutionären, ideologischen und des natio-

nalstaatlichen beziehungsweise nationalistischen beziehungsweise machtpolitischen beziehungsweise totalitären, bestimmt sieht[7]. Dieser Ansatz ist aus folgenden Gründen für die vorliegende Arbeit nicht brauchbar:

- Da er die Aussage, die sowjetische Politik sei ideologisch und machtpolitisch motiviert, nicht mit Hypothesen (die dann dem empirischen Test für den Zeitraum der Großen Koalition unterworfen werden könnten) darüber verbindet, in welchen Situationen welche Komponente welches Verhältnis zwischen beiden Komponenten das sowjetische Verhalten bestimmt, eignet er sich allenfalls dazu festzustellen, welche Komponente zu welchen Teilen an einer bestimmten Entscheidung beteiligt w a r , das heißt, er kann nur post-factum-Erklärungen liefern und ermöglicht damit weder eine sinnvolle Auswahl noch auch eine Systematisierung des empirischen Materials.

- Dieser Ansatz vermag ferner nicht die Kriterien zu nennen, mit deren Hilfe sich die Entscheidung, ein bestimmtes Verhalten der Sowjetunion (oder eines anderen sozialistischen Staates) als ideologisch oder machtpolitisch motiviert zu bezeichnen, objektivieren ließe.

  Boris Meissner zum Beispiel wertet die Verletzung ideologischer Prinzipien des Marxismus-Leninismus[8] als Beweis dafür, daß bei der Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik das "totalitäre Element" überwiegt, wobei allerdings die Orientierung an dem "von der marxistisch-leninistischen Ideologie gewiesenen Endziel" erhalten bleibe, "da in der Utopie die Legitimation der totalitären Herrschaft begründet ist"[9]. Diese Beweisführung ist aus einem doppelten Grund nicht zwingend und demonstriert damit die Unbrauchbarkeit dieses Ansatzes:

  · Sie impliziert die Vorstellung, der Marxismus-Leninismus sei eine in allen ihren wissenschaftlichen Theorien und Lehrsätzen feststehende, unumstrittene Ideologie, so daß ein bestimmtes Verhalten nur mit dieser Ideologie verglichen zu werden braucht, um feststellen zu können, ob es mit dem Marxismus-Leninismus übereinstimmt oder nicht. Da dies aber nicht so ist, wie die ideologische Zerrissenheit nicht nur der sozialistischen Staaten sondern auch der gesamten "Linken" der Welt erkennen läßt, wird jede Aussage darüber, ob ein bestimmtes Verhalten mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Einklang zu bringen ist, bis zu einem gewissen Grade willkürlich und damit nicht mehr nachprüfbar[10].

· Ihr zweiter Mangel ist der, daß sie die Ideologie offensichtlich auf die Funktion beschränkt, die Erhaltung und den Ausbau der Machtposition der herrschenden kommunistischen Parteien zu rechtfertigen. Sie versäumt es damit zu prüfen, ob sich mit der Vollendung des sozialistischen Aufbaus "die potentiell 'totalitären' Aufgabenstellungen der Doktrin" nicht weitgehend historisch erledigt haben (das heißt die "extrem konfliktträchtige Konkretisierung" der "intentional-utopischen Elemente" der Ideologie "zur operativen Handlungsanweisung") und ob sich damit die Funktion der Ideologie nicht gewandelt hat, ob die Priorität der Herrschaftsfunktion der Ideologie nicht weitgehend aufgehoben ist[11]. Sie vernachlässigt die "reale Funktion" der Ideologie - im ökonomischen Bereich etwa die Steigerung der Arbeitsproduktivität[12], die auch über außenpolitische Erfolge erzielt werden kann, denn sie verstärkt die Identifizierung mit der sozialistischen Ordnung, erhöht die "sozialistische Moral"[13].

- Ein weiterer Mangel dieses Ansatzes besteht darin, daß er völlig einseitig auf die sowjetische Außenpolitik zugeschnitten ist, daß er damit den Beitrag, den die nichtsowjetischen sozialistischen Staaten zur Außenpolitik des sozialistischen Staatensystems leisten, vernachlässigt[14], daß er sich damit der Aufgabe entzieht zu prüfen, inwieweit die Tatsache, daß nicht mehr die mit totalitären Methoden konkretisierte Doktrin der absoluten Einheit der sozialistischen Staaten[15] die Gestaltung der Beziehungen zwischen diesen Ländern bestimmt, daß nun Konflikte bis zu einem gewissen Grade anerkannt werden, daß nun eine Art kontrollierter Pluralismus herrscht, den ehemaligen Satelliten der SU zu einer gewissen Unabhängigkeit verhilft, welche Kontrollmechanismen den stalinschen Terror ersetzt haben und wieweit dieser Wandlungsprozeß die Außenpolitik beeinflußt, die die sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen Ländern verfolgen.

Da aus all diesen Mängeln der herkömmliche Ansatz der "Sowjetologie" für die vorliegende Arbeit nicht genutzt werden kann, und da andererseits, soll die konkrete Fragestellung dieser Arbeit nicht vernachlässigt werden, kein Ansatz entwickelt werden kann, der allen oben angesprochenen Problemen gerecht zu werden vermag, soll im Folgenden lediglich von der auch dem Gesamtprojekt zugrunde liegenden zentralen Annahme ausgegangen

werden, daß der außenpolitische Handlungsspielraum einer politischen Einheit vom internationalen System und der inneren Struktur dieser Einheit begrenzt wird, daß somit die Art und Weise, wie sich die sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen Staaten allgemein und der BRD speziell verhalten, zum einen von der Politik des Westens und der BRD und zum anderen von den innersozialistischen Bedingungen, das heißt von den Vorgängen innerhalb und zwischen den sozialistischen Staaten[16], bestimmt wird. Im übrigen aber werden die konkreten Fragestellungen der vorliegenden Arbeit nicht aus bestimmten theoretischen Annahmen sondern aus der Konfrontation der Ostpolitik Bonns mit den Bedingungen des internationalen Systems und mit der Westpolitik der sozialistischen Staaten abgeleitet[17].

3.

Das internationale System der Nachkriegszeit war gekennzeichnet durch den Kalten Krieg zwischen Ost und West, durch das amerikanische Atommonopol, durch die "containment" - und "roll back" - Strategie des Westens gegenüber dem Kommunismus und durch den Sieg des Sozialismus in mehreren europäischen und asiatischen Staaten. Die Westintegration und damit auch die Einordnung der BRD in die Strategie der "Politik der Stärke" war im Sinne dieses Systems nur folgerichtig (vorausgesetzt man akzeptiert die These, daß die Aggressivität und die Expansivität des Kommunismus der BRD nur die Wahl zwischen Freiheit und Unterwerfung ließ), denn sie vermochte durch die Eingliederung in das westliche Bündnissystem die Sicherheit der BRD zu gewährleisten; sie ermöglichte durch die alliierte Hilfe beim Wiederaufbau Westdeutschlands das "deutsche Wirtschaftswunder"; sie sorgte dafür, daß die Bundesregierung als einzig legitime Sprecherin des ganzen deut-

schen Volkes sowohl im Westen als auch in der blockfreien Welt weitgehend anerkannt wurde; sie konnte sogar glaubhaft machen, daß sie, die prima facie doch eher Teilungs- denn Wiedervereinigungspolitik war, der einzige Weg zur Überwindung der deutschen Teilung sei, der nicht in Unfreiheit und Unterwerfung enden würde, ging sie doch von der Fiktion aus, die kommunistische Herrschaft über den anderen Teil Deutschlands und über Osteuropa werde zusammenbrechen, wenn es dem Westen gelänge, dem Kommunismus entschlossen, einig und mit Selbstvertrauen entgegenzutreten, seine wirtschaftlichen Kräfte zu mobilisieren und sein militärisches Potential zu stärken, denn dann werde die kommunistische Expansion gestoppt und jene Kräfte im Kommunismus würden die Oberhand gewinnen, die den Ausgleich mit dem Westen suchen.

Das durch die sowjetischen Nuklearversuche und den ersten Sputnik signalisierte strategische Patt zwischen der SU und den Vereinigten Staaten ließ die "Politik der Stärke" scheitern und änderte das internationale System radikal: die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten sahen sich zur Koexistenz genötigt und gingen unter Kennedy und Chruschtschow auf Entspannungskurs; die Bipolarität begann sich dank der zentrifugalen Kräfte im östlichen wie im westlichen Lager und der wachsenden Bedeutung der Blockfreien und der dritten Welt zu lockern.

Trotz dieser Änderungen des internationalen Systems behielt die BRD ihre Politik, die integraler Bestandteil der "Politik der Stärke" gewesen war, bei und geriet dadurch, noch in der letzten Phase der Ära Adenauer, in Gegensatz zu den von der Entspannung gekennzeichneten Bedingungen des internationalen Systems.

Zwar erkannte die Regierung Erhard, daß das Ziel der "Wiedervereinigung in Freiheit" nicht gegen den Willen

der SU erreicht werden konnte[18], womit sie der "Politik der Stärke" bereits die Grundlage entzog, und sie schloß daraus, die Wiedervereinigung nur mit friedlichen Mitteln anzustreben[19], doch damit trug sie nur sehr unzureichend den gegebenen Bedingungen des internationalen Systems Rechnung:

Angesichts der Unvereinbarkeit der "Wiedervereinigung in Freiheit" mit den gegebenen Bedingungen des internationalen Systems - das nukleare Patt hatte zur Folge, daß keine der beiden Supermächte die eigenen Ziele beziehungsweise die ihrer Verbündeten gegen den Willen der anderen Seite integral durchzusetzen vermag, es sei unter dem Risiko einer bewaffneten Auseinandersetzung, die die eigene Vernichtung bedeuten könnte - bestand grundsätzlich nur die Alternative, das Ziel der "Wiedervereinigung in Freiheit" zu revidieren beziehungsweise zu modifizieren oder jene Bedingungen des internationalen Systems zu ändern, die der "Wiedervereinigung in Freiheit" im Wege stehen.

Die Regierung Erhard tat weder das eine noch versuchte sie wirklich das andere. Sie begnügte sich mit der völlig ineffektiven Konfrontation ihrer rechtlichen und politischen Standpunkte mit denen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Sie setzte damit die "Politik der Stärke" fort, obwohl dieser durch das nukleare Patt längst die Grundlage entzogen worden war. Diese Konfrontationspolitik, die ja erklärtermaßen nicht die Provokation einer militärischen Entscheidung zum Ziel hatte, konnte nur dann sinnvoll sein, wenn sie dem Zweck gedient hätte, bereits im Ansatz erkennbare, günstigere Entwicklungen der Bedingungen des internationalen Systems abzuwarten.

Schröder scheint die "Erosion" des Ostblocks für eine solche Entwicklung gehalten zu haben[20]. Doch während der

Ära Erhard führte der Versuch, den Erosionsprozeß deutschlandpolitisch zu nützen, zu keinerlei meßbarem Ergebnis, obwohl die "Friedensnote" an der richtigen Stelle anzusetzen schien, nämlich dort, wo es darum ging, die friedlichen Absichten der BRD zu dokumentieren, ein Minimum an Entspannungswilligkeit zu beweisen und damit die Integrationsfunktion des "westdeutschen Militarismus und Revanchismus" im sozialistischen Lager zu schwächen[21], um den zentrifugalen Kräften Auftrieb zu verleihen. Dabei blieb aber völlig unklar, wie ein solchermaßen stimulierter Erosionsprozeß deutschlandpolitisch zu nutzen gewesen wäre. Während die Regierung Erhard in ihrer "Friedensnote" nur sehr zögernd einen ersten Entspannungsschritt gewagt hatte, der eher von der Erkenntnis, daß sich die BRD zu isolieren drohte, als von neuer Kompromißbereitschaft zeugte, stellte sich die Regierung der Großen Koalition die Aufgabe, bei der Entspannungspolitik mitzuwirken, ohne jedoch "Lebensrechte unseres Volkes" preiszugeben[22]. Die Außenpolitik der neuen Bundesregierung sollte die Interessen des eigenen Volkes realisieren, das heißt den Frieden und die freiheitliche Lebensordnung bewahren und die Wiedervereinigung der Deutschen in einem Staat und in Freiheit anstreben[23], und der Sicherung des Friedens in einer Welt dienen, in welcher die Schicksale der Völker so eng miteinander verknüpft sind, daß sich niemand mehr der Mitverantwortung für diese Welt und für den Frieden in dieser Welt entziehen kann[24].

Die Regierungserklärung der Regierung der Großen Koalition hatte damit als Korrektiv zu der unter Erhard noch aufrechterhaltenen Priorität des nationalen Anliegens der Wiedervereinigung in Freiheit, wie sie in der Formel, Entspannung nur durch Wiedervereinigung[25] zum Ausdruck gekommen war, die Sicherung des Weltfriedens gesetzt.

Den in dieser doppelten Zielsetzung - Entspannung plus Wiedervereinigung - angelegten Dualismus versuchte die Regierungserklärung mit der Versicherung zu entschärfen, die BRD werde ihre Ziele nie anders als mit friedlichen Mitteln anstreben. Damit ist jedoch wenig über die alternativen Entscheidungsmöglichkeiten im Fall einer Kollision der beiden Zielsetzungen gesagt; ganz konkret: für welches Ziel wird sich die Bundesregierung entscheiden, wenn es sich herausstellt, daß die Verwirklichung der "Lebensrechte" des deutschen Volkes von anderen Staaten beziehungsweise Staatengruppen als Bedrohung des Weltfriedens empfunden wird und seitens dieser Staaten eine Politik auslöst, die die Wiedervereinigung wirksam zu verhindern weiß? Die Politik der Bundesregierung gerät in einem solchen Fall erneut wieder in Widerspruch zum Entspannungsprozeß, wenn sie auf ihrer Wiedervereinigungspolitik beharrt.

Dem Dilemma, entweder auf die Wiedervereinigung zu verzichten, oder sie gegen den Entspannungsprozeß weiter zu verfolgen, suchte die Große Koalition zu entgehen, indem sie den Prozeß der Wiedervereinigung mit dem der allmählichen Abschwächung und Überwindung des Ost-West-Konfliktes zu synchronisieren versuchte[26]. Anders als die Regierung Erhard betrachtete die Große Koalition die Wiedervereinigung nicht mehr als Voraussetzung der Entspannung; sie war ferner überzeugt, daß die Wiedervereinigung auch nicht das automatische Ergebnis des Entspannungsprozesses sein konnte, sondern sie vertrat die Ansicht, daß die Wiedervereinigung Bestandteil und Funktion der europäischen Entspannung sei[27].

Diese "Synchronisations"-Strategie basierte auf folgender Argumentationsreihe:

- Das strategische Patt zwischen den beiden Großmächten bewahrt zwar einen prekären Frieden, befestigt aber auch den die Teilung Deutschlands bedingenden status quo[28].

- Jenseits der durch das Patt erzwungenen mehr oder weniger friedlichen Koexistenz bestehen die machtpolitischen und ideologischen Gegensätze weiter; die Fronten sind mitten in Deutschland erstarrt[29].

- Im Augenblick ist daher die deutsche Frage nicht zu lösen[30], denn die "kritische Größenordnung" eines wiedervereinigten Deutschlands ließe angesichts des fortbestehenden Ost-West-Gegensatzes die Integration eines solchen Deutschland in den Osten oder den Westen nicht zu, denn damit würde die Balance der Kräfte bedroht[31].

- Eine wie auch immer geartete Wiedervereinigung setzt daher notwendigerweise den Abbau des Ost-West Gegensatzes voraus, denn nur dadurch bestünde, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung[32], die Möglichkeit, die "kritische Größenordnung" eines wiedervereinigten Deutschland zu kontrollieren.

Aus dieser Analyse der außenpolitischen Situation der BRD durch die Regierung der Großen Koalition geht klar hervor, daß die Wiedervereinigung, wenn überhaupt, erst nach Ablauf eines langwierigen Prozesses wird erreicht werden können. Die Regierung der Großen Koalition lokalisierte daher ihren Handlungsspielraum auch zwischen den Extremen des Sichabfindens mit der Teilung und der unfruchtbaren Konfrontation der politischen und rechtlichen Standpunkte. Sie suchte zu prüfen, ob zwischen diesen beiden Extremen Möglichkeiten vernünftigen und menschlichen politischen Tuns bestünden[33], das heißt ohne wesentliche Positionen aufzugeben, beabsichtigte die Bundesregierung ihren Entspannungswillen zu beweisen, um zum Abbau des Ost-West Gegensatzes beizutragen und auf diese Weise auch der Verwirklichung der Wiedervereinigung näher zu kommen. Hierbei ist der Gewaltverzicht und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Staaten das entscheidende Instrument.

Aus den Wirkungen, die diese Strategie im sozialistischen Lager hervorzurufen vermochte, können die konkreten Fragestellungen für die vorliegende Arbeit abgeleitet werden:

1. Wenn die Bundesregierung in ihrer außenpolitischen Strategie ihre Entspannungspolitik mit dem Ziel der Wiedervereinigung in Freiheit verband, dann reduzierte sie die deutsche Frage in ihrer Ostpolitik auf das Problem, wie die sozialistischen Staaten zunächst von den friedlichen Absichten der BRD (Mittel: der Gewaltverzicht) und dann von der Richtigkeit der Hypothese überzeugt werden könnten, die "kritische Größenordnung" eines wiedervereinigten Deutschland ließe sich im Rahmen einer europäischen Friedensordnung, deren Verwirklichung den Abbau des Ost-West Gegensatzes voraussetzt, kontrollieren.

   Diese Reduktion implizierte die Annahme, daß die sozialistischen Staaten die deutsche Frage primär als Sicherheitsproblem betrachten, daß der Widerstand, den sie der Verwirklichung der westdeutschen Pläne entgegensetzen, überwunden werden könne, gelänge es nur, die Sicherheitsbedenken der sozialistischen Staaten auszuräumen. Die Bundesregierung vernachlässigte damit nicht nur das Problem, welche innersozialistischen Funktionen die Auseinandersetzung der sozialistischen Staaten mit dem "westdeutschen Imperialismus" hat (vgl. unten), sondern sie ließ auch die Tatsache unbeachtet, daß die langfristige Zielsetzung der westdeutschen Außenpolitik die Liquidierung eines sozialistischen Staates, der DDR, intendiert, denn nichts anderes bedeutet das Postulat der Wiedervereinigung in Freiheit, und daß eine Entspannungspolitik, die erklärtermaßen der Liquidierung eines sozialistischen Staates dienen soll, kaum geeignet ist, die sozialistischen Staaten von der Friedfertigkeit der Politik Bonns zu überzeugen.

Soll erklärt werden, welche Grenzen die sozialistischen Staaten der westdeutschen Außenpolitik setzen, muß untersucht werden, welche Faktoren ihr Handeln bestimmen, muß die Frage nach dem marxistisch-leninistischen Inhalt der Außenpolitik der Sowjetunion[34] und ihrer Verbündeten beantwortet und damit analysiert werden, wie die Politik der Bundesregierung von den sozialistischen Staaten interpretiert wurde, welches Programm sie ihr entgegensetzten und inwieweit beides vom Verhalten der BRD und ihrer Bündnispartner bestimmt wurde.

2. Die Entspannungspolitik der Bundesregierung implizierte ferner - ob gewollt oder ungewollt, ob bewußt oder unbewußt[35] - Konsequenzen für die Kohäsion des sozialistischen Lagers:

   - Die, gemessen am Westen, relativ große Homogenität des sozialistischen Lagers ist nicht nur das Resultat gemeinsamer Überzeugungen, gemeinsamer Ziele und gemeinsamer Interessen, sondern auch das Ergebnis der Konfrontation mit dem allen sozialistischen Staaten gemeinsamen Feind, dem Imperialismus.

     Die Integrationsfunktion des Imperialusmus verlor im Verlauf des Entspannungsprozesses und der Politik der friedlichen Koexistenz an Wirksamkeit. Das Einschwenken der Bundesregierung auf den Entspannungskurs verminderte diese Wirksamkeit weiter.

     Da die verschiedenen sozialistischen Staaten mit der BRD durch Probleme verschiedener Art und verschiedener Intensität konfrontiert sind, wird die Wirksamkeit des Integrationsfaktors "westdeutscher Militarismus und Revanchismus" dort am meisten gemindert, wo die wenigsten Reibungspunkte der BRD zu den einzelnen sozialistischen Staaten bestehen.

- Die Bundesregierung forcierte diesen Differenzierungsprozeß weiter, indem sie, entsprechend den Essentials ihrer Deutschland- und Ostpolitik (das heißt die "Lebensrechte"), den einzelnen sozialistischen Staaten unterschiedlich weit entgegenkam. Die Spannweite reichte von der Nichtanerkennung eines sozialistischen Staates, der DDR, bis zur Aufhebung der Hallstein-Doktrin für einen anderen, Jugoslawien.

- Die Absicht der Bundesregierung, die ökonomischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu erweitern, bietet diesen Ländern Alternativen zu ihrer Orientierung an den innersozialistischen ökonomischen Beziehungen und ist damit ebenfalls geeignet, die Kohäsion des sozialistischen Lagers zu lockern.

Die Politik der Bundesregierung war somit geeignet, die Wirksamkeit einiger Bindungskräfte des sozialistischen Lagers zu vermindern. Es ist daher notwendig zu analysieren, welcher Stellenwert dem Integrationsfaktor "westdeutscher Imperialismus" im Gefüge der Integrationsmechanismen des sozialistischen Lagers zukommt. Er wird umso größer sein, je geringer die Effektivität der anderen Integrationsfaktoren ist - und je größer er ist, desto heftiger werden die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf die Politik der Bundesregierung reagieren, desto eher wird auch die Bundesregierung an die Grenzen ihrer ost- und deutschlandpolitischen Handlungsmöglichkeiten stoßen.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich die Gliederung der vorliegenden Arbeit in drei Teile:

- Im ersten Teil soll analysiert werden, wie die sozialistischen Staaten die Politik der BRD interpretieren und welches Programm sie ihr entgegensetzen, wobei es im wesentlichen darum geht festzustellen, inwieweit die Politik, die die sozialistischen Staaten gegenüber der BRD verfolgen, durch die Konfrontation mit der BRD und mit ihren Verbündeten bestimmt wird.

- Im zweiten Teil soll dann untersucht werden, wie die innersozialistischen Bedingungen, das heißt die Bedingungen innerhalb der einzelnen sozialistischen Staaten und die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, das außenpolitische Verhalten der sozialistischen Staaten beeinflussen.

- Im dritten Teil schließlich geht es darum zu analysieren, inwieweit das konkrete Verhalten, das die sozialistischen Staaten gegenüber der BRD in den Jahren von 1966 bis 1969 an den Tag legten, vom Verhalten der BRD und inwieweit es von den innersozialistischen Bedingungen bestimmt wurde.

4.

Die vorliegende Arbeit stützt sich im wesentlichen auf Quellenmaterial, das die sozialistischen Staaten selbst veröffentlichten, das heißt auf Reden der führenden Politiker der Staaten und Parteien des Warschauer Vertrages, auf Entschließungen der Organe dieser Parteien und dieser Staaten, auf Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Radiosendungen usw. sowie auf gemeinsame Beschlüsse der sozialistischen Staaten beziehungsweise der kommunistischen und Arbeiterparteien. Da diese Materialien beschränkt sind[36], können sie nicht als Zeugnisse tatsächlicher

Sachverhalte gewertet werden, sondern sie müssen als Ausdruck dessen betrachtet werden, wie die sozialistischen Staaten die Beziehungen des internationalen Systems, die Außenpolitik der BRD und die innersozialistischen Verhältnisse perzipierten und zur Grundlage ihrer Außenpolitik machten. Die Untersuchung folgt demnach im wesentlichen der Selbstdarstellung der sozialistischen Staaten, der marxistisch-leninistischen Analyse, der die Staaten des Warschauer Vertrages die Bedingungen des internationalen Systems, die Außenpolitik der BRD und die innersozialistischen Verhältnisse unterziehen. Die in immanenter Betrachtung gewonnenen Erkenntnisse - und solche Erkenntnisse sind zu gewinnen[37] - müssen kritisch überprüft werden, soll nicht nur wiederholt werden, wie sich die sozialistischen Staaten selbst darstellen. Eine kritische Dimension erhält die immanente Betrachtung nicht nur durch die dieser Arbeit zugrunde liegende zentrale Annahme[38], die, zumindest tendenziell, alle jene Faktoren einzuschließen vermag, die das außenpolitische Verhalten der sozialistischen Staaten bestimmen und die damit dafür Sorge trägt, daß immer wieder auch jene Bestimmungsfaktoren sozialistischer Außenpolitik in die Analyse miteinbezogen werden, die die sozialistischen Staaten selbst nicht nennen, sondern auch durch die im Wege des Vergleichs überprüften Erkenntnisse der immanenten Betrachtung:

- Zum einen müssen die unterschiedlichen Verhaltensweisen, die die sozialistischen Staaten in denselben Situationen zeigen, miteinander verglichen werden. So gilt es zum Beispiel die Frage zu beantworten, warum die sozialistischen Staaten, die doch alle mit demselben Imperialismus konfrontiert sind, die Gefahr, die vom Imperialismus droht, sehr unterschiedlich einschätzen.

- Zum anderen muß geprüft werden, warum die sozialistischen Staaten in Situationen, die von derselben Problematik gekennzeichnet sind, unterschiedlich reagieren, warum sie zum Beispiel in der CSSR intervenierten, in China aber nicht, obwohl sie revisionistische und dogmatisch-sektiererische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus gleichermaßen verurteilen.

- Zum dritten muß auch analysiert werden, warum die sozialistischen Staaten die gleiche Frage zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich beantworten, warum sie zum Beispiel der BRD 1969 Verhandlungsangebote unterbreiteten, die sie 1967 noch verweigert hatten, und dies, obwohl die Ostpolitik der BRD inzwischen eher unnachgiebiger als kompromißbereiter geworden war.

Diese Methodenkombination - immanente Interpretation und kritische Überprüfung der auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse - hat einen dreifachen Vorteil:
Sie meidet weitgehend nicht nur jene Gefahren, die daraus entstehen können, daß mit einer dem Marxismus-Leninismus fremden Begrifflichkeit ein Staatensystem und seine Außenpolitik analysiert werden, deren Grundlage eben dieser Marxismus-Leninismus bildet[39], sondern sie verfällt auch nicht in das andere Extrem, indem sie sich darauf beschränkt, die Selbstdarstellung der sozialistischen Staaten wiederzugeben. Außerdem bildet diese Methode die einzige Alternative für die vorliegende Arbeit, einer kritiklosen Registrierung sozialistischer Selbstdarstellung aus dem Wege zu gehen, ohne gezwungen zu sein, eine (durch eine empirische Arbeit ohnehin nicht zu leistende) dem sozialistischen Staatensystem entsprechende eigene Begrifflichkeit zu entwickeln.

1. TEIL: DIE PERZEPTION DER IMPERIALISTISCHEN UMWELT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN UND IHR ANTI-IMPERIALISTISCHES PROGRAMM

1. KAPITEL: DIE ANALYSE DES INTERNATIONALEN SYSTEMS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES

A Die Grundlagen der Analyse

1. Die Grundannahmen der sozialistischen Staaten

Drei grundlegende Annahmen bilden die Basis, auf welcher die Staaten des Warschauer Vertrages das internationale System analysieren und ihre Position in diesem System bestimmen:

- Der Hauptinhalt der gegenwärtigen Epoche ist der von der Oktoberrevolution eingeleitete Übergang der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Grundwiderspruch der Gegenwart ist daher der zwischen Sozialismus und Kapitalismus[1].
- Die weltweite Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus wird zugunsten des Sozialismus entschieden werden, so daß früher oder später alle Völker zum Sozialismus gelangen werden[2].
- Die Sowjetunion, die DDR, die CSSR, Bulgarien, Rumänien, Polen und Ungarn haben sich in dieser Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus auf die Seite des Sozialismus gestellt[3].

2. Zur Begründung dieser Entscheidung

a) allgemein

Kein Staat des Warschauer Vertrages begnügt sich damit, seine Entscheidung für den Sozialismus allein damit zu rechtfertigen, diese Entscheidung entspreche dem histo-

rischen Fortschritt, da der Übergang der Menschheit zum Sozialismus das gesetzmäßige Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung ist[4], sondern sie alle greifen zu zusätzlichen Rechtfertigungen, wenn sie ihre Entscheidung für den Sozialismus mit der Verwirklichung ihrer nationalen Interessen in Zusammenhang bringen - freilich tun sie dies in sehr unterschiedlicher Art und Weise:

- Auf der einen Seite steht das rumänische Extrem: die Nation und ihre Interessen sind für die RKP mehr als nur eine zusätzliche Begründung ihrer Entscheidung für den Sozialismus, nämlich eine gleichwertige Orientierung neben dem Sozialismus.

- Das andere Extrem bildet die SU, die ihre eigene, nationale Entwicklung nicht nur mit der eigenen Entwicklung zum Sozialismus und zum Kommunismus, sondern auch mit der Entwicklung der gesamten Menschheit identifiziert und daraus ihre globale Verantwortung für die Geschicke des Sozialismus und damit der gesamten Menschheit ableitet.

- Zwischen diesen Extremen liegen die übrigen Staaten des Warschauer Vertrages:

  - Polen stellt am deutlichsten den Zusammenhang von Nationalinteresse und Sozialismus heraus, wenn es erklärt, nationale und soziale Staatsräson seien identisch[5], denn der Sozialismus habe Polen nicht nur die "gesellschaftliche Befreiung", sondern auch die "nationale Wiedergeburt" gebracht[6]; eine Verneinung der sozialistischen Gesellschaftsordnung sei daher gleichbedeutend mit einer Negierung der Grundlagen des polnischen Staatswesens[7].

  - Auch Ungarn identifiziert die Geschicke der Nation mit denen des Sozialismus[8].

  - Die CSSR stellt fest, daß sie alle ihre Erfolge dem Sozialismus verdanke. Daraus resultiert für die tschechoslowakischen Kommunisten die Identität von Sozialismus und nationaler Sicherheit, von Sozialismus und wirtschaftlichem Wohlergehen und Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung[9].

- Sofia sieht in den Fortschritten, die das sozialistische Bulgarien im Vergleich zu seinen kapitalistischen Nachbarn in den 25 Jahren seiner Existenz auf allen Gebieten erzielt hat den "markantesten Beweis" dafür, daß die sozialistische der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überlegen ist; es ist überzeugt, daß der Sozialismus, die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten den Belangen der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit Bulgariens entspricht[10].

- Aus der Übereinstimmung der eigenen Entwicklung mit den historischen Gesetzen der Gegenwart folgert die DDR, daß sie die Zukunft des deutschen Volkes, auch des westdeutschen, verkörpert, weil sie dem imperialistischen Westdeutschland um eine ganze historische Etappe voraus ist[11], und weil sie die sozialistische Ordnung und damit das verwirklicht, was "die besten Geister aller Zeiten erträumten: Humanismus und Gerechtigkeit, Freiheit, Sicherheit und Menschlichkeit"[12].

b) Die beiden Extreme: Rumänien und die SU

(1) Die Sowjetunion

Zwar ist auch die Sowjetunion überzeugt davon, daß sie mit dem Aufbau des Sozialismus in der SU und mit der Schaffung günstiger internationaler Voraussetzungen für diesen Aufbau nicht nur dem historischen Fortschritt, sondern auch den Lebensinteressen des sowjetischen Volkes dient[13], doch darüber hinaus identifiziert sie ihre eigene Entwicklung mit der der gesamten Menschheit zum Sozialismus und leitet daraus ihre globale Verantwortung für den Sozialismus und die Menschheit ab.

(a) Die Identität von Sozialismus und Sowjetunion

Der KPdSU dienen die historischen Verdienste, die sich die SU um den Sozialismus erworben hat, ihre Vorbildfunktion beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus und ihre ökonomische und militärische Macht als Grundlagen für die Identifizierung der Sowjetunion mit dem Sozialismus:

- Die Oktoberrevolution schuf in Rußland einen Staat neuen Typs, den sozialistischen Sowjetstaat, und eine Demokratie neuen Typs, die Demokratie für die Werktätigen. In den Jahren nach der Oktoberrevolution erhielt die Menschheit dank der Arbeit des sowjetischen Volkes und dank der theoretischen und praktischen Tätigkeit der Kommunistischen Partei eine real bestehende sozialistische Gesellschaft und eine in der Praxis bewährte Wissenschaft vom Aufbau des Sozialismus. Die SU bahnte der Menschheit die Heerstraße zum Sozialismus[14].

  Nach dem 2. Weltkrieg beschritt eine Reihe weiterer Staaten den Weg zum Sozialismus, was die SU durch ihren entscheidenden Beitrag zur Niederwerfung des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus ermöglicht hatte; es entstand das sozialistische Weltsystem[15].

- Das Land, das als erstes den Kommunismus aufbaut, erleichtert und beschleunigt den Vormarsch des ganzen sozialistischen Weltsystems zum Kommunismus, denn es bahnt der Menschheit unerforschte Wege, ermittelt Schwierigkeiten und findet die Mittel, diese zu überwinden; es wählt die besten Formen und Methoden des kommunistischen Aufbaus aus[16].

- Der Aufbau des Kommunismus in der SU entspricht den Interessen eines jeden Landes der sozialistischen Staatengemeinschaft (und damit implizit aller Staaten, da der Sozialismus ja den Fortschritt der Menschheit verkörpert), da er die wirtschaftliche Macht und die Verteidigungsfähigkeit des sozialistischen Weltsystems festigt[17], die "in nicht geringem Maße" von den wirtschaftlichen Errungenschaften der SU abhängen[18].

(b) Die globale Verantwortung der SU

Auf der Basis ihrer Identifikation der SU mit dem Sozialismus formuliert die KPdSU ihre globale Verantwortung für den historischen Fortschritt, die in folgenden Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik zum Ausdruck kommt:

- Die APol der SU verfolgt das Ziel, gemeinsam mit den anderen sozialistischen Staaten günstige internationale Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus zu gewährleisten. Die SU dient damit nicht nur den Lebensinteressen des eigenen Volkes,

sondern sie erfüllt auch ihre internationalistische revolutionäre Pflicht gegenüber den sozialistischen Bruderländern und den Werktätigen aller Länder[19].

- Die SU muß sich für die Situation in jedem Teil der Welt interessieren, denn überall, wo die Interessen des Weltfriedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker angetastet werden, werden auch die Interessen der SU berührt[20]. Die Verantwortung gegenüber dem sowjetischen Volk und die internationale Pflicht tragen es der SU auf, "daß die große Autorität und Macht des Sowjetstaates effektiv der Erhaltung und der Festigung des Friedens, dem Widerstand gegen die Politik der Verschärfung der internationalen Spannung und Aggression überall dort diene, wo diese Politik den Frieden bedroht"[21].

(2) SRR

Die RKP begnügt sich nicht wie die anderen sozialistischen Staaten damit, die Identität von Nationalinteressen, beziehungsweise Lebensinteressen der betreffenden Völker und Sozialismus festzustellen, sondern sie geht davon aus, daß die Nation mit der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage eine neue Qualität, ihre höchste, erreicht.

(a) Die Entwicklung des Nationbegriffs durch die RKP

Den IX. Parteitag der RKP (1965), den 45. Jahrestag der Gründung der RKP (1966), die Beratungen der Großen Nationalversammlung im Juli 1967 und schließlich den X. Parteitag der RKP (1969) nahm Ceausescu zum Anlaß, die Vorstellungen der rumänischen Führung über den Begriff der Nation zu entfalten:

- Noch auf dem IX. Parteitag der RKP beschwor Ceausescu die Vollendung der Nation im Sozialismus vor allem, um die verschiedenen Nationalitäten der Bevölkerung Rumäniens in den sozialistischen Staat zu integrieren

und sie zu einer sozialistischen Nation zu verschmelzen. Er erklärte, das "Verschwinden der Ausbeuterklassen" habe zur "Festigung der Nation, zur Stärkung ihrer Einheit" geführt, denn nur im Sozialismus "kann eine wirkliche Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen, kann die gemeinsame sozialistische Kultur aller das gleiche Territorium bewohnender Bürger voll zur Geltung kommen, kann die Einheit des Volkes im Kampf und in der Arbeit für die Verwirklichung seines Strebens nach Wohlstand und Glück gesichert werden ...", und er folgerte daraus, "die Nation und der Staat werden noch lange Zeit die Grundlage für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Entwicklung der Nation, die Festigung des sozialistischen Staates entsprechen den objektiven Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens ..."[22].

- In seiner Rede zum 45. Jahrestag der Gründung der RKP, am 7. Mai 1966, führte Ceausescu diesen Gedankengang fort, indem er die These einer "Reihe von Theoretikern" zu widerlegen suchte, die behaupten, die Nation sei eine veraltete, geschichtlich überholte Kategorie, die in der gegenwärtigen Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung keine wichtige Rolle mehr zu spielen vermöge. Die Nation, so führte er aus - und bewies es an Hand geschichtlicher Erfahrungen[23] und der Tatsache, daß in der heutigen Welt neben den alten dutzende neue jüngere Nationen entstünden, die immer mehr Einfluß gewännen, sowie des schlüssigen Beispiels Rumäniens -, "(werde) in der gesamten Periode des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus auch weiterhin noch lange Zeit die Grundlage für die Entwicklung unserer Gesellschaft bilden ..."[24].

- In seiner Rede vor der Großen Nationalversammlung zog Ceausescu im Juli 1967 deutlicher als zuvor die außenpolitischen Konsequenzen aus dem Nationbegriff der RKP. Er erklärte, "ein Wesenszug der Zeit, in der wir leben, ist die immer intensivere Beteiligung der kleinen und mittleren Länder an der Lösung der Fragen des internationalen Lebens". Zwar haben die Großmächte, dank ihres Potentials und ihres Einflusses, eine besondere Verantwortung, doch die Regelung internationaler Streitfragen ist nicht mehr alleine ihre Sache; die kleineren und mittleren Länder können den Lauf der Ereignisse weitgehend beeinflussen, indem sie zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beitragen[25].

- Auf dem X. Parteitag der RKP schließlich führte Ceausescu Folgendes aus[26]:

- Die Entwicklung der zeitgenössischen Gesellschaft beweist, daß "die Nation - die historisch-soziale Kategorie, der der Marxismus-Leninismus schon immer eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat - auch in unseren Tagen ihre volle Gültigkeit bewahrt".

- Die Richtigkeit dieser These wird bewiesen durch eine "gewaltige, weltweite Bewegung nationalen Erwachens der Völker", die gegenwärtig stattfindet:

  - Dutzende Völker haben ihre Unabhängigkeit erhalten und ihr Kampf für die Wahrung und Festigung ihrer Freiheit ist "einer der wesentlichen Teile des sozial-politischen Bildes unserer Epoche".

  - Auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen die bürgerliche Nation zur Entwicklungsreife gelangte, "findet die Losung der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit tiefen Widerhall in den Reihen der Volksmassen, der fortschrittlichen Klassen, einschließlich in einigen Kreisen der nationalen Bourgeoisie".

- Die Rolle der Nation ist auch nach der proletarischen Revolution mit der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage nicht beendet. Der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus führt auch die Nation auf eine qualitativ höhere Stufe. Wie das rumänische Beispiel beweist, gewährleistet "die auf der Abschaffung der Ausbeutung und der Unterdrückung, der Errichtung der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit beruhende sozialistische Nation ... erstmalig die Verflechtung der Interessen und Bestrebungen aller Klassen, aller Mitglieder der Gesellschaft, die Nutzung der Dynamik und Schaffenskraft des ganzen Volkes in Richtung des Fortschritts und des Gedeihens".

  Im Gegensatz zum Imperialismus, der auf der Ungleichheit und Unterdrückung der Nationen beruht, woraus die Widersprüche in den imperialistischen Staatenbeziehungen resultieren, verwirklicht die sozialistische Nation ihren Fortschritt nicht auf Kosten anderer Nationen, sie verletzt kein Recht auf freie und souveräne Entwicklung, so daß die objektiven Grundlagen des Gegensatzes zwischen den Nationen, "der Nährboden für Nationalismus und Chauvinismus sowie die Tendenzen der Hegemonie" verschwinden.

(b) Zur Analyse des Begriffs der Nation in der RKP

Für die RKP ist die Nation die Gemeinschaft aller das gleiche Territorium bewohnender Bürger, die, ungeachtet ihrer verschiedenen Nationalität, durch das gemeinsame Leben und den gemeinsamen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung entstand und die sich daher nicht in der bürgerlichen Etappe ihrer Verwirklichung, sondern erst im Sozialismus vollenden kann.

Neben dieser sozialen hat der Begriff der Nation nach Auffassung der RKP somit auch noch eine historische Dimension, die darin zum Ausdruck kommt, daß die Nation als Form der menschlichen Gemeinschaft ein gesetzmäßiger Prozeß, eine obligatorische Etappe in der Evolution aller Völker ist, die in der kapitalistischen Gesellschaft begann und auch in der gesamten Periode des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus noch lange Zeit andauert, wie es die marxistisch-leninistische Analyse der gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Systems durch die RKP bestätigt.

Die Frage, wie lange diese Etappe dauern wird, beziehungsweise von welchen Faktoren ihre Beendigung abhängt, beantwortet die RKP nicht.

Aus der Entwicklung des Begriffs der Nation durch die RKP wird deutlich, daß dieser Begriff eine innen- und eine außenpolitische Funktion zu erfüllen hat: im Innern dient er der Integration der verschiedenen Nationalitäten der rumänischen Bevölkerung in den sozialistischen Staat, dient er der Verschmelzung der verschiedenen Nationalitäten zur sozialistischen Nation, während er nach außen die freie und souveräne Entwicklung Rumäniens gewährleisten soll - und zwar nicht nur gegen den Imperialis-

mus, sondern auch gegenüber den sozialistischen Staaten, denn in den sozialistischen Staatenbeziehungen fehlen zwar die objektiven, nicht aber die subjektiven Grundlagen für die gegenseitige Unterdrückung der Nationen.

Aus der Nationbegriff der RKP wird nach all dem deutlich, daß sich ihr Verständnis vom Verhältnis zwischen Nation und Sozialismus nicht darin erschöpft, daß sie der Überzeugung Ausdruck verleiht, die Verfolgung der nationalen Interessen jedes Volkes sei identisch mit der Verwirklichung des Sozialismus, sondern sie betrachtet die Nation und deren Selbstverwirklichung im Innern und im internationalen System offensichtlich als Wert, der unabhängig vom Sozialismus existiert, der durch den Sozialismus eine neue, höhere Qualität erhält, der aber auch eine obligatorische Etappe in der Evolution aller Völker darstellt, die in der kapitalistischen Gesellschaft begann und die in die sozialistische und kommunistische weit hineinreicht. Somit bedarf die Nation zu ihrer Selbstverwirklichung zwar des Sozialismus, doch sie ist auch ein Wert, der um seiner selbst willen verfolgt werden muß und der damit mehr ist als nur eine zusätzliche Begründung der Entscheidung Rumäniens für den Sozialismus, nämlich eine zusätzliche und gleichwertige Orientierung Rumäniens neben dem Sozialismus.

B Die Analyse der Bedingungen des internationalen Systems durch die Staaten des Warschauer Vertrages

1. Allgemeine Voraussetzungen der Analyse

a) Die Objekte der Analyse

Ihren Grundentscheidungen entsprechend analysieren die Staaten des WV das internationale System unter dem Aspekt, wie sich der seit der Oktoberrevolution das internationale Geschehen bestimmende Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus entwickelt und welchen Stand er gegenwärtig erreicht hat.

Da die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus nur mit dem Sieg des Sozialismus und der Niederlage des Imperialismus enden kann, da somit der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus antagonistisch ist, wird sich weder das Klassenziel des Imperialismus, die Vernichtung des Sozialismus, noch das Klassenziel des Sozialismus, Aufbau der kommunistischen Gesellschaft im globalen Maßstab, ändern[27]; damit sind neue Zielkonstellationen ausgeschlossen und variabel ist nur die Strategie von Imperialismus und Sozialismus, die sich mit den Bedingungen der Auseinandersetzung zwischen den beiden antagonistischen Gesellschaftssystemen wandelt.

Die Bedingungen dieser Auseinandersetzung wiederum ändern sich mit den Wandlungen des Kräfteverhältnisses zwischen dem Sozialismus und dem Imperialismus, beziehungsweise den fortschrittlichen antiimperialistischen Kräften.

Objekte der Analyse, der die Staaten des WV die Bedingungen des internationalen Systems unterwerfen, sind so-

mit das internationale Kräfteverhältnis und die daraus resultierende Strategie des Imperialismus in seiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und mit den anderen fortschrittlichen antiimperialistischen Kräften.

b) Der historische Ablauf der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus

Die sozialistischen Staaten unterscheiden drei Etappen in der Entwicklung der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus[28], die auch die einzelnen Stationen der allgemeinen Krise des Kapitalismus markieren[29]:

- Die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der SU spaltete die Welt in zwei entgegengesetzte gesellschaftliche Systeme. Der Klassenkampf in den kapitalistischen Staaten wuchs in eine Auseinandersetzung zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten hinein.

- Nach dem 2. Weltkrieg entschieden sich eine Reihe weiterer Staaten in Europa und Asien, wie die SU den Weg zum Sozialismus zu beschreiten; das sozialistische Weltsystem entstand, und damit verfügte der Sozialismus über eine "im staatlichen und internationalen Maßstab organisierte politische, wirtschaftliche, ideologische und militärische Macht", womit der Imperialismus in die zweite Etappe seiner allgemeinen Krise eintrat.

- Heute befindet sich der Imperialismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise, die gekennzeichnet ist durch

  · die sowjetischen Erfolge in der Entwicklung von Kernwaffen und ihren Trägersystemen,

  · das ökonomische, militärische und politische Erstarken des sozialistischen Lagers,

  · den Zerfall des Kolonialsystems und das Wachsen der nationalen Befreiungsbewegung

  · und durch die Zuspitzung der innerkapitalistischen Widersprüche.

> Das Kräfteverhältnis in der Welt ist aus diesen Gründen in der gegenwärtigen Epoche durch zwei Tendenzen bestimmt, durch das Erstarken der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte und durch die Erhöhung der von der aggressiven Politik des Imperialismus heraufbeschworenen Gefahr[30].

Es dreht sich bei der Analyse der Bedingungen des internationalen Systems durch die Staaten des WV also darum, das internationale Kräfteverhältnis und die Strategie des Imperialismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise zu untersuchen.

2. Das internationale Kräfteverhältnis in der gegenwärtigen Epoche

a) Das internationale Kräfteverhältnis

Das internationale Kräfteverhältnis wird nach Auffassung der sozialistischen Staaten durch die wachsenden Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte (das heißt des sozialistischen Weltsystems, der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten und der nationalen Befreiungsbewegung) sowie durch die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche bestimmt.

(1) Die nationale Befreiungsbewegung

Das von der internationalen Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 in Moskau beschlossene Hauptdokument über "die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der Kommunistischen und Arbeiterparteien aller antiimperialistischen Kräfte" stellt fest, die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas

und Lateinamerikas sei weiter gewachsen (in einigen Ländern nähme sie bereits einen "antikapitalistischen Inhalt" an), in Asien und Afrika seien zahlreiche Nationalstaaten entstanden, die Kolonialreiche seien fast völlig liquidiert worden und in den Ländern, die sich befreit haben, schritte die soziale Differenzierung fort. Dies alles bewirkt, so das Hauptdokument weiter, daß sich die Positionen des Imperialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika stetig vermindern, während sich die Positionen des Sozialismus verbessern, denn "einige junge Staaten haben den nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen, der es ermöglicht, die von der kolonialen Vergangenheit überkommene Rückständigkeit zu überwinden und Voraussetzungen für einen Übergang zur sozialistischen Entwicklung zu schaffen"[31].

(2) Das Erstarken des sozialistischen Weltsystems

(a) Die sozialistischen Staaten allgemein

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz belegt seine These, "das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf"[32], mit folgenden Argumenten[33]:

- Die Oktoberrevolution, der Aufbau des Sozialismus in der SU, die Zerschlagung des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus, der Sieg des Sozialismus in der VR China, die Bildung des ersten sozialistischen Staates in Amerika, Kuba, das Entstehen des sozialistischen Weltsystems, das heute 14 Staaten umfaßt, der mobilisierende Einfluß des Sozialismus auf der ganzen Welt "haben die Voraussetzungen zur Beschleunigung des historischen Fortschritts geschaffen und neue Perspektiven für das Voranschreiten und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt eröffnet".

- Die sozialistische Gesellschaftsordnung, basierend "auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Macht der Werktätigen", hat sich auch in der Praxis als fähig erwiesen - nachdem der Sozialismus der Menschheit die Perspektive der Befreiung vom Imperialismus gewiesen hatte - die grundlegenden Probleme der Menschheit zu lösen: sie gewährleistet "die planmäßige, krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft im Interesse des Volkes" und sie garantiert "die sozialen und politischen Rechte der Werktätigen, die Bedingungen für eine wahre Demokratie, für die reale Teilnahme der breiten Massen an der Leitung der Gesellschaft, für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit sowie für die Gleichberechtigung und Freundschaft der Nationen" schaffen.

- Die schnelle Entwicklung der Volkswirtschaften der Länder des sozialistischen Systems, deren Tempo des wirtschaftlichen Wachstums das der kapitalistischen Staaten übertrifft, die Erringung führender Positionen in einer Reihe von Bereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Erschließung des Weltraums durch die SU usw. "fördern entscheidend das Übergewicht der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus".

- Das ständig wachsende ökonomische und militärische Potential des sozialistischen Weltsystems bindet dem Imperialismus die Hände, "beschränkt ... seine Möglichkeiten, den Export der Konterrevolution zu verwirklichen, erweist ... getreu seiner internationalen Pflicht den Völkern, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, eine immer größer werdende Hilfe und festigt den Frieden und die internationale Sicherheit".

(b) Der Beitrag der Sowjetunion zum Erstarken des sozialistischen Weltsystems[34]

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz erwähnt, daß vor allem die SU jedem Befreiungskampf eine unersetzliche Unterstützung erweise, es zählt eine Reihe von Erfolgen des Sozialismus auf, die ohne die SU nicht möglich gewesen wären, es rühmt die Erschließung des Kosmos durch die SU, und es gibt der Überzeugung Ausdruck, daß es unter anderem das Kernwaffenpotential der SU ist, das es dem amerikanischen Imperialismus zunehmend erschwert, auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu setzen[35].

Ähnlich zurückhaltend wie das Hauptdokument der Moskauer Konferenz äußert sich nur noch Rumänien, während alle anderen Staaten des Warschauer Vertrages die Verdienste, die sich die SU um das Erstarken des Sozialismus erworben hat, sehr viel deutlicher herausstreichen:

- Die SU selbst schreibt sich die entscheidenden Verdienste zu, wie aus der Tatsache deutlich hervorgeht, daß sie ihre eigene Entwicklung mit der Entwicklung des Sozialismus auf der ganzen Welt identifiziert[36].

- Die DDR und Polen setzen das ökonomische, militärische und politische Erstarken der sozialistischen Staatengemeinschaft als Ursache für die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses klar von den sowjetischen Erfolgen in der Entwicklung wirkungsvoller Kernwaffen und ihrer Trägersysteme sowie auf dem Gebiet der Raumfahrt und der Interkontinentalraketen ab, rühmen sie überschwenglich und konstatieren, daß das militärisch-technische Potential der SU die Qualität der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus entscheidend geändert hat, denn es bedroht, erstmals in der Geschichte, die Existenz der USA[37].

- Bulgarien kann sich die Existenz der sozialistischen Staatengemeinschaft und der internationalen kommunistischen Bewegung nicht ohne die SU vorstellen, denn diese habe sich nicht nur die entscheidenden Verdienste um die internationale kommunistische Bewegung und um die ganze Menschheit erworben, sondern ihre Macht und ihre Rolle im weltweiten revolutionären Prozeß sei auch "unvergleichlich" gestiegen[38].

- Ihr politisches und moralisches Ansehen und ihre historischen Verdienst ließen die SU nach Ansicht Ungarns nicht nur zum Hauptfeind des Imperialismus werden, hielten den Imperialismus nicht nur davon ab, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, sondern schufen auch die Voraussetzungen dafür, daß es keine kommunistische und Arbeiterpartei gibt, deren Geschichte nicht unlöslich mit der KPdSU, mit dem Leninismus zusammenhinge, und daß es kein sozialistisches Land gibt, dessen sichere Perspektiven nicht durch die Existenz, die internationale Politik und die mächtige Kraft der SU geschützt würden[39].

- Die historischen Verdienste der SU, ihr ökonomisches und wissenschaftlich-technisches sowie ihr Menschenpotential veranlaßten Husak[40] festzustellen, die Macht

des sozialistischen Lagers und der antiimperialistischen Bewegung, deren Hoffnungen und Entwicklungsmöglichkeiten hingen in erster Linie von der Macht und der Entwicklung der SU ab. Die SU sei Hauptstütze des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung[41].

- Zwar bestreitet die RKP der SU nicht ihre historischen Verdienste um das Erstarken des Sozialismus[42], doch sie unterscheidet, wenn es um den Beitrag der sozialistischen Staaten zur Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses geht, nicht zwischen den Verdiensten der SU und denen der anderen sozialistischen Staaten[43].

(3) Die Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche

Neben der wachsenden Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung und dem Erstarken des sozialistischen Weltsystems sind es die innerkapitalistischen Widersprüche, die die Position des Imperialismus in seiner Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und den anderen fortschrittlichen Kräften schwächen. Die kapitalistischen Widersprüche werden nicht nur im Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten manifest; doch trotz der Zuspitzung der Widersprüche hat der Imperialismus auch einige Erfolge in seinem Kampf gegen den Sozialismus, die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und gegen die nationale Befreiungsbewegung zu verzeichnen.

(a) Die Erfolge des Imperialismus[44]

Die SU[45] und Bulgarien[46] glauben zwar nicht, daß sich der Imperialismus von seinen inneren Widersprüchen und Gebrechen befreit hat, sie sind vielmehr der Ansicht, daß diese Widersprüche unüberwindbar sind, daß sie noch krasser geworden sind, doch gleichzeitig anerkennen sie, daß der Imperialismus einige Erfolge bei dem Bemühen erzielt hat, seine Existenz zu verlängern:

- Der Imperialismus verfügt noch immer über einen mächtigen, hochorganisierten Produktionsmechanismus. Er nutzt die Möglichkeiten, die sich ihm durch die immer stärkere Verflechtung der Monopole mit dem Staatsapparat (Staatsmonopolismus) bieten. Programmierung und Prognostizierung der Produktion verbreiten sich immer mehr. Der Staat finanziert in wachsendem Maße den technischen Fortschritt und die wissenschaftliche Forschung. Die Spontaneität des Marktes wird im Interesse der Riesenmonopole eingeschränkt. In verschiedenen Ländern führten diese Maßnahmen zu einer gewissen Steigerung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Produktion.

- Die Imperialisten vereinigen ihre Anstrengungen im internationalen Maßstab: sie greifen zu verschiedenen Formen der wirtschaftlichen Integration, sie schaffen mit Beteiligung und Unterstützung bürgerlicher Regierungen internationale Monopolvereinigungen, und auch die imperialistischen militär-politischen Bündnisse werden aktiviert.

Für die DDR ist der staatsmonopolistische Kapitalismus, das heißt die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates, zwar objektiv die einzig mögliche Bedingung für die Existenz des Imperialismus[47], doch auch er ist nicht in der Lage, den Spätkapitalismus aus seiner allgemeinen Krise herauszuführen[48].

(b) Die Entwicklung in den kapitalistischen Staaten[49, 50]

In der Welt des Kapitalismus wirkt sich der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital, nach wie vor in voller Stärke aus[51]:

- Der staatsmonopolistische Kapitalismus, der die Produktion in einem riesigen Maße vergesellschaftet und ihre Lenkung zentralisiert, vertieft den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form der Aneignung bis zum Äußersten. Die Monopole nutzen die gesteigerten Möglichkeiten von Produktion, Wissenschaft und Technik zur verstärkten Aus-

beutung der Massen, die noch verschärft wird durch die periodisch wiederkehrenden Rückschläge, die in dem latenten Defizit der Staatshaushalte, in den Devisen- und Finanzkrisen, in Teuerung und Inflation ihren Ausdruck finden.

- Immer mehr Menschen erkennen daher die Unfähigkeit des Imperialismus, die Gesellschaft von Armut und Not zu befreien, die Arbeitslosigkeit zu liquidieren und den Werktätigen und den Kleineigentümern ein Leben zu sichern, das frei ist von der Angst um die Zukunft. Immer mehr Menschen erkennen, daß das Kapital nicht willens ist, eine reelle Mitbestimmung der Werktätigen in der Produktion und in der Öffentlichkeit zuzulassen. Immer mehr Menschen erkennen auch, daß der Imperialismus zum Verfall der kulturellen und sittlichen Werte der Gesellschaft führt. Diese Erkenntnisse führten immer häufiger zum Ausbruch akutester Klassenkonflikte in den Ländern des Kapitals.

- Angesichts dieser Konflikte wächst "die dem Imperialismus innewohnende Tendenz zum Abbau der demokratischen Freiheiten, zur Faschisierung der Gesellschaft und des politischen Lebens":

  - In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern wächst der Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes, das heißt des Bündnisses der größten Monopole mit der Militärclique im Staatsapparat. Dieses Bündnis macht die Politik des Imperialismus reaktionärer nach innen und aggressiver nach außen.

  - Dort, wo die Ausbeuter nicht in der Lage sind, die Ordnung, die sie brauchen, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie sicherzustellen, wird die Macht in die Hände unverhüllt terroristischer Regimes faschistischer Prägung gelegt, die von den regierenden Kreisen der imperialistischen Mächte und den größten Monopolen unterstützt werden.

  - Der Militarismus hat ungeahnte Ausmaße erreicht. Er sorgt dafür, daß die Möglichkeiten, die Wissenschaft und Technik heute eröffnen, zur Festigung des der Beherrschung der ausgebeuteten Massen dienenden Gewaltapparates und der Maschinerie verwandt werden, die aggressiven Kriegen und Abenteuern dient.

Die Folge dieser Entwicklung in den kapitalistischen Staaten ist die Zuspitzung des Klassenkampfes, eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzung in der kapitalistischen

Gesellschaft, ist der immer stärker werdende Druck der breiten Volksmassen, die soziale Änderungen fordern, wobei sich der Klassenkampf immer enger mit den Aktionen der Werktätigen gegen die imperialistischen Kriegsabenteuer, für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der demokratischen Freiheiten für nationale Unabhängigkeit, gegen die Wiedergeburt des Faschismus verbindet[52].

(c) Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten[53]

c) 1. Ursachen der Widersprüche in den kapitalistischen Staatenbeziehungen

Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten resultieren nach Ansicht der sozialistischen Staaten aus dem unabänderlich wirkenden Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Staaten[54]. Ursache dieser unterschiedlichen Entwicklung wiederum ist die unterschiedliche Akkumulationskraft der verschiedenen kapitalistischen Staaten, die ihrerseits auf die unterschiedlichen Ausbeutungsraten und auf das sich stetig beschleunigende Tempo der technischen Entwicklung zurückzuführen ist, die jene kapitalistischen Staaten, die dank höherer Ausbeutungsraten über die größere Akkumulationskraft verfügen, besser nutzen können. Daraus ergibt sich zum einen das unterschiedliche Entwicklungsniveau der kapitalistischen Volkswirtschaften und zum anderen die Herrschaftsansprüche der weiter entwickelten Staaten[55], und es ergibt sich auch der Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffbasen, um die Eroberung politischer und ökonomischer Positionen[56], bei dem die Beherrschung der Zentren der Wissenschaft und der Technik immer mehr zum Schlüssel der Erweiterung der Macht und des Einflusses der einzelnen Staaten wird[57].

c) 2. Ausdrucksformen dieser Widersprüche

Die sozialistischen Staaten führen Beispiele aus dem politischen ebenso wie aus dem ökonomischen und militärischen Bereich an, um ihre These von den wachsenden Widersprüchen zwischen den kapitalistischen Staaten zu belegen:

- Im ökonomischen Bereich nennen sie insbesondere die krisenhafte Entwicklung des imperialistischen Währungssystems, den "brain-train" zwischen Europa und den USA und die Eroberung des europäischen Marktes, vor allem in den die technologische Entwicklung bestimmenden Industriezweigen, durch amerikanische Konzerne und ihre Tochtergesellschaften[58].

- Als Ausdrucksformen der politischen Widersprüche betrachten sie unter anderem die Erklärung der skandinavischen Außenminister gegen den Vietnamkrieg vom 26. April 1966, das Eintreten zahlreicher europäischer Politiker für die Anerkennung der Grenzen in Europa und für die Anerkennung der DDR und die Forderung der kleinen NATO-Staaten nach besserer Mitbestimmung bei der Entscheidung politischer Fragen, wie sie im Harmel-Plan formuliert worden sei[59].

- Im militärischen Bereich registrieren sie Konflikte wie den um die Verfügungsgewalt über Kernwaffen, oder den über die Lagerung dieser Waffen oder den um die Reduzierung der amerikanischen Truppenkontingente in Europa[60].

Für den Ausbruch dieser Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten machten die sozialistischen Länder folgende Faktoren verantwortlich:

- Die von der SU und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages gegenüber den kapitalistischen Staaten konsequent verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz untergrub den Mythos von der kommunistischen Gefahr und entzog den imperialistischen Bündnissen damit die Basis ihres politischen Zusammenhaltes[61].

- Der Krieg, den die USA in Vietnam führen, ihre Großmachtpolitik, ihre aggressive Globalstrategie lassen

die Verbündeten der USA fürchten, durch die Politik der USA in eine totale Ost-West Konfrontation hineingezogen zu werden. Diese Furcht weckt Zweifel an der Zweckmäßigkeit des Bündnisses mit Washington[62].

- Das Engagement des amerikanischen Kapitals läßt Befürchtungen um ein unabhängiges Wachstum der betroffenen Volkswirtschaften und um die Reduzierung der Gewinne der Unternehmen in den außeramerikanischen kapitalistischen Staaten entstehen[63].

- Die Nichtanerkennung der in Europa nach dem 2. Weltkrieg entstandenen Realitäten durch die BRD und deren Bestehen auf Nuklearwaffen lassen Bonn in Gegensatz zur Entspannung geraten[64].

c) 3. Folgen der Widersprüche

Die Widersprüche zwischen Bonn und Washington einerseits und der Mehrzahl der europäischen kapitalistischen Staaten andererseits zeitigten ihre Folgen[65]:

- Der Drang nach Entspannung, nach Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen hat sich in der Mehrzahl der europäischen Staaten verstärkt.

- Die imperialistischen Bündnisse geraten aus den Fugen und weisen Risse auf; Frankreich ist bereits aus der Militärorganisation der NATO ausgetreten und auch andere Staaten erwägen derartige Schritte.

- Es wächst die Tendenz unter den europäischen Staaten, sich von der politischen und militärischen Vormundschaft der USA und von deren ökonomischen Hegemonie zu befreien. Es wächst der Wunsch nach einer Liquidierung der Teilung Europas und das Verständnis dafür, daß Europa seine Probleme selbst lösen muß.

b) Die Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses

(1) Zur Fragestellung

Alle sozialistischen Staaten gehen davon aus, daß sich das internationale Kräfteverhältnis durch die Vertiefung der allgemeinen Krise des Imperialismus - hervorgerufen durch das stürmische Wachstum des Weltsozialismus, durch den wachsenden Einfluß der nationalen Befreiungsbewegung, durch die Verstärkung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und durch die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten - zugunsten des Sozialismus verändert hat, und sie sind überzeugt davon, daß es diese Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses war, welche die Aggressivität des Imperialismus zügelte und die Entfesselung eines neuen Weltkrieges verhinderte[66].

Obwohl diese Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses den Schluß nahelegt, der Imperialismus ist der Belastung des Zweifrontenkrieges - auf der einen Seite der ökonomische, militärische und politische Wettbewerb mit dem Sozialismus und der Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung, auf der anderen Seite die Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse im eigenen Lager und die Konkurrenz mit den imperialistischen Partnern - nicht mehr gewachsen ist[67], daß sich seine Position somit ständig schwächt, obwohl die meisten sozialistischen Staaten mehr oder weniger offen erklären, daß der Imperialismus den Kräften des Sozialismus, des Friedens und des Fortschritts unterlegen sei[68], obwohl also nach all dem der Schluß naheläge, der Imperialismus sei den Kräften des Sozialismus und des Fortschritts objektiv unterlegen, ziehen die sozialistischen Staaten diesen Schluß nicht, sondern

sie begnügen sich mit der Feststellung, der Imperialismus sei als Weltsystem nicht stärker geworden[69], begnügen sie sich mit der Feststellung (außer Rumänien), das internationale Kräfteverhältnis habe sich zugunsten des Sozialismus geändert[70], was ein Gleichgewicht zwischen Sozialismus und Imperialismus ebenso bedeuten kann wie die Überlegenheit des Sozialismus oder die Verkürzung des Abstandes zwischen einem überlegenen Imperialismus und dem Sozialismus, ja sie stellen in ihrer Mehrheit[71] sogar fest, daß sich die Aggressivität des Imperialismus erhöht hat, weil sich seine Krise verschärft hat[72].

Diese Unklarheiten und Ungereimtheiten werfen folgende Fragen auf:

1. Warum weigern sich die meisten sozialistischen Staaten, aus ihrer klaren Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses ebenso klare Schlüsse zu ziehen? Warum kommen sie in der Bewertung der Ergebnisse ihrer Analyse zu Schlüssen, die dieser Analyse nicht entsprechen, das heißt konkret, warum attestieren sie dem Imperialismus eine verschärfte Aggressivität, wenn sie davon überzeugt sind, daß der Imperialismus nicht mehr über die notwendige materielle Basis für eine solche Aggressivität verfügt?

2. Warum kommen die sozialistischen Staaten nicht zu einer übereinstimmenden Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses, obwohl sie doch alle mit denselben Tatbeständen konfrontiert sind?

(2) Analyse der Widersprüche und Differenzen in der Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses

(a) Die Voraussetzungen der Analyse

Die Analyse der Widersprüche und Differenzen, die sich in der Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses durch die sozialistischen Staaten ergeben, geht von folgenden Voraussetzungen aus:

- Die Ursache dafür, daß die sozialistischen Staaten dem Imperialismus eine gesteigerte Aggressivität attestieren, kann nicht darin liegen, daß der Imperialismus stärker geworden ist. Zwar kann die These der SU, der Imperialismus stelle die Austragung seiner inneren Widersprüche zurück, um sich ganz der Verfolgung seiner Klassenziele widmen zu können[73], als Versuch gewertet werden, ihre These von der gesteigerten Aggressivität des Imperialismus zu rechtfertigen, indem sie dem Imperialismus zugesteht, seine materielle Basis habe sich, wenn auch nur begrenzt, verstärkt; doch nimmt die SU dieser These selbst die Überzeugungskraft, wenn sie mahnt, die Erfolge des Imperialismus dürften nicht überschätzt werden[74], und die anderen sozialistischen Staaten widersprechen der sowjetischen These entweder offen[75] oder sie nehmen die sowjetische These nicht auf.

  Es erscheint daher also gerechtfertigt, davon auszugehen, daß die sozialistischen Staaten von der Unterlegenheit des Imperialismus überzeugt sind, obwohl sie dieser Überzeugung, außer Rumänien, kaum öffentlich Nachdruck verleihen[76].

- Da es sich hier, in diesem Zusammenhang, nur darum handeln kann, die Widersprüche und Differenzen, die sich im Warschauer Vertrag bei der Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses ergeben, als Wiederspiegelungen der internationalen Position des Imperialismus zu erklären, muß die Analyse dieser Widersprüche und Differenzen zunächst von den innersozialistischen Bedingungen abstrahieren, die die Beurteilung der internationalen Kräfteverhältnisse beeinflußt haben mögen.

(b) Die Analyse

Die Tatsache, daß es Rumänien war, das von der Haltung der anderen Staaten des Warschauer Vertrages am deutlichsten abwich und das in seiner Haltung dennoch Widersprüche zeigte, rechtfertigt es, sich zunächst mit der rumänischen Haltung zu befassen, durch die dann Hinweise zur Erklärung der Haltung der anderen Staaten gefunden werden können.

b) 1. Die Haltung Rumäniens

b) 1.1 Die Widersprüchlichkeit der rumänischen Haltung

Die RKP beurteilt den derzeitigen Stand der Auseinandersetzung zwischen den fortschrittlichen, antiimperialistischen Kräften und den Kräften des Imperialismus und der Reaktion offensichtlich nach zwei Kriterien:

- Zum einen nach dem internationalen Kräfteverhältnis, und hier stellt sie die Überlegenheit der fortschrittlichen Kräfte fest, nachdem sie zuvor nur eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der fortschrittlichen Kräfte konstatiert hatte; diese Überlegenheit freilich beweist sie mit denselben Argumenten, mit denen sie ihre ursprüngliche Ansicht bereits gerechtfertigt hatte, nämlich mit dem Erstarken des Sozialismus, der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterklasse der kapitalistischen Staaten[77].

- Zum anderen nach der Fähigkeit der Protagonisten der das gegenwärtige internationale System bestimmenden Auseinandersetzung, einen Weltkrieg zu entfesseln, beziehungsweise einen Weltkrieg zu verhindern, und hier kommt sie zu dem Ergebnis, daß die Existenz des Imperialismus zwar die Gefahr eines Weltkrieges fortbestehen läßt (das heißt der Imperialismus kann nach wie vor einen Weltkrieg entfesseln), daß aber die fortschrittlichen Kräfte imstande sind, einen Weltkrieg zu verhindern und den Frieden zu bewahren[78].

b) 1.2 Erklärungsmöglichkeiten für diese Widersprüche

Zunächst besteht folgende Möglichkeit, die Widersprüchlichkeit in der rumänischen Haltung zu erklären:

Es ist möglich, daß die RKP, ohne daß sie dies ausdrücklich feststellt, der Ansicht ist, die stetige Fortentwicklung des sozialistischen Systems, der nationalen Befreiungsbewegung und der kapitalistischen Widersprüche habe die Kräfte der antiimperialistischen Front soweit kumuliert, daß das internationale Kräfteverhältnis nicht nur quantitativ verändert wurde, sondern auch qualitativ, das heißt bis zur Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte. Unter dieser Voraussetzung läßt sich der Widerspruch zwischen der Feststellung, der Imperialismus könne einen Weltkrieg entfesseln, und der Erklärung, die antiimperialistischen Kräfte seien in der Lage, die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zu verhindern, so erklären, daß der Imperialismus bei einer rationalen Reflektion des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses erkennen muß, daß er, würde er einen Weltkrieg entfesseln, Selbstmord begehen würde, und er daher einen Weltkrieg vermeiden muß; da jedoch die Möglichkeit besteht, daß der Imperialismus, angesichts der stetigen Schwächung seiner Position, wider alle Vernunft aggressiv reagiert, kann die Gefahr eines Weltkrieges, in welchem der Imperialismus allerdings vernichtet werden würde, nicht als völlig gebannt betrachtet werden.

Für diese These spricht ein Indiz, nämlich die Tatsache, daß die RKP ein völlig irrationales Verhalten des Imperialismus nicht ausschließt, wenn sie erklärt, die Aggressionsakte des Imperialismus, in Vietnam und anderswo, beweisen nicht seine Kraft, sondern seine Schwäche[79], daß er also, weil er seine Position immer mehr bedroht sieht, zu Verzweiflungstaten neigt.

Ungeklärt bleibt aber weiterhin, warum die RKP keine Aussagen darüber macht, welche Faktoren eine solche Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses bewirkten, daß sich die RKP genötigt sah, dort, wo sie zuvor noch völlig unbestimmt eine Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der antiimperialistischen Kräfte konstatiert hatte, festzustellen, die Kräfte des Fortschritts seien denen des Imperialismus überlegen.

Da sich im Zeitraum von 1966 bis 1969 keine Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses vollzogen hat, die eine solche Neuinterpretation dieses Verhältnisses notwendig machen würde, und da die RKP auch keine derartige Veränderung feststellt, kann die rumänische Neuinterpretation des internationalen Kräfteverhältnisses nur mit den innersozialistischen Bedingungen erklärt werden: Die RKP will sich mit ihrer These von der Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte und der daraus resultierenden Vermeidbarkeit eines Weltkrieges dem Zwang entziehen, der von der Feststellung ausgeht, die verstärkte Aggressivität des Imperialismus erfordere die Einheit der sozialistischen Staaten und aller antiimperialistischen Kräfte, und die geeignet ist, die freie und souveräne Entwicklung Rumäniens zu hemmen, denn die imperialistische Bedrohung zwingt zur Blockdisziplin, zwingt dazu, sich dem sowjetischen Schutz zu unterstellen und damit jenen Teil der eigenen Entscheidungsfreiheit einzubüßen, dessen Aufgabe die SU als unerläßliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung gegen den Imperialismus - und für die Aufrechterhaltung ihres Führungsanspruchs[80] - für notwendig erachtet.

Für diese Annahme sprechen folgende Indizien:

- Die These von der Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte folgte, zeitlich gesehen, der Entwicklung

der rumänischen Vorstellungen von der Bedeutung der Nation, die unter anderem dem Ziel dienen, die freie und souveräne Entwicklung Rumäniens zu gewährleisten, frei von den Pressionen vor allem der Großmächte[81].

- Angesichts der Sonderrolle, die Rumänien im sozialistischen Lager spielt und die sein Verhältnis zur SU belastet, war nicht zu erwarten, daß die RKP die Zusammenhänge zwischen ihrer These von der Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte und der nationalen Emanzipation Rumäniens offen darlegte, denn dies hätte ihr sicherlich den Vorwurf der SU eingetragen, sie habe das klassenmäßige Herangehen an das Problem der Souveränität der sozialistischen Staaten aufgegeben und sei dem Nationalismus verfallen.

Nach all dem liegt die Vermutung nahe, daß die RKP die Überlegenheit der antiimperialistischen Kräfte konstatiert und daraus gefolgert hatte, daß ein Weltkrieg weder unmittelbar bevorstehe noch unvermeidbar sei[82], weil sie nicht bereit war, einer Bedrohung wegen, die ihrer Ansicht nach nur einer einseitigen Einschätzung und einer falschen Analyse der Bedingungen des internationalen Systems entspringen konnte[83], ihre Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit einschränken zu lassen und sie, wenigstens zum Teil, den Zwängen des internationalen Klassenkampfes zu opfern.

Somit ergeben sich aus der Analyse der rumänischen Haltung zwei Aspekte, die zur Erklärung der Haltung der übrigen Staaten des Warschauer Vertrages herangezogen werden können: zum einen der Aspekt der Irrationalität imperialistischer Handlungen und zum anderen der Aspekt der innersozialistischen Bedingungen.

b) 2. Die Haltung der übrigen sozialistischen Staaten

Die aus der Analyse der rumänischen Haltung gewonnenen Aspekte zur Beurteilung der Haltung der übrigen Staaten des Warschauer Vertrages müssen bei der Beantwortung folgender Fragen herangezogen werden:

1. Warum bewerten die SU, die DDR, Ungarn, Polen, Bulgarien und die CSSR das internationale Kräfteverhältnis anders als Rumänien?

2. Wie erklärt es sich, daß, trotz unterschiedlicher Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses, alle sozialistischen Staaten (außer Rumänien) zu demselben Ergebnis kommen, daß der Imperialismus aggressiver geworden ist, obwohl dieses Ergebnis der vorangegangenen Analyse des Kräfteverhältnisses nicht entspricht?

Zu 1. und 2.:

Abstrahiert man, wie es den Voraussetzungen dieser Analyse entspricht[84], von den innersozialistischen Funktionen, die die Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses für die sozialistischen Staaten motiviert haben mögen, so bleibt als Erklärung für die Differenzen, die sich zwischen den sozialistischen Staaten in dieser Beurteilung ergeben, nur die Möglichkeit (hält man sich vor Augen, daß ja alle sozialistischen Staaten mit demselben internationalen System konfrontiert sind), daß die einzelnen sozialistischen Staaten die "imperialistische Bedrohung" umso intensiver empfinden, je konkreter die Forderungen und die Pressionen sind, die die einzel-

nen imperialistischen Staaten ihnen gegenüber an den Tag legen, mit anderen Worten: da die verschiedenen Staaten des Warschauer Vertrages in unterschiedlichem Maße mit dem Imperialismus konfrontiert sind, neigen sie dazu, den Imperialismus zu unterschätzen oder ihn zu überschätzen, je nachdem wie konkret sie mit dem Imperialismus konfrontiert sind.

Dies bedeutet zum Beispiel: die Tatsache, daß die Bundesrepublik mit ihren außenpolitischen Essentials wie dem Alleinvertretungsanspruch oder der Nichtanerkennung der Oder-Neiße Grenze oder der Weigerung, das Münchener Abkommen ex tunc als ungültig anzuerkennen, die Interessensphären der CSSR, Polens und der DDR direkt verletzt, kann zur Folge haben, daß sich Polen, die DDR und die CSSR mehr bedroht fühlen als Rumänien oder Ungarn, die derartigen Forderungen der Bundesrepublik nicht ausgesetzt sind.

Gegen diese Annahme spricht jedoch das Argument, daß diese Vermutung lediglich erklärt, warum Rumänien in seiner Beurteilung der imperialistischen Aggressivität unter anderem von Polen und der DDR abweicht, nicht aber, warum Ungarn und Bulgarien die rumänische Haltung nicht teilen, obwohl sie, was die imperialistische Bedrohung anbelangt, in einer ähnlichen Situation wie Rumänien sind.

Zu 2.:

Um erklären zu können, warum die sozialistischen Staaten nach einer Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses, aus der sie selbst den Schluß ziehen, die allgemeine Krise des Imperialismus habe sich vertieft, zu dem Ergebnis kommen, die Aggressivität des Imperialismus habe sich

noch gesteigert, müssen - schaltet man, wie es den Voraussetzungen dieser Analyse entspricht, die innersozialistischen Bedingungen und die Möglichkeit aus, daß der Imperialismus stärker geworden ist[85] - psychologische Kategorien herangezogen werden: der Imperialismus, immer mehr in die Enge gedrängt, Stück um Stück seiner Positionen und seines Einflusses beraubt, reagiert mit irrationalen Aggressionshandlungen, die er bei klarer Abwägung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses nicht wagen würde, die aber dennoch höchst gefährlich sind, da er noch über ein ansehnliches militärisches und ökonomisches Pontential verfügt. Dies würde bedeuten, daß für die verstärkte Aggressivität des Imperialismus zwar die objektive Grundlage, das heißt die materielle Basis, fehlt, nicht aber die subjektive, das heißt der Imperialismus, frustriert durch die stetige Vertiefung seiner allgemeinen Krise, reagiert aggressiv, ohne die Voraussetzungen und die Folgen seines Handelns vernünftig abzuwägen.

Sollte diese These den Kern dessen treffen, was für die sozialistischen Staaten das Verhalten des Imperialismus bestimmt, so müßten diese Staaten jene Aggressionsakte des Imperialismus, mit denen sie ihre These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus belegen, also der Vietnamkrieg, der Nah-Ost-Krieg, der Putsch in Griechenland etc., nicht als Bestandteile einer Strategie betrachten, die versucht, die imperialistischen Klassenziele durch flexible, differenzierte, dem internationalen Kräfteverhältnis angepaßte Mittel und Methoden zu erreichen, denn eine solche Strategie setzt Rationalität voraus, sondern als eine Folge von irrationalen Aggressionsakten, die nichts verbindet als nur eine Art imperialistisches Frustrations-Aggressionssyndrom.

Diese Frage kann nur beantwortet werden, wenn die imperialistische Strategie, so wie sie sie die sozialistischen Staaten sehen, analysiert wird.

3. Die Strategie des Imperialismus

a) Allgemeine Grundlagen der Analyse der imperialistischen Strategie

(1) Die allgemeine Einschätzung des Imperialismus durch die sozialistischen Staaten

(a) Wesen, Ziel und Strategie des Imperialismus

Die sozialistischen Staaten gehen bei ihrer Analyse der Strategie des Imperialismus von folgender allgemeiner Beurteilung des Imperialismus aus:

- Die Aggressivität des Imperialismus hat sich trotz der Vertiefung seiner allgemeinen Krise nicht vermindert, sondern sie hat sich nach Ansicht der meisten sozialistischen Staaten sogar noch erhöht[86].

- "Der aggressiven Politik des Imperialismus liegt das Bestreben zugrunde, mit allen Mitteln die Positionen des Sozialismus zu schwächen, die nationale Befreiungsbewegung der Völker zu unterdrücken, den Kampf der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern zu behindern und den unaufhaltsamen Niedergang des Kapitalismus abzuwenden."[87]

- Um dieses Ziel zu erreichen, operiert der Imperialismus auf vier Ebenen[88]:

  · Die kapitalistischen Mächte sind, trotz der sie trennenden Widersprüche, bemüht, ihre Anstrengungen zu vereinen, um ihr Ziel zu erreichen. Der amerikanische Imperialismus ist bestrebt, "die anderen kapitalistischen Staaten unter seinem Einfluß zu halten und mit ihnen auf den wichtigsten Gebieten des Klassenkampfes eine gemeinsame Politik zu betreiben".

  · "Die Spitze der aggressiven Strategie des Imperialismus ist weiterhin vor allem gegen die sozialistischen

Staaten gerichtet." Die Mittel und Methoden, deren sich der Imperialismus dabei bedient, reichen vom direkten bewaffneten Kampf über den Versuch, die sozialistischen Staaten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu bremsen, bis zur Verschärfung des ideologischen Kampfes.

- "Im Kampf gegen die Arbeiterbewegung tritt der Imperialismus die demokratischen Rechte und Freiheiten mit Füßen, wendet er offene Gewalt, immer grausamere Methoden des Polizeiterrors und seine arbeiterfeindliche Gesetzgebung an. Zur Wahrung seiner Interessen bedient er sich ebenso der Demagogie und des bürgerlichen Reformismus, der opportunistischen Ideologie und Politik. Er sucht ständig nach neuen Methoden, um die Arbeiterbewegung von innen heraus zu untergraben, und versucht, sie in das System des Kapitalismus zu 'integrieren'."

- Um die nationale Befreiungsbewegung zu unterdrücken, "verteidigt der Imperialismus hartnäckig die Reste des Kolonialismus und bemüht sich andererseits, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer, der Staaten, die ihre nationale Souveränität errungen haben, mit den Methoden des Neokolonialismus aufzuhalten"[89].

(b) Die Hauptmächte des Imperialismus

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz zählt folgende Staaten zu den imperialistischen Hauptmächten[90]:

- Die Hauptmacht des Imperialismus, die USA, hat ihre Aggressivität erhöht[91]. Der amerikanische Imperialismus ist der Weltausbeuter und Weltgendarm.

- Der westdeutsche Imperialismus vergrößert seine ökonomische Macht, baut seine Kriegsmaschine aus, drängt auf Kernwaffen, verstärkt seine Hegemoniebestrebungen in Europa, hintertreibt alle Abrüstungsmaßnahmen und die internationale Entspannung und verfolgt eine neokolonialistische Politik in Asien, Afrika und Lateinamerika.

- Der britische Imperialismus ist bestrebt, seine Positionen in Afrika, Asien, im karibischen Raum und im

Nahen Osten zu erhalten; er ist in den Hauptfragen der internationalen Politik einer der aktivsten Partner der USA und eine der führenden aggressiven Kräfte der NATO; er strebt nach einem engeren Bündnis mit Westdeutschland.

- Die Expansion des japanischen Imperialismus nimmt vor allem in Asien zu; er dient den USA im Krieg gegen das vietnamesische Volk und bei den Machenschaften gegen das koreanische Volk.

- Der französische Imperialismus ist bestrebt, seine Positionen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu behaupten und zu festigen; er verstärkt seine Nuklearstreitmacht und weigert sich, Abrüstungsmaßnahmen zu ergreifen. Er hält seine Kolonialherrschaft aufrecht und versucht, in seinen ehemaligen Kolonien neue Methoden der Kolonialpolitik anzuwenden.

- Das Monopolkapital Italiens verstärkt seine Expansion.

Es sind, außer Japan, somit die Hauptmächte der NATO, welche die sozialistischen Staaten auch zu den gefährlichsten imperialistischen Staaten zählen. Innerhalb dieser Staaten wiederum gelten den sozialistischen Ländern die USA, die BRD und England als die gefährlichsten.

(2) Allgemeine Kennzeichnung der antisozialistischen Strategie des Imperialismus

(a) Die Strategie des Imperialismus und das internationale Kräfteverhältnis

Mit dem zugunsten des Sozialismus und der anderen fortschrittlichen Kräfte veränderten internationalen Kräfteverhältnis hat sich nach Ansicht der sozialistischen Staaten die imperialistische Strategie folgendermaßen verändert:

- Die Vereinigten Staaten stiegen nach dem 2. Weltkrieg zur stärksten imperialistischen Macht empor; sie sprengten unter der Präsidentschaft Trumans die Antihitlerkoalition, um ihre Machtposition so zu sichern und auszubauen, daß eine "pax americana" den Lauf der Welt bestimmen würde; um dieses Ziel zu erreichen, wandten sie folgende Strategie an[92]:

  · Das Potential des imperialistischen Lagers wurde unter der Leitung der USA zusammengefaßt und ausgebaut, was durch die NATO, die Truman-Doktrin, den Marshall-Plan und die Schaffung eines separaten westdeutschen Staates geschah.

  · Der Kommunismus mußte eingedämmt, wenn möglich zurückgedrängt, die sozialistischen Staaten befreit werden.

  · Mittel dieser Strategie waren die Entwicklung starker amerikanischer See- und Luftstreitkräfte, die Militärdoktrin der "massiven Vergeltung", die Einkreisung der sozialistischen Staaten durch ein ausgedehntes amerikanisches Stützpunktsystem und des Ausbaus des US-Atommonopols.

- Die Änderung des internationalen Kräfteverhältnisses zwang den Imperialismus dann zu der Einsicht, daß seine "Politik der Stärke", seine Politik des Frontalangriffes gegen die sozialistischen Staaten gescheitert war[93], daß es notwendig war, seine Strategie dem geänderten Kräfteverhältnis anzupassen.

Die Grundlage der neuen Strategie, die der Westen gegenüber den sozialistischen Staaten eingeschlagen hat, bildet nach Ansicht der Mitglieder des Warschauer Vertrages die Erkenntnis, daß die bislang verfolgte "Politik der Stärke" nun das Risiko der Selbstvernichtung einschließt, daß die Politik des Imperialismus also so revidiert werden mußte, daß sie das eigene Überleben nicht gefährdete, das heißt, die Strategie des Imperialismus mußte das Risiko einer direkten Konfrontation mit dem sozialistischen Lager vermeiden[94]. Dies bedeutet, so stellen die sozialistischen Staaten fest, freilich nicht, daß der Imperialismus ganz auf das Mittel der militärischen Gewaltanwendung verzich-

tet hätte, denn er rüstet weiter auf und greift einzelne sozialistische Staaten an[95], sondern er verzichtet nur dort auf direkte militärische Aktionen, wo er, wie in Europa, auf die geschlossene Front der sozialistischen Staaten trifft[96].

Auf dem militärischen Sektor erfolgte diese Anpassung am schnellsten, denn die Doktrin der "massiven Vergeltung" bedeutete angesichts des sowjetischen Nuklearpotentials nun auch die Bedrohung der Existenz der Vereinigten Staaten selbst: die Doktrin der "massiven Vergeltung" wurde durch die der "flexible response" abgelöst[97].

(b) Die Entwicklung der inhaltlichen Vorstellungen über die antisozialistische imperialistische Strategie

Die Entwicklung der inhaltlichen Vorstellungen der sozialistischen Staaten über die Strategie des Imperialismus vollzog sich in zwei Etappen:

- Zunächst richtete sich die Aufmerksamkeit der Mehrheit der sozialistischen Staaten gleichermaßen auf die Strategie der "selektiven Koexistenz" und der "ideologischen Diversion"[98]:

  · Der Imperialismus versucht, die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen und deren Einheit zu untergraben; er verfolgt diese Politik, weil er hofft, daß die durch die Abkehr vom Personenkult, durch die ideologische Erosion des Kommunismus im Gefolge des sowjetisch-chinesischen Konfliktes und durch die beschleunigte Entwicklung des osteuropäischen Nationalismus im sozialistischen Lager entstandenen zentrifugalen Tendenzen dieses Vorhaben erleichtern werden. Diese Politik wird als Strategie der "selektiven Koexistenz" bezeichnet.

  · Der Imperialismus versucht aber auch, die sozialistische Ordnung in den einzelnen sozialistischen Staaten selbst zu untergraben, wobei er davon aus-

> geht, daß die Ideologie des Kommunismus ihre Wirksamkeit eingebüßt hat und daß die wissenschaftlich-technische Revolution die Unterschiede zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System zunehmend nivellieren wird (Konvergenztheorie). Diese Politik wird in der SU und in der DDR als "ideologische Diversion" bezeichnet.

Beide Strategien zusammen, die der "selektiven Koexistenz" und die der "ideologischen Diversion", bilden den Inhalt der von Johnson verkündeten Politik des "Brückenschlages"[99].

Im Mittelpunkt dieser Inhaltbestimmung der neuen imperialistischen Strategie stand in dieser Anfangsphase nicht die Analyse konkreter außenpolitischer Handlungen der USA und anderer kapitalistischer Staaten (sieht man einmal von den Diversionsabsichten ab, die der neuen Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition unterstellt wurden)[100], sondern der Verweis auf einige "imperialistische Strategen", das heißt, die Inhaltsbestimmung der imperialistischen Politik beruhte nicht auf der Abstraktion konkreter außenpolitischer Handlungen des Imperialismus, sondern auf der Interpretation der Veröffentlichungen einiger westlicher Wissenschaftler und Politiker, so Brzenzinskis[101], Dean Rusks, Walt Rostows und Raymond Arons[102].

Diese Interpretation der imperialistischen Strategie konkretisieren die sozialistischen Staaten erst 1968: Parallel zu den Ereignissen in der CSSR entwickelten sie den Begriff der "ideologischen Diversion" zum entscheidenden Inhalt ihrer Analyse der imperialistischen Strategie[103].

b) Die imperialistische Strategie gegenüber den sozialistischen Staaten

(1) Die "ideologische Diversion"

(a) Die ideologische Diversion als Schwerpunkt der imperialistischen Strategie

Der Schwerpunkt der imperialistischen Strategie ist nach Ansicht der sozialistischen Staaten die ideologische Diversion[104]. Die Verlagerung des Schwerpunktes der imperialistischen Strategie von der "Politik der Stärke" auf die "ideologische Diversion" hat nach Ansicht der sozialistischen Staaten folgende Ursachen:

- Der politisch-militärische Spielraum des Imperialismus ist so begrenzt, daß der offene Angriff auf die gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen des Sozialismus im Wege der klassischen Konterrevolution in Form bewaffneter reaktionärer Kräfte, die durch eine Intervention von außen unterstützt werden, keinen Erfolg mehr haben kann[105].

- Da die Systemunterschiede zwischen Sozialismus und Imperialismus, folgt man der imperialistischen Konvergenztheorie, primär politisch ideologischer Natur sind, muß der Hebel, soll die sozialistische Ordnung untergraben werden, in der ideologischen Sphäre angesetzt werden[106].

- Die ideologische Diversion wurde auch deswegen konzipiert, weil es in den sozialistischen Ländern Tendenzen gibt, die geeignet sind, dem Imperialismus die ideologische Diversion zu erleichtern, nämlich revisionistische und nationalistische Strömungen, Überbleibsel der bourgeoisen Ideologie und ihres Einflusses auf das Bewußtsein der Gesellschaft[107].

(b) Inhalt und Funktion der ideologischen Diversion

Nach Vorstellung der sozialistischen Staaten haben die imperialistischen Strategen die ideologische Diversion dazu

bestimmt, die Staats- und Gesellschaftsordnung der sozialistischen Staaten durch die Einschleusung antisozialistischer, bourgeoisier, dem Sozialismus fremder Gedanken und Vorstellungen zu zersetzen und zu untergraben, wobei revisionistische, nationalistische und andere antisozialistische Strömungen in den sozialistischen Staaten dem Imperialismus wertvolle Dienste leisten[108]. Diese ideologische Vorbereitung der Konterrevolution hat zwei Funktionen: zum einen soll sie die sozialistische Ordnung untergraben und zum anderen soll sie damit die Einheit des sozialistischen Lagers zerstören ("Erosion des Ostblocks")[109].

(c) Mittel und Methoden der ideologischen Diversion

c) 1. Ansatzpunkte der ideologischen Diversion

c) 1.1 Die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der sozialistischen Staaten und der kapitalistischen Länder[110]

Die Tatsache, daß die am weitesten entwickelten kapitalistischen Staaten das ökonomische Entwicklungsniveau Polens[111] beziehungsweise das der sozialistischen Staaten[112] übertreffen, nutzt der Imperialismus nach Auffassung Polens und Ungarns dazu, der Bevölkerung einzureden, ihr ökonomisches Zurückbleiben sei kein Erbe der Vergangenheit, sondern es sei bedingt durch ihre Entscheidung für den Sozialismus, der nicht so gute Entwicklungsmöglichkeiten biete wie die kapitalistische Ordnung[113]. Das unterschiedliche ökonomische Entwicklungsniveau soll auf diese Weise zum Quell des Zweifels am Sozialismus werden, soll zu Versuchen ermutigen, den Sozialismus mit Hilfe kapitalistischer Methoden zu verbessern, um so zur Basis der ständigen Reproduktion des Revisionismus zu werden[114].

Polen und Ungarn sind davon überzeugt, daß der Imperialismus diese Methode vor allem anwendet, um die breiten Schichten der Bevölkerung der sozialistischen Staaten gegen den Sozialismus zu mobilisieren[115].

c) 1.2 Die Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus[116]

Die DDR stellt ihre Analyse der imperialistischen ideologischen Diversion ganz auf die Konvergenztheorie ab, was deutlich wird, wenn sie das strategische Ziel der ideologischen Diversion definiert:

> "... die ideologischen Wandlungsprozesse, die sich der Konvergenztheorie zufolge bei der Bevölkerung der sozialistischen Länder spontan als Ergebnis der technischen Revolution vollziehen", sollen beschleunigt "und in die Richtung einer 'Entideologisierung', 'Verbürgerlichung', des 'Skeptizismus', 'Konsumorientierung' und eines sich steigernden Unbehagens am Sozialismus" gelenkt werden, "um auf diese Weise den Boden für die kapitalistische Restauration zu bereiten"[117].

Die Konvergenztheorie[118] versucht nach Ansicht der DDR zu beweisen, daß der Sozialismus und der Kapitalismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution einander immer ähnlicher werden.

Die Konvergenztheorie geht dabei, so die DDR, von folgenden Wandlungen des Kapitalismus aus:

- Der Kapitalismus hat seine ausbeuterische Phase überwunden und die Unternehmer nehmen sich der sozialen Situation der Arbeiter an. Unternehmer und Arbeiter werden auf diese Weise zu Sozialpartnern, das heißt, der Klassenkampf wird abgebaut, er findet nicht mehr statt. Die relative Verbesserung der Lebenslage eines Teiles der Arbeiterklasse dient dabei der Konvergenztheorie als Beweis dafür, die Ausbeutung sei im Kapitalismus der Gegenwart überwunden.

- Die Versuche, die verschiedenen Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung der Wirtschaft als Planung auszugeben, dienen der Konvergenztheorie als Beweis dafür, daß es im modernen Kapitalismus eine gemeinwohlorientierte Planung gibt, womit der Kapitalismus nicht mehr der Profitmaximierung, sondern dem Gemeinwohl dient.

Die Konvergenztheorie nimmt aber auch, so die DDR, einen Wandel des Sozialismus an:

- Die Maßnahmen der sozialistischen Länder zur Erhöhung der Effektivität der sozialistischen Produktionsweise, wie sie sich in der Einführung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft niederschlugen, werden als Rückkehr zu kapitalistischen Prinzipien und Methoden der Leitung der Volkswirtschaft interpretiert[119].

Aus diesen Wandlungen der beiden Systeme konstruieren die Konvergenztheoretiker nach Ansicht der DDR eine Synthese der positiven Züge beider Systeme, die ihrerseits dann ein neues System ergeben soll, das weder sozialistisch noch kapitalistisch sein wird. Folgende Elemente der beiden Systeme sollen in das neue System eingehen:

- Der Sozialismus bringt bestimmte Formen der Planung, eine gewisse Arbeiterkontrolle und soziale Sicherheit ein,
- während der Kapitalismus die Eigentumsverhältnisse, das Profitsystem und das Marktsystem beisteuert.

Die Grundlagen des Sozialismus, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die zentrale staatliche Planung, würden damit nicht in dem neuen, weder kapitalistischen noch sozialistischen System enthalten sein, während die wesensbestimmenden Merkmale des Kapitalismus erhalten bleiben würden.

Die Konvergenztheorie enthüllt sich somit nach Ansicht der DDR als das, was sie wirklich ist, "eine Theorie zur Verteidigung des Kapitalismus und zur Unterminierung des Sozialismus"[120].

Die Konvergenztheorie erfüllt im Rahmen der ideologischen Diversion vor allem zwei Funktionen:

- Mit ihrer These, die wissenschaftlich-technische Revolution dränge auch im Sozialismus auf einen sozialen Wandel, auf eine innere Auflockerung seines Gefüges, richtet die Konvergenztheorie ihren Hauptstoß "gegen die Grundpfeiler der politisch-staatlichen Ordnung in den sozialistischen Ländern, gegen die Didaktur des Proletariates und die führende Rolle der Partei, gegen die zentrale sozialistische Staatsmacht, den demokratischen Zentralismus und die zentrale staatliche Planung"[121]:

  · Die Konvergenztheorie will, indem sie den Sozialismus als totalitäres, demokratiefeindliches System diffamiert, den sozialistischen Staat dem werktätigen Volk als feindlich gesinnte Macht erscheinen lassen. Das werktätige Volk soll Oppositionsparteien fordern, die ihrem Wesen nach Sammelbecken der Konterrevolution sein würden.

  · Die Konvergenztheorie will die sozialistischen Länder auf den Weg der bürgerlichen Demokratie bringen, die nichts weiter ist als die demokratisch verbrämte Diktatur der Monopole.

  · Unter dem demagogischen Vorwand der Unvereinbarkeit von Sachverstand und Ideologie wird den marxistisch-leninistischen Parteien die Legitimation bestritten, als führende Kraft in der Gesellschaft zu wirken. Die Herrschaft der Technokraten soll die führende Rolle der Partei ablösen.

- Der zweite Hauptstoß der Konvergenztheorie richtet sich gegen die marxistisch-leninistische Theorie:

  · Die Theorie der Konvergenz von Sozialismus und Kapitalismus richtet sich vor allem gegen die Gesellschaftsprognose von Marx, Engels und Lenin, die den

Untergang der kapitalistischen Produktionsweise vorausgesagt und die Gesetzmäßigkeit des Überganges zum Sozialismus wissenschaftlich begründet hatten.

· Die Verharmlosung des ausbeuterischen Charakters des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln dient der Leugnung der Existenz von Klassen und des Klassenkampfes, dient der Leugnung der Tatsache, daß das kapitalistische Eigentum die Grundlage der politischen Herrschaft des Monopolkapitals bildet.

- Nachdem auf diese Weise die entscheidenden Positionen des Marxismus-Leninismus wiederlegt scheinen, versucht die Konvergenztheorie die Notwendigkeit der ideologischen Koexistenz zu begründen: da die technische Revolution den Wandel beider Systeme bedingt, gewinnen beide Systeme revisionistische Züge, denen es sich anzugleichen gilt, um der gesellschaftlichen Realität gerecht werden zu können.

c) 1.3 Die Erosion des Ostblocks[122]

Die Bestrebungen zur innenpolitischen Aufweichung der sozialistischen Länder, wie sie sich in der Konvergenztheorie äußern, finden, so die DDR, in den Appellen an nationalistische Relikte und Tendenzen ihre außenpolitische Ergänzung. Die Plattform für diese Appelle bietet die in den USA entwickelte Theorie von der Erosion des Ostblocks[123]:

- Die Theorie von der Erosion des Ostblocks spiegelt, nach Ansicht der DDR, reale Prozesse wider, freilich unter dem verzerrenden Aspekt der Nutzanwendung für die imperialistische Politik. Diese realen Prozesse sind Prozesse um die Herausbildung der sozialistischen Nationen und der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen ihnen; sie verlaufen nicht konfliktlos, und dies hat folgende Ursachen:

  · Es bestehen erhebliche, vom Kapitalismus geerbte Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der sozialistischen Länder.

  - Nationalistische Vorurteile, die zu den zählebigsten Relikten der alten, bürgerlichen Denkweise gehören, belasten die Festigung der sozialistischen Völkergemeinschaft.

  - In den letzten Lebensjahren Stalins traten zudem noch Verletzungen des Prinzips der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern auf.

- Die Theorie von der Erosion des Ostblocks knüpft an diese Tatsachen an und sieht in ihnen das Wesen der sozialistischen Entwicklung. Ziel der Erosionstheorie ist es, "unter Ausnutzung nationalistischer Überreste und Tendenzen zwischen den sozialistischen Ländern, besonders aber gegenüber der SU, Gegensätze hervorzurufen"[124]. Die sozialistischen Staaten sollen auf diese Weise gegeneinander ausgespielt werden[125].

c) 2. Formen der ideologischen Diversion

Die sozialistischen Staaten unterscheiden zwei Varianten der ideologischen Diversion, die vor allem mit Hilfe der Massenmedien, des Massentourismus und des kulturellen Austausches praktiziert werden[126]:

- Die erste, an Bedeutung ständig einbüßende Variante verbreitet die bürgerliche Ideologie offen, direkt und undifferenziert. Sie wendet sich an bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten und versucht, bürgerliche Relikte im Bewußtsein anderer Klassen und Schichten anzusprechen.

- Die andere Variante, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, geht von der Erkenntnis aus, daß die Träger antisozialistischer Ideen in den sozialistischen Staaten ihre Massenbasis verloren haben. Restaurative Parolen sind daher nicht mehr erfolgversprechend. Die ideologische Diversion wendet sich daher an die Arbeiter, vor allem aber auch an die Intelligenz und an die Jugend. Sie bietet nicht mehr Alternativen zum Sozialismus an, sondern sie propagiert Alternativen innerhalb des Sozialismus.

  Diese Variante setzt daher auf die systemimmanente Opposition, das heißt auf die revisionistischen Kräfte, die unter dem Vorwand, den Sozialismus verbessern und demokratisieren zu wollen, die Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft unterhöhlen.

c) 3. Ergebnis

Zwar analysierten die sozialistischen Staaten die Mittel und Methoden, deren sich die imperialistische ideologische Diversion bedient, unter sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten, und sie befaßten sich auch mit unterschiedlicher Intensität mit diesem Problem, doch weisen alle Analysen zwei gemeinsame Merkmale auf:

- Sie orientieren sich alle, mehr oder weniger offen an den Vorgängen, die sich 1956 in Ungarn beziehungsweise 1968 in der CSSR, oder im polnischen Falle in Polen, abspielten[127].
- Sie alle rekurieren in der einen oder der anderen Weise auf die Hilfe, die die ideologische Diversion durch die Mängel und Fehler in den sozialistischen Staaten beziehungsweise im sozialistischen Lager sowie durch revisionistische, nationalistische und offen konterrevolutionäre Elemente in den sozialistischen Staaten zuteil wird.

Daraus ergibt sich, daß die sozialistischen Staaten die Analyse der Mittel und Methoden der ideologischen Diversion weniger an der von den imperialistischen Staaten verfolgten Politik als an den Bedingungen des sozialistischen Lagers orientieren[128].

(2) Weitere Mittel und Methoden der imperialistischen Strategie

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz nennt neben dem ideologischen Kampf noch zwei weitere Schwerpunkte der imperialistischen Strategie gegenüber den sozialistischen Staaten die Auseinandersetzung mit militärischen und ökonomischen Mitteln[129].

(a) Der bewaffnete Kampf gegen den Sozialismus

Als Beweis dafür, daß der Imperialismus nicht auf den bewaffneten Kampf gegen den Sozialismus verzichtet hat, obwohl er vorläufig die direkte militärische Konfrontation zu meiden sucht[130], wertet das Hauptdokument der Moskauer Konferenz die stetige Verstärkung des Wettrüstens und das Bestreben des Imperialismus, "die Militärblöcke, die er mit dem Ziel der Aggression gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten geschaffen hat, zu aktivieren"[131].

Die DDR präzisiert diese Vorstellungen folgendermaßen:

- Die Politik der imperialistischen Hauptmacht, der Vereinigten Staaten, gegenüber ihren imperialistischen Partnern beweisen der DDR, daß die USA versuchen, das Potential ihrer Verbündeten ihren eigenen Zielen, nämlich der Vernichtung des Sozialismus, nutzbar zu machen. Sie bedienen sich dabei folgender Mittel:
  - Erneuerung der geschwächten Führungsrolle der USA,
  - Ausbau der aggressiven Sonderbündnisse mit der BRD, mit Israel und mit Saigon,
  - Verstärkung der imperialistischen Integrationspolitik auf der Basis des Antikommunismus[132].
- Die DDR schließt nicht aus, daß der Imperialismus versucht, in den sozialistischen Ländern kleine Trupps von Aufständischen zu bewaffnen. So vermutete "ND", wobei es sich auf die "Prawda" berief, die in der CSSR entdeckten Waffenverstecke hätten solchen Zwecken gedient[133].
- Daß der Imperialismus nach wie vor damit rechnet, eines Tages das sozialistische System mit Aussicht auf Erfolg angreifen zu können, beweisen nach Ansicht der SED folgende Tatsachen:
  - Nachdem die ideologische Diversion in der CSSR eine schwere Niederlage hatte hinnehmen müssen, beschlossen die imperialistischen Staaten, die NATO erneut zu verstärken[134].

- Den Krieg Israels gegen die arabischen Staaten und den in Griechenland vom amerikanischen Geheimdienst inszenierten Obristenputsch wertete das Politbüro des ZK der SED als Teil der von der NATO unternommenen Maßnahmen zur Stärkung der südöstlichen NATO-Flanke. Die Aggression Israels diente, als Stellvertreterkrieg, dem Ziel, ein militärisches Aufmarschgebiet an der Südflanke des sozialistischen Systems zu schaffen[135].

(b) Die Beeinflussung der ökonomischen Entwicklung der sozialistischen Staaten

Die ökonomische Subversion ist, so die SU, Teil der imperialistischen Strategie des "peaceful involvment", zu der auch die ideologische Diversion gehört. Die graduelle Einbeziehung der sozialistischen Staaten Osteuropas in die EWG und in andere westliche ökonomische Gruppierungen ist für den Imperialismus ein Mittel, um die Einheit des sozialistischen Lagers zu zerstören. Die SU liefert für diese These zwei Belege[136]:

- Brzezinski schlug in seinem Buch "Alternativen zur Teilung" vor, die EWG und die OECD sollten sich vereinen und eine Art Marshall-Plan für Osteuropa entwickeln, um die europäische Idee dorthin zu tragen und die kommunistische Ideologie damit zu vertreiben.

- In der CSSR hofften die Imperialisten, sie könnten mit Hilfe derartiger Pläne und mit Unterstützung revisionistischer Kreise, wie Otá Sik, die ökonomischen Verbindungen mit der SU zugunsten des Austausches mit den kapitalistischen Ländern lockern, damit die CSSR schließlich in ihrer ökonomischen Entwicklung einen kapitalistischen Kurs einschlägt[137].

4. Die Strategie des Imperialismus und das internationale Kräfteverhältnis

Wenn oben versucht wurde, die Paradoxie der These, die Vertiefung der allgemeinen Krise des Imperialismus habe seine

Aggressivität verschärft, mit dem aus der Psychologie entlehnten Argument von der irrationalen Aggressivität des bedrängten Imperialismus aufzuheben (vgl. oben, S. 45 ff.), so ist dieses Unterfangen nach der Analyse der Vorstellungen, welche die sozialistischen Staaten über die imperialistische Strategie entwickelten, nicht mehr gerechtfertigt, denn diejenigen imperialistischen Handlungen, die den sozialistischen Staaten als Beweis für die verstärkte imperialistische Aggressivität dienten, sind, folgt man den Vorstellungen der sozialistischen Staaten von der imperialistischen Strategie, integraler Bestandteil einer Strategie, die, von der rationalen Reflektion des bestehenden Kräfteverhältnisses ausgehend, ein komplexes System von Mitteln und Methoden entwickelt hat, die dazu bestimmt sind, dem Sozialismus und allen anderen fortschrittlichen Kräften entgegenzutreten, das heißt, diese Handlungen können nicht als Ausdruck irrationaler Aggressivität betrachtet werden, sondern sie sind Ausdruck einer Strategie, deren Rationalität nach all dem, was die sozialistischen Staaten ihr attestieren, nicht bezweifelt werden kann.

Dies bedeutet aber (immer die Annahme der sozialistischen Staaten vorausgesetzt, daß die fortschrittlichen Kräfte dem Imperialismus überlegen sind), daß sich in der These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus nicht die internationale Position des Imperialismus sondern i n n e r s o z i a l i s t i s c h e B e d i n g u n g e n widerspiegeln, denn der Imperialismus ist nicht in der Lage, seine Aggressivität zu verstärken, weil ihm dazu nach Ansicht der sozialistischen Staaten sowohl die objektiven Voraussetzungen, das heißt die materielle Basis, als auch die subjektiven Voraussetzungen fehlen, da seine Strategie, so wie sie sie die sozialistischen Staaten sehen,

sich nicht in den psychologischen Kategorien von Frustration und Aggression vollzieht, sondern Ausdruck seiner objektiven Situation ist, das heißt in ihren Mitteln und Methoden das internationale Kräfteverhältnis widerspiegelt, das sie mit jenen Mitteln zu verändern sucht, die ihr trotz der Vertiefung der allgemeinen Krise des Imperialismus verblieben sind. Imperialistische Militäraktionen wie in Vietnam und anderswo sind im Rahmen dieser Strategie nicht mehr als unkontrollierte Aggressionen, sondern allenfalls als kalkulierte Risiken zu charakterisieren, die den Rahmen des noch Möglichen nicht sprengen.

C Zusammenfassung und Ergebnis

Die Analyse, welcher die sozialistischen Staaten die Bedingungen des internationalen Systems unterwerfen, konzentriert sich - den Grundentscheidungen der sozialistischen Staaten entsprechend, die die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus als Hauptinhalt der gegenwärtigen Epoche in den Mittelpunkt des internationalen Systems rücken - auf das internationale Kräfteverhältnis und auf die Strategie des Imperialismus. Diese Analyse ergab dann Folgendes[138]:

1. Das Erstarken des sozialistischen Weltsystem, um welches sich vor allem die SU verdient gemacht hat, die wachsende Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung, die Entfaltung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staaten und die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten markieren die dritte Etappe der allgemeinen Krise des Imperialismus, die die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der SU eingeleitet und die das Entstehen des sozialistischen Weltsystems vertieft hatte.

2. Das internationale Kräfteverhältnis in der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Imperialismus und damit der gegenwärtige Stand der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus wird durch zwei Tendenzen bestimmt:

- Der Einfluß und die Bedeutung des sozialistischen Weltsystems, der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten wachsen ständig.

- Zur gleichen Zeit vertieft sich die allgemeine Krise des Imperialismus, was zu einer erhöhten Aggressivität der imperialistischen Staaten führt, wie sie in Vietnam und anderswo manifest wird.

3. Da der Imperialismus in der dritten Etappe seiner allgemeinen Krise angesichts der ökonomischen und militärischen Macht des sozialistischen Weltsystems nicht mehr in der Lage ist, seine Politik der Stärke fortzusetzen, weil die direkte militärische Konfrontation mit dem sozialistischen Weltsystem das Risiko des Selbstmordes für den Imperialismus in sich birgt, ist der Imperialismus zu einer Strategie übergegangen, die versucht, mit Hilfe der ideologischen Diversion und der ökonomischen Subversion den Sozialismus von innen her zu zersetzen, die sozialistische Ordnung in einzelnen Staaten des Warschauer Vertrages zu untergraben, einzelne Staaten aus der sozialistischen Gemeinschaft herauszureißen und damit das sozialistische System doch noch für einen imperialistischen Angriff sturmreif zu machen.

Diese Analyse der gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Systems war jedoch weniger geschlossen und folgerichtig als es den Anschein hat, wenn diese Analyse nur unter dem Aspekt der Einheit der sozialistischen Staaten untersucht wird; wird sie an der Haltung der einzelnen sozialistischen Staaten gemessen, so ergeben sich folgende Widersprüche in der Haltung der einzelnen sozialistischen Staaten und folgende Differenzen zwischen den sozialistischen Staaten:

1. Die Haltung, die alle sozialistischen Staaten, außer Rumänien, einnahmen, wenn es um die Beurteilung und um die Bewertung des internationalen Kräfteverhältnisses ging, war insofern widersprüchlich, als die Analyse, welcher diese Staaten das internationale Kräfteverhältnis und die Strategie des Imperialismus unterzogen, nicht in der Lage war, die zentrale These dieser Staaten zu rechtfertigen, die Aggressivität des

Imperialismus habe sich verstärkt, denn wenn man den Vorstellungen dieser Staaten folgt, dann fehlen dem Imperialismus zur Verstärkung seiner Aggressivität nicht nur die objektiven Voraussetzungen, das heißt die materielle Basis[139], sondern auch die subjektiven, da seine Strategie in den Augen der sozialistischen Länder irrationale Aggressivität ausschließt.

2. Differenzen ergaben sich zwischen den sozialistischen Staaten dort, wo sich auch die Widersprüche in der Haltung der einzelnen sozialistischen Staaten ergeben haben, denn Rumänien verfiel diesen Widersprüchen nicht; es weigerte sich, die These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus zu akzeptieren, weil es, wie die anderen sozialistischen Staaten auch, von der Überlegenheit der fortschrittlichen Kräfte über die Kräfte des Imperialismus ebenso überzeugt ist wie von deren Fähigkeit, einen Weltkrieg zu verhindern, und weil es für Rumänien "undenkbar" und "unannehmbar" ist, daß die sozialistischen Staaten unter dem Einfluß der imperialistischen ideologischen Diversion auf den Sozialismus verzichten könnten[140], weil Rumänien also letztlich nicht an die Realität einer konkreten imperialistischen Bedrohung glaubt[141].

Diese Widersprüche und Differenzen können ihre Ursache nicht im Imperialismus haben,

- denn in der Analyse des Erscheinungsbildes des Imperialismus (seines Potentials, seiner Absichten und Ziele sowie seiner Strategie) sind sich die sozialistischen Staaten weitgehend einig;
- auch die These von der irrationalen Aggressivität vermag diese Widersprüche und Differenzen nicht zu erklären,
- und selbst die Tatsache, daß die verschiedenen sozialistischen Staaten in unterschiedlichem Maße mit dem Imperialismus konfrontiert sind, erklärt diese Differenzen und Widersprüche nicht hinreichend.

Die Ursachen für diese Differenzen und Widersprüche müssen also im sozialistischen System, in den einzelnen sozialistischen Staaten selbst gesucht werden:

1. Inhalt und Funktion des rumänischen Begriffs von der Nation, die Tatsache, daß die RKP sich weigert, den Verdiensten der SU um das Erstarken des Sozialismus in irgendeiner Weise Rechnung zu tragen, die Intensität, mit welcher Rumänien sich mit dem internationalen Kräfteverhältnis befaßt, um seine These von der Überlegenheit der fortschrittlichen Kräfte zu belegen, sowie die geringe Aufmerksamkeit, die die RKP der imperialistischen Strategie schenkt, weil sie überzeugt ist, daß keine imperialistische Strategie in der Lage ist, die Staaten des Warschauer Vertrages dem Sozialismus zu entfremden, beweisen, bringt man sie in Verbindung mit den Vorstellungen, die die RKP über die Aggressivität des Imperialismus entwickelt hat, daß Rumänien nicht bereit ist, einer Bedrohung wegen, die seiner Ansicht nach nur einer einseitigen Einschätzung und einer falschen Analyse der Bedingungen des internationalen Systems entspringen kann, seine Unabhängigkeit und seine Bewegungsfreiheit Zwängen zu opfern, die sich aus solchen Feststellungen ergeben, wie sie die Moskauer Konferenz traf:

   " Die Entwicklung und die Festigung jedes sozialistischen Landes ist eine wichtige Bedingung für den Vormarsch des gesamten sozialistischen Weltsystems."

   "Die Erfolge des Sozialismus, sein Einfluß auf den Verlauf der internationalen Ereignisse, die Wirksamkeit seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression hängen in bedeutendem Maße von der Geschlossenheit der sozialistischen Länder ab"[142]. Denn derartige Feststellungen sind geeignet, die Reglementierung des Aufbaus des Sozialismus in jedem einzelnen Land und die Außenpolitik jedes sozialistischen Landes im Namen des internationalen Klassenkampfes zu rechtfertigen.

2. Obwohl auch Bulgarien, Ungarn und die CSSR der Analyse der imperialistischen Strategie und des internationalen Kräfteverhältnisses nur wenig Aufmerksamkeit widmen, obwohl auch sie überzeugt sind, daß die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus den Kräften der Reaktion und des Imperialismus überlegen sind, obwohl auch sie ihre Entscheidung für den Sozialismus mit der Wahrung nationaler Interessen zusätzlich begründen, kommen sie doch nicht zu denselben Ergebnissen wie Rumänien, was die Einschätzung der Aggressivität und Gefährlichkeit des Imperialismus anbelangt. Die Achtung, die sie den Verdiensten zollen, die sich die SU um das Erstarken des Sozialismus erworben hat, und die Tatsache, daß sie ihre These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus nur mit einer sehr ober-

flächlichen und unzureichenden Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses und der Strategie des Imperialismus rechtfertigen, sind als Indizien dafür zu werten, daß sich diese Staaten jenen Zwängen unterwerfen, denen sich Rumänien zu entziehen versucht; die These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus kann dabei, da sie nur sehr mangelhaft belegt wird, nicht als Ursache für diese Unterwerfung akzeptiert werden. Die Ursache liegt vielmehr auch hier im sizialistischen Lager selbst und in den nationalen Bedingungen in den einzelnen sozialistischen Staaten. Die Achtung, die diese Staaten der SU entgegenbringen, und die Übereinstimmung ihrer Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der imperialistischen Strategie mit der der SU können als Indizien dafür gewertet werden, daß sie den Führungsanspruch der SU akzeptieren.

3. Es sind die DDR, Polen und die SU, die, obwohl auch sie das internationale Kräfteverhältnis unterschiedlich beurteilen, das düsterste Bild von der Bedrohlichkeit und Gefährlichkeit des Imperialismus entwerfen, wenn sie ihm attestieren, ein umfangreiches System von Mitteln und Methoden zur Zersetzung und Vernichtung des Sozialismus geschaffen zu haben, das von der ideologischen Diversion bis zur Vorbereitung der militärischen Konfrontation alle nur denkbaren Instrumente imperialistischer Politik zur Anwendung bringt.

   Die Tatsache jedoch, daß diese Staaten ihre Vorstellungen von der imperialistischen Strategie, die sich zunächst ausschließlich an den Veröffentlichungen "imperialistischer Strategen" wie Brzezinski orientiert hatten, erst am Beispiel der CSSR konkretisierten und zu einer umfassenden Konzeption der imperialistischen Strategie ausformten, verleiht dem auf diese Weise entstandenen Bild von der imperialistischen Bedrohung nur dann Beweiskraft, wenn die These akzeptiert wird, daß die Entfaltung der Prager Nach-Januar-Politik mit all ihren Konsequenzen nur die Folge der Kooperation zwischen den imperialistischen Strategen der ideologischen Diversion und der tschechoslowakischen Revisionisten, Reaktionären, Nationalisten und Antisozialisten war, denn die zentrale These dieser Staaten bei der Analyse der imperialistischen Strategie ist ja die, daß der Imperialismus den Schwerpunkt seiner Strategie auf die ideologische Diversion verlagert hat, und zwar nicht nur, weil ihn das internationale Kräfteverhältnis dazu zwingt, sondern auch, weil er hoffen kann, daß ihm Tendenzen wie der Revisionismus, der Nationalismus oder die Überreste der bürgerlichen Ideologie die Zersetzungsarbeit in den sozialistischen Staaten erleichtern könnten.

Aus dieser Entwicklung wie aus dem Inhalt dieser Vorstellungen der sozialistischen Staaten von der imperialistischen Strategie - vor allem vor dem Hintergrund der oben zitierten Feststellung aus dem Hauptdokument der Moskauer Konferenz[143] - wird deutlich, daß die Beschwörung der imperialistischen Gefahr nicht nur Ausdruck einer real existierenden Bedrohung, beziehungsweise einer Gefahr, an die wirklich geglaubt wird, ist, sondern auch die Funktion hat zu verdeutlichen, daß sich der Aufbau des Sozialismus in den einzelnen sozialistischen Staaten nicht ohne die Beachtung der Notwendigkeiten vollziehen kann, die aus den Zwängen des internationalen Klassenkampfes hervorgehen, und daß eben dieser Klassenkampf auch die Einheit und die Geschlossenheit der sozialistischen Staaten erfordert. Somit hat die Beschwörung der imperialistischen Gefahr, neben der Warnung vor dieser Gefahr, auch Integrations- und Disziplinierungsfunktionen in den einzelnen sozialistischen Staaten und im gesamten sozialistischen Lager.

Für die spezielle Fragestellung dieser Arbeit und dieses Kapitels[144] bedeutet dies, daß die Art und Weise, wie die sozialistischen Staaten die imperialistische Bedrohung perzipieren, nicht allein von der Intensität dieser Bedrohung abhängt, sondern auch Funktionen hat, die mit dieser Bedrohung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen; mit anderen Worten: die Intensität, mit welcher die imperialistische Gefahr beschworen wird, spiegelt nicht nur die Intensität der imperialistischen Bedrohung, sondern auch die innersozialistischen Bedingungen wider. Das rumänische Verhalten beweist jedoch, daß die innersozialistischen Funktionen der Perzeption der imperialistischen Umwelt der sozialistischen Staaten nicht völlig unabhängig von der Intensität der imperialistischen

Bedrohung wahrgenommen werden können: Offenbar schwindet die Bereitschaft der sozialistischen Staaten, sich ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Namen der Zwänge des internationalen Klassenkampfes beschneiden zu lassen, in dem Maße, in dem sie sich darüber klar werden, daß der Imperialismus keine konkrete Bedrohung mehr darstellt. Daraus ergibt sich jedoch noch keine direkte Abhängigkeit zwischen westlicher Entspannungspolitik und Lockerung der Einheit des sozialistischen Lagers (das heißt eine unmittelbare Beeinflussungsmöglichkeit für den Westen), denn zum einen hängt die Ausbreitung der zentrifugalen Tendenzen im sozialistischen Lager natürlich in erster Linie von den innersozialistischen Bedingungen (das heißt von den Faktoren, die Staaten wie Rumänien veranlassen, eigene Wege zu gehen, und von jenen Faktoren, die die SU und die anderen sozialistischen Staaten dazu bestimmen, derartige Eigenwilligkeiten zu dulden oder zu unterbinden)[145] ab und zum anderen besteht ja, davon sind alle sozialistischen Staaten gleichermaßen überzeugt[146], eine grundsätzliche Gegnerschaft zwischen Sozialismus und Imperialismus, so daß unabhängig davon, wie konkret die imperialistische Bedrohung empfunden wird, immer prinzipielle Vorbehalte gegenüber der imperialistischen Politik bestehen bleiben, auch wenn diese sich noch so friedliebend und entspannungswillig gebärden sollte.

Somit ergibt sich: Die westliche Entspannungspolitik vermag zwar die Bereitschaft der sozialistischen Staaten, sich mit den kapitalistischen Ländern zu arrangieren, zu stärken, doch das Ausmaß, in dem dies gelingt, hängt in erster Linie von den innersozialistischen Bedingungen ab und findet seine Grenze im Antagonismus zwischen Sozialismus und Imperialismus.

2. KAPITEL: DIE ANALYSE DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS DURCH DIE STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES

A Die Analyse

1. Die allgemeine Einschätzung des westdeutschen Imperialismus[1]

Es sind im wesentlichen drei Erscheinungsformen des "westdeutschen Imperialismus", die die Staaten des Warschauer Vertrages zu dem Ergebnis kommen läßt, der westdeutsche Imperialismus sei "der Hauptherd der Kriegsgefahr im Herzen Europas"[2]:

- Der westdeutsche Imperialismus ist mit der Hauptmacht des Imperialismus, mit den USA, ein enges Bündnis eingegangen. Dieses Bündnis bildet die "Achse" des Nordatlantikblockes, der "das Hauptinstrument imperialistischer Aggression und Abenteuerpolitik" darstellt[3].

  - Der westdeutsche Imperialismus wurde damit zum Hauptverbündeten der USA in Europa und dient der Realisierung einer Politik, die von der Absicht gekennzeichnet ist, "mit Hilfe des nordatlantischen Militärbündnisses und der von ihm geschaffenen Militärmaschinerie die Spaltung Europas mehr und mehr zu vertiefen, das Wettrüsten anzuheizen, die internationale Spannung zu verschärfen und die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropa zu verhindern", wobei sie zur Verwirklichung dieser Ziele die amerikanischen Truppen in Europa stationiert läßt, Militärstützpunkte unterhält, Kernwaffenlager anlegt, Atom-U-Boote in die europäischen Meere entsendet, die 6. Flotte im Mittelmeer und Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord im europäischen Luftraum fliegen läßt[4].

  - Das Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus leistet der BRD aber auch wertvolle Dienste bei der Verfolgung ihrer eigenen Ziele.

- Der westdeutsche Imperialismus vertritt "ein revanchistisches Programm der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Veränderung der Grenzen einer

Reihe von europäischen Staaten. Diese Politik, die vor allem gegen den ersten deutschen sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat, die Deutsche Demokratische Republik, gerichtet ist, bedroht die Sicherheit aller Völker Europas und den Weltfrieden."[5]

Die Aggressivität dieses Programms äußert sich für die sozialistischen Staaten vor allem in folgender Politik[6]:

- Die militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands haben das Wirtschaftspontential des Landes auf die Rüstungsproduktion umgestellt.
- Sie haben eine 500 000 Mann starke Bundeswehr aufgestellt.
- Sie verherrlichen die Geschichte der deutschen Eroberungskriege und kultivieren den Haß gegen andere Völker.
- Sie versuchen, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen[7], und sie forcieren die Bemühungen, um eine industrielle Basis für die Produktion eigener Kernwaffen zu schaffen.
- Sie verstärken ihre Hegemoniebestrebungen über Westeuropa.
- Sie hintertreiben alle Maßnahmen zur Abrüstung und Entspannung.
- Sie verfolgen eine neokolonialistische Expansionspolitik gegenüber den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas[8].

- In der BRD nehmen die Kräfte des Neonazismus und des Militarismus ständig zu[9].

An dieser allgemeinen Einschätzung des westdeutschen Imperialismus hat sich während der Legislaturperiode der Großen Koalition nichts geändert, sie ist stets die gleiche geblieben[10], sie hat sich insofern sogar noch verschärft, als in der Bukarester "Deklaration über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa" noch von "der sich abzeichnenden Bildung einer Art Bündnis zwischen den amerikanischen Imperialisten und den westdeutschen Revanchisten"[11] die Rede gewesen war, während das Hauptdokument

der Moskauer Konferenz die "Achse" Bonn-Washington bereits als festen Bestandteil der imperialistischen Europapolitik betrachtete[12].

Doch die Staaten des Warschauer Vertrages sind trotz dieser allgemeinen Einschätzung des westdeutschen Imperialismus davon überzeugt, daß bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt und in Europa der westdeutsche Imperialismus nicht nur keinen Erfolg erringen kann, sondern sogar mit "nicht wiedergutzumachenden Folgen" rechnen muß[13].

2. Die Analyse des westdeutschen Imperialismus[14]

a) Die Ziele des westdeutschen Imperialismus

Die SU, die DDR, die CSSR und Polen analysieren die Ziele des westdeutschen Imperialismus unter zwei Aspekten:

- Zum einen gehen sie, wie die anderen sozialistischen Staaten[15], davon aus, daß die BRD die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges revidieren will; diese Absicht wird ihrer Meinung nach manifest
  - in dem Versuch des westdeutschen Imperialismus, die DDR zu liquidieren,
  - in der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze,
  - in der Weigerung, das Münchener Abkommen als ex tunc ungültig anzusehen,
  - in den Ansprüchen auf West-Berlin
  - und in dem Bemühen, Zugang zu Kernwaffen zu erhalten[16].
- Diese Zielsetzung stellt für die SU, Polen, die DDR aber nur einen Bestandteil eines viel umfassenderen Programms des westdeutschen Imperialismus dar:

- Unter Beibehaltung der Achse Bonn-Washington soll Westeuropa zu einem eng mit dem US-Imperialismus verbundenen und der Hegemonie Bonns unterworfenen politischen Organismus vereinigt werden.
- Dieses Europa soll Kernwaffen erhalten.
- Das unter der Stabsführung Bonns und Washingtons vereinte Europa soll die Basis für die Wiedervereinigung Deutschlands, für die Realisierung der westdeutschen Revanchepolitik und des antisozialistischen Programms des Weltimperialismus bilden.

Bei der Analyse dieses Programms berufen sich die sozialistischen Staaten auf den "Entwurf für Europa" von Strauß sowie auf Kiesinger, Guttenberg und Majonica[17].

Die sozialistischen Staaten sind überzeugt davon, daß sich an dieser Zielsetzung der BRD ebenso wenig geändert hat wie an der des Imperialismus[18]. Zu untersuchen bleibt somit nur noch die Strategie des "westdeutschen Imperialismus".

b) Die Strategie des westdeutschen Imperialismus

Aus der Zielsetzung des westdeutschen Imperialismus ergeben sich nach der Ansicht der sozialistischen Staaten drei Stoßrichtungen für die Strategie der BRD: Sie muß die innenpolitischen Voraussetzungen für die Verwirklichung ihrer außenpolitischen Vorstellungen schaffen, sie muß ihre Verbündeten im imperialistischen Lager auf ihre politische Linie einschwören, und sie muß versuchen, ihre Politik gegenüber den sozialistischen Staaten durchzusetzen.

(1) Die innenpolitischen Voraussetzungen[19]

(a) Die allgemeine innenpolitische Entwicklung in der BRD[20]

Die SU und die DDR sehen die innenpolitische Entwicklung in der BRD durch folgende Merkmale bestimmt[21]:

- Die führenden Positionen von Staat und Gesellschaft sind mit alten Nazis durchsetzt. Jene Kräfte, die im dritten Reich bereits den Kurs des imperialistischen Deutschland bestimmt haben, gewinnen auch heute in der BRD zunehmend an Einfluß.

- Im politischen Leben spielen zahlreiche Verbände und Gruppen, die sich zum Faschismus bekennen und bestrebt sind, weite Bevölkerungskreise mit dem Neonazismus zu infizieren, eine immer spürbarer werdende Rolle.

- Die NPD, die Nachfolgerin der Hitlerpartei hat vier Jahre nach ihrer Gründung Erfolge errungen, welche die NSDAP ihrerseits erst nach 10 Jahren hatte erringen können.

- Mit dem Gift militaristischer und revanchistischer Ideen sind Schulprogramme, Literatur, Presse, Film und Fernsehen durchtränkt. Mit diesem Material erziehen hitlerfaschistische Offiziere die Bundeswehrsoldaten. Die Presse ist in den Händen von Rechtsextremisten monopolisiert.

Der Militarismus und der Neonazismus sind nach Ansicht der DDR und der SU zu wesentlichen Teilen eine direkte Folge der offiziellen Politik der BRD, sie sind Bestandteil der westdeutschen Gesellschaft[22]. Dies ergibt sich für die SU und die DDR aus folgenden Überlegungen[23]:

- In der BRD sind jene Gruppen des Monopolkapitals wieder an der Macht, die Hitler an die Macht brachten und zur Eroberung Europas aussandten. Dies ist das Ergebnis des Komplotts jener Mächte mit dem westdeutschen Imperialismus, die ihre Verpflichtungen aus der Antihitlerkoalition verrieten, um die BRD als "Speerspitze" des Imperialismus gegen den Sozialismus einsetzen zu können, um einen demokratischen Neubeginn in Westdeutschland zu verhindern, der das Monopolkapital seiner Macht beraubt hätte.

- Die Innenpolitik der Bundesregierung verschärft diese Entwicklung noch, indem sie die Aktivitäten der neonazistischen und militaristischen Kreise duldet, während sie die fortschrittlichen Kräfte unaufhörlichen Repressalien aussetzt, sie verfolgt und, wie die KPD, verbietet.

- Die Außenpolitik Bonns, die durch eine revanchistische und militaristische Zielsetzung gekennzeichnet ist[24], schafft eine Atmosphäre wie sie für das Gedeihen nationalchauvinistischer und rassistischer profaschistischer Elemente nicht besser sein kann.

Sowohl die SU als auch die DDR sind überzeugt davon, daß es in der BRD auch Kräfte gibt, die sich der verhängnisvollen Entwicklung in der BRD entgegenstemmen. Während die DDR zwar den wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse, der Jugend und der Intelligenz gegen die Bonner Expansionspolitik konstatiert und sich lobend über die Bemühungen gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Kreise um eine Anerkennung der DDR und des europäischen status quo äußerte; aber darüber hinaus von der Opposition gegen den Kurs der in Bonn herrschenden Kreise keine Kenntnis nahm, verzeichnete die SU einige Erfolge dieser Opposition[25]:

- Sie schreibt es unter anderem der durch die Polarisierung der Kräfte der Reaktion und der demokratischen Bewegung hervorgerufenen innenpolitischen Instabilität in der BRD zu, daß die herrschenden Kreise der BRD sich zu einer flexibleren Ostpolitik genötigt sahen, um die Opposition gegen den revanchistischen Kurs der Bundesregierung zu besänftigen.

- Dem Einfluß der demokratischen Kräfte verdanke es die BRD, so Breshnew, daß es der NPD 1969 nicht gelang, in den Bundestag zu kommen.

(b) Die Formierung des Herrschaftssystems in der BRD

Während sich die SU darauf beschränkte, festzustellen, daß die herrschenden Kreise der BRD versuchten, mit Hilfe der Notstandsgesetze die Bedingungen für die Errichtung eines Regimes militärischer und polizeilicher Diktatur zu schaffen, um ihren Kurs gegenüber den fortschrittlichen Kräften der BRD abzusichern[26], widmete die DDR, da

sie der Überzeugung ist, daß in Westdeutschland die Integration aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, verglichen mit den übrigen Staaten Westeuropas, am weitesten fortgeschritten ist, diesem Problem eine größere Aufmerksamkeit; sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis[27]:

- Die Monopolbourgeoisie errichtet ein totalitäres Herrschaftssystem, um der politischen und sozialen Unruhe in der BRD Herr zu werden,
  - die durch die staatsmonopolistische Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals, welche eine fortschreitende Polarisierung der Klassen in der BRD hervorruft, ebenso erzeugt wird wie
  - durch die erhöhte Labilität der Wirtschaft, die ihrerseits durch die enormen Kosten verursacht wird, die die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Finanzierung der aggressiven Außenpolitik erzeugen.
- Der Errichtung dieses totalitären Herrschaftssystems dienen nach Ansicht der DDR folgende Projekte:
  - die Notstandsgesetzgebung und die Notstandsverfassung,
  - das Wirtschaftsermächtigungsgesetz und die große Finanzreform zur besseren Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Konzerne,
  - die Änderung des Wahlsystems
  - und die Verschärfung des politischen Strafrechtes[28].

(c) Ergebnis

Die DDR und die SU sehen die Entwicklung in der BRD durch zwei einander entgegenlaufende Tendenzen gekennzeichnet:

- Auf der einen Seite wachsen die Kräfte des Militarismus, des Revanchismus und des Neonazismus stetig,
- während sich auf der anderen Seite aber auch die Kräfte Gehör verschaffen, die diese Entwicklung ablehnen.

Beide Tendenzen haben ihre Ursache in der Entfaltung des staatsmonopolitischen Herrschaftssystems, das in dem Maße totalitäre Züge annimmt, in dem es genötigt ist, den durch seine eigene Entfaltung sich stetig verstärkenden Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu unterdrücken, um die innenpolitischen Voraussetzungen für seine aggressive Außenpolitik zu stärken und zu festigen.

(2) Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen Verbündeten[29]

(a) Das Bündnis mit den USA

Das Bündnis zwischen deutschen und amerikanischen Imperialisten, das nach Ansicht der sozialistischen Staaten bereits bei der Gründung der Bundesrepublik Pate stand[30] und das alle Spannungen und Widersprüche im kapitalistischen Lager überstanden hat, beruht auf der Interessenidentität zwischen Bonn und Washington[31].

- Die USA sind davon überzeugt, daß sie Europa nicht verlassen können, da es für ihre globale Politik ein äußerst wichtiges Gebiet darstellt, denn hier berühren sich die stärksten militärischen, politischen und strategischen Positionen der sozialistischen und der imperialistischen Welt. Die USA können, ihrem Klassenziel der Vernichtung des Sozialismus folgend, nicht auf die Kontrolle dieses Gebietes verzichten. Die USA müssen sich dabei auf eine europäische Macht stützen, denn, so stellte die SU fest[32], das sinkende Ansehen der amerikanischen Politik macht eine Dezentralisierung der Formen und Methoden der führenden Rolle des amerikanischen Imperialismus notwendig.

- Die BRD, seit ihrem Bestehen zum Kampf gegen den Sozialismus bestimmt, ist der natürliche Verbündete der USA, denn der westdeutsche Imperialismus und Militarismus kann seine eigenen Ziele - Hegemonie in Europa und Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges - angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses nur im Bündnis mit dem US-Imperialismus erreichen.

Bonn unterstützt nach Ansicht der DDR[33] die Vereinigten Staaten bei ihren politischen Abenteuern und Verbrechen in der ganzen Welt[34]:

- Der "Devisenausgleich", den Bonn an die USA zahlt, ist eine getarnte finanzielle Unterstützung der US-Aggression in Vietnam.
- Die "neue Ostpolitik" entlastet die USA, denn sie ist dazu bestimmt, das sozialistische Lager zu schwächen, das dem vietnamesischen Volk allseitige Hilfe gewährt.
- Die Wiedergutmachung, die Bonn an Israel zahlt, sicherte die schnelle ökonomische und militärische Stärkung dieses imperialistischen Brückenkopfes in der arabischen Welt.

Mit dieser Einordnung in die Strategie der Hauptmacht des Imperialismus erreicht Bonn nach Auffassung der DDR bei der Verfolgung seiner eigenen Ziele die Unterstützung der USA[35]: so gibt es zum Beispiel in Sachen Atomsperrvertrag keinen Druck Washingtons auf Bonn, und die USA sichern die Bonner Ostpolitik mit ihrem Nuklearpotential ab.

(b) Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber den westeuropäischen Partnern[36]

Winzer erinnerte im Mai 1969 daran, daß das aggressive Wesen der Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber seinen westlichen Nachbarn nicht unterschätzt werden dürfe: Bonn gehe es darum, sich die natürlichen, wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen dieser Staaten für seine Expansionspolitik nutzbar zu machen, indem es den entscheidenden Einfluß in der NATO (auch mit Hilfe des Sonderbündnisses mit den USA), in der EWG und in den anderen westeuropäischen Organisationen zu gewinnen suche; Bonn stelle seine ökonomische und militärische Macht bewußt in den Dienst seiner Hegemonialpolitik[37].

(3) Die Politik des westdeutschen Imperialismus gegenüber den sozialistischen Staaten[38]

(a) Die Grundlagen dieser Politik

a) 1. Die neue Ostpolitik und das internationale Kräfteverhältnis

Die Bonner Ostpolitik unterliegt, so die SU, denselben Zwängen wie die gesamte imperialistische Strategie; auch sie ist Ausdruck der Tatsache, daß die imperialistischen Positionen in der Weltpolitik grundlegend geschwächt wurden, das heißt, sie ist Ausdruck des gewandelten internationalen Kräfteverhältnisses[39]. Dies bedeutet, wie im Falle der globalen imperialistischen Strategie[40],

- daß der westdeutsche Imperialismus zwar unbeirrt an seinen aggressiven Zielen festhält[41],
- daß er aber auch die "Politik der Stärke" revidiert und den Schwerpunkt seiner Strategie auf den ideologischen Kampf gegen den Sozialismus verlagert hat.

Gegenstand der Analyse der Politik des westdeutschen Imperialismus ist somit für die sozialistischen Staaten die gewandelte Strategie des westdeutschen Imperialismus, die neue Ostpolitik der Großen Koalition.

a) 2. Die Entwicklung der Bonner Ostpolitik

Die "Politik der Stärke", welche die BRD gegenüber den sozialistischen Staaten betrieb, war, folgt man den Vorstellungen der SU[42], von einer umfassenden Militarisierung Westdeutschlands gekennzeichnet[43]. Diese Militarisierungspolitik beweist der SU, daß die BRD versuchte, von der Position der Stärke aus das Deutsche Reich in den Grenzen

von 1937 wiederherzustellen, denn Bonn betrieb diese Militarisierung, obwohl seine Sicherheit nicht bedroht war[44]: die heftigen internationalen Konflikte, die von Zeit zu Zeit losbrachen, spielten sich abseits der BRD ab, kein Staat stellte territoriale Forderungen an die BRD und niemand versuchte einen Anschlag auf die ökonomische Ordnung der BRD.

Innen- und außenpolitische Gründe zwangen dann die BRD zur Revidierung ihrer "Politik der Stärke":

- Der aus den Gründerjahren der BRD übernommene revanchistische und antikommunistische Kurs Bonns war am 13. August 1961 gescheitert. Dennoch setzte die BRD ihren Konfrontationskurs fort und geriet angesichts der allgemeinen Entspannungstendenzen[45] in Gegensatz zur realen Situation in Europa und in der Welt. Selbst die kapitalistischen Staaten Europas begannen sich von dem aggressiven Kurs Bonns zu distanzieren. Die BRD konnte, wollte sie außenpolitisch nicht völlig isoliert werden, den allgemeinen Trend zur Entspannung in Europa nicht mehr länger ignorieren[46].

- Die Kursänderung der Ostpolitik Westdeutschlands hat aber auch innenpolitische Ursachen:

  · Während die SU die Ansicht vertritt, die innenpolitische Polarisation zwischen den Kräften der Reaktion und der antifaschistischen demokratischen Bewegung habe die BRD zu einer flexibleren Ostpolitik genötigt, um die Opposition gegen ihren militaristischen und revanchistischen Kurs zu besänftigen[47];

  · geht die DDR zwar auch von den innenpolitischen Schwierigkeiten der westdeutschen Monopolbourgeoisie aus, doch sie ist davon überzeugt, daß diese Monopolbourgeoisie die innenpolitische Krise, welche sich in einem fühlbaren Rückgang der Konjunktur und in strukturellen Krisenerscheinungen, die soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit, Druck auf die Löhne und auf die Gewerkschaften verursachten, sowie in der Tatsache manifestierte, daß die führende Partei der Monopolbourgeoisie, die CDU/CSU sich in innere Widersprüche verstrickte, bewußt auf den Höhepunkt trieb, um ihre aggressiven Ziele weiterverfolgen zu können, wobei sie auf die schon traditionelle Bereitschaft

der rechten sozialdemokratischen Führer spekulierte, in Krisensituationen - wie 1914, 1918, 1923, 1945 und nun auch 1966 - die Machtpositionen der Monopolbourgeoisie zu restaurieren und zu stabilisieren[48]; der Eintritt der SPD in das Kabinett der Großen Koalition wertete Ulbricht als weiteren Schritt zur Formierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems der BRD, der dazu bestimmt war, mit Hilfe der SPD die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zum Stillhalten zu bewegen, wenn die Macht der Monopole verstärkt und die soziale Gesetzgebung abgebaut wurde, und die westdeutsche Außenpolitik vor den Völkern glaubwürdiger erscheinen zu lassen[49].

Somit konstatiert die DDR die innenpolitische Krise in der BRD zwar ebenso wie die SU, doch sie betrachtet sie nicht nur als Ursache für die Formulierung einer flexibleren Außenpolitik, sondern sie setzt sie in Funktion zur staatsmonopolistischen Formierung des westdeutschen Herrschaftssystems, welche die Voraussetzung ist für die Aufrechterhaltung des aggressiven außenpolitischen Kurses der BRD.

(b) Die neue Ostpolitik

b) 1. Allgemeine Charakterisierung der neuen Ostpolitik

Die vom Kabinett der Großen Koalition konzipierte neue Ostpolitik kombinierte nach Ansicht der sozialistischen Staaten taktische Beweglichkeit und entspannungswillige Terminologie mit der Aufrechterhaltung der alten Revanchepolitik und ihrer aggressiven Zielsetzung, um unter den Bedingungen des zugunsten des Sozialismus veränderten internationalen Kräfteverhältnisses die Ziele des westdeutschen Imperialismus doch noch verwirklichen zu können[50]. Die neue Ostpolitik diente dem Zweck, die DDR zu isolieren, um sie später zu liquidieren, und die Solidarität der sozialistischen Staaten zu zerschlagen[51].

b) 2. Mittel und Methoden der neuen Ostpolitik[52]

b) 2.1 Die verschiedenen Ebenen der neuen Ostpolitik

Nach Ansicht der DDR hat die Große Koalition, um ihr Ziel, die Vorherrschaft des mit dem amerikanischen Imperialismus verbündeten westdeutschen Imperialismus über ganz Europa zu errichten und die europäischen Nachkriegsgrenzen zu revidieren[53], folgenden Stufenplan[54] konzipiert[55]:

- In der ersten Etappe soll Westberlin an die Bundesrepublik angegliedert werden.
- In der folgenden Etappe soll die DDR zuerst isoliert und dann liquidiert werden.
- In der dritten Etappe verfolgt Bonn dann seine weitergelegenen Ziele in Ost- und Südosteuropa, das heißt die Zersetzung und Vernichtung des gesamten sozialistischen Lagers.

Diese einzelnen Etappen werden in der DDR zwar nicht immer scharf unterschieden und auch ihre Reihenfolge wurde variiert - so wird die Annexion der DDR vom Graubuch zum Beispiel auch in die erste Etappe des Stufenplanes eingereiht[56] - doch immerhin ist diesem Stufenplan zu entnehmen, daß die Ostpolitik auf zwei Ebenen wirkt:

- Zum einen wendet die BRD gegenüber dem gesamten sozialistischen Lager (einschließlich der DDR) bestimmte Mittel und Methoden an,
- und zum anderen variiert sie weitere Mittel und Methoden entsprechend den spezifischen Voraussetzungen einzelner Ziele. Diese spezifischen Mittel und Methoden erstrecken sich auf Westberlin, auf die DDR und auf den Versuch, die Verbündeten der BRD für die Realisierung der westdeutschen Ostpolitik zu gewinnen.

b) 2.2 Die Mittel und Methoden zur Erreichung einzelner Ziele

b) 2.2.1 Die neue Ostpolitik und die Verbündeten Bonns

Um ihre Verbündeten für ihre Ostpolitik einzuspannen, bedient sich die BRD nach Ansicht der DDR folgender Mittel und Methoden[57]:

- Sie bemüht sich, mit Hilfe ihrer ökonomischen Bedeutung das Verhalten ihrer westeuropäischen Verbündeten gegenüber den sozialistischen Staaten zu reglementieren:

  · Englands Bemühungen, in die EWG aufgenommen zu werden, nutzte die Bundesregierung zu Erpressungen, die London zwingen sollen, die aggressive Ostpolitik Bonns stärker zu unterstützen. So sollte London zum Beispiel der DDR keine Kredite gewähren, deren Laufzeit fünf Jahre überschreitet.

  · Das Initiativrecht der EWG-Kommission, in welcher Bonn wichtige Schlüsselstellungen besetzt hält, nutzte die Bundesregierung zu Versuchen, Beschlüsse wie den folgenden durchzusetzen: die Anerkennung der DDR durch afrikanische Staaten sei unvereinbar mit einer EWG-Assoziierung, oder: die DDR dürfe handelspolitisch nicht als Drittland gelten.

- Bonn bemüht sich weiter, mit Hilfe der NATO seinen Zielen näher zu kommen, wobei ihm die Tatsache zu Hilfe kommt, daß Bonn und sein Achsenpartner Washington in der NATO die entscheidenden Führungspositionen besetzt halten:

  · In jenen NATO-Staaten, denen im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie eine besonders aggressive Rolle zufällt, unterstützte Bonn die Bemühungen, eine Militärdiktatur zu errichten - so in der BRD selbst und in Griechenland.

  · Bonn bereitete mit der Rückendeckung der NATO und vor allem unter dem Schutz der Nuklearmacht der USA nach dem Vorbild Israels überraschende Vorstöße bewaffneter Kräfte vor, um Faustpfänder im sozialistischen Lager zu gewinnen.

· Bonn nutzte sein Bündnis mit den USA dazu, Washington durch ökonomische Bande auf die revanchistische Politik der BRD festzulegen und um die Unterstützung der USA für die atomaren Wünsche der BRD zu gewinnen, die im Dienste der Vernichtung des Sozialismus stehen.

b) 2.2.2 Neue Ostpolitik und Westberlin

Bonn versucht nach Ansicht der DDR, den Zustand der ständigen Rechtsverletzungen und Provokationen in Westberlin als Status quo Westberlins festzuschreiben: So bestimmte es Springer dazu, in Westberlin eine Zentrale der psychologischen Kriegsführung zu errichten, es entsandte Innenminister Benda zu Notstandsübungen nach Westberlin, es errichtete in der Stadt ein Zentrum der Rüstungsindustrie, es schleust nazistische Elemente in die Stadt ein etc.[58].

b) 2.2.3 Neue Ostpolitik und DDR

Trotz ihrer Beteuerungen, dem Frieden und der Entspannung dienen zu wollen, betreibt die BRD gegenüber der DDR, so die SED, eine Politik der offenen Feindschaft, um die DDR als äußerste westliche Position des Sozialismus zu liquidieren und auf diese Weise den Sperriegel gegen ihre imperialistischen Pläne aufzubrechen und damit auch die Bedrohung der imperialistischen Herrschaft auszuschalten[59]. Ausdruck dieser Politik sind nach Ansicht der DDR folgende Mittel und Methoden[60]:

- Die "Alleinvertretungsanmaßung":

  Die Alleinvertretungsanmaßung negiert die Existenz der DDR und spricht der Bundesregierung das Recht und die Pflicht zu, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen. Sie stellt das derzeit wichtigste politische Instrument zur Verwirklichung des Bonner Stufenplanes dar.

  Die Alleinvertretungsanmaßung ermöglicht die juristische Vorwegnahme der Aggression und das Festhalten am

angeblichen Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR; sie ist daher eine "potentielle Kriegserklärung" an die DDR und straft das Bonner Friedens- und Entspannungsgerede Lügen.

Der Durchsetzung der Alleinvertretungsanmaßung dient die Hallstein- Doktrin, welche die nichtsozialistischen Länder zwingen soll, die DDR nicht anzuerkennen. An diesem Tatbestand hat nach Ansicht der DDR auch die Fünf-Punkte-Erklärung der Bundesregierung vom Juni 1969 nichts geändert[61], denn dort wird nur das "Strafmaß" für die Anerkennung der DDR variabler gestaltet[62].

- Die Isolierungspolitik Bonns gegenüber der DDR:

Während Bonn unter der Regierung der Großen Koalition ein heftiges Liebeswerben um die sozialistischen Staaten begann, trieb es gegenüber der DDR eine Politik der offenen Feindschaft, um die DDR zu isolieren:

- Provisorische Grenzbereinigungen mit Polen und der CSSR sollen diese Staaten in Sicherheit wiegen und die DDR, die dann allein den revanchistischen Forderungen Bonns ausgesetzt sein würde, isolieren. Diese Politik folgt dem Vorbild Hitlers, der stets nur einen Staat mit seinen Forderungen konfrontierte und den anderen Staaten versicherte, sonst hätte er keinerlei Forderungen mehr und der Friede wäre endgültig gesichert, wenn diese letzten Forderungen an diesen einen Staat erfüllt werden würden. Auf diese Weise versuchte Hitler einen Staat nach dem anderen zu liquidieren.

- Bonn bot - bei Aufrechterhaltung der Alleinvertretungsanmaßung - den sozialistischen Staaten den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen an. Würden diese Staaten das Angebot akzeptieren, würden sie anerkennen, daß die BRD gegenüber der DDR nicht an die völkerrechtlichen Prinzipien der Nichteinmischung und des Verbotes der Gewaltanwendung gebunden ist, sie würden de facto also dem revanchistischen Programm Bonns zustimmen und die DDR im Stich lassen[63].

- Bonn bot den sozialistischen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen an und gab damit zwar nicht die Alleinvertretungsanmaßung, wohl aber die Hallstein-Doktrin gegenüber den sozialistischen Staaten auf. Bonn beabsichtigt damit lediglich, die sozialistischen Staaten zur Aufgabe ihres gemeinsamen Standpunktes zu bewegen, daß sich diplomatische Beziehungen und Alleinvertretungsanspruch gegenseitig ausschließen, was ihm im Falle Rumäniens auch gelang[64].

b) 2.3 Neue Ostpolitik und sozialistisches Lager

Gegenüber dem gesamten sozialistischen Lager bedient sich die BRD nach Ansicht der DDR im wesentlichen zweier Methoden, um ihren Zielen näher zu kommen:

- Die eine Methode ist Ausdruck des westdeutschen Bestrebens, bei passender Gelegenheit wieder zur direkten Konfrontation mit den sozialistischen Staaten überzugehen[65].
- Die andere Methode besteht in der Erosion der Staatsordnung der sozialistischen Länder und der sozialistischen Staatenbeziehungen zur Vereinzelung der Außenpolitik der sozialistischen Staaten[66].

b) 2.3.1 Die Vorbereitung der direkten Konfrontation

Die SED konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die "juristische" Aggression und das Kernwaffenstreben Bonns, die für Ostberlin die entscheidenden Mittel der Bundesregierung im Rahmen ihrer Politik darstellen, sich auf eine direkte Konfrontation mit den sozialistischen Staaten vorzubereiten.

Die "juristische" Aggression der BRD besteht nach Ansicht der DDR in der Ausdehnung der Gesetzgebung und Rechtssprechung der BRD auf fremde Territorien und Staatsbürger[67].

- Das Zollgesetz, die Proklamation über die Erforschung und Ausbeutung des Festlandsockels, das Staatsbürgerschaftsrecht, das "Handschellengesetz" usw. nennen als Geltungsbereich Deutschland in den Grenzen von 1937.
- Die westdeutsche Rechtssprechung kam zu folgenden Urteilen:

- Zum Inland gehört als Teil Gesamtdeutschlands auch die SBZ (BGH am 11. 2. 1954).

- Die westdeutsche Gerichtsbarkeit gilt für Deutschland in den Grenzen von 1937 (BGH vom 22. 9. 1955).

- Rechtlich als Inland zu betrachten ist das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 (BVerfG vom 6. 10. 1955).

Die DDR kommt angesichts dieser Urteile und dieser Gesetzgebung zu dem Ergebnis:

> "Indem die Bundesrepublik ihre Gesetzgebung und ihre Rechtssprechung ... auf fremde Territorien und fremde Staatsbürger ausdehnt, begeht sie einen Akt der juristischen Aggression. Dieser juristische Annexionismus reflektiert den Grundgehalt der Bonner Politik, sich unter Negierung der politischen und völkerrechtlichen Realitäten das Recht auf die Alleinvertretung Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 anzumaßen, um den Weg zu einer die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges korrigierenden aktiven Grenzrevision offenzuhalten."[68]

Neben der "juristischen Aggression" kommt die Politik Bonns, eine direkte Konfrontation mit den sozialistischen Staaten vorzubereiten, nach Ansicht der DDR auch im Streben Bonns, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, zum Ausdruck. Diesem Streben dient folgende Taktik[69]:

- Die forcierte Entwicklung einer möglichst autarken Kernenergiewirtschaft in der BRD wird in naher Zukunft eine lückenlose Kette von Einrichtungen schaffen, welche die Herstellung eigener Kernwaffen ohne erhebliche Zusatzinvestitionen ermöglichen. Die nötigen Kenntnisse und Spezialisten werden ebenfalls vorhanden sein. Auf diese Weise bereitet die Bundesregierung in Westdeutschland die Produktion eigener Kernwaffen vor.

- Die Bundesregierung fordert eine europäische Atomstreitmacht, um Zugang zu Kernwaffen zu erhalten.

- Sie schmiedet mit Israel und Südafrika Kernwaffenkomplotte, um die eigene Kernwaffenproduktion im Ausland vorzubereiten.

- Sie sperrte sich gegen den Atomsperrvertrag, weil ihr dieser den Zugang zu Kernwaffen verwehrt. Durch immer neue Einwände suchte sie den Vertragsabschluß hinauszuzögern, um den Vertrag schließlich ganz zu Fall zu bringen[70].

- Um die internationale Öffentlichkeit über ihren Widerstand gegen den Atomsperrvertrag zu täuschen, behauptete die Bundesregierung, sie habe bereits auf Kernwaffen verzichtet. Die Bundesregierung hat aber lediglich erklärt, sie werde auf ihrem eigenen Territorium keine Kernwaffen herstellen. Sie hat demnach nie darauf verzichtet, Kernwaffen zu erwerben, Kernwaffen im Ausland zu produzieren, Kernwaffen zu besitzen oder über Kernwaffen mitzuverfügen.

Für die DDR ist es bewiesen, daß die BRD auch nach Verfügungsgewalt über chemische und bakteriologische Waffen strebt[71]:

- Im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums wird in über 80 Instituten an der Herstellung von B- und C-Waffen gearbeitet.

- Der Bundeswehr werden in der BRD produzierte oder aus den USA bezogene B- und C-Kampfstoffe zur Verfügung gestellt.

- Erprobt werden Einsatzformen zur schlagartigen und langfristigen Verseuchung großer Gebiete.

- Die Lagerung von B- und C-Kampfstoffen in der BRD wurde mit den USA vertraglich vereinbart.

- Die BRD unterstützt die USA aktiv beim Einsatz von B- und C-Kampfstoffen in Vietnam, indem sie den USA Patente überläßt und Giftstoffe in die USA oder direkt nach Südvietnam liefert.

b) 2.3.2 Erosion der sozialistischen Staatsordnung

In den Dienst der Erosion der Staats- und Gesellschaftsordnung der sozialistischen Staaten stellt die BRD, so die DDR, die Einschleusung der bürgerlichen Ideologie, die "geistige Offensive"[72].

Statt offen den Sturz der sozialistischen Ordnung zu propagieren, ist die ideologische Offensive der BRD, wie die imperialistische Strategie insgesamt[73], als schrittweise Aufweichung und Zersetzung des Sozialismus konzipiert. Neben den allgemein üblichen imperialistischen Mitteln und Methoden der ideologischen Diversion wendet die BRD folgende spezifischen Methoden an:

- Im Rahmen des Kulturaustausches setzt die BRD abstrakte Kunst, das absurde Theater und die atonale Musik zur ideologischen Diversion des Sozialismus ein[74]. Demselben Zweck dient der Tourismus, die Verbreitung westlicher Literatur, die Rundfunk- und Fernsehpropaganda und die Hersteller bilateraler Kontakte[75].

- Das Buch von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, wird von der DDR als Versuch gewertet, durch die Neuauflage der These eines dritten Weges zwischen konventioneller bürgerlicher und sozialistischer Demokratie die sozialistischen Staaten von innen her zu zersetzen[76].

- Die gesamte Marxkritik in der BRD ist ein Teil der ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Staaten. Um den real existierenden Sozialismus zu bekämpfen (und die Opposition im eigenen Lande zu spalten), bedient sich die BRD folgender Methoden[77]:

  - Man propagiert einen angeblich auf Marx zurückzuführenden "demokratischen" Sozialismus, um die sozialistischen Staaten und die marxistisch-leninistischen Parteien mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen zu infizieren.

  - Der Leninismus wird als russische Variante des Marxismus abgetan, um die schöpferische Weiterentwicklung der Gedanken von Marx und Engels durch Lenin zu negieren und desto besser widerlegen zu können, was sich vor allem gegen die Diktatur des Proletariats richtet.

  - Es wird behauptet, Marx und seine Lehre seien überholt. Sie entsprächen einem längst überwundenen Anfangsstadium der heutigen "modernen Industriegesellschaft", in welcher die Arbeiterklasse zum "Sozialpartner" der Monopolbourgeoisie geworden sei. Damit soll die marxistisch-leninistische Vorhut der Arbeiterklasse zersetzt werden.

b) 2.3.3 Erosion der Staatenbeziehungen

Um die einzelnen sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen, sie voneinander zu isolieren und sie damit in ihrer außenpolitischen Aktivität gegen den Imperialismus zu lähmen, bedient sich Bonn - neben den Mitteln und Methoden der ideologischen Diversion - folgender spezieller Methoden:

- Bonn versuchte mit Hilfe einer differenzierten Handelspolitik und Kreditgewährung ökonomische Abhängigkeiten zu schaffen[78], um die Effizienz des Integrationsfaktors Wirtschaftsbeziehungen für das sozialistische Lager zu vermindern. So diente zum Beispiel der Besuch Blessings in Prag dem Zweck, der CSSR Kredite anzubieten, um deren enge Bindungen an die SU und den RGW zu untergraben[79].

- Bonn stellte seine wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Potenz in den Dienst der Taktik, die von Bonn begünstigten Länder dazu zu bewegen, gemeinsame Standpunkte des sozialistischen Lagers aufzugeben (eine Taktik, die es besonders gegenüber Ländern anwandte, mit denen es keine Grenzprobleme hat)[80]. Demselben Ziel diente das Angebot, bei Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs diplomatische Beziehungen aufzunehmen und Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen[81], um die Einheit der sozialistischen Staaten im Bereich der deutschen Frage zu untergraben[82].

- Auch die westdeutsche Marxkritik steht im Dienst der Erosion der sozialistischen Staatenbeziehungen: Die Charakterisierung des Leninismus als russische Variante des Marxismus soll nationalbolschewistische Entwicklungen begünstigen[83].

B Die Funktionen dieser Analyse

Da die Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses und der Strategie des Imperialismus für die sozialistischen Staaten, wie oben gezeigt, nicht nur die Funktion hat, die Objekte der Analyse zu untersuchen, ist zu vermuten, daß auch die Analyse des westdeutschen Imperia-

lismus Funktionen hat, die über den Gegenstand der Analyse, die BRD, hinausreichen. Es gibt Indizien dafür, daß diese Funktionen im Bereich des imperialistischen und auch des sozialistischen Lagers liegen.

1. Indizien für Funktionen im sozialistischen Lager

a) Der Intensitätsgrad der Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Imperialismus

Die Haltung, die jene Staaten gegenüber der BRD einnehmen, die sich weit weniger intensiv mit der BRD befassen als die DDR, die SU, Polen und die CSSR (das heißt Ungarn, Bulgarien und Rumänien), ist von folgenden Widersprüchen gekennzeichnet[84]:

- Einerseits schenkten sie der BRD und ihrer Politik nur wenig Aufmerksamkeit und bekundeten damit wenig Interesse, so daß der Schluß naheliegt, sie fühlten sich von der BRD nicht bedroht. Diesem Schluß entspricht auch die Tatsache, daß Bulgarien, Ungarn und Rumänien von der BRD nicht über jenes Maß hinaus bedroht werden, das jeder sozialistische von jedem kapitalistischen Staat ohnehin erwartet und das zudem noch durch das geänderte internationale Kräfteverhältnis erheblich verringert wurde[85].

- Andererseits zählen Bulgarien und Ungarn die BRD jedoch zur, neben den USA, aggressivsten imperialistischen Macht, und auch Rumänien spricht der westdeutschen Innen- und Außenpolitik nicht eine gewisse Bedrohlichkeit ab, wenn es feststellt, der Alleinvertretungsanspruch und die Hallstein-Doktrin türmten künstliche Hindernisse auf dem Weg der Zusammenarbeit zwischen den Völkern Europas, der Welt und den beiden deutschen Staaten auf, und der Neonazismus in der BRD wachse.

Ist die Art, wie Rumänien die Bedrohlichkeit der westdeutschen Politik bewertete noch in Einklang mit der Tat-

sache zu bringen, daß sich Rumänien, wie auch Ungarn und Bulgarien, nicht von der BRD bedroht fühlt , so ist dies im Falle Ungarns und Bulgariens nicht mehr möglich, denn diese beschwören die deutsche Gefahr, ohne sich weiter mit ihr auseinanderzusetzen.

Da die Frage, warum sich Rumänien konsequenter verhält als Ungarn und Bulgarien und warum diese beiden Staaten die deutsche Gefahr beschwören, obwohl sie sich offensichtlich von der BRD nicht bedroht fühlen, nicht mit dem Hinweis auf das unterschiedliche Maß, in welchem diese Staaten mit der BRD konfrontiert sind, beantwortet werden kann, denn hinsichtlich der Bedrohung seitens der BRD befinden sich alle drei Länder in derselben Situation, und da dieser Hinweis, weil alle diese Staaten mit derselben BRD konfrontiert sind, die einzige Möglichkeit ist, die Widersprüche und Differenzen in der Haltung dieser drei Länder mit dem Objekt der Analyse, mit der BRD zu erklären, kann die Antwort auf diese Frage nur im innersozialistischen Bereich gefunden werden. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Haltung, die diese Länder gegenüber der BRD einnehmen, auch von innersozialistischen Rücksichten, Zwängen und Bedingungen bestimmt wird.

b) Die Intensität der Beschwörung der gesamten imperialistischen Gefahr und der deutschen Gefahr

Die Tatsache, daß sich Bulgarien, Rumänien und Ungarn weniger intensiv mit dem westdeutschen Imperialismus auseinandersetzen als die SU, die DDR, Polen und die CSSR legt zunächst die Vermutung nahe, daß die unterschiedliche Intensität der Beschäftigung mit der BRD nur widerspiegelt,

wie sich jeder sozialistische Staat von der BRD bedroht fühlt. Zumindest relativiert wird diese These jedoch, hält man sich vor Augen, daß es gerade jene Staaten des Warschauer Vertrages sind, welche die deutsche Gefahr am intensivsten beschwören, die auch schon die Gefahr, die vom Imperialismus insgesamt ausgeht, in den düstersten Farben malten, um, wie oben bereits dargestellt wurde, jene integrierende Wirkung zu erzielen, die von einer solchen intensiven Beschwörung äußerer Gefahren für das sozialistische Lager und für die einzelnen sozialistischen Staaten ausgeht. Es ist daher zu vermuten, daß auch die Beschwörung der deutschen Gefahr ähnlichen Zielen dient.

2. Indizien für Funktionen im imperialistischen Lager

Die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten die imperialistischen Staatenbeziehungen vor allem auch von den Widersprüchen zwischen der BRD und den übrigen westeuropäischen Staaten bestimmt sehen[86], legt die Vermutung nahe, daß auch die westeuropäischen Staaten Adressaten sind, an welche die Analyse gerichtet ist, der die sozialistischen Staaten den westdeutschen Imperialismus unterziehen: Einerseits registrieren die Staaten des Warschauer Vertrages die wachsende Bereitschaft zur Entspannung im imperialistischen Lager und andererseits konstatieren sie die Aggressivität der BRD, womit sie die BRD - wie die USA - in Gegensatz zur Mehrzahl der anderen kapitalistischen Staaten bringen, um sie im westlichen Lager zu isolieren.

Die Stichhaltigkeit dieser These kann allerdings nur die Analyse der Politik beweisen, die die sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen betreiben[87].

3. KAPITEL: DAS PROGRAMM DER STAATEN DES WARSCHAUER VERTRAGES GEGENÜBER DEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN

A Die friedliche Koexistenz

Die sozialistischen Staaten gestalten ihre Beziehungen zu allen nichtsozialistischen Staaten gemäß den Lehren Lenins nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung[1].

1. Die Entwicklung des Begriffs der friedlichen Koexistenz

Zwar berufen sich alle sozialistischen Staaten auf Lenin, wenn sie die Prinzipien der friedlichen Koexistenz formulieren[2], doch Lenin selbst hat diesen Begriff nie benutzt[3], und Praxis und Theorie seiner Außenpolitik verdeutlichen, daß sich seine Vorstellungen über das Verhältnis zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erheblich von denen unterscheiden, die die sozialistischen Staaten heute vertreten[4]; diese basieren weniger auf dem Leninschen Vorbild, als auf jenen Vorstellungen, die Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU entwickelte.

a) Der XX. Parteitag der KPdSU

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU erklärte Chruschtschow 1956, das Lenin'sche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung war und bleibe die Generallinie der Politik der SU. Er definierte die friedliche Koexistenz als friedlichen Wettbewerb zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System, der jede bewaffnete Einmischung der so-

zialistischen Länder in die inneren Angelegenheiten (wozu er auch die Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung zählte) der kapitalistischen Länder ausschließe. Der Verzicht auf das Mittel der bewaffneten Einmischung bedeute keineswegs, daß die sozialistischen Staaten auch die Hoffnung auf den Sieg des Sozialismus aufgegeben hätten; ihre Zuversicht in den Sieg des Sozialismus gründe sich nicht auf die militärische Stärke der sozialistischen Staaten, sondern darauf, daß die sozialistische Produktionsweise der kapitalistischen überlegen sei, daß die Erkenntnis dieser Überlegenheit immer tiefer in das Bewußtsein der breiten Massen der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern eindringen werde und immer mehr den Weg des Kampfes für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beschreiten würden, wenn sie sich davon überzeugt hätten, welche Vorteile der Kommunismus mit sich bringe[5].

Chruschtschow modifizierte, um diese Interpretation des Begriffs der friedlichen Koexistenz zu rechtfertigen, die marxistisch-leninistische These, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Imperialismus existiert: Er gab zwar zu, die ökonomischen Grundlagen von Kriegen blieben erhalten, solange der Imperialismus existiere, eine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit gäbe es jedoch nicht, beziehungsweise nur solange, wie der Imperialismus ein allumfassendes Weltsystem sei und die am Krieg nicht interessierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwach und ungenügend organisiert seien, so daß sie den Imperialismus nicht zwingen könnten, auf Kriege zu verzichten. Diese Bedingungen aber sind nach Chruschtschows Überzeugung nicht mehr gegeben, denn das Weltlager des Kommunismus sei entstanden und nun besäßen die friedliebenden Kräfte nicht nur die moralischen sondern auch die materiellen Mittel, um eine Aggression zu verhindern. Außerdem sei die Weltfriedensbewegung entstanden und zu einer mächtigen Kraft geworden[6].

Chruschtschow rechtfertigte die Definition der friedlichen Koexistenz als friedlichen Wettbewerb zwar mit der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise und mit der Stärke des sozialistischen Lagers, die hinreiche, um Aggressionen zu verhindern, doch er erklärte auch, unter den gegenwärtigen Verhältnissen gäbe es nur zwei Wege, die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu regeln: entweder friedliche Koexistenz oder "den furchtbarsten Vernichtungskrieg der Geschichte"[7]. Der Verzicht auf die bewaffnete Intervention in den kapitalistischen Staaten resultiert somit nicht nur aus der Vernichtungskraft moderner Nuklearwaffen, sondern auch aus der Erkenntnis, daß Krieg zwischen Nuklearmächten für jede dieser Mächte das Risiko der Selbstvernichtung einschließt.

b) Der Vergleich mit Lenin

Es ist offensichtlich, daß das von Chruschtschow verkündete Prinzip der friedlichen Koexistenz dort mit den Prinzipien Lenin'scher - und auch Stalin'scher[8] - Außenpolitik übereinstimmt, wo das zeitweilige Nebeneinanderbestehen des sozialistischen und des kapitalistischen Gesellschaftssystems als unausweichlich anerkannt wird. Ebenso offensichtlich ist aber auch, daß Chruschtschow die abschließende militärische Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die sowohl Lenin als auch Stalin[9] für unvermeidlich gehalten hatten, nicht mehr nur noch hinausschieben will, um die Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus schaffen zu können, sondern sie zu vermeiden trachtet, weil der Stand der Technik im Zeitalter der Nuklearwaffen den Krieg zu einem Risiko gemacht hatte, das auch der Sozialismus nicht mehr eingehen konnte.

2. Der Inhalt des Begriffs der friedlichen Koexistenz

a) Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz

Die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erfordert

- "die Prinzipien der Souveränität, Gleichberechtigung, territorialen Integrität eines jeden Staates, ob groß oder klein, zu respektieren,
- sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen,
- und das Recht aller Völker auf freie Entscheidung der Frage ihrer sozialökonomischen und politischen Ordnung zu achten,
- die Lösung strittiger internationaler Fragen auf politischem Wege, durch Verhandlungen, zu gewährleisten."[10]

Auf der Basis der Achtung dieser Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickeln die Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung friedliche und möglichst ausgiebige, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik, der Kultur usw.[11].

b) Die Grenzen der friedlichen Koexistenz

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz läßt sich nach Ansicht der sozialistischen Staaten nicht auf das Verhältnis zwischen Unterdrückten und ihren Unterdrückern und nicht auf die Ideologie anwenden.

(1) Das Verhältnis zwischen Unterdrückten und Unterdrückern

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien stellte fest[12]:

"Die Politik der friedlichen Koexistenz widerspricht nicht dem Recht der unterdrückten Völker, im Kampf um ihre Befreiung die Mittel anzuwenden, die sie für notwendig erachten, den bewaffneten oder nicht bewaffneten Weg zu beschreiten. Sie bedeutet in keiner Weise die Unterstützung reaktionärer Regimes.

Ebenso unbestritten ist das unveräußerliche Recht jedes Volkes auf militärische Verteidigung gegen die Anschläge der imperialistischen Aggressoren und auf die Unterstützung anderer Völker in seinem gerechten Kampf. Das ist ein Bestandteil des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der Völker."[13]

Nach Ansicht der Sowjetunion bedeutet dies, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nicht mit liberalen pazifistischen Illusionen verwechselt werden darf, denn sie schließt die Unterstützung gerechter Kriege ein, das heißt Kriege gegen die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung, gegen imperialistische Aggressionen zur Expansion, Bewahrung oder Restauration von Kolonialsystemen oder zur Niederwerfung des Sozialismus usw.[14], und lehnt nur die These ab, ein Weltkrieg sei das geeignete Mittel, die sozialistische Revolution zu beschleunigen[15]. So bedeutet die Politik der friedlichen Koexistenz nach all dem keineswegs "die Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Verhältnisse" in der Welt[16].

(2) Ideologie und friedliche Koexistenz

Die Politik der friedlichen Koexistenz, so das Hauptdokument der Moskauer Konferenz, bedeutet auch nicht "eine Abschwächung des ideologischen Kampfes", denn sie entbindet die Werktätigen und ihre Kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern nicht von ihrem unveräußerlichen und unbestreitbaren Recht und ihrer Pflicht zum entschlossenen "Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht, gleich auf welchem Wege"[17].

Es gibt also keine friedliche Koexistenz auf ideologischem Gebiet[18], es gibt keine gegenseitige Durchdringung von Kapitalismus und Sozialismus, so daß etwas hervorgebracht werden könnte (wie es die Konvergenztheorie annimmt), was weder Kapitalismus noch Sozialismus ist[19].

Die friedliche Koexistenz bedeutet nach all dem nicht, daß die sozialistischen Staaten darauf verzichtet haben, für ihre revolutionären Vorstellungen zu kämpfen; sie haben sich nicht auf eine Art ideologischen Isolationismus zurückgezogen; sie haben zwar auf die bewaffnete Intervention zugunsten des Sozialismus in den kapitalistischen Staaten verzichtet, doch sie haben nicht aufgehört, ideologisch und politisch für die Verbreitung des Sozialismus über seine derzeitigen Grenzen hinaus einzutreten[20].

(3) Ergebnis

Die Grenzen, die die sozialistischen Staaten der Politik der friedlichen Koexistenz setzen, machen deutlich, daß sie keineswegs an der sozialistischen Weltrevolution verzweifelt sind und die Teilung der Welt in ein kapitalistisches und in ein sozialistisches Lager als unveränderlich hinnehmen, denn friedliche Koexistenz bedeutet ihrem Verständnis nach, daß sie aufgerufen sind, den Übergang der Welt zum Sozialismus, der unvermeidlich ist, zu vollenden - mit nur einer Einschränkung: Die bewaffnete Intervention in den kapitalistischen Staaten wird als Mittel zu dem Zweck, den Sozialismus im Weltmaßstab zu verwirklichen, abgelehnt, mit anderen Worten: die sozialistischen Staaten sehen sich auch im Zeichen der Politik der friedlichen Koexistenz berechtigt und verpflichtet, die Positionen des Imperialismus weltweit überall dort zu schwächen, wo dies möglich ist, und auch in den Klassenkampf in den kapitalistischen Staaten helfend und un-

terstützend einzugreifen, denn nur so wird ihrer Ansicht nach gewährleistet, daß der Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus nicht stagniert und der historische Fortschritt verwirklicht wird.

3. Die Funktion der Politik der friedlichen Koexistenz

Aus den verschiedenen Elementen der Politik der friedlichen Koexistenz lassen sich vier wesentliche Funktionen der friedlichen Koexistenz ableiten:

- Aus der Tatsache, daß Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Entscheidung für die friedliche Koexistenz als einzige Alternative für einen atomaren Vernichtungskrieg rechtfertigte[21], ist zu entnehmen, daß die Politik der friedlichen Koexistenz die Funktion hat, eine militärische Konfrontation zwischen Ost und West zu verhindern, weil sie für beide Seiten das Risiko der eigenen Vernichtung einschließt. Diese Entscheidung läßt sich, folgt man den Lehren Lenins, durchaus damit rechtfertigen, daß das sozialistische Weltsystem als Garant der sozialistischen Weltrevolution nicht gefährdet werden darf.

- Die Intensivierung der Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten in allen Bereichen, außer dem ideologischen, im Zeichen der friedlichen Koexistenz ist die Konsequenz der wissenschaftlich-technischen Revolution, die kein Staat allein bewältigen kann, das heißt, der Austausch materieller und geistiger Güter ist zur objektiven Forderung des menschlichen Fortschritts geworden[22]. Diese Konsequenz ist jedoch nicht nur eine rein ökonomische, sondern auch eine ideologische, nützt doch der Austausch zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten dem ökonomischen Aufbau des Sozialismus, der seinerseits im Zeichen des friedlichen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus ein wesentliches Mittel der Einwirkung des Sozialismus auf den weltweiten revolutionären Prozeß darstellt, das heißt, das sozialistische Weltsystem wirkt vor allem auch durch sein Beispiel beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus und durch seine wirtschaftlichen Errungenschaften[23], so daß der Austausch zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten der Verbreitung des Sozialismus zugute kommt.

- Die Darstellung der Politik der friedlichen Koexistenz als einer objektiv notwendigen und wissenschaftlich begründeten Form des internationalen Klassenkampfes[24] zeigt, daß die Politik der friedlichen Koexistenz die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht beendet hat, daß mit der friedlichen Koexistenz kein Endzustand erreicht worden ist[25], sondern die weltweite Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz wird zur Folge haben, daß die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus in einem Rahmen verlaufen wird, der den Krieg als Form des politischen Konfliktes ausschließt, womit der Sieg des Sozialismus in jedem einzelnen Land nur noch von der Klassenstruktur und von der Entwicklung in diesem Land abhängig sein wird. Auf diese Weise wird der Grundwiderspruch der gegenwärtigen Epoche, nämlich der zwischen Sozialismus und Imperialismus, gelöst werden, mit anderen Worten: Den Bedingungen der heutigen Epoche entsprechend soll die Politik der friedlichen Koexistenz den Sieg des Sozialismus im internationalen Klassenkampf herbeiführen[26].

- Die Intensität, mit welcher sich die SU und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages bemühen, die Politik der friedlichen Koexistenz als einzige Form des internationalen Klassenkampfes zu rechtfertigen, die den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche entspricht, legt die Vermutung nahe, daß es hier auch darum geht, die sowjetische Position im chinesisch-sowjetischen Konflikt zu stärken, die SU gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, sie habe die Weltrevolution verraten[27].

4. Ergebnis

Die Tatsache, daß die Politik der friedlichen Koexistenz von der SU erst angesichts eines internationalen Kräfteverhältnisses formuliert wurde, das durch das nukleare "Gleichgewicht des Schreckens" gekennzeichnet ist, ferner die Tatsache, daß die SU und die anderen sozialistischen Staaten unter der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nur "einen Waffenstillstand von langer Dauer" und nicht einen "endgültigen Frieden" verstehen, daß sie den "Bereich der geistig-ideologischen Bewußtseinsformen" von der fried-

lichen Koexistenz ausnehmen und daß sie die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten nicht den Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterwerfen, daß sie somit die friedliche Koexistenz zeitlich, räumlich und thematisch begrenzen, wird im Westen häufig als Indiz dafür gewertet, daß die Politik der friedlichen Koexistenz nur die Formen und Methoden, nicht aber die Ziele sozialistischer Außenpolitik verändert hat, das heißt, "bei der weltrevolutionären Expansionspolitik" der SU und der anderen sozialistischen Staaten handelt es sich nach wie vor "um einen auf die Errichtung eines Weltreiches gerichteten Imperialismus"; mit anderen Worten: Die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet keinen Wandel der sozialistischen Strategie, sondern sie ist ein, wenn auch langfristig angelegtes taktisches Manöver[28].

Diese Kritik am Koexistenzbegriff der sozialistischen Staaten ist nur dann berechtigt, wenn jeder Versuch, den Status quo der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus zu verändern, als "Imperialismus" definiert wird, da er die bestehende Aufteilung der Welt einseitig zugunsten der einen oder der anderen Seite aufzuheben bestrebt ist. Akzeptiert man aber die These von der Überlegenheit des Sozialismus und von der Unvermeidbarkeit seines Sieges über den Imperialismus, so ist jeder Versuch der sozialistischen Staaten, die Positionen des Sozialismus in der Welt zu verbessern, völlig konsequent im Sinne der friedlichen Koexistenz, denn die sozialistischen Staaten sind und bleiben aufgerufen, durch ihr Beispiel und durch ihr Handeln den Übergang der Menschheit zum Sozialismus zu vollenden; sie sind Vollstrecker des historischen Fortschritts, während die kapitalistischen Staaten alles zu unterlassen haben, was die Entwicklung der Menschheit zum Sozialismus behin-

dert. Friedliche Koexistenz fordert somit, folgt man den Vorstellungen der sozialistischen Staaten, von den kapitalistischen Staaten Neutralität gegenüber dem weltrevolutionären Prozeß, sich abzufinden mit dem Untergang der eigenen Gesellschaftsordnung, und von den sozialistischen Staaten aktiven Klassenkampf im internationalen Maßstab, wobei nur ein Mittel verboten bleibt, die bewaffnete Intervention in den imperialistischen Staaten zugunsten des Sozialismus.

B Das antiimperialistische Programm der Staaten des Warschauer Vertrages

1. Allgemeine Voraussetzungen dieses Programms

Das Programm, das die sozialistischen Staaten gegenüber dem Imperialismus durchzusetzen versuchen, beruht zum einen auf der Analyse der kapitalistischen Widersprüche, insbesondere dem zwischen der "Achse" Bonn-Washington und den übrigen kapitalistischen Staaten[29], und zum anderen auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz[30], das heißt, es sucht die durch die Analyse der Bedingungen des internationalen Systems gelieferten Ansatzpunkte mit den durch die friedliche Koexistenz eröffneten theoretischen Möglichkeiten des internationalen Klassenkampfes zu einer konkreten außenpolitischen Strategie zu verknüpfen.

Das Programm des antiimperialistischen Kampfes sucht daher zum einen die Widersprüche in den einzelnen kapitalistischen Ländern für den internationalen Klassenkampf zu nutzen, und zum anderen bemüht es sich, die Gegensätze in den kapitalistischen Staatenbeziehungen für den antiimperialistischen Kampf zu mobilisieren.

2. Das Programm

a) Das Programm der sozialistischen Staaten für den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern

(1) Das Bündnis aller fortschrittlichen Kräfte

Nach Ansicht der sozialistischen Staaten hat die Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Staaten[31] günstige Voraussetzungen für die Vereinigung aller fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte zu einem politischen Bündnis geschaffen, das imstande ist, grundlegende Veränderungen in den kapitalistischen Staaten herbeizuführen, die günstige Voraussetzungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen[32].

Zu jenen Kräften, die im Sinne dieses Bündnisses bündnisfähig sind, rechnen die Staaten des Warschauer Vertrages[33]: alle gesellschaftlichen Kräfte, die unabhängig von ihren ideologischen Positionen, religiösen und anderen Überzeugungen für den Frieden eintreten, die sozialistische und die sozialdemokratische Bewegung in den westeuropäischen Staaten, neue Strömungen in christlichen Kreisen, die für sozialen Fortschritt und Frieden eintreten[34], Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die städtischen Mittelschichten, die Intelligenz, breiteste demokratische Kräfte, die Jugend, die Frauen, die Gruppierungen innerhalb der Bourgeoisie, die sich der Gefahr eines Atomkrieges bewußt sind und die ihre Länder aus der Abhängigkeit von den USA befreien wollen und die zu einer Politik der europäischen Sicherheit bereit sind.

(a) Die Struktur des Bündnisses

Die sozialistischen Staaten sind überzeugt davon, daß die Hauptkraft des Bündnisses aller fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte die Arbeiterklasse ist[35], weil sie die "Haupttriebkraft des revolutionären Kampfes, der antiimperialistischen demokratischen Bewegung" in den "Hochburgen des Kapitalismus" ist[36], weil sie "der hauptsächliche Schöpfer der materiellen Reichtümer, die bewußteste Klasse und die Vorhut der Gesellschaft" ist[37], weil sie stark und organisiert wie keine andere Klasse ist, weil sie an revolutionären Erfahrungen reich und ihre politische und moralische Autorität groß ist[38].

Die Arbeiterklasse ihrerseits wird von ihrem Vortrupp, den kommunistischen und Arbeiterparteien, geführt[39]. Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz stellte dies zwar nicht wörtlich fest, doch implizieren folgende Formulierungen dieses Postulat[40]:

- Die Klassenkämpfe in den kapitalistischen Staaten haben "die Grundthesen des Marxismus-Leninismus erneut bestätigt": Die kommunistischen und Arbeiterparteien betrachten im Gegensatz zu den rechten und "'linken'" Opportunisten "den Kampf für die Durchsetzung tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Forderungen, für die fortschrittliche Demokratie ... als einen Bestandteil des Kampfes um den Sozialismus". Da eine der Grundthesen des Marxismus-Leninismus die von der führenden Rolle der kommunistischen Partei ist, da allein der Sozialismus den historischen Fortschritt der Menschheit verkörpert, kann diese Feststellung nur bedeuten, daß den kommunistischen und Arbeiterparteien als dem bewußtesten Teil der Arbeiterklasse die führende Rolle in der Arbeiterklasse und damit auch im Bündnis mit den demokratischen Kräften zukommt.

- Den Kommunisten wird die entscheidende Rolle im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse zugeschrieben: Die Kommunisten messen der Einheit der Arbeiterklasse "eine entscheidende Bedeutung" zu, sie sprechen sich für die Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sozialdemokraten aus, sie sind "konsequente Anhänger der Einheit der Gewerkschaften". Dieser Anspruch der Kommunisten, Protagonisten der Einheit der Arbeiterklasse zu sein, ist ein deutlicher Hinweis auf deren führende Rolle in der Arbeiterklasse, vor allem wenn man sich vor Augen hält, daß sich alle übrigen Organisationen der Arbeiterklasse, so die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, zu wesentlichen Teilen mit dem Monopolkapital verbündet und den Kampf um den Sozialismus aufgegeben haben[41].

Die Verbündeten der von den kommunistischen und Arbeiterparteien geführten Arbeiterklasse[42] sind zum einen die Klassen und Schichten, deren Interesse zunehmend mit denen der Arbeiterklasse übereinstimmen, das heißt die "Bauernschaft", die "städtischen Mittelschichten" und die "Intelligenz"[43], und zum anderen spezielle Gruppen, deren Interessen punktuell mit denen der Arbeiterklasse übereinstimmen, und die daher in den Kampf der Arbeiterklasse eingegliedert werden können, so die Jugend, die Frauen und Gläubige aller Konfessionen[44].

Das Bündnis, welches die sozialistischen Staaten allen fortschrittlichen, demokratischen und friedliebenden Kräften in den kapitalistischen Ländern zu schließen vorschlagen, ist, das beweist seine Struktur, kein Zweckbündnis gleichberechtigter Kräfte zur Verfolgung gemeinsamer Interessen. Hier werden auch nicht "freiwillig und im allgemeinen Einverständnis gewählte Formen des Zusammenwirkens"[45] praktiziert, sondern es handelt sich um die Vorwegnahme jenes Typs einer sozialistischen Demokratie, der in den sozialistischen Staaten verwirklicht wurde und der von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bestimmt wird, denn bündnisfähig werden die Kräfte dieses Bündnisses nur in dem Maße, in dem ihre

Interessen mit denen der Arbeiterklasse übereinstimmen und in dem sie die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei anerkennen. Offen bleibt bei dieser Vorwegnahme lediglich, ob das sowjetische Modell, das heißt das Einparteiensystem, oder jenes System verwirklicht werden soll, das in der DDR zum Beispiel verwirklicht wurde, das heißt das Mehrparteiensystem: Die These von der zunehmenden Interessenidentität zwischen Arbeiterklasse, Bauern und Intelligenz verweist auf das sowjetische Modell, während die Propagierung des Bündnisses der kommunistischen und Arbeiterparteien mit Teilen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und anderer Parteien und Organisationen, "die an der Erneuerung der Gesellschaft interessiert sind"[46], auch die Möglichkeit von Bündnissen wie dem der "Nationalen Front" eröffnet.

(b) Die Funktion des Bündnisses

b) 1. Zum Problem des Überganges der kapitalistischen Länder zum Sozialismus

Wie "der entschlossene Klassenkampf für die Beseitigung der Monopole und deren Macht, für die Durchsetzung einer wirklich demokratischen Ordnung und für die Errichtung der sozialistischen Macht" "das unveräußerliche, unbestreitbare Recht und die Pflicht der Werktätigen und ihrer kommunistischen und Arbeiterparteien" ist[47], ist es Aufgabe des politischen Bündnisses aller fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte, so stellte das Hauptdokument der Moskauer Konferenz fest, "die Rolle der Monopole im Wirtschaftsleben ... einzuschränken, der Macht des Großkapitals ein Ende zu bereiten und solche grundlegenden politischen und ökonomischen Umgestaltungen durchzuführen, die die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus schaffen"[48]. Der

Aufbau der bürgerlich-demokratischen Ordnung ist somit nicht das Endziel des Kampfes dieses Bündnisses, sondern es gilt die Voraussetzungen für den Sieg des Sozialismus zu schaffen und diesen Sieg herbeizuführen[49].

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz forderte zwar, der Sozialismus sei in den kapitalistischen Staaten "gleich auf welchem Wege", das heißt unter Einschluß des bewaffneten Kampfes, zu verwirklichen, doch es erklärte auch, die Kommunisten nützten "alle Möglichkeiten der parlamentarischen Tätigkeit" aus, und dann postulierte es auch wieder, "daß die Entfaltung der Massenbewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen das Entscheidende im Kampf für Demokratie und Sozialismus ist"[50]. Offensichtlich sollten diese Formulierungen die Tatsache verbergen, daß sich die sozialistischen Staaten keineswegs einig darüber sind, welcher Stellenwert den einzelnen Taktiken - bewaffneter Kampf, Entfaltung der Massenbewegung, parlamentarischer Kampf - im Klassenkampf in den kapitalistischen Staaten zukommt:

- Shiwkow warnte auf der Moskauer Konferenz vor der These vom friedlichen Übergang der kapitalistischen Länder zum Sozialismus, da sie eine "ernste Quelle des rechten Opportunismus' darstelle; sie verführe die kommunistischen und Arbeiterparteien dazu, anstelle einer Politik der vollständigen Mobilisierung der Klassenkräfte, anstelle der beharrlichen Arbeit zur Einbeziehung der mittleren Klassen in den Kampf der Arbeiterklasse, die Möglichkeit, die sozialistische Revolution auf friedlichem Wege zu verwirklichen, ausschließlich als Möglichkeit eines Wahlsieges zu sehen. Der parlamentarische Kampf erscheine dann als der einzige Weg zum Sozialismus; dies laufe auf eine "Anpassung an die Gelüste des kleinbürgerlichen Wählers" hinaus und wecke "sozialdemokratische Illusionen", die zur Quelle der Spaltung der Arbeiterklasse werden. Die Beschränkung des revolutionären Kampfes in den kapitalistischen Staaten auf die parlamentarische Auseinandersetzung übersehe die Tatsache, daß der Arbeiterklasse ein ganzes Arsenal friedlicher und legaler Kampfmittel zur Verfügung stehe,

und sie sehe auch an der Tatsache vorbei, daß der friedliche Übergang zum Sozialismus nicht nur von der Arbeiterklasse, sondern auch vom Verhalten der nationalen und der internationalen Bourgeoisie abhängt, und daher nicht gefolgert werden könne, "daß der bewaffnete Klassenkampf ausgeschlossen ist"[51].

- Breshnew dagegen stellte, worin ihm das Hauptdokument folgte, die Entfaltung der antiimperialistischen, demokratischen Massenbewegung in den Vordergrund seiner Ausführungen auf der Moskauer Konferenz zum Problem des Übergangs der kapitalistischen Staaten zum Sozialismus[52].

- Ceausescu wiederum drückte sich noch unverbindlicher aus. Er erklärte[53]:

> "Das Hauptziel des vereinten Kampfes aller antiimperialistischer Kräfte ist der Schutz des Friedens und der internationalen Sicherheit, Vereitelung der aggressiven Politik des Imperialismus, Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränitit der Völker sowie Gewährleistung der fortschrittlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft."

Trotz der Übereinstimmung darüber, "die Entfaltung der Massenbewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen" als "das Entscheidende im Kampf für Demokratie und Sozialismus" anzusehen[54], setzten die verschiedenen sozialistischen Staaten dennoch unterschiedliche Akzente: Bulgarien schloß die Möglichkeit des bewaffneten Klassenkampfes nicht aus[55], die SU verließ sich ganz auf die Entfaltung der Massenbewegung und Rumänien, auf gute Beziehungen zum Westen und auf die Nichteinmischung in die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien bedacht, formulierte seine Position so allgemein, daß sie im Westen weder bei den Regierungen noch bei den kommunistischen und Arbeiterparteien Anstoß erregen konnte.

b) 2. Zur konkreten Politik des Bündnisses: die Objekte der Zusammenarbeit

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien nannte folgende Objekte, auf welche sich die Zusammenarbeit im Bündnis aller demokratischen, friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte konzentrieren kann[56]:

- "die allseitige Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes",
- "Kampf um den Frieden in der ganzen Welt, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges, der die Völker mit einer Massenvernichtung bedroht",
- "die Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz",
- "Kampf für eine radikale Kürzung der Militärausgaben, für eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle",
- Kampf um die europäische Sicherheit,
- gemeinsame Aktionen gegen alle aggressiven Akte des Imperialismus, gegen die Entfesselung lokaler Kriege durch den Imperialismus und gegen andere Formen der Intervention in jedem beliebigen Raum der Welt (Israel),
- aktive Solidarität mit allen Ländern und Völkern, "die ständige Objekte aggressiver Anschläge des Imperialismus sind" (KVDR, VRCh, Kuba, DDR),
- Beseitigung der Überreste des Kolonialismus und Kampf gegen den Neokolonialismus,
- Überwindung der Rückständigkeit zahlreicher Länder,
- Kampf gegen den Faschismus, gegen alle faschistischen Regimes und gegen alle im Dienste des US-Imperialismus stehenden tyrannischen Regimes (Spanien, Protugal, Griechenland, BRD, militäroligarchischen Cliquen Südamerikas),

- Kampf gegen die menschenfeindliche Ideologie und Praxis des Rassismus (USA, Südafrika, Rhodesien, Verfolgung der Araber durch Israel, Zionismus und Antisemitismus),

- Kampf um die Erringung und Verteidigung der Rede-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und Koalitionsfreiheit, für die Gleichberechtigung aller Bürger, für die Demokratisierung aller Bereiche des Lebens.

Rumänien fügte dem Katalog der Objekte der Zusammenarbeit zwischen allen fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräften noch ein weiteres Objekt hinzu, beziehungsweise es stellte es, wie es seiner Grundorientierung entspricht[57], an die Spitze seines Katalogs:

Alle fortschrittlichen Kräfte sollen beharrlich für die Anwendung der Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, der Prinzipien der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils, der Achtung des heiligen Rechtes eines jeden Volkes, über seine gesellschaftliche und politische Entwicklung selbst, ohne fremde Einmischung, zu entscheiden, eintreten, denn die Verletzung dieser Prinzipien ist der Hauptgefahrenherd für die internationale Sicherheit und für den Weltfrieden[58].

(c) Ergebnis

Die konkreten Ziele, zu deren Verwirklichung die sozialistischen Staaten das Bündnis aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in den kapitalistischen Staaten eingesetzt wissen wollen, sind, so allgemein wie sie formuliert wurden, tatsächlich so beschaffen, daß sich für ihre Realisierung alle diese Kräfte mit den Kommunisten zusammenschließen können, auf freiwilliger Basis und im allgemeinen Einverständnis dieser Kräfte. Dieses

Ergebnis steht scheinbar im Widerspruch zu dem, was oben festgestellt wurde, daß nämlich das Bündnis der fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte nicht von der Gleichberechtigung und freiwilligen Zusammenarbeit aller Beteiligten sondern von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei bestimmt wird[59].

Dieser scheinbare Widerspruch ist nur aufzulösen, wenn man sich zweierlei vergegenwärtigt, daß die Kommunisten zum einen zwei Phasen des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern unterscheiden, das Stadium der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und die Phase der Ablösung der Herrschaft des Monopolkapitals, und daß sie zum anderen annehmen, daß sich der Klassenkampf in den kapitalistischen Staaten zur Zeit in einem Übergangsstadium befindet, denn der Klassenkampf in den kapitalistischen Staaten weist Elemente beider Phasen auf: Es geht noch um die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und schon auch um die Ablösung der Herrschaft des Monopolkapitals. Damit ist das Bündnis der fortschrittlichen Kräfte, soweit es um die Verfolgung allgemeindemokratischer und dem Frieden dienender Ziele geht, noch von der Gleichberechtigung, vom allgemeinen Einverständnis geprägten Zusammenarbeit bestimmt, während dort, wo bereits die Grundlagen für den Sozialismus gelegt werden, das Bündnis aller fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte durch die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bestimmt wird, wobei die theoretische Verteidigung dieser Bündnisstruktur die Verwirklichung dieser Struktur vorbereiten hilft.

Diese These wird noch zusätzlich durch die Tatsache untermauert, daß sich dort, wo bereits die sozialistische Revo-

lution gesiegt hat, in der SU und in den anderen sozialistischen Staaten, der Übergang zum Sozialismus tatsächlich auf diese Weise vollzog, und daß sich die sozialistischen Staaten auch an diesem historischen Ablauf orientieren, wenn sie ihre Vorstellungen von der Bündnispolitik der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten entwickeln.

Die Betonung des freiwilligen und gleichberechtigten Elementes dieses Bündnisses steht also nicht im Widerspruch zur führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, sondern der Widerspruch zwischen diesen beiden Elementen der Bündnispolitik der Arbeiterklasse ist Ausdruck verschiedener Stadien des Klassenkampfes, die nicht mehr scharf voneinander geschieden werden können, weil sich der Klassenkampf bereits in einer Übergangsphase befindet.

(2) Die sozialistischen Staaten und der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern

Die sozialistischen Staaten begnügen sich nicht damit, den kommunistischen und Arbeiterparteien, der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräften in den kapitalistischen Staaten nahezulegen, gemeinsam ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen, sondern sie sind bemüht, durch die Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu diesen Kräften, insbesondere aber zu den kommunistischen und Arbeiterparteien, deren Politik zu beeinflussen, das heißt das Vehikel, mit dessen Hilfe sie die Entwicklung in den kapitalistischen Staaten zu beeinflussen versuchen, sind ihre Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Staaten. Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz stellte denn auch fest, die Teil-

nehmer der Beratung seien der Ansicht, "daß die wichtigste Bedingung für die Verstärkung des Beitrags, den die kommunistischen und Arbeiterparteien zur Lösung der vor den Völkern stehenden Probleme leisten, darin besteht, die Einheit der kommunistischen Bewegung selbst auf ein höheres, den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechendes Niveau zu heben"[60].

(a) Die Grundlagen der Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien: der proletarische Internationalismus

Die Beziehungen zwischen allen kommunistischen und Arbeiterparteien, gleich ob sie an der Macht sind, wie in den sozialistischen Staaten, oder die Macht noch erringen müssen, wie in den kapitalistischen Staaten, werden von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus bestimmt.

Die Teilnehmer der Moskauer Konferenz bekräftigten ihre Übereinstimmung darin, "daß die Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien die Prinzipien des proletarischen Internationalismus, der Solidarität und gegenseitigen Unterstützung, der Achtung der Selbständigkeit und Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sind"[61].

Da es trotz dieser allgemein anerkannten Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien "ernsthafte Schwierigkeiten" gibt[62], formulierten die kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Moskauer Konferenz das allgemeine Prinzip des proletarischen Internationalismus[63]:

"... daß die Wirksamkeit der Politik einer jeden kommunistischen Partei von ihren Erfolgen im eigenen Land und von den Erfolgen der anderen Bruderparteien, vom Niveau ihrer Zusammenarbeit abhängt. Jede kommunistische Partei ist für ihre Tätigkeit vor der eigenen Arbeiterklasse und vor dem eigenen Volk sowie gleichzeitig vor der internationalen Arbeiterklasse verantwortlich. Die nationale und die internationale Verantwortung jeder kommunistischen Partei sind untrennbar. Die Marxisten-Leninisten sind Patrioten und Internationalisten zugleich. Sie lehnen sowohl nationale Enge als auch die Negierung oder Unterschätzung nationaler Interessen sowie die Tendenz zum Hegomonismus ab."

Dies bedeutet für die kommunistischen und Arbeiterparteien konkret zweierlei:

- Zum einen muß die Selbständigkeit und Souveränität jeder Partei gewahrt werden:

  "Die kommunistischen und Arbeiterparteien wirken unter sehr verschiedenartigen, spezifischen Bedingungen, die ein entsprechendes Herangehen an die Lösung konkreter Aufgaben erfordern. Jede Partei arbeitet ihre Politik völlig selbständig aus, indem sie sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten läßt und die konkreten nationalen Bedingungen berücksichtigt. Sie bestimmt die Richtungen, die Formen und Methoden des Kampfes, wählt in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedingungen den friedlichen oder nichtfriedlichen Weg des Überganges zum Sozialismus sowie die Formen und Methoden des Aufbaus des Sozialismus in ihrem Lande."[64]

- Zum anderen aber kann, das ergibt sich aus der internationalen Verantwortung jeder Partei, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder Partei nicht als absoluter Wert betrachtet werden, sondern sie unterliegen zwei Einschränkungen:

  - Jede Partei muß sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leiten lassen[65]. Dieses umfassende Postulat bringt jedoch kaum konkrete Verpflichtungen für die einzelnen Parteien, denn es manifestiert

sich nur in der Pflicht, "im Interesse der werktätigen Massen und des gesellschaftlichen Fortschritts, im Namen des Vormarsches zum vollen Sieg über das internationale Kapital maximale Anstrengungen zu unternehmen"[66]. Die kommunistischen und Arbeiterparteien unterließen darüber hinaus nicht nur jede weitere Konkretisierung, sondern stellten auch noch fest, der Marxismus-Leninismus müsse durch " solidarische Aktionen" bereichert und schöpferisch weiterentwickelt werden[67], das heißt, der Marxismus-Leninismus wird nicht als starrer Normenkatalog betrachtet, der das Verhalten jeder Partei reglementiert, sondern er gilt als ein System von Theorien und Anleitungen zum Handeln, die der praktischen Ausformung durch die konkrete Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien bedürfen.

- Die "Vielfalt der Bedingungen für die Tätigkeit der kommunistischen Parteien, die Unterschiede im Herangehen an die praktischen Aufgaben und sogar Meinungsverschiedenheiten in diesen oder jenen Fragen (dürfen) den koordinierten Handlungen der Bruderparteien auf internationalem Gebiet, besonders in den Fragen des antiimperialistischen Kampfes, nicht im Wege stehen"[68].

Da es heute in der kommunistischen Weltbewegung nach Ansicht der kommunistischen und Arbeiterparteien kein leitendes Zentrum mehr geben kann[69] - wie zur Zeit der Komintern oder des Kominform - sind die kommunistischen und Arbeiterparteien, wollen sie ihre Einheit entwickeln und festigen, auf Formen der Zusammenarbeit angewiesen, die sich an dem Prinzip orientieren, daß jede Partei die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der anderen Parteien zu achten hat.

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz nennt folgende Formen der Zusammenarbeit, die diesem Prinzip entsprechen[70]:

- die freiwillige Koordinierung der Aktionen im Interesse der erfolgreichen Lösung der vor den kommunistischen und Arbeiterparteien stehenden Probleme;

- solidarische Aktionen zur Lösung der vordringlichen praktischen Aufgaben der revolutionären und allgemeindemokratischen Bewegungen,
- das gegenseitige Studium der eigenen Erfahrungen,
- kameradschaftliche Konsultationen und Diskussionen,
- die Aktionseinheit auf internationalem Gebiet,
- die kollektive Analyse der konkreten Wirklichkeit.

(b) Zum Verhältnis zwischen jenen Parteien, die an der Macht sind, und jenen Parteien, die die Macht noch erringen müssen

Die Überlegung, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien den Marxismus-Leninismus nicht als starren Normenkatalog, der das Verhalten der Kommunisten detailliert reglementiert, sondern als ein System von Theorien betrachten, die der praktischen Ausformung erst noch bedürfen[71], wird durch die Tatsache erheblich relativiert, daß es einigen Parteien bereits gelungen ist, die Macht zu erobern, nämlich den in den sozialistischen Staaten herrschenden kommunistischen und Arbeiterparteien. Dies bedeutet, daß die KPdSU und die anderen in den sozialistischen Staaten herrschenden Parteien bereits erfolgreich bewiesen haben, wie der Übergang zum Sozialismus zu bewerkstelligen und der Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus begonnen werden kann. Es liegt nahe anzunehmen, daß die Erfahrungen der sozialistischen Staaten ebenso wie ihre Erfolge die Praxis und die Theorie des Klassenkampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Staaten beeinflussen, mitbestimmen oder sogar entscheidend prägen.

Dort, wo die kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Moskauer Konferenz ihre Vorstellungen zum proletari-

schen Internationalismus entwickelten, differenzierten sie nicht zwischen jenen Parteien, die an der Macht sind, und jenen Parteien, die die Macht erst noch erringen müssen, das heißt, sie billigten, zumindest soweit es die Theorie des proletarischen Internationalismus anbelangt, jenen Parteien, die an der Macht sind, keine Vorrangstellung zu. Es gibt jedoch Indizien dafür, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien in der Praxis des proletarischen Internationalismus jenen Parteien, die die Macht bereits errungen haben, eine gewisse Vorrangstellung zugestehen:

- Sie räumen ein, daß das sozialistische Weltsystem, das heißt die sozialistischen Staaten, die "entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf" ist[72].

- Sie stellen fest, daß der Sieg des Sozialismus in 14 Staaten "die Voraussetzungen zur Beschleunigung des historischen Fortschritts geschaffen und neue Perspektiven für das Voranschreiten und den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt eröffnet" hat. Durch die Praxis, das heißt durch den Aufbau des Sozialismus in den sozialistischen Staaten, sei bewiesen worden, daß nur der Sozialismus imstande ist, die grundlegenden Probleme der Menschheit zu lösen[73].

- Sie erwähnen unter den Verdiensten, die sich die sozialistischen Staaten um den Sozialismus erworben haben, vor allem auch die SU[74].

Aus diesen Indizien ist zwar nicht abzuleiten, inwieweit die kommunistischen und Arbeiterparteien ihre Politik von den Erfahrungen der sozialistischen Staaten beeinflussen lassen, doch sie zeigen eindeutig, daß sie jenen Parteien, die bereits die Macht errungen haben, eine Vorrangstellung einräumen.

Diese Vorrangstellung nehmen die KPdSU und die Parteien der anderen sozialistischen Staaten auch wirklich für sich in Anspruch, wie folgende Tatsachen beweisen:

- Alle Parteien der Staaten des Warschauer Vertrages gehen davon aus, daß das sozialistische Weltsystem die führende Rolle unter den revolutionären Strömungen der Gegenwart zu spielen hat. Dies ergibt sich daraus, daß diese Parteien bei der Verwirklichung des historischen Fortschritts schon weiter vorgedrungen sind als jene, die die Macht noch nicht erobert haben[75].

- Die KPdSU betrachtet ihren Weg zum Sozialismus und das sowjetische Modell des Sozialismus als verpflichtend für alle kommunistischen und Arbeiterparteien[76]. Diesen Anspruch billigen die übrigen Parteien der Staaten des Warschauer Vertrages weitgehend, wenn sie die Verdienste rühmen, die sich die SU um den Sozialismus und um das Erstarken des sozialistischen Weltsystems erworben hat und immer noch erwirbt und wenn sie die brüderliche Solidarität mit der SU als Prüfstein des sozialistischen Internationalismus bezeichnen[77].

- Die SU und die DDR erklären ausdrücklich, daß die sozialistischen Staaten nicht durch Gewalt auf den revolutionären Weltprozeß einwirken, sondern durch ihr Beispiel beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus und durch ihre wirtschaftlichen Errungenschaften[78].

Nach Ansicht jener Parteien, die die Macht bereits erobert haben, haben sich also jene Parteien, denen dies noch nicht gelungen ist, am Vorbild der SU und der sozialistischen Staaten zu orientieren. Nach dem Willen der SU schließt diese Orientierung sowohl den Weg zum Sozialismus als auch die Prinzipien des Aufbaus des Sozialismus ein.

Daß der Anspruch der sozialistischen Staaten, ihr Vorbild, beziehungsweise das der SU, müsse die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien bestimmen, nicht nur ein Anspruch ist, sondern konkrete Folgen zeitigt, beweist die Tatsache, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien die Vorschläge der sozialistischen Staaten zur Gestaltung ihrer Bündnispolitik soweit überneh-

men, daß sie jenes Modell sozialistischer Demokratie vorwegnehmen, das in den sozialistischen Staaten praktiziert wird[79].

Ihre praktische Auswirkung findet die Solidarität der sozialistischen Staaten mit dem Kampf der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Ländern in der "entschlossenen Klassenunterstützung"[80] der revolutionären Kräfte, worunter sowohl materielle, als auch propagandistische, ideologische und diplomatische Hilfe zu verstehen ist[81].

(c) Ergebnis

Die sozialistischen Staaten bewahren gegenüber der inneren Entwicklung in den kapitalistischen Staaten keineswegs Neutralität, sondern sie solidarisieren sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse und ihren kommunistischen Parteien. Sie versuchen zudem, diesem Kampf bestimmte Inhalte zu geben, wenn sie konstatieren, die demokratischen und die sozialistischen Aufgaben des revolutionären Kampfes in den Klassenkonflikten der kapitalistischen Gesellschaften vereinigen sich zunehmend, wenn sie, dieser These entsprechend, das nach ihren Erfahrungen bewährte Bündnis aller fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Staaten propagieren, das von der Arbeiterklasse und deren marxistisch-leninistischer Partei geführt wird und das aus der Arbeiterklasse, den Bauern, den städtischen Mittelschichten und der Intelligenz bestehen soll, und wenn sie bestrebt sind, diese Inhalte mit Hilfe des proletarischen Internationalismus, mit Hilfe ihrer Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in den kapitalistischen Ländern durchzusetzen, indem sie ihren Weg zum Sozialismus und ihre Prinzipien des sozialistischen Aufbaus als verpflichtendes Beispiel jenen Parteien vor Augen führen, die die Macht in ihren Staaten noch nicht erobert haben.

b) Das Programm der sozialistischen Staaten gegenüber den kapitalistischen Ländern

Ihrer Analyse der internationalen Lage, des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklungen im imperialistischen Lager entsprechend umfaßt das außenpolitische Programm der Staaten des Warschauer Vertrages gegenüber dem Imperialismus folgende Bereiche: die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Europapolitik, Deutschlandpolitik und Abrüstungspolitik.

(1) Die Beziehungen zu den USA betreffend[82]

(a) Allgemeine Kennzeichnung des Programms

Die Basis, auf der die SU die Beziehungen zu den USA gestaltet wissen will, bilden folgende Maximen:

- Die Großmächte dürfen ihre Beziehungen nicht auf Kosten der Interessen anderer Völker regeln und sie können die internationalen Hauptprobleme nicht nur untereinander regeln, denn die Probleme der Welt sollen alle Länder und Völker lösen, gleich ob sie klein oder groß sind[83].
- Zwar beschuldigt die SU[84] die Vereinigten Staaten als "die Hauptkraft der Weltreaktion"[85], sie verfolge eine Politik der Aggression in der ganzen Welt, sei es in Vietnam, sei es in Korea oder Kuba[86], sei es in Laos oder im Nahen Osten oder gegenüber den sozialistischen Staaten[87], weshalb sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington verschlechtert haben[88], doch wünscht die SU dennoch "normale oder noch besser gute" Beziehungen zwischen den beiden größten Mächten herzustellen[89], was nach sowjetischer Ansicht allerdings voraussetzt, daß die Vereinigten Staaten ihre Aggressionspolitik, insbesondere in Vietnam, einstellen[90].

(b) Die Vereinigten Staaten und Europa[91]

Folgende Indizien beweisen deutlich, daß es der SU darum geht, den amerikanischen Einfluß in Westeuropa zumindest zurückzudrängen, wenn nicht sogar ganz auszuschalten:

- Das Bündnis zwischen dem westdeutschen und dem amerikanischen Imperialismus ist nach Ansicht der SU gegen den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas und der ganzen Welt gerichtet[92]. Es entspricht daher den grundlegenden Interessen aller europäischen Völker, sich vom amerikanischen Diktat zu befreien[93].

- Um die BRD dazu zu bewegen, die auf ihrem Territorium gelagerten amerikanischen Kernwaffen abzuziehen, versprach ihr die SU, in den Kernwaffensperrvertrag eine Klausel aufzunehmen, die den Kernwaffeneinsatz gegen nichtnukleare Mitgliedsländer des Vertrages, auf deren Territorien keine Kernwaffen lagern, verbietet[94].

- Die Tatsache, daß sich Westeuropa immer mehr bewußt wird, wie gefährlich die enge Partnerschaft mit der BRD und den USA werden kann, und daher dazu neigt, sich von diesen Kräften zu distanzieren, bewertete Breshnew als Zerrüttung der Einheitsfront der Imperialisten positiv[95].

- Die Politik der SU zur Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonfernz ist in der Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an dieser Konferenz eher ablehnend[96].

Ungeachtet dieser Politik erinnerte die SU die Vereinigten Staaten - ebenso wie Frankreich und England - immer wieder an die Verantwortung, die ihnen das Potsdamer Abkommen mit der Pflicht auferlegt habe, dafür Sorge zu tragen, daß die friedliche und demokratische Entwicklung Westdeutschlands gewährleistet werde[97].

(c) Ergebnis

Das sowjetische Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten, das zum einen durch den Kampf gegen die Hauptmacht des Weltimperialismus, durch den Versuch, die USA aus allen ihren Positionen in der Welt zu verdrängen - in Europa ebenso wie im Mittelmeer, im Nahen oder im Fernen Osten[98] - und zum anderen auch durch das Bemühen gekennzeichnet ist, Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Washington und Moskau herzustellen[99], kann auf zweierlei Weise interpretiert werden:

- Die sowjetische Versicherung, sie sei an normalen und sogar guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten interessiert, dient nur der Tarnung ihrer Versuche, den Einfluß der USA zurückzudrängen[100].
- Die sowjetischen Versuche, gute Beziehungen zu den USA herzustellen, spiegeln die Tatsache wieder, daß die SU zugunsten eines Bündnisses mit den USA darauf verzichtet hat, die sozialistische Weltrevolution weiter voranzutreiben.

Beide Interpretationen sind schon deshalb nicht richtig, weil sie vom Bekenntnis der SU zur Politik der friedlichen Koexistenz abstrahieren: im Sinne der Politik der friedlichen Koexistenz kann es nämlich keinen Gegensatz zwischen dem Bemühen um Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und den Versuchen zur Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses geben (soweit es nicht mit bewaffneten Mitteln geschieht), denn die Politik der friedlichen Koexistenz bedeutet ja nur den Verzicht auf die bewaffnete Einmischung des sozialistischen in das kapitalistische System, nicht aber den Verzicht auf alle Aktivitäten zur Förderung des Unterganges des Imperialismus. Sowohl die Versuche, den amerikanischen Imperialismus zurückzudrängen als auch die Bemühungen, die Beziehungen zwischen

Moskau und Washington zu verbessern, dienen dem einen Ziel: günstige Bedingungen für den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab herzustellen.

Eine Kritik am sowjetischen Verhalten gegenüber den USA ist daher nur von Standpunkten aus folgerichtig, die die sowjetische Auffassung von der friedlichen Koexistenz nicht teilen:

- Entweder wird das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, entgegen der sowjetischen Auffassung, als Verzicht auf jegliche Art aktiver Beeinflussung des gegnerischen Lagers interpretiert, was als Fixierung des gegenwärtigen Besitzstandes der beiden antagonistischen Gesellschaftssysteme verstanden werden müßte und daher tatsächlich einem Verzicht auf den weltweiten Sieg des Sozialismus gleichkäme,

- oder das Prinzip der friedlichen Koexistenz wird als konterrevolutionär abgelehnt, weil es auf das Mittel der bewaffneten Ausbreitung der sozialistischen Revolution verzichtet und damit das Risiko eines Kernwaffenkrieges zu meiden sucht.

(2) Die Europapolitik der Staaten des Warschauer Vertrages

Die auf der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im Juli 1966 beschlossene "Deklaration über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa"[101], die den Ausgangspunkt für die Europapolitik der sozialistischen Staaten in den folgenden Jahren bildet[102], die Erklärung der auf der Konferenz von Karlovy Vary (Karlsbad) vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas[103] vom 26. 4. 1967[104] und der Appell der Budapester Konferenz der Staaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Länder vom 17. 3. 1969[105] haben das konkrete "Programm von Aktionen und Maßnahmen zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit" entworfen[106].

(a) Die Grundlagen der Europapolitik der sozialistischen Staaten

a) 1. Die Bedeutung Europas und der europäischen Sicherheit für das gesamte internationale System

Die Staaten des Warschauer Vertrages sind überzeugt davon, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa von zentraler Bedeutung für den Frieden und die Sicherheit der ganzen Welt seien; dies bewiesen nicht nur die geschichtlichen Erfahrungen (in Europa brachen zwei Weltkriege aus), sondern auch die Tatsache, daß sich hier gegenwärtig die Hauptkräfte des imperialistischen Lagers und der sozialistischen Gemeinschaft gegenüberstehen, daß das Problem der europäischen Sicherheit nach wie vor nicht gelöst ist (die Folgen des zweiten Weltkrieges sind nicht beseitigt, ein deutscher Friedensvertrag existiert nicht) und daß einige europäische Staaten gegen die nationale Befreiungsbewegung militärisch intervenieren, was zusätzliche Spannungsherde schafft[107].

a) 2. Die Beurteilung der Lage in Europa durch die Staaten des Warschauer Vertrages

Auch in Europa ist, wie im globalen Maßstab[108], das internationale Kräfteverhältnis nach Ansicht der Staaten des Warschauer Vertrages durch zwei Tendenzen gekennzeichnet, nämlich durch die Zunahme jener Kräfte, die die Völker einander näherbringen wollen, und den Widerstand jener Kräfte, die aggressive Ziele verfolgen und die bestrebt sind, die Spannungen in Europa zu verschärfen[109].

Nach Ansicht der Staaten des Warschauer Vertrages sind es vor allem die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik, die sich den Entspannungstendenzen in Europa entgegenstellen[110]:

- "Die amerikanischen herrschenden Kreise möchten ihren Verbündeten in Westeuropa ihren Willen aufzwingen, um Westeuropa zu einem Werkzeug der globalen Politik der USA machen zu können. Dieser Politik liegt das Bestreben zugrunde, den historischen Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung der Völker aufzuhalten, ja rückgängig zu machen."[111] Die Vereinigten Staaten verfolgen in Europa im Rahmen dieser Strategie konkret folgende Ziele, sie versuchen

  · "... mit Hilfe des nordatlantischen Bündnisses und der von ihm geschaffenen Militärmaschinerie die Spaltung Europas mehr und mehr zu vertiefen,

  · das Wettrüsten anzuheizen,

  · die internationalen Spannungen zu verschärfen

  · und die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen den Staaten West- und Osteuropas zu verhindern"[112].

  Um diese Ziele zu erreichen, "die mit den echten Sicherheitsinteressen der Völker Europas unvereinbar sind", lassen die USA ihre Truppen in Europa, unterhalten sie Militärstützpunkte und Kernwaffenlager. Sie schlossen ein Bündnis mit den westdeutschen Revanchisten.

- Die "militärischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands" betreiben eine Politik des Revanchismus und des Militarismus; sie sind nicht bereit, "den Lebensinteressen des deutschen Volkes selbst Rechnung zu tragen"[113].

Zu jenen Kräften, die in Europa Frieden und Entspannung gewährleistet sehen wollen, rechnen die sozialistischen Staaten außer sich selbst und der internationalen Arbeiterklasse unter Führung ihrer kommunistischen Parteien[114] die Friedensbewegung, die entspannungswilligen Kräfte in den westeuropäischen Staaten, die antimilitärischen und antirevisionistischen Kräfte in der BRD[115], jene Regierungskreise mancher westlicher Länder, die die NATO und das Bündnis mit den USA in Frage stellen, neue und

positive Tendenzen in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien[116], sowie "immer mehr Regierungen, Parlamente, Parteien und Vertreter von Politik und Gesellschaft", die die Verantwortung begreifen, die sie für die Verhinderung eines neuen militärischen Konfliktes tragen[117]. Über diese vagen Angaben hinaus konkretisieren einige sozialistische Staaten ihre Vorstellungen jedoch auch noch weiter:

- Die SU nannte Frankreich als Beispiel für die Infragestellung der NATO und des Bündnisses mit den USA[118] und lobte die finnische Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz[119].
- Die DDR zählte neben Frankreich auch Dänemark, Norwegen und, in geringerem Umfang, Belgien sowie Holland zu jenen Staaten, die die Zweckmäßigkeit der NATO zu bezweifeln beginnen[120].
- Polen stellte fest, in Italien und in den skandinavischen Ländern herrschte größte Bereitschaft, Probleme der europäischen Sicherheit zu erörtern[121].
- Auch die CSSR sah in Frankreich den wichtigsten westlichen Staat, der die NATO und das Bündnis mit den USA in Frage stellt[122].

a) 3. Zur Strategie der Europapolitik der Staaten des Warschauer Vertrages

Um sicherzustellen, daß "Europa - eines der wichtigsten Zentren der Weltzivilisation - zu einem Kontinent umfassender und fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen, zu einem mächtigen Faktor der Stabilität, des Friedens und des gegenseitigen Verständnisses in der ganzen Welt wird"[123], um das Problem der europäischen Sicherheit zu lösen, wollen die sozialistischen Staaten die "Anstrengungen der europäischen Staaten, aller gesellschaftlichen Kräfte, die ... für den Frieden

eintreten" vereinen, wobei diese Aufgabe ihrer Ansicht nach "umso erfolgreicher" verwirklicht werden kann, "je schneller der Einfluß der Kräfte, die eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen den europäischen Staaten betreiben möchten, paralysiert wird"[124].

Die sozialistischen Staaten verfolgen mit ihrer Europapolitik somit eine doppelte Strategie: Sie trachten die Regierungen der westeuropäischen Staaten für die Verwirklichung jener Vorstellungen von europäischer Sicherheit und europäischem Frieden zu gewinnen, die die Staaten des Warschauer Vertrages vertreten, indem sie versuchen,

- auf der einen Seite alle fortschrittlichen, friedliebenden und demokratischen Kräfte in den kapitalistischen Ländern zu mobilisieren, damit sie für die Verwirklichung dieser Vorstellungen kämpfen und damit die westeuropäischen Regierungen von innen her unter Druck setzen[125],

- und auf deren anderen Seite den allgemeinen Trend zur Entspannung, den sie in Europa konstatiert haben, gegen die BRD und die USA einzusetzen, die als jene Kräfte an den Pranger gestellt werden, deren Politik den Frieden und die Sicherheit Europas bedrohen, und die daher isoliert[126] und damit zur Revidierung ihrer aggressiven Politik gezwungen werden müssen[127].

Die europapolitische Strategie der Staaten des Warschauer Vertrages beruht somit auf folgenden grundlegenden Annahmen:

- Der in Europa herrschende Trend zur Entspannung ist inzwischen so allgemein geworden, daß ihn keine Regierung mehr ignorieren kann, will sie nicht außenpolitisch isoliert werden und innenpolitische Unterstützung einbüßen[128].

- Der Trend zur Entspannung führt zu einer "objektiven Konvergenz"[129] der Politik der sozialistischen Staaten mit der vieler westeuropäischen Staaten, die sich gegen die BRD und die USA richtet.

In dieser Situation kommt es für die sozialistischen Staaten darauf an, die "objektive Konvergenz" auch zu einer subjektiven werden zu lassen, mit anderen Worten, die sozialistischen Staaten müssen bestrebt sein, sich die bewußte Unterstützung der westeuropäischen Staaten bei der Realisierung ihrer Europapolitik zu verschaffen, die sie vor allem dadurch zu gewinnen hoffen, daß sie die BRD und die USA der Gefährdung der Sicherheit und des Friedens in Europa anklagen und sich selbst zum Anwalt der wahren Interessen der europäischen Völker machen, denen es nach Frieden und Sicherheit verlangt.

(b) Das europapolitische Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten

Das europapolitische Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten umfaßt drei Themenkomplexe:

- die Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit,
- die europäische Zusammenarbeit
- und die europäische Sicherheit.

b) 1. Die Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit

Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist nach Ansicht der sozialistischen Staaten, "daß von allen europäischen Ländern die reale Lage respektiert wird, wie sie sich nach dem Krieg entwickelt hat"[130]. Dies bedeutet[131]:

- "Die Anerkennung der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen in Europa und insbesondere der Grenze an Oder und Neiße sowie der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten;

- die Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten: der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik, was von der Bundesrepublik den Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung erfordert;

- die Verhinderung des Zutritts der Bundesrepublik zu Kernwaffen in jeglicher Form, darunter in der sogenannten europäischen multilateralen oder atlantischen Form;

- die Anerkennung, daß das Münchner Diktat vom Augenblick seines Abschlusses an ungültig ist."[132, 133]

Dreierlei wird aus diesen Voraussetzungen deutlich:

1. Den sozialistischen Staaten geht es bei der Realisierung ihrer Europapolitik vor allem darum, "die Errungenschaften der Völker" aus dem zweiten Weltkrieg und den "klassenmäßigen Wandlungen", die sich in seinem Gefolge vollzogen haben, zu stärken und zu festigen und die westlichen Grenzen des sozialistischen Lagers zu konsolidieren[134], das heißt, es geht ihnen vor allem um die Anerkennung des Sozialismus in Osteuropa und um die Festschreibung des territorialen Status quo.

2. Aus der Tatsache, daß alle Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit zugleich auch Bestandteil der deutschen Frage sind, wird deutlich, daß diese Frage für die sozialistischen Staaten eng mit dem europäischen Problem verbunden ist, was Punkt 6 der Bukarester Deklaration auch ausdrücklich feststellt[135]. Die Lösung der deutschen Frage zeichnet sich dabei in zwei Elementen dieser Lösung ab[136]: Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen.

3. Die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten die Forderung nach der Anerkennung des gesellschaftlichen und territorialen Status quo als Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit bezeichnen, läßt erkennen, daß sie hier ihr Minimalprogramm formulierten, ohne dessen Verwirklichung für sie auch keine Basis für die Erörterung der Probleme der europäischen Sicherheit und der europäischen Zusammenarbeit gegeben ist.

b) 2. Die europäische Zusammenarbeit

b) 2.1 Ziele der europäischen Zusammenarbeit

Die Entwicklung "gutnachbarlicher Beziehungen ... auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung"[137], die "Entfaltung friedlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der Souveränität und Gleichberechtigung"[138] haben nach Ansicht der sozialistischen Staaten folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Die Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit, gereicht allen beteiligten Staaten zum Vorteil[139], denn angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution ist die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur objektiven Forderung des menschlichen Fortschritts geworden[140].

- Die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten "können allmählich zur materiellen Grundlage für die europäische Sicherheit und die Festigung des Weltfriedens werden", denn sie können "einen wirkungsvollen Beitrag zur Gesundung der Lage in Europa und zur Entwicklung des gegenseitigen Vertrauens sowie der gegenseitigen Achtung" leisten[141], die gesamteuropäische

Zusammenarbeit" ist "die einzig reale Alternative zur gefährlichen militärischen Konfrontation, zum Wettrüsten und zu Streitigkeiten ..."[142].

- Die gesamteuropäische Zusammenarbeit, die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen, die die Sicherheit und den Frieden Europas festigen, befreien damit Europa auch vom Wettrüsten, "welches riesige wirtschaftliche Reichtümer und die Früchte der Anstrengungen seiner Arbeiter, Ingenieure und Gelehrten verschlingt, schaffen ein Europa, das imstande sein wird, "nicht nur seinen Bewohnern ein hohes Lebensniveau zu sichern, sondern auch einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der ganzen Menschheit zu leisten"[143].

- Die Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen dient zudem der Bändigung der Kräfte der Aggression[144] und der Verbreitung des Sozialismus, denn jede Entspannung bringt einen Ausschlag nach links, während Spannungen den Einfluß der reaktionären und militaristischen Kreise verstärken[145].

b) 2.2 Die Bereiche der europäischen Zusammenarbeit

Als Bereiche der europäischen Zusammenarbeit nennen die sozialistischen Staaten folgende[146]:

- die wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit[147],
- die kulturelle Zusammenarbeit[148],
- die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kunst,
- die politische Zusammenarbeit,
- die Zusammenarbeit zur Verwirklichung großer Projekte auf dem Gebiet der Energetik, des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft, der Luft, des Gesundheitswesens,
- die Zusammenarbeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie[149],
- die Zusammenarbeit zur Nutzung des Meeresbodens,
- die Zusammenarbeit in der Raumfahrt.

Aus dieser Aufzählung wird deutlich, daß es den sozialistischen Staaten im wesentlichen um die Stärkung und die Festigung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten geht, während die politische Zusammenarbeit zwar gefordert[150], aber nicht so spezifiziert wurde. Die Bukarester Deklaration stellte lediglich fest, die "auf den Schutz des Friedens gerichteten politischen Beziehungen" müßten gestärkt werden[151].

b) 2.3 Die ökonomische Zusammenarbeit

Aus der Tatsache, daß die kollektiven Beschlüsse der Staaten des Warschauer Vertrages zur europäischen Zusammenarbeit nur e i n e Bedingung nannten, unter der sich die ökonomische Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten vollziehen soll - nämlich die Beseitigung der Diskriminierungen und der Hindernisse auf diesem Gebiet[152] -, während einzelne sozialistische Staaten noch weitere Bedingungen anführten, ist zu entnehmen, daß das Problem, wie die ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu gestalten sind, im sozialistischen Lager umstritten ist. Es liegt daher nahe, zunächst die Vorstellungen der einzelnen sozialistischen Staaten zu diesem Problem zu untersuchen.

b) 2.3.1 Die Vorstellungen der sozialistischen Staaten

b) 2.3.1.1 Polen, die DDR, Bulgarien und die SU

Die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten soll nach dem Willen Polens, der DDR und Bulgariens folgenden Bedingungen unterworfen werden:

- Die ökonomischen Beziehungen müssen so gestaltet werden, daß die sozialistischen Staaten nicht in ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus geraten[153].

- Die sozialistischen Staaten müssen sich gegen die Wirkung der kapitalistischen Krisenerscheinungen und gegen die imperialistischen Störversuche absichern[154].

Die SU formulierte derartige Bedingungen zwar nicht, doch sie billigte sie, wie aus ihrem Verhalten deutlich hervorgeht:

- Die SU wertete die Tatsache, daß die Volksrepublik China ihre ökonomischen Beziehungen zu den imperialistischen Staaten ausbaut, als Indiz dafür, daß China seine Außenwirtschaftspolitik in seine antisozialistische Außenpolitik integriert[155].

- Auch der KPC warf die SU vor, sie haben 1968 versucht, ihre wirtschaftliche Entwicklung auf den Westen hin zu orientieren, indem sie ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zu vertiefen suchte[156].

Betrachtet man die Bedingungen, denen Bulgarien, Polen, die DDR und die SU die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten unterworfen wissen wollen, vor dem Hintergrund der Tatsache,

- daß mit diesen Bedingungen offensichtlich der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Gesellschaftssystemen im Namen der Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten bestimmte Grenzen gesetzt werden sollen,

- und daß im Außenhandel der RGW-Länder tatsächlich derartige Grenzen feststellbar sind, denn der Außenhandel der Mitgliedsstaaten des RGW spielt sich zu rund zwei Dritteln nur zwischen diesen Staaten ab, und in das restliche Drittel teilen sich noch die entwickelten kapitalistischen Länder (mit rund 25 Prozent) und die Entwicklungsländer (mit rund 9 Prozent)[157];

so liegt die Vermutung nahe, daß diese Bedingungen die Autarkie des sozialistischen Lagers intendieren, denn sie sind offensichtlich dazu bestimmt, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten so einzugrenzen, daß dem Imperialismus keine Handhabe geboten wird, die sozialistischen Staaten unter Druck zu setzen.

Die SU, Polen, Bulgarien und die DDR sehen die ökonomische Zusammenarbeit somit nicht primär unter dem Aspekt der europäischen sondern der eigenen Sicherheit[158], denn um sich von den Folgen des auch auf ökonomischem Gebiet ausgefochtenen internationalen Klassenkampfes[159] zu schützen, propagieren sie die Aufrechterhaltung zweier autarker Gesellschaftssysteme in Europa und geraten damit in Widerspruch nicht nur zu den Zielen ihrer Europapolitik, sondern auch zu ihrer Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses und zur Theorie von der friedlichen Koexistenz:

- Wesentliche Ursache des zugunsten des Sozialismus geänderten internationalen Kräfteverhältnisses ist die wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus über den Imperialismus[160], die den Sozialismus nach der Theorie von der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung befähigt, den Imperialismus im friedlichen Wettbewerb zu besiegen. Die DDR, Bulgarien, Polen und die SU handeln im Widerspruch zu ihren eigenen Erkenntnissen, wenn sie diesen Wettbewerb zu vermeiden versuchen.

- Die europäische Zusammenarbeit, nach den Vorstellungen der sozialistischen Staaten dazu bestimmt, zur materiellen Basis der europäischen Sicherheit zu werden[161], kann diese Funktion nur dann erfüllen, wenn die Entfaltung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten nicht dem Zweck dient, die Teilung Europas durch die Stärkung der beiden Gesellschaftssysteme zu vertiefen, denn deren Autarkie würde dem willkürlichen Rückgriff auf die Methoden des Kalten Krieges und der Konfrontation kein materielles Hindernis entgegensetzen, sondern sie muß ein System gegenseitiger Interessenverschränkungen schaffen,

das die Rückkehr zur Politik der Konfrontation unmöglich macht, weil es die Auflösung der gegenseitigen Abhängigkeiten mit unterträglichen materiellen Nachteilen verbindet. Werden der europäischen Zusammenarbeit im Namen der Unabhängigkeit einzelner Staaten beziehungsweise Staatengruppierungen Grenzen gesetzt, so schafft diese Zusammenarbeit nur Beziehungen, hinter denen das Mißtrauen ewig wach bleibt, weil jede Seite die Fähigkeit behält, die Zusammenarbeit zu kündigen, ohne deswegen ernsthafte Verluste befürchten zu müssen.

b) 2.3.1.2 Ungarn

Zwar ist nach ungarischer Auffassung die Zeit des Kalten Krieges und der Embargopolitik vorüber[162], doch dies bedeutet nicht, daß die Bereiche von Wirtschaft und Politik aufgehört haben, sich gegenseitig zu durchdringen und zu bedingen. Da die Erfahrungen der Vergangenheit Budapest bewiesen haben, daß die Politik auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen einen eher hemmenden als fördernden Einfluß ausübt, ist es nach ungarischer Auffassung notwendig, daß die Regierungen im Rahmen der Vereinten Nationen folgende gegenseitige Verpflichtung eingehen[163]:

- Internationale Krisen politischen Charakters dürfen nicht auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen übertragen werden.
- Alle Diskriminierungen müssen aufgegeben und die Benutzung des internationalen Handels für politische Zwecke vermieden werden.
- Die Stabilität und Kontinuität des ökonomisch politischen Prozesses soll durch langfristige Kooperation gesichert werden.
- Es soll eine ökonomische Atmosphäre geschaffen werden, die dem wirtschaftlichen Wachstum der unterentwickelten Länder dienlich ist.

Obwohl sich auch Ungarn an die im RGW üblichen Grenzen des Außenhandels mit den entwickelten kapitalistischen Ländern hält[164], lassen diese Vorschläge ebenso wie die Tatsache, daß Ungarn es für vernünftig hält, wenn sich zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten ein gegenseitig vorteilhafter wirtschaftlicher Austausch entwickelt[165], doch die Bereitschaft Ungarns erkennen, die ökonomische Zusammenarbeit mit dem Westen zu vertiefen. Es sucht dabei das Problem der damit entstehenden Abhängigkeiten nicht dadurch zu lösen, daß es auf die Vertiefung der ökonomischen Beziehungen verzichtet, sondern es propagiert die Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre in den internationalen Beziehungen, obwohl es bei diesen Vorschlägen ja gerade von der, sicherlich nicht leugbaren, Interdependenz der beiden Sphären ausgeht. Da dieser Widerspruch so offensichtlich ist, daß man kaum unterstellen kann, er sei Bognár nicht aufgefallen, bleibt nur der Schluß übrig, daß Bognár die durch die Vertiefung der ökonomischen Beziehungen entstehenden Abhängigkeiten zwischen Ost und West bewußt in Kauf nimmt, das heißt, Bognár ordnet den sicherheitspolitischen Aspekt der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Ost und West dem Aspekt des gegenseitigen Vorteils unter.

b) 2.3.1.3 Die CSSR

Das Aktionsprogramm der KPC vom April 1968 erklärte zwar, daß die Grundlage der tschechoslowakischen Politik die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten bliebe, doch es betonte auch, die KPC

- wolle im innersozialistischen Handel die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Produkte erhöhen

sowie die ökonomische Kalkulation und den gegenseitigen Vorteil mehr durchsetzen,

- und zudem auch die ökonomischen Beziehungen zu allen nichtsozialistischen Staaten im Bereich der Produktion und der Vorproduktion sowie des Austausches wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse und der Kapital- und Kreditzusammenarbeit erweitern[166].

Das Aktionsprogramm der KPC signalisierte somit die Bereitschaft der CSSR, ihre ökonomischen Beziehungen zum Westen zu vertiefen. Dabei ging es ihr im wesentlichen um Kredite westlicher Industrieländer. Auch die KPC war also bereit, ökonomische Verbindungen mit kapitalistischen Staaten einzugehen, die auf die Kritik anderer sozialistischer Staaten stoßen mußten[167].

b) 2.3.1.4 Die SRR

Rumänien lehnte die Haltung Polens, der DDR und der SU ausdrücklich ab, als es erklärte, der RGW dürfe keine geschlossene Organisation werden, sondern es müsse der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Staaten und mit jenen Ländern dienen, die eine solche Zusammenarbeit wünschen[168]. Dieser Maxime folgend wickelte Rumänien nur rund die Hälfte seines Außenhandels mit den Mitgliedsländern des RGW ab, während der Außenhandel der übrigen RGW-Mitglieder zu rund zwei Dritteln untereinander erfolgt[169].

Dieser Politik liegt folgende Haltung Rumäniens zugrunde[170]:

- Zwar haben die sozialistischen Staaten, wie Ceausescu auf dem X. Parteitag der RKP feststellte, den Hauptanteil am rumänischen Außenhandel und Rumänien schenkt den Beziehungen zu den Ländern des RGW "besondere Aufmerksamkeit",

- doch die RKP wird auch, ausgehend von der Notwendigkeit der aktiven Beteiligung Rumäniens an der internationalen Arbeitsteilung, die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zu den Ländern mit anderer Gesellschaftsordnung ausbauen - sowohl zu den entwickelten kapitalistischen Staaten als auch zu den Entwicklungsländern, wobei die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils, der Unabhängigkeit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gewahrt werden müssen.

Rumänien schließt in diese Bereitschaft zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auch die Aufnahme von Krediten des kapitalistischen Auslandes ein, denn, so erklärte Ceausescu auf einer Pressekonferenz in Prag am 16. August 1968, Geld sei ein Gut wie jedes andere und Kredite seien etwas ganz Normales in der internationalen wirtschaftlichen Praxis; die Zusammenarbeit mit dem Westen sei normal, wenn die Unabhängigkeit beider Seiten respektiert und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gewahrt bleibe[171]. 1971 ging Rumänien sogar soweit zu verkünden, es werde kapitalistischen Investoren Beteiligungen bis zu 49 Prozent an rumänischen Unternehmen ermöglichen[172].

Rumänien sieht also - im Gegensatz zu Polen, der SU, der DDR und auch Ungarns, das zusätzliche Sicherungen fordert, wenn es den Umfang des Außenhandels mit kapitalistischen Staaten auch nicht begrenzen will - in der Wahrung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz eine ausreichende Sicherung dafür, daß die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten nicht Abhängigkeiten schafft, die es nicht verantworten kann, das heißt, jener Staat des sozialistischen Lagers, der am entschiedensten auf die Wahrung seiner Souveränität achtet, tritt - in Theorie und Praxis - auch am entschiedensten für die

Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten ein.

b) 2.3.2 Die Ursachen der Divergenzen im sozialistischen Lager in der Frage der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten

Um erkennen zu können, welche Ursachen die Kontroversen haben, die zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages in der Frage bestehen, wie die ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu gestalten sind, ist es notwendig zu prüfen, ob die Befürchtungen, die sozialistischen Staaten könnten durch die Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern in ökonomische Abhängigkeit vom Kapitalismus geraten, berechtigt sind. Folgende Überlegungen sprechen gegen derartige Befürchtungen:

- Die Verfechter der Autarkiepolitik des sozialistischen Lagers lassen die Tatsache unerwähnt, daß durch die Vertiefung der ökonomischen Kooperation zwischen Ost und West beide Seiten in Abhängigkeit voneinander geraten, denn jede Volkswirtschaft, gleichgültig ob sie sozialistisch oder kapitalistisch verfaßt ist, wird in dem Maße von äußeren Faktoren abhängig, in dem sie sich auf die Außenwirtschaft hin orientiert, wozu alle sozialistischen Staaten (außer der SU) von ihrer unzureichenden Rohstoffbasis und ihrem begrenzten Binnenmarkt genötigt werden. Dies bedeutet, daß durch die Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten nicht einseitige sondern wechselseitige Abhängigkeiten entstehen, so daß jede Seite Druck durch Gegendruck vergelten kann.

- Hinzu kommt, daß der Gegendruck, den die sozialistischen Staaten auszuüben in der Lage sind, wenn sie ihre Beziehungen zum Westen vertiefen, noch durch die wirtschaftliche Überlegenheit des Sozialismus, von der die sozialistischen Staaten ja ausgehen[173], verstärkt wird, so daß die Befürchtungen, die sozialistischen Staaten könnten in Abhängigkeit vom Imperialismus geraten, völlig gegenstandslos werden.

- Selbst wenn man die These von der Überlegenheit des Sozialismus als Propaganda abtut und die Furcht der sozialistischen Staaten als Ausdruck der objektiven Überlegenheit der kapitalistischen Staaten betrachtet, die darin begründet liegt, daß die sozialistischen Staaten bei der Vertiefung der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern von vornherein im Nachteil sind,

  - weil sie von den Eigenarten ihres Planungssystems behindert werden,

  - weil sie unterlegen sind, was die Qualität ihres Sortiments, der modischen Aufmachung und den Service ihrer Produkte anbelangt,

  - weil ihre Bürokratien unbeweglich sind,

  - weil sie dem innersozialistischen Handel den Vorrang einräumen und dabei langfristige Lieferverpflichtungen eingehen, die ihre Leistungsfähigkeit gegenüber dem Westen einschränken

  - und weil sie unter Devisenmangel leiden[174],

  selbst dann muß man die Furcht vor ökonomischen Abhängigkeiten als Vorwand betrachten, denn die oben aufgezählten Mängel sind ja keine systemimmanenten Fehler sozialistischen Wirtschaftens, sondern Mängel, die beseitigt werden können, und die auch (durch die Reformen der Planungs- und Leitungssysteme, die insbesondere auch den Außenhandel betreffen) zunehmend beseitigt werden.

Es ist nach all dem ganz offensichtlich, daß die Furcht vor ökonomischer Abhängigkeit vorgeschoben ist, um die eigentlichen Motive der Autarkiepolitik einzelner sozialistischer Staaten zu verbergen. Grundsätzlich sind zwei Motive für diese Politik denkbar, von denen das eine seinen Ursprung in dem Verhalten der kapitalistischen Staaten und das andere in den im sozialistischen Lager herrschenden Bedingungen hat.

Es gibt zwar Indizien dafür, daß die unterschiedliche Einschätzung des Verhaltens der kapitalistischen Staaten

die Ursache dafür ist, daß die Frage, wie die ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu gestalten sind, im sozialistischen Lager unterschiedlich beantwortet werden, so glaubt zum Beispiel Ungarn, daß die Zeit des kalten Krieges und der Embargopolitik vorüber ist[175], während die DDR und die SU die Ansicht vertreten, die imperialistische Globalstrategie setze nach wie vor auch die ökonomischen Beziehungen zum Kampf gegen den Sozialismus ein[176], weshalb die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen primär unter dem Aspekt der Sicherheit der sozialistischen Staaten gesehen werden müßten[177], doch ob die einzelnen sozialistischen Staaten dem Imperialismus die Wiederaufnahme solcher Praktiken des Kalten Krieges wie der Embargopolitik beziehungsweise die Anwendung noch diffizilerer Methoden zutrauen oder nicht, hängt weitgehend von ihrer allgemeinen Einschätzung des Imperialismus ab, was daraus deutlich wird, daß sich gerade jene Staaten des Warschauer Vertrages als Verfechter der Autarkiepolitik des sozialistischen Lagers präsentieren, die auch das düsterste Bild von der Aggressivität des Imperialismus malen. Wie der Imperialismus aber allgemein eingeschätzt wird, das hängt, wie oben bereits gezeigt wurde, wesentlich von den im sozialistischen Lager und von den in den einzelnen sozialistischen Staaten herrschenden Bedingungen ab[178].

Es ist daher zu vermuten, daß die Kontroversen über die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten ihre entscheidenden Ursachen nicht im Verhalten der kapitalistischen Staaten, sondern in den innersozialistischen Bedingungen haben müssen.

Diese Vermutung wird durch die Tatsache bestätigt, daß die Autarkiepolitik Polens, der DDR, Bulgariens und der SU weder mit ihrer Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses, noch mit ihrer Europapolitik und auch nicht mit ihrer Theorie von der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in Einklang zu bringen ist[179]. Dies legt den Schluß nahe, daß diese Autarkiepolitik primär innersozialistische Funktionen zu erfüllen hat, weil es in den Augen der Verfechter dieser Politik nur solche Funktionen sein dürften, die es wert sind, daß man ihnen europapolitische Zielsetzungen opfert, denn, so stellt beispielsweise Shiwkow fest, bei der Entwicklung der ökonomischen, wissenschaftlichen und technischen Beziehungen läßt sich Bulgarien nicht nur von den eigenen nationalen Interessen, sondern auch von den Interessen der sozialistischen Gemeinschaft leiten[180].

Alle diese Überlegungen weisen daraufhin, daß die Ursachen dieser Kontroversen im sozialistischen Lager zu suchen sind. Die entscheidenden Ursachen dürften folgende sein:

- Da alle sozialistischen Staaten, außer der SU, aufgrund ihrer unzureichenden Rohstoffbasis (Rumänien bildet hier bis zu einem gewissen Grade eine Ausnahme) und ihres begrenzten Binnenmarktes mehr oder weniger stark vom Außenhandel abhängig sind, was konkret Abhängigkeit vom sowjetischen Rohstoff- und Absatzmarkt bedeutet (rund 39 % des Exportes der RGW-Länder geht in die SU und rund 38 % ihres Importes kommt aus der SU)[181], solange die kapitalistischen Märkte den sozialistischen Staaten verschlossen bleiben, würde der Westhandel ihnen eine Alternative für ihre einseitige Orientierung auf die SU und die anderen RGW-Länder bieten, was zweifelsohne ihre Bewegungsfreiheit im sozialistischen Lager erhöhen würde. Den Verfechtern der unbedingten Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers kann daher nicht daran gelegen sein, die ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten unbeschränkt auszudehnen.

- Außerdem liegt die Vermutung nahe, daß jenen Staaten, die von der Geschlossenheit des sozialistischen Marktes die größten Vorteile haben, weil sie wirtschaftlich stärker sind, nicht daran gelegen ist, durch die Intensivierung der ökonomischen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten sichere Märkte zu verlieren, was sie durch die Ausdehnung ihres Ost-West-Handels wieder mühsam kompensieren müßten[182].

- Aus der Tatsache, daß die sozialistischen Staaten die ökonomische Überlegenheit der hochentwickelten kapitalistischen Staaten als eine der Quellen des Revisionismus betrachten, ist zu schließen, daß diese Staaten fürchten, eine Ausweitung ihres Handels mit dem Westen könnte ungünstige Folgen für ihre innenpolitische Entwicklung zeitigen, indem sie ohnehin vorhandene revisionistische Tendenzen verstärkt.

b) 2.3.3 Europäische Sicherheit und europäische Zusammenarbeit

Da Polen, die DDR, die SU und Bulgarien die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Staaten primär unter dem Aspekt der eigenen Sicherheit betrachten und da die übrigen Staaten des RGW, außer Rumänien, ihren Außenhandel mit den kapitalistischen Staaten so eingrenzen, daß dies einer Sanktionierung der polnischen, deutschen, sowjetischen und bulgarischen Autarkievorstellungen gleichkommt, kann die Erklärung der Bukarester Deklaration, die europäische Zusammenarbeit könne "allmählich zur materiellen Grundlage für die europäische Sicherheit"[183] werden, nicht mehr so gedeutet werden, die sozialistischen Staaten wollten durch die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit die Grundlagen für die europäische Sicherheit schaffen oder sie wollten die Realisierung der europäischen Zusammenarbeit synchron mit der Verwirklichung der europäischen Sicherheit ablaufen lassen, sondern sie muß so verstanden werden, daß die sozialistischen Staaten die Verwirklichung

der europäischen Sicherheit, die ihnen ihre eigene Sicherheit gewährleistet, zur Voraussetzung für die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit machen. Es gibt für die sozialistischen Staaten also ohne die Realisierung der europäischen Sicherheit auch keine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Dies bedeutet aber nicht, daß der Verwirklichung der europäischen Sicherheit automatisch die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit folgen wird, denn die Entscheidung Polens, der DDR und der SU, ihre eigene Sicherheit vorrangig zu verwirklichen, war ja primär durch innersozialistische Motive bestimmt, die sich nicht unbedingt mit der Realisierung der europäischen Sicherheit verändern müssen, obwohl es den Verfechtern der starren Einheit des sozialistischen Lagers schwerer fallen wird, ihren Kurs zu rechtfertigen, wenn die Notwendigkeit, sich gegen den Imperialismus zusammenzuschließen dank der Verwirklichung der europäischen Sicherheit entscheidend geringer geworden ist.

b) 2.4 Die Mittel und Methoden zur Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit

b) 2.4.1 Die Herstellung normaler Beziehungen

Die Bukarester Erklärung stellte fest, die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit erfordere die "Herstellung normaler Beziehungen" zwischen den europäischen Staaten[184]. Dies bedeutet für die sozialistischen Staaten (laut Bukarester Erklärung) Herstellung normaler Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, "die Herstellung normaler Beziehungen zu den beiden deutschen Staaten eingeschlossen", denen die Achtung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zugrunde liegt[185] und (laut Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary) "die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen Staaten und der

DDR wie auch zwischen den beiden deutschen Staaten und zwischen der besonderen politischen Einheit West-Berlin und der DDR"[186].

Diesen Stellungnahmen und ihrem Kontext im europapolitischen Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten ist zu entnehmen, daß der Begriff der "Normalisierung" der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten die Achtung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und die Anerkennung des europäischen Status quo einschließt: das eine stellt die Bukarester Deklaration ausdrücklich fest[187] und das andere ergibt sich aus der Tatsache, daß die Verwirklichung des gesamten europapolitischen Aktionsprogramms der sozialistischen Staaten die Anerkennung des Status quo in Europa voraussetzt[188].

Ob die Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten in jedem Fall auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einschließt, ist nicht eindeutig zu beantworten, da diese Frage eng mit der deutschen Frage verklammert ist. Bleibt diese Frage jedoch ohne Berücksichtigung, dann muß diese Frage allerdings bejaht werden, und zwar aus folgenden Überlegungen heraus:

- Zu den Voraussetzungen ihres europapolitischen Aktionsprogramms zählen die sozialistischen Staaten die Anerkennung des europäischen Status quo und die Existenz zweier gleichberechtigter und souveräner deutscher Staaten[189]. Daraus wird deutlich, daß die sozialistischen Staaten alle europäischen Staaten, einschließlich der beiden deutschen Staaten, als Völkerrechtssubjekte betrachten.

- Da jeder "lebensfähige" Staat nach Auffassung der sowjetischen Völkerrechtslehre "mit dem Zeitpunkt seines Entstehens" Völkerrechtssubjekt wird, das heißt, das "Bestehen eines Staates" ist "in keiner Weise von seiner Anerkennung durch andere Staaten abhängig",

> da die sowjetische Völkerrechtslehre den Mißbrauch des Instituts der Anerkennung als Instrument zur Ausübung politischen Drucks ablehnt und die Anerkennung als Beitrag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten und zur Festigung des Friedens betrachtet, ist zu schließen, daß nach sowjetischer Auffassung jedes Völkerrechtssubjekt Anspruch auf Anerkennung hat, und zwar auf die de jure Anerkennung, die als Rechtsfolge unter anderem die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zeitigt, während die de facto Anerkennung als "unvollständige, nicht endgültige Anerkennung" diplomatische Beziehungen ausschließt[190].

Die sowjetische Völkerrechtslehre betrachtet somit das Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Subjekten des Völkerrechts, und als solche gelten alle europäischen Staaten, grundsätzlich als Bestandteil normaler zwischenstaatlicher Beziehungen. Überträgt man diese Ansicht auf jene Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, deren Normalisierung die sozialistischen Staaten ganz konkret fordern, so ergibt sich folgendes:

- Eindeutig feststeht, daß die sozialistischen Staaten unter der Normalisierung der Beziehungen aller europäischen Staaten zu den beiden deutschen Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verstehen. Dies ergibt sich völlig zweifelsfrei aus der Forderung nach der Anerkennung der Existenz zweier gleichberechtigter und souveräner deutscher Staaten. Konkret bedeutet dies

  - Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und allen nord- und westeuropäischen Staaten

  - Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und allen sozialistischen Staaten[191].

- Weniger eindeutig ist jedoch, ob die sozialistischen Staaten mit ihrer Forderung nach der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und zwischen der DDR und Westberlin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen diesen Teilen des ehemaligen Deutschen Reiches anstreben:

- Sicherlich tun sie dies im Falle der Beziehungen zwischen der DDR und Westberlin nicht, denn sie betrachten Westberlin offenbar nicht als selbständiges Völkerrechtssubjekt, sondern als besondere politische Einheit.

- Da die sozialistischen Staaten sowohl die DDR als auch die BRD als selbständige souveräne Staaten betrachten, wäre es nur konsequent, wenn sie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten forderten. Doch in dieser Frage ist die Politik der sozialistischen Staaten differenzierter und muß daher gesondert behandelt werden[192].

Die DDR betrachtet zudem auch die gleichberechtigte Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen als Bestandteil normaler Beziehungen zwischen den Staaten Europas[193], weshalb sie sich um Aufnahme in die UNO[194], in die ECE[195] und in den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß[196] bemühte, worauf sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leistungen Anspruch zu haben glaubt[197]. Die Bukarester Deklaration zählte die gleichberechtigte Zusammenarbeit zwar nicht direkt zu den Elementen einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, doch sie bezeichnete es als Pflicht aller europäischen Staaten, "zur Lösung der Probleme von weltweiter Bedeutung beizutragen, deren Regelung sich zweifellos günstig auf die Lage in Europa auswirken würde"[198]. Die Unterzeichnerstaaten der Bukarester Deklaration verpflichteten sich zudem, zur Erreichung dieser Ziele für die Erhöhung der Effektivität der UNO einzutreten, was unter anderem die "Gewährleistung der Universalität der UNO" bedeute[199].

b) 2.4.2 Der Abschluß eines multilateralen Vetrages über Gewaltverzicht, Nichteinmischung und friedliche Regelung von Konflikten

Zwar waren der Gewaltverzicht, die Nichteinmischung und die friedliche Lösung internationaler Streitfragen auch

bereits von der Bukarester Deklaration als Ziele der Europapolitik genannt worden[200], doch erst die Erklärung der Konferenz von Karlovy Vary wollte diese Fragen durch einen multilateralen Vertrag zwischen den europäischen Staaten geregelt wissen[201].

Dieser Vorschlag wurde später von den sozialistischen Staaten nicht mehr wiederholt[202]; nur Polen präzisierte ihn dahingehend:

- daß die DDR und die BRD an diesen Vertrag teilnehmen sollten,
- und daß der Vertrag konkrete Verpflichtungen zur Frage der Sicherheit und der Unantastbarkeit der Grenzen aller europäischen Fragen enthalten soll (womit dem Vertrag eine überwiegend sicherheitspolitische Funktion zugeschrieben wird)[203].

Die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten in der Frage dieses multilateralen Vertrages ihre Taktik änderten, das heißt einen derartigen Vorschlag zunächst unterließen, dann machten und ihn dann nicht mehr wiederholten, dürfte folgende Ursachen haben:

- Die desintegrierende Funktion, die die sozialistischen Staaten der neuen Ostpolitik der Großen Koalition zuschrieben[204], legt die Vermutung nahe, daß der von der Konferenz von Karlovy Vary formulierte Vorschlag eines multilateralen Vertrages über Gewaltverzicht, Nichteinmischung und friedliche Regelung von Konflikten von der Überlegung bestimmt war, die sozialistischen Staaten müßten kollektiv mit der BRD verhandeln, wenn es dieser nicht gelingen sollte, in einzelnen Gesprächen mit den verschiedenen sozialistischen Staaten unterschiedliche Bedingungen für die Normalisierung der Beziehungen zur BRD auszuhandeln und auf diese Weise die Einheitsfront der sozialistischen Staaten in der deutschen Frage aufzubrechen (was angesichts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest nicht als grundlose Befürchtung anzusehen ist).

- Der Vorschlag, einen multilateralen Vertrag abzuschliessen, wurde nicht wieder aufgenommen, weil sich die sozialistischen Staaten, wie die Aufnahme der Gewaltverzichtsverhandlungen zwischen Bonn und Moskau Ende 1967 bewies, offenbar doch entschlossen hatten, ihre Beziehungen zur BRD auf bilateralem Wege zu lösen. Die Tatsache, daß es die SU war, die als erster sozialistischer Staat in bilaterale Verhandlungen eintrat, legt die Vermutung nahe, daß der Vertrag zwischen Bonn und Moskau ein Rahmenvertrag werden sollte, der den anderen sozialistischen Staaten die Konturen vorzeichnen sollte, in denen sich ihre eigenen Verhandlungen mit der BRD zu bewegen hatten, womit ebenso wie durch einen multilateralen Vertrag verhindert werden konnte, daß die BRD mit Hilfe bilateraler Verträge und Verhandlungen die sozialistischen Staaten auseinanderdividierte.

Zweierlei wird somit aus dem Verhalten der sozialistischen Staaten in der Frage, wie die Probleme des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung und der friedlichen Konfliktregelung in Europa gelöst werden sollten, deutlich:

- Zum einen zeigt es wiederum, wie wichtig die innersozialistischen Bedingungen für die europapolitischen Entscheidungen der sozialistischen Staaten sind,

- und zum anderen hebt es hervor, von welch zentraler Bedeutung alle Fragen, die mit der BRD in Zusammenhang stehen, für die Europapolitik der sozialistischen Staaten sind.

b) 2.4.3 Die Einschaltung der UNO

Um die europäische Zusammenarbeit zu verwirklichen, können nach den Vorstellungen der sozialistischen Staaten auch die UNO und ihre Unterorganisationen eingeschaltet werden:

- Rumänien regte, um eine Atmosphäre der Entspannung und des Friedens in Europa zu schaffen, einen Beschluß der UN-Vollversammlung an, der die europäischen Staaten auffordert, ihre Bemühungen um die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zu intensivieren[205].

- Die SU schlug vor, die UN Wirtschaftskommission für Europa (ECE) könnte in der gesamteuropäischen Zusammenarbeit eine bedeutende Rolle spielen, da sie zur Zeit das einzige repräsentative Forum sei, auf dem gesamteuropäische Probleme erörtert werden könnten, da hier jeder europäische Staat gleichberechtigt vertreten sei[206].

b) 2.4.4 Weitere Mittel und Methoden

Zur Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit wollen die sozialistischen Staaten folgende weitere Mittel und Methoden angewandt wissen:

- die Mobilisierung aller friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte zum Kampf für die Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit[207],

- die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Handelsverbindungen, was den "Verzicht aller Staaten auf jedwede Diskriminierung und jedweden Druck" erfordert[208], wobei, polnischen Vorstellungen entsprechend, nicht in die bestehenden Wirtschaftsgruppierungen eingegriffen zu werden braucht, solange sichergestellt ist, daß die wirtschaftliche Integration dieser oder jener Staatengruppe nicht die wirtschaftliche Desintegration des europäischen Kontinents bedeutet[209],

- die Erweiterung der Kontakte und der Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Kultur und Kunst[210]

- und der Abschluß bilateraler Abkommen in allen Bereichen der europäischen Zusammenarbeit[211].

b) 3. Die europäische Sicherheit

b) 3.1 Allgemeine Zielsetzung

Ziel der Verwirklichung der europäischen Sicherheit ist es nach Auffassung der sozialistischen Staaten, ein solches System zwischenstaatlicher Beziehungen in Europa zu schaffen, das jegliche Aggression verhindert, das die

Sicherheit jedes einzelnen Staates gleichzeitig zur Sicherheit aller werden läßt und das einen dauerhaften Frieden in Europa gewährleistet[212].

b) 3.2 Mittel und Methoden zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit

Neben der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten[213] sollen nach dem Willen der sozialistischen Staaten die Paralysierung jener Kräfte, "die eine weitere Verschärfung der Spannungen zwischen den europäischen Staaten betreiben möchten"[214], und die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa[215], die europäische Sicherheit gewährleisten.

b) 3.2.1 Die Paralysierung der aggressiven Kräfte

Ihrer Analyse entsprechend, daß der amerikanische und der westdeutsche Imperialismus jene Kräfte verkörpern, die den Frieden und die Sicherheit Europas bedrohen[216], richten sich die Maßnahmen, deren Realisierung die sozialistischen Staaten fordern, um die aggressiven Kräfte in Europa zu paralysieren, vor allem gegen die BRD und gegen die Vereinigten Staaten.

b) 3.2.1.1 Maßnahmen gegen die BRD

Die Bukarester Deklaration stellte fest, "die Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt, wie auch die Interessen des deutsches Volkes erfordern, daß die regierenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland der realen Lage in Europa Rechnung tragen".

Dies bedeutet konkret, die BRD muß die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen, sie muß die Hallstein-

Doktrin aufgeben, die europäischen Grenzen anerkennen, sie muß die Ex-tunc Ungültigkeit des Münchner Abkommens anerkennen, und sie muß "in der Tat beweisen, daß sie wirklich Lehren aus der Geschichte" zieht, "mit dem Militarismus und Revanchismus Schluß" macht und eine "Politik der Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten, der Entwicklung der Zusammenarbeit und Freundschaft zwischen den Völkern" durchführen wird[217].

Um die BRD auch im eigenen Lager unter Druck zu setzen, fordern die Staaten des Warschauer Vertrages von den europäischen Staaten Folgendes:

- Die "ureigensten Interessen aller Völker"[218] gebieten es zu verhindern, daß Pläne für eine multilaterale Kernstreitkraft der NATO verwirklicht werden oder die BRD Zugang, in welcher Form auch immer, zu Kernwaffen erhält[219].

- Die "territorialen Ansprüche der westdeutschen Revanchisten müssen entschieden zurückgewiesen werden", denn "die Frage der Grenzen in Europa ist endgültig und unwiderruflich gelöst". Alle Staaten müssen daher "in ihren außenpolitischen Aktionen von der Anerkennung der real bestehenden Grenzen zwischen den europäischen Staaten ausgehen"[220].

- Um die Sicherheit und den Frieden in Europa zu gewährleisten, muß "die konsequente Verteidigung und Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik" gefordert werden, eine Forderung, zu der die Völker berechtigt sind, weil sie ihnen von ihren geschichtlichen Erfahrungen gelehrt wurden und weil sie dazu von den nach dem 2. Weltkrieg abgeschlossenen internationalen Abkommen ermächtigt werden. "Dies bedingt die allseitige Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der BRD für das Verbot neonazistischer Organisationen und jeglicher revanchistischer Propaganda, für den Verzicht auf die Notstandsgesetze, für die Gewährleistung freier Betätigung für die demokratischen und friedliebenden Kräfte und für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands"[221].

Die SU ergänzte die Appelle, die die sozialistischen Staaten zur Zügelung des westdeutschen Revanchismus an die europäischen Staaten richteten, dadurch, daß sie ihre westlichen Partner aus der Zeit der Antihitlerkoalition wiederholt an die Verpflichtungen erinnerte, die sie im Potsdamer Abkommen eingegangen waren und die sie zwingen, Maßnahmen gegen den Militarismus, den Neonazismus und den Revanchismus in der BRD zu ergreifen[222].

Da die SU ihre Appelle damit gerade an jene Mächte richtete, die zwar in der Antihitlerkoalition ihre Partner waren, die sie aber auch für die heutige Wirklichkeit in Westdeutschland verantwortlich macht, weil diese Mächte ihre Verpflichtungen aus der Antihitlerkoalition für ein Komplott mit den aggressiven Kräften der BRD verraten haben[223], ist zu vermuten, daß diese Appelle weniger die Funktion haben dürften, die Westmächte für eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu gewinnen, sondern daß sie dazu bestimmt sein dürften,

- zum einen den friedensgefährdenden Charakter der westdeutschen Politik zu betonen und alle friedliebenden Kräfte gegen diese Politik zu mobilisieren
- und zum anderen die sowjetische Politik von dem Vorwurf zu befreien, sie mische sich in die inneren Angelegenheiten der BRD ein, und die besondere Verantwortung der SU für die Entwicklung der BRD hervorzuheben und zu demonstrieren.

Bei all dem fällt auf, daß weder die Bukarester Deklaration, die das Berlinproblem überhaupt nicht ansprach, noch die Erklärung von Karlovy Vary, noch auch der Budapester Appell die Forderung, die BRD müsse ihre widerrechtlichen Ansprüche auf Westberlin aufgeben, in den Katalog ihrer Forderungen an die BRD einreihten, daß sie

die Respektierung des besonderen Status Westberlins nicht als eine der Voraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit anführten, obwohl die SU, die DDR, Polen und die CSSR[224] dies ausdrücklich tun und es keine Anzeichen dafür gibt, daß die übrigen sozialistischen Staaten diese Forderung nicht billigen. Die Erklärung von Karlovy Vary erwähnte Westberlin nur in dem Zusammenhang, daß die Beziehungen zwischen der besonderen politischen Einheit Westberlin und der DDR normalisiert werden müssen[225], und der Budapester Appell fügte an die Hauptvoraussetzungen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, ohne es in diese einzubeziehen, lediglich hinzu, "West-Berlin hat einen besonderen Status und gehört nicht zu Westdeutschland"[226].

Dieses Verhalten läßt sich nur mit der Tatsache erklären, daß die SU am Viermächtestatus von Westberlin festhält, das heißt, die sozialistischen Staaten vermeiden es, an die BRD und die anderen europäischen Staaten irgendwelche Forderungen zur Lösung der Berlinfrage zu richten, weil sie die alleinige Kompetenz der vier Mächte nicht in Frage stellen wollen.

Die Forderungen, die die sozialistischen Staaten zur Realisierung der europäischen Sicherheit erheben, um die aggressiven Kräfte der BRD zu zügeln, entsprechen, sieht man einmal von den unterschiedlichen Adressaten und der inneren Entwicklung der BRD ab, den Voraussetzungen, die die sozialistischen Staaten als Voraussetzungen der europäischen Sicherheit gewährleistet wissen wollen, bevor an die Lösung des Problems der europäischen Sicherheit überhaupt herangegangen werden kann[227]. Dies bedeutet, für die sozialistischen Staaten gibt es ohne die Erfüllung dieser Forderungen keine Sicherheit und keinen Frieden in Europa[228].

b) 3.2.1.2 Maßnahmen gegen die Vereinigten Staaten

Die Bukarester Deklaration stellt fest, die europäischen Staaten seien imstande, "die Frage ihrer gegenseitigen Beziehungen ohne Einmischung von außen zu lösen"[229], und die Moskauer Erklärung fordert, das unabdingbare Recht der europäischen Völker, "Herr auf ihrem Kontinent ohne Einmischung der USA zu sein", müsse gewährleistet werden[230]. Vor dem Hintergrund ihrer Kritik an den Vereinigten Staaten und an deren Europapolitik wird deutlich, daß die sozialistischen Staaten mit dieser Forderung das Ziel verfolgen, den amerikanischen Einfluß in Europa zurückzudrängen und, wenn möglich, zu beseitigen. Diesem Ziel dienen folgende konkrete Forderungen[231]:

- die Auflösung der NATO,
- die Bildung kernwaffenfreier Zonen,
- die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte,
- der Abzug aller ausländischer Truppen,
- die Einstellung von Flügen ausländischer Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord über den Territorien der europäischen Staaten
- und das Verbot, daß ausländische U-Boote und Überwasserschiffe mit Kernwaffen an Bord europäische Häfen anlaufen.

Zwar führen die sozialistischen Staaten diese Forderungen (außer der Auflösung der NATO) unter der Rubrik Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung in Europa an, doch sie stehen auch in engem Zusammenhang mit der Verdrängung des amerikanischen Einflusses in Europa, denn die USA stellen, wie die Bukarester Deklaration feststellte, die NATO ebenso wie ihre Truppen, ihre Militärstützpunkte,

ihre Kernwaffenlager usw. in den Dienst ihrer Politik, die Spaltung Europas zu vertiefen und die Spannungen zu schüren[232].

b) 3.2.1.3 Maßnahmen gegen andere aggressive Kräfte

Die Erklärung von Karlovy Vary konstatierte, der Kampf um den Frieden und die Sicherheit in Europa schließe den Kampf "um die wahre nationale Unabhängigkeit, für Demokratie, gegen die faschistischen Diktaturen wie Spanien, Portugal und Griechenland" ein. Die Erklärung begründete die Notwendigkeit dieses Kampfes damit, daß die Regierungen Spaniens, Portugals und Griechenlands "dem amerikanischen Imperialismus bei der Errichtung atomarer Stützpunkte besondere Erleichterungen gewähren und dafür die Unterstützung der USA für ihre diskreditierten Regimes erhalten"[233].

b) 3.2.2 Die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa

Zwei Maßnahmen stehen im Mittelpunkt der Bemühungen der sozialistischen Staaten um die Errichtung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems: die Auflösung der bestehenden Militärblöcke und die Bereinigung der deutschen Frage.

b) 3.2.2.1 Die Auflösung der Militärblöcke

In der Bukarester Deklaration versicherten die sozialistischen Staaten, sie seien "stets konsequent gegen die Teilung der Welt in Militärblöcke und -bündnisse und für die Beseitigung der Gefahren eingetreten, die sich daraus für den Weltfrieden und die Sicherheit ergeben"[234].

Auch die Erklärung von Karlovy Vary lehnte das "'Gleichgewicht des Schreckens'" ab, weil es zu einem immer intensiveren Wettrüsten führt und das Risiko eines beabsichtigten oder zufälligen Konfliktes vergrößert[235].

Um das gefährliche Gleichgewicht des Schreckens zu beseitigen und die Teilung der Welt in Militärblöcke aufzuheben, schlagen die sozialistischen Staaten "die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse" vor, um stattdessen ein wirksames System der europäischen Sicherheit zu errichten, "das auf Beziehungen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung zwischen allen Nationen des Kontinents sowie auf den vereinten Bemühungen aller europäischen Länder beruht"[236].

Die sozialistischen Staaten sind sich darüber klar, daß die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse ein "radikales Mittel" zur Minderung der militärischen Spannungen in Europa darstellt[237], daß die gleichzeitige Auflösung von Warschauer Vertrag und NATO ein Maximalprogramm darstellt, das wohl kaum in einem einzigen Anlauf, etwa in Form eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit[238], verwirklicht werden kann. Die sozialistischen Staaten schlagen daher vor, so die Bukarester Deklaration, für den Fall, daß die Mitgliedstaaten der NATO "nach wie vor nicht bereit sind, einer vollständigen Auflösung der militärischen Gruppierungen zuzustimmen"[239], sollten zunächst Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung eingeleitet werden, die freilich an Bedingungen geknüpft werden, die gewährleisten, daß während der Verwirklichung dieser Teilmaßnahmen das Gesamtziel nicht aus den Augen verloren wird, und daß sich die Positionen der sozialistischen Staaten nicht verschlechtern[240].

Die Teilmaßnahmen, die im Rahmen des Stufenplanes der sozialistischen Staaten die Liquidierung der Militärblöcke und die Errichtung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems vorbereiten sollen, betreffen alle das Gebiet der militärischen Entspannung und der Abrüstung[241]:

- Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte,
- Abzug der ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter die nationalen Grenzen,
- Verminderung der Zahl der Streitkräfte beider deutscher Staaten in vereinbartem Umfang und zu vereinbarten Fristen[242],
- Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Krieges, so unter anderem: die Bildung atomwaffenfreier Zonen[243] und die Verpflichtung der Kernwaffenmächte, ihre Waffen nicht gegen die Teilnehmer atomwaffenfreier Zonen zu richten[244],
- Einstellung von Flügen ausländischer Flugzeuge mit Kernwaffen an Bord über die Territorien europäischer Staaten[245],
- Einstellung des Anlaufens der Häfen europäischer Staaten durch ausländische U-Boote und Überwasserschiffe mit Kernwaffen an Bord[246],
- Errichtung von Zonen verdünnter Rüstung[247],
- Errichtung von Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit[248].

Die Forderungen der sozialistischen Staaten zur Verwirklichung dieser Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung in Europa scheinen sich nur in einem Punkt geändert zu haben:

- Während die Bukarester Deklaration noch den Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter ihre nationalen Grenzen gefordert hatte, was den Abzug aller kanadischen und amerikanischen Truppen aus Europa, den Abzug aller NATO-Staaten-Truppen aus der BRD und den anderen NATO-Ländern und den Abzug aller sowjetischen Truppen aus den Staaten des Warschauer Vertrages bedeutet,

- forderte die Erklärung von Karlovy Vary nur noch "den Abzug fremder Truppen vom Gebiet europäischer Staaten"[249]. Dies kann dasselbe meinen wie die Bukarester Deklaration; es kann aber auch nur heißen, Abzug aller nichteuropäischen Truppen aus Europa, wovon die sowjetischen Truppen dann nicht betroffen wären.

Da weder der Budapester Appell, noch das Hauptdokument der Moskauer Konferenz dieses Problem erwähnte, da die Erklärung von Karlovy Vary und die Bukarester Deklaration sich in diesem Punkt möglicherweise widersprechen, und da die SU den Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien fordert[250], ist anzunehmen, daß die sozialistischen Staaten ihre Position in diesem Punkt ganz bewußt nicht eindeutig definierten, was seine Ursache vor allem auch darin haben dürfte, daß die Bereitschaft der SU, ihre Truppen aus den Staaten des Warschauer Vertrages abzuziehen nicht allein von der Bereitschaft der USA abhängt, ihre Truppen aus Europa abzuziehen, sondern vor allem auch von der Entwicklung im sozialistischen Lager. Das pragmatische Vorgehen der sozialistischen Staaten, ihr Maximalprogramm mit Hilfe eines Stufenplanes verwirklichen zu wollen, legt die Vermutung nahe, daß sie auch in der Frage des Truppenabzuges nach pragmatischen Lösungen suchen dürften, das heißt, es steht nicht der Abzug aller fremden Truppen zur Debatte, sondern allenfalls eine gleichzeitige Truppenreduzierung, wobei die Haltung der sozialistischen Staaten dadurch gekennzeichnet ist, daß sie die amerikanischen und die sowjetischen Truppen nicht auf dieselbe Stufe stellen, da die einen Truppen eines europäischen Staates sind, die anderen aber nicht.

Als Termin zur Verwirklichung ihres Programms nannten die sozialistischen Staaten 1969, das Jahr, in dem der NATO-Vertrag auslaufen würde: spätestens in diesem Jahr, so die Erklärung von Karlovy Vary, sollte die Liquidierung der Militärblöcke auf die Tagesordnung gesetzt werden[251].

b) 3.2.2.2 Die Bereinigung der deutschen Frage

Von der Überzeugung ausgehend, daß die Lösung der deutschen Frage als wesentlicher Bestandteil aller Bemühungen um die europäische Sicherheit zu betrachten ist[252], legten die sozialistischen Staaten in der Bukarester Erklärung folgende Prinzipien fest, um ihr Programm zur Lösung dieser Frage zu umreißen[253]:

- Eine deutsche Friedensregelung muß "die Interessen der Sicherheit aller interessierten Länder, die Sicherheit Europas als Ganzes" berücksichtigen, was bedeutet, daß "von der Wirklichkeit" ausgegangen werden muß, das heißt:
  - Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten,
  - Anerkennung der bestehenden Grenzen,
  - Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen,
  - gleichberechtigte Teilnahme beider deutscher Staaten an der Entwicklung und Festigung der europäischen Zusammenarbeit.
- Der Weg zur "Vereinigung der beiden deutschen Staaten" kann nur "über die Entspannung, über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen, über Abrüstungsvereinbarungen in Deutschland und in Europa führen, auf der Grundlage des Prinzips, daß das zukünftige vereinte Deutschland ein wirklich friedliebender demokratischer Staat sein wird, von dem niemals eine Bedrohung seiner Nachbarn und des europäischen Friedens ausgehen wird"[254].

b) 3.3 Die weitere Ausformung des kollektiven Sicherheitssystems für Europa

Aus dem europapolitischen Programm der sozialistischen Staaten ergeben sich folgende Elemente eines künftigen kollektiven europäischen Sicherheitssystems (die auch

schon in dem Entwurf eines gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit[255] enthalten sind, den die SU Anfang Februar 1954 auf der Berliner Außenministerkonferenz vorgelegt hatte):

1. Teilnehmer am europäischen Sicherheitssystem können nur europäische Staaten sein[256]. Die DDR und die BRD können gleichberechtigt teilnehmen.

2. Jene Staaten, die an diesem Sicherheitssystem teilnehmen, verpflichten sich, in ihren gegenseitigen und in ihren internationalen Beziehungen Gewalt weder anzuwenden noch anzudrohen und internationale Streitfragen mit friedlichen Mitteln beizulegen[257].

3. Die Teilnehmer des Sicherheitssystems verteidigen sich kollektiv gegen Aggressoren, und sie verpflichten sich, jeden Überfall auf einen oder mehrere Vertragspartner als Überfall auf alle anzusehen und dem oder den angegriffenen Staat oder Staaten zu Hilfe zu kommen[258].

4. Die Teilnehmer des Sicherheitssystems verpflichten sich, sich an keiner Koalition und an keinem Bündnis zu beteiligen und keinerlei Abkommen zu schließen, deren Ziele denen der kollektiven Sicherheit in Europa widersprechen, das heißt insbesondere, daß die Teilung Europas in Militärblöcke beendet wird[259].

5. Die Gewährleistung der europäischen Sicherheit setzt die Regelung der deutschen Frage voraus, wobei die sozialistischen Staaten im wesentlichen nur um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR, BRD und West-Berlin sowie zwischen der der DDR, der BRD und West-Berlin und den übrigen Staaten Europas und der Welt bemüht sind[260].

Über diese Elemente eines künftigen europäischen kollektiven Sicherheitssystems hinaus konkretisierten die sozialistischen Staaten ihre Vorstellungen über die Ausgestaltung dieses Systems nicht. Sie ließen insbesondere die Rolle, die die Vereinigten Staaten künftig in Europa spielen sollten, im unklaren, denn einerseits wollen sie ja ganz offensichtlich den amerikanischen Einfluß in

Europa zurückdrängen - wenn nicht sogar hinausdrängen -, und andererseits erinnerten sie die USA immer wieder an ihre Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen und appellierten damit an die europäische Verantwortlichkeit der USA. Außerdem entwickelten sie keinerlei Vorstellungen darüber,

- wie jenes Verfahren beschaffen sein soll, welches die gegenseitige Hilfeleistung im Falle einer Aggression regelt,
- oder welche Organe im Rahmen des Sicherheitssystems geschaffen werden sollen, welche Funktionen sie haben, und wie sie zusammengesetzt sind[261],
- oder wie zu bestimmen ist, wann eine Aggression vorliegt beziehungsweise wer ein Aggressor ist[262],
- oder welchen Stellenwert die bilateralen Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den sozialistischen Staaten in einem künftigen kollektiven Sicherheitssystem haben sollen, das heißt, die sozialistischen Staaten nahmen zu dem Vorwurf nicht Stellung, die Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages ändere wenig an den bestehenden Verhältnissen, solange die bilateralen Verträge erhalten bleiben, die ja auch einen Militärblock schaffen[263].

b) 4. Europäische Sicherheitskonferenz

Als ein Mittel zur Durchsetzung ihres europäischen Aktionsprogramms betrachten die sozialistischen Staaten die Einberufung einer Konferenz aller europäischen Staaten[264].

b) 4.1 Die Vorstellungen der sozialistischen Staaten für diese Konferenz

b) 4.1.1 Gegenstand der Konferenz

Die sozialistischen Staaten fassen den Themenkatalog, der auf der Konferenz aller europäischen Staaten erörtert wer-

den soll, ebenso umfassend wie unbestimmt: Fragen der europäischen Sicherheit und der europäischen Zusammenarbeit sollen diskutiert werden[265]. Dieses Vorgehen hat einen doppelten Vorteil, zum einen wird den Adressaten dieser Vorschläge die Zustimmung erleichtert, zum anderen können alle Probleme, die die sozialistischen Staaten behandelt wissen wollen auf die Tagesordnung gesetzt werden, denn sie lassen sich alle unter "europäische Sicherheit und Zusammenarbeit" subsumieren.

b) 4.1.2 Die Vorbereitung der Konferenz

Die sozialistischen Staaten sorgen sich weniger darum, wie die Konferenz vorbereitet werden soll (die Bukarester Deklaration stellte lediglich fest, die Vorbereitungen müßten gemeinsam und unter Berücksichtigung der Vorschläge aller Teilnehmer getroffen werden; der bulgarische Außenminister meinte, die Konferenz könne durch eine Reihe von Vorkonferenzen vorbereitet werden; die Erklärung von Karlovy Vary schlug eine Parlamentarierkonferenz und das Moskauer Hauptdokument die "Organisation eines umfassenden Kongresses der Völker Europas" vor, um die Einberufung einer Staatenkonferenz vorzubereiten und zu beschleunigen)[266], als darum, wie intensiv sich die einzelnen Teilnehmer in die Vorbereitung der Konferenz einschalten sollen. Die Bukarester Erklärung versicherte lediglich, die sozialistischen Staaten seien bereit, auch andere, nicht nur ihre eigenen Vorschläge zu erörtern; jeder Staat müsse wissen, ob er sich an der Lösung der europäischen Probleme beteiligen wolle[267]. Die RKP dagegen forderte, daß eine intensive politische und diplomatische Tätigkeit entfaltet werden müsse, damit die Konferenz die Chance habe, Ergebnisse zu erbringen. Besonders nützlich wäre es, so erklärte sie, wenn jedes Land seinen eigenen Beitrag zur Ermittlung der zweckmäßigsten Wege für die Verwirklichung

des Strebens nach Sicherheit und Zusammenarbeit leiste und entsprechende Empfehlungen formuliere. Die RKP verpflichtete sich, alle derartigen Vorschläge sorgfältig zu prüfen und zu erörtern[268].

b) 4.1.3 Die Teilnehmer der Konferenz

In den kollektiven Beschlüssen der sozialistischen Staaten zu dem Problem der gesamteuropäischen Konferenz wurde die Frage der Teilnahme beider deutscher Staaten nicht direkt angesprochen. Doch aus diesen Beschlüssen und den Stellungnahmen der einzelnen sozialistischen Staaten geht deutlich hervor, daß die sozialistischen Staaten beide deutsche Staaten gleichberechtigt an dieser Konferenz teilnehmen lassen wollen:

- Zu den an einer solchen Konferenz interessierten (und damit wohl auch teilnahmeberechtigten) Staaten zählt die Bukarester Deklaration neben den Staaten des Warschauer Vertrages auch die "Mitglieder des Nordatlantikvertrages"[269], was für die beiden deutschen Staaten gleichberechtigte Teilnahme bedeutet, denn sie sind beide Mitglieder einer dieser beiden Organisationen.

- Voraussetzung für die Verwirklichung aller europapolitischen Vorschläge der sozialistischen Staaten ist die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten. Daraus ergibt sich eindeutig die Forderung der sozialistischen Staaten, daß beide deutsche Staaten, die ja als gleichberechtigt und souverän angesehen werden, gleichberechtigt an dieser Konferenz teilnehmen müssen.

- Die SU fordert, daß beide deutsche Staaten an der Konferenz teilnehmen sollen[270].

- Die DDR erklärt, bei der Konferenz müsse es sich um eine gleichberechtigte Beratung aller europäischen Staaten handeln, und daher müsse auch die DDR teilnehmen, denn ohne deren gleichberechtigte Teilnahme könne es keine europäische Sicherheit geben[271].

Die Haltung, die die sozialistischen Staaten in der Frage einnehmen, ob die Vereinigten Staaten als außereuropäische Macht[272] an der Konferenz der europäischen Staaten teilnehmen sollen, ist dagegen weit weniger eindeutig als in der Frage der Teilnahme beider deutscher Staaten:

- Die Bukarester Deklaration rechnete einerseits die Mitglieder der NATO, und damit auch die USA, zu den an einer gesamteuropäischen Konferenz interessierten und damit auch teilnahmeberechtigten Staaten, stellte aber andererseits auch fest, die europäischen Staaten seien imstande, "die Fragen ihrer gegenseitigen Beziehungen ohne Einmischung von außen zu lösen"[273], was eindeutig gegen die USA gerichtet ist. Der Budapester Appell sprach sogar nur noch von allen interessierten europäischen Staaten, die die Konferenz vorbereiten sollen[274].

- Auch die Haltung der Sowjetunion war in dieser Frage nicht völlig eindeutig:

  · Sie hat die Teilnahme der Vereinigten Staaten an einer gesamteuropäischen Konferenz nie eindeutig abgelehnt.

  · Sie schreibt jedoch der Konferenz unter anderem die Funktion zu, die von überseeischen Kräften unterstützte Kriegspartei in Europa zu isolieren[275], was darauf schließen läßt, daß sie die Teilnahme der USA nicht wünscht. Auch sowjetische Pressekommentare zur finnischen Initiative für eine europäische Konferenz vermitteln den Eindruck einer ablehnenden sowjetischen Haltung[276].

- Bulgarien ist der einzige sozialistische Staat, der die Teilnahme der Vereinigten Staaten offen und deutlich ablehnte. Anfang März 1967 erklärte Außenminister Bashew in Oslo, nur europäische Staaten sollten an der Konferenz teilnehmen; daher solle zwar die SU, nicht aber die Vereinigten Staaten an der Konferenz teilnehmen[277].

Diesen Stellungnahmen ist zumindest Folgendes zu entnehmen, wenn es darum geht, die Haltung zu bestimmen, die die sozialistischen Staaten gegenüber dem Problem einnehmen, ob die USA an einer gesamteuropäischen Konferenz teilnehmen sollen oder nicht:

- Die sozialistischen Staaten lehnen eine Teilnahme der USA ab. Dies entspricht auch ihren Bemühungen, den Einfluß der USA in Europa zu reduzieren[278].

- Da die westlichen Partner der USA aber eine Teilnahme der Vereinigten Staaten fordern, da die SU zudem davon ausgeht, daß die USA in Deutschland, und damit im Zentrum aller europäischen Probleme, noch bestimmte Verantwortlichkeiten besitzen, da die sozialistischen Staaten darüber hinaus noch, wie der Budapester Appell deutlich beweist, der europäischen Sicherheitskonferenz einen hohen Stellenwert im Rahmen ihrer Bemühungen um die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einräumen, konnten und wollten die sozialistischen Staaten die Teilnahme der USA nicht offen und eindeutig ablehnen, was auf eine gewisse Kompromißbereitschaft schließen läßt.

In diesem Zusammenhang gewinnt die ungarische Stellungnahme zum Problem der Teilnahme der USA ein besonderes Gewicht, denn sie zeigt, wie ein Kompromiß in dieser Frage aussehen könnte. Zum Problem, ob es möglich ist, eine verantwortliche Weltmacht von der Erörterung der europäischen Sicherheit auszuschließen, gab Kadar folgende Erklärung ab[279]:

- Es ist möglich, an jedem Ort der Welt, ganze Erdteile mit inbegriffen, regionale Fragen aufgrund von Verhandlungen und Vereinbarungen der interessierten Staaten ohne Teilnahme eines nicht zu diesem Raum gehörenden Landes zu lösen.

- Es ist aber auch wahr, daß gewisse Fragen wegen ihrer Bedeutung oder wegen der Größe des in Betracht kommenden Raumes im Zusammenhang mit der Weltlage stehen. In diesem Falle hat eine Großmacht Mitspracherechte, so zum Beispiel in Fragen der Abrüstung, der Weitergabe von Kernwaffen etc.

Kadar schloß aus diesen Überlegungen, in erster Linie wüßten die interessierten europäischen Länder und Völker, was zur europäischen Sicherheit notwendig sei. Im Hinblick darauf jedoch, daß die europäische Sicherheit

im Zusammenhang mit der Weltlage steht, habe natürlich auch Amerika das Recht mitzusprechen.

Aus dieser Stellungnahme ergibt sich, falls sich die übrigen Staaten des Warschauer Vertrages diese Überlegungen zu eigen machen, Folgendes:

- Die sozialistischen Staaten sind bereit, die USA an der europäischen Konferenz teilnehmen zu lassen. Da sie dies jedoch nicht ausdrücklich sagen, ist anzunehmen, daß sie sich ihre Kompromißbereitschaft in dieser Frage bei den Konferenzvorbereitungen honorieren lassen wollen[280].

- Den Vereinigten Staaten wird von den sozialistischen Staaten ein Mitspracherecht in allen Fragen, die die europäische Sicherheit betreffen, eingeräumt werden, denn diese Fragen - Auflösung der Militärblöcke, Teilmaßnahmen zur Abrüstung, europäisches Sicherheitssystem etc. - sind zweifelsohne Probleme von weltweiter Bedeutung.

- Den Vereinigten Staaten werden die sozialistischen Staaten kein Mitspracherecht in jenen Fragen einräumen, die die europäische Zusammenarbeit betreffen, denn diese ist eine Angelegenheit der europäischen Staaten.

b) 4.2 Die Konsequenzen dieser Vorschläge

Die Vorstellungen, die die sozialistischen Staaten zur Einberufung einer Konferenz aller europäischen Staaten entwickelten, nehmen mit der Regelung der Frage, welche Staaten an dieser Konferenz teilnehmen sollen, die Lösung entscheidender Probleme der europäischen Sicherheit bereits vorweg:

- Die Forderung, daß beide deutsche Staaten gleichberechtigt an der Konferenz teilnehmen sollen, regelt die deutsche Frage auf der Basis der Existenz zweier deutscher Staaten bereits vor dem Konferenzbeginn, womit diese Regelung nicht mehr Verhandlungsgegenstand sein, sondern nur noch sanktioniert werden kann.

- Wird den Vereinigten Staaten nur ein beschränktes Mitspracherecht auf der Konferenz eingeräumt, dann wird damit ebenfalls die Lösung eines wesentlichen Teils der europäischen Probleme präjudiziert, nämlich die künftige Rolle Amerikas in Europa. Akzeptieren die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Partner ein eingeschränktes Mitspracherecht der USA auf dieser Konferenz, dann akzeptieren sie damit zugleich, daß Amerika sich zu einem guten Teil von seinen europäischen Verpflichtungen löst und an europäischen Fragen künftig weniger Interesse nehmen wird, das heißt, es tritt seine europäischen Verantwortlichkeiten weitgehend an seine Verbündeten ab.

Gehen die europäischen Staaten und die USA auf die Vorschläge ein, die die sozialistischen Staaten für eine europäische Konferenz entwickelten, so setzt dies Folgendes voraus:

- Der Westen, vor allem auch die BRD, anerkennt die bestehenden Realitäten in Europa, was insbesondere die Anerkennung zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten und die Regelung der Berlinfrage bedeutet[281].

- Die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten müssen ihre Politik, die (außer im Falle Frankreichs) auf die Erhaltung der amerikanischen Präsenz in Europa ausgerichtet ist, revidieren, müssen sich für das Regionalisierungskonzept entscheiden.

Außer diesen weitreichenden Konsequenzen für die Regelung der wichtigsten europäischen Probleme haben die Vorschläge der sozialistischen Staaten zur Einberufung einer Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit auch noch unmittelbare taktische Vorteile:

- Da nicht zu erwarten ist, daß sich die westeuropäischen Staaten und die USA ohne weitere Vorbereitung und unter den von den sozialistischen Staaten genannten Bedingungen auf eine gesamteuropäische Konferenz einlassen werden, denn damit würden sie, wie oben gezeigt, entscheidende Ergebnisse der Konferenz vorwegnehmen, müssen sich die künftigen Verhandlungspartner der sozialistischen Staaten, wollen sie die Konferenzvorschläge nicht völlig ablehnen - was keineswegs in ihrem Interesse

liegt, da sie an der Lösung all dieser Probleme, die auf der Konferenz erörtert werden sollen, so interessiert sind, daß im Budapester Appell festgestellt werden konnte, keine europäische Regierung habe den Konferenzvorschlag abgelehnt - mit der Lösung jener Probleme befassen, die die Konferenzvorschläge der sozialistischen Staaten schon vor Konferenzbeginn zu regeln geeignet sind, nämlich die deutsche Frage und die künftige Rolle Amerikas in Europa, mit anderen Worten: Die Konferenzvorschläge der sozialistischen Staaten setzen die westlichen Länder unter Zugzwang.

- Selbst wenn sich die westlichen Staaten zur Ablehnung der Konferenzvorschläge der sozialistischen Länder entschließen sollten, obwohl es auch in ihrem Interesse liegt, die europäischen Probleme zu regeln, selbst dann geraten sie unter Zugzwang, denn um zu beweisen, daß sie die europäische Entspannung nicht sabotieren, müßten sie ihrerseits konkrete Alternativen zu den Vorschlägen der sozialistischen Staaten entwickeln.

b) 5. Wandlungen der Europapolitik der sozialistischen Staaten

Das europäische Aktionsprogramm der sozialistischen Staaten ist zwar, soweit es nur die eigentliche Programmatik betrifft, auf eine umfassende Revision des Systems der internationalen Beziehungen in Europa ausgerichtet, doch es konzentrierte sich in seiner konkreten Politik völlig auf den Kampf um die Absicherung des europäischen Status quo, wie die Tatsache beweist, daß die sozialistischen Staaten die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit von der Verwirklichung der europäischen Sicherheit abhängig machten, und wie die Schwerpunktverlagerung innerhalb des Stufenplanes zur Liquidierung der Militärblöcke ebenso wie die Vernachlässigung der inhaltlichen Ausfüllung der Vorstellungen über ein kollektives europäisches Sicherheitssystem bestätigen. Die Absicherung des status quo suchten die sozialistischen Staaten durch die Mobilisierung der allgemeinen Entspannungstendenzen gegen die Politik der BRD und der USA zu erreichen.

Für dieses Verhalten der sozialistischen Staaten, alle Kräfte auf die Realisierung der nächstliegenden Ziele zu konzentrieren und die langfristigen Ziele zwar zu benennen, ohne sie aber mit konkreten Inhalten zu füllen, können folgende Ursachen verantwortlich gemacht werden:

1. Die Weigerung, die langfristigen Ziele zu konkretisieren, kann, zunächst, aus taktischen Überlegungen resultieren, denn die Realisierung dieser Ziele könnte durch vorzeitige Festlegung gefährdet werden; es ist besser, sich auf die Attraktivität solcher Begriffe wie "kollektives Sicherheitssystem" zu verlassen, die jeder potentielle Verhandlungspartner mit eigenen Inhalten füllen kann, als derartige Inhalte selbst festzulegen und damit den künftigen Verhandlungspartner, der andere Vorstellungen hegt, von Verhandlungen abzuschrecken. Für die Möglichkeit, taktische Überlegungen hätten das Verhalten der sozialistischen Staaten bestimmt, spricht die Tatsache, daß diese Staaten ihre langfristigen Ziele zwar nicht konkretisierten, aber mit einem Katalog konkreter Bedingungen verbanden, so daß hinreichend deutlich wurde, in welche Richtung eine spätere Konkretisierung dieser Ziele laufen würde.

2. Die zweite Möglichkeit, die Tatsache zu erklären, daß die sozialistischen Staaten sich auf die Absicherung des status quo konzentrieren und ihr Programm zu der umfassenden Revision der Bedingungen des internationalen Systems in Europa vernachlässigten, ist die mangelnde Bereitschaft der kapitalistischen Länder, auf die Pläne der sozialistischen Staaten einzugehen, die es den Staaten des Warschauer Vertrages geraten erscheinen lassen mußte, zunächst ihr Minimalprogramm zur europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit zu verwirklichen.

3. Doch darüber hinaus dürfte das Verhalten der sozialistischen Staaten auch von der Einsicht bestimmt worden sein, daß die Verwirklichung des kollektiven Sicherheitssystems in Europa sie eines der entscheidenden Integrationsmittel ihrer Gemeinschaft berauben würde, denn die Realisierung eines solchen Systems wäre geeignet, die imperialistische Gefahr drastisch zu reduzieren.

Vor allem der letzte Grund dürfte die Ursache dafür gewesen sein, daß die sozialistischen Staaten sich mit dem

Kampf um die Absicherung des europäischen status quo begnügten, denn die Erreichung dieses Etappenzieles befriedigt ihre elementarsten Bedürfnisse nach Sicherheit und störungsfreier Entwicklung ihrer Gesellschaften ohne die Konfrontation mit dem Imperialismus zu beenden, die aufrechtzuerhalten die innersozialistischen Bedingungen ihnen geraten erscheinen lassen mußten.

Im Jahre 1968 auf 1969 zeichneten sich jedoch Entwicklungen ab, die die SU und die übrigen sozialistischen Staaten veranlassen mußten, in Europa mehr als nur eine Absicherung des Status quo anzustreben, nämlich eine stabile Ordnung, die Frieden und Sicherheit gewährleistet:

- Spätestens mit der Entfaltung der Prager Nach-Januar-Politik, die nur noch durch die militärische Intervention der Staaten des Warschauer Vertrages beendet werden konnte, wurde deutlich, daß die Beschwörung der imperialistischen Gefahr ihre Wirksamkeit als Disziplinierungs- und Integrationsinstrument im sozialistischen Lager weitgehend eingebüßt hatte; die KPC hatte sich weder vom westdeutschen noch vom amerikanischen Imperialismus und den raffinierten Methoden der imperialistischen ideologischen Diversion davon abhalten lassen, den Versuch zu wagen, eigene Wege zu gehen.

- Der chinesich-sowjetische Konflikt gipfelte im Frühjahr 1969 in die schweren Grenzzwischenfälle am Ussuri, und der SU mußte nun, da eine zweite Front im Osten zu entstehen drohte, daran gelegen sein, die Verhältnisse an ihrer Westflanke so zu regeln, daß hier Sicherheit und Frieden auf Dauer garantiert wein würden.

- Außerdem war spätestens 1969 auch deutlich geworden, daß das Unterfangen der sozialistischen Staaten, die aggressiven Kräfte in Europa zu paralysieren, das heißt die BRD und die USA im Westen zu isolieren, gescheitert war, denn mit der neuen Ostpolitik hatte die Bundesregierung wieder Anschluß an die weltweiten Entspannungstendenzen gefunden und die tschechoslowakische Krise hatte auch die Neigung der westlichen Staaten, die NATO aufzulösen und auf die Zusammenarbeit mit der BRD und den USA zu verzichten, erheblich gedämpft, denn

die Intervention hatte den Hoffnungen auf eine immer weitergehende Entwicklung des Entspannungsprozesses einen schweren Schlag zugefügt. Es war damit endgültig klar geworden, daß die sozialistischen Staaten die europäische Sicherheit nicht gegen die BRD und die USA verwirklichen konnten.

- Außerdem zeichnete sich 1969 im Wahlkampf die Tatsache in der BRD ab, daß die SPD eine kompromißbereitere Ostpolitik verfechten würde als die Große Koalition, sollte ihr es gelingen, an die Regierung zu kommen, was in diesem Wahlgang, im Gegensatz zu früher, nicht mehr völlig unwahrscheinlich schien. Mit anderen Worten: Die sozialistischen Staaten konnten hoffen, wenn sie neue Initiativen zur Verwirklichung von Frieden und Sicherheit in Europa ergriffen, auf eine kompromißbereitere BRD zu stoßen als früher.

Es gibt einige Indizien dafür, daß die sozialistischen Staaten 1969 begannen, dieser neuen Lage Rechnung zu tragen, und ihre bisher verfolgte Taktik in der Europapolitik zu revidieren:

- Mit dem Budapester Appell setzten die sozialistischen Staaten neuen Druck hinter ihre Vorschläge für eine gesamteuropäische Konferenz und bekundeten damit neues Interesse an der Regelung der europäischen Probleme.

- Gromyko schlug der BRD im Juli 1969 vor, die Gewaltverzichtsverhandlungen wieder aufzunehmen[282].

- Die SU bot den USA, England und Frankreich im Juli 1969 an, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie jetzt und in Zukunft die Komplikationen um West-Berlin ausgeschaltet werden könnten[283].

- Die SU nahm ferner die Erklärung Nixons, der Periode der Konfrontation folge nun die Phase der Verhandlungen, zum Anlaß, den USA die Abstimmung der Standpunkte in den ungeregelten internationalen Fragen anzubieten, zu denen Moskau vor allem auch eine deutsche Friedensregelung rechnet[284].

- Im Mai 1969 nahm Polen die Formel des Nürnberger Parteitages der SPD von der "Anerkennung beziehungsweise Respektierung" der Oder-Neiße-Grenze auf und bot der BRD an, nach dem Vorbild des Vertrages von Zgorzelec (Görlitz) einen Grenzvertrag mit der BRD zu schließen[285].

Diese Indizien - man könnte ihnen noch den milden Ton des Budapester Appells gegenüber der BRD hinzufügen, wenn dieser Ton nicht im Hauptdokument der Moskauer Konferenz wieder aufgegeben worden wäre - lassen deutlich eine weitgehende Verhandlungsbereitschaft der SU und Polens gegenüber der BRD und den anderen westlichen Staaten erkennen, obwohl diesen Staaten klar sein mußte, daß sie damit die Integrationskraft der nach wie vor beschworenen imperialistischen Gefahr schwächten. Dies jedoch konnten sie angesichts der Entwicklung des chinesisch-sowjetischen Konfliktes riskieren, weil mit der Intervention in der CSSR deutlich gezeigt worden war, daß die SU eigenständigen Entwicklungen im sozialistischen Lager enge Grenzen setzte und diese Grenzen notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen bereit war, mit anderen Worten: Der Integrationsfaktor imperialistische Gefahr war durch die Intervention entbehrlicher geworden (wenn auch sicherlich noch nicht überflüssig).

Aus all dem ergibt sich auch hier wiederum deutlich, daß die sozialistische Europapolitik in ihren Grundlagen, in ihrer Taktik und in ihren Wandlungen nicht ohne die Berücksichtigung der innersozialistischen Bedingungen erfaßt werden kann.

(3) Abrüstungspolitik

(a) Allgemeine Zielsetzung und Strategie der sozialistischen Staaten in der Abrüstungsfrage

Die sozialistischen Staaten verfolgen mit ihrer Abrüstungspolitik das Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die ihnen als die wirksamste Maßnahme erscheint, um die Gefahr eines Weltkrieges zu vermindern[285].

Da die kapitalistischen Staaten die allgemeine und vollständige Abrüstung ablehnen, versuchen die sozialistischen Staaten diesem Ziel durch Teilmaßnahmen zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung näherzukommen[286].

(b) Die Abrüstungspolitik der sozialistischen Staaten

b) 1. Die Massenvernichtungsmittel betreffend

b) 1.1 Nuklearwaffen

b) 1.1.1 Der Kernwaffensperrvertrag[287]

Der Kernwaffensperrvertrag soll nach dem Willen der SU und der anderen sozialistischen Staaten die Gefahr eines Kernwaffenkrieges vermindern, indem er die Zahl der Kernwaffenmächte begrenzt, und er soll damit die Welt der allgemeinen und vollständigen Abrüstung näherbringen[288].

Der Kernwaffensperrvertrag hat somit in den Augen der sozialistischen Staaten eine kriegsverhindernde und damit im Sinne der Theorie der friedlichen Koexistenz auch antiimperialistische Funktion, die jedoch aus folgenden Gründen schwer zu vermitteln ist:

- Der Kernwaffensperrvertrag schreibt lediglich die Zahl der Kernwaffenmächte fest, bringt aber keine unmittelbare Abrüstung, das heißt, er schwächt den imperialistischen Gegner nicht direkt, begrenzt vielmehr nur die Zahl der imperialistischen Kernwaffenmächte, was angesichts der vielfachen "over-Kill"-Kapazität der USA nur noch von geringem Vorteil ist.

- Der Kernwaffensperrvertrag entstand im wesentlichen aus der Kooperation zwischen den USA und der SU[289], ist damit in erster Linie ein amerikanisch-sowjetischer Vertrag und enthält vor allem Regelungen, die die Interessen der beiden Großmächte in Einklang zu bringen suchen.

Ebenso wie im Westen regte sich daher auch unter den sozialistischen Staaten Widerstand gegen die amerikanisch-sowjetischen Vereinbarungen, und zwar nicht nur von seiten Pekings, sondern auch von seiten Rumäniens, das sich von den Entwürfen der USA und der SU zum Kernwaffensperrvertrag distanzierte[290] und sich, seiner Grundorientierung entsprechend[291], zum Anwalt der Interessen der kleineren und mittleren, nichtnuklearen Mächte machte. Es forderte, die Nuklearmächte müßten zu konkreten Maßnahmen für ein Verbot und für die Vernichtung von Kernwaffen verpflichtet werden, die Nichtnuklearen dürften in der friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht benachteiligt werden, die Sicherheit der Nichtnuklearen müsse bis zur endgültigen Vernichtung aller Kernwaffen garantiert werden und das Kontrollsystem dürfe nicht zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsländer mißbraucht werden[292].

Die antiimperialistische Funktion des Kernwaffensperrvertrags tritt nur dort deutlich zu Tage, wo die SU und die anderen sozialistischen Staaten zu verhindern versuchten, daß die BRD Zugang zu Kernwaffen erhält[293]:

- Bereits im ersten Vertragsentwurf der SU wurde deutlich, daß es Moskau vor allem auch darum ging, die Pläne der NATO, eine eigene, multilaterale Kernwaffenstreitmacht zu schaffen, womit die BRD Zugang zu Kernwaffen erhalten hätte, zunichte zu machen[294].

- Die Bukarester Erklärung forderte, die NATO müsse endgültig auf diese Pläne und die Verwirklichung des Zuganges der BRD zu Kernwaffen verzichten.

- Der erste gemeinsame Entwurf der SU und der USA brachte zwar den Verzicht auf alle MLF- beziehungsweise ANF-Pläne, doch die Beteiligung der BRD an der Nuklearen Planungsgruppe der NATO konnte er nicht verhindern[295].

- Nachdem der Kernwaffensperrvertrag unterzeichnet worden war, konzentrierten sich die Bemühungen der sozialistischen Staaten darauf, den Vertrag in Kraft zu setzen und den Beitritt der BRD herbeizuführen[296].

Der Kernwaffensperrvertrag hatte somit außer der Aufgabe, zu verhindern, daß die Bundesrepublik Zugang zu Kernwaffen erhielt, kaum antiimperialistische Funktionen, sondern er diente vor allem der Stärkung der Vormachtstellung der SU und der USA und weckte damit den Widerstand der Bündnispartner beider Mächte, deren Bedenken nicht in allen Punkten Rechnung getragen wurde[297].

b) 1.1.2 Weitere Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle

Um den Weg zu einem vollständigen Verbot des Einsatzes und zur völligen Vernichtung der Kernwaffen zu bahnen[298], versuchten die sozialistischen Staaten neben dem Kernwaffensperrvertrag noch weitere Projekte zu verwirklichen:

- Sie schlugen die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen in allen Regionen der Welt vor, insbesondere in Mitteleuropa und im Mittelmeer[299].

- Polen schlug vor, in Mitteleuropa die kern- und thermonukleare Rüstung einzufrieren (Gomulka-Plan)[300].

- Immer wieder betonte die SU die Notwendigkeit, unterirdische Kernwaffenversuche zu verbieten[301], wobei das Verbot mit nationalen Kontrollmitteln gewährleistet werden sollte[302].

- Im Juli 1968 einigten sich die SU und die USA darüber, demnächst Verhandlungen über die komplexe Einschränkung und Reduzierung von Trägersystemen für offensive strategische Kernwaffen und von Verteidigungssystemen gegen ballistische Raketen aufzunehmen[303]. Im Juli 1969 erklärte Gromyko, die SU sei bereit, nun die Verhandlungen aufzunehmen[304]. Die SALT-Gespräche begannen dann schließlich im November 1969 in Helsinki und wurden im Sommer 1972 abgeschlossen.

- In ihrem Memorandum über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens und zur Abrüstung schlug die SU außerdem folgende Maßnahmen vor[305]:

- Verbot der Anwendung von Kernwaffen[306],
- Maßnahmen zur Einstellung der Produktion von Kernwaffen und zur Einschränkung und Vernichtung der Kernwaffenvorräte,
- Verbot von Flügen für Bombenflugzeuge mit Kernwaffen an Bord außerhalb der Landesgrenzen, Beschränkung der Zonen für die Fahrten von Unterwasserkernwaffenträger.

- Im Juli 1969 erklärte die SU ihre Bereitschaft, mit allen anderen Kernwaffenmächten über das Problem der vollständigen nuklearen Abrüstung zu sprechen[307].

- Nachdem die SU im März 1969 ihren Entwurf für einen Vertrag dem 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vorgelegt hatte, der die militärische Nutzung - die nukleare , die baktereologische, die chemische und die konventionelle - des Meeresbodens und des Meeresuntergrundes jenseits der 12-Meilen-Zone der Hoheitsgewässer von Küstenstaaten verbieten sollte[308], einigte sich die SU mit den USA über einen gemeinsamen Entwurf zu einem Vertrag, der die Anbringung von Massenvernichtungsmitteln auf dem Meeresgrund verbieten sollte[309].

Außerdem bemühte sich die DDR, unterstützt von den übrigen Staaten des Warschauer Vertrages[310], den Verzicht beider deutscher Staaten auf Kernwaffen durchzusetzen. Sie bediente sich dabei zweier Methoden:

- Zuerst regte sie an, beide deutsche Staaten sollten einen völkerrechtlich verbindendlichen Verzicht auf Kernwaffen aussprechen, womit zur Beseitigung der Hindernisse für einen Kernwaffensperrvertrag und ein erster Schritt zur allgemeinen Abrüstung getan werde. Dieser Verzicht sollte unter folgenden Modalitäten ausgesprochen werden[311]:
  - Beide deutsche Staaten verzichten auf Kernwaffen.
  - Alle auf deutschem Territorium gelagerten Kernwaffen werden abgezogen.
  - Der 18-Mächte-Abrüstungsausschuß und die UN-Vollversammlung treten allen kernwaffenbesitzenden Staaten

gegenüber dafür ein, dem deutschen Volk feste und dauerhafte Garantien zu geben, daß deutsches Land, deutsche Städte und Dörfer niemals das Ziel von Kernwaffeneinsätzen sein werden.

- Später konzentrierte sich die DDR dann darauf, den Abschluß eines Kernwaffensperrvertrags zu fordern, der ihrer Ansicht nach denselben Zweck erfüllte,

  - eine atomare Ausrüstung der BRD zu verhindern,
  - die Gefahr eines Atomkrieges zu verhindern,
  - und einen ersten Schritt in Richtung allgemeine Abrüstung zu tun[312].

  Dabei ging es der DDR vor allem auch darum, in der Kontrollfrage die Zuständigkeit der IAEO auch für die BRD zu fordern[313] und, nach Abschluß des Kernwaffensperrvertrages, dem die DDR unverzüglich beigetreten war[314], sicherzustellen, daß auch die Bundesrepublik dem Vertrag beitrat[315].

b) 1.2 Andere Massenvernichtungsmittel

Nach der Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages richtete die SU an alle Staaten ein Memorandum, in welchem sie unter anderem forderte, die Anwendung von chemischen und bakteriologischen Waffen zu verbieten[316]. In seiner Botschaft an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom März 1969 wiederholte Kossygin diese Forderung[317], ebenso auch Breshnew auf der Moskauer Konferenz[318] und Gromyko in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet[319]. Am 19. September 1969 legte die SU, zusammen mit sechs weiteren Staaten, der UN-Vollversammlung einen Entwurf für ein Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von B- und C-Waffen vor[320], der auch die Vernichtung der Lagerbestände in einer noch zu vereinbarenden Frist vorsah[321].

b) 2. Andere Abrüstungsmaßnahmen

Die sozialistischen Staaten schlugen folgende Maßnahmen zur Abrüstung im Bereich der konventionellen Waffen vor:

- die Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung in Europa: Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien bis hinter ihre nationalen Grenzen (in Karlovy Vary nur noch: Abzug aller fremden Truppen vom Gebiet europäischer Staaten)[322], Liquidierung aller fremden Militärstützpunkte und Zonen der verdünnten oder eingefrorenen Rüstung[323],
- ausgewogene Verminderung der konventionellen Streitkräfte[324].

Außerdem unterstützten die Staaten des Warschauer Vertrages die Initiativen der DDR, die der BRD vorschlug, eine Vereinbarung über die Halbierung der Rüstungsetats der beiden deutschen Staaten zu treffen[325].

4. KAPITEL: DIE REGELUNG DER DEUTSCHEN FRAGE

Es sind zwei Elemente, die die Programmatik der sozialistischen Staaten zur Lösung der deutschen Frage kennzeichnen: die Frage der Wiedervereinigung und das Problem einer deutschen Friedensregelung[1].

A Die deutsche Friedensregelung

Weitgehend unproblematisch sind die Bedingungen, die die sozialistischen Staaten an eine deutsche Friedensregelung knüpfen:

- Die Anerkennung der bestehenden Grenzen wird gefordert, weil die sozialistischen Staaten die Grenzfrage in Europa als "endgültig und unwiderruflich gelöst" betrachten[2], wobei sie diese Ansicht mit folgenden Argumenten untermauern:

  - Die Grenzziehung in Europa wurde durch eine Reihe internationaler Verträge, insbesondere durch das Potsdamer Abkommen, völkerrechtlich gültig geregelt[3]. Als einer der Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, das die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet hat, gelten diese Verträge, da ein deutscher Friedensvertrag nicht besteht, auch für die BRD[4].

  - Die bestehenden Grenzen sind auch deswegen unerschütterlich, weil einige europäische Länder, auch die DDR und die BRD, bereits das dritte Jahrzehnt innerhalb ihrer Grenzen ihre staatlichen Angelegenheiten auf ihre Art regeln, und weil eine ganze Generation von Europäern, die unter friedlichen Verhältnissen herangewachsen sind, keine anderen als die neuen Grenzen kennt und diese mit dem Frieden identifiziert[5].

  - Das Potsdamer Abkommen war die "gerechte Sühne" für die Aggression, war das "Gericht der Völker" über die Aggressoren, und es stand daher auch nicht zur Debatte, ob es den deutschen Militaristen gefiel oder nicht, denn, wären diese gefragt worden, hätten sie nur das "Drehbuch" für einen neuen Krieg geschrieben[6].

- Polen stellt fest, Polen sei einst an Oder und Neiße gewesen und sei nach dem 2. Weltkrieg dorthin zurückgekehrt; außerdem sei über die Hälfte jener Polen, die in den polnischen Westgebieten leben, auch dort geboren[7].

- Die sozialistischen Staaten erklären zudem, die bedingungslose Kapitulation und das Potsdamer Abkommen bedeuteten eine angemessene Befriedigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse; ihre Sicherheit beruhe auf der Unantastbarkeit dieser Grenzen und der Existenz der DDR[8].

- Die Notwendigkeit, daß die BRD auf den Zugang zu Kernwaffen verzichtet, ergibt sich daraus, daß verhindert werden muß, daß der einzige europäische Staat, der eine Revision der europäischen Grenzen anstrebt, Kernwaffen erhält[9].

- Die Forderung nach der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten ergibt sich aus der Tatsache, daß zwei souveräne deutsche Staaten existieren[10].

- Die Forderung nach der gleichberechtigten Teilnahme beider deutscher Staaten an der europäischen Zusammenarbeit ergibt sich aus der Tatsache, daß zwei deutsche Staaten existieren, und aus der Maxime, "daß jeder europäische Staat berufen ist, die ihm gebührende Rolle in den internationalen Angelegenheiten zu spielen und gleichberechtigter Teilnehmer am Aufbau eines solchen Systems gegenseitiger Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten in Europa zu sein, in dem die Sicherheit jedes einzelnen gleichzeitig die Sicherheit aller wäre"[11].

Da die Bedingungen, die die sozialistischen Staaten an den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages knüpfen, integraler Bestandteil ihres europapolitischen Programms sind, und da die deutsche Friedensregelung nach Ansicht der sozialistischen Staaten den Interessen des Friedens in Europa entspricht[12], steht es eindeutig fest, daß die sozialistischen Staaten eine deutsche Friedensregelung unter den genannten Bedingungen als integralen Bestandteil der europäischen Sicherheit betrachten.

Weniger eindeutig dagegen ist, unter welchen Umständen die deutsche Friedensregelung erfolgen soll. Grundsätz-

lich denkbar sind folgende Modelle der Modalitäten einer deutschen Friedensregelung:

1. Die BRD trifft mit den sozialistischen Staaten Gewaltverzichtsvereinbarungen, in denen sie, implizit oder explizit, die Bedingungen akzeptiert, an welche die sozialistischen Staaten die deutsche Friedensregelung binden. Eine Friedensregelung bestünde damit zwar faktisch, ohne daß sie aber in Form eines Friedensvertrages fixiert worden wäre.

2. Die ehemaligen Kriegsgegner - auf deutscher Seite als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches die BRD, die DDR und dazu Westberlin[13] - schließen einen kollektiven Friedensvertrag.

3. Die ehemaligen Kriegsgegner, auf deutscher Seite die beiden deutschen Staaten und West-Berlin, schließen separate Friedensverträge miteinander ab.

4. Die ehemaligen Kriegsgegner, auf deutscher Seite die beiden deutschen Staaten und West-Berlin, schließen separate, aber inhaltlich gleichlautende Verträge miteinander ab.

Die optimalste Lösung für die sozialistischen Staaten wäre zweifelsohne die zweite, denn damit wäre die Theorie bestätigt, daß sich im Rahmen der deutschen Nation zwei beziehungsweise sogar drei Völkerrechtssubjekte herausgebildet haben, und die DDR wäre zumindest de facto anerkannt. Freilich setzt eine solche Regelung die Lösung einer Reihe schwierigster Fragen voraus, zum Beispiel: Ist West-Berlin ein selbständiges Subjekt des Völkerrechtes? Soll die besondere politische Einheit West-Berlin somit als dritter deutscher Staat neben die DDR und die BRD treten? Wenn West-Berlin kein selbständiges Völkerrechtssubjekt ist, wer vertritt es dann aussenpolitisch? Sind die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten völkerrechtlicher Art? Bedeutet die Unterschrift der DDR und der BRD unter einen Vertrag die de facto Anerkennung? All diesen Problemen kann man aus dem

Weg gehen, wenn man die erste oder die vierte Lösung anstrebt, in welcher man sich zwar auf gleiche Inhalte einigen kann, ohne aber gezwungen zu sein, sämtliche politischen und rechtlichen Standpunkte einander anzupassen und alle damit verbundenen Probleme zu klären.

Die sozialistischen Staaten haben bislang nicht erkennen lassen, für welche dieser Lösungen sie sich entschieden haben. Da sie sich in dieser Frage also nicht festgelegt haben, ist zu vermuten, daß sie nicht optimale Lösungen fordern, sondern pragmatisch und kompromißbereit vorzugehen gewillt sind.

B Die Vereinigung beider deutscher Staaten

1. Die Bedingungen für eine Vereinigung

Die Tatsache, daß durch die Vereinigung beider deutscher Staaten nach dem Willen der sozialistischen Staaten "ein wirklich friedliebender demokratischer Staat" entstehen soll[14], legt die Vermutung nahe, daß es für die sozialistischen Staaten nur eine Vereinigung beider deutscher Staaten auf sozialistischer Grundlage geben kann. Diese Vermutung wird durch folgende Überlegungen bestätigt:

- Wahrhaft friedliebend und demokratisch ist nur ein sozialistischer Staat, denn Kapitalismus und Imperialismus sind nach marxistisch-leninistischen Vorstellungen nur Synonyme für Aggressivität, Ausbeutung und Unterdrückung.

- Nach marxistisch-leninistischen Vorstellungen kann es unter der Herrschaft der Bourgeoisie keine Einheit der Nation geben, denn die Nation ist, solange der Kapitalismus herrscht, von Antagonismus der Klassen gespalten[15].

- Eine Vereinigung beider deutscher Staaten unter anderen als unter sozialistischen Vorzeichen würde bedeuten, den Sozialismus in der DDR zu vernichten. Da der Sozialismus aber die höhere, fortgeschrittenere Gesellschaftsordnung darstellt und da die DDR somit die Zukunft des deutschen Volkes verkörpert[16], ist ein solcher Vorgang für jeden sozialistischen Staat völlig undenkbar. Ulbricht erklärte denn auch auf dem VII. Parteitag der SED, eine Vereinigung der sozialistischen DDR mit einem imperialistischen Westdeutschland könne es nicht geben, weil es "für die DDR und ihre freien, selbstbewußten Bürger ... keine Rückkehr zum Kapitalismus, keine Unterwerfung unter kapitalistische Knechtschaft und Ausbeutung, keine Rückkehr ins Mittelalter der gesellschaftlichen Entwicklung geben kann", weil ein unter imperialistischen Vorzeichen vereintes Deutschland zudem eine tödliche Gefahr für alle Deutschen und für alle Staaten und Völker Europas wäre[17].

Daraus ergibt sich: für die sozialistischen Staaten ist eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur unter sozialistischen Vorzeichen möglich, weil nur dadurch dem gesellschaftlichen Fortschritt und der europäischen Sicherheit Rechnung getragen wird, denn die DDR verkörpert nicht nur die sozialistische Zukunft Deutschlands, sondern sie ist auch ein bedeutender Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa; sie bildet eine Barriere gegen die aggressiven Pläne des Imperialismus[18].

2. Der Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten

a) Das Mandat der DDR zur Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

Der Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten führt, so stellte die Bukarester Deklaration fest, "über die Entspannung, über die allmähliche Annäherung zwischen den beiden souveränen deutschen Staaten und über Abmachungen zwischen ihnen, über Abrüstungsvereinbarungen in Deutschland und in Europa"[19]. Aus dieser Beschreibung des Weges zur Vereinigung beider deutscher Staaten wird zweierlei deutlich:

- Die sozialistischen Staaten koppeln die Vereinigung beider deutscher Staaten an den europäischen Entspannungsprozeß, das heißt, eine Vereinigung setzt die Verwirklichung des sozialistischen Europaprogramms voraus.

- Was jedoch den eigentlichen Vereinigungsprozeß angeht, so ist dieser nach Ansicht der sozialistischen Staaten allein Sache der beiden deutschen Staaten, allerdings nur im Rahmen der Europapolitik der sozialistischen Staaten. Die SU stellt ausdrücklich fest, der Schlüssel zur Lösung des nationalen Problems liege allein in den Händen der beiden deutschen Staaten[20]. Das Mandat, das die sozialistischen Staaten damit der DDR übertragen, zusammen mit der BRD die gegenseitigen Beziehungen zu regeln, fand in der Bukarester Deklaration eine konkrete Bestätigung: die Unterzeichnerstaaten der Deklaration sanktionierten die Initiativen der DDR zur Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten ausdrücklich, als sie feststellten, sie unterstützten die Vorschläge der DDR, die der BRD einen beiderseitigen Verzicht auf Kernwaffen, die Reduzierung der Armeen beider deutscher Staaten, einen gegenseitigen Gewaltverzicht und die Aufnahme von Verhandlungen zur Lösung der herangereiften nationalen Fragen angeboten hatte[21].

Da auf sozialistischer Seite somit die DDR das Mandat hat, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu regeln, müssen, soll der Weg, den die sozialistischen Staaten zur Vereinigung beider deutscher Staaten einzuschlagen beabsichtigen, konkretisiert werden, die Vorstellungen der DDR analysiert werden[22].

b) Das Programm der DDR über den Weg zur Vereinigung beider deutscher Staaten

(1) Die Grundlagen des Programms

(a) Die Analyse der Lage durch die DDR und die allgemeine Zielsetzung des Programms

Die DDR geht bei der Formulierung ihres Programms zur Vereinigung beider deutscher Staaten von folgender Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation aus:

- Im Rahmen der deutschen Nation haben sich zwei Subjekte des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechtes herausgebildet, die sozialistische DDR und das imperialistische Westdeutschland, zu denen noch West-Berlin hinzukommt[23]. Ulbricht sprach sogar einmal von drei Subjekten des Selbstbestimmungsrechtes der deutschen Nation[24].

- Da die DDR, die BRD und West-Berlin noch für "einen längeren, heute nicht fixierbaren Zeitraum"[25], nebeneinander leben werden, müssen die Beziehungen zwischen ihnen den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entsprechend geregelt werden[26], mit dem Ziel, "die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus" herbeizuführen[27].

(b) Allgemeine Charakterisierung des Programms

Die Vereinigung beider deutscher Staaten auf der Grundlage des Sozialismus und der Demokratie wird, so die DDR, auf dem "Wege einer demokratischen Umgestaltung Westdeutschlands"[28] erfolgen; der Sozialismus und die Demokratie werden die BRD und West-Berlin nicht aussparen[29]; es wird daher die Zeit kommen, da es zwei deutsche fortschrittliche, antinazistische und antiimperialistische Staaten geben wird, jeder von ihnen unter der Führung der mit den Bauern, den Intellektuellen und allen friedliebenden Bürgern verbundenen Arbeiterklasse, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis sich die beiden deutschen Staaten über den Weg eines friedliebenden, fortschrittlichen deutschen Staates einigen werden[30].

Diesen Vorstellungen entspricht ein drei-Stufen-Programm der DDR zur Vereinigung beider deutscher Staaten und West-Berlins, das folgende Phasen aufweist:

- In der ersten Etappe sollen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und West-Berlin normalisiert werden.

- In der zweiten Etappe soll eine engere Bindung zwischen der BRD, der DDR und West-Berlin, etwa in Form einer Konföderation, herbeigeführt werden.

- In der dritten Etappe schließlich sollen die beiden deutschen Staaten und West-Berlin vereinigt werden.

(2) Das Programm zur Vereinigung

(a) Die Phase der Normalisierung der Beziehungen

a) 1. Die Normalisierung der Beziehungen: die völkerrechtliche Natur der Beziehungen und der Gegenstand der Normalisierung

Die erste Etappe des Weges zu einer engeren Bindung zwischen den beiden deutschen Staaten und West-Berlin besteht in der Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen drei Subjekten des Selbstbestimmungsrechts der deutschen Nation[31]. Dazu bedarf es der Regelung der Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung und der völligen Gleichberechtigung[32]; die BRD muß daher auf völkerrechtwidrige und ohnehin nicht realisierbare Vorbedingungen wie die Alleinvertretungsanmaßung, die Nichtanerkennung der Grenzen, das Streben nach Kernwaffen, die staatlichen Ansprüche auf Westberlin und die Weigerung, das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig zu betrachten, verzichten[33]. Es gibt für die DDR nur einen Weg, die Beziehungen zur BRD und zu West-Berlin zu regeln: durch gleichberechtigte Verhandlungen der real bestehenden zwei deutschen Staaten erzielte vertragliche, völkerrechtlich gültige Vereinbarungen[34].

Der Katalog der Probleme, welche auf diese Weise geregelt werden sollen, wurde von der DDR variiert; es lassen sich jedoch drei Kategorien unterscheiden:

- In dem von Stoph im September 1967 vorgelegten "Entwurf eines Vertrages über die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland" wurden folgende Forderungen gestellt:

  1. Die beiden deutschen Staaten treffen eine Vereinbarung über Gewaltverzicht.

  2. Die Regierung der DDR und die der BRD verpflichten sich, den gegenseitigen Beziehungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zugrundezulegen.

  3. Anerkennung der in Europa bestehenden Grenzen, einschließlich der Grenzen an Oder und Neiße und denen zwischen der BRD und der DDR,

  4. Anerkennung West-Berlins als besondere politische Einheit,

  5. Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an,

  6. Verzicht beider deutschen Staaten auf Kernwaffen, und auf die Lagerung von Kernwaffen auf ihrem Territorium[35].

  Bei diesen Forderungen, die direkt Eingang in den Textentwurf Stophs fanden, dürfte es sich demnach um die Kernforderungen der DDR handeln.

- Nur in dem Begleitschreiben Stophs zum Vertragsentwurf wurden folgende Themen möglicher Verinbarungen genannt[36]:

  7. normale Beziehungen beider deutscher Staaten zu allen Staaten Europas und diplomatische Beziehungen aller europäischen Staaten zu den beiden deutschen Staaten,

  8. Bereitschaft beider deutscher Staaten an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa,

  9. Herabsetzung der Rüstungslasten beider deutscher Staaten um die Hälfte.

- Weder das Begleitschreiben Stophs noch der Vertragsentwurf selbst nannten folgende Forderungen:

  10. Die BRD muß ihre Schulden an die DDR zahlen, bevor über die Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verhandelt werden kann[37].

  11. Beide deutsche Staaten müssen neutral werden[38].

a) 2. Normalisierung der Beziehungen: Sonderprobleme

a) 2.1 Diplomatische Beziehungen

Zwar sprach Norden einmal von der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der DDR[39], doch ist dies keineswegs die in der DDR übliche Forderung zur Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Üblich ist vielmehr folgende Charakterisierung: die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten können nur völkerrechtlicher Natur sein[40], denn zwischen der souveränen DDR und der ebenfalls mehr oder weniger souveränen BRD kann es, wie zwischen allen souveränen Staaten, nur völkerrechtliche Beziehungen geben[41].

Fordert die SED die Anerkennung der DDR von der BRD, so verwendet sie mit dem Begriff der Anerkennung einen Terminus völkerrechtlicher Natur, dessen Inhalt in der Bereitschaft des anerkennenden Staates besteht, auf der Grundlage souveräner Gleichheit mit dem anzuerkennenden Staat eine bestimmte Art von zwischenstaatlichen Beziehungen aufzunehmen[42], die nicht notwendigerweise diplomatische Beziehungen sein müssen[43].

Zwei Indizien scheinen daraufhinzudeuten, daß die DDR nicht unbedingt darauf besteht, diplomatische Beziehungen zur BRD herzustellen:

- Der Vertragsentwurf Stophs, keineswegs als Minimalprogramm von Forderungen konzipiert, vermied es, die DDR in der Frage der Art der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen DDR und BRD festzulegen. Er begnügte sich mit der Feststellung, daß zur Aufnahme und Pflege normaler Beziehungen zwischen der BRD und der DDR solche direkten Kontakte hergestellt werden sollen, wie sie zwischen Staaten üblich sind[44].

- Im August 1968 schlug Ulbricht der Bundesregierung vor, bevollmächtigte Missionen auszutauschen[45], die zu ständigen Einrichtungen hätten werden können[46].

Da sich die DDR in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht festgelegt hat, da sie aber auch keinen Zweifel daran aufkommen ließ, daß sie auf völkerrechtlichen Beziehungen besteht, und daß sie Beziehungen wünscht, wie sie zwischen souveränen Staaten allgemein üblich sind, und da diplomatische Beziehungen die allgemein üblichen Beziehungen zwischen souveränen Staaten sind, die sich gegenseitig anerkennen, ist sicherlich anzunehmen, daß die DDR bestrebt ist, diplomatische Beziehungen zur BRD herzustellen. Daß sie diese Forderung, sieht man einmal von der Stellungnahme Nordens ab, niemals explizit formulierte, mag seine Ursache darin haben, daß sie die BRD erst einmal an den Verhandlungstisch bringen will, um sie dann dort erst mit dem ganzen Katalog ihrer Forderungen zu konfrontieren. Möglich ist auch, daß die DDR bereit ist, faktisch bestehende diplomatische Beziehungen nicht als solche zu bezeichnen und nur auf dem völkerrechtlichen Charakter dieser Beziehungen zu bestehen.

a) 2.2 Westberlin

a) 2.2.1 Der Status von Westberlin

Die DDR charakterisiert den Status von Gesamtberlin beziehungsweise von Westberlin folgendermaßen[47]:

- Nach der Zerschlagung des faschistischen Deutschland wurde das gesamte Territorium Berlins Bestandteil der sowjetischen Besatzungszone. Die Westmächte erhielten lediglich das Recht auf Beteiligung an der Besetzung und auf Mitwirkung an der gemeinsamen Verwaltung Berlins.

- Mit der Spaltungspolitik der Westmächte in Deutschland und in Berlin wurde das System der Viermächteverwaltung Berlins zerstört. Es gibt also keinen Viermächtestatus von Berlin mehr: Die Westmächte haben ihr Recht auf Teilnahme an der Verwaltung Berlins verwirkt[48].

- Die DDR trat mit der zwischen ihr und der SU vereinbarten Aufhebung des Besatzungsregimes in die Hoheitsrechte der SU in ihrer ehemaligen Besatzungszone ein, das heißt, Westberlin liegt auf dem Territoirum der DDR und gehört rechtens zur DDR[49].

- Ungeachtet dieser rechtlichen Situation befindet sich Westberlin infolge der Spaltungspolitik der Westmächte in einer besonderen Lage, denn es ist noch immer einem Besatzungsregime unterworfen[50]. Obwohl die Abspaltung Westberlins für sie rechtswidrig ist, kamen die SU und die DDR dennoch überein, Westberlin als selbständige politische Einheit zu betrachten[51].

Die Haltung der DDR in der Frage des Status von Westberlin war somit nicht eindeutig: Einerseits hielt sie an ihrem Rechtsanspruch auf Westberlin fest, andererseits betrachtete sie Westberlin als selbständige politische Einheit, offenbar weil es unter einem Besatzungsregime steht, und sah in ihm dennoch ein mehr oder weniger unabhängiges - selbständiges - Völkerrechtssubjekt.

a) 2.2.2 Die Normalisierung der Beziehungen West-Berlin - DDR

Die DDR richtete an den West-Berliner Senat folgende Vorschläge, um die Beziehungen zwischen der DDR und West-Berlin zu normalisieren[52]:

- Gibt der Senat seine Position als Erfüllungsgehilfe der Bonner Politik auf, verzichtet er auf alle Provokationen und tritt er in gleichberechtigte Verhandlungen mit der DDR ein,

- so ist die DDR, im Einverständnis mit der SU bereit, West-Berlin vertraglich einen Status als besondere politische Einheit zuzugestehen, dieser Einheit aufgrund

entsprechender Verträge die Benutzung der Transitwege der DDR zu gestatten, und, im Einverständnis mit der SU, mit Großbritannien, Frankreich und den USA ordentliche staatliche Verträge über den zivilen Flugverkehr und den Eisenbahnverkehr von und nach West-Berlin abzuschließen.

Aus diesen Vorschlägen geht deutlich hervor, daß die DDR bestrebt war, für den Verzicht auf ihre Rechtsansprüche auf West-Berlin einen dritten deutschen Staat minderen Rechts zu etablieren, der unter Besatzungsstatut steht, nicht zur BRD und nicht zur DDR gehört und eine selbständige Außen- und Innenpolitik betreibt (soweit dies die Westmächte zulassen).

a) 2.3 Ergebnis

Aus dem Programm der DDR zur Normalisierung der Beziehungen zwischen DDR, BRD und West-Berlin geht deutlich hervor, daß sie die Politik der kleinen Schritte in der Regelung der menschlichen Beziehungen ablehnt, denn für sie setzen normale menschliche Beziehungen normale Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten voraus[53]. Dasselbe gilt auch für die Wirtschaftsbeziehungen: Normale Wirtschaftsbeziehungen setzen eine Änderung der Bonner Politik gegenüber der DDR voraus, denn die Alleinvertretungsanmaßung kann keine Plattform für normalen Handel zwischen der DDR und der BRD sein[54].

(b) Die zweite Phase: die Annäherung beider deutscher Staaten

Bevor Verhandlungen über die friedliche Lösung der nationalen Frage eingeleitet werden können, will die DDR die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten normalisiert, die Vereinbarungen über Abrüstung durchgeführt, ein Abkom-

men über europäische Sicherheit abgeschlossen und Militarismus, Neonazismus und die Macht der Monopole in Westdeutschland überwunden wissen[55].

Neben der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der Realisierung des Programms der sozialistischen Staaten zur europäischen Sicherheit[56] setzt die Einleitung der zweiten Etappe in den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD somit die "demokratische Umgestaltung" Westdeutschlands voraus[57].

b) 1. Die demokratische Umgestaltung der BRD

Demokratischer Fortschritt kann nach Ansicht der DDR in der BRD nur zum Inhalt haben, soziale Sicherheit und Demokratie für die Mehrheit des Volkes durchzusetzen; dies bedeutet konkret[58]:

- Der Grundsatz, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, muß verwirklicht werden. Dies erfordert vor allem die Befreiung aus den Fesseln des Großkapitals[59], wofür die DDR folgende Vorschläge machte:
  - Mitbestimmung und Kontrolle der Wirtschaft durch die Gewerkschaften[60],
  - Veränderung der Machtverhältnisse in der Großindustrie[61],
  - Planung des Wirtschaftslebens unter aktiver Teilnahme der werktätigen Bevölkerung[62],
  - Beendigung der wirtschaftlichen Überfremdung, staatliche Kontrolle der ausländischen Kapitalanlagen[63],
  - Anwendung des Art. 14 GG, Enteignung[64].
- Die Sozialstaatsklausel des Art. 20 Abs. 1 GG muß verwirklicht werden. Dies erfordert die Eindämmung des uferlosen Profitstrebens der Monopole, die Umverteilung des Volksvermögens und die Kürzung der Rüstung[65].

- Den Art. 1 und 2 des GG muß materieller Inhalt verliehen werden. Dies erfordert unter anderem die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen und eine demokratische Bildungsreform[66].

- Ferner gilt es, das Recht auf ein Leben frei von Militarismus und Nazismus durchzusetzen, was ein Verbot der neonazistischen Organisationen, die Aufhebung der Verjährungsfrist für Naziverbrechen und die Verhinderung der weiteren Militarisierung durch Grenzforderungen und Notstandsgesetze erfordert[67].

Das Ziel all dieser von der DDR vorgeschlagenen Maßnahmen zur demokratischen Umgestaltung Westdeutschlands ist nicht nur die Verteidigung schwindender demokratischer Rechte, sondern vor allem die Absicht, dem arbeitenden Volk Einfluß und Geltung in Wirtschaft, Staat und Politik zu verschaffen[68], denn der Weg zur späteren Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird nur geebnet, wenn der westdeutsche Staat auf jede Revanchepolitik und auf die Alleinvertretungsanmaßung verzichtet, den status quo anerkennt und die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland den notwendigen Einfluß errungen haben[69].

b) 2. Die Konföderation

Für die zweite Phase der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und West-Berlin - die Annäherung der beiden deutschen Staaten - entwickelte Ulbricht Pläne für eine Konföderation[70]:

- Mitglieder der Konföderation sind die DDR, die BRD, und auch West-Berlin kann Teil der Konföderation werden.

- Während der Zeit der Konföderation muß jede Seite alle Hetze unterbinden, das heißt, die Bundesregierung muß das Meinungsmonopol Springers beseitigen.

- Die Konföderation bedeutet:

  · Intensivierung des Handels durch Anschluß der BRD an die sozialistischen Märkte,

- Erweiterung und Normalisierung des Reiseverkehrs und
- Anpassung der Sicherheitsvorkehrungen an den Grenzen an das friedliche Nebeneinander beider deutscher Staaten.

Diese Vorschläge sind kaum geeignet, die Vorstellungen der DDR von der Konföderation der beiden deutschen Staaten und West-Berlins zu verdeutlichen; sie waren wohl auch eher dazu gedacht, der Bundesregierung die Politik der DDR attraktiver zu gestalten, denn sie scheinen genau das, was diese unter den "kleinen Schritten" versteht, zum Inhalt zu haben.

3. Das Interesse der sozialistischen Staaten an einer Regelung der deutschen Frage

a) Das Interesse an einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten

Es gibt zahlreiche Indizien dafür, daß die sozialistischen Staaten die Vereinigung beider deutscher Staaten nicht wie die deutsche Friedensregelung beziehungsweise die Bedingungen, die sie an eine solche Regelung knüpfen, als integralen Bestandteil der europäischen Sicherheit betrachten, daß sie nicht wirklich an einer Vereinigung interessiert sind:

- Außer in der Bukarester Erklärung wurde das Problem der Vereinigung beider deutscher Staaten in keinem anderen kollektiven Beschluß der sozialistischen Staaten oder der kommunistischen und Arbeiterparteien erwähnt - weder in der Erklärung von Karlovy Vary, noch im Budapester Appell, noch auch im Hauptdokument der Moskauer Konferenz. Selbst in der Bukarester Deklaration wurde das Problem nur beiläufig erwähnt ("Was die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten betrifft ...") - und der Weg zu einer Vereinigung nur undeutlich als "Annäherung" und als "Abmachungen" zwischen beiden deutschen Staaten beschrieben, was lediglich heißt, daß

auf sozialistischer Seite die DDR für die Regelung der Vereinigungsfrage zuständig ist; im übrigen wird nur darauf verwiesen, daß sich die Vereinigung im Rahmen der sozialistischen Europapolitik und auf sozialistischer Grundlage zu vollziehen hat[71]. Aus dieser deutlich erkennbaren Zurückhaltung der sozialistischen Staaten kann nur geschlossen werden, daß sie an der Vereinigung nicht interessiert sind, denn sonst würden sie sich intensiver mit diesem Problem auseinandersetzen.

- Ist die erste Bedingung, die Vereinigung könne sich nur im Rahmen der sozialistischen Europapolitik vollziehen, angesichts des umfassenden europapolitischen Programms der sozialistischen Staaten noch so konkret, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten vorstellbar und in absehbarer Zukunft, so sich der Entspannungstrend fortsetzt, auch erreichbar erscheint, so wird die Vereinigung durch die zweite Bedingung, Vereinigung nur unter sozialistischen Vorzeichen, in eine ferne Zukunft vertagt. Folgende Überlegungen bestätigen dies:

  - Zwar sehen die sozialistischen Staaten in der BRD Kräfte wirken, die sich dem aggressiven offiziellen Kurs entgegenstellen, doch sie räumen diesen Kräften angesichts der Formierung des westdeutschen Notstandsregimes wenig Chancen ein, sich durchzusetzen[72]. Daraus ergibt sich: Die Analyse der inneren Entwicklung in der BRD, die die sozialistischen Staaten vornehmen, erbringt keinerlei Hinweise darauf, daß sie mit einer sozialistischen oder demokratischen Umgestaltung Westdeutschlands rechnen.

  - Auch die außenpolitischen Bedingungen, denen die BRD unterworfen ist, der antisozialistische Kurs der Bundesregierung, ihr Bündnis mit dem aggressiven US-Imperialismus und ihre Hegemoniebestrebungen in Europa[73] lassen eine sozialistische Orientierung der BRD nicht zu.

  Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird somit zwar als verwirklichenswert ausgegeben, aber, der Analyse entsprechend, der die sozialistischen Staaten die gegenwärtigen Bedingungen westdeutscher Politik unterwerfen, als Möglichkeit so dargestellt, daß jeder Bezug zur gegenwärtigen Realität verlorengeht und die Vereinigung zur reinen Utopie wird.

- Auch die Vorstellungen, die die einzelnen sozialistischen Staaten zum Problem der Vereinigung beider deutscher Staaten entwickelten, gingen nicht über das hinaus, was bereits in der Bukarester Deklaration gesagt wurde.

- Ungarn und Bulgarien widmeten der Frage der Vereinigung keinerlei Aufmerksamkeit.

- Rumänien, das doch sehr umfassende Vorstellungen von der Rolle der Nation entwickelt hat, und das somit für das nationale Anliegen der Deutschen Verständnis haben müßte, ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß es die Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten nicht unter nationalen Aspekten betrachtet, sondern nur unter dem Aspekt der europäischen Sicherheit[74].

- Die SU, Polen und die CSSR gingen über das, was in der Bukarester Erklärung gesagt wurde, nicht hinaus, womit auch bei diesen Staaten nicht mehr von Interesse an der Vereinigung beider deutscher Staaten die Rede sein kann. Hinzu kommt, daß sie nur in ihren Antwortschreiben auf die Erhardt'sche "Friedensnote" zum Problem der Vereinigung offiziell Stellung nahmen[75]. Danach taucht das Problem der Vereinigung beider deutscher Staaten in den offiziellen Dokumenten dieser Staaten nicht mehr auf - außer in den Präambeln ihrer Verträge mit der DDR, die eine verkürzte Version der Bukarester Erklärung darstellen[76].

- Selbst die DDR widmete der Vereinigung beider deutscher Staaten immer weniger Aufmerksamkeit und konzentrierte sich auf ihre Bemühungen, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und West-Berlin zu normalisieren, was darin zum Ausdruck kommt, daß sie die Konföderationspläne vage und konturenlos ließ, weil, so rechtfertigte sie sich, die Konföderation die demokratische Umgestaltung Westdeutschlands voraussetzt und weil diese Umgestaltung durch die Formierung der Herrschaft der Rüstungsmonopole und des Militarismus sowie durch die Legalisierung des Neonazismus in weite Ferne gerückt ist.

Dieses Desinteresse der sozialistischen Staaten an der Vereinigung beider deutscher Staaten wirft folgende Fragen auf:

1. Warum setzen sich die sozialistischen Staaten mit diesem Problem auseinander, wenn sie doch offensichtlich an einer Lösung nicht unmittelbar interessiert sind?

2. Welche Ursachen liegen dem Desinteresse der sozialistischen Staaten an der Vereinigung beider deutscher Staaten zugrunde?

zu 1.:

Die Tatsache, daß sich die sozialistischen Staaten, obwohl sie an einer Vereinigung beider deutscher Staaten offenbar doch nicht interessiert sind, für diese Vereinigung, auf sozialistischer Grundlage, einsetzten, beruht zum einen auf der Haltung, die der Marxismus-Leninismus gegenüber der nationalen Frage einnimmt, und zum anderen auf der Berücksichtigung der Wünsche und der Vorstellungen der DDR.

- Die DDR ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß die "Überwindung der Spaltung Deutschlands" ein "nationales Anliegen" der DDR ist[78]. Diese Forderung entspricht der Auffassung der DDR, daß sie selbst die Zukunft und die Lebensinteressen des deutschen Volkes verkörpert, weil sie dem imperialistischen Westdeutschland um eine ganze historische Epoche voraus ist[79].

  Es ist also nicht nur die BRD, die das Problem der Vereinigung beider deutscher Staaten ständig auf die europäische Tagesordnung setzt, sondern auch die DDR tut dies, und damit ist es den sozialistischen Bündnispartnern nicht mehr möglich, dieses Problem einfach zu ignorieren.

- Der Marxismus-Leninismus lehrt, "daß die Nation ... eine historisch gewordene Gemeinschaft von Menschen (ist), entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des wirtschaftlichen Lebens und einiger gemeinsamer Züge der nationalen Psychologie ..."[80], die im Sozialismus als sozialistische Nation vollendet wird und im Kommunismus untergeht, da sich die nationalen Unterschiede verwischen. Ursache des Entstehens, der Vollendung und schließlich des Untergangs der Nationen ist also die Veränderung der Produktionsweise[81], das heißt, die

nationalen Fragen sind für den Marxismus-Leninismus Klassenfragen. Im Kapitalismus gibt es keine Einheit der Nation, denn sie ist immer vom Antagonismus der Klassen gespalten[82], während die sozialistischen Produktionsverhältnisse erst die Nationalstaaten und die nationalen Kulturen aufblühen lassen[83].

Aus dieser grundlegenden Haltung des Marxismus-Leninismus gegenüber dem Begriff der Nation ergibt sich für die sozialistischen Staaten Folgendes:

- Nationale Fragen können nicht ignoriert werden, denn durch die These des Marxismus-Leninismus, die Nation vollende sich im Sozialismus, werden die sozialistischen Staaten, die ja den Anspruch erheben, ihre Politik werde vom Marxismus-Leninismus bestimmt, zu Anwälten progressiver, das heißt sozialistischer Lösungen nationaler Probleme. Mit anderen Worten: Die Vereinigung beider deutscher Staaten auf sozialistischer Grundlage zu fordern, ist Pflicht aller sozialistischer Staaten.

- Die sozialistischen Staaten sind auch genötigt, Fragen wie die nach dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu beantworten, denn sie sind ja konsequente Verfechter des Anspruchs der Nationen darauf, sich im Laufe ihrer Geschichte fortzuentwickeln und sich im Sozialismus zu vollenden. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen muß daher auch an dem Kriterium gemessen werden, ob diese Verwirklichung auch dem Fortschritt der Nation dient. Eine progressive Funktion kann das Selbstbestimmungsrecht der Nationen somit unter den gegenwärtigen Bedingungen des internationalen Systems nur in der nationalen Befreiungsbewegung und dort haben, wo kapitalistische Staaten zum Sozialismus übergehen.

Daraus ergibt sich auch hier: Nationale Fragen wie die deutsche können nur so gelöst werden, daß sie dem historischen Fortschritt dienen; somit besteht also nur ein Anspruch auf die Vereinigung beider deutscher Staaten, wenn diese Vereinigung unter sozialistischen Vorzeichen stattfindet.

Die Forderung nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten auf sozialistischer Grundlage zu stellen, heißt für die sozialistischen Staaten somit nicht nur, daß sie ihre Pflichten gegenüber ihrem sozialistischen deutschen

Bündnispartner, der DDR, erfüllen, sondern es heißt auch, daß sie ihre Politik den Prinzipien des Marxismus-Leninismus entsprechend gestalten.

zu 2.:

Die Frage nach den Ursachen des Desinteresses der sozialistischen Staaten an einer Vereinigung beider deutscher Staaten kann auf zweierlei Weise beantwortet werden:

- Sucht man die Ursachen in der Politik der Bundesregierung, so kann man, wie die DDR, zu dem Ergebnis kommen, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten gegenwärtig nicht zu erreichen ist, da die demokratische Umgestaltung Westdeutschlands, die die Voraussetzung einer Vereinigung ist, durch die Formierung der Herrschaft der Monopole in weite Ferne gerückt worden ist[84], mit anderen Worten: Das Desinteresse der sozialistischen Staaten an einer Vereinigung beider deutscher Staaten könnte darin begründet liegen, daß sie in Westdeutschland keine konkreten Ansatzpunkte für eine Vereinigungspolitik sehen und daß sie sich daher, wie die DDR, auf den ersten Schritt zu einer Vereinigung, auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD, der DDR und West-Berlin konzentrieren.

- Die Ursachen des Desinteresses der sozialistischen Staaten können aber auch in den innersozialistischen Bedingungen zu finden sein:

  · Die Tatsache, daß ein vereintes sozialistisches Deutschland einen Machtfaktor darstellen würde, der die bestehenden Machtverhältnisse im sozialistischen Lager nachhaltig zu verändern in der Lage wäre, ist geeignet, die Zurückhaltung in der Frage der Vereinigung beider deutscher Staaten bis zu einem gewissen Grade zu erklären, doch da die Aussichten, daß ein solches Deutschland entsteht, äußerst gering sind, besteht für die sozialistischen Staaten kaum ein Anlaß, gegen die Forderung nach einer Vereinigung beider deutscher Staaten zu opponieren, zumal dies den Interessen der DDR und den Prinzipien des Marxismus-Leninismus zuwiderliefe, es besteht aber wohl ein Anlaß, die Vereinigung beider deutscher Staaten nicht aktiv zu betreiben.

- Wenn ein sozialistisches Westdeutschland entstünde, so würde es sich möglicherweise nicht um einen Sozialismus nach sowjetischem Vorbild handeln, denn der Druck der SU, dem die DDR seit ihrer Gründung ausgesetzt war, bestünde in Westdeutschland nicht, so daß die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich auf deutschem Boden zwei alternative Modelle des Sozialismus herausbilden würden, was eine Vereinigung beider deutscher Staaten ebenso sicher verhindern würde wie die Tatsache der Existenz zweier Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden - zumindest solange, wie die SU den Anspruch erhebt (und ihn durchsetzt), das einzig richtige Modell des Sozialismus verwirklicht zu haben.

  Da es sich jedoch auch hier nur um Möglichkeiten handelt, die unter den gegenwärtigen und den vorstellbaren künftigen Bedingungen in Europa und in Deutschland wohl kaum zu verwirklichen sind, dürften diese Möglichkeiten den sozialistischen Staaten allenfalls Zurückhaltung in ihren Aktivitäten für eine Vereinigung beider deutscher Staaten auferlegen.

b) Das Interesse an der Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR, der BRD und West-Berlin

Während die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR, der BRD und West-Berlin integraler Bestandteil der Europa- und Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten ist und die Vereinigung beider deutscher Staaten zwar als Ziel propagiert, aber nicht ernsthaft verfolgt wird, gibt es außer den Konföderationsplänen der DDR keine Anzeichen dafür, daß die sozialistischen Staaten zwischen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR, der BRD und West-Berlin und der Vereinigung beider deutscher Staaten auf sozialistischer Grundlage eine Phase einschalten wollen, die mehr als Normalisierung und weniger als Vereinigung ist. In diesem Kontext kommt den Konföderationsplänen der DDR große Bedeutung zu, und es ist daher zu fragen, warum die DDR auf ihre Konföderations-

pläne verzichtete, warum sie sie, kaum waren sie formuliert worden, wieder aufgab[85].

Grundsätzlich bestehen drei Möglichkeiten, warum die DDR ihre Konföderationspläne aufgegeben haben könnte:

1. Die DDR gab sie auf, weil sie wirklich davon überzeugt war, daß die BRD noch nicht reif war für eine Konföderation, weil sie weder den Alleinvertretungsanspruch aufgab, noch die Gleichberechtigung beider deutscher Staaten anerkannte[86].

2. Die DDR gab die Konföderationspläne auf, weil diese Pläne in der SED umstritten waren.

3. Die DDR gab diese Pläne auf, weil sie nicht mit den Absichten der anderen sozialistischen Staaten übereinstimmten.

zu 1.:

In der Zeitspanne zwischen der Formulierung der Konföderationspläne und ihrer Aufgabe, das heißt vom April bis Juli 1966, ereignete sich in der BRD nichts, was die Aufgabe der Konföderationspläne gerechtfertigt hätte, das heißt, die DDR wußte bereits zu dem Zeitpunkt, zu dem sie die Pläne formulierte, daß die BRD nicht bereit war, auf diese Pläne einzugehen, weil sie die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der BRD und die Anerkennung der Gleichberechtigung der DDR einschlossen. Der Versuch, die Vertagung und schließliche Aufgabe der Konföderationspläne mit der mangelnden Konföderationsfähigkeit der BRD zu begründen, stellt sich somit entweder

als Konsequenz der Bemühungen, die wahren Gründe für die Aufgabe der Konföderationspläne zu verschleiern, oder als propagandistischer Trick dar, um zu beweisen, daß die BRD nicht bereit war, auf die friedlichen Absichten der DDR einzugehen. Gegen die Vermutung, diese Pläne seien nur Propaganda gewesen, spricht freilich der Gehalt dieser Vorschläge, die zwar konturenlos und vage waren, aber doch erkennen ließen, daß sie sich an den Vorschlägen der BRD, den sogenannten "kleinen Schritten", orientierten, und die damit geeignet waren, Interesse in der BRD zu wecken.

zu 2.:

Die Frage, ob für die Aufgabe der Konföderationspläne innerparteiliche Auseinandersetzungen in der SED verantwortlich zu machen sind, kann vernachlässigt werden, denn selbst wenn dies der Fall gewesen sein sollte, ist nur schwer vorstellbar, daß sich ein Flügel der SED, der die Konföderationspläne ablehnte, gegen Ulbricht, der die Pläne lancierte, und gegen die Haltung der übrigen sozialistischen Staaten durchgesetzt hat; es ist somit auf jeden Fall notwendig, die Haltung der anderen sozialistischen Staaten zu Ulbrichts Konföderationsplänen zu prüfen, denn sie dürfte auch für die innerparteiliche Auseinandersetzung in der SED, falls es sie tatsächlich gab, ausschlaggebend gewesen sein.

zu 3.:

Zur Klärung der Haltung, die die SU und die übrigen sozialistischen Staaten gegenüber Ulbrichts Konföderationsplänen einnahmen, ist zunächst wichtig festzustellen, daß die Bukarester Deklaration die Konföderationspläne der

DDR nicht erwähnte, daß sie aber von einer "Annäherung" und von "Absprachen" zwischen beiden deutschen Staaten sprach[87], was eine Konföderation zunächst nicht ausschließt, daß sie außerdem die Konföderationspläne, die Ulbricht doch gerade eben erst entwickelt hatte, nicht unter jene Initiativen der DDR einreihte, die die Unterzeichnerstaaten der Deklaration ausdrücklich guthießen[88].

Die Bukarester Deklaration ist somit in diesem Punkt nicht eindeutig, denn sie enthält Indizien für beide Möglichkeiten, daß die sozialistischen Staaten für und daß sie auch gegen die Konföderation sein könnten. Aus dieser Zweideutigkeit ist aber immerhin Zurückhaltung abzuleiten, die freilich auch aus der Tatsache resultieren kann, daß die DDR der BRD zu diesem Zeitpunkt bereits die Konföderationsfähigkeit abgesprochen hatte.

Da es somit keine Stellungnahme gab, in der die sozialistischen Staaten das Problem der Konföderation beider deutscher Staaten und West-Berlins angesprochen hätten, muß die Interessenlage analysiert werden, das heißt, es muß geprüft werden, welche Konsequenzen die Verwirklichung der Konföderationspläne für die sozialistischen Staaten haben würden:

- Die Verwirklichung der Konföderation beider deutscher Staaten und West-Berlins würde, da sie die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten verbessern und der DDR internationale Anerkennung verschaffen würde, die DDR, Polen und die CSSR vom Druck westdeutscher Forderungen entlasten und sie damit der Notwendigkeit entheben, sich die Unterstützung der SU und der anderen sozialistischen Staaten in ihrem Kampf gegen diese Forderungen durch Gefolgschaftstreue gegenüber der SU und durch Anpassung an die Interessen der anderen sozialistischen Staaten zu sichern; die Bewegungsfreiheit dieser Staaten im sozialistischen Lager würde dadurch erhöht werden und die zentrifugalen Tendenzen im sozialistischen Lager wachsen, da der Druck von außen

sich mildern würde. Die SU kann die Konföderation daher solange nicht zulassen, wie sie hoffen kann, den Integrationsfaktor "westdeutscher Imperialismus" zur Disziplinierung des sozialistischen Lagers weiterhin einsetzen zu können. Die intensive Beschwörung der westdeutschen Gefahr zeigt, daß die SU diese Hoffnung zumindest bis zur tschechoslowakischen Krise hegte.

- Die Konföderation würde es, da sie geeignet ist, den westdeutschen Imperialismus weniger gefährlich erscheinen zu lassen, den sozialistischen Staaten auch schwerer machen, die Lockerung ihrer innenpolitischen Regimes mit dem Hinweis auf die imperialistische Aggressivität zu verweigern, das heißt, die Konföderation könnte die Herrschaft der gegenwärtigen Parteieliten in Frage stellen. Hier dürfte die Ursache dafür zu finden sein, daß die DDR ihre Konföderationspläne ohne erkennbaren Widerstand aufgab, und daß die anderen sozialistischen Staaten sich gegenüber diesen Plänen sehr zurückhaltend zeigten, obwohl sie ihnen doch die Möglichkeit eröffneten, größere Bewegungsfreiheit im sozialistischen Lager zu erlangen.

- Die Konföderation würde, da Ulbricht der BRD mit ihr ausdrücklich die sozialistischen Märkte eröffnen wollte[89], den sozialistischen Staaten Alternativen für ihre einseitige Ausrichtung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen auf die SU und den RGW bieten, und damit auch wieder die zentrifugalen Tendenzen im sozialistischen Lager stärken; sie würde aber auch, da die BRD dann neben der SU und der DDR als dritte bedeutende ökonomische Macht auf den sozialistischen Märkten operieren würde, als Konkurrent der SU und der DDR auftreten, und sie würde außerdem das Gefälle zwischen entwickelten und weniger entwickelten sozialistischen Staaten erhöhen.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß eine Konföderation beider deutscher Staaten und West-Berlins für die sozialistischen Staaten und selbst für die DDR Konsequenzen zeitigen würde, die ihre Zurückhaltung gegenüber den Konföderationsplänen zu erklären und zu rechtfertigen vermögen. Es ist also anzunehmen, daß die SED ihre Konföderationspläne nicht weiterverfolgte, weil die sozialistischen Staaten sie nicht befürworteten und weil, möglicherweise, eine Gruppe in der SED-Führung im Gegensatz zu Ulbricht nicht bereit war, die Konsequenzen einer Konföderation zu tragen[90].

2. TEIL: DIE INNERSOZIALISTISCHEN BEDINGUNGEN

5. KAPITEL: DER SOZIALISTISCHE INTERNATIONALISMUS

Die die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten bestimmenden Prinzipien des sozialistischen Internationalismus sind, so die Staaten des Warschauer Vertrages, dieselben wie die des proletarischen Internationalismus[1], aus dem der sozialistische Internationalismus hervorgegangen ist[2], nämlich die Prinzipien der Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der sozialistischen Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vorteils sowie der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung[3]. Diese Prinzipien resultieren nach Überzeugung der sozialistischen Staaten aus jenen Faktoren, die ihre Gemeinschaft begründen: "Grundlage des sozialistischen Systems" sei die "Gemeinsamkeit der sozial-ökonomischen Ordnung" und die "Übereinstimmung der grundlegenden Interessen und Ziele" der sozialistischen Staaten[4], was insbesondere in der gemeinsamen marxistisch-leninistischen Weltanschauung[5] und im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zum Ausdruck komme[6]. Die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten stützt sich also im wesentlichen auf die gemeinsame Ideologie, auf die gemeinsame sozial-ökonomische Ordnung und auf den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus[7].

Es ist offensichtlich, daß der Begriff des sozialistischen Internationalismus verschiedene und gegensätzliche Elemente zu verbinden trachtet, wenn er auf der einen Seite die Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Souveränität jedes einzelnen sozialistischen Staates postuliert und auf der anderen Seite diese Unabhängigkeit und

Souveränität aufzuheben scheint, indem er die Gemeinsamkeit der Ideologie, der sozialökonomischen Ordnung und des Kampfes gegen den Imperialismus zur Basis der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten erklärt. Im Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Komponenten des Begriffs des sozialistischen Internationalismus liegt denn auch seine zentrale Problematik.

A Die nationale und die internationale Komponente des sozialistischen Internationalismus

1. Die nationale Komponente

Das Recht und die Pflicht jedes sozialistischen Staates, seine Politik souverän und unabhängig selbst zu bestimmen, resultiert, so sind die sozialistischen Staaten überzeugt, aus der Verschiedenartigkeit der Kampfformen und Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern, die in den Meinungsverschiedenheiten im sozialistischen Lager manifest werden. Kein sozialistischer Staat bestreitet, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen sozialistischen Ländern auftreten können, daß es Schwierigkeiten und Differenzen bei der Realisierung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus geben kann[8]. Sie führen diese Meinungsverschiedenheiten auf objektive und subjektive Ursachen zurück[9].

- Die Meinungsverschiedenheiten, die auf subjektive Ursachen zurückzuführen sind, resultieren aus dem Versagen einzelner Parteien und Parteiführungsgruppen, denn, so stellt das Hauptdokument der Moskauer Konferenz fest, die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus hängen vor allem von der Fähigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien ab, die Probleme der kommunistischen Entwicklung auf marxistisch-leninistische Weise zu lösen[10]. Rumänien führt die Meinungsverschiedenheiten auf das mangelnde Verständnis für die Vielfalt der Entwicklungsbedingungen in den sozialistischen Staaten und auf die Mißachtung der Normen zurück, die die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten bestimmen[11].

- Objektive Ursachen ihrer Meinungsverschiedenheiten sind für die sozialistischen Staaten die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der einzelnen Länder sowie Unterschiede in ihrer sozialen Struktur und in ihrer internationalen Stellung sowie die nationalen Besonderheiten historischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art und die unterschiedlichen historischen Bedingungen, unter denen die sozialistischen Länder ihre Tätigkeit entfalten[12].

Da die sozialistischen Staaten in ihren grundlegenden Zielen und Interessen übereinstimmen[13], sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen nur zeitweiliger Natur und beruhen nicht, wie die zwischen kapitalistischen Staaten, auf antagonistischen Widersprüchen[14].

Es sind nach Ansicht der Staaten des Warschauer Vertrages die objektiven Ursachen der Unterschiede zwischen den sozialistischen Ländern, die dafür verantwortlich zu machen sind, daß sich der Aufbau des Sozialismus nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in den einzelnen Staaten "in verschiedenen Formen unter Berücksichtigung der konkreten historischen Bedingungen und der nationalen Besonderheiten" entfaltet[15].

Diese Verschiedenartigkeit der Kampfformen und Kampfbedingungen begründet das Recht und die Pflicht jedes sozialistischen Staates, seine Politik selbst zu bestimmen, seinen Weg zum Sozialismus zu gehen, denn losgelöst von diesen nationalen Aufgaben, losgelöst von den Interessen der eigenen Arbeiterklasse kann es keinen Internationalismus geben[16].

2. Die internationale Komponente

Das Prinzip der Unabhängigkeit und Souveränität jedes sozialistischen Staates, das Prinzip der nationalen Ver-

antwortlichkeit einer jeden kommunistischen Partei findet in der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus ihre Begrenzung. Diese Komponente hat zu verhindern, daß das Prinzip der Unabhängigkeit und Souveränität jedes sozialistischen Staates verabsolutiert wird, daß die Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers verloren geht. Diese Funktion der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus ergibt sich für die sozialistischen Staaten aus folgenden Überlegungen[17]:

- Die Forderung nach der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen Lagers resultiert in erster Linie aus der Notwendigkeit, die Sicherheit der sozialistischen Staaten und aller antiimperialistischen Kräfte gegenüber der globalen Aggressionspolitik des Imperialismus zu gewährleisten, denn das sozialistische Lager trägt als die entscheidende Kraft des antiimperialistischen Kampfes[18] die Hauptlast und die Hauptverantwortung für den Verlauf dieses Kampfes, und es kann dieser Verantwortung umso besser gerecht werden, je größer seine Einheit und Geschlossenheit ist.

- Die Forderung nach der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten ergibt sich aber darüber hinaus auch aus der Überlegung, daß der friedliche Wettbewerb des Sozialismus mit dem Kapitalismus, in den die sozialistischen Staaten im Zeichen der Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eingetreten sind[19], nur gewonnen werden kann, wenn es den sozialistischen Staaten gelingt, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern, "die zu einem entscheidenden Kampffeld des historischen Wettbewerbs zwischen dem Kapitalismus und Sozialismus geworden ist", was gemeinsame Bemühungen unabdingbar macht.

- Die "breite Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution" stellt aber auch "eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft" dar, das heißt, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und ihre weitere Vervollkommnung fordern von den sozialistischen Staaten auch unabhängig von den Zwängen des internationalen Klassenkampfes die Vertiefung der Einheit und Geschlossenheit des sozialistischen

> Lagers, denn kein sozialistischer Staat kann nur auf sich allein gestellt die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution bewältigen. Der Aufschwung jedes einzelnen sozialistischen Staates setzt somit die Entwicklung, Festigung und Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft voraus.

Die Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus dient somit der Sicherheit der sozialistischen Staaten und dem Kampf um den Weltfrieden gegenüber dem Imperialismus, dient dem Kampf um den weltweiten Sieg des Sozialismus, dient dem Aufschwung jedes einzelnen sozialistischen Staates; die gemeinsame Ideologie, die gemeinsame sozialökonomische Ordnung und der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus bieten daher "die Gewähr für die Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten, für das weitere Erstarken der Einheit des sozialistischen Weltsystems auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus"[20].

B Die "dialektische Einheit" der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus

1. Allgemeine Charakterisierung dieser Einheit

Die Formel, mit welcher die sozialistischen Staaten die beiden Komponenten des sozialistischen Internationalismus miteinander zu verbinden suchen, formulierte das Hauptdokument der Moskauer Konferenz folgendermaßen[21]:

> "Nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in vielen Ländern entfaltet sich der Aufbau des Sozialismus, der auf der Grundlage der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten verwirklicht wird, in verschiedenen Formen unter Berücksichtigung der konkreten historischen Bedingungen und der nationalen Besonderheiten."

Die "allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten" des sozialistischen Aufbaus sollen somit den sozialistischen Staaten die gewünschte Einheit gewährleisten, während die Verwirklichung dieser Gesetzmäßigkeiten entsprechend den "konkreten historischen Bedingungen" und den "nationalen Besonderheiten" die unerläßliche Vielfalt der Wege zum Sozialismus garantieren soll. Für die sozialistischen Staaten spiegelt diese Formel nicht den Dualismus von nationaler und internationaler Komponente des sozialistischen Internationalismus wider, sondern sie betrachten sie als Ausdruck der "dialektischen Einheit"[22] dieser beiden Komponenten. Die Einheit beider Komponenten stellt sich den sozialistischen Staaten folgendermaßen dar:

- Die SU stellt fest, daß es losgelöst von der nationalen Aufgabe, losgelöst von den Interessen der werktätigen Massen der einzelnen sozialistischen Staaten, losgelöst also vom nationalen Weg zum Sozialismus keinen Internationalismus geben kann, daß aber andererseits die nationalen Aufgaben nicht erfolgreich verwirklicht werden können, wenn die Parteien der Arbeiterklasse nicht an der Lösung der allgemeinen Probleme teilnehmen, die alle sozialistischen Staaten betreffen[23].

- Die SED postuliert die Dialektik der marxistisch-leninistischen Politik, der es aufgetragen ist, beide Seiten des weltevolutionären Prozesses - die nationale und die internationale - miteinander zu versöhnen, indem sie die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus schöpferisch, das heißt den historischen Bedingungen und den nationalen Besonderheiten entsprechend, unter den spezifischen Bedingungen der einzelnen sozialistischen Länder anwendet[24].

- Bulgarien geht davon aus, daß die beiden Komponenten des sozialistischen Internationalismus "innerlich organisch verbunden" sind[25].

- Die CSSR betonte in der Reformzeit den Leitsatz, daß das Allgemeine und das Besondere dialektisch miteinander verbunden sind[26], daß sich das Prinzip der Gleich-

berechtigung, der Souveränität, der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der einzelnen sozialistischen Staaten harmonisch in das Prinzip der Einheit der sozialistischen Staaten einfügt[27]. Husak hielt auf der Moskauer Konferenz an der Dialektik der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus fest, als er die Vernachlässigung der nationalen Spezifik als Dogmatismus und Pseudoradikalismus, der die Kraft internationalistischer Ansichten verabsolutiere, und die Bevorzugung nationaler Positionen als Revisionismus und Rechtsopportunismus verurteilte, der den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus schwächt[28].

- Kadar erklärte auf der Moskauer Konferenz, das "Ignorieren der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus stört wie das Vergessen der nationalen Besonderheiten und Bedingungen die Entwicklung, führt zu Krisen und endet in einer Sackgasse"[29].

- Für Polen steht fest, daß die einzelnen kommunistischen Parteien die nationalen Interessen und Bestrebungen nicht vernachlässigen dürfen, weil sie ihrem eigenen Volk verantwortlich sind, daß sie die nationalen Interessen und Bestrebungen aber nicht gesondert und im Gegensatz zu den Interessen, Bestrebungen und Zielen des Sozialismus auf internationaler Ebene verfolgen dürfen, da der Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus das Leben der Menschheit durchdringt, so daß der Kampf jeder Partei sich nicht nur nach ihren innenpolitischen Bedingungen richten kann[30].

- Zwischen der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus, zwischen dem Schutz der nationalen Interessen und der Bekundung der internationalen Solidarität besteht nach Ansicht der RKP eine "dialektische Einheit"[31]:

  "Man kann nicht erfolgreich für die Verteidigung der Belange der Arbeiterklasse des eigenen Landes kämpfen, wenn man nicht die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse anderer Länder entwickelt; ebenso kann man nicht Internationalist sein, wenn man nicht für den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse und des eigenen Volkes sorgt."

Alle diese Stellungnahmen machen deutlich, daß die Vorstellungen, die die sozialistischen Staaten über den so-

zialistischen Internationalismus entwickelt haben, davon ausgehen, daß der sozialistische Internationalismus dort aufhört zu existieren, wo eine der beiden seiner Komponenten vernachlässigt oder aufgegeben wird; mit anderen Worten: Für die sozialistischen Staaten gibt es keinen sozialistischen Internationalismus, wenn die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus oder die Beachtung der nationalen Besonderheiten aufgegeben wird. Diese Stellungnahmen machen aber auch deutlich, daß mit dem Postulat der dialektischen Einheit von allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten das Problem des sozialistischen Internationalismus nicht gelöst ist, denn die Verwirklichung und Konkretisierung des sozialistischen Internationalismus in der Entfaltung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten wird von diesem Postulat nur insofern bestimmt als mit ihm lediglich festgestellt wird, daß die extreme Vernachlässigung beziehungsweise Bevorzugung einer dieser beiden Komponenten dem Wesen des Internationalismus nicht entspricht. Es bedarf daher weiterer, konkreterer Kriterien und Abgrenzungen an denen gemessen werden kann, welches Handeln dem Postulat der dialektischen Einheit der beiden Komponenten des sozialistischen Internationalismus entspricht.

2. Die Grenzen des sozialistischen Internationalismus

Der Dialektik der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus entsprechend müssen die sozialistischen Staaten dem Wirken der beiden Komponenten des sozialistischen Internationalismus nach zwei Seiten hin Grenzen setzen, um zu verhindern, daß diese Dialektik einseitig entweder zugunsten der nationalen oder zugunsten der internationalen Komponente aufgehoben wird:

- Der Einschränkung der nationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus dient der 1957 von den sozialistischen Staaten beschlossene Katalog der "allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten" des sozialistischen Aufbaus. Dieser Katalog nennt folgende "grundlegende Gesetzmäßigkeiten" der "Prozesse der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus", die "überall" wirken[32]:

  - "die Führung der werktätigen Massen durch die Arbeiterklasse, deren Kern die marxistisch-leninistische Partei ist, bei der Durchführung der proletarischen Revolution in dieser oder jener Form und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form;

  - das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Hauptmasse der Bauernschaft und anderer Schichten der Werktätigen;

  - die Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und die Herstellung des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln;

  - die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft;

  - die planmäßige, auf den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus und auf die Hebung des Lebensstandards der Werktätigen gerichtete Entwicklung der Volkswirtschaft;

  - die Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenen zahlreichen Intelligenz;

  - die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und die Herstellung von Gleichberechtigung und brüderlicher Freundschaft zwischen den Völkern;

  - der Schutz der Errungenschaften des Sozialismus gegen die Anschläge äußerer und innerer Feinde;

  - die Solidarität der Arbeiterklasse des gegebenen Landes mit der Arbeiterklasse anderer Länder, das heißt der proletarische Internationalismus."

- Die Entfaltung der internationalen Komponente des sozialistischen (und des proletarischen) Internationa-

lismus begrenzen die sozialistischen Staaten dadurch, daß sie es ablehenen, ein organisatorisches Führungsgremium der internationalen Arbeiterbewegung zu schaffen, etwa nach dem Vorbild der Komintern oder des Kominform[33].

Diese Abgrenzung des sozialistischen Internationalismus gegenüber einer extremen Überbetonung der einen oder der anderen Komponente des sozialistischen Internationalismus ist kaum geeignet, das die Dialektik des sozialistischen Internationalismus prägende Verhältnis von nationaler und internationaler Komponente so zu umreißen, daß Rückschlüsse auf jene Kriterien möglich wären, die die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten tatsächlich bestimmen. Dies ergibt sich auf folgenden Überlegungen:

- Dadurch, daß die sozialistischen Staaten 1957 in Moskau nicht eine Generalklausel formulierten, um die alle sozialistischen Staaten verpflichtenden Gemeinsamkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu bestimmen, sondern jene allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten aufzählten, die ihrer Meinung nach jenseits aller nationaler Besonderheiten und konkreter historischer Bedingungen überall die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau prägen, gaben sie zu erkennen, daß diese Enumeration das Minimalprogramm der Gemeinsamkeiten umschreibt, das nicht unter-, wohl aber überschritten werden kann, denn die Beschlüsse von 1957 stellen nirgendwo fest, daß es verboten sein solle, im Namen der Einheit der sozialistischen Staaten dem Katalog der Gemeinsamkeiten neue allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten hinzuzufügen. Damit ergibt sich: Der in Moskau 1957 beschlossene Katalog der Gemeinsamkeiten setzt zwar der Wirkung nationaler Besonderheiten und konkreter historischer Bedingungen bei der Verwirklichung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus Grenzen, doch er setzt auf der anderen Seite dem Internationalismus keine Grenzen, weil er die Möglichkeit der Erweiterung des Katalogs der Gemeinsamkeiten offen und damit den sozialistischen Internationalismus in diesem Bereich unbestimmt, undefiniert läßt.

- Der 1957 in Moskau beschlossene Katalog wird offenbar nicht mehr von allen sozialistischen Staaten anerkannt,

denn er wird weder in der Erklärung von Bratislava, noch im Hauptdokument der Moskauer Konferenz von 1969 erwähnt[34], obwohl ihn Staaten wie die DDR noch für verpflichtend halten[35] und obwohl es nahegelegen hätte, auf frühere Beschlüsse zu verweisen, als es galt, die CSSR an ihre Pflichten zu erinnern und die kommunistischen und Arbeiterparteien zum ersten Mal seit 1957 und 1960 wieder zu einer großen Beratung zusammentrafen. Somit ergibt sich auch hier: Der sozialistische Internationalismus scheint nicht einmal im Bereich des Kataloges der Gemeinsamkeiten deutlich definiert zu sein, denn die Frage, ob dieser Katalog noch gültig ist, beantworten die sozialistischen Staaten nicht.

- Die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten es ablehnen, ein organisatorisches Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung zu schaffen, kann eine weitere Tatsache nicht verbergen, nämlich die, daß die sozialistischen Staaten im RGW und im Warschauer Vertrag außenpolitische, militärische und wirtschaftliche Führungsgremien besitzen, die, obwohl sie keineswegs supranationalen Charakters sind, durchaus das Handeln der sozialistischen Staaten wirksam koordinieren können, was auch gewollt und beabsichtigt ist[36].

3. Maßstäbe des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten[37]

Als gemeinsamen Maßstab internationalistischen Handelns anerkennen die sozialistischen Staaten kollektiv nur die Maxime, daß ihre Meinungsverschiedenheiten "die Einheitsfront ... gegen den Imperialismus nicht beeinträchtigen" dürfen[38]. Da jeder sozialistische Staat darüber hinaus unter voneinander abweichenden Aspekten an die Frage herangeht, an welchen Maßstäben er sein internationalistisches Handeln orientieren soll, müssen zunächst die Positionen der einzelnen sozialistischen Staaten analysiert werden, um dann jene gemeinsamen Maßstäbe erkennen zu können, die das internationalistische Handeln aller sozialistischen Staaten bestimmen.

a) Die einzelnen sozialistischen Staaten

(1) Die Sowjetunion

Die SU geht von der objektiven Identität der nationalen und der internationalen Interessen der sozialistischen Staaten aus und ist überzeugt davon, daß die Gleichheit der sozioökonomischen und politischen Systeme, die Gemeinsamkeit der marxistisch-leninistischen Ideologie, die Gemeinsamkeit des Wunsches, den Sozialismus und den Kommunismus aufzubauen, und die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Imperialismus sowie der Zwang zur Internationalisierung der Produktion und des täglichen Lebens gewährleisten, daß es keinen Gegensatz zwischen Internationalismus und Patriotismus, zwischen partikularen und gesamtsozialistischen Interessen im sozialistischen Lager geben kann[39].

Für die SU kann es daher im Bereich der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus keine objektiv bedingten Differenzen geben und dementsprechend postuliert sie die Unveränderlichkeit dieser Gesetzmäßigkeiten, indem sie der Überzeugung Ausdruck verleiht, diese Gesetzmäßigkeiten stellten den unverzichtbaren Inhalt dessen dar, was Sozialismus ist, und ohne sie könne es keinen Sozialismus geben[40]. Die SU vermeidet es dabei, diese Gesetzmäßigkeiten exakt zu definieren und zu enumerieren; sie propagiert vielmehr, den wechselnden Anlässen entsprechend, jeweils nur bestimmte Gesetzmäßigkeiten - so vor allem das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, die führende Rolle der Partei und die staatliche Leitung des sozialistischen Aufbaus durch die Arbeiterklasse[41].

Dieses Verhalten der SU kann, in Verbindung mit dem Anspruch, der Menschheit den Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus zu weisen[42], nur bedeuten, daß die SU das eigene Vorbild zum Maßstab des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten macht.

(2) Die DDR

Die SED anerkennt folgende Maßstäbe für ihr internationalistisches Handeln:

- Die SED hält nach wie vor an den 1957 in Moskau formulierten allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus fest[43].

- Sie sieht es als ihre Pflicht an, aus den Erfahrungen der Bruderparteien zu lernen; diese Erfahrungen gilt es, ebenso wie die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, schöpferisch auf die Bedingungen des eigenen Landes anzuwenden[44].

  Eines der Kriterien, woran die DDR die Einstellung zum sozialistischen Internationalismus mißt, ist daher die Haltung zur SU und zur KPdSU[45]. Die Sammlung der sozialistischen Länder um die SU ist somit Ausdruck des bestimmenden Grundzuges der neuen Gesellschaftsordnung, des sozialistischen Internationalismus, denn die SU ist das Zentrum des sozialistischen Weltsystems[46].

- Die DDR akzeptiert zwar die These, daß die Verschiedenartigkeit der Kampfformen und der Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern die Anwendung unterschiedlicher Taktiken beim Aufbau des Sozialismus rechtfertigt[47], doch sie lehnt die These ab, es gäbe einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, sie lehnt jeden Versuch nationaler Absonderung als schädlichen Anachronismus ab[48].

  · Sie glaubt, daß Autonomie und Vielfalt zwar richtig sind, doch sie könnten angesichts der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht die ausschlaggebenden Grundprinzipien sein[50].

· Nationalismus und nationale Besonderheiten als oberstes Prinzip führen unweigerlich zur Spaltung und arbeiten dem Klassenfeind in die Hände[51].

Die DDR rechtfertigte diese Haltung mit dem Hinweis auf die Zwänge des verschärften internationalen Klassenkampfes und auf die gemeinsame Aufgabe des Aufbaus des Sozialismus[52]; kein Staat der sozialistischen Gemeinschaft könne daher losgelöst von den gemeinsamen unteilbaren Interessen handeln, ohne die Geschlossenheit des sozialistischen Weltsystems und die Effektivität der sozialistischen Entwicklung zu beeinträchtigen[53].

Aus diesen Maßstäben, denen die DDR ihr internationalistisches Handeln unterwirft, geht deutlich hervor, daß die SED die Dialektik der nationalen und der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus mit dem Hinweis auf die Zwänge des internationalen Klassenkampfes und auf die Notwendigkeiten des sozialistischen Aufbaus zugunsten der internationalen Komponente aufhebt, denn mit dem Verzicht auf einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus und mit der Anerkennung des sowjetischen Vorbildes als Leitmodell für den Aufbau des Sozialismus in der DDR verzichtet sie auch weitgehend auf die souveräne Ausformung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus entsprechend der nationalen Besonderheiten der DDR, das heißt, sie geht noch weiter als die SU fordert, denn diese anerkennt ausdrücklich den nationalen Weg zum Sozialismus[54]. Nur das Festhalten am Moskauer Katalog der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus läßt erkennen, daß es auch für die DDR Grenzen ihres internationalistischen Handelns gibt, denn in der Enumeration dieser Gesetzmäßigkeiten wird ja ihre Beschränkung manifest.

(3) Polen

Polen ist zwar überzeugt davon, daß nicht einmal ideologische Differenzen wie die über die Vermeidbarkeit von

Kriegen oder die über die Politik der friedlichen Koexistenz die Grundlagen des Sozialismus infragestellen müssen[55], doch dies heißt nicht, daß es der Entfaltung der nationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus nicht deutliche Grenzen setzen würde:

- Nach polnischer Auffassung können und müssen die Wege zum Sozialismus zwar verschieden sein, doch Sozialismus gibt es nur einen: Sein Wesen besteht in der "Macht der werktätigen Massen bei Hegemonie der Arbeiterklasse", die in der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, und in der Planwirtschaft mit den vergesellschafteten Produktionsmitteln[56]. Mit dieser Definition stehen für Polen die Mindestanforderungen fest, die jeder Staat erfüllen muß, der sich als "sozialistisch" bezeichnen will.

- Über diese Mindestanforderungen hinaus bedeutet für Polen sozialistischer Internationalismus nicht Einmütigkeit, sondern Solidarität, das heißt die Respektierung der aus dem Gefühl der Zugehörigkeit zur gemeinsamen ideologischen Bewegung resultierenden politischen uns moralischen Verpflichtungen und Aktionseinheit gegen den Imperialismus. Der Verrat an den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beginnt dort, wo die Divergenzen der politischen und ideologischen Standpunkte den Vorwand oder die Begründung für den Bruch der Solidarität, für spalterische Schritte und für den Kampf gegen Bruderparteien bilden[57]; er beginnt dort, wo im politisch-ideologischen Standpunkt einzelner Parteien Unterschiede auftreten, "die über die objektiv begründete Andersartigkeit der Bedingungen ihres Kampfes hinausreichen, Unterschiede, die zur Verletzung der internationalen Solidarität, zur Schwächung des antiimperialistischen Kampfes führen"[58].

- Diese höchst vagen und ausfüllungsbedürftigen Kriterien werden nur dort bestimmter definiert, wo es um die führende Rolle der SU geht. Polen ist zwar überzeugt davon, daß kein Weg, den ein einzelnes sozialistisches Land beim Aufbau des Sozialismus gegangen ist, den anderen Ländern aufgezwungen werden kann, doch gleichzeitig fordert es, jene Wege, die andere sozialistische Staaten gegangen sind, müßten Quelle der Erfahrung für alle Parteien sein[59]. Dies gilt, so die polnische Auffassung, insbesondere auch für den Weg, den die SU gegangen ist. Die besondere Rolle, die die SU dank ihrer historischen Verdienste und ihrer gegenwärtigen Macht spielt[60], müssen, insbesondere im Bereich der internationalen Politik, alle Kommunisten "gehörig schätzen und in der

Praxis berücksichtigen", denn von der KPdSU kann man schwerlich verlangen, daß sie ihrer internationalen Verantwortung und somit dem Interesse der sozialistischen Gemeinschaft gerecht wird, während andere Parteien oder ein anderes Land um einer "abwegig verstandenen Souveränität und Unabhängigkeit" willen von der gemeinsamen Verantwortung befreit sind[61].

(4) Ungarn

Ungarn legt seinem internationalistischen Handeln folgende Maßstäbe zugrunde:

- Es verurteilt sowohl die Verabsolutierung des Prinzips der Souveränität als auch die Überschätzung der Möglichkeit eines einzelnen Landes, den Sozialismus aus eigenen Kräften aufzubauen - ein Fehler, der nach ungarischer Überzeugung zumeist mit antisowjetischen Tendenzen verbunden ist - und ebenso auch die Neutralität eines sozialistischen Staates[62] als Ausdrucksformen nationalistischer Einstellungen[63].

- Die USAP fordert, die Tätigkeit der marxistisch-leninistischen Parteien müsse danach eingeschätzt werden, "ob sie die Meinungsverschiedenheiten über ihren proletarischen Internationalismus stellen oder diesem unterordnen. Keine kommunistische Partei darf zulassen, daß die Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen ... den proletarischen Internationalismus überschatten[64]." Diese Maxime beruht auf der Vorstellung, daß die wahren Interessen der Nation mit denen des Sozialismus identisch sind, denn es gibt zwar, auch nach ungarischer Auffassung, nationale Interessen, die zu den gemeinsamen Interessen des Sozialismus in Gegensatz geraten können, doch die Verfolgung solcher Interessen führt nur zu angeblichen oder zeitweiligen Vorteilen, befriedigt nur Augenblicksinteressen.

- Die USAP betrachtet "die brüderliche Solidarität" mit der SU als "Prüfstein für den sozialistischen wie für den proletarischen Internationalismus"[65]. Die Stärke der SU, ihr politisches und moralisches Ansehen sowie ihre historischen und gegenwärtigen Verdienste um den Sozialismus[66], lassen die USAP zu dem Schluß kommen, einen antisowjetischen Kommunismus gäbe es nicht und werde es auch niemals geben[67]. Somit haben nach ungari-

schen Vorstellungen zwar alle sozialistischen Staaten die gleichen Rechte, doch die KPdSU und das sowjetische Volk tragen eine "unermeßlich größere Verantwortung" als Ungarn, "sie handeln im Geiste des Internationalismus und uneigennützig, sie brachten und bringen Opfer für die Sache des Kommunismus, für die Freiheit der Völker, für die Verhütung eines Weltkrieges und für eine glückliche Zukunft der Menschheit als jeder andere"[68].

Die Tatsache, daß Ungarn jedem dem sowjetischen Vorbild nicht entsprechenden Kommunismus die Existenzberechtigung bestreitet und das Verhältnis zur SU als "Prüfstein" internationalistischen Handelns betrachtet und darüber hinaus noch die Betonung der Souveränität der sozialistischen Staaten als Nationalismus ablehnt und die nationalen Interessen als "Augenblicksinteressen" abtut, macht deutlich, daß auch Ungarn die Dialektik von nationaler und internationaler Komponente des sozialistischen Internationalismus zugunsten des internationalen Elementes ablehnt, das sich im sowjetischen Vorbild verkörpert und das Ungarn, zumindest verbal, offenbar vorbehaltlos anerkennt[69].

(5) Bulgarien

Dem internationalistischen Handeln Bulgarien liegen folgende Maßstäbe zugrunde:

- Zwar spricht auch die KPB von der nationalen und der internationalen Verantwortung der Kommunistischen Parteien, doch sie verurteilt auch jeden Versuch, diese oder jene nationale Abteilung der Arbeiterklasse der kommunistischen Weltbewegung, die nationalen Besonderheiten der betreffenden Arbeiterbewegung der allgemeinen Strategie der Kommunisten in der ganzen Welt, den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution und der Errichtung der klassenlosen Gesellschaft gegenüberzustellen[70]. Mit anderen Worten: Nach

bulgarischer Auffassung haben die "nationalen Besonderheiten" im Konfliktfall hinter der "allgemeinen Strategie der Kommunisten" und den "allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der proletarischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus" zurückzutreten.

- Bei der Errichtung eines neuen Systems der Leitung der Volkswirtschaft und der ganzen Gesellschaft wertet die KPB die "welthistorischen Erfahrungen" der SU und die Erfahrungen der anderen sozialistischen Staaten aus und verallgemeinert ihre eigenen Erfahrungen. Auch für Bulgarien ist darüber hinaus das Verhältnis zur SU der Prüfstein des proletarischen Internationalismus. Diese Maxime fußt auf der Anerkennung der historischen Verdienste, die sich die SU um den Sozialismus erworben hat, auf der ökonomischen und militärischen Stärke der SU und auf der Tatsache, daß die SU der revolutionären Menschheit den Weg bahnt. Dabei stellt Bulgarien fest, daß die Rolle der SU gegenwärtig noch an Bedeutung gewinnt, weil mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems auch das Auftreten nationalistischer Tendenzen möglich geworden ist, so daß "einige junge sozialistische Länder dem ersten und mächtigsten Land des Sozialismus entgegengesetzt werden", und weil in der kommunistischen Bewegung Versuche unternommen werden, "unter der Flagge der Verteidigung der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit der kommunistischen Parteien den proletarischen Internationalismus zu untergraben"[71].

(6) Die CSSR

In der CSSR wurden die Probleme des sozialistischen Internationalismus unter den verschiedenen Regimen - Novotny, Dubcek, Husak - unterschiedlich beurteilt.

(a) Ära Dubcek[72]

Im Mittelpunkt der Prager Position zu den Problemen des sozialistischen Internationalismus stand während der Reformzeit der Leitsatz, daß das Allgemeine und das Besondere dialektisch miteinander verbunden sind, daß sich das Prinzip der Einheit der sozialistischen Staaten harmonisch in das Prinzip der Gleichberechtigung, der Sou-

veränität, der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Souveränität der einzelnen sozialistischen Staaten einfügt[73].

Soweit entsprachen die Prager Auffassungen auch während der Reformzeit den Vorstellungen aller übrigen sozialistischen Staaten. Folgende Indizien deuten jedoch darauf hin, daß die Prager Reformer dazu neigten, der nationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus den Vorrang einzuräumen:

- Cisar stellte die allgemeine Gültigkeit der Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Frage, als er erklärte, der Leninismus sei als Folge der Tatsache, daß Sowjetrußland als erster und lange Zeit auch einziger sozialistischer Staat zum Zentrum der kommunistischen Weltbewegung wurde, zur Monopolinterpretation des Leninismus entartet. Cisar schloß daraus, daß sich die Kommunisten, wie Lenin seinerzeit Marx weiterentwickelte, um die selbständige Ausarbeitung des Marxismus-Leninismus bemühen müßten, um mit dem Leben, wie es sich real abspielt, verbunden zu bleiben[74].

- Dubcek selbst stellte ebenfalls die nationalen Beiträge zur Lösung der gemeinsamen Probleme in den Vordergrund, als er erklärte, indem die KPC ihre inneren Möglichkeiten allseitig nutze, beeinflusse sie die demokratische und sozialistische Welt schon positiv und aktivierend, ohne daß sie dabei den anderen Parteien ihr Vorbild aufdränge. Dubcek folgerte daraus, die Wahrung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten setze voraus und erfordere vor allem das schöpferische Herangehen an die eigenen politischen Probleme[75]. Damit relativierte Dubcek zwar weit weniger radikal als Cisar die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten, doch immerhin postulierte auch er eine gewisse Priorität des nationalen Weges zum Sozialismus, den er als entscheidenden Beitrag der einzelnen kommunistischen Parteien zur weltweiten Entwicklung des Sozialismus bewertete.

- Das ZK der KPC stellte fest, die tschechoslowakische Entwicklung sei heute eine Entwicklung, die den derzeitigen Verhältnissen in der CSSR entspräche, und die KPC habe diesen Weg aus Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Völkern der CSSR beschritten[76], das heißt, es sah offenbar die nationalen Besonderheiten der CSSR als die treibende Kraft der neuen Entwicklung an.

Diese Indizien bedeuten zwar nicht - nicht einmal in dem Falle der Cisar'schen Ablehnung des Leninismus als Monopolinterpretation des Marxismus -, daß Prag während der Reformzeit die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus nicht mehr anerkannt hat, doch sie machen deutlich, daß für die KPC beziehungsweise für deren Reformfraktion der nationale Weg zum Sozialismus eindeutig im Vordergrund stand.

(b) Ära Husak

Die Prager Parteiführung ging auch nach der Intervention vom dialektischen Charakter des sozialistischen Internationalismus aus. Husak verurteilte auf der Moskauer Konferenz die Vernachlässigung des Aspektes der nationalen Spezifik des sozialistischen Aufbaus als Dogmatismus und Pseudoradikalismus, der die Kraft der internationalistischen Ansichten verabsolutiere. Er griff aber auch die Bevorzugung nationaler Positionen als Revisionismus und Rechtsopportunismus an, der den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus und für den Sozialismus schwäche[77].

Doch trotz der Verurteilung dieser extremen Positionen sorgte Husak selbst für die Betonung der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus, indem er die führende Rolle der SU hervorhob und den Klasseninhalt der Souveränität sowie die internationale Verantwortung der sozialistischen Länder herausstrich. Jede Partei und jeder Staat, so stellte er fest, könnten Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus selbst bestimmen, doch sie seien auch verpflichtet, die Macht der Arbeiterklasse und alle sozialistischen Errungenschaften zu verteidigen; Teilfragen könne man diskutieren, doch um die Prinzipien der Lehre und der Politik müsse man kämpfen[78].

Cisars Relativismus ließ die neue Prager Parteiführung unter Husak somit die These folgen, bestimmte Prinzipien des Marxismus-Leninismus seien absolut gültig, losgelöst von jedem historischen und nationalen Kontext.

(c) Ergebnis

Während sich die Prager Parteiführung unter Novotny damit begnügt hatte, die traditionellen Formulierungen in Sachen sozialistischer Internationalismus zu wiederholen und die Notwendigkeit der antiimperialistischen Aktionseinheit hervorzuheben, betonten die Nachfolger Novotnys, Dubcek und dann Husak, die den Begriff des sozialistischen Internationalismus kennzeichnende Dialektik der internationalen und der nationalen Elemente des Begriffs, wobei bis zur Intervention der Akzent deutlich auf der nationalen, nach der Intervention ebenso deutlich auf der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus lagen.

Sowohl Novotny als auch Dubcek und Husak vollzogen diese Modifizierungen der Theorie des sozialistischen Internationalismus unter dem ständigen Hinweis auf die grundlegenden Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, auf die Gleichberechtigung, die Achtung der Souveränität und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, die damit nur noch als rein formale Begriffe zu bewerten sind, die nichts über die Qualität der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auszusagen vermögen und die damit keine Signifikanz für das Verhalten der CSSR innerhalb des sozialistischen Lagers besitzen.

(7) Rumänien

Rumänien geht, wie alle anderen sozialistischen Staaten, von der dialektischen Einheit der nationalen und der in-

ternationalen Elemente des sozialistischen Internationalismus aus. Um das Verhältnis dieser beiden Elemente zueinander genauer und präziser zu bestimmen als dies mit dem Begriff der dialektischen Einheit möglich ist, versucht die RKP, die nationale Komponente gegen den Nationalismus abzugrenzen und die Grundlagen eines "richtig verstandenen und richtig konzipierten" sozialistischen Internationalismus zu bestimmen[79].

(a) Die Abgrenzung gegenüber dem Nationalismus

Da die RKP davon überzeugt ist, daß die Nation erst im Sozialismus zur vollen Blüte gelangt[80], muß sie zu dem Ergebnis kommen, daß "die Durchsetzung der Prinzipien der Gleichberechtigung, der staatlichen nationalen Souveränität und Unabhängigkeit der Parteien" nicht Nationalismus, sondern "Kampf zum Schutz der nationalen Belange eines jeden Volkes" ist[81], da "die unablässige Festigung der sozialistischen Nation" "voll und ganz" den "Interessen des sozialistischen Internationalismus", "der Sache der Arbeiterklasse, der Werktätigen der ganzen Welt, dem allgemeinen Kampf für den Sieg des Sozialismus und des Friedens" entspricht[82].

Für die RKP äußert sich daher der Nationalismus in erster Linie in der Weigerung, die Rechte anderer Nationen oder Nationalitäten anzuerkennen, in einem Regime der Ungleichheit und Mißachtung ihrer berechtigten Interessen sowie in der Verfolgung und Unterdrückung anderer Völker[83], während sie es für "ganz verfehlt und unwissenschaftlich" hält zu versuchen, "die sozialistische Nation, das sozialistische Vaterland mit dem sozialistischen Internationalismus in Gegensatz zu bringen", denn der Sozialismus beseitige" den Antagonismus

zwischen den Nationen, die Ursachen der Unterdrückung und Beherrschung einiger Völker durch andere" und schaffe damit "die objektiven Grundlagen für die Annäherung und Zusammenarbeit der Staaten, die Möglichkeit für die Verflechtung der nationalen und der internationalen Interessen der Völker"[84].

(b) Der "richtig verstandene und richtig konzipierte" sozialistische Internationalismus[85]

Zwar billigt die RKP, wie die anderen sozialistischen Staaten auch, den Grundsatz, daß jede kommunistische Partei, jeder sozialistische Staat die politische Linie, die Formen und Methoden der Tätigkeit und die Zielsetzung selbständig und unabhängig, aus den Erfahrungen anderer Parteien und aus den eigenen lernend, den allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus und den konkreten nationalen Bedingungen und Besonderheiten entsprechend, bestimmt[86], doch sie präzisiert diesen Grundsatz, indem sie, um die Souveränität und die Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Parteien vor der Überbetonung der internationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus zu schützen, erklärte, keine Partei könne für sich in Anspruch nehmen, sie besitze das Recht und die Fähigkeit, die sozialen Phänomene der Gegenwart gültig zu deuten[87], den Anspruch zu erheben, in der einen oder der anderen Frage das letzte Wort gesprochen zu haben, und zu behaupten, alle anderen Meinungen seien unmarxistisch; keiner Partei stehe eine solche Sonderrolle zu[88]. Außerdem stellte die RKP fest, einheitliche Formen und unveränderliche Schablonen des Denkens und Handelns könnten nicht für alle Parteien festgelegt werden. Die Verabsolutierung bestimmter Formen und Methoden des revolutionären Kampfes könne den kommunistischen Parteien nicht helfen, ihre Probleme zu

lösen, denn es genüge nicht, durch "mechanische Vergleiche" die "Sachlagen" vergangener Jahre auf die heutigen Bedingungen zu übertragen oder einfach auf die Zitate der Klassiker zurückzugreifen[89]; es gelte vielmehr die Fragen, welche die Veränderungen aufwerfen, die sich im Gefolge der sozialen Umgestaltungen in den verschiedenen Ländern, des Wachstums der Produktivkräfte und der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution vollzogen haben, zu beantworten, indem die neuen Gegebenheiten auf der Grundlage einer gründlichen marxistisch-leninistischen Analyse gedeutet werden und damit die Theorie von Marx selbständig, den jeweiligen Gegebenheiten der verschiedenen Länder entsprechend, weiterentwickelt wird, wie es bereits Lenin gefordert hat[90].

Die RKP ist also offensichtlich der Ansicht, daß der Marxismus nur allgemeine Leitsätze liefert, die durch schöpferisches Denken und einen neuen Geist auf die neuen örtlichen und historischen Bedingungen angewandt werden müssen, das heißt, das Allgemeine wird über das Besondere verwirklicht, wobei, wie auf jedem beliebigen Gebiet der Wissenschaft, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften, niemand den Anspruch erheben darf, "den Zauberschlüssel zu dem Kästchen zu besitzen, das die Antwort auf alle Fragen enthält"[91].

Die unterschiedliche Art, in der die Revolution und der sozialistische Aufbau in den verschiedenen Ländern vor sich gingen, die Vielfalt der Formen, die der revolutionäre Kampf in den kapitalistischen Ländern heute annimmt, und die unterschiedliche Weise, in der die kommunistischen und Arbeiterparteien die Erringung der Macht und die Organisierung der sozialistischen Gesellschaft sehen, bestätigt der RKP die marxistisch-leninistische Wahrheit, daß das, was gestern richtig war, heute

veraltet, überholt sein kann und dem historischen Fortschritt nicht mehr entspricht, daß Formen des revolutionären Kampfes, die sich unter bestimmten Umständen als wirksam erwiesen haben, unter anderen historischen Umständen oder in anderen Entwicklungsetappen nicht mechanisch angewandt werden können[92].

b) Die gemeinsamen Grundsätze des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten

Der Vergleich der Ansichten, die die sozialistischen Staaten zum sozialistischen Internationalismus entwickelten, erbringt folgendes Ergebnis:

1. Das Postulat der dialektischen Einheit von nationaler und internationaler Komponente des sozialistischen Internationalismus ist ungeeignet, als Maßstab des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten zu dienen, denn kein sozialistischer Staat hält an dieser Dialektik fest, alle heben sie zugunsten der einen oder der anderen Komponente auf:

   - Zugunsten der internationalen Komponente heben sie diese Dialektik auf, wenn sie, wie Ungarn und Bulgarien fordern, der internationalen Komponente den Vorrang einzuräumen, falls sie mit der nationalen kollidiert, wenn sie, wie die DDR, den nationalen Weg zum Sozialismus und die Betonung der nationalen Komponente als Nationalismus ablehnen, oder wenn sie, wie die CSSR unter Husak, Polen und die SU selbst, dem Vorbild der SU die Aufgabe zuschreiben, die Einheit der sozialistischen Staaten zu gewährleisten[93].

   - Zugunsten der nationalen Komponente heben diese Dialektik die RKP und, wenn auch vorsichtiger und weniger deutlich, die KPC unter Dubcek auf.

2. Die Versuche der sozialistischen Staaten, jenseits des nicht aufrechterhaltenen Postulats der dialektischen Einheit von nationaler und internationaler Komponente des sozialistischen Internationalismus gemeinsame Maßstäbe für ihr internationales Handeln zu gewinnen, erstreckten sich zum einen auf die Bemühungen, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zu bestimmen, und auf die Vereinheitlichung des internationalen Handelns der sozialistischen Staaten durch die Nachahmung des sowjetischen Beispiels. In beiden Bereichen waren die sozialistischen Staaten wenig erfolgreich:

- Zwar anerkennen alle sozialistischen Staaten die Allgemeingültigkeit bestimmter Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus; sie sind sich auch in der Ansicht einig, daß diese Gesetzmäßigkeiten die Grundlage ihrer Einheit und der Maßstäbe sind, an denen ihr internationalistisches Handeln gemessen werden muß, und sie stimmen sogar darin überein, die führende Rolle der Partei, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Planwirtschaft als Kern dieser Gesetzmäßigkeiten zu betrachten, doch all dies ändert nichts an der Tatsache, daß diese Gemeinsamkeiten keine Gewähr dafür bieten,

  - daß die führende Rolle der Partei und die sozialistische Planwirtschaft als Prinzipien zwar nicht infrage gestellt, in ihrer unterschiedlichen konkreten Ausformung aber Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten bieten (vgl. zum Beispiel Auseinandersetzung um den Reformkurs der KPC),

  - daß die internationale Strategie und Taktik der sozialistischen Staaten, obwohl die Notwendigkeit der antiimperialistischen Aktionseinheit allgemein anerkannt wird, umstritten ist (vgl. zum Beispiel Auseinandersetzung um die Außenpolitik der RKP, der KPC und KPCh),

  - daß zwischen den sozialistischen Staaten eine Übereinkunft darüber erzielt werden konnte, ob sie die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten definieren sollen, wie dies 1957 in Moskau geschehen war, oder ob sie sich mit der Generalklausel der "allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten" begnügen sollten, die dann nach Bedarf mit konkreten Inhalten gefüllt werden kann.

Aus all dem ergibt sich, daß der Appell an die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus nicht ausreicht, die gewünschte Einheit der sozialistischen Staaten zu verwirklichen, nämlich die Einheit der sozialökonomischen Ordnung und der Übereinstimmung der grundlegenden Interessen und Ziele[94].

- Das sowjetische Vorbild und die Allgemeingültigkeit der sowjetischen Erfahrungen wird nicht von allen sozialistischen Staaten anerkannt und bleibt deshalb im sozialistischen Lager umstritten; sie können daher ebenfalls nicht als gemeinsame Maßstäbe des internationalistischen Handelns der sozialistischen Staaten betrachtet werden.

Somit ergibt sich: In jenen Bereichen, die deutlich im Zentrum der Bemühungen der sozialistischen Staaten stehen, die Einheit des sozialistischen Lagers zu entwikkeln und zu vertiefen, konnten die sozialistischen Staaten sich nicht auf gemeinsame Maßstäbe ihres internationalistischen Handelns einigen. Da die Einheit des sozialistischen Lagers aber dennoch größer ist, als dieses Scheitern vermuten läßt - die nur von Rumänien durchbrochene Einheitsfront der sozialistischen Staaten in der Deutschlandpolitik, in der Chinapolitik, in der Nah-Ost-Politik, die gemeinsame Europapolitik und auch die Übereinstimmung in weiten Teilen der Innenpolitik (vgl. unten) beweisen dies -, ist es notwendig, die Ursachen für diese Einheit, die offenbar nicht auf den gemeinsamen Maßstäben internationalistischen Handelns aller sozialistischen Staaten beruht, in den Mitteln und Methoden zu suchen, mit denen die sozialistischen Staaten ihre Einheit zu verwirklichen suchen.

C Die Mittel und Methoden zur Verwirklichung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus

1. Der Grundsatz des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz formulierte folgenden Grundsatz, um die gleichberechtigte Teilnahme aller sozialistischen Staaten am Willensbildungsprozeß des sozialistischen Lagers zu gewährleisten:

> "Wenn zwischen sozialistischen Ländern diese oder jene Meinungsverschiedenheiten auftreten, ... so können und müssen solche Meinungsverschiedenheiten auf der Basis des proletarischen Internationalismus, auf dem Wege der kameradschaftlichen Diskussion und der freiwilligen brüderlichen Zusammenarbeit erfolgreich gelöst werden."[95]

Der Willensbildungsprozeß unterliegt demnach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, das heißt den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung, der Gleichberechtigung, der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, und dem Prinzip der kameradschaftlichen Diskussion und der freiwilligen Zusammenarbeit. Die Herstellung der Einheit der sozialistischen Staaten erfolgt demnach grundsätzlich auf der Basis der nationalen Komponente des sozialistischen Internationalismus, nämlich auf der Basis der Souveränität und Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten.

2. Die Konkretisierung dieses Grundsatzes

Auf der Basis dieses Grundsatzes suchen die sozialistischen Staaten auf bi- und multilateraler Ebene die Einheit des sozialistischen Lagers zu verwirklichen.

a) Bilaterale Mittel und Methoden

Die Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand bilden die Grundlage der Beziehungen zwischen den einzelnen sozialistischen Staaten. Ihre Aufgabe ist es, die Beziehungen der Vertragspartner auf allen Gebieten zu festigen und zu entwickeln, um auf diese Weise der Einheit der sozialistischen Staaten zu dienen und dem Imperialismus entgegentreten zu können. Um dieser doppelten Aufgabe gerecht werden zu können, regeln die Verträge nicht nur die ökonomischen, militärischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern, sondern sie bestimmen auch die Grundprinzipien der Außenpolitik dieser Staaten[96].

Diese Verträge werden zwar bilateral abgeschlossen, doch sie weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf[97]:

- Alle Verträge haben eine Laufzeit von 20 Jahren und verlängern sich jeweils um 5 Jahre, falls keiner der Vertragspartner den Vertrag 12 Monate vor Ablauf dieser Frist kündigt.[98]

- Die Präambeln aller Verträge fixieren als Vertragsziel die Vertiefung der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit der Vertragsparteien, die Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus. Die Präambeln der Mehrzahl der Verträge heben unter den imperialistischen Gegnern der sozialistischen Staaten die BRD heraus[99].

- In Artikel eins aller Verträge werden die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus beschworen.

- Alle Verträge garantieren die Unverletzlichkeit der Grenzen der sozialistischen Staaten[100], und die Vertragspartner sichern sich zu, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz dieser Grenzen notwendig sind.

- Alle Verträge enthalten gegenseitige Beistandspakte, von denen die zwischen Polen und der DDR und zwischen Polen und der CSSR[101] ausdrücklich gegen die BRD gerichtet sind.

- In allen Verträgen vereinbaren die Vertragspartner, sich in wichtigen, gegenseitig interessierenden Fragen zu konsultieren[102].

- Alle Verträge bekunden den Willen der Vertragspartner, ihre Beziehungen zu Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu regeln.

- Die Vertragspartner verpflichten sich zum Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassendiskriminierung und für internationale Entspannung und Abrüstung.

- Alle Verträge betonen die Notwendigkeit, die europäische Sicherheit durch die Errichtung eines Sicherheitssystems zu gewährleisten. Sie stellen dabei zumeist auch einen deutlichen Zusammenhang zur deutschen Frage her[103].

- Die Verträge enthalten darüber hinaus auch Stellungnahmen zur deutschen Frage: so wird West-Berlin als besondere beziehungsweise selbständige politische Einheit bezeichnet[104] und die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten[105] ebenso wie ein Friedensvertrag auf der Basis der Existenz zweier deutscher Staaten[106] als Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit genannt. Zum Kampf gegen den westdeutschen Revanchismus und Militarismus verpflichten sich die DDR, Bulgarien, Polen und die CSSR[107] und das Münchner Abkommen betrachten fünf Verträge als von Anfang an ungültig[108].

Da die Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den sozialistischen Staaten stets für einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden, bedürfen sie der Konkretisierung, die in Teilverträgen vorgenommen wird[109]. Zur Organisation der bilateralen Zusammenarbeit unterhalten die sozialistischen Staaten Kommissionen und Ausschüsse[110].

All diese Gemeinsamkeiten bedeuten freilich nicht, daß die sozialistischen Staaten trotz des Mangels gemeinsamer Kriterien, die ihr internationalistisches Handeln im Sinne der gewünschten Einheit regeln könnten, einheitlich

zu handeln in der Lage wären, sondern sie bedeuten lediglich, daß es in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten offenbar einen nichtkontroversen Bereich gibt, der sich vor allem auf die praktischen Fragen der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit (zumindest im Bereich der grundsätzlichen Willenserklärungen, auf die sich die Verträge wegen ihrer Langfristigkeit notwendigerweise beschränken) und auf Fragen der antiimperialistischen Aktionseinheit, und hier insbesondere auf die Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten, erstreckt. Ideologische Fragen, Fragen des sozialistischen Internationalismus (soweit sie über die Beschwörung der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus hinausgehen) und Fragen des sozialistischen Aufbaus werden in den Verträgen nicht geregelt[111].

b) Multilaterale Mittel und Methoden[112]

Die internationalen Konferenzen der sozialistischen Staaten beziehungsweise der kommunistischen und Arbeiterparteien werden als Mittel zur Herstellung der Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen Arbeiterbewegung in den einzelnen sozialistischen Staaten unterschiedlich beurteilt, sowohl hinsichtlich ihres Stellenwertes im Gefüge der anderen Mittel und Methoden zur Koordinierung des internationalistischen Handelns der Kommunisten als auch hinsichtlich der Modalitäten der Verfahrensfragen auf diesen Konferenzen.

(1) Rumänien

Rumänien räumt den bilateralen Formen der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten den Vorrang ein und sucht zu verhindern, daß internationale Konferenzen die

Unabhängigkeit und Selbständigkeit der sozialistischen Länder einschränken:

- Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien, dürfen nicht die Tendenz haben, anderen Parteien eine bestimmte Meinung oder eine bestimmte Richtung aufzuzwingen; die Suche nach der Einheit der sozialistischen Staaten und aller kommunistischen und Arbeiterparteien kann daher nur die Suche nach der Einheit zwischen Parteien mit gleichen Rechten sein[113], denn das sozialistische Weltsystem ist kein Block, in dem die Staaten zu einem Ganzen verschmelzen und auf ihre nationale Souveränität verzichten, sondern es ist der Sozialismus als internationale Kraft dank seinem Sieg in mehreren unabhängigen Staaten, die sich selbständig entwickeln und die ihre Beziehungen zueinander auf die neuen Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus gründen[114].

- Die RKP vertritt die Ansicht, daß die bilateralen Treffen und der zweiseitige Meinungsaustausch den Vorrang bei der Entwicklung der Solidarität und der Einheit der kommunistischen Bewegung haben[115]. Strittige Fragen sollen dabei in kameradschaftlichem Geiste gegenseitiger Achtung und im Bestreben, die Unstimmigkeiten zu beseitigen, einen gemeinsamen Standpunkt festzulegen und die Einheit und Geschlossenheit zu festigen, erörtert werden, wobei als Ausgangspunkt all das dienen soll, was alle kommunistischen und Arbeiterparteien eint[116].

Da die RKP somit den bilateralen Formen der Zusammenarbeit zwar den Vorrang einräumt, die multilateralen aber auch nicht völlig ablehnt, ist sie bemüht, dafür Sorge zu tragen, daß die multilateralen Konferenzen das Prinzip der Souveränität und Unabhängigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien nicht verletzen:

- Die internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien können nicht als Foren betrachtet werden, die dazu berufen sind, für sämtliche Parteien verbindliche Richtlinien auszuarbeiten und Direktiven und Leitnormen festzulegen[117].

- Teilnahme oder Nichtteilnahme einer Partei an den internationalen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien sind das legitime Recht einer jeden Partei, und sie dürfen nicht zum Maßstab erhoben werden, an welchem die internationale Solidarität der Parteien gemessen wird[118].

- Die RKP lehnt es ab, die Politik anderer Parteien auf internationalen Treffen zu erörtern[119].

Die Aufgabe multilateraler Beratungen ist es nach rumänischer Auffassung, "einen freien und grundsätzlichen Meinungsaustausch zwischen den Teilnehmern dieser Beratungen zu sichern, um gemeinsame Gesichtspunkte und Aufgaben in grundlegenden Fragen von allgemeinem Interesse festzulegen, worauf jede Partei selbständig über ihre konkrete Handlungsweise entscheidet"[120].

(2) Die CSSR

Die KPC folgte, wenn auch nur sehr vorsichtig und zurückhaltend, während der Ära Dubcek den rumänischen Vorstellungen über die multilateralen Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien:

- Das Präsidium des ZK der KPC betonte die bilateralen Formen der Zusammenarbeit, als es erklärte, die Verträge und Abkommen der sozialistischen Länder seien ein bedeutsamer Faktor der Zusammenarbeit, des Friedens und der kollektiven Sicherheit[121]. Vor dem Hintergrund der Priorität, die die KPC während der Reformzeit dem nationalen Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus einräumte[122], kommt dies der rumänischen Haltung sehr nahe, die vom Primat der bilateralen Formen der Zusammenarbeit bestimmt wird.

- Die KPC bewertete zwar die gemeinsamen Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien positiv[123], doch sie stellte, wie Rumänien, auch fest, der gemeinsamen Sache nütze es nichts, auf den gemeinsamen Beratungen die Tätigkeit und die Politik einzelner Bruderparteien ohne deren Beteiligung zu erörtern[124].

(3) Die anderen sozialistischen Staaten

Im Gegensatz zu Rumänien und der CSSR (unter Dubcek) sind die anderen sozialistischen Staaten der Ansicht, daß internationale Konferenzen das entscheidende Instrument zur Herstellung der Einheit, zur kollektiven Ausarbeitung gemeinsamer Standpunkte der kommunistischen Bewegung wie der sozialistischen Staaten darstellt[125].

Doch trotz der Übereinstimmung in der Frage, welche Funktion die internationalen Konferenzen zu erfüllen haben, ergeben sich noch Differenzen hinsichtlich der Modalitäten, die die Verhandlungen auf diesen Konferenzen bestimmen sollen:

- Die PVAP vertritt den Grundsatz der offenen Diskussion: das heißt, sie wendet sich gegen die Auffassung, daß auf den Beratungen alle Probleme ausgeklammert werden sollen, die umstritten sind, um die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht noch zu vertiefen. Ein solches Vorgehen würde nach Ansicht der PVAP nur zu vagen Beschlüssen führen, die beliebig interpretierbar sind. So entstünde allenfalls der Schein von Einheit, doch in Wirklichkeit herrschte nationale Abkapselung, die die Kraft der kommunistischen Bewegung lähmen würde.

  Die sachliche und parteiliche Konfrontation der Standpunkte könnte dagegen zu einer Verringerung der Diskrepanzen, zu einer Eliminierung scheinbarer und unwesentlicher Unterschiede, zur Klärung der Intentionen und Prämissen jeder Partei führen, und die Arbeiterklasse würde den Standpunkt jeder Partei kennenlernen.

  Die Diskussion über umstrittene Fragen wird für die PVAP somit zur Methode der Ausarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes, sofern alle Invektiven, ungerechtfertigten Vorwürfe und Verleumdungen unterlassen werden.

  Auch das Argument, die offene Diskussion enthülle dem Feind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, läßt die PVAP nicht gelten, denn der Feind kenne diese ohnehin und die offene Diskussion vergrößere obendrein den "Offensivgeist" im ideologischen Kampf gegen die feindliche Propaganda und Diversion[126].

- Die DDR dagegen vertritt die Überzeugung, daß die vorrangige Erörterung und Hervorhebung der Meinungsverschiedenheiten nicht zur Einheit führe, sondern zu grösserer Zwietracht und zur Zersplitterung der revolutionären Kräfte. Der Weg zur wachsenden ideologischen und politischen Einheit führt nach Ansicht der DDR über gemeinsame Aktionen des antiimperialistischen Kampfes[127] und über systematische theoretische Arbeit[128]. Auch die SU ist überzeugt, daß das, "was die Kommunisten aller Länder einander näher bringt ...", an die Spitze der praktischen Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt werden sollte[129].

Hinter dieser Kontroverse stehen offenbar unterschiedliche Ansichten darüber, wie angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten die Effizienz internationaler Beratungen mit der Wahrung der Souveränität der Teilnehmer verknüpft werden kann. Die Erklärung Polens, jede Partei müsse das Recht haben, die Beschlüsse der Beratungen pauschal oder partiell abzulehnen, denn der Grundsatz der vollen Einmütigkeit ließe nur die Alternativen offen, zu stalinistischen Methoden zurückzukehren oder auf solche Beratungen ganz zu verzichten[130], zeigt dieses Dilemma, doch die anderen sozialistischen Staaten nehmen diese Frage nicht auf und umgehen damit das Problem. Auch die polnische Erklärung ist, trotz ihrer Offenheit, nicht konsequent, denn sie übergeht das Problem, welchen Wert Beschlüsse haben, die nicht von allen sozialistischen Staaten getragen werden[131].

c) Die Inkompatibilität von gleichberechtigtem Willensbildungsprozeß und Postulat der Einheit des sozialistischen Lagers

Die Einheit der sozialökonomischen Ordnung, der Ideologie und des Kampfes gegen den Imperialismus kann unter den gegenwärtig im sozialistischen Lager herrschenden Bedingungen mit den Mitteln der gleichberechtigten Wil-

lensbildung nicht hergestellt werden, denn sie ist sowohl Ziel als auch Ausgangspunkt aller Bemühungen um die Einheit des sozialistischen Lagers:

- Ziel muß diese Gemeinsamkeit solange bleiben, wie es sozialistische Staaten gibt, die wie China, Jugoslawien oder die CSSR, die allgemeine Verbindlichkeit des sowjetischen Modells des Sozialismus und der sowjetischen Politik nicht anerkennen.

- Ausgangspunkt aller Bemühungen um die Einheit sind diese Gemeinsamkeiten, weil die Mittel und Methoden, die die sozialistischen Staaten zur Realisierung ihrer Einheit angewandt wissen wollen, ganz auf die Gleichheit aller Parteien und die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit abstellen und daher ganz offensichtlich auf der Überzeugung beruhen, daß sich die gewünschte Einheit aus dem breiten Spektrum der Gemeinsamkeiten ergibt, wenn sich die sozialistischen Staaten nur ernsthaft um die Einheit bemühen, das heißt, die Einheit des sozialistischen Lagers ergibt sich als Produkt eines Willensbildungsprozesses, an dem alle gleichberechtigt teilnehmen, denn diese Gemeinsamkeiten garantieren die Konsensbildung auf der Basis der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus.

Die Anwendung jener Mittel und Methoden, mit deren Hilfe die sozialistischen Staaten ihre Einheit zu verwirklichen trachten, läuft nach all dem auf den Versuch hinaus, einen Soll-Zustand - die Einheit - mit Mitteln zu verwirklichen, die auf einen Ist-Zustand - die Gemeinsamkeiten - abstellen, der dem angestrebten Soll-Zustand bereits entspricht. Ist- und Soll-Zustand des sozialistischen Lagers werden auf diese Weise identisch.

Diese Widersprüchlichkeit könnte auf dreierlei Weise gelöst werden:

- Zum einen könnte die These vertreten werden, es gehe nicht darum, ob die Gemeinsamkeiten der sozialistischen Staaten auch tatsächlich realisierte Gemeinsamkeiten sind, sondern es genüge, wenn sie allgemein anerkannt würden, das heißt, sie müssen nicht tatsächlich existieren, sondern nur subjektiv gewollt sein, um die Einheit

zu verwirklichen. Dieses Argument übersieht freilich die Tatsache, daß dieser Wille, fehlt der objektive Zwang zur Einheit, den die gemeinsame sozialökonomische Ordnung, die Einheit der Ideologie und des Kampfes gegen den Imperialismus begründet, sich nicht notwendigerweise aus der gemeinsamen gleichberechtigten Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte ergeben muß, denn die gleichen subjektiven oder objektiven Ursachen, die die Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen haben[132], können auch verhindern, daß der Wille zur Anerkennung der Gemeinsamkeiten überhaupt erst entsteht. Somit ist dieses Argument nicht in der Lage, die oben erwähnte Widersprüchlichkeit aufzulösen.

- Geht man mit den sozialistischen Staaten davon aus, daß es jenseits aller nationalen Besonderheiten und historischen Bedingungen einen allgemein verbindlichen, weil alleine richtigen Weg zum Sozialismus gibt, der sich in den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus manifestiert, dann können die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den sozialistischen Staaten herrschen, nur so erklärt werden, daß die objektiven Gesetzmäßigkeiten noch so ungenügend erforscht sind, daß einzelne Parteien in die Irre gehen können, denn es wäre ja sinnlos, sich Gesetzmäßigkeiten entziehen zu wollen, deren Existenz man anerkannt hat. Die gemeinsame gleichberechtigte Diskussion der sozialistischen Staaten hätte dann die Funktion, die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus zu erforschen, um die Einheit des sozialistischen Lagers herzustellen. Mit dieser These stimmt aber die Tatsache nicht überein, daß die sozialistischen Staaten diese Gesetzmäßigkeiten offensichtlich nicht als unbekannte Größen betrachten, denn sie machen sie ja zum Maßstab ihres internationalistischen Handelns; sie stimmt aber auch mit dem sowjetischen Anspruch nicht überein, der Menschheit den Weg zum Sozialismus gebahnt und damit die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus erforscht zu haben, der sein Pendant in der Anerkennung findet, die die sozialistischen Staaten den sowjetischen Erfahrungen zollen.

- Geht man daher, wie die sozialistischen Staaten, davon aus, daß die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus erforscht und allgemein anerkannt sind, dann können die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den sozialistischen Staaten bestehen, nur auf die subjektiven Ursachen zurückgeführt werden, das heißt, die Kontroversen werden von Partei-

führungen verursacht, die so weitgehend versagen, daß sie den sinnlosen Versuch unternehmen, sich dem Wirken objektiver Gesetzmäßigkeiten zu entziehen. In solchen Fällen aber müssen die Mittel und Methoden, mit denen die sozialistischen Staaten ihre Einheit herzustellen und zu festigen trachten, völlig versagen, denn sie stellen ja auf die Selbständigkeit aller Parteien ab und müssen daher auch in Kauf nehmen, daß sich einzelne Parteien dem Appell zur Einheit entziehen.

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich, daß die gewünschte Einheit der sozialistischen Staaten unter den zur Zeit herrschenden Bedingungen, das heißt der Kontroversität auch der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, mit den Mitteln des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses nicht in jedem Fall gewährleistet werden kann. Daraus können zwei Konsequenzen gezogen werden: entweder die sozialistischen Staaten verzichten auf das Ziel weitgehender Einheit und Geschlossenheit, weil sie die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der einzelnen Parteien unangetastet lassen wollen, wie es Rumänien tut, wenn es erklärt, die Meinungsverschiedenheiten müßten nicht unbedingt ausgeräumt werden, sondern man solle ihre Beseitigung dem Verlauf der Dinge überlassen, wenn sie nicht durch gütliche Einigung beigelegt werden könnten[133], oder die sozialistischen Staaten bedienen sich zur Herstellung der gewünschten Einheit anderer Mittel und Methoden als der propagierten.

3. Zwangsmittel: Die gemeinsame Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften

Das Postulat, es sei gemeinsame Pflicht aller sozialistischen Staaten, ihre Errungenschaften zu festigen und zu verteidigen[134], ist geeignet, die Mittel und Methoden des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses für den Fall zu ergänzen, daß diese Methoden nicht ausreichen, die ge-

wünschte Einheit des sozialistischen Lagers herzustellen. Inhalt und Funktion des Grundsatzes der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften ergeben sich aus der Analyse seiner Entstehungsgeschichte und seiner theoretischen Begründung.

a) Zur Entstehungsgeschichte des Grundsatzes

Die Moskauer Konferenz der sozialistischen Staaten von 1957 hatte ihre Maxime, die Errungenschaften der sozialistischen Staaten müßten verteidigt werden und dabei sei die brüderliche Hilfe unabdingbarer Bestandteil der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten[135], formuliert, nachdem 1956 das Informationsbüro als das letzte kollektive Koordinierungsorgan der kommunistischen und Arbeiterparteien aufgelöst[136] und der ungarische Aufstand von sowjetischen Truppen niedergeschlagen worden war, was Moskau als Unterstützung der ungarischen Volksarmee und der ungarischen Machtorgane bei deren Kampf um die Wiederherstellung der volksdemokratischen Ordnung gewertet wissen wollte[137]. Der Grundsatz der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften wurde 1968 in Bratislava präzisiert (und von der Moskauer Konferenz 1969 gebilligt), nachdem erneut ein sozialistischer Staat, diesmal die CSSR versucht hatte, eigene Wege, unabhängig von der SU, zu gehen.

Aus dieser Entstehungsgeschichte wird deutlich, daß der Grundsatz der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften die Funktion hat, die Einheit des sozialistischen Lagers (das heißt die Einheit der sozialökonomischen Ordnung, der Ideologie und des Kampfes gegen den Imperialismus) in einer Situation zu wahren, die dadurch bestimmt ist, daß die kommunistische Bewegung einer-

seits kein kollektives Führungsorgan mehr besitzt (weil dies den Bedingungen des internationalen Systems nicht mehr entspricht)[138], während sich andererseits die Hoffnungen, die bei der Auflösung des Informationsbüros ausgesprochen worden waren, nicht oder zumindest nicht mit letzter Konsequenz erfüllt hatten, denn die kommunistischen Parteien, nicht einmal die der sozialistischen Staaten, hatten "neue nutzbringende Formen der Herstellung von Verbindungen und Kontakten zwischen diesen Parteien"[139] gefunden, die in der Lage gewesen wären, die integrativen Funktionen eines Führungsorgans wahrzunehmen, ohne die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Parteien dadurch in Frage zu stellen.

b) Zur theoretischen Fundierung dieses Grundsatzes

In Bratislava wurde die Pflicht der sozialistischen Staaten, ihre sozialistischen Errungenschaften gemeinsam zu verteidigen, mit zwei Argumenten begründet, zum einen mit dem Hinweis auf die internationale Lage und auf die Aggressivität des Imperialismus und zum anderen mit den Notwendigkeiten des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus[140].

Deutlicher wurden die sozialistischen Staaten nur in dem Brief, den die in Warschau versammelten Repräsentanten der Staaten und Parteien des Warschauer Vertrages (außer der CSSR und der SRR) Mitte Juli 1968 an das ZK der KPC richteten. Sie stellten fest, "die Gefahr der Lostrennung der CSSR von der sozialistischen Gemeinschaft" und "die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der CSSR" berühre auch die "gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder", mache damit die "Verteidigung der sozialistischen Ordnung der CSSR" zur Aufgabe aller sozialistischen Staaten und rechtfertige damit

auch das mahnende und helfende Eingreifen dieser Staaten[141], das, so die SU, bis zum bewaffneten Schutz des Sozialismus reichen kann[142].

Dieser - im Westen als "Breshnew-Doktrin" beziehungsweise als "Doktrin von der eingeschränkten Souveränität sozialistischer Staaten" bezeichnete - Grundsatz begründet somit die Pflicht der sozialistischen Staaten, dort, notfalls auch mit Gewalt, einzugreifen, wo ein sozialistischer Staat die sozialistische Gemeinschaft zu verlassen oder/und die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus mißachtet; mit anderen Worten: Er bedroht jene sozialistischen Staaten mit der Intervention ihrer Bündnispartner, die die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und die Prinzipien einer sozialistischen Außenpolitik verraten.

c) Der Grundsatz des Zwanges

Der Grundsatz der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften ist, so wie er sich in der Intervention in der CSSR 1968 konkretisierte, nicht in Einklang mit dem Postulat der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten zu bringen, selbst dann nicht, wenn man den Begriff der Souveränität als "klassenbedingte Kategorie"[143] betrachtet, wenn man also das internationale System vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus analysiert und damit die Notwendigkeit anerkennt, daß die sozialistischen Staaten ihre Souveränität nicht als absolute, sondern als zugunsten der Zwänge des internationalen Klassenkampfes eingeschränkte betrachten müssen. Diesen Standpunkt einzunehmen bedeutet konkret, den Verzicht der sozialistischen Staaten auf Teile ihrer Souveränität mit dem Kampf gegen den Imperia-

lismus und für den Sozialismus zu rechtfertigen. Die Legitimität dieser Rechtfertigung steht und fällt jedoch mit der Vorstellung von dem e i n e n Sozialismus, das heißt, von den sozialistischen Staaten kann nur solange gefordert werden, ihre Souveränität als "klassenbedingte Kategorie" zu betrachten, solange der Sozialismus, um den es zu kämpfen gilt, auch der ihre ist. Da dieser e i n e Sozialismus aber nicht existiert - und anders kann die Tatsache, daß sich die sozialistischen Staaten nicht auf allgemein anerkannte Maßstäbe ihres internationalistischen Handelns einigen konnten, daß es durchaus umstritten ist, wie die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus verwirklicht werden sollen, nicht interpretiert werden -, vermag er auch den Souveränitätsverzicht der sozialistischen Staaten nicht zu rechtfertigen.

So kann der Souveränitätsverzicht von den sozialistischen Staaten allenfalls noch im Namen des Kampfes gegen den Imperialismus gefordert werden. In einer Zeit jedoch, in der das internationale Kräfteverhältnis sich so entwickelt hat, daß die sozialistischen Staaten fähig sind, jeden Gegner zu besiegen[144], muß der Versuch, eine neue Art "Kriegskommunismus"[145] zu propagieren, anachronistisch erscheinen.

Somit ergibt sich: Das Fehlen allgemeinverbindlicher und allgemein anerkannter Maßstäbe internationalistischen Handelns, das Fehlen allgemein anerkannter Regeln darüber, wie die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus so realisiert werden können, daß der in den einzelnen sozialistischen Staaten verwirklichte Sozialismus der Vorstellung des e i n e n Sozialis-

mus entspricht, läßt das Problem, wie im sozialistischen Lager eine einheitliche internationale Strategie und Taktik und wie in allen sozialistischen Staaten die gleiche sozioökonomische Ordnung und die gleiche Ideologie durchgesetzt werden soll, zu einer reinen Machtfrage degenerieren, denn die Doktrin von der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften wird, da sie sich nicht auf einen allen sozialistischen Staaten gemeinsamen Minimalkonsens, auf die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus, berufen kann, zum Instrument der Disziplinierung und Kontrolle in der Hand desjenigen, der, wie die SU, gewillt und in der Lage ist, sein Modell des richtigen Sozialismus gegenüber abweichenden Meinungen, notfalls auch mit militärischer Gewalt, durchzusetzen. Die Tatsache, daß die SU ihren Führungsanspruch so deutlich stellt[146], daß die sozialistischen Staaten diesen Führungsanspruch anerkennen und die SU als "Prüfstein" des sozialistischen Internationalismus betrachten[147], zeigt deutlich, daß sich die sozialistischen Staaten dieser Lage bewußt sind.

D Ergebnis

In den Ansichten, die die Staaten des Warschauer Vertrages über den sozialistischen Internationalismus entwickelten, spiegelt sich der Dualismus zweier Prinzipien wider:

- Der Verzicht auf ein zentrales internationales Führungsorgan, die Anerkennung der Möglichkeit, daß es auch zwischen sozialistischen Staaten Meinungsverschiedenheiten geben kann, und die Tatsache, daß diese Länder die Mittel und Methoden des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses deutlich in den Vordergrund der Analyse des sozialistischen Internationalismus rücken, sind geeignet, den Eindruck zu erwecken, die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten seien zunehmend nur noch von den "allgemein demokratischen Prinzipien des Völkerrechts" bestimmt[148], so daß sie sich faktisch kaum noch von jenen Beziehungen unterscheiden, die zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung herrschen.

- Dieser Eindruck wird jedoch verwischt, hält man sich vor Augen, daß die sozialistischen Staaten zwar auf die Doktrin der absoluten Einheit ebenso verzichtet haben wie auf die Konkretisierung dieser Doktrin mit den Mitteln des Terrors und der Gewalt, daß sie aber diese Doktrin nicht völlig aufgegeben haben, sondern sie nur relativiert haben; sie halten am Postulat der Einheit der Ideologie, der sozialökonomischen Ordnung und des antiimperialistischen Kampfes fest, und sie haben sich in der Doktrin der gemeinsamen Verteidigung ihrer sozialistischen Errungenschaften auch das Instrument geschaffen, mit dessen Hilfe sie diese - relativierte - Einheit durchzusetzen vermögen, wenn die Mittel und Methoden des gleichberechtigten Willensbildungsprozesses versagen.

Die Existenz und die Funktion der "Breshnew-Doktrin" sowie ihre Anwendung 1968 in der CSSR dürfen jedoch nicht zu dem Schluß führen, die sowjetische Außenpolitik habe ihren "totalitären Charakter" nicht verloren, sei eine "ausgesprochen machiavellistische Machtpolitik" geblieben und das System der sozialistischen Staaten sei ein "sowjetischer Hegemonialverband"[149]. Der dualistische Charakter des die inneren Beziehungen im sozialistischen

Staatensystem bestimmenden sozialistischen Internationalismus ebenso wie die Tatsache, daß eine Politik wie die rumänische oder daß Wirtschaftsreformen wie die ungarischen[150] möglich sind, ohne daß die SU die Doktrin von der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften anwendet, zwingen zur Überprüfung der Vorstellung vom "Hegemonialverband", zwingen zur Analyse der Praxis des sozialistischen Internationalismus, denn es ist ganz offensichtlich, daß es nicht die "Breshnew-Doktrin" allein ist, die die innersozialistischen Beziehungen bestimmt.

6. KAPITEL: DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE EINHEIT DER SOZIALISTISCHEN STAATEN[1]

Die Forderung nach der Einheit des sozialistischen Lagers erstreckt sich, wie oben deutlich wurde, auf den Bereich der Ideologie, auf den Bereich der sozialökonomischen Ordnung und auf den Bereich des internationalen Klassenkampfes.

A Die ideologische Einheit der sozialistischen Staaten

1. Die Grundlagen des Kampfes um die ideologische Einheit

Der Kampf um die ideologische Einheit der sozialistischen Staaten, den es nicht nur zu führen gilt, um die ideologische Front gegen die imperialistische Diversion zu festigen[2], sondern auch um die gegenwärtigen Kampfformen der sozialistischen Staaten theoretisch zu durchdringen und den Erbauern des Sozialismus und des Kommunismus dadurch "Kraft und Gewißheit" zu geben[3], ist Kampf um die "Reinheit der marxistisch-leninistischen Prinzipien", ist Kampf gegen rechte und linke Abweichungen von diesen Prinzipien, ist Kampf gegen Revisionismus und Dogmatismus[4].

a) Die Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

(1) Der Revisionismus

Auf der Moskauer Konferenz von 1957 kennzeichneten die sozialistischen Staaten den Revisionismus als "rechten Opportunismus", als eine "Ausdrucksform der bürgerlichen Ideologie, die die revolutionäre Energie der Arbeiterklasse lähmt und die Erhaltung oder Restauration des Kapitalismus fordert". Sie machten als "innere Quelle"

des Revisionismus in den sozialistischen Staaten den Einfluß der gestürzten Bougeoisie, des Kleinbürgertums und der bürgerlichen Intelligenz und als "äußere Quelle" das "Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus" aus. Der Revisionismus, so stellten sie fest, wende sich "gegen die historische Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariates beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus", er leugne die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, er lehne die Prinzipien des proletarischen Internationalismus ab und er fordere den "Verzicht auf die grundlegenden leninschen Prinzipien des Parteiaufbaus und vor allem auf den demokratischen Zentralismus", er fordere, "daß die kommunistische Partei aus einer revolutionären Kampforganisation in eine Art Diskutierklub verwandelt wird"[5].

(2) Der Dogmatismus

Ist der Revisionismus durch mangelnde Festigkeit und Prinzipientreue gekennzeichnet, so betont der Dogmatismus diese Festigkeit auf Kosten des "schöpferischen Herangehens an die gesellschaftlichen Entwicklungsprobleme"[6].

> "Dogmatismus und Sektierertum erschweren die Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus und seine schöpferische Anwendung auf die sich verändernden konkreten Verhältnisse, setzen an die Stelle des Studiums der konkreten Situation Zitate und Buchstabengelehrtheit, führen zur Loslösung der Partei von den Massen. Eine Partei, die sich sektiererisch abkapselt und von den breiten Massen losgelöst hat, kann die Sache der Arbeiterklasse nie zum Sieg führen"[7].

b) Die Folgen der Abweichungen vom Marxismus-Leninismus

Für die sozialistischen Staaten zählen nicht die Unterschiede zwischen Dogmatismus und Revisionismus, sondern

die "gleich schädlichen Folgen" beider Abweichungen vom Marxismus-Leninismus: "Sie schwächen die Kampffähigkeit der kommunistischen Parteien, untergraben die revolutionären Positionen der Arbeiterklasse und die Einheit der antiimperialistischen Kräfte."[8]

Bereits auf der Moskauer Konferenz von 1957 hatten die sozialistischen Staaten daher Revisionismus und Dogmatismus gleichermaßen verurteilt. Sie hatten zwar festgestellt, "unter den gegenwärtigen Umständen" bilde der Revisionismus die "Hauptgefahr", doch sie überließen es darüber hinaus jeder Partei, darüber zu entscheiden, "welche Gefahr für sie im gegebenen Zeitpunkt die Hauptgefahr ist"[9]. Auch auf der Moskauer Konferenz von 1969 versicherten die Teilnehmer, sie würden den Marxismus-Leninismus gegen alle Entstellungen gleichermaßen verteidigen, "entsprechend den konkreten Bedingungen gegen rechts- und linksopportunistische Entstellungen"[10].

c) Ergebnis

Die sozialistischen Staaten verzichten, wie auch schon oben deutlich wurde[11], weitgehend darauf, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, deren Reinheit es um der ideologischen Einheit willen zu schützen gilt, inhaltlich zu definieren. Statt dessen versuchen sie, von der Fiktion ausgehend, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus stünden fest und seien unumstritten, revisionistische und dogmatische Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zu bestimmen, wobei ihnen allerdings nie konkretere Definitionen gelingen als jene, der Revisionismus zeichne sich durch mangelnde Prinzipientreue und die Anpassung an kapitalistische Vorstellungen aus, während der Dogmatismus die Prinzipientreue auf Kosten des schöpferischen Herangehens an die Probleme der gesellschaftlichen Ent-

wicklung übertreibe. Die sozialistischen Staaten geben also nur zwei Richtungen an, die die Deformation des Marxismus-Leninismus einschlagen kann, nennen einige Prinzipien, die auf diesem Weg verletzt werden können, doch sie beschreiben keine Grenzen, deren Überschreiten zum Dogmatismus beziehungsweise Revisionismus führt[12].

Daraus ergibt sich:

Solange weder die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, noch der Revisionismus, noch der Dogmatismus so konkret, daß daraus deutliche Leitlinien für den Aufbau des Sozialismus in jedem Land abzuleiten sind, und zugleich so abstrakt definiert werden, daß diese Leitlinien in jedem Land und zu jeder Zeit ihre Gültigkeit behalten und damit erst Allgemeinverbindlichkeit beanspruchen können, solange kann jeder sozialistische Staat der Formel zustimmen, er werde den Marxismus-Leninismus vor allen revisionistischen und dogmatischen Entstellungen bewahren, denn mit dieser Zustimmung geht er keinerlei konkrete Verpflichtungen ein.

Trotz ihrer Inhaltslosigkeit ist diese Formel aber nicht funktionslos, denn sie ist geeignet, die im sozialistischen Lager herrschenden Machtverhältnisse zu stabilisieren: Sie postuliert zwar, das geht aus der Ablehnung des Dogmatismus hervor, grundsätzlich die Notwendigkeit, die Theorie des Marxismus-Leninismus müsse den sich ändernden konkreten Verhältnissen entsprechend entwickelt werden, und sie verurteilt allzu große Prinzipientreue als Dogmatismus, doch gleichzeitig behindert sie die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, indem sie eine zu weitgehende Anpassung an die konkreten Verhältnisse als Revisionismus verdammt und damit, da hinter dieser Verdammung ja die aus dem Prinzip der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften abgeleitete

Interventionsdrohung steht[13], alle Versuche bedroht, den Marxismus-Leninismus den sich wandelnden konkreten Verhältnissen anzupassen. Da die Entfaltung des innovativen Elementes damit entscheidend eingeschränkt wird, kann diese Formel ihren systemstabilisierenden Charakter nicht verleugnen.

2. Der Kampf um die ideologische Einheit

a) Der Kampf der SU[14]

Bei dem Bemühen, die ideologische Einheit des sozialistischen Lagers zu wahren und zu festigen, setzte sich die SU (in den Jahren 1966 bis 1969) mit zwei Gegnern auseinander, mit dem chinesischen Dogmatismus und mit dem tschechoslowakischen Revisionismus[15].

(1) Der Kampf gegen den chinesischen Dogmatismus[16]

Die Nachfolger Chruschtschows widmeten, anders als dieser[17], der ideologischen Auseinandersetzung mit Peking nur geringe Aufmerksamkeit, offenbar in der Hoffnung, die bestehenden "Meinungsverschiedenheiten" überwinden zu können[18]. Erst mit der "Kulturrevolution", mit den Grenzzwischenfällen am Ussuri und mit dem IX. Parteitag der KPCh (April 1969) änderte sich dies[19]. Auf der Moskauer Konferenz griff Breshnew die chinesische Parteiführung heftig an: der IX. Parteitag markiere eine neue Etappe in der Evolution der ideologischen Leitsätze des Maoismus; die Ideen Mao Tsetungs würden im neuen Status der KPCh "zum Marxismus-Leninismus der jetzigen Epoche" proklamiert und die chinesische Presse verkünde offen die Aufgabe, "'das Banner der Ideen Mao Tse-tungs auf dem ganzen Erdball aufzupflanzen'"; Peking habe in "Fragen der Theorie", in "allen

Kardinalfragen der Gegenwart", die "prinzipielle Linie der kommunistischen Bewegung" revidiert. Breshnew konkretisierte diese pauschalen Vorwürfe allerdings nur dort, wo er Peking dessen "Kritik an der friedlichen Koexistenz" vorwarf[20]. Da er jedoch die Haltung der chinesischen Parteiführung als "krasses Beispiel" dafür anführte, "... welcher Schaden der gemeinsamen Sache der Kommunisten durch die Abkehr vom Marxismus-Leninismus ... zugefügt werden kann ...", müssen auch jene Vorwürfe, die er gegenüber den "Linksopportunisten" im allgemeinen erhob[21], auf Peking bezogen werden, nämlich die Tarnung mit "linksradikalistischen Phrasen", die Aufhetzung der Massen "zu abenteuerlichen Aktionen", die Abdrängung der Partei "auf einen sektiererischen Weg" und der "Übergang auf nationalistische Positionen"[22].

Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau wies somit zwei Merkmale auf: Die SU ließ einerseits keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie den Maoismus als unvereinbar mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus ablehnte; andererseits jedoch vermied sie ausführliche Konfrontationen der ideologischen Standpunkte, wie sie noch unter Chruschtschow üblich gewesen waren. Diese Politik ist offenbar Ausdruck des grundsätzlichen Standpunktes der SU, die Beziehungen zu China zu normalisieren, ohne die eigenen ideologischen Positionen zu räumen[23].

(2) Der Kampf gegen den tschechoslowakischen Revisionismus[24]

(a) Die Ursachen des tschechoslowakischen Revisionismus

Während die SU sich die Frage, worauf die Existenz revisionistischer Vorstellungen in der CSSR zurückzuführen ist, vor der Intervention gar nicht erst stellte und nach der Intervention sich lediglich mit der Feststellung begnügte,

jene Kreise der tschechoslowakischen Gesellschaft, in denen dem Sozialismus feindliche Stimmungen herrschten, hätten "unter dem Einfluß bürgerlicher Anschauungen und imperialistischer Propaganda" gestanden[25], beantwortete sie die Frage, wie die antisozialistischen und revisionistischen Kräfte in der CSSR so stark werden konnten, daß "eine reale Gefahr für die sozialistischen Errungenschaften der Tschechoslowakei" entstand, eindeutiger: die Ablösung Novotnys und die Korrekturen der Mängel und Fehler, die unter seiner Führung aufgetreten waren, hätten die führende Rolle der KPC geschwächt und damit die antisozialistischen und revisionistischen Elemente gestärkt; die Aktivierung dieser Kräfte sei auch noch durch die den Prinzipien des Marxismus-Leninismus widersprechende Haltung eines Teiles der Führung der KPC gefördert worden[26]. Konkrete Gefahr drohte den sozialistischen Errungenschaften der CSSR nach Überzeugung der SU, als sich die revisionistischen Elemente in der KPC - geführt von der "rechtsopportunistischen Minderheit" des Präsidiums des ZK der KPC, an deren Spitze Dubcek stand - mit den konterrevolutionären Kräften verbündeten, die die "prinzipielle Linie"[27] vertretende Mehrheit im Präsidium des ZK ausspielte und mit Hilfe des Imperialismus versuchte, die CSSR vom Weg des Sozialismus abzudrängen[28].

(b) Die Abweichungen des tschechoslowakischen Revisionismus vom Marxismus-Leninismus

In der CSSR habe, so stellte die SU fest, ein umfassender Angriff der Reaktion auf die marxistisch-leninistische Ideologie stattgefunden, der das Ziel verfolgt habe, "die ideologisch-theoretische Basis der Kommunisten zu unterhöhlen, den wissenschaftlichen Sozialismus durch andere ideologische Konzeptionen zu ersetzen"[29].

Die SU konkretisierte diesen pauschalen Vorwurf nur in zwei Punkten und konzentrierte ihre Kritik im übrigen auf die Formen des sozialistischen Aufbaus in der CSSR, das heißt, sie unterließ es weitgehend, sich mit dem demokratischen Sozialismus Prags auf ideologisch-theoretischer Ebene auseinanderzusetzen[30]:

- Sie warf der CSSR vor, es habe in der KPC Stimmen gegeben, die erklärten, der Leninismus sei keine einheitliche internationale Lehre, sondern eine russische Variante des Marxismus. Dem Leninismus sei in der CSSR vorgehalten worden, er monopolisiere die Interpretation des Marxismus, er überschätze die revolutionären Prinzipien des Marxismus, die zur rein äußerlichen Seite der persönlichen Tätigkeit von Marx zu rechnen seien und die daher nichts mit der eigentlichen Lehre von Marx zu tun hätten, weil er die revolutionäre Gewalt und den Willen einer kleinen Gruppe von Revolutionären für die wichtigsten Triebkräfte der Geschichte halte, und er verabsolutiere die eigenen Erfahrungen, die aus rein russisch bestimmten Bedingungen resultieren[31].

- Die SU bezichtigte die KPC, in der CSSR seien große Anstrengungen unternommen worden, "im Volk Stimmungen zu entfachen, die nicht anders als nationalistisch bezeichnet werden können[32].

(3) Das Verhalten der SU gegenüber dem tschechoslowakischen Revisionismus und gegenüber dem chinesischen Dogmatismus (Vergleich)

Der augenscheinlichste Unterschied zwischen dem Verhalten, das die SU gegenüber dem chinesischen Dogmatismus an den Tag legte, und dem, das sie gegenüber dem tschechoslowakischen Revisionismus zeigte, ist die Tatsache, daß die SU der Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus mehr Aufmerksamkeit widmete als der mit dem chinesischen Dogmatismus, und die augenscheinlichste Gemeinsamkeit ist die, daß sich die SU weder mit Peking noch mit Prag auf eine ausführliche ideologisch-theoretische

Diskussion einließ, sondern es in beiden Fällen bei pauschalen Urteilen beließ.

Die Frage, warum die SU der ideologischen Auseinandersetzung mit Prag mehr Aufmerksamkeit widmete als der mit Peking, erklärt sich offensichtlich aus der unterschiedlichen Politik, die Moskau gegenüber Prag und Peking verfolgte:

- Während die Intervention in der CSSR die Rechtfertigung dieses Vorgehens unumgänglich machte[33],
- konnte sich die SU im Falle Chinas damit begnügen, ihren ideologischen Führungsanspruch aufrechtzuerhalten, was sie mit der pauschalen Verurteilung des Maoismus und seines Anspruchs tat, den Marxismus-Leninismus der Gegenwart zu verkörpern, denn solange die SU nicht zur Anwendung militärischer Gewalt gewillt und Peking entschlossen war, seinen Weg fortzusetzen, war diese Taktik, verbunden mit dem Bemühen, die Beziehungen zwischen Peking und Moskau zu normalisieren, die einzige Möglichkeit für die SU, mit China zu koexistieren, ohne ihren Führungsanspruch aufzugeben. Diese Taktik hatte, selbst wenn sich die Beziehungen nicht besserten, zudem den Vorteil, sowjetische "Besonnenheit" dem "feindseligen Kurs" Chinas entgegensetzen zu können und damit den Eindruck zu erwecken, hier ginge es nur um die chinesische Aggressivität und nicht um die Durchsetzung hegemonialer Ansprüche beider Seiten[34].

Es bleibt somit noch zu erklären, warum die SU sowohl im Falle des tschechoslowakischen Revisionismus als auch im Falle des chinesischen Dogmatismus eine ausführliche ideologisch-theoretische Auseinandersetzung vermied, obwohl sie doch ganz offensichtlich davon überzeugt war, daß beide Entstellungen des Marxismus-Leninismus die ideologische Einheit des sozialistischen Lagers beeinträchtigten und die sozialistischen Errungenschaften der CSSR und Chinas bedrohten und damit die Voraussetzungen gegeben waren, die nach sowjetischer Ansicht Kritik und Eingreifen der anderen sozialistischen Staaten rechtfertigen[35].

Geht man von der Tatsache aus, daß sowohl Peking wie auch Prag das sowjetische Modell des Sozialismus und damit die Moskauer Version des Marxismus-Leninismus fundamental in Frage stellten[36], dann hätte die Taktik, sich in eine ausgedehnte ideologisch-theoretische Auseinandersetzung darüber einzulassen, wie die Probleme des sozialistischen Aufbaus den Prinzipien des Marxismus-Leninismus entsprechend am besten bewältigt werden können, folgende Implikationen und Konsequenzen zeitigen können:

- Die SU liefe Gefahr, ihres ideologischen Führungsanspruchs selbst dann verlustig zu gehen, wenn ihre ideologische Auseinandersetzung in eine Verurteilung des chinesischen beziehungsweise des tschechoslowakischen Kurses mündet, denn eine ausführliche und offene Debatte über das Problem des besten und richtigen Weges zum Sozialismus wäre zweifelsohne geeignet, den sowjetischen Anspruch zu relativieren, die SU bahne der Menschheit den Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus: Die SU baut bereits den Kommunismus auf und muß daher die Überzeugung vertreten, die Probleme der entwickelten sozialistischen Gesellschaft im Bereich der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus bereits gelöst zu haben.

- Die Auslösung einer allgemeinen ideologisch-theoretischen Diskussion über die beste Lösung der Probleme der entwickelten sozialistischen Gesellschaft bliebe sicherlich nicht ohne Rückwirkung auf die SU selbst; eine solche Diskussion würde auch die Richtigkeit und die Berechtigung der sowjetischen Lösung dieser Probleme in der SU selbst zur Diskussion stellen, könnte den Wunsch nach ähnlichen Kursänderungen wecken, wie sie die KPC mit ihren Reformbeschlüssen vollzog; innenpolitische Instabilität könnte die Folge sein, die ihrerseits wiederum die führende Rolle der SU im sozialistischen Lager schwächen könnte[37].

Aus all dem ergibt sich: Die KPdSU vermied es, sich mit dem tschechoslowakischen Revisionismus und dem chinesischen Dogmatismus ausführlich auseinanderzusetzen, um ihren ideologischen Führungsanspruch im sozialistischen Lager und die Stabilität der Herrschaftsverhältnisse in der SU nicht zu gefährden.

b) Die Haltung der anderen sozialistischen Staaten

(1) In der ideologischen Auseinandersetzung mit dem chinesischen Dogmatismus

Zwei charakteristische Merkmale wies das Verhalten der nichtsowjetischen sozialistischen Staaten in der ideologischen Auseinandersetzung mit Peking auf:

- Alle Staaten des Warschauer Vertrages, außer Rumänien, verurteilten den Maoismus ebenso wie die SU als dogmatische, sektiererische oder linksopportunistische Abweichung vom Marxismus-Leninismus[38].

- Die ideologische Auseinandersetzung mit Peking überließen die sozialistischen Staaten darüber hinaus jedoch weitgehend der SU; sie beteiligten sich an dieser Auseinandersetzung nicht, wiederholten, falls sie überhaupt zu einer solchen Auseinandersetzung kamen, nur die sowjetischen Thesen und Argumente[39].

Ein Vergleich dieses Verhaltens mit dem der SU muß zu folgendem Ergebnis führen[40]:

- Die Bündnispartner der SU wollten zum einen sicherlich der Infragestellung jener Prinzipien des Marxismus-Leninismus begegnen, die den Aufbau des Sozialismus nicht nur in der SU, sondern auch in ihren eigenen Ländern bestimmen; sie verurteilten daher die Ideen Mao Tse-tungs als dogmatische Entstellung des Marxismus-Leninismus[41].

- Zum anderen waren sie offensichtlich vor allem auch bemüht, den Führungsanspruch der SU zu unterstützen, indem sie im chinesisch-sowjetischen Konflikt die Partei der SU ergriffen und es vermieden, die Politik der SU zu unterlaufen, die an einer gründlichen Auseinandersetzung mit den Ideen Mao Tse-tungs offenbar nicht interessiert war[42].

Somit ergibt sich: Ebenso wie für die SU war die ideologische Auseinandersetzung mit Peking auch für die übrigen so-

zialistischen Staaten weniger ein Kampf um die Reinheit des Marxismus-Leninismus als ein Kampf um die Durchsetzung des sowjetischen Führungsanspruchs.

(2) Der Kampf gegen den tschechoslowakischen Revisionismus

(a) Die Haltung der Staaten des Warschauer Vertrages (außer SU und CSSR)

Wie die SU vermieden auch die übrigen Staaten des Warschauer Vertrages eine gründliche ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Prager Revisionismus, darüber hinaus jedoch wichen einige von ihnen deutlich vom sowjetischen Verhalten ab:

- Für Rumänien stellte sich das Problem des tschechoslowakischen Revisionismus überhaupt nicht; es war überzeugt, der Reformkurs der KPC entspräche den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus, und es verteidigte das Recht der CSSR, ihren Weg selbst zu bestimmen[43].
- Ungarn erklärte ausdrücklich, der Reformkurs entspräche grundsätzlich den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, was die SU (ebenso wie die DDR und Bulgarien) nie getan hatte; sie warf der KPC lediglich vor, sie habe bei der Absicherung ihres prinzipiell richtigen Kurses gegenüber den antisozialistischen Kräften versagt[44].
- Polen erklärte (und übertraf damit die SU), die Kursänderung der KPC sei berechtigt gewesen[45].

a) 1. Die Haltung Rumäniens

Rumänien beteiligte sich aus zwei Gründen nicht an der Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus, zum einen weil es den Vorwurf des Revisionismus nicht für gerechtfertigt hielt, und zum anderen weil es eine solche Auseinandersetzung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR, als eine Verletzung ihrer Souveränität ablehnte.

Es scheint allerdings, als sei der letztere Grund der ausschlaggebende gewesen. Für diese Vermutung sprechen nicht nur die Unabhängigkeitsbestrebungen der RKP, sondern auch folgende Argumente:

- Die RKP befürwortete den Nach-Januar-Kurs der KPC nicht uneingeschränkt, wenn sie erklärte, dieser Kurs sei von einigen antisozialistischen Tendenzen so wie von der Aktion der mit der Vergangenheit verbundenen konservativen Kräfte und sektiererischen Elementen begleitet[46].

- Die Entwicklung in der CSSR stellte auch die rumänischen ökonomischen und politischen Leitungsmethoden zur Diskussion, die ebenso wie die der anderen Staaten des Warschauer Vertrages aus einer der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vorangegangenen Phase stammen. Die Fortsetzung des tschechoslowakischen Experimentes hätte also auch in Rumänien die Notwendigkeit mit sich bringen können, sich mit dem tschechoslowakischen Modell eines demokratischen Sozialismus auseinanderzusetzen. Es lag daher nicht unbedingt im Interesse der RKP, allzu deutlich den Prager Reformkurs als richtig, als den Prinzipien des Marxismus-Leninismus entsprechend anzuerkennen[47].

Betrachtet man die These, Rumänien habe sich deswegen nicht an der Auseinandersetzung mit der CSSR beteiligt, weil es die Souveränität der CSSR achtete, mit diesen Argumenten als bewiesen, dann diente die Anerkennung, die die RKP der marxistisch-leninistischen Prinzipientreue der Prager Politik zollte, vor allem dazu, die RKP vor der Anschuldigung zu schützen, sie vertrete einen abstrakten, klassenindifferenten Souveränitätsbegriff, während der Hinweis auf die Schwierigkeiten und Hindernisse, mit denen Prag bei der Verwirklichung seiner Reformpolitik zu kämpfen hatte, dem Zweck diente, den eigenen innenpolitischen Kurs davor zu bewahren, mit der tschechoslowakischen Reformpolitik verglichen zu werden.

a) 2. Die Haltung Ungarns

Die Frage, welche Gründe Ungarn veranlaßten, ausdrücklich festzustellen, die Reformbeschlüsse der KPC entsprächen den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, ließe sich zunächst einfach damit beantworten, daß diese Feststellung Budapest der Notwendigkeit enthob, sich auf eine umfassende ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Prager Modell eines demokratischen Sozialismus einzulassen, die für Ungarn höchst unerwünschte innen- und außenpolitische Konsequenzen haben mußte: Eine solche Auseinandersetzung hätte es nicht nur in Gegensatz zur SU gebracht, die ja daran interessiert war, eine solche Auseinandersetzung zu vermeiden[48], sondern sie hätte auch seine eigene innere Ordnung in Frage gestellt; Budapest, das selbst, wenn auch sehr viel vorsichtiger als die CSSR, den Prager Reformbeschlüssen ähnliche Maßnahmen eingeleitet hatte[49], mußte die Diskussion des Prager Reformmodells vermeiden, weil eine solche Diskussion beschleunigend auf die Verwirklichung der eigenen Reformmaßnahmen wirken mußte; es hätte dann die Gefahr entstehen können, daß der Reformprozeß der Kontrolle der Partei entglitten wäre, was nicht nur eine Minderung der führenden Rolle der Partei gleichgekommen, sondern sicherlich auch das Mißtrauen der SU geweckt hätte. An beidem konnte Budapest nicht interessiert sein, denn die vorsichtig eingeleiteten ungarischen Reformen, setzten, sollten sie erfolgreich sein, eine straffe Kontrolle durch die USAP - sowohl um den Reformprozeß zu steuern (das heißt ihn vor Mißbrauch durch antisozialistische Elemente zu schützen) als auch um ihn gegenüber sowjetischen Interventionen abzusichern - und die Absicherung gegen die Möglichkeit voraus, daß sich die Ereignisse von 1956 wiederholten.

Damit ist aber lediglich geklärt, warum Ungarn eine ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus vermied, ungeklärt dagegen ist die Frage, warum Ungarn, im Gegensatz zur SU, zur DDR und zu Bulgarien, ausdrücklich feststellte, die Reformbeschlüsse der KPC entsprächen den Prinzipien des Marxismus-Leninismus:

Die Tatsache, daß die ausdrückliche Billigung der tschechoslowakischen Reformpolitik, gekoppelt mit einer Kritik an der ungenügenden Durchführung dieser Politik, geeignet war, die Bewegungsfreiheit Ungarns bei der Verwirklichung der eigenen Reformpolitik zu erhöhen, kann diese Frage beantworten; gelang es Ungarn, mit seiner Stimmabgabe dafür Sorge zu tragen, daß die CSSR ihren Kurs fortsetzen konnte, dann konnte es seinen eigenen Kurs sicherlich sehr viel freier von äußeren Einflüssen fortsetzen, denn die Duldung der tschechoslowakischen Reformpolitik hätte die ungarische überzeugung bestätigt, es gäbe kein obligatorisches Modell für den Aufbau des Sozialismus[50]. Da sich Ungarn nicht vorbehaltslos mit der Prager Politik solidarisierte, konnte es auch hoffen, bei den Gegnern dieser Politik Gehör zu finden.

a) 3. Die Haltung Polens

Auch Polen mußte eine ausführliche ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus wegen unerwünschter außen- und innenpolitischer Folgen einer solchen Auseinandersetzung vermeiden:

- Ebenso wie Ungarn wäre Polen, hätte es eine solche Auseinandersetzung ausgelöst, in Gegensatz zur SU geraten.
- Polen hatte gerade, im März 1968, eine Rebellion der Intelligenz unterdrückt, und es mußte daher Vergleiche mit dem tschechoslowakischen Modell eines demokratischen Sozialismus scheuen, denn dieser wäre geeignet gewesen, erneute Proteste gegen das Regime Gomulkas auszulösen.

Damit ist aber lediglich geklärt, warum Polen die ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus vermied; ungeklärt ist, warum es sich nicht, wie die SU, darauf beschränkte, die Prager Reformbeschlüsse als innere Angelegenheit der CSSR zu betrachten und ihnen "volles Verständnis" entgegenzubringen, sondern diese Beschlüsse als berechtigt bezeichnen mußte[51].

Im Falle Polens kann dieser Unterschied nicht wie in dem Ungarns mit der Identität bestimmter Reformintentionen Polens und der CSSR erklärt werden, denn Polen leitete im Gegensatz zu Ungarn keinerlei Reformvorhaben (außer im Bereich des ökonomischen Leitungs- und Planungssystems) ein, sondern es hatte seinen innenpolitischen Kurs 1968 noch verschärft, was die Märzereignisse provoziert hatte, die dann den Vorwand für weitere repressive Maßnahmen geliefert hatten[52].

Die unterschiedliche Bewertung der Prager Absichten durch Warschau und Moskau kann daher nur dadurch erklärt werden, daß Polen offensichtlich in erster Linie daran interessiert war, eine ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Prager Modell eines demokratischen Sozialismus zu vermeiden, so daß es, um einer solchen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen, bereit war, die Berechtigung des Prager Reformansatzes anzuerkennen, da dies die einzige Möglichkeit war, Prag des Revisionismus zu bezichtigen und die konkreten Erscheinungsformen dieses Revisionismus zu kritisieren (anstelle des Revisionismus selbst). Da Warschau sich nicht in dem Maße mit dem sowjetischen Weg zum Sozialismus und Kommunismus identifiziert wie Moskau und auch nicht den daraus resultierenden Anspruch erhebt, die ideologische Führungsposition im sozialistischen Lager einzunehmen, konnte es so taktieren, ohne fürchten

zu müssen, einen ideologischen Führungsanspruch zu verlieren, mit anderen Worten: Polen war nicht zu der Inkonsequenz gezwungen, um eines ideologischen Führungsanspruchs willen einen der eigenen Ablehnung verfallenen Reformansatz wie die SU "volles Verständnis" entgegenbringen zu müssen.

Da Polen diese Inkonsequenz mied und da die DDR und Bulgarien grundsätzlich in derselben Situation waren und diese Inkonsequenz ebenso wie die SU nicht vermieden, ist zu fragen, warum Polen sich hier vom sowjetischen Verhalten absetzte und der sowjetischen Politik weniger konsequent folgte. Diese Frage kann zum einen mit dem Hinweis darauf beantwortet werden, daß Polen sich dem sowjetischen Vorbild offenbar weniger eng als Bulgarien und die DDR anschließt (was freilich durch weitere Analysen des polnischen Verhaltens abgesichert werden müßte)[53], und zum anderen damit erklärt werden, daß Gomulka die Macht in Polen 1956 unter ähnlichen Bedingungen übernommen hatte wie Dubcek 1968, so daß die PVAP, obwohl sie längst alle Reformansätze aufgegeben hatte, die Berechtigung der tschechoslowakischen Intentionen nicht ohne weiteres leugnen konnte, wenn sie diesen auch, wie ihre Politik gegenüber der CSSR deutlich machte[54], völlig ablehnend gegenüberstand.

(b) Die Haltung der CSSR

b) 1. Während der Reformzeit

Angesichts der Kritik am Reformkurs der KPC bestand das taktische Konzept der Prager Parteiführung darin, einerseits am Inhalt des Reformkurses kompromißlos festzuhalten und das Aktionsprogramm konsequent zu realisieren,

andererseits aber die Berechtigung der Besorgnis, der Demokratisierungsprozeß könne von antisozialistischen Kräften mißbraucht werden, nicht zu bestreiten und daraus zu folgern, die Politik der Prager Parteiführung bedürfe, um weder der konservativen Restauration noch den anarchistischen Tendenzen zu unterliegen, der rückhaltlosen Unterstützung seitens der kommunistischen Bruderparteien[55].

Ihre Ergänzung fand diese Politik in der permanenten Versicherung, die CSSR gehöre zum sozialistischen Lager, stehe treu zu ihren Bündnispflichten und betrachte als Grundorientierung ihrer Außenpolitik das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der SU und den übrigen sozialistischen Staaten[56]. Dieses Verhalten dürfte von der Überlegung bestimmt gewesen sein, daß die Reformpolitik, angesichts der Ablehnung, auf die sie bei den anderen sozialistischen Staaten gestoßen war, nur fortgeführt werden konnte, wenn es der CSSR gelang, ihre Bündnispartner zumindest für eine Politik der Nichteinmischung zu gewinnen; dies wiederum konnte sie nur erreichen, wenn sie ihre Bündnispartner davon überzeugte, daß es sich bei ihrer Reformpolitik lediglich um die schöpferische Anwendung der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus entsprechend den tschechoslowakischen Bedingungen handelte. Da die tschechoslowakische Entwicklung aber durchaus von allgemeinem Interesse für alle sozialistischen Staaten war, und da sich alle Beteiligten über diese Tatsache im klaren gewesen sein dürften - die SU war es jedenfalls[57], mußte die KPC bestrebt sein, ihren Bündnispartnern ein Alibi für ihre Nichteinmischung zu schaffen. Die mindeste Voraussetzung für ein solches Alibi war propagandistische Enthaltsamkeit, war das Bemühen, das tschechoslowakische Experiment als etwas durchaus Normales und Alltägliches totzuschweigen, um zu vermeiden, daß sich die

allgemeine Aufmerksamkeit auf dieses Experiment richtete, um zu verhindern, daß für jedermann erkennbar wurde, daß sich in der CSSR eine Entwicklung vollzog, die geeignet war, ein Alternativmodell zu der in allen sozialistischen Staaten errichteten und praktizierten Ordnung hervorzubringen.

Es lag in dieser Situation also im Interesse der CSSR, einer grundsätzlichen ideologisch-theoretischen Auseinandersetzung um den Reformkurs aus dem Wege zu gehen.

b) 2. Nach der Intervention

Nach der Intervention distanzierte sich Prag etappenweise von der Nach-Januar-Politik der KPC:

- Nach der Intervention wurde zunächst versichert, die Nach-Januar-Politik werde fortgesetzt[58], doch zu gleicher Zeit wurde - im Bereich der Kontrolle der Massenmedien, in der Kaderpolitik, im Bereich der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit - bereits die Liquidierung dieser Politik eingeleitet[59].

- Im November 1968 stellte das ZK der KPC dann fest, die Nach-Januar-Politik sei ihrem Inhalt nach zwar richtig gewesen, doch sei sie falsch durchgeführt worden, weil weder gegen die dogmatisch-sektiererischen Kräfte konsequent vorgegangen worden sei[60].

- Im April 1969 schließlich gab Prag diese differenzierte Haltung auf und verkündete seine Absicht, ein Programm zur weiteren Entfaltung des Sozialismus in der CSSR auszuarbeiten, das beim tschechoslowakischen Volk das Vertrauen in die Kraft des Sozialismus zu erneuern und ihm eine sichere Perspektive zu eröffnen in der Lage ist[61]. Husak begründete diesen Schritt mit der Notwendigkeit, die teils nebelhaften, teils falschen und unter dem Druck opportunistischer Gruppen entstandenen Formulierungen des Aktionsprogramms der KPC vom April 1968 zu korrigieren, zu konkretisieren und theoretisch zu vertiefen, insbesondere in jenem Bereich, der die Einheit der politischen und der direktiven Instrumente zur Durchsetzung der führenden Rolle der Partei betrifft[62].

Dieses widersprüchliche Verhalten - auf der einen Seite die völlige Liquidierung der Nach-Januar-Politik, auf der anderen Seite das Vermeiden einer gründlichen, auch ideologischen Abrechnung mit dieser Politik - dürfte das Resultat folgender Situation gewesen sein:

- Die SU, die Hauptträgerin der Intervention vom August 1968, war zwar an der völligen Liquidierung des Reformkurses interessiert, gleichzeitig aber auch völlig desinteressiert an einer ideologisch-theoretischen Auseinandersetzung mit diesem Kurs. Die CSSR dürfte nach der Intervention kaum in der Lage gewesen sein, sich entsprechenden Wünschen der SU zu widersetzen.

- Es lag zudem auch nicht im Interesse des Husak-Regimes, sich explizit und eindeutig von der Politik seiner Vorgänger zu distanzieren, denn so wie die tschechoslowakische Öffentlichkeit auf die Intervention reagiert hatte, hätte dies neue Erschütterungen für die ohnehin instabile Lage in der CSSR bringen können (was sicherlich auch nicht im Interesse der SU lag), das Husak-Regime wäre angesichts neuer Erschütterungen Gefahr gelaufen, zwischen den Forderungen der SU und denen einer erregten tschechoslowakischen Öffentlichkeit zerrieben zu werden.

- Die Vermeidung einer völligen Abrechnung mit dem Reformkurs hatte zudem den Vorteil, daß sie die Möglichkeit offen ließ, daß die KPC doch noch eines Tages, dann aber sicherlich vorsichtiger und möglicherweise mit Duldung der SU, auf Reformkurs gehen würde (etwa in der Weise wie dies das Kadar-Regime in Ungarn tut)[63]; selbst wenn Husak nicht beabsichtigen sollte, diese Möglichkeit zu nutzen, so war diese Politik dennoch geeignet, Hoffnungen wachzuhalten und damit das Husak-Regime zu stabilisieren.

Auch im Falle der tschechoslowakischen Liquidatoren der Prager Nach-Januar-Politik war das Verhalten gegenüber dem tschechoslowakischen Revisionismus somit nicht primär ideologisch, sondern von Erwägungen der Herrschaftsstabilisierung bestimmt: Die Nachfolger der Reformer mußten ihre Herrschaft innen- und außenpolitisch absichern und daher

vermieden sie die ideologisch-theoretische Auseinandersetzung mit dem Kurs ihrer Vorgänger.

c) Ergebnis

Der den dualistischen Charakter des sozialistischen Internationalismus begründende Konflikt zwischen der Doktrin der Einheit und der Anerkennung der Realität weitgehender Uneinigkeit prägte auch das Verhalten der sozialistischen Staaten in ihrem Kampf um die ideologische Einheit des sozialistischen Lagers:

- Rumänien ging zwar ebenso wie die anderen sozialistischen Staaten von der These aus, die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten seien unter anderem deswegen besonderer Art, weil ihnen die gemeinsame Ideologie des Marxismus-Leninismus zugrunde liege, doch seine faktische Politik in den ideologischen Auseinandersetzungen im sozialistischen Lager kommt dem Verzicht auf ideologische Einheit gleich: Es stellte das Prinzip der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit in ideologischen Fragen über das der Einheit der sozialistischen Staaten.

- Die SU dagegen hielt, das beweist die Intervention in der CSSR sehr deutlich, nicht nur verbal an der Doktrin der Einheit der sozialistischen Staaten fest[64], doch sie legte bei dem Bemühen, diese Doktrin zu konkretisieren, auch einen gewissen Pragmatismus an den Tag. Dieser Pragmatismus spiegelte sich nicht nur in den Beziehungen Moskaus zu Peking oder Belgrad[65], sondern auch in der Tatsache wieder, daß die SU die Weigerung der RKP, die ideologische Linie anderer Parteien zu diskutieren, ebenso tolerierte wie die von ihrer Position abweichende Stellungnahme Ungarns und Polens zum Prager Reformkurs. Dieser Pragmatismus resultierte im Falle Chinas und Jugoslawiens unter anderem sicherlich auch aus militärisch-politischen Erwägungen[66], doch in ihm kommt offenbar, wie das sowjetische Verhalten gegenüber Rumänien, Ungarn und Polen erkennen läßt, auch zum Ausdruck, daß die SU bereit war, sich an die Realität der Uneinigkeit bis zu einem gewissen Grade anzupassen[67].

- Die anderen Staaten des Warschauer Vertrages beugten sich dem sowjetischen Postulat der Einheit des sozialistischen Lagers und folgten dem Kurs, den die SU in den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Staaten steuerte: Dies geschah im Falle des chinesischen Dogmatismus ohne jede Abweichung, im Falle des tschechoslowakischen Revisionismus mit einigen Differenzen, die jedoch weder Ungarn noch Polen daran hinderten, an der Intervention in der CSSR teilzunehmen. Daraus ergibt sich, daß die Bereitschaft dieser Staaten, vom sowjetischen Kurs abzuweichen, zwar in dem Maße steigt, in dem die zur Debatte stehenden Konflikte die eigenen Probleme (zum Beispiel im Falle Ungarns die eigenen Reformbestrebungen) berühren, daß diese Bereitschaft aber nicht soweit reicht, der SU die Gefolgschaft aufzukündigen, wie dies Rumänien getan hat, und damit den offenen Konflikt zu wagen.

Während die zunehmend pragmatische Konkretisierung der Doktrin der ideologischen Einheit des sozialistischen Lagers die Doktrin selbst relativierte und damit die eigentlich ideologischen Fragen in den Konflikten zwischen den sozialistischen Staaten tendenziell in den Hintergrund treten ließ, die Effizienz des Integrationsfaktors Ideologie somit reduzierte, verhinderte die grundsätzliche Aufrechterhaltung der Doktrin nicht nur die Anerkennung der Realität der Uneinigkeit, sondern sorgte auch dafür, daß die Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Staaten zumindest im verbalen Bereich stets ideologische blieben, und setzte dem Pragmatismus, da sie stets mit der Interventionsdrohung verbunden war, enge Grenzen.

B Die Einheit des Aufbaus des Sozialismus in den sozialistischen Staaten

Ging es im vorigen Abschnitt um die Konfliktstrukturen in ideologisch-theoretischen Fragen, so geht es nun um jene Konfliktstrukturen, die sich im sozialistischen Lager an-

gesichts der konkreten Fragen des sozialistischen Aufbaus, der politisch-ökonomischen Ordnung der sozialistischen Staaten herausgebildet haben; es geht also darum festzustellen, welche Fragen, die die Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft aufwirft, zwischen welchen sozialistischen Staaten kontrovers sind.

1. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft

Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz kennzeichnete die "Entwicklungsetappe", in die "die sozialistische Welt" "jetzt" eingetreten ist, als die Etappe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, "in der sich die Möglichkeit bietet, wesentlich umfassender die gewaltigen Reserven zu nutzen, die die neue Ordnung in sich birgt"[68].

Dies bedeutet nach Ansicht der kommunistischen und Arbeiterparteien konkret, daß "vollkommenere wirtschaftliche und politische Formen" in den sozialistischen Staaten ausgearbeitet und eingeführt werden können, weil sich der Aufbau des Sozialismus nun "bereits auf eine neue soziale Struktur" stützen kann, denn er basiert "auf der Unterstützung, der Teilnahme und der Initiative der breitesten Volksmassen, die von der Arbeiterklasse mobilisiert und geführt werden"[69].

a) Die neue soziale Struktur

Die Tatsache, daß das Hauptdokument der Moskauer Konferenz allein auf die neue soziale Struktur, das heißt auf die Entwicklung der Klassenbeziehungen, abstellt, um die Bedingungen zu charakterisieren, die es den sozialistischen Staaten ermöglichten, in die Phase der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft einzutreten, und

die Tatsache, daß die Entwicklung der Klassenbeziehungen (die ihrerseits auf der Entwicklung der Produktivkräfte beruhen) die Grundlage für die Ausarbeitung und Einführung vollkommenerer politischen und wirtschaftlichen Formen bilden, machen es notwendig, zunächst zu klären, wie die einzelnen sozialistischen Staaten ihre soziale Struktur, den Stand einschätzen, den die Entwicklung der Klassenbeziehungen in ihren Gesellschaften erreicht hat. Dabei ist von den Vorstellungen der SU auszugehen, die ja für sich in Anspruch nimmt, den anderen sozialistischen Staaten um eine Epoche voraus zu sein - ein Anspruch, der von den Staaten des Warschauer Vertrages weitgehend anerkannt wird[70], obwohl die Moskauer Konferenz von 1969 nicht mehr zwischen dem "Sieg des Sozialismus in der UdSSR" und den "Erfolge(n) des sozialistischen Aufbaus in den volksdemokratischen Ländern" differenzierte, was die Konferenz von 1957 noch getan hatte[71].

(1) Der Weg der SU zum Kommunismus

Voraussetzung des Eintritts der SU in die dritte Etappe ihres Weges zum Kommunismus war, laut Parteiprogramm von 1961, der vollständige und endgültige Sieg des Sozialismus[72] in der SU:

- Um den vollständigen Sieg des Sozialismus in der SU verkünden zu können, mußten folgende Voraussetzungen erfüllt sein[73]:
  - Die Produktivkräfte mußten einen "unbegrenzten Spielraum für ihre Entwicklung" erhalten haben, was durch die von der Oktoberrevolution eingeleitete Umgestaltung der russischen Wirtschaftsordnung geschah, die es ermöglichte, daß "das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ... zur festen ökonomischen Grundlage der Gesellschaft geworden (ist)". Außerdem mußten die Produktivkräfte einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht haben, was die SU durch die "Industrialisierung des Landes", durch den genossen-

schaftlichen Zusammenschluß der Landwirtschaft und durch die "Kulturrevolution" verwirklichte, wobei die KPdSU als Kriterien für den Erfolg ihres Industrialisierungsprogramms den Stand der industriellen Entwicklung ("moderne Großindustrie", "starke Industriemacht"), die Tatsache, daß die SU diesen Stand "ohne Auslandshilfe" erreichte, und die Tatsache betrachtet, daß sich die SU "wirtschaftlich von den kapitalistischen Ländern völlig unabhängig gemacht" hat.

- Vollständig wurde der Sieg des Sozialismus aber erst durch die Entwicklung der Klassenbeziehungen: Die Ausbeuterklassen wurden abgeschafft, so daß es in der SU nur "noch zwei befreundete Klassen - die Arbeiterklasse und die Bauernschaft -" gibt.

  Mit dieser Entwicklung veränderten sich auch die Arbeiterklasse und die Bauernschaft: "Die Gemeinsamkeit der zwei Formen des sozialistischen Eigentums hat die Arbeiterklasse und die Kolchosbauernschaft einander nähergebracht, hat ihr Bündnis konsolidiert und Freundschaft unerschütterlich gemacht. Es ist eine neue, aus dem Volk hervorgegangene und dem Sozialismus ergebene Intelligenz entstanden. Der frühere Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit ist abgeschafft. Auf der Basis der Gemeinsamkeit der grundlegenden Interessen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen ist die unerschütterliche soziale, politische und ideologische Einheit des Sowjetvolkes entstanden."

Jenseits dieser Feststellung charakterisiert die KPdSU die Entwicklung der Klassenbeziehungen in der sowjetischen Gesellschaft folgendermaßen:

- Die Tatsache, daß in der SU "die Ausbeuterklassen und die Ursachen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft sind, bedeutet nicht, daß alle "Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein und im Verhalten der Menschen" beseitigt sind; die KPdSU betrachtet daher "den Kampf gegen Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und Moral, gegen die Überreste der Privateigentümermentalität, gegen Aberglauben und Vorurteile als Bestandteil der kommunistischen Erziehung"[74].

- Die Tatsache, daß in der SU die soziale, politische und ideologische Einheit des Volkes verwirklicht ist, bedeutet nicht, daß der Prozeß der Annäherung zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz abgeschlossen ist, doch er wird immer "bemerkbarer", wie Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU feststellte[75]. Dieser Prozeß besteht darin, daß die Baunerschaft "immer

mehr gemeinsame Wesenszüge mit dem Arbeiter" (durch das "Wachstum der Produktivkräfte", die "allmähliche Verwandlung der landwirtschaftlichen Arbeit in eine Abart der industriellen Arbeit", den "kulturelle(n) Aufstieg des Dorfes" und durch "die Wandlung der dörflichen Lebensweise) bekommt und auch die Intelligenz nähert sich der Arbeiterklasse immer mehr, weil sie zunehmend aus ihr hervorgeht. Der Prozeß der Annäherung zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz besteht also in der zunehmenden Auflösung der Intelligenz und der Bauernschaft in der Arbeiterklasse; ist dieser Prozeß abgeschlossen, ist die Klassenlose, die kommunistische Gesellschaft erreicht[76].

- Endgültig wurde der vollständige Sieg des Sozialismus in der SU jedoch erst, nachdem sich das internationale Kräfteverhältnis so zugunsten des Sozialismus geändert hatte, daß heute keine Macht der Welt mehr in der Lage ist, den Kapitalismus in der SU wieder zu errichten. Die kapitalistische Einkreisung der SU hat ein Ende gefunden, das sozialistische Weltsystem ist entstanden und die SU ist so stark geworden, daß sie heute zwar nicht vor imperialistischen Angriffen sicher aber doch in der Lage ist, jeden Angriff jedes Feindes abzuwehren[77].

Die KPdSU beschreibt jenen Entwicklungsstand, den die Produktivkräfte erreichen mußten, damit sie den vollständigen Sieg des Sozialismus verkünden konnte, nicht so, daß sie einen ganz bestimmten, von ihr quantifizierten Stand der Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der sozialistischen Kultur mit dem vollständigen Sieg des Sozialismus identifiziert, sondern sie betrachtet die Voraussetzungen für den vollständigen Sieg des Sozialismus im Bereich der Produktivkräfte offensichtlich dann als erfüllt, wenn jene von der Entwicklung der Produktivkräfte stimulierten Veränderungen im Bereich der Klassenbeziehungen eingetreten sind, die erst den Sieg des Sozialismus vervollständigen; mit anderen Worten: Die SU betrachtet die Entwicklung der Klassenbeziehungen als das eigentliche Kriterium zur Einschätzung des Entwicklungsstandes sozialistischer Gesellschaften, denn dieses Kri-

terium ist das umfassendere, weil es die Entwicklung der Produktivkräfte und der Klassenbeziehungen einschließt.

(2) Die anderen sozialistischen Staaten

Die Tatsache, daß das Hauptdokument der Moskauer Konferenz die Entwicklungsetappe, die die sozialistische Welt gegenwärtig durchläuft, beschrieb, ohne innerhalb der sozialistischen Welt zwischen den einzelnen sozialistischen Staaten weiter zu differenzieren, legt zunächst die Vermutung nahe, daß sich die die entwickelte sozialistische Gesellschaft aufbauenden nichtsowjetischen sozialistischen Staaten kaum von der den Kommunismus aufbauenden sowjetischen Gesellschaft unterscheiden. Diese Vermutung wird durch folgende Überlegungen bestätigt.

- Alle Parteien der nichtsowjetischen sozialistischen Staaten geben eindeutig zu erkennen, daß der Sozialismus beziehungsweise die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ihren Ländern gesiegt haben: Polen spricht nur von der Dominanz der Kräfte des Sozialismus, Ungarn von der Festigung der sozialistischen Macht[78], während die anderen Staaten den Sieg des Sozialismus weit deutlicher verkünden: so die DDR, die sozialistischen Produktionsverhältnisse hätten ein für allemal gesiegt[79], Bulgarien, der Sozialismus habe vollständig und endgültig gesiegt[80], Rumänien, der Sozialismus habe völlig gesiegt[81], die CSSR, die sozialistischen Produktionsverhältnisse hätten endgültig gesiegt[82]. Die polnische und die ungarische Zurückhaltung resultieren offensichtlich aus den Erfahrungen des polnischen März von 1968 und des ungarischen Aufstandes von 1956, denn beide Ereignisse mußten die Überzeugung vom Sieg des Sozialismus erschüttern.

- Zu klären bleibt somit nur noch, ob der Sieg des Sozialismus in den nichtsowjetischen sozialistischen Staaten ebenso "vollständig und endgültig" ist wie der in der Sowjetunion[83]:

  · Das Prädikat "endgültig" verdient zweifelsohne auch der Sieg des Sozialismus in den nichtsowjetischen sozialistischen Staaten, denn dieses Prädikat stellt ja alleine auf das Verteidigungspotential der SU ab, das,

den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus entsprechend, allen sozialistischen Staaten gleichermaßen zur Verfügung steht, so daß es keiner Macht der Welt mehr möglich ist, den Kapitalismus in irgendeinem sozialistischen Land wiederzuerrichten (falls er dort vollständig gesiegt hat).

- Was das Prädikat "vollständig" anbelangt, so ist die Frage, ob dieses Prädikat auch für den Sieg des Sozialismus in den nichtsowjetischen sozialistischen Staaten zutrifft, schwieriger zu beantworten:

  - Eindeutig fest steht hier nur, daß die wesentlichen Unterschiede zwischen der SU und den anderen sozialistischen Staaten nicht im Bereich des Kampfes gegen die Überreste der kapitalistischen Vergangenheit liegen können, da die Notwendigkeit dieses Kampfes von allen sozialistischen Staaten gleichermaßen betont wird[84].

  - Die entscheidenden Unterschiede scheinen vielmehr im Bereich der Entwicklung der Klassenbeziehungen zu liegen, denn kein sozialistischer Staat nimmt für sich, wie die SU in Anspruch, er habe die politische, soziale und ideologische Einheit des Volkes verwirklicht. Nur die "sozialistische Menschengemeinschaft", die die DDR zu verwirklichen sucht, ist weitgehend identisch mit dem, was die SU unter der Einheit des Sowjetvolkes versteht[85].

Somit ergibt sich: Der Vorsprung der SU, die bereits den Kommunismus aufbaut, während die anderen sozialistischen Staaten erst die entwickelte sozialistische Gesellschaft verwirklichen, beruht darauf, daß die Klassenbeziehungen in der SU bereits so weit entwickelt sind, daß die soziale, die ideologische und die politische Einheit des Sowjetvolkes verwirklicht wurde.

b) Die Vervollkommnung der politischen und ökonomischen Formen[86]

(1) Die ökonomischen Formen

(a) Die Ursachen der Bemühungen der sozialistischen Staaten um eine Vervollkommnung der ökonomischen Formen

Aus der Formulierung des Hauptdokumentes der Moskauer Konferenz, die ökonomischen (und die politischen) Formen seien so zu verbessern, daß sie "den Anforderungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechen"[87], geht bereits hervor, daß sich die sozialistischen Staaten deswegen gezwungen sahen, ihre Planungs- und Leitungssysteme zu verbessern, weil sich diese Systeme jenen Anforderungen nicht mehr gewachsen zeigten, die der Stand der ökonomischen Entwicklung in den sozialistischen Staaten an sie stellt. Die Staaten des Warschauer Vertrages charakterisierten diese Notwendigkeit jedoch in sehr unterschiedlicher Art und Weise:

- Die DDR, Polen und Rumänien äußerten kaum Kritik an ihren ökonomischen Formen, gaben nicht zu, daß es zwischen ihren ökonomischen Formen und ihrer ökonomischen Entwicklung jemals Diskrepanzen gegeben habe:

  - Die DDR führte die Notwendigkeit, ihr Planungs- und Leitungssystem zu verbessern und damit das ökonomische System des Sozialismus zu schaffen, auf die Tatsache zurück, daß die wissenschaftlich-technische Revolution den Reproduktionsprozeß intensiviert hat, was zu einer zunehmenden Differenzierung und Komplexität aller Wirtschaftsvorgänge und zu einer erheblichen zeitlichen Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geführt hat[88].

  - Für Polen resultierte die Notwendigkeit, sein System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu verbessern, aus dem Übergang der polnischen Wirtschaft von extensiven zu intensiven Methoden der wirtschaftlichen Entwicklung[89].

  - Rumänien meinte, die qualitativen und die quantitativen Veränderungen in der rumänischen Wirtschaft (Zunahme der

Zahl der Betriebe, Profilierung und Spezialisierung der Betriebe, Konzentration der Produktion) machten es notwendig, "die gesamte ökonomische Tätigkeit, vor allem durch die Mobilisierung der intensiven Faktoren des riesigen Potentials der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften unserer Zeit auf eine qualitativ höhere Stufe" zu heben[90].

- Die SU und Bulgarien führten die Notwendigkeit, ihre ökonomischen Formen zu vervollkommnen zwar auf gewisse Entwicklungsschwierigkeiten zurück, doch kamen sie im wesentlichen zu denselben Ergebnissen wie Polen, die DDR und Rumänien:

  • Auf dem September-Plenum des ZK der KPdSU von 1965, auf dem die sowjetischen Wirtschaftsreformen eingeleitet wurden, erklärten Breshnew und Kossygin, "gewisse Entwicklungsschwierigkeiten" zeigten, daß die gegenwärtigen Formen der Leitung, der Planung und der Stimulierung der Industrie nicht mehr den technisch-ökonomischen Bedingungen und dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte entsprechen, so daß die Formen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution "kolossal gewachsenen Möglichkeiten und Maßstäben" der sowjetischen Industrie angepaßt werden müßten[91].

  • Auch in Bulgarien wurde die Ansicht vertreten, daß die bulgarischen Ansätze zur Wirtschaftsreform der Tatsache Rechnung tragen mußten, daß das alte System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den neuen Bedingungen nicht mehr entspreche und grundlegend geändert werden müsse, weil es dem erreichten Stand der Produktivkräfte nicht mehr entspreche, der eine fast vollständige Zentralisierung der Leitung der Volkswirtschaft verbiete, weil es das Wirken der objektiven ökonomischen Entwicklungsgesetze, insbesondere das Wertgesetz und solche ökonomische Hebel wie Preise, Kredit, Gewinn, Gewinnverteilung, Besteuerung, Zoll und Valutasystem etc., unterschätze und weil es vor allem im Bereich der materiellen Anreize den grundlegenden Veränderungen in der sozialen Natur der Gesellschaftsordnung nicht voll gerecht werde[92].

- Nur Ungarn und die CSSR (der Reformzeit) stießen bei der Kritik an ihren ökonomischen Entwicklungsschwierigkeiten zu Fragen von grundsätzlicher Bedeutung vor:

  • Ungarn schloß aus den negativen Erscheinungen, die den Anstoß zu Wirtschaftsreformen gegeben hatten, daß die Ursachen dieser Erscheinungen "nicht nur in den Menschen liegen, sondern auch in den Methoden und in bestimmten

Institutionen, die keineswegs ein unerläßliches Zubehör der sozialistischen Planwirtschaft sind, sondern durch eine spezifische Entwicklungsperiode gezeugt wurden und folglich den Gesetzen der sozialökonomischen Entwicklung unterliegen"[93].

Um ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sie darauf zurückführte, daß das gegenwärtige System der Leitung der Volkswirtschaft heute nicht mehr den ständig wachsenden Anforderungen entspreche, Herr zu werden, hatte die KPC bereits unter Novotny beschlossen, das bestehende Leitungssystem um neue Elemente zu bereichern und dadurch in ein qualitativ höheres System hinüberzuführen[94]. Die neue Parteiführung unter Dubcek schloß sich dieser Kritik an, wurde aber weit deutlicher als ihre Vorgängerin. Das Aktionsprogramm der KPC führte die Mängel der tschechoslowakischen Wirtschaft zwar auch auf das alte direktive Leitungssystem zurück, doch es machte die subjektivistische Vorstellung, der Aufbau der neuen Gesellschaft sei einzig und allein von einer beschleunigten, extensiven Produktion abhängig, für die übereilte Erweiterung der Schwerindustrie, für die unverhältnismäßig hohen Forderungen nach Arbeitskräften und Rohstoffen und für die zu teuren Investitionen verantwortlich, beschuldigte die frühere Wirtschaftspolitik der Erschöpfung der materiellen und menschlichen Ressourcen und erklärte die Tatsache, daß an Wirtschaftsmethoden, die sich längst überlebt hatten, so lange festgehalten wurde, mit der Deformation des politischen Systems unter Novotny. Es kritisierte außerdem die Ineffektivität der von Novotny eingeleiteten Wirtschaftsreformen, die es teils auf objektive Ursachen (das starke Nachwirken der früheren Tendenzen, das Weiterbestehen der alten Struktur der Produktion und des Außenhandels, die langsame Anpassung der Produktion an die Änderungen und die wachsenden Anforderungen der Nachfrage), teils aber auch auf eine "Reihe von Inkonsequenzen und Lücken bei der Anwendung des Programms der Wirtschaftsreformen" zurückführte: Statt die Marktkriterien zu objektivieren, womit die ökonomische Rückständigkeit und die alten Deformationen der Wirtschaftsstruktur enthüllt worden wären und hätten beseitigt werden können, würden noch in bedeutendem Maße Bemühungen wirken, diese Kriterien zu deformieren, sie den gegebenen Bedingungen anzupassen und so eine bequeme Situation zu schaffen, in der sie überleben und weiter ihr parasitäres Dasein fristen könnten; in der Wirtschaftspolitik herrsche weiter ein System, das wirtschaftliche Rückständigkeit decke, und das mit seiner Preis-, Subventions- und Dotationspolitik und insbesondere mit seinem System von Zuschlägen im Außenhandel Bedingungen schaffe, unter denen unrentable, unqualifiziert geleitete Unternehmen existieren können und in einer Reihe von Fällen sogar noch bevorzugt werden[95].

(b) Die neuen ökonomischen Formen

b) 1. Die verschiedenen Wege zur Vervollkommnung der ökonomischen Formen

Den unterschiedlichen Analysen ihrer ökonomischen Lage entsprechend schlugen die sozialistischen Staaten zwei Wege zur Vervollkommnung ihrer ökonomischen Formen ein:

- Die SU, Polen, die DDR, Bulgarien und Rumänien begnügten sich damit, ihre Planungs- und Leitungssysteme durch die Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus der Planung, durch die Neuverteilung der Kompetenzen zwischen den einzelnen Stufen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (das heißt durch die Zentralisierung der Planung und Leitung von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und die Dezentralisierung der Leitungs- und Planungstätigkeit von räumlich und zeitlich begrenzter Bedeutung) und durch die Verbesserung des Systems der materiellen und ideellen Anreize sowie durch die wirtschaftliche (im Gegensatz zur administrativen) Stimulierung der Produktion mit Hilfe ökonomischer Leitungsinstrumente wie der Preise, des Gewinns, des Kredits etc. an die Entwicklung der Produktivkräfte anzupassen[96].

- Die CSSR (der Reformzeit) und, in geringerem Umfang, Ungarn dagegen fügten der sozialistischen Wirtschaftsordnung durch die Betonung der Funktionen des sozialistischen Marktes ein neues Element hinzu, so daß diese Ordnung eine neue Qualität erhielt.

b) 2. Der Weg Ungarns und der CSSR[97]

b) 2.1 Ungarn

Das Leitprinzip der Reform des ungarischen Wirtschaftssystems ist es, "die planmäßige zentralisierte Leitung der Volkswirtschaft organisch mit der aktiven Rolle des Marktes ..." zu verbinden[98]. Dabei kennzeichnen folgende Prinzipien "das Wesen" der ungarischen Wirtschaftsreform[99]:

- Die Entscheidungen zu jeder wirtschaftlichen Frage müssen auf der Ebene getroffen werden, auf der es die besten Informationen gibt und auf der das unmittelbarste Interesse an diesen Entscheidungen besteht. Dies bedeutet: Die Betriebe sollen größere Entscheidungsbefugnisse erhalten und die gesamtstaatlichen Beschlüsse sollen reduziert und besser und umfassender vorbereitet werden, damit sie ein größeres Gewicht erhalten.

- Die Betriebe müssen energischer nach Möglichkeiten für eine bessere Befriedigung der Nachfrage suchen, "wobei sie operativer handeln und ein vernünftiges Risiko eingehen sollen".

- Mit Hilfe der Marktbeziehungen zwischen Käufer und Verkäufer ist die "Wechselwirkung zwischen Produktion und Nachfrage" in Übereinstimmung zu bringen.

- Die Initiative der Werktätigen, der Arbeiter und Angestellten ist zu entwickeln, ihr Interesse an der Leitung und Kontrolle der ökonomischen Prozesse zu erhöhen. Die wichtigsten Möglichkeiten für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie sind auszubauen.

b) 2.2 Die CSSR

Das im April 1968 mehr umrißhaft und grundsätzlich konzipierte als konkret ausgeführte Wirtschaftsprogramm der KPC ging von der Erkenntnis aus, daß der Übergang zu einer intensiven Entwicklung der Volkswirtschaft nur im Wege einer grundsätzlichen Veränderung im Mechanismus der sozialistischen Wirtschaft möglich sei, und basierte auf den Leitprinzipien des "sozialistischen Humanismus" und der "maximalen ökonomischen Effektivität"[100].

- Der ökonomische Sektor muß in den allgemeinen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozeß eingegliedert werden. Dies bedeutet konkret:

  - Die Arbeitskollektive werden weitgehend an der Leitung der Unternehmen beteiligt.

  - Die Unternehmen und Unternehmenvereinigung werden von den staatlichen Plandirektiven weitgehend befreit und erhalten mehr binnen- und außenwirtschaftliche Bewegungsfreiheit.

- Die Interessen der Konsumenten erhalten ein deutliches Übergewicht bei der Bestimmung des Volkswirtschaftsplanes und der Wirtschaftspolitik, wobei institutionelle Garantien dafür geschaffen werden sollen, daß die verschiedenen Interessen der verschiedenen sozialen Gruppierungen der tschechoslowakischen Gesellschaft formuliert und vertreten werden können.

- Das Ziel der wirtschaftlichen Effizienz manifestierte sich vor allem in folgenden Grundsätzen:

  - Die positiven Funktionen des sozialistischen Marktes sollen neu belebt werden: Die Interessen der Konsumenten sollen die Produktion weitgehend bestimmen (Prinzip der Absetzbarkeit der Erzeugnisse); die Preise sollen sich weitgehend aus Angebot und Nachfrage ergeben; die weitgehend verselbständigten Unternehmen, befreit vom Schutz staatlicher Subventionspolitik, dem Druck der Nachfrage auf dem Binnenmarkt und der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgesetzt, sind gezwungen, marktkonform zu produzieren, was seinerseits auch bestehende Strukturmängel in der Wirtschaft der CSSR beseitigen soll.

  - Der Plan soll von einem Instrument, das befiehlt, zu einem Instrument umgewandelt werden, durch das die Gesellschaft auf wissenschaftliche Art und Weise die günstigste Orientierung für ihre Entwicklung findet, so daß die einzelnen Marktsubjekte größtmögliche Bewegungsfreiheit erhalten, ohne daß die langfristige Entwicklung vernachlässigt wird, und die Konsumenten den Monopolen im Produktions- und Handelsbereich ausgeliefert sind[101, 102, 103].

(c) Ergebnis

Die Bemühungen der sozialistischen Staaten, ihre ökonomischen Formen entsprechend den Erfordernissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu vervollkommnen[104], weisen folgende Merkmale auf:

1. Die "Grundrichtungen" dieser Bemühungen sind, wie Gomulka feststellte, "kongruent"[105], zumindest was die grundsätzliche Zielsetzung und die eigentliche Problematik ihrer Bemühungen angeht, nämlich die Diskrepanz zu überwinden, die zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Planungs- und Leitungssystemen beziehungsweise der gesamten Wirtschaftsordnung besteht.

2. Die Formen und Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sind den Gesetzen der sozialökonomischen Entwicklung unterworfen, das heißt sie sind von räumlich und zeitlich begrenzter Geltung und haben somit nicht den Charakter allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten.

zu 1.:

Die Tatsache, daß offensichtlich alle sozialistischen Staaten, einschließlich der SU, bei der Vervollkommnung ihrer ökonomischen Formen mit demselben Problem befaßt sind, steht im Widerspruch zu dem sowjetischen Anspruch, den übrigen sozialistischen Staaten um eine Entwicklungsphase voraus zu sein und bereits den Kommunismus aufzubauen; dieser Widerspruch ist auch nicht mit dem Hinweis auf die unterschiedlichen Inhalte der Wirtschaftsreformen in der SU und in den übrigen sozialistischen Ländern zu beseitigen, denn tatsächlich sind diese Inhalte, wenn auch nicht völlig gleich, so doch sehr ähnlich, in ihren "Grundrichtungen" "kongruent"[106]. Auch der Hinweis, daß der Unterschied zwischen SU und den übrigen Staaten ja nicht auf der ökonomischen, sondern auf der Entwicklung der Klassenbeziehungen basiert[107], kann diesen Widerspruch nicht aufheben, denn die Klassenbeziehungen entwickeln sich ja auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte, so daß sich aus dem sowjetischen Anspruch, den anderen Staaten voraus zu sein, und aus der sowjetischen Wirtschaftsreform, vergleicht man sie mit denen der anderen sozialistischen Länder, das Paradox ergibt, daß, obwohl die gleichen Inhalte der Reformen gleiche Entwicklungen an der Basis voraussetzen, gleiche Inhalte aus, dem Anspruch nach, unterschiedlichen Entwicklungen an der Basis resultieren, mit anderen Worten: Gleiche Produktionsverhältnisse resultieren aus unterschiedlichen entwickelten Produktivkräften, womit das Gesetz von der Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte verletzt scheint.

Relativiert wird diese Aussage allerdings von folgenden Überlegungen:

- Die SU hat die Reform ihres Planungs- und Leitungssystems vor anderen sozialistischen Staaten eingeleitet, ist den übrigen sozialistischen Staaten also bei der Bestimmung der Prinzipien der Wirtschaftsreformen vorangegangen.

- Die Prinzipien der Wirtschaftsreform sind in allen sozialistischen Staaten (ausgenommen Ungarn und die CSSR) zwar weitgehend dieselben, aber in der konkreten Durchführung dieser Prinzipien ergeben sich doch Unterschiede, so daß zu prüfen wäre, ob diese Unterschiede auf den unterschiedlichen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte in der SU und in den anderen sozialistischen Staaten zurückzuführen sind - eine Arbeit, die im Rahmen dieser Untersuchung ganz offensichtlich nicht geleistet werden kann.

Die Willkürlichkeit der sowjetischen Entscheidung zu verkünden, die SU sei in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft eingetreten, spricht allerdings für die Annahme, daß die weitgehende Übereinstimmung der Wirtschaftsreformen in der SU und in den anderen sozialistischen Staaten tatsächlich Ausdruck einer qualitativ weitgehend übereinstimmenden Entwicklung der Produktivkräfte in den sozialistischen Staaten ist, denn der KPdSU gelang es nicht, ihre Entscheidung, den Eintritt der SU in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft zu verkünden, überzeugend zu begründen. Chruschtschow hatte auf dem XXI. Parteitag der KPdSU (1959) zu diesem Problem folgende Stellungnahme abgegeben[108]:

- Einerseits bestritt er die Möglichkeit, den Eintritt in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft auf ein bestimmtes Datum festzulegen,

- andererseits aber erklärte er dennoch, die SU sei nun in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft eingetreten, und er rechtfertigte diese Erklärung

mit den kommunistischen Zügen, die die sowjetische Gesellschaft dank der ökonomischen Errungenschaften der SU bereits aufzuweisen habe (kommunistische Formen der Arbeit, der Organisation der Industrie und der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung).

Dieser Versuch Chruschtschows, das Problem zu klären, warum die KPdSU ausgerechnet 1959 verkündete, die SU sei nun in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft eingetreten, kann aus einem doppelten Grund nicht überzeugen:

- Chruschtschow vermied es, Kriterien zu nennen, mit deren Hilfe exakt hätte festgestellt werden können, wann in der SU die materiell-technische Basis des Sozialismus verwirklicht worden war und warum die davon stimulierten Veränderungen der Klassenbeziehungen in der sowjetischen Gesellschaft, der Prozeß der Verwirklichung der ideologischen, politischen und sozialen Einheit des Sowjetvolkes 1959 als abgeschlossen betrachtet werden konnte.

- Statt dessen versuchte er, in einer Art Indizienbeweis die Verkündigung des Eintritts der SU in die Phase des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft mit den zunehmend kommunistischen Zügen der sowjetischen Gesellschaft zu rechtfertigen, wobei er ganz auf die ökonomischen Errungenschaften der SU abstellte; gerade dies aber, nur auf die ökonomischen Errungenschaften der SU hinzuweisen, ist völlig inkonsequent, denn die Verkündigung des vollständigen Sieges des Sozialismus setzt zwar die Verwirklichung der materiell-technischen Basis des Sozialismus voraus, kann aber nur von der Veränderung der Klassenbeziehungen ausgelöst werden, weil diese Veränderungen der Verwirklichung dieser Basis erst mit einer gewissen Verzögerung folgen, so daß die Verkündigung des vollständigen Sieges des Sozialismus, erfolgt sie endlich wie in der SU auf dem XXI. Parteitag in erster Linie mit der Veränderung der Klassenbeziehungen gerechtfertigt werden muß, denn diese waren es ja, die die Verkündigung verzögerten.

Da es der SU somit nicht gelungen ist, überzeugend nachzuweisen, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in der SU so fortgeschritten ist, daß sie den Anspruch der KPdSU rechtfertigen könnte, die SU sei den übrigen sozialistischen

Staaten um eine Entwicklungsphase voraus, ist die Tatsache, daß sich die Wirtschaftsreformen aller sozialistischer Staaten weitgehend gleichen, als Indiz dafür zu werten, daß sich die Entwicklung der Produktivkräfte in der SU nicht erheblich von der der anderen sozialistischen Staaten unterscheidet, die ähnliche Reformen wie die SU durchführten. Diese Annahme hat natürlich Konsequenzen für den sowjetischen Führungsanspruch, der Menschheit den Weg zum Kommunismus zu bahnen.

zu 2.:

Ebenfalls Konsequenzen für den sowjetischen Führungsanspruch hat die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten mit den Wirtschaftsreformen ihrer Ansicht Ausdruck verleihen, daß es sich bei den Formen und Methoden der Planung und Leitung der Volkswirtschaft offenbar nicht um allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, sondern nur um in einer "spezifischen Form wirtschaftlichen Wachstums in einem spezifischen Wirtschaftssystem unter spezifischen Bedingungen" geltende Regeln[109] handelt. Dies bedeutet, daß sie ihr System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den anderen sozialististischen Staaten nicht als allgemeingültige Prinzipien des sozialistischen Aufbaus zur Nachahmung vorschreiben kann; die SU kann ihr System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft den anderen Staaten allenfalls als Orientierungshilfe anbieten, denn die SU verfügt in diesem Bereich ja über die größten Erfahrungen, da sie als erster sozialistischer Staat mit der Reform ihres Planungs-Leitungssystems begonnen hat.

(2) Die Vervollkommnung der politischen Formen

(a) Die Ursachen und die allgemeine Zielsetzung der Bemühungen um die Vervollkommnung der politischen Formen

Die Notwendigkeit und die Möglichkeit, ihre politischen Formen zu vervollkommnen, ergab sich für alle sozialistischen Staaten aus ihrer gesellschaftlichen Entwicklung[110]:

- Wurden in der SU dank der Verwirklichung der sozialen, ideologischen und politischen Einheit des Sowjetvolkes der "Staat der Diktatur des Proletariats" zum "Staat des ganzen Volkes"[111] und die "Partei der Arbeiterklasse" zur "Partei des ganzen Volkes"[112, 113],

- so machte in den übrigen sozialistischen Staaten die vom Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse begründete Aufhebung der Klassenantagonismen und der fortschreitende Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse (der in der DDR, folgt man den Vorstellungen von der "sozialistischen Menschengemeinschaft", fast so weit fortgeschritten ist wie in der SU)[114], die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie notwendig[115].

Diese Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen in den sozialistischen Staaten machte eine Verstärkung der führenden Rolle der Partei und die Vervollkommnung der politischen Leitung der Gesellschaft notwendig[116].

(b) Die Vervollkommnung der politischen Formen

b) 1. Die Rolle der Partei betreffend

Aus den Vorstellungen, die die einzelnen sozialistischen Staaten darüber entwickelten, welche Rolle die Partei in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu spielen hat[117], geht grundsätzlich zweierlei hervor[118]:

- Am Prinzip der führenden Rolle der Partei hält jeder der sozialistischen Staaten fest; alle sozialistischen Staaten sind sich darin einig, daß die führende Rolle der Partei durch den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nicht in Frage gestellt werden darf, sondern noch gesteigerte Bedeutung erhält.

- Dennoch sind sich alle sozialistischen Staaten darüber im klaren, daß die Entwicklung der Klassenbeziehungen und des sozialistischen Bewußtseins in den sozialistischen Staaten nicht ohne Rückwirkung auf die führende Rolle der Partei bleiben kann, das heißt, die Partei muß ihre führende Funktion mit Hilfe modifizierter Mittel und Methoden wahrnehmen. Dies bedeutet konkret:

  - Im innerparteilichen Leben muß das Diskussionselement betont werden - darin sind sich alle sozialistischen Staaten einig. Nur die KPC war jedoch bereit, aus dieser Erkenntnis heraus das Prinzip des demokratischen Zentralismus durch die Modifizierung des Grundsatzes, daß sich die Minderheit den Beschlüssen der Mehrheit bedingungslos zu unterwerfen hat, anzutasten[119].

  - Einig sind sich auch alle sozialistischen Staaten darin, daß sich die führende Rolle der Partei in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zunehmend auch in der Überzeugung der Menschen äußern muß, doch wiederum blieb es der KPC überlassen, dem Überzeugungselement gegenüber dem Beherrschungselement in der Parteiarbeit eindeutig den Vorrang einzuräumen[120].

Aus all dem geht deutlich hervor, daß mit Ausnahme der CSSR keiner der sozialistischen Staaten die Entwicklung der Klassenbeziehungen und des sozialistischen Bewußtseins, die die Voraussetzung für die Überprüfung des Prinzips der führenden Rolle der Partei bildete, zum Anlaß nahm, diesem Prinzip einen neuen, der entfalteten sozialistischen Gesellschaft entsprechenden Inhalt zu geben.

b) 2. Die politische Leitung der Gesellschaft betreffend

Alle Bemühungen[121] der sozialistischen Staaten, die Formen der politischen Leitung der Gesellschaft den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft anzupassen,

stehen unter dem Postulat, die werktätigen Massen, alle Bürger entsprechend der Entwicklung der Klassenbeziehungen und des sozialistischen Bewußtseins in den sozialistischen Gesellschaften an der Leitung von Staat und Gesellschaft zu beteiligen. Das charakteristische Merkmal dieses politischen Leitungssystems in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist daher "die breite Entfaltung der Demokratie für die Massen der Werktätigen"[122]. Diesem Prozeß setzen die sozialistischen Staaten freilich deutliche Grenzen:

- Die sozialistische Demokratie bleibt auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft eine Demokratie für die Arbeiterklasse, also Klassenherrschaft. Dies ergibt sich in erster Linie natürlich aus dem Festhalten aller sozialistischen Staaten an der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, aber auch aus Thesen wie der, daß sich die Rolle des Staates in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erhöht habe, daß der Staat ein Staat der Diktatur des Proletariates bleibe, daß sich die Rolle des Staates in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nicht vermindert habe, sondern daß sich lediglich der Schwerpunkt seiner Funktionen verlagert habe.

- Die Maßnahmen, die die sozialistischen Staaten zur Demokratisierung ihrer politischen Leitungssysteme ergriffen, schufen kaum neue Formen der Beteiligung aller Bürger an der Leitung der Gesellschaft, sondern versuchten lediglich, die traditionellen Formen im Bereich der Räte, der Parlamente, der Zusammenschlüsse der politischen Parteien und der Massenorganisationen mit neuem Leben zu erfüllen.

- Die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Partei sowie die unverminderte Bedeutung der Rolle des Staates wurde nicht nur mit deren gestaltenden Funktionen, sondern auch mit der Funktion der Kontrolle der Überreste der Ausbeuterklasse und ihrer Ideologie sowie der Funktion der Verteidigung gegenüber der imperialistischen Aggressivität begründet, was jeden Abbau von Herrschaft zunächst dem Verdacht aussetzt, dem Klassenfeind in die Hände zu arbeiten, womit gewährleistet wird, daß der Demokratisierungsprozeß der Kontrolle der Partei nicht entgleitet und ihre Herrschaft somit nicht gefährdet.

In drei Fällen scheinen diese dem Demokratisierungsprozeß der politischen Leitungssysteme der sozialistischen Staaten gesetzten Grenzen überschritten worden zu sein:

- Die Tatsache, daß Ceausescu die Etappe der Diktatur des Proletariates und der Liquidierung der Ausbeuterklassen deutlich von der der Errichtung der vielseitig entwickelten sozialistischen Gesellschaft trennte[123], daß er der Überzeugung Ausdruck verlieh, daß kein sozialistischer Staat vom Wege des Sozialismus abgebracht werden könne[124], könnte vermuten lassen, die RKP sehe die Funktion der Diktatur des Proletariates mit der Liquidierung der Ausbeuterklassen als erschöpft an, womit sie sich von den übrigen Parteien der Staaten des Warschauer Vertrages unterscheiden würden, denn diese betrachten ihre Demokratie ja auch in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft als eine Form der Diktatur des Proletariates, das heißt, sie sind von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariates überzeugt.

  Die Art und Weise, wie die RKP die Rolle der Partei und des Staates definiert und wie sie die aktivere Teilnahme der Massen an der Führung des Staates zu verwirklichen sucht, machen jedoch deutlich, daß es sich hier lediglich um definitorische Divergenzen zwischen Rumänien und den anderen Staaten des Warschauer Vertrages handelt, denn auch wenn Rumänien nicht mehr von der Diktatur des Proletariates spricht, so unterscheidet sich sein politisches Leitungssystem dennoch nicht von dem jener Staaten, die ihr System als Diktatur des Proletariates bezeichnen[125].

- Ungarn hat zwar seinen Bemühungen um die Demokratisierung seines politischen Leitungssystems ähnliche Grenzen gesetzt wie die übrigen sozialistischen Staaten und auch jene Maßnahmen, die es zu dieser Demokratisierung ergriffen hat, bleiben im Rahmen dessen, was auch die anderen sozialistischen Staaten veranlaßten, doch die ungarischen Bestrebungen unterschieden sich dennoch in zwei Punkten deutlich von denen der anderen sozialistischen Staaten:

  • Als Bela Biszku, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der USAP, bei einem Vortrag im Zentralclub der Ungarischen Volksarmee im März 1969 die Absicht der USAP verkündete, das politische Leitungssystem werde weiterentwickelt, lehnte er es als Vereinfachung ab, Ungarn ginge nun nur an die Ausarbeitung eines "'neuen politischen Führungssystems'"; er wies darauf hin, daß es um die Vervollkommnung des gesamten politischen und ideologischen Aufbaus gehe[126].

- Biszku wies außerdem auch darauf hin, daß die USAP, von der Annahme ausgehend, daß sich innerhalb der von der Partei angenommenen Hauptrichtlinien der Erneuerung voneinander abweichend Konzeptionen und Lösungsmöglichkeiten ergeben werden, hinter denen wirkliche oder scheinbare Interessengegensätze stehen, der ideologischen und wissenschaftlichen Arbeit jede Unterstützung gewährt wird, sofern sie sich die tiefere, wahrhaftigere Erkenntnis der Wahrheit zum Ziele setzt und damit den Aufbau des Sozialismus, die Weiterentwicklung seiner Errungenschaften fördern will[127].

Diese Stellungnahme Biszkus kann als Indiz dafür gewertet werden, daß der von der USAP eingeleitete Prozeß der Erneuerung des politischen und ideologischen Systems grundsätzlich weiter geht und in der zugrunde liegenden Diskussion offener ist als in den anderen sozialistischen Staaten; konkret erfaßbare, in diese Richtung weisende Unterschiede zu den anderen sozialistischen Staaten ergaben sich dabei jedoch auch in Ungarn kaum[128].

- Das Reformkonzept der KPC überschreitet die von den anderen sozialistischen Staaten der Verbesserung der politischen Formen gesetzten Grenzen ganz deutlich in folgenden Punkten:

  - Das Prinzip, die marxistisch-leninistische Konzeption müsse von der KPC so als politisch führende Konzeption angewandt werden, daß sie eine solche Unterstützung findet, die ihre leitende Stellung mit demokratischen, politischen Mitteln gewährleistet[129], widerspricht ganz offensichtlich den Vorstellungen, die die anderen sozialistischen Staaten von der führenden Rolle der Partei entwickeln; es widerspricht zudem auch, da es auf der Überzeugung beruht, die Gesellschaft sei durch die Kraft der marxistisch-leninistischen Ideen, durch das Programm der Partei und ihre Politik besser als durch administrative Methoden zu leiten[130], der Sozialismus sei stark genug, eine solche Freiheit zu ertragen[131], jenem Argument der unveränderten Gefährlichkeit antisozialistischer und imperialistischer Kräfte, mit dessen Hilfe die anderen sozialistischen Staaten ihr Festhalten an den traditionellen Formen der führenden Rolle der Partei rechtfertigen.

  - Dem Prinzip, im gesamten Staatsmechanismus dürfe es nirgends zu einer allzu großen Konzentration der Macht kommen, scheint, so wie es im Aktionsprogramm der KPC weiter ausgeführt wird, das Gewaltteilungsprinzip durch ein System von "cheks an balances" bürgerlicher Demokratievorstellungen zugrundezuliegen, was ebenfalls nicht mit einem politischen Leitungssystem harmoniert, das unter dem konsequent realisierten Postulat der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei steht[132].

- Die Abschaffung der Zensur und die Einführung weitgehender Pressefreiheit steht ebenfalls in Widerspruch zu den Vorstellungen der anderen sozialistischen Staaten über die Zwänge, die von der Notwendigkeit bestimmt sind, die Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Partei gegen die inneren und äußeren Feinde des Sozialismus wirksam zu verteidigen[133].

- Die Feststellung, die Parteipresse könne nicht immer mit der offiziellen Haltung des Staates identifiziert werden[134], hat zur Konsequenz, daß die Politik von Staat und Partei nicht identisch zu sein brauchen; zu derselben Schlußfolgerung zwingt die Forderung der KPC, die Nationale Front und ihre Gliederungen müßten eigene Rechte und einige Verantwortlichkeiten für die Leitung von Staat und Gesellschaft erhalten (wobei die KPC die Nationale Front als politischen Ausdruck der vielschichtigen Interessen der verschiedenen sozialen Schichten, Interessengruppen, Nationen und Nationalitäten betrachtet)[135], denn unter dem Dach der Gemeinsamkeit der grundlegenden Interessen und Ziele des Sozialismus[136] können auf diese Weise durchaus Divergenzen zwischen Staats- und Parteipolitik entstehen, denn durch die Nationale Front gelangen die spezifischen, von denen der Arbeiterklasse abweichenden Interessen der nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Klassen und Schichten in die Staatspolitik - all dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Vorstellungen der anderen sozialistischen Staaten über die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.

(c) Politische Formen und entwickelte sozialistische Gesellschaft

Die Bemühungen der sozialistischen Staaten, die politische Leitung von Staat und Gesellschaft den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft anzupassen, weisen folgenden fundamentalen Widerspruch auf:

- Einerseits gehen sie von der durch den fortschreitenden Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse geschaffenen Möglichkeit und Notwendigkeit aus, alle Bürger zunehmend an der Leitung von Staat und Gesellschaft zu beteiligen, das heißt, sie koppeln den Demokratisierungsprozeß an den Prozeß der wachsenden Vergesellschaftung der Arbeiterklasse,

- andererseits aber setzen sie (außer der CSSR) diesem Demokratisierungsprozeß Grenzen, die, da sie weitgehend an jenen Vorstellungen festhalten, die in der der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft vorangegangenen Phase von der führenden Rolle der Partei und vom politischen Leitungssystem entwickelt wurden, mit dem von den sozialistischen Staat selbst konstatierten Fortschritt der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse nicht in Einklang zu bringen sind.

Zur Klärung dieses Widerspruches können folgende Argumente dienen:

- Die Gegner der sozialistischen Gesellschaftsordnung haben in den sozialistischen Staaten zwar keine soziale Basis mehr, doch die Relikte der Ausbeuterklassen und ihrer Ideologie, die sich unter dem Einfluß des Imperialismus ständig reproduzieren, und die verschärfte imperialistische Aggressivität erfordern ständige Wachsamkeit und konsequente Führung von Staat und Gesellschaft durch die Arbeiterklasse und ihre Partei, mit anderen Worten: Der internationale Klassenkampf, der ja auch die Ursache der ständigen Reproduktion der antisozialistischen Kräfte in den sozialistischen Staaten ist, verhindert die vollkommene Anpassung des Demokratisierungsprozesses an den Fortschritt der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse, das heißt unter der Bedingung der Spaltung der Welt in ein imperialistisches und ein sozialistisches Lager ist eine gewisse Diskrepanz zwischen Demokratisierungsprozeß und Entwicklung der Klassenbeziehungen in den sozialistischen Staaten unvermeidbar.

- Außerdem muß man sich vor Augen halten, daß die sozialistischen Gesellschaften nur in dem Maße demokratisiert werden können, in dem der von der Beseitigung der antagonistischen gesellschaftlichen Widersprüche eingeleitete Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse fortschreitet, das heißt, die nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Klassen und Schichten in den sozialistischen Staaten können nur in dem Maße an der Herrschaft beteiligt werden, in dem sie selbst zur Arbeiterklasse geworden sind, in dem sie die Interessen der Arbeiterklasse zu ihren eigenen gemacht haben. Der Demokratisierungsprozeß in den sozialistischen Staaten ist daher mehr quantitativen als qualitativen Charakters, das heißt, Herrschaft wird nicht abgebaut, sondern der Kreis der an der Herrschaft Beteiligten wird erweitert. Dem in diesem Zusammenhang naheliegenden Argument, die Erweiterung des Kreises der an der Herrschaft Beteiligten sei identisch

mit dem Abbau von Herrschaft, muß entgegengehalten werden, daß die nicht zur Arbeiterklasse gehörenden Klassen und Schichten durch ihre Beteiligung an der Herrschaft ja nicht ihre spezifischen, denen der Arbeiterklasse möglicherweise widersprechenden Interessen, sondern ihre mit denen der Arbeiterklasse harmonierende Interessen in den Prozeß der Herrschaftsausübung einbringen, so daß Herrschaft (nämlich die Herrschaft der Arbeiterklasse) nicht abgebaut, sondern verstärkt wird, wie es ja auch der erklärten Absicht aller Demokratisierungsbemühungen entspricht.

Die Diskrepanz, die in den sozialistischen Staaten zwischen Demokratisierungsgebot und realisierter Demokratie herrscht, kann somit nur auf dreierlei Weise erklärt werden:

1. Der internationale Klassenkampf verhindert die völlige Anpassung des Demokratisierungsprozesses an den Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse.

2. Der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse kann nicht sofort im Demokratisierungsprozeß manifest werden, das heißt, die Diskrepanz zwischen dem aus dem Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse abgeleiteten Demokratisierungsgebot und der realisierten Demokratie kann auch auf den Time-lag zwischen dem Eintritt bestimmter Entwicklungen und der Realisierung der aus diesen Entwicklungen abzuleitenden Konsequenzen zurückgeführt werden.

3. Das Postulat der zunehmenden Beteiligung aller Bürger an der Herrschaft schließt in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft weder eine grundlegende Änderung der bestehenden Herrschaftsformen ein, denn die bestehende Form ist ja per Definition Herrschaft der Arbeiterklasse, und sie muß nicht geändert werden, wenn sich die Arbeiterklasse vergesellschaftet, noch braucht der Inhalt der durch die Herrschaft vermittelten Politik geändert werden, weil der Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse im Demokratisierungsprozeß ja nur die Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt.

zu 1.:

Der Versuch der sozialistischen Staaten, die Diskrepanz zwischen Demokratisierungsgebot und realisierter Demokratie

(zumindest zum Teil) auf die Zwänge des internationalen Klassenkampfes zurückzuführen, kann nicht überzeugen, denn da der Sozialismus in allen sozialistischen Staaten "endgültig" gesiegt hat[137], kann die Aggressivität des Imperialismus die Verzögerung des Demokratisierungsprozesses nicht rechtfertigen.

zu 2.:

Der Time-lag zwischen der vom Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse hervorgerufenen Forderung nach der Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und der Verwirklichung dieser Forderung ist ein rein technisches Problem und kann die Diskrepanz zwischen Demokratisierungsgebot und realisierter Demokratie allenfalls für die Anfangsphase der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erklären. Da die sozialistischen Staaten diese Phase aber alle bereits abgeschlossen haben, erklären sie diese Diskrepanz auch nirgendwo mit dem time-lag zwischen dem Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeiterklasse und dem Demokratisierungsprozeß.

zu 3.:

Daß der Demokratisierungsprozeß in den entwickelten sozialistischen Gesellschaften der Staaten des Warschauer Vertrages nicht notwendigerweise die Veränderung der Herrschaftsformen in diesen Staaten ausschließt, hat die KPC bewiesen: Im Vertrauen auf die Übereinstimmung aller Klassen, Schichten und Gruppen der CSSR in den grundlegenden Interessen und Zielen des Sozialismus und auf die gesellschaftliche Aktivität der Kommunisten sah sie die führende Rolle der Partei nicht durch die Beherrschung, sondern durch die Überzeugung der Bürger verwirklicht, modifizierte sie das Prinzip des demokratischen Zentralismus im inneren

Parteileben (sozusagen als Ersatz für die Aufrechterhaltung des Verbotes von Oppositionsparteien)[138] und schuf ein politisches System, das die leitende Stellung der marxistisch-leninistischen Ideologie mit demokratischen, politischen Mitteln gewährleisten sollte; mit anderen Worten: Die KPC suchte die Veränderung der Herrschaftsformen mit der Aufrechterhaltung der marxistisch-leninistischen Inhalte der durch diese Herrschaftsformen vermittelten Politik zu verknüpfen.

(3) Ergebnis

Die Tatsache, daß sich die sozialistischen Staaten genötigt sahen, ihre ökonomischen und politischen Formen entsprechend ihrer ökonomischen und politischen Entwicklung umzugestalten, und die Tatsache, daß die SU grundsätzlich mit den gleichen Problemen konfrontiert ist und diese Probleme auf die gleiche Art und Weise wie die übrigen sozialistischen Staaten zu lösen sucht, obwohl sie den Anspruch erhebt, den übrigen sozialistischen Ländern um eine Entwicklungsetappe voraus zu sein, zwingen zu dem Schluß, daß es sich weder bei den ökonomischen noch bei den politischen Formen um allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus handelt. Kein Staat kann daher dem anderen vorschreiben, nach welchen Prinzipien er seine politischen und ökonomischen Formen umzugestalten hat.

2. Die Auseinandersetzung um die Einheit des Aufbaus des Sozialismus

a) Die Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China[139]

(1) Die Auseinandersetzung der SU mit Peking

Die SU kritisierte die sozialökonomische Ordnung Pekings in folgenden Punkten:

- Das maoistische Programm des Aufbaus der chinesischen sozialistischen Gesellschaft sei formal äußerst "'radikal' und 'links', in seinem Wesen jedoch reaktionär und utopisch". Es stelle eine vollständige Absage an die leninschen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus dar und sei unfähig, "richtige und effektive Methoden zur Lösung der komplizierten Probleme in einem äußerst rückständigen Bauernland" zu finden: Die grundlegenden Prinzipien der sozialistischen Volksmacht würden aufgegeben, indem der Proletarische Kommandostab Mao Tse-tungs zum einzigen Führungsorgan der Partei, der Armee und des ganzen Landes erklärt würde, und indem die Revolutionskomitees, ohne jedes Element der Wählbarkeit und der Repräsentanz gebildet, exekutive, judikative und parteiliche Funktionen ausüben, die sie zu Organen der zentralisierten Diktatur der Maoisten machen; das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und der Intelligenz würde untergraben, denn gegenüber den verschiedenen Schichten des Volkes verfolge die Gruppe um Mao Tse-tung eine Politik des verstärkten Klassenkampfes; die Arbeiterklasse werde ihres Einflusses beraubt, die führende Rolle der Partei zerstört und das Volk einer allgemeinen Gleichmacherei unterworfen, die den Menschen zu einem funktionierenden Schräubchen entarten läßt[140].

- Die Gruppe um Mao Tse-tung lehnt nach sowjetischer Auffassung "die Hauptprinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus" als "'Revisionismus', 'Ökonomismus' und 'bürgerlichen Liberalismus'" ab, so vor allem die Anwendung der Ware-Geld-Beziehungen (das heißt Kategorien wie Gewinn, Rentabilität etc.), die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Werktätigen, die planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft (statt dessen voluntaristische "'Sprünge'"), die Errichtung eines Systems der materiellen Anreize[141]. Die Folgen dieser Deformation der sozialistischen Produktionsverhältnisse durch die Wirtschaftspolitik der Gruppe um Mao Tse-tung sind, so

die SU, die zunehmende Diskrepanz zwischen den Interessen des Staates (der militärisch-bürokratischen Diktatur) und den Interessen der Werktätigen. Setzen sich diese Tendenzen durch, so besteht die Möglichkeit, "daß sich in der Volksrepublik China unter Beibehaltung der äußerlichen Attribute einer sozialistischen Wirtschaft der Prozeß der Entartung des gesellschaftlichen Eigentums in Übereinstimmung mit den Zielen der militär-bürokratischen Diktatur verstärkt, das heißt, in Übereinstimmung mit den Interessen der kleinen Gruppe Mao Tse-tungs, die dem wahren Streben des chinesischen Volkes und den Zielen des Aufbaus des Sozialismus in der Volksrepublik China widersprechen"[142].

(2) Die anderen sozialistischen Staaten

Wie schon bei der ideologischen Auseinandersetzung mit dem chinesischen Dogmatismus[143] fallen zwei Punkte auf, wird das Verhalten, das die nichtsowjetischen sozialistischen Staaten in ihrer Auseinandersetzung mit den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus in der VR China an den Tag legten, mit dem der SU verglichen:

- Alle Staaten des Warschauer Vertrages (außer Rumänien) verurteilten (falls sie überhaupt dazu Stellung nahmen) jene Prinzipien, nach denen die chinesische Parteiführung die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der VR China gestaltet.
- Die Auseinandersetzung mit Peking überließen sie darüber hinaus aber völlig der SU.

Die in diesem Verhalten zu Tage tretende Abstinenz in der Auseinandersetzung mit Peking dürfte folgende Ursachen haben:

- Da die SU der Hauptkontrahent Pekings im sozialistischen Lager ist, und da die sozialistischen Staaten ohnehin die Führungsrolle Moskaus anerkennen, ist es nur konsequent, wenn sie die Auseinandersetzung mit Peking der KPdSU überlassen, nachdem sie deutlich gemacht haben, daß sie in dieser Auseinandersetzung auf der Seite der SU stehen.

- Da die Bedingungen, unter denen sich der Aufbau des Sozialismus in der VR China vollzieht, sich erheblich von jenen unterscheiden, die in den europäischen sozialistischen Staaten herrschen (zum Beispiel hinsichtlich der industriellen Entwicklung oder der Rolle der Bauernschaft), tangieren die Lösungen, die China findet, um seine Probleme zu bewältigen, die Staaten des Warschauer Vertrages nicht unmittelbar, denn diese Lösungen sind auf die europäischen sozialistischen Staaten nicht ohne weiteres übertragbar. Ein Indiz, das diese Überlegungen bestätigt, ist die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten, wenn sie überhaupt zu den Problemen des chinesischen sozialistischen Aufbaus Stellung nehmen, sich im wesentlichen auf die Frage konzentrieren, wie das Prinzip der führenden Rolle der Partei ausgestaltet werden soll.

Die Haltung der nichtsowjetischen sozialistischen Staaten, die sie gegenüber Peking in der Frage des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft einnehmen, ist demnach bestimmt durch ihr weitgehendes Desinteresse an dieser Frage und durch ihre Parteinahme für Moskau im sowjetisch-chinesischen Konflikt.

b) Auseinandersetzung mit der CSSR

Wird die Art und Weise, wie die verschiedenen sozialistischen Staaten den Reformkurs der KPC beurteilten, analysiert[145], so ergeben sich folgende Unterschiede im Verhalten der sozialistischen Staaten:

1. Nur die SU und die DDR setzten sich ausführlich mit den Prinzipien und den Folgen des Prager Reformkurses auseinander. Die übrigen sozialistischen Staaten vernachlässigten diese Auseinandersetzung weitgehend.

2. Die Fehlentwicklungen in der CSSR, die die SU, die DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien zur Intervention veranlaßten, werden von diesen Mächten selbst unterschiedlich beurteilt:

   - Während der Warschauer Brief mögliche und bereits eingetretene Fehlentwicklungen in der CSSR dem Wirken antisozialistischer Kräfte und der Tolerierung dieser Kräfte seitens der Parteiführung der KPC zuschrieb und im übrigen die Bemühungen der KPC um eine Korrek-

tur der Mängel und Fehler der Vergangenheit, um eine Verbesserung des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, um eine Vervollkommnung der Struktur der Volkswirtschaft, um die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und um die Regelung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken zwar nicht ausdrücklich guthieß, sie aber als innere Angelegenheit der CSSR bezeichnete, in die sich die Absender des Briefes nicht einmischen würden[146],

- identifizierten die SU und die DDR (am deutlichsten nach der Intervention) die Fehlentwicklungen in der CSSR mit den Aktivitäten der von Dubcek geführten Minderheit im Präsidium des ZK der KPV und griffen die Grundgedanken des Aktionsprogramms der KPC als Verletzung der führenden Rolle der Partei, der sozialistischen Demokratie und des demokratischen Zentralismus an, ohne freilich direkt auf das Aktionsprogramm der KPC einzugehen (vor allem nicht vor der Intervention).

- Selbst zwischen jenen Interventionsmächten, die sich nicht so intensiv wie die SU und die DDR mit dem Reformkurs der KPC befaßten, gibt es noch Nuancen in der Beurteilung der Prager Entwicklung nach dem Januar 1968:

  - Während Polen und Ungarn den Nach-Januar-Kurs der KPC ausdrücklich als in Einklang mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus stehend bezeichneten,

  - erklärte Bulgarien, die revisionistischen Konzeptionen hätten in der CSSR vorübergehend die Oberhand gewonnen.

  - Während Polen und Bulgarien keinen Zweifel daran aufkommen ließen, daß in der CSSR die Gefahr drohe, der Kapitalismus könne wiederhergestellt werden, nahm Ungarn hier eine zurückhaltende Position ein: Es warnte die KPC lediglich davor, die rechten Kräfte zu stark werden zu lassen.

Sieht man einmal von den Unterschieden der Intensität ab, mit welcher sich die verschiedenen sozialistischen Staaten mit der inneren Entwicklung der CSSR auseinandersetzten, so ergeben sich somit folgende Gruppierungen im sozialistischen Lager bei der Beurteilung des Reformkurses der KPC:

- Während die SU, die DDR und Bulgarien den Reformkurs und die Reformergruppe in der Parteiführung der KPC mit jenen Verletzungen der Prinzipien des Marxismus-Leninismus weitgehend identifizierten, die schließlich die Intervention herbeiführten,

- hießen Polen und Ungarn den Reformkurs der KPC ausdrücklich gut und begründeten die Notwendigkeit der Intervention lediglich mit den Aktivitäten der antisozialistischen Kräfte und mit der mangelhaften Kontrolle dieser Kräfte seitens der Prager Parteiführung,

- und Rumänien hieß den Reformkurs gut und sah weder in der innenpolitischen Entwicklung in der CSSR einen Anlaß, um einzugreifen, noch mochte es ein solches Eingreifen grundsätzlich zu rechtfertigen.

Diese unterschiedlichen Verhaltensweisen können zunächst folgendermaßen erklärt werden:

- Rumäniens Verhalten resultiert aus seiner Interpretation der Prinzipien des sozialistischen Internationalismus und ist im Rahmen dieser Interpretation konsequent[147].

- Da Polen und Ungarn den Reformkurs der KPC grundsätzlich guthießen, entfiel für sie auch die Notwendigkeit, sich mit diesem Kurs intensiver auseinanderzusetzen (zumal diese Haltung ja auch mit dem Inhalt des Warschauer Briefes übereinstimmte); allerdings wird dieses Verhalten dort inkonsequent, wo die Tolerierung der antisozialistischen Aktivitäten durch die Parteiführung der KPC auf deren politischen Kurs und nicht nur auf subjektives Versagen zurückgeführt werden muß, denn die Toleranz der Prager Parteiführung resultiert zum Teil ja sicherlich aus der Tatsache, daß sie die politischen Mittel und Methoden der Auseinandersetzung gegenüber den administrativen bevorzugte[148].

Somit sind noch folgende Fragen zu klären, will man den Ursachen der unterschiedlichen Verhaltensweisen der sozialistischen Staaten auf den Grund gehen:

1. Warum befaßte sich Bulgarien nicht intensiver mit dem Prager Reformkurs, wenn es doch offensichtlich der Meinung war, dieser Kurs sei revisionistisch?

2. Wie erklärt sich die Inkonsequenz im Verhalten Polens und Ungarns?

3. Warum wichen Bulgarien, die DDR und die SU ihrer Beurteilung des Prager Reformkurses vom Inhalt des Warschauer Briefes ab?

zu 1.:

Die Inkonsequenz Bulgariens, den Prager Reformkurs als revisionistisch zu bezeichnen, ohne diese Kennzeichnung mit einer umfassenden Analyse dieses Kurses zu rechtfertigen, kann folgende Ursachen haben:

- Bulgarien schloß sich dem Moskauer Kurs an und damit entfiel für Sofia die Notwendigkeit, diesen Kurs zu rechtfertigen, denn diese Aufgabe konnte es Moskau überlassen.

- Sofias Verhalten kann aber auch innenpolitische Ursachen haben: Wenn die zur Einleitung des Prager Reformkurses führende Entwicklung keine Parallele in Bulgarien hatte, dann entfiel für die BKP die Notwendigkeit, sich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen, ebenso wie in dem Falle, daß derartige Parallelen vorhanden waren, denn im ersten Falle konnten solche Auseinandersetzungen ähnliche Entwicklungen wie in der CSSR provozieren und im zweiten Falle konnte eine solche Auseinandersetzung eine solche Entwicklung verstärken - beides Möglichkeiten, an denen die Sofioter Parteiführung nicht interessiert sein konnte, hatte sie doch der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in Bulgarien Grenzen gesetzt, die die Widerholung des tschechoslowakischen Experimentes auf bulgarischem Boden deutlich ausschlossen[149].

zu 2.:

Da Polen und Ungarn zu dem Problem der Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft unterschiedliche Positionen einnehmen[150], ist anzunehmen, daß ihre Inkonsequenzen aus unterschiedlichen Ursachen resultieren:

- Polen konnte an einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Prager Reformkurs nicht gelegen sein, weil eine solche Auseinandersetzung geeignet gewesen wäre, die Bemühungen der PVAP, jene Entwicklung in Polen zu verhindern, wie sie in der CSSR eingetreten war, zu konterkarieren. Daß die PVAP eine solche Entwicklung auch in Polen für möglich hielt, zeigen folgende Indizien:

  - Die PVAP war bemüht, jener Diskussion des der entwickelten sozialistischen Gesellschaft am besten entsprechenden Wirtschaftsmodells, die sie selbst mit der Reform des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft eingeleitet hatte, Grenzen zu setzen, indem sie den Vorwurf des Revisionismus gegen bestimmte Ökonomen richtete, die sich in diese Diskussion eingeschaltet hatten (so Jasczuk gegenüber Brus, dem er unter anderem vorwarf, er sehe auch in der sozialistischen Gesellschaft Ursachen der Entfremdung, er überschätze die Bedeutung der Dezentralisierung und er vertrete die These von der dauerhaften Verschichtung der sozialistischen Gesellschaft[151]), und indem sie die polnischen Bemühungen um die Vervollkommnung des Wirtschaftssystems von denen der CSSR und der SFRJ abzusetzen versuchte[152], denen sie, implizit, ebenso wie den Revisionisten im eigenen Land vorwarf, die Marktmechanismen dem zentralen Plan überzuordnen[153].

  - Die Märzereignisse in Polen, ihre Vorgeschichte[154] und die Reaktion der polnischen Parteiführung auf diese Ereignisse, die gekennzeichnet war von einem den Prager Erneuerungsbemühungen scharf entgegenlaufenden Kurs, zeigen, daß die PVAP auch hinsichtlich des politischen Leitungssystems eine Politik verfolgt, der an einer gründlichen Auseinandersetzung mit der Prager Reformpolitik nicht gelegen sein konnte, denn das hätte erneut eine Diskussion des polnischen Leitungssystems hervorrufen können.

  Somit lag es für die PVAP angesichts dieser innerpolnischen Situation nahe, eine intensive Auseinandersetzung mit der Prager Reformpolitik zu vermeiden (was umso leichter war, als die innerpolnische Diskussion von Seiten der Parteiführung implizit auch immer eine Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Prager Reformpolitiker war). Somit muß die Tatsache, daß Warschau den tschechoslowakischen Kurs grundsätzlich guthieß, als Vorwand betrachtet werden, der dem Zweck diente, der unerwünschten Auseinandersetzung mit diesem Kurs aus dem Weg zu gehen, während die Analyse der tschechoslowakischen Entwicklung, die Reformbemühungen seien der Kontrolle der Partei entglitten und würden von den antisozialistischen Kräften zur Wiedererrichtung des Kapitalismus mißbraucht, als Ausdruck der grundsätzlichen Ablehnung des Prager Reformkurses gewertet werden muß.

- Im Falle Ungarns liegen die Dinge anders, denn es gibt Indizien dafür, daß Ungarn die Berechtigung und die Richtigkeit des tschechoslowakischen Reformkurses wirklich anerkannte:

  · Zoltán Komócsin billigte den Nach-Januar-Kurs der KPC ausdrücklich, warnte die KPC jedoch, indem er auf die ungarischen Erfahrungen von 1956 verwies, vor den antisozialistischen und rechten Kräften[155]. An dieser Haltung änderten auch die "2000 Worte" nichts: Die USAP warnte die KPC nur umso nachdrücklicher vor der Gefahr von rechts, die sich beträchtlich verstärkt habe; die USAP mahnte: "Laßt nicht die gleichen Dinge geschehen, die zur offenen Konterrevolution in Ungarn geführt haben."[156]

    Radio Prag hielt diese ungarische Stellungnahme den anderen sozialistischen Staaten als ein Beispiel für "ein ernsthaftes Bemühen" vor, "Begründungen anzuführen", und lobte den ruhigen, nicht-aggressiven Ton der ungarischen Erklärungen[157].

  · Von dieser Position ausgehend, offenbar auch davon überzeugt, daß es kein obligatorisches Modell für den Aufbau des Sozialismus gäbe[158], suchte Ungarn anscheinend zwischen Prag und den anderen sozialistischen Staaten zu vermitteln:

    ·· Laut Meldung von Tanjug soll Kadar auf der Moskauer Konferenz erklärt haben, wo Ulbricht und Gomulka bereits die Stationierung von Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR gefordert haben sollen (so dieselbe Meldung von Tanjug), Ungarn stehe hinter den Demokratisierungsbestrebungen der KPC und habe Verständnis, daß die Demokratisierung in dem Maße, wie es der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entspreche, viel Zeit benötige und voller Komplikationen sei[159].

    ·· Nach den Aufzeichnungen des Dolmetschers von Gomulka, Erwin Weit, soll Kadar auf der Warschauer Konferenz dem Brief an das ZK der KPC zwar zugestimmt aber auch gewarnt haben, daß alle über diesen Brief hinausgehenden Entscheidungen zu schwerwiegenden Folgen in der gesamten kommunistischen Welt führen könnten. Er soll darauf von Ulbricht heftig angegriffen und von den übrigen Konferenzteilnehmern geschnitten worden sein[160].

    ·· Kadar traf Dubcek offenbar mehrere Male an der ungarisch-tschechoslowakischen Grenze, um diesen vor den rechten Kräften in der CSSR zu warnen und ihm die Haltung der anderen sozialistischen Staaten zu erläutern[161].

Diese Indizien zeigen, daß Ungarn tatsächlich von der grundsätzlichen Richtigkeit und Berechtigung des neuen Prager Kurses überzeugt war, so daß für Budapest keine Notwendigkeit bestand, sich mit diesem Kurs ausführlich auseinanderzusetzen. Konsequent ist sein Verhalten auch in der Frage der Tolerierung der Aktivitäten der rechten Kräfte: Offenbar überzeugt davon, daß diese Toleranz bis zu einem gewissen Grad bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie unumgänglich ist, warnte es lediglich davor, diese Kräfte zu stark werden zu lassen[162].

zu 3.:

Bevor die Frage, warum die DDR und die SU[163] in ihrer Beurteilung der tschechoslowakischen Reformpolitik von den kollektiv gefaßten Beschlüssen und von der Haltung der anderen sozialistischen Staaten abwichen, beantwortet werden kann, muß zunächst zweierlei festgestellt werden:

- Zum einen ist festzustellen, daß der Warschauer Brief gegenüber den eigentlichen Inhalten des Prager Reformkurses am Prinzip der Nichteinmischung festhielt. Es stand den sozialistischen Staaten also grundsätzlich frei, Stellung zu diesen Inhalten zu nehmen, falls sie gewillt waren, sich gegenüber dem Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der CSSR zu verteidigen; dies konnte ihnen allerdings nicht schwer fallen, hatte der Warschauer Brief doch bereits die Rechtfertigung einer solchen Einmischung geliefert, als er erklärte, die vom Imperialismus unterstützte Offensive der tschechoslowakischen Reaktion gegen die KPC und die Grundlagen der Gesellschaftsordnung der CSSR drohe, die CSSR vom Weg des Sozialismus abzudrängen, und gefährde somit die Interessen des ganzen sozialistischen Systems, was die Entwicklung in der CSSR zur Angelegenheit aller kommunistischen und Arbeiterparteien mache[164].

  Mit dieser Feststellung ist allerdings nur geklärt, daß die DDR und die SU die Möglichkeit hatten, von den kollektiven Beschlüssen abzuweichen, nicht aber, warum sie diese Möglichkeit im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Staaten auch tatsächlich nutzten.

- Zum anderen muß auch verdeutlicht werden, daß jene intensive Auseinandersetzung, die die SU und die DDR mit Prag um die Prinzipien des Aufbaus des Sozialismus in der CSSR führten, erst nach der Intervention in Form einer allgemeinen Abrechnung mit dem Prager Reformkurs eingeleitet

wurde, so daß die Erklärung naheliegt, die abweichende Haltung der SU und der DDR resultiere lediglich aus dem Bedürfnis, die Intervention nachträglich so umfassend wie möglich zu rechtfertigen. Diese Erklärung kann aber nur insofern akzeptiert werden, als sie geeignet ist, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Auseinandersetzung darüber, welche Prinzipien des sozialistischen Aufbaus die richtigen sind, sicherlich nicht die einzige Ursache für die Intervention war, doch im übrigen ist diese Erklärung aus einem doppelten Grunde unzutreffend:

- Die Auseinandersetzung um die Prinzipien des sozialistischen Aufbaus kann, obwohl sie von der DDR und der SU erst nach der Intervention mit aller Intensität aufgenommen wurde, nicht als nur sekundäre, zusätzlich nachgeschobene Begründung der Intervention betrachtet werden, denn diese Interpretation würde der Bedeutung und der Aktualität nicht gerecht, die jenen Fragen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in allen sozialistischen Staaten zukommen, die der tschechoslowakische Reformkurs angesprochen hatte.

- Während Polen und Ungarn den tschechoslowakischen Reformkurs schon vor der Intervention als mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus grundsätzlich übereinstimmenden, berechtigten Erneuerungsprozeß bezeichnet hatten, hatten die DDR und die SU, wenn auch weniger klar als nach der Intervention, bereits vor der Intervention deutlich gemacht, daß sie die entscheidenden Prinzipien der tschechoslowakischen Erneuerung ebenso ablehnten wie die Reformergruppe in der KPC, die diese Prinzipien verfocht (vgl. zum Beispiel die sowjetischen Angriffe gegen Cisar oder die der DDR gegen Smrkovsky)[165]. Auch jene Passagen des Warschauer Briefes, in denen der KPC mangelnde Standhaftigkeit gegenüber den antisozialistischen Kräften vorgeworfen wurde, in denen die KPC aufgefordert wurde, für die Geschlossenheit der Parteireihen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus Sorge zu tragen, und in denen erklärt wurde, die Unterzeichner des Briefes wüßten, daß es in der CSSR Kräfte gäbe, die in der Lage seien, die sozialistische Ordnung zu verteidigen[166], können als Ausdruck dieser Haltung der DDR und der SU interpretiert werden.

Diese Einsichten entheben jedoch, was oben bereits deutlich wurde, nicht der Notwendigkeit festzustellen,

a) Warum die SU und die DDR den tschechoslowakischen Reformkurs grundsätzlich ablehnten

b) und warum sie sich nach der Intervention so ausführlich mit den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus in der CSSR auseinandersetzten?

zu a):

Um die Frage beantworten zu können, warum die SU und die DDR den tschechoslowakischen Reformkurs grundsätzlich ablehnten, ist es notwendig, die Interessenlage beider Staaten angesichts der Entfaltung der Prager Nach-Januar-Politik zu analysieren; die DDR und die SU mußten von folgenden Einsichten ausgehen:

- Die Prager Reformpolitik war geeignet, sich zu einer Alternative zum sowjetischen Modell einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, mit dem sich auch die DDR identifiziert, wie ihre Vorstellungen von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beweisen, zu entwickeln. Dies äußerte sich nicht nur im Anspruch Prags, erstmals Sozialismus und Demokratie miteinander zu verbinden[167], sondern dies kam auch in den kurz- und langfristigen Perspektiven der Prager Reformpolitik zum Ausdruck, nämlich in der Duldung politischer Organisationen außerhalb der Nationalen Front, in der Aufhebung der Pressezensur, in der Rehabilitierung der Opfer der stalinistischen Vergangenheit, in der Pluralismuskonzeption der Nationalen Front[168], in der Modifizierung des demokratischen Zentralismus durch den Entwurf des neuen Parteistatuts der KPC, in der Absicht, die Partei von Staat und Wirtschaft zu trennen, in der Verbesserung des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und der Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft mit Hilfe des verstärkten Einsatzes der Ware-Geld-Beziehungen und des marktwirtschaftlichen Regulierungsmechanismus.

  All dies waren zweifelsohne Schritte zur Lösung des Prager Gesellschaftssystems von seinem sowjetischen Vorbild.

- Die Veränderungen des tschechoslowakischen Gesellschaftssystems im Sinne einer Lösung vom sowjetischen Vorbild konnte nicht ohne Folgen für das Gefüge des sozialistischen Lagers bleiben:

  - Die Lösung vom sowjetischen Vorbild stellte die Gültigkeit der von der SU vorgelebten Lösung der Fragen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und damit die sowjetische Führungsposition in Frage.

- Die CSSR hätte, dank ihrer von den anderen sozialistischen Staaten abweichenden inneren Ordnung, eine Sonderrolle im sozialistischen Lager gespielt. Eine Fraktionsbildung mit den anderen Dissidenten - vor allem Rumänien und Jugoslawien - wäre möglich gewesen, die als Korrektiv im Entscheidungsprozeß des sozialistischen Lagers hätte wirken können und die damit auch anderen sozialistischen Staaten mehr Bewegungsfreiheit geschaffen hätte. Die stürmische Begrüßung, die Tito und Ceausescu zuteil wurde, als sie Prag besuchten, stützt diese These - umso mehr als Ceausescu kurz zuvor die Struktur des Warschauer Vertrages kritisiert hatte[169] und damit, wie die Affäre Prchlik zeigte, auf Verständnis in der CSSR stoßen konnte[170]. Die innerpolitische Emanzipation der CSSR vom sowjetischen Vorbild hätte - über ein gestärktes Selbstbewußtsein - sicherlich auch die kritische Haltung Prags gegenüber dem außenpolitischen Kurs der SU gefördert und der CSSR eine der rumänischen Position ähnelnde Sonderrolle zuweisen können.

- Die Absicht der Prager Reformer, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der CSSR durch den Ausbau der ökonomischen Verbindungen zum Westen Herr zu werden, war geeignet, Moskau zu verdeutlichen, daß Prag nicht gewillt war, seine internationalen Beziehungen auf Kosten seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch die SU und die anderen sozialistischen Staaten monopolisieren zu lassen. Diese Haltung Prags mußte die Integrationsimpulse schwächen, die von der gemeinsamen Gegnerschaft der sozialistischen Staaten zum Imperialismus für das sozialistische Lager ausgehen.

- Schließlich war es auch klar, daß die Duldung der Prager Reformpolitik weder auf den innen- noch auf den außenpolitischen Kurs der anderen sozialistischen Staaten ohne Einfluß bleiben konnte, denn die SU hätte kein Argument dafür anführen können, daß sie Prag erlaubte, was sie anderen sozialistischen Staaten verbot.

All das konnte auch nicht im Interesse der DDR liegen, denn dadurch wäre ihr eigenes innenpolitisches System in Frage gestellt worden, das ja auf den sowjetischen Erfahrungen und auf dem sowjetischen Vorbild basiert und mit diesem Vorbild weitgehend identisch ist, und die Folgen für die außenpolitische Situation der DDR wären ebenfalls unabsehbar gewesen, mußte sie doch fürchten, die geschlossene Unterstützung aller sozialistischen Staaten für ihre Deutschlandpolitik zu verlieren (vgl. die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD).

- Es gibt außerdem Anzeichen dafür, daß die SU auch Rückwirkungen der Prager Reformpolitik auf die Aktivitäten jener Kräfte fürchtete, die in der SU auf eine Demokratisierung dringen:

  · Der Beschluß des ZK der KPdSU vom 10. April 1968, die ideologische Arbeit zu einer der "allerwichtigsten Verpflichtungen aller Parteiorganisationen" zu machen[171], beweist, daß es auch in der SU, ähnlich wie in der CSSR und in Polen, Kräfte gab, die unter Kontrolle gehalten werden mußten, weil sie begannen, gegen die bestehenden Verhältnisse zu rebellieren.

  · Daß Sacharow in seinem Memorandum die kühne Initiative der tschechoslowakischen Kommunisten begrüßt hatte, beweist, daß die sowjetische Intelligenz an der Prager Reformpolitik Anteil zu nehmen begann[172].

  · Als besonders anfällig für die Nachahmung der Prager Reformpolitik, insbesondere der Nationalitätenpolitik, scheint Moskau die Ukraine und andere nichtrussische Völker der SU gehalten zu haben, wie aus den Angriffen gegen die ukrainischen Nationalisten und Revisionisten hervorgeht[173].

  Aus diesen Indizien geht hervor, daß die SU offensichtlich fürchtete, das tschechoslowakische Beispiel könnte in der SU Schule machen, so daß eine Tolerierung der Prager Reformpolitik seitens der SU einer Ermunterung der oppositionellen Kräfte in der UdSSR gleichgekommen wäre.

  Auch in der DDR bestand die Gefahr derartiger Implikationen der Tolerierung der tschechoslowakischen Reformpolitik grundsätzlich, wenn es auch keine Indizien dafür gibt, daß in der DDR dieses Problem ähnlich aktuell wie in der SU oder gar in Polen war.

- Die SU mußte außerdem die Wünsche der anderen sozialistischen Staaten berücksichtigen, von denen vor allem Polen und die DDR auf definitive Maßnahmen gegenüber der CSSR drängten[174].

Aus all dem geht deutlich hervor, daß es die innen- und die außenpolitischen Implikationen einer Tolerierung der Prager Reformpolitik waren, die die DDR und die SU nötigten, die tschechoslowakische Reformpolitik abzulehnen.

zu b):

Die intensive Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Reformkurs, die die DDR und die SU führten, war die Konsequenz ihrer Ablehnung dieses Kurses, denn die Ablehnung mußte ja begründet werden. Es ist also nur die Frage zu beantworten, warum diese Auseinandersetzung erst nach der Intervention erfolgte. Vor allem taktische Erwägungen dürften die Ursache für diese Verzögerung gewesen sein:

- Solange noch die Hoffnung bestand, daß die CSSR mit Hilfe gewaltloser Mittel veranlaßt werden konnte, ihren Kurs im Sinne der Vorstellungen der SU und der DDR (und Polens sowie Bulgariens) zu revidieren, bestand die Notwendigkeit nicht, sich ausführlich mit dem Prager Kurs auseinanderzusetzen, denn die Mängel dieses Kurses wären durch eine Revidierung der Prager Politik viel wirksamer demonstriert worden als durch eine fruchtlose Kritik und damit wären auch die unerwünschten Folgen dieses Kurses wirksamer verhindert worden.

- Nachdem sich diese Hoffnung aber zerschlagen hatte und die Intervention notwendig geworden war, war es auch nur konsequent, wenn der Abschreckungseffekt, den die Intervention für alle potentiellen Nachahmer des tschechoslowakischen Experimentes zeitigen mußte, durch die Bestimmung jener Fehler und Mängel erhöht wurde, die die Intervention veranlaßt hatten. Außerdem war es notwendig, die Intervention zu rechtfertigen.

c) Die Auseinandersetzung mit Jugoslawien

Die Kontroverse, die sich zwischen jenen Staaten des Warschauer Vertrages, die in der CSSR intervenierten, und Jugoslawien entwickelte, nahmen die Interventionsmächte zum Anlaß, sich erneut mit dem jugoslawischen Modell des Sozialismus auseinanderzusetzen[175]:

- Die SU verurteilte die Prager Versuche zur Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft als Nachahmung des mangelhaften jugoslawischen Modells[176], und sie bezichtigte den BdKJ, seine Linie zur Schwächung der führenden Rolle der Partei habe die revisionistischen Elemente in der CSSR inspiriert[177].

- Auf dem Oktoberplenum des ZK der SED (22. - 25. Okt. 1968) verurteilte Ulbricht die Selbstverwaltung der Betriebe, wobei er sich direkt auf die CSSR und die SFRJ bezog, als Verzicht auf den konzentrierten, gesamtstaatlich geleiteten energischen Kampf um wissenschaftlich-technische Höchstleistungen auf strukturbestimmenden Gebieten[178].

- Polen bezichtigte das jugoslawische Selbstverwaltungsmodell der Verletzung des Prinzips der führenden Rolle der Partei, es suche die Partei vom Staat und von den sozialökonomischen Problemen zu trennen; die wirtschaftlichen Rückschläge, die die SFRJ habe hinnehmen müssen, zeigten deutlich, daß Belgrad einen falschen Weg eingeschlagen habe[179].

d) Die Einheit des sozialistischen Aufbaus

Die Analyse der Auseinandersetzung, die die sozialistischen Staaten untereinander um die beste (das heißt effektivste) und richtigste (das heißt dem Marxismus-Leninismus entsprechende) Entfaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft führten, offenbart folgendes Dilemma:

- Auf der einen Seite besteht das allgemein anerkannte Postulat der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, das, von der Theorie her, geeignet ist, in allen sozialistischen Staaten ein prinzipiell gleiches Modell der sozialistischen Gesellschaft durchzusetzen.

- Andererseits jedoch konnten sich die sozialistischen Staaten nicht auf eine gemeinsame Definition dieser Gesetzmäßigkeiten einigen, so daß, angesichts der Notwendigkeit, die politischen und ökonomischen Formen der sozialistischen Staaten den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entsprechend zu vervollkommnen, politische und ökonomische Formen in den einzelnen Ländern entstanden beziehungsweise diskutiert wurden, die die Vorstellung des e i n e n Sozialismus[180] zunichte zu machen drohten, wobei auch die sowjetischen Erfahrungen nicht die Funktion übernehmen konnten, diesen

Prozeß der Desintegration des Sozialismus und des sozialistischen Lagers aufzuhalten, denn die SU setzt sich, trotz ihres Entwicklungsvorsprungs, mit denselben Problemen auseinander wie die übrigen sozialistischen Staaten, so daß ihre Lösungsversuche nicht mehr als in der Praxis bewährte Richtlinien für den sozialistischen Aufbau in den anderen sozialistischen Staaten gelten können und, wie das tschechoslowakische Beispiel ebenso wie das chinesische zeigt, auch nicht mehr als solche anerkannt werden; mit anderen Worten: Der Integrationsfaktor "Einheit des sozialistischen Aufbaus" hat weitgehend an Effizienz eingebüßt.

Der Versuch, auf der Moskauer Konferenz, die die politischen und ökonomischen Formen der entwickelten sozialistischen Gesellschaften bestimmenden Prinzipien zu definieren, war nicht sehr erfolgreich. Einigen konnten sich die Konferenzteilnehmer lediglich auf folgende Formulierungen[181]:

- Die Bemühungen zur Vervollkommnung der ökonomischen Formen werden, so stellte das Hauptdokument fest, "durch den sozialistischen Charakter des Eigentums, durch die planmäßige Organisation der Produktion, durch die aktive Teilnahme der körperlich und geistig Schaffenden an der Führung und Leitung der Wirtschaft ermöglicht."

- Im Bereich der politischen Leitung von Staat und Gesellschaft formulierte das Hauptdokument lediglich Folgendes: "Die entschiedene Abwehr" der Versuche der Feinde des Sozialismus, "die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu untergraben, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vereiteln und ihre eigene Herrschaft wiederherzustellen", "ist die notwendige Funktion des sozialistischen Staates, der sich auf die breiten Volksmassen stützt, die von der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Vorhut geführt werden."

Die hier formulierten Prinzipien decken selbst so gegensätzliche Modelle des Sozialismus wie jenes der DDR und das der CSSR, so daß sie ungeeignet sind, als Maßstab zur Bewertung einer dem Marxismus-Leninismus entsprechenden Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu dienen. Die Durchsetzung dieser oder jener Vorstellungen darüber, wie die Probleme der entwickelten sozialisti-

schen Gesellschaft zu bewältigen sind, ist also nach wie vor eine Machtfrage, was den Intentionen jener entgegenkommt, die im Besitz der Macht sind, denn auf diese Weise können sie von Fall zu Fall bestimmen, was den Prinzipien des Marxismus-Leninismus noch entspricht und was nicht, während gemeinsam beschlossene Definitionen notwendigerweise Kompromißcharakter tragen würden.

C Die politische Einheit der sozialistischen Staaten

Wird Politik als "Kampf der Klassen um die Durchsetzung ihrer sozialen Ziele" definiert[182], dann geht es in allen Bereichen des Klassenkampfes, sowohl im internationalen als auch im nationalen Maßstab, um Politik und um die politische Einheit der sozialistischen Staaten.

Entsprechend umfassend formulierte das Hauptdokument der Moskauer Konferenz dann auch die Pflichten der sozialistischen Staaten[183]:

- "Die Verteidigung des Sozialismus ist die internationale Pflicht der Kommunisten."[184]
- "Die Entwicklung und Festigung jedes einzelnen sozialistischen Staates ist eine wichtige Bedingung für den Vormarsch des gesamten sozialistischen Weltsystems. Die erfolgreiche Entwicklung der Volkswirtschaft, der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Beziehungen, der allseitige Fortschritt jedes sozialistischen Landes entspricht sowohl den Interessen der gemeinsamen Sache des Sozialismus."
- "Eine der wichtigsten Aufgaben der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder besteht darin, die allseitige Zusammenarbeit ihrer Länder zu entwickeln und in den entscheidenden Bereichen des ökonomischen Wettbewerbs der beiden Systeme, auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik weitere Erfolge zu gewährleisten. Dieser Wettbewerb erfordert unter den Bedingungen

des verschärften Kampfes zwischen den beiden Systemen, daß sich das sozialistische System ... immer mehr auf die sozialistische Arbeitsteilung und die freiwillige Kooperation der sozialistischen Länder stützt, die jede Schmälerung nationaler Interessen ausschließt und sowohl den Aufschwung jedes einzelnen Landes als auch die Festigung der Macht des sozialistischen Weltsystems als ganzes gewährleistet."

- Die "Erfolge des Sozialismus, sein Einfluß auf den Verlauf der internationalen Ereignisse, die Wirksamkeit seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression hängen in bedeutendem Maße von der Geschlossenheit der sozialistischen Länder ab. Die Aktionseinheit der sozialistischen Länder ist ein wichtiger Faktor für den Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte."

Das Postulat der politischen Einheit umfaßt somit die Pflicht der sozialistischen Staaten, ihre Errungenschaften gemeinsam gegen alle inneren und äußeren Feinde zu verteidigen, ihre allseitige Zusammenarbeit, insbesondere ihre ökonomische Integration, zu vertiefen und den allseitigen Fortschritt jedes sozialistischen Staates zu gewährleisten[185].

1. Die Einheit im Kampf gegen die inneren Feinde des Sozialismus

Ihrer Pflicht, die inneren Feinde des Sozialismus gemeinsam zu bekämpfen, genügten die sozialistischen Staaten, indem sie sich mit den antisozialistischen Kräften in China und in der CSSR sowie mit den Kritikern der Intervention in der CSSR auseinandersetzten.

a) Die Auseinandersetzung mit China

Da alle sozialistischen Staaten (außer Rumänien) davon überzeugt sind, daß die Gruppe um Mao Tse-tung den Sozialismus in China bedroht und die marxistisch-leninistischen Prinzipien verfälscht[186], müßten sie die Auseinan-

dersetzung mit Peking auch unter dem Aspekt führen, wie im innerchinesischen Klassenkampf die antisozialistischen Aktivitäten der chinesischen Parteiführung bekämpft werden könnten. Dies geschieht jedoch nicht - es sei denn, man interpretiert die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten zwischen der Mao-Gruppe und den chinesischen Kommunisten beziehungsweise dem chinesischen Volk differenzieren und der Hoffnung Ausdruck verleihen, dem chinesischen Volk und den chinesischen Kommunisten möge es gelingen, die sozialistischen Errungenschaften Chinas zu bewahren[187], als Aufforderung an die chinesischen Kommunisten und an das chinesische Volk, die Herrschaft der Gruppe um Mao Tse-tung zu beenden und deren verhängnisvollen Kurs zu revidieren. Die Erklärung Breshnews auf der Moskauer Konferenz, wenn diese oder jene Partei aufhöre, den Kampf um die Reinheit des Marxismus-Leninismus zu führen, dann wirke sich dies auch auf die Gesamtheit der kommunistischen Bewegung aus[188], kann als Warnung im Sinne der Doktrin der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften verstanden werden. Die Äusserungen Breshnews auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU lassen jedoch vermuten, daß die SU vorerst alle Pläne aufgegeben hat, in China direkt Einfluß zu nehmen. Offensichtlich konzentriert sie sich auf den Versuch, ihre Beziehungen zu Peking zu normalisieren[189].

b) Die Auseinandersetzung mit den antisozialistischen Kräften in der CSSR

Obwohl sich alle sozialistischen Staaten darin einig waren, daß die Nach-Januar-Politik der KPC von antisozialistischen Tendenzen begleitet war[190], wobei sie als konterrevolutionäre beziehungsweise antisozialistische Kräfte die Kräfte der Reaktion, die außerhalb der Nationalen Front entstandenen Klubs und Organisationen, die Sozialdemokraten sowie

die Revisionisten, die die Massenmedien an sich gerissen haben, ausmachten[191], äußerten sie doch sehr unterschiedliche Ansichten über das Ausmaß, in dem die antisozialistischen Kräfte die sozialistischen Errungenschaften der CSSR bedrohten, und über den Umfang, in welchem sich die Prager Parteiführung selbst in antisozialistische Machenschaften hatte verstricken lassen:

- Während die Interventionsmächte im Warschauer Brief die KPC aufforderten, einen entschiedenen und kühnen Angriff gegen die rechten und antisozialistischen Kräfte zu führen, die die sozialistischen Errungenschaften der CSSR bedrohten[192], und nach dem 21. August ihr Eingreifen damit begründeten, daß in der CSSR eine konterrevolutionäre Situation bestanden habe[193], bestritten eben dies nicht nur die KPC[194], sondern auch die RKP[195].

- Während die SU und die DDR sowie Bulgarien, sowohl vor der Intervention als auch danach, Teile der tschechoslowakischen Parteiführung mit der Entfaltung der konterrevolutionären Aktivitäten in der CSSR direkt in Verbindung brachten und sie offen des Revisionismus bezichtigten[196] und Polen dies indirekt tat[197], fanden sich solche Stellungnahmen weder bei Ungarn, noch bei Rumänien, das ausdrücklich betonte, es vertraue der Fähigkeit der KPC, mit den antisozialistischen Kräften fertig zu werden[198]. Der Warschauer Brief hatte der KPC lediglich vorgeworfen, die "breit angelegte Offensive" der "von den imperialistischen Zentren unterstützten Kräfte der Konterrevolution" gegen die sozialistische Ordnung der CSSR sei nicht auf die "erforderliche Zurückweisung" seitens der Partei und der Volksmacht gestossen[199, 200].

c) Die Auseinandersetzung mit den Kritikern der Intervention in der CSSR

Auch im Verhalten gegenüber den Kritikern der Intervention in der CSSR unter den sozialistischen Staaten zeigten sich Unterschiede:

- Die SU und die DDR konzentrierten ihre Angriffe auf Jugoslawien: Die SU warf Belgrad vor, es solidarisiere sich mit jenen, die die Aktion in der CSSR als Aggression diffamierten, sie stellte - wie sie dies auch kurz

vor der Intervention in der CSSR getan hatte - den Reiseverkehr nach Jugoslawien ein, kritisierte die Aufnahme Ota Siks in Jugoslawien und beschuldigte den BdKJ, er vernachlässige seine führende Rolle in Theorie und Praxis[201]; die SED bezichtigte Jugoslawien nicht nur der Übereinstimmung mit den tschechoslowakischen Revisionisten, sondern auch der direkten Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in der CSSR[202].

- Polen griff Rumänien - es ginge ihm nur um die Desintegration der sozialistischen Gemeinschaft[203] - ebenso an wie die SFRJ, sie unterstütze die revisionistischen Kräfte in der CSSR[204]. Dem Beispiel Polens folgte, wenn auch mit größerer Zurückhaltung, auch Ungarn[205].

- Bulgarien setzte die SFRJ mit der Mazedonienfrage unter Druck[206] und warnte vor den spalterischen Umtrieben der rechten und linken Opportunisten, "... sich 'neutral' denen gegenüber zu verhalten, die auf offensichtliche Weise von den Positionen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus begehen, gegenüber denjenigen, die die Einheit zerstören."[207]

2. Die Einheit im Kampf um die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit

a) Die ökonomische Integration der sozialistischen Staaten[208]

(1) Die Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten

Die Kontroversen, die im sozialistischen Lager darüber bestehen, wie die ökonomischen Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten zu gestalten sind[209], äußerten sich in den Auseinandersetzungen um die Außenwirtschaftspolitik Pekings, Prags und Belgrads:

- Die SU schloß aus der Tatsache, daß China seine ökonomischen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten auf Kosten seiner Bindungen an das sozialistische Lager ausbaut, Peking stelle seine Außenwirtschaftspolitik in den Dienst seines strategischen Zieles, die sozialistische Gemeinschaft zu untergraben[210].

- Die Prager Außenwirtschaftspolitik scheint zwar auf den Konferenzen von Dresden und Bratislava erörtert worden zu sein[211], doch zu einer kollektiven Kritik an der Prager Politik kam es nicht. Polen, die DDR und die SU setzten sich dennoch mit der Außenwirtschaftspolitik Prags auseinander.

  - Bereits vor der Intervention warnte Moskau die CSSR, westdeutsche Kredite in Anspruch zu nehmen[212], und nach der Intervention behauptete es, daß es jenen Kräften, die die Position der KPC unterhöhlen wollten, darum gegangen sei, die Umorientierung der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik nach dem Westen hin durch die These vorzubereiten, die ökonomischen Verbindungen zwischen Moskau und Prag seien für die CSSR unvorteilhaft und sogar belastend[213].

  - Die DDR kritisierte zwar die Wirtschaftskontakte der CSSR mit Bonn, vor allem den Besuch Blessings in Prag, doch sie wertete diese Kontakte vor der Intervention noch unter dem Gesichtspunkt der "massiven Einmischung Bonns in die inneren Angelegenheiten der CSSR"[214]. Erst nach der Intervention stellten sich die Kontakte der CSSR zum Westen der DDR nicht mehr als imperialistische Einmischung, sondern als praktische Folgerung aus den theoretischen Anleihen des Revisionismus beim Kapitalismus dar[215].

  - Polen wertete die Wirtschaftskontakte zwischen der CSSR und der BRD als Indizien für seine These, die "westdeutschen Militaristen und Revanchisten" unternähmen auf allen Ebenen "eine wahre Offensive ..., die offen auf antisozialistische Kräfte in der Tschechoslowakei setzen und in ihrer Diversionstätigkeit auf keinen Widerstand stoßen, manchmal sogar Unterstützung finden." Als Beispiel führte Polen die in der westlichen Presse erscheinenden Nachrichten über Gespräche an, "die von Politikern und ökonomischen Potentaten der BRD in Prag geführt werden ...", so über die Gespräche von Schulz[216] mit tschechoslowakischen Persönlichkeiten, über die Entsendung von Vertretern der zehn mächtigsten Konzerne der BRD nach Prag, über die Bemühungen der CSSR um westdeutsche Investitionskredite und über die Gespräche zwischen der tschechoslowakischen Notenbank und Direktoren der Deutschen Bundesbank[217].

  Rumänien dagegen erklärte ausdrücklich, Kredite seien etwas ganz Normales in der wirtschaftlichen Praxis und auch kleinere Länder könnten sie vom Westen nehmen, solange die Unabhängigkeit beider Seiten respektiert würde[218, 219].

- Die Auseinandersetzung um die Außenwirtschaftspolitik Prags und um die Intervention in der CSSR nahmen Polen, die DDR und die SU zum Anlaß, sich auch mit der Außenwirtschaftspolitik Belgrads zu befassen:

  - Die SU wertete die jugoslawische Wirtschaftsmisere als Beweis dafür, daß auch die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt offensichtlich nicht in der Lage ist, den durch das Aufgeben der zentralen Planung und durch die Schwächung der sozialistischen Stimuli verursachten Rückgang der Wachstumsraten auszugleichen[220].

  - Die DDR warnte, direkt an die Adresse Prags und Belgrads gewandt, die "Wanderer zwischen zwei Blöcken" gerieten früher oder später in Abhängigkeit von den Monopolen und ihrer Weltbank[221].

  - Auch Polen betrachtete die "wachsende Abhängigkeit" der jugoslawischen von der kapitalistischen Wirtschaft als Indiz für den "Mißerfolg des wirtschaftlichen Modells ..., das so lautstark gegenüber anderen sozialistischen Staaten angepriesen wird"[222].

Aus dieser Kritik an der Außenwirtschaftspolitik Pekings, Prags und Belgrads wird deutlich, daß die SU, die DDR und Polen gewillt sind, ihre Vorstellungen über die ökonomische Autarkie des sozialistischen Lagers durchzusetzen; daß Verletzungen dieses Autarkieprinzips jedoch nicht zwangsläufig in offener Kontroverse gerügt werden, zeigt das Beispiel Rumäniens, das einen niedrigeren Anteil des Handels mit den sozialistischen Staaten und einen höheren des Handels mit den kapitalistischen Staaten am Gesamtaußenhandel aufweist als die anderen sozialistischen Staaten, wobei freilich die Kontroversen mit China, der CSSR und der SFRJ auch als indirekte Warnungen an die Adresse Rumäniens gelten können. Ceausescu verteidigte somit in Prag nicht nur die tschechoslowakische Außenhandelspolitik, sondern auch die eigene[223].

(2) Die ökonomische Integration der sozialistischen Staaten und der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Die Haltung, die die sozialistischen Staaten gegenüber den Problemen einer weiteren Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration einnahmen, weist folgende charakteristische Merkmale auf:

- Grundsätzlich sind alle sozialistischen Staaten davon überzeugt, daß die ökonomische Integration des RGW weiterentwickelt und vertieft werden muß[224]. Gemeinsam ist auch allen sozialistischen Staaten das Bemühen, bestehende Konflikte nicht offen auszutragen und damit die Fronten so zu verhärten, daß Kompromisse erschwert oder verhindert werden[225]. Es ist demnach bei der Analyse der Bemühungen der sozialistischen Staaten, ihre ökonomische Integration zu vertiefen[226], davon auszugehen, daß bei allen sozialistischen Staaten, trotz der bestehenden Konflikte, eine gewisse Kompromißbereitschaft besteht. Diese grundsätzliche Bereitschaft der sozialistischen Staaten, ihre ökonomische Integration zu vertiefen und den Kompromiß zu suchen, resultierte aus der Überzeugung, der RGW müsse sich in dem Maße entwickeln, wie sich die Staatsordnung seiner Mitgliedsländer und die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen und die Produktivkräfte sich entfalten[227], das heißt:

  "In der gegenwärtigen Etappe, da die Mitglieder des RGW beachtliche Erfolge in der Entwicklung der Produktivkräfte errungen haben und zu vollkommeneren Methoden der sozialistischen Wirtschaftsführung übergehen, da sie die Aufgaben in Angriff genommen haben, die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution umfassender zu nutzen, die Effektivität der gesellschaftlichen Produktion maximal zu erhöhen und auf dieser Grundlage den Wohlstand ihrer Völker zu heben, ergibt sich die Notwendigkeit einer Vervollkommnung der bestehenden und der Entwicklung weiterer, effektiverer Formen und Methoden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit."[228]

- Jenseits dieser Gemeinsamkeiten werden in den Stellungnahmen der sozialistischen Staaten folgende Konflikte manifest[229]:

  • Zwar herrschte Einigkeit darüber, daß unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution Staaten mit begrenzten Binnenmärkten und beschränkter

Rohstoffbasis ihre Volkswirtschaften nur durch die konsequente Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung weiterentwickeln können, doch scheinen zwei Methoden zur Realisierung der internationalen Arbeitsteilung zur Debatte zu stehen, die eine will die internationale Arbeitsteilung durch die Einführung des Wettbewerbs in die ökonomischen Beziehungen der sozialistischen Staaten verwirklichen, die andere durch die Produktionsspezialisierung und -kooperation. Protagonist der ersten Methode war die KPC unter Dubcek[230], während alle anderen sozialistischen Staaten die andere Methode bevorzugten. Dieser Konflikt wurde zwar nicht offen ausgetragen, aber mit der Intervention in der CSSR gelöst. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Konkurrenzmethode weitere Fürsprecher unter den sozialistischen Staaten gefunden hätte.

- Daß zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten sozialistischen Staaten Konflikte entstehen können, wenn es um die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung geht, die, wird sie unter Vernachlässigung des Aspektes durchgeführt, daß die sozialistischen Staaten sich um die Annäherung und Angleichung ihres ökonomischen Entwicklungsniveaus bemühen müssen, geeignet ist, die bestehenden Unterschiede im Entwicklungsniveau festzuschreiben, zeigt die polnische Kritik, daß die SU weitgehend die Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung bestimmt[231], und zeigt auch die Bereitschaft der DDR, Erzeugnisse, die sie bislang exportierte, nun zu importieren, um die sozialistische Arbeitsteilung zu vervollkommnen[232]. Daß hier eine grundsätzliche Kompromißbereitschaft der entwickelten sozialistischen Staaten besteht, zeigt die Anerkennung der Notwendigkeit, daß die sozialistischen Staaten ihr ökonomisches Entwicklungsniveau auf dieselbe Stufe heben müssen, ebenso wie die Formulierung des Grundsatzes, daß sich die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten unter den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, das heißt unter anderem des gegenseitigen Vorteils, vollziehen muß[233]. Diese grundsätzliche Kompromißbereitschaft verhindert aber offenbar Konflikte nicht von vornherein, wie die Kritik der DDR an der Struktur ihres eigenen Außenhandels beweist[234].

- Die Erklärung Rumäniens, daß es im RGW keine übernationale Körperschaft geben dürfe, ebenso wie die Forderung Ungarns nach der Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit souveräner und gleichberechtigter Staaten sowie die Feststellung Bulgariens, der RGW

schränke die Unabhängigkeit Bulgariens nicht ein, zeigen deutlich[235], daß es im RGW Kontroversen um Struktur und Funktion der RGW-Organe gibt. Auf der einen Seite, die offenbar jede Supranationalität ablehnt, stehen Ungarn und Rumänien, auf der anderen Bulgarien, während die Haltung der anderen Staaten aus ihren Stellungnahmen nicht hervorgeht. Da es bei dieser Frage um eine zentrale Planungsbehörde (das ergibt sich aus den polnischen und den ostdeutschen Stellungnahmen) und um eine Genehmigungsbehörde des RGW's für den Westhandel geht (das ergibt sich aus den Autarkieforderungen Polens, der DDR und der SU ebenso wie aus den Warnungen Rumäniens vor einer solchen Behörde und aus den Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik Prags und Pekings), ist anzunehmen, daß Polen, die DDR und auch die SU in dieser Kontroverse die Haltung Bulgariens teilen.

- Kontrovers scheint weiter auch die Frage zu sein, mit Hilfe welchen Instrumentariums der Waren- und Zahlungsverkehr zwischen den sozialistischen Staaten geregelt werden soll. Während die DDR sich mit der Forderung nach einer gemeinsamen Verrechnungswährung begnügt, verlangt Polen zusätzlich eine auf der Kaufkraft der Bevölkerung fußende Innenwährung und eine transferierbare Binnenvaluta.

Die Positionen, die die einzelnen sozialistischen Staaten in diesen Konflikten einnehmen, ist das Ergebnis folgender Bedingungen: Die grundsätzliche Bereitschaft der sozialistischen Staaten, die sozialistische ökonomische Integration voranzutreiben, resultiert zum einen natürlich aus dem Gesetz der Internationalisierung aller wirtschaftlichen Tätigkeit[236] und aus den Zwängen des internationalen Klassenkampfes[237], zum anderen aber auch aus dem Autarkiepostulat, das sich nach der Intervention in der CSSR allgemein durchgesetzt hat und von allen sozialistischen Staaten (außer Rumänien) anerkannt und praktiziert wird[238]. Dieses Postulat, das den Ausweg, die Mängel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im RGW mit Hilfe der Wirtschaftsbeziehungen zum kapitalistischen Ausland zu kompensieren, versperrt, zwingt zu Reformen innerhalb des RGW (in Ergänzung der ökonomischen Reformen in den ein-

zelnen Staaten), zwingt jene Staaten, die als die entwickelteren von den Mängeln der ökonomischen Zusammenarbeit im RGW profitieren, den Forderungen jener Staaten entgegenzukommen, deren Entwicklungsniveau dem der fortgeschritteneren Staaten im RGW nicht gleichkommt und die, wie Polen, heftig auf die Weiterentwicklung der Integration drängen.

- Die Kontroverse zwischen Polen und der DDR um die Entwicklung eines effektiven Instrumentariums zur Regelung des Waren- und Zahlungsverkehrs spiegelt diese Situation wider: Zwar ist die DDR grundsätzlich kompromißbereit, doch würde die polnische Forderung, da sie ein transparentes regionales Währungssystem impliziert, der DDR, weil dieses System deren ökonomisches Potential in seiner realen Größe darstellen würde, die Kosten der weiteren ökonomischen Integration zu erheblichen Teilen aufbürden, woran der DDR nicht gelegen sein kann, auch wenn sie sich offenbar klar darüber ist, daß sie Opfer bringen muß.

- Auch die Zurückhaltung der SU in der Frage der Vervollkommnung der ökonomischen Integration der sozialistischen Staaten spiegelt diese Situation wider: Die SU ist natürlich daran interessiert, die bestehenden Konflikte nicht offen auszutragen, doch zum anderen ist auch nicht zu erwarten, daß Moskau eine für die SU zunächst sicherlich sehr kostspielige Entwicklung vorantreibt; es wird sich in dieser Frage nur in dem Maße engagieren, in welchem die weniger entwickelten sozialistischen Staaten ihre Forderungen artikulieren, denn es kann seine Hilfe bei der Erhöhung des Entwicklungsniveaus der weniger entwickelten sozialistischen Staaten nicht verweigern, hat es diesen doch selbst die Möglichkeit genommen, anderswo Hilfe zu suchen, doch es mußte sich bemühen, die Kosten, die es zu tragen haben würde, möglichst niedrig zu halten.

- Auch die Frage der Souveränität der sozialistischen Staaten stellt sich in diesem Zusammenhang: Der Versuch, die Mängel der ökonomischen Zusammenarbeit im RGW durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zum kapitalistischen Ausland zu kompensieren, bedeutet nicht nur, die ökonomische Integration des sozialistischen Lagers zu hemmen, sondern er impliziert auch die Stärkung der ökonomischen - und mit der ökonomischen auch der politischen - Unabhängigkeit jener, die diesen Versuch unternehmen, woran den entwickelteren so-

zialistischen Staaten nicht gelegen sein konnte, denn dadurch liefen sie Gefahr, nicht nur Märkte, sondern auch den aus ihrem ökonomischen Potential resultierenden politischen Einfluß einzubüßen. So wandte sich die SU denn auch im Falle der CSSR energisch gegen die Behauptung, die Entwicklung der ökonomischen Beziehungen zur SU und den anderen sozialistischen Staaten werde die Probleme der CSSR nicht lösen, da sie den nationalen Interessen der CSSR nicht gerecht werde[239].

- In diesem Zusammenhang stellt sich zudem auch noch das Problem der supranationalen Organe des RGW: Das mit der Vervollkommnung der Spezialisierung und Kooperation der Produktion sich stetig nivellierende unterschiedliche Entwicklungsniveau der sozialistischen Staaten ist zwar geeignet, die wechselseitigen ökonomischen Abhängigkeiten der sozialistischen Staaten zu erhöhen und damit die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu stärken, da sie Druck durch Gegendruck vergelten können; die SU, die aber dennoch die dominierende ökonomische Macht bleiben wird (sie ist weit unabhängiger vom Außenhandel als die anderen Staaten), muß, will sie nicht Gefahr laufen, daß sich ihre ökonomisch gestärkten Bündnispartner von ihr emanzipieren, supranationale RGW-Organe befürworten, denn dort kann sie hoffen sich durchzusetzen, weil sie sich hier Mehrheiten schaffen kann, während sie sonst jeden einzelnen Staat für ihre Pläne gewinnen müßte, was ihr, wie das rumänische Beispiel zeigt, nicht immer gelingt.

Zur Lösung dieser Konflikte forderte die DDR, es müsse schrittweise eine sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft gebildet werden, ein hocheffektives System der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, der Kooperation und der Arbeitsteilung in den strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaft, was eine engere planmäßige Zusammenarbeit, Vereinbarungen über strukturbestimmende Positionen der Perspektivpläne zwischen der SU und den anderen sozialistischen Ländern und eine bi- und multilaterale Abstimmung im RGW erfordert[240]. Die DDR betrachtet diese Wirtschaftsgemeinschaft offenbar als Ergebnis eines Prozesses, der aus folgenden Elementen besteht[241]:

- Die Gleichheit der sozialökonomischen Grundlagen aller Staaten des RGW läßt die ökonomischen Gesetze des Sozialismus in allen Ländern gleich wirken, so daß die Prinzipien des ökonomischen Systems des Sozialismus in allen Ländern verwirklicht werden sollen, um dann von dieser Grundlage aus energische Maßnahmen auf dem Gebiet der Forschung und Produktion strukturbestimmender Erzeugnisse und Technologien mit Welthöchststand ergreifen zu können.

- Da sich die Formen und Methoden der Tätigkeit des RGW mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse vervollkommnen[242], wird das Ergebnis der Verwirklichung der Prinzipien des ökonomischen Systems des Sozialismus in allen Mitgliedsstaaten des RGW die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft sein.

Legt man diesem Prozeß das Gesetz von der Internationalisierung des Wirtschaftslebens zugrunde, dann ist zu erkennen, was die DDR unter sozialistischer Wirtschaftsgemeinschaft versteht, nämlich einen planmäßigen Einsatz der Produktivkräfte, eine planmäßige Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und entsprechende Lenkungsorgane[243].

Daß diese Alternative im RGW allgemein anerkannt wird, beweist die Tatsache, daß die vom RGW angestrebten Maßnahmen zur Vervollkommnung seiner Tätigkeit in Richtung dieser Alternative weisen, wenn auch die Modalitäten der angestrebten Entwicklung weitgehend unklar blieben (insbesondere was die Übergangsphase des noch nicht völlig abgeglichenen Entwicklungsniveaus der sozialistischen Staaten anbelangt)[244]:

- Das Hauptaugenmerk bei der Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im RGW ist, so beschloß die außerordentliche XXIII. Tagung des RGW, "auf die Vervollkommnung und Vertiefung der Formen und Methoden der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, der Produktion, des Absatzes und der Investitionen, die von gegenseitigem Interesse sind, sowie auf wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Prognosen zu richten."

- Auch "die effektive und dauerhafte zwischenstaatliche Spezialisierung und Kooperation der Produktion" müsse weiterentwickelt werden, stellten die Mitgliedsstaaten der RGW fest.

- Die Tätigkeit der RGW-Organe sollte zudem verbessert und ihre Rolle erhöht werden.

Unklar an diesen Vorstellungen von einer sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft bleibt vor allem (nimmt man einmal an, die Anpassung der unterschiedlichen Entwicklungsgrade der sozialistischen Staaten sei in der Lage das Problem zu lösen, wie die zwischenstaatliche Spezialisierung und Kooperation der Produktion in einem System von Staaten zu gestalten ist, dessen Struktur von der Existenz mehrerer kleinerer Staaten mit begrenzten Binnenmärkten und ungenügenden Rohstoffquellen und einem großen Staat mit einem riesigen Binnenmarkt und einer ausgedehnten Rohstoffbasis bestimmt wird) die Gestaltung der Beziehungen zwischen Zentrale (RGW) und Mitgliedsstaaten. Mit anderen Worten: Wie ist der Interessenausgleich zwischen Gesamtsystem und Teilsystemen, die grundsätzlich ja völlig unabhängig und gleichberechtigt sind, herbeizuführen. Geht man davon aus, daß in der künftigen sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft kaum noch Interessengegensätze vorhanden sein werden - die sozialistischen Staaten nehmen ja an, daß es im sozialistischen Lager nur wenig objektiv bedingte, nicht antagonistische Widersprüche gibt und einer der gravierendsten dieser Widersprüche der des unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus ist, der mit der Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft ja verschwindet -, dann würde der Interessenausgleich zwischen den sozialistischen Warenproduzenten und der Gesamtgesellschaft, wie im Falle des inneren Interessenausgleichs, im Wege des demokratischen Zentralismus erfolgen, was bedeuten würde, daß die Zentrale mehrheitlich entscheidet, was im konkreten

Fall dem Gesamtinteresse entspricht, und daß das Einstimmigkeitsprinzip beziehungsweise das Prinzip, daß kein Staat, der einen bestimmten Beschluß nicht zugestimmt hat, gezwungen werden kann, diesen Beschluß durchzuführen, aufgegeben würde. Diese Konsequenz wurde von den sozialistischen Staaten freilich nie ausgesprochen, nicht einmal angedeutet, denn die Fiktion von der Interessenidentität der sozialistischen Staaten erspart diesen die Konfrontation mit dem Problem, wie mögliche Konflikte ausgetragen werden können, und erlaubt ihnen, die Inkonsequenz der Aufrechterhaltung des Einstimmigkeitsprinzips bis in die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft fortzusetzen.

b) Die außenpolitische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten

(1) Die antiimperialistische Aktionseinheit

Aktuell wurde das Problem der antiimperialistischen Aktionseinheit der sozialistischen Staaten während der Jahre 1966 bis 1969 in vier Fällen: Es ging um die Weigerung Pekings, sich in die antiimperialistische Front der sozialistischen Staaten einzureihen, es ging um die Klärung der gemeinsamen Position gegenüber der neuen Ostpolitik, es ging um die Abwehr des imperialistischen Anschlages auf die CSSR, die aus dem sozialistischen Lager herausgebrochen werden sollte, und es ging um die Außenpolitik Rumäniens.

(a) Die Auseinandersetzung mit Peking

Pekings Außenpolitik hat nach Überzeugung der SU mit dem proletarischen Internationalismus gebrochen und ihren Klasseninhalt eingebüßt[245]. Grundlage der Außenpolitik

Pekings bildet, laut Moskau, die Annahme, nicht mehr die Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus bestimme die Bedingungen des internationalen Systems, sondern der Kampf zwischen Revisionismus und Imperialismus einerseits und der von Peking geführten nationalen Befreiungsbewegung andererseits. Es ist nach sowjetischer Auffassung eindeutig, welches Ziel Peking mit diesem Konzept der dritten Kraft verfolgt: Es will den Revisionismus und den Imperialismus gegeneinander hetzen, um dann als lachender Dritter die Weltherrschaft an sich reißen zu können, wie es seinem Nationalismus und seinen hegemonialen Bestrebungen entspricht[246]. Peking spaltete, um dieses Ziel zu erreichen, nicht nur das sozialistische Lager[247], sondern auch die Einheit der drei Ströme des weltrevolutionären Prozesses[248], hilft mit seiner politischen Praxis dem Imperialismus direkt und indirekt[249], und nutzt die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung als Insturment zum Kampf gegen die Bruderparteien, indem es überall die Gründung maoistischer Spaltergrüppchen unterstützt und fördert[250]. Während sich die nichtsowjetischen sozialistischen Staaten normalerweise im chinesisch-sowjetischen Konflikt zwar mit der SU solidarisierten, im übrigen aber die Auseinandersetzung mit Peking Moskau überließen[251], artikulierten sie in der Frage der antisozialistischen Aktionseinheit ihren Standpunkt im chinesisch-sowjetischen Konflikt sehr viel deutlicher: Sie verurteilten den Antisowjetismus der chinesischen Parteiführung in aller Schärfe, warfen Peking vor, es besorge mit seinen Provokationen an der chinesisch-sowjetischen Grenze die Geschäfte des Imperialismus, und bezichtigten es, die Spaltung des sozialistischen Lagers zu betreiben[252]. Dieses Verhalten verdeutlicht, daß die sozialistischen Staaten die antiimperialistische Aktionseinheit als Bestandteil des sozialistischen Internationalismus betrachten, auf den in keinem Fall verzichtet werden kann.

(b) Die Auseinandersetzung mit der CSSR

In dem Brief, den die Warschauer Konferenz an das ZK der KPC richtete, spiegelt sich nicht nur die Befürchtung wider, die CSSR könne die Grundsätze ihrer sozialistischen Außenpolitik aufgeben, sondern hier finden sich auch bereits die Argumente, mit denen die Interventionsmächte später ihr Eingreifen rechtfertigten[253]:

- In der CSSR werde versucht, das Bündnis und die Freundschaft der CSSR mit den anderen sozialistischen Staaten zu untergraben.
- Es gäbe Stimmen, die eine Revision der gemeinsam vereinbarten Politik gegenüber der BRD fordern.
- Die Annäherungsversuche der herrschenden Kreise der BRD und selbst der notorischen Revanchisten fänden in den führenden Kreisen der CSSR Widerhall[254].

Diese Vorwürfe wies die CSSR als unbegründet zurück[255], was sie allerdings nach der Intervention nicht daran hinderte, sich zu verpflichten, "effektive Maßnahmen ... im Interesse der Entwicklung und Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen mit den Völkern der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Völkergemeinschaft zu gewährleisten" und "wie früher ... den militaristischen, revanchistischen und neonazistischen Kräften, die die Ergebnisse des II. Weltkrieges revidieren und die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen verletzen wollen, eine entschiedene Abfuhr (zu) erteilen", sowie zu bekräftigen, "alle aus mehr- und zweiseitigen Verträgen mit den sozialistischen Staaten übernommene Verpflichtungen strikt einzuhalten ..."[256]

(c) Die Auseinandersetzung mit Rumänien

c) 1. Die Abweichungen Rumäniens

Rumänien wich bei folgenden Gelegenheiten vom Verhalten der übrigen sozialistischen Staaten ab:

- Als die sozialistischen Staaten auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages in Sofia Anfang März 1968 beschlossen, den sowjetisch-amerikanischen Entwurf eines Atomsperrvertrages vom 18. Januar 1968 zu unterstützen[257], fehlte die Unterschrift Rumäniens, obwohl dieses an der Tagung teilgenommen hatte[258] und auch die Vietnamerklärung der Tagung unterzeichnet hatte[259].

  Auf der Generaldebatte der nichtnuklearen Staaten am 6. September 1968 begründete Macovescu, der erste stellvertretende rumänische Außenminister, in Genf die Weigerung Rumäniens, den sowjetisch-amerikanischen Entwurf zu unterstützen, und die Formulierung eigener Abänderungsvorschläge (vgl. oben) mit dem Argument, die Nichtnuklearen hätten das Recht und die Pflicht sicherzustellen, daß ihr Verzicht auf die Herstellung und den Erwerb von Atomwaffen ihre Sicherheit nicht beeinträchtigt, sondern festigt, weshalb Rumänien erhöhte Sicherheitsgarantien bis zu dem Zeitpunkt fordere, zu welchem die vollständige nukleare Abrüstung gewährleistet sei[260].

- Rumänien schloß sich der Nah-Ost-Politik der anderen sozialistischen Staaten nicht an, wie bei folgenden Anlässen deutlich wurde:

  - Die RKP hatte die Erklärung der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteien und der Regierung der SU, Polens, der CSSR, Ungarns, Bulgariens, der DDR und der SFRJ vom 9. Juni 1967 zur Lage im Nahen Osten nicht unterzeichnet, obwohl sie an dieser Konferenz teilnahm[261]. Sie begründete dies mit dem Hinweis, in der Nah-Ost-Erklärung der Konferenz seien Standpunkte einbezogen worden, "die der Einstellung unserer Partei und unserer Regierung nicht entsprechen ..."[262].

  - An der Nah-Ost-Konferenz sozialistischer Staaten, die Anfang Juli 1967 in Budapest stattfand, nahm die RKP nicht teil[263].

  - Rumänien brach im Gegensatz zu Bulgarien, Polen, Ungarn, der SFRJ, der SU und der CSSR (DDR unterhielt keine Beziehungen zu Israel) die diplomatischen Beziehungen zu Israel nach dem Junikrieg nicht ab[264, 265].

- Im Gegensatz zu allen anderen Staaten des Warschauer Vertrages nahm Rumänien 1967 diplomatische Beziehungen zur BRD auf.

- In den Auseinandersetzungen mit Prag und Peking schloß sich Bukarest nicht der Politik der übrigen sozialistischen Staaten an.

- Rumänien verfolgte in der Kommunistischen Weltbewegung einen unabhängigen Kurs[266]: Es weigerte sich, an der Konferenz von Karlovy Vary teilzunehmen[267], es verließ die Budapester Konsultativkonferenz[268] und es opponierte gegen die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die 1969 in Moskau stattfand[269].

c) 2. Die Auseinandersetzung mit der Politik Rumäniens

In keinem jener Fälle, in denen Rumänien seine Pflicht zur antiimperialistischen Aktionseinheit nach Ansicht der anderen sozialistischen Staaten verletzte, kam es zu einem offenen Konflikt; die Bündnispartner Rumäniens waren bemüht, ihre Kontroversen mit Bukarest unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit auszutragen:

- Nur die DDR griff Rumänien wegen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD direkt an:

  - "Neues Deutschland" kritisierte die Entscheidung Rumäniens, indem es feststellte, Manescu hätte in Bonn erklären müssen, unter der Bedingung, daß der Alleinvertretungsanspruch aufrechterhalten werde, seien die Voraussetzungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD noch nicht gegeben [270].

  - Kossygin, auf einer Pressekonferenz in London zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD befragt, erklärte, bei jedem beliebigen Abkommen, das mit der BRD getroffen werde, müsse man davon ausgehen, daß Westberlin mit der BRD nichts zu tun hat, daß die europäischen Grenzen unabänderlich sind, daß die DDR

als souveräner Staat existiert, daß das Potsdamer Abkommen strikt eingehalten werden muß.[271].

Diese Stellungsnahme Kossygins kann allenfalls als indirekte Kritik an Rumänien gewertet werden, denn Kossygin band die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD nicht ausdrücklich an die genannten Bedingungen, was er auch nicht konnte, hatt die SU selbst diese Bedingung doch nicht erfüllt, und im übrigen hatte Rumänien ja die Kossygin'sche Forderung erfüllt, indem es, ebenso wie die BRD, seinen Rechtsstandpunkt, der mit den Forderungen der SU übereinstimmt, in einer einseitigen Erklärung fixiert hatte.

- Gomulka erklärte in Katowice (am 7. Februar 1967), diplomatische Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten würden nur dann das Klima in Europa verbessern, wenn die westdeutsche Regierung ihren Standpunkt in Grundsatzfragen, die die Lebensinteressen der sozialistischen Staaten berühren, radikal revidiert, was die BRD auch mit der neuen Ostpolitik nicht getan habe[272]. Auch dies kann nur als indirekte Kritik an Rumänien aufgefaßt werden, denn Bukarest wurde in diesem Zusammenhang nicht direkt angesprochen. Erst anläßlich der Auseinandersetzung um die Besetzung der CSSR kritisierte Trybuna Ludu offen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bukarest und Bonn, indem sie Rumänien vorwarf, es habe die diplomatischen Beziehungen zur BRD "entgegen dem Prinzip der Konsultierung der Verbündeten und entgegen dem vereinbarten Standpunkt der Staaten des Warschauer Vertrages" aufgenommen[273].

Keiner der übrigen sozialistischen Staaten äußerte sich zum Verhalten Rumäniens, so daß allenfalls ihre eigene Politik gegenüber der BRD - keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne die Erfüllung der Kossygin'schen Forderungen[274] - als mittelbare Kritik am rumänischen Kurs interpretiert werden kann.

- Auch in der Frage des Kernwaffensperrvertrages äußerten sich die sozialistischen Staaten nicht zur rumänischen Haltung; sie übergingen die Tatsache, daß sich Rumänien der Erklärung vom März 1968 nicht anschloß[275]. Die Ursache für dieses Verhalten ist, neben dem Bemühen, die Kontroversen im Warschauer Vertrag möglichst nicht bis zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zu eskalieren, sicherlich auch darin zu suchen, daß in der rumänischen Haltung die Interessen der meisten nichtnuklearen Staaten zum Ausdruck kamen, die die beiden Protagonisten des Vertrages, die USA und die SU, bis zu einem gewissen Grad zu berücksichtigen genötigt waren, wollten sie dem Vertrag eine breite Basis schaffen.

- Auch in der Nah-Ost-Frage kam es zu keinen öffentlichen Polemiken zwischen Rumänien und den anderen sozialistischen Staaten (zu denen sich in diesem Fall sogar die SFRJ gesellte). Dies mag seine Ursache darin haben, daß Rumänien seine diplomatischen Beziehungen zu Israel zwar nicht abbrach und sich nicht so bedingungslos auf die Seite der arabischen Staaten schlug wie die anderen Staaten des Warschauer Vertrages, aber die Lösung des Konfliktes auf dem gleichen Weg wie die anderen sozialistischen Staaten suchte[276].

- Die neutrale Position, die Rumänien im sowjetisch-chinesischen Konflikt einnahm, wurde von den anderen sozialistischen Staaten nur indirekt gerügt, als sie auf der Moskauer Konferenz die Spalterpolitik Pekings verurteilten und erklärten, diese Politik "erheischt von uns, den Kommunisten, eine verantwortungsbewußte und klare Stellungnahme."[277]

- Nur Polen nahm die Haltung Rumäniens gegenüber der Außenpolitik der Prager Reformer zum Anlaß, sich mit der Aussenpolitik Rumäniens eingehender zu befassen: Es bezichtigte Rumänien, es habe entgegen der gemeinsam vereinbarten Haltung der sozialistischen Staaten diplomatische Beziehungen zur BRD aufgenommen und es habe sich der Nah-Ost-Politik der Staaten des Warschauer Vertrages nicht angeschlossen[278], das heißt, auch Polen kritisierte nur die rumänische Außenpolitik und nicht die Haltung Rumäniens zur Außenpolitik der CSSR.

- Die Nichtteilnahme der RKP an der Konferenz von Karlovy Vary wurde offiziell nicht kommentiert. Dies mag folgende Ursachen haben:

  - Die Absage der RKP erfolgte so kurzfristig (Scinteia veröffentlichte die entsprechende Erklärung erst einen Tag nach Beginn der Konferenz), daß anzunehmen ist, daß die Differenzen zwischen der RKP mit den anderen Parteien über Ziel, Art und Verfahren der Konferenz nicht so grundlegender Natur gewesen waren, daß ein Kompromiß von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre; eine öffentliche Kampagne zu einem solchen Zeitpunkt wäre allenfalls geeignet gewesen, Bukarests Kompromißbereitschaft erlöschen zu lassen.

  - Auch die Tatsache, daß die RKP mit dem in Karlovy Vary formulierten Programm grundsätzlich übereinstimmt[279], dürfte die sozialistischen Staaten davon abgehalten haben, die Kontroversen durch eine öffentliche Auseinandersetzung so zu eskalieren, daß auch die programmatische Übereinstimmung dadurch hätte gefährdet werden können.

- Die Tatsache, daß die RKP die Budapester Konsultativkonferenz verließ, wurde noch von der Konferenz selbst getadelt. Das Kommunique über die Donnerstagsitzung der Konferenz bedauerte den Entschluß der RKP und erklärte, die RKP trage selbst die Verantwortung für ihr Handeln[280]. Auch die Tatsache, daß die Konferenz den finnischen Antrag und nicht den der RKP annahm, zeigt, daß die Konferenz das Verhalten der RKP mißbilligte[281, 282].

Aus all dem ist deutlich zu erkennen, daß sich die sozialistischen Staaten bemühten, Rumänien unter Druck zu setzen, ohne die Kontroversen mit Bukarest offen auszutragen. Es gibt jedoch Indizien dafür, daß der Druck, dem Rumänien ausgesetzt wurde, stärker war, als aus dem oben Festgestellten hervorgeht:

- Offenbar wurde versucht, die RKP in der Kommunistischen Weltbewegung dadurch zu isolieren, daß sie mangelnder Solidarität bezichtigt wurde[283].

- Ferner wurde versucht, Rumänien im sozialistischen Lager zu isolieren, denn Ceausescu forderte, die "Nichtübereinstimmung" der Ansichten dürfe die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten nicht beeinflussen[284].

- Außerdem wurde offenbar versucht, die rumänische Parteiführung von innen her, durch die Kooperation mit innerparteilichen oppositionellen Gruppen, unter Druck zu setzen, denn Ceausescu warnte, es sei mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus nicht zu vereinbaren, wenn eine Partei versuche, "Beziehungen zu Mitgliedern oder Gruppen einer anderen Partei außerhalb des organisatorischen Rahmens herzustellen"; die Beziehungen zwischen den Parteien fänden nur zwischen den Parteileitungen statt[285, 286].

(2) Die Festigung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten im Warschauer Vertrag

Während in der Bukarester Erklärung nur neue militärische Anstrengungen gefordert wurde, als sie erklärte, die Staaten des Warschauer Vertrages würden, solange die NATO existiert und die aggressiven imperialistischen Kreise Anschläge auf den Frieden in der ganzen Welt verübten,

"ihre Macht und Verteidigungsbereitschaft, ihre hohe Wachsamkeit" verstärken[287], beschloß die Dresdener Konferenz, "in nächster Zeit konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Warschauer Vertrages und seiner Streitkräfte ... durchzuführen"[288], bekundete somit die Absicht, militärische und organisatorische Maßnahmen zu ergreifen[289]. Noch deutlicher formulierte diese Absicht die Erklärung von Bratislava, wo die sozialistischen Staaten[290] beschlossen, "die gegenwärtige Situation" verlange von ihnen "unverminderte Anstrengungen, um die Verteidigungsfähigkeit jedes sozialistischen Staates und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu erhöhen und die politische und militärische Zusammenarbeit in der Organisation des Warschauer Vertrages zu festigen"[291].

Am 17. März 1969 bestätigte und billigte die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages (diesmal mit Zustimmung Rumäniens) die Maßnahmen, die die Verteidigungsminister mit Zustimmung ihrer Regierungen ausgearbeitet hatten, nämlich

> "die Grundsätze für das Komitee der Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages",
>
> "neue Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando"
>
> und "andere Dokumente, die das Ziel haben, die Struktur und die Führungsorgane der Verteidigungsorganisation des Warschauer Vertrages weiter zu vervollkommnen"[292].

Über diese spärlichen Angaben hinaus veröffentlichten die sozialistischen Staaten kein Material über ihre Pläne zur Vervollkommnung ihrer Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag. Nur Rumänien und die CSSR nahmen zu diesen Plänen eingehender Stellung und lieferten damit Hinweise darauf, welche Probleme sich den sozialistischen Staaten bei der Vertiefung ihrer Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag stellten[293].

(a) Die Haltung der CSSR

Generaloberst Prchlik, Leiter der 8. Abteilung des ZK der KPC für Verteidigung und Sicherheit, und Generaloberst Dzur, der tschechoslowakische Verteidigungsminister, formulierten folgende Vorschläge zur Vervollkommnung der Tätigkeit des Warschauer Vertrages:

- Dzur erklärte in einem Mitte Juli 1968 in Rude Pravo veröffentlichten Artikel,
  - die CSSR wolle nicht nur passives Mitglied des Warschauer Vertrages sein und unterstütze daher die Vorschläge zur internationalen Zusammensetzung des gemeinsamen Oberbefehls sowie der Einsetzung weiterer Organe zur Schaffung der Voraussetzungen für eine objektive Erörterung aller wichtigen Probleme der gemeinsamen Verteidigung und der Realisierung effektiver Wege zur Erreichung dieses Zieles,
  - und die CSSR werde zur Spezifizierung ihrer militärischen und politischen Rolle im Warschauer Vertrag eine eigene Militärdoktrin formulieren[294].
- Generaloberst Prchlik nahm die mehrmalige Verschiebung des Termins des Abzugs der Manövertruppen des Warschauer Vertrages zum Anlaß, nicht nur diese Terminverschiebungen zu kritisieren, sondern auch eine Revision des Warschauer Vertrages zu fordern[295]:
  - Jedes Mitglied müsse die Möglichkeit erhalten, an konzeptionellen Entscheidungen teilzunehmen, was durch die Aktivierung des politischen Rates geschehen könne.
  - Es müsse unmöglich gemacht werden, daß eine Gruppe von Mitgliedern des Warschauer Vertrages gegen einzelne andere Mitglieder vorgeht.
  - Die Führung im Oberkommando müsse wechseln.

Zwar wurde Prchlik gemaßregelt - er wurde seines Amtes enthoben und zum Truppendienst zurückversetzt -, die 8. Abteilung des ZK der KPC aufgelöst und CTK distanzierte sich in einer autorisierten Erklärung von den Äußerungen

Prchliks, doch es gibt Indizien dafür, daß Prchlik Vorstellungen formulierte, die von der Staats- und Parteiführung der KPC weitgehend gebilligt wurden[296]:

- Die Äußerungen Prchliks stimmen mit denen Dzurs in jenen Punkten überein, die eine vermehrte Teilnahme der einzelnen Mitglieder des Warschauer Vertrages am politischen und militärischen Entscheidungsprozeß des Bündnisses forderten.

- Die CTK-Distanzierung (die keine Angaben darüber enthielt, wer diese Erklärung autorisiert hatte) bezog sich nur auf die Kritik Prchliks am schleppenden Abzug der Truppen des Warschauer Vertrages, auf die fehlende Autorisierung Prchliks zu solchen Äußerungen und auf die mangelnde Kompetenz Prchliks zur Beurteilung der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages. Die CTK-Erklärung, die CSSR werde im Rahmen des Warschauer Vertrages die demokratischen Grundsätze der Zusammenarbeit und ihre eigenen Interessen zur Geltung bringen, muß als Hinweis darauf interpretiert werden, daß die Partei- und Staatsführung der CSSR trotz der Maßregelung Prchliks an dem festhielt, was an den Äußerungen Dzurs und Prchliks identisch war.

- Die Auflösung der 8. Abteilung des ZK der KPC wurde nicht mit den Äußerungen Prchliks, sondern mit den Reformen zur Abgrenzung der parteilichen von den staatlichen Kompetenzen begründet.

(b) Die Haltung Rumäniens

Rumänien hatte schon viel früher als die CSSR begonnen, eigene Vorstellungen über die politische und militärische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten zu entwickeln:

- Im Mai 1966 meldete die "Neue Zürcher Zeitung", sich auf gut unterrichtete Kreise in Moskau berufend, Rumänien habe an alle Mitglieder des Warschauer Vertrages eine Note gesandt, in welcher es Folgendes gefordert habe[297]:

  · Da es anachronistisch sei, daß einzelne Staaten auf dem Territorium anderer Staaten noch Truppen stationieren, solle die SU ihre Truppen aus den Staaten des Warschauer Vertrages abziehen; Rumänien sei nicht mehr bereit, sich an den Stationierungskosten zu be-

teiligen[298]; wer glaubt, auf seinem Territorium sowjetische Truppen stationiert haben zu müssen, solle einen bilateralen Vertrag mit Moskau schließen.

- Das Oberkommando der Streitkräfte des Warschauer Vertrages solle turnusmäßig zwischen den Mitgliedsstaaten wechseln.

- Kernwaffen sollen nur nach einer gemeinsamen Übereinkunft eingesetzt werden.

- Bukarest dementierte diese Meldung zwar, es habe keine Note versandt, seine Vorstellungen über die Auflösung der Militärblöcke und den Abzug aller Truppen hinter ihre nationalen Grenzen seien falsch wiedergegeben worden und es habe nicht den Abzug sowjetischer Truppen gefordert[299], doch es gibt Anzeichen dafür, daß jene Meldung nicht in allen Teilen falsch gewesen sein kann:

  - Die Tatsache, daß Ceausescu Anfang Mai zum 45. Jahrestag der RKP die Bedeutung der Nation und der Souveränität und Unabhängigkeit jedes sozialistischen Staates und jeder kommunistischen Partei betonte, daß er die Auflösung der Militärblöcke und den Abzug aller fremden Truppen forderte, ohne deutlich zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu unterscheiden[300], lassen, zumal das Bukarester Dementi die Frage des wechselnden Oberkommandos aussparte, die Meldung der NZZ glaubwürdig erscheinen, was den eigentlichen Inhalt dieser Meldung angeht, denn dieser entspricht der von Rumänien verfolgten Politik der Emanzipation im sozialistischen Lager; freilich erscheint es zweifelhaft, ob Bukarest tatsächlich eine Note an die Staaten des Warschauer Vertrages richtete und darin den Abzug der sowjetischen Truppen forderte, denn dies entspräche nicht seiner Unterschrift unter der Bukarester Erklärung, die wenig später im Juli 1966 geleistet wurde und in der eine gleichzeitge Auflösung der NATO und des Warschauer Vertrages sowie die gleichzeitige Auflösung aller ausländischen Stützpunkte und gleichzeitiger Abzug aller ausländischen Truppen gefordert wurde[301].

  - Daß derartige Vorschläge existierten - und es liegt nahe, daß sie von Rumänien stammten -, läßt auch der Hinweis Dzurs erkennen, der seine Vorschläge als Unterstützung bereits vorhandener Anregungen ähnlicher Art verstanden wissen wollte[302].

Im Jahre 1968 setzte Rumänien dann seine Bemühungen fort; diesmal waren sie deutlich gegen die Vorstellungen jener

sozialistischen Staaten gerichtet, die eine Intensivierung der militärischen und politischen Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag forderten:

- Ceausescu erklärte, die Befehlsgewalt über die rumänischen Streitkräfte könne nicht von außen ausgeübt werden, da sie ein souveränes Attribut der Führung der RKP und des rumänischen Staates sei[303].

- Ceausescu wies außerdem darauf hin, daß die militärische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten gegen die Gefahr einer imperialistischen Aggression gerichtet sei und nicht der Intervention in die inneren Angelegenheiten eines sozialistischen Staates dienen dürfe, der Mitglied des Warschauer Vertrages sei[304]. Der Warschauer Vertrag sei ausschließlich als ein Verteidigungsinstrument gegen einen imperialistischen Angriff gegründet worden; das sei der einzige Grund für seine Existenz gewesen und werde es auch bleiben. Aus keinem Grund, in keinem Falle und in keiner Form könne die Organisation des Warschauer Vertrages für militärische Aktionen gegen ein sozialistisches Land benutzt oder angerufen werden[305].

(c) Der Vergleich mit den anderen sozialistischen Staaten

Die Erklärungen, die Rumänien im Mai 1966 zu Fragen der Organisation des Warschauer Vertrages abgab, richteten sich offenbar, völlig konsequent im Rahmen der rumänischen Politik der nationalen Emanzipation, gegen sowjetische Bemühungen, derartige Emanzipationstendenzen im RGW und im Warschauer Vertrag Grenzen zu setzen: Auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU hatte Breshnew nicht nur eine Verstärkung der ökonomischen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten gefordert, sondern auch erklärt, die SU werde alles tun, um sicherzustellen, daß die militärische Kooperation der sozialistischen Staaten erweitert und verstärkt wird[306]. Der SU ging es dabei, das ergibt sich aus der Haltung Rumäniens, um eine Straffung der militärischen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten unter sowjetischer Führung, die Rumänien mit

der Forderung nach mehr Mitbestimmung der nichtsowjetischen Mitglieder des Warschauer Vertrages zu verhindern suchte, denn diese Forderung war geeignet (Bukarest war ja grundsätzlich von der Notwendigkeit überzeugt, den Warschauer Vertrag aufrechtzuerhalten), den sowjetischen Forderungen entgegenzutreten, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, den Warschauer Vertrag zu schwächen.

Offenbar wurde die Frage einer Veränderung der Organisation des Warschauer Vertrages angesichts dieser Opposition Rumäniens vertagt, denn Moskau vermied es, in diesem Zusammenhang die Frage der antiimperialistischen Aktionseinheit aufzuwerfen - nicht zuletzt vermutlich auch deswegen, weil sie Rumänien bei der Formulierung der gemeinsamen Europapolitik der sozialistischen Staaten (Bukarester Erklärung) und der gemeinsamen Deutschlandpolitik (gegenüber der neuen Ostpolitik) nicht entbehren wollte.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest, die von den übrigen sozialistischen Staaten abweichende Haltung Rumäniens in der Nah-Ost-Frage und in der Frage des Kernwaffensperrvertrages, die neutrale Haltung Rumäniens im chinesisch-sowjetischen Konflikt und die Unterstützung des Reformkurses der KPC, sowie die Gefahr, die CSSR könnte unter Dubcek dem rumänischen Vorbild folgen, waren der SU Anlaß genug, die Organisationsfrage im Warschauer Vertrag 1968 erneut aufzuwerfen, doch dieses Mal ging es offensichtlich weniger um Fragen des militärischen Führungssystems, wie noch 1966, sondern um, das ergibt sich aus der Haltung Rumäniens ebenso wie aus der der CSSR, um die militärische und politische Mitbestimmung der Mitglieder des Warschauer Vertrages und um die Funktionen des Vertrages generell:

- Sowohl Prchlik als auch Dzur forderten wie Rumänien mehr Mitspracherechte der nichtsowjetischen Mitglieder des Warschauer Vertrages in der militärischen Kommandostruktur und im politischen Entscheidungsprozeß des Warschauer Vertrages.

- Aus Prchliks Äußerungen mehr als aus denen Dzurs und den Forderungen Rumäniens geht deutlich hervor, daß Prag und Bukarest die Funktionen des Warschauer Vertrages strikt auf den antiimperialistischen Kampf (das heißt auf die gemeinsame Verteidigungspolitik und auf die antiimperialistische Aktionseinheit) beschränken wollten, was den sowjetischen Vorstellungen vom gemeinsamen Schutz der sozialistischen Errungenschaften der sozialistischen Staaten ("Breshnew-Doktrin") zuwiderläuft.

Aus all dem geht hervor, daß die Front in der Auseinandersetzung um Struktur und Funktionen des Warschauer Vertrages zwischen der SU einerseits und der CSSR und Rumänien andererseits verlief. Die Positionen der anderen sozialistischen Staaten in dieser Auseinandersetzung zu bestimmen, ist angesichts der Schweigsamkeit, die alle sozialistischen Staaten in dieser Frage an den Tag legten, kaum möglich; es lassen sich jedoch folgende Wahrscheinlichkeiten feststellen:

- Was die Verbesserung der militärischen und politischen Mitspracherechte der einzelnen sozialistischen Staaten anbelangt, so dürften sich in den Positionen Prags und Bukarests die allgemeinen Tendenzen unter den nichtsowjetischen Mitgliedern des Warschauer Vertrages widerspiegeln. Die Schaffung eines Komitees der Verteidigungsminister und die Verabschiedung neuer Grundsätze über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Oberkommando[307] sowie die Tatsache, daß Rumänien diesen Maßnahmen zustimmte, lassen vermuten, daß Moskau sich bereit gefunden hatte[308], die Mitspracherechte der anderen sozialistischen Staaten im Warschauer Vertrag zu erweitern.

  Wie diese neuen Mitspracherechte konkret geregelt wurden, ist nicht festzustellen, weshalb Aussagen darüber, inwieweit die Bündnispartner der SU die Politik des Warschauer Vertrages bestimmen, nicht möglich sind.

- Die Unterstützung, die die "Breshnew-Doktrin" seitens der DDR, Polens, Ungarns und Bulgariens gefunden hat, läßt vermuten, daß die Front in der Frage der innersozialistischen Funktionen des Warschauer Vertrages zwischen Rumänien einerseits (und der KPC der Reformzeit) und den anderen sozialistischen Staaten andererseits verläuft, wobei allerdings das ungarische Verhalten in der Auseinandersetzung mit Prag auf ein eher distanziertes Verhältnis zu dieser Doktrin schließen läßt[309].

Die Tatsache, daß Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU den Warschauer Vertrag als Hauptzentrum der Koordinierung der außenpolitischen Tätigkeit der sozialistischen Staaten bezeichnete (wobei er als Beweis lauter Maßnahmen im Bereich der antiimperialistischen Aktionseinheit aufführte), daß er die militärische Organisation lobte, aber keine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit forderte, sondern sich damit begnügte zu konstatieren, die Zusammenarbeit werde immer aktiver und enger[310], beweist, daß die SU sich mit dem erreichten Maß der Integration im Warschauer Vertrag zufriedengab und neue Forderungen vorerst nicht stellen wird, zumindest solange nicht, solange die Einheit der sozialistischen Staaten nicht erneut durch weitere zentrifugale Tendenzen im sozialistischen Lager bedroht wird, mit anderen Worten: Die SU hat an Stelle der organisatorischen Integration die Doktrin der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften gesetzt, die die Einheit des sozialistischen Lagers unter sowjetischer Führung mindestens ebenso wirksam garantiert, wenn nicht sogar noch wirksamer, denn sie bindet, da sie inhaltlich völlig unbestimmt ist, die sozialistischen Staaten an das Vorbild der SU, ohne die SU selbst auf bestimmte Formen der Einheit festzulegen.

(d) Die Auseinandersetzung um die Vertiefung der Zusammenarbeit

d) 1. Die Auseinandersetzung mit Prag

Erst mit der Affäre Prchlik[311] wurde die Frage der Reorganisation des Warschauer Vertrages zwischen den sozialistischen Staaten und der CSSR aktuell: In Dresden hatte die CSSR den Beschlüssen zur Festigung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag zugestimmt[312], und die Warschauer Konferenz hatte zwar die Weigerung der CSSR, die entstandene Situation gemeinsam zu erörtern, bedauert und die Zuverlässigkeit der CSSR in Fragen der antiimperialistischen Aktionseinheit angezweifelt, das Problem einer Reorganisation aber nicht erwähnt[313]:

- Die SU kritisierte die Äußerungen Prchliks bereits vor der Intervention und wertete sie als Versuch, die CSSR vom Warschauer Vertrag abzuspalten[314]. Die Intervention rechtfertigte die SU dann mit folgenden Verstößen der CSSR gegen ihre Bündnispflichten innerhalb des Warschauer Vertrages[315]:
  - Die Parteiführung der KPC habe das Auftreten Prchliks nicht verurteilt, obwohl dieser über den Warschauer Vertrag hergefallen sei, eine Revision des Vertrages gefordert und die Tätigkeit des Politischen Beratenden Ausschusses diffamiert habe.
  - Die CSSR habe ihre Grenzen zum Westen offen und ungesichert gelassen, so daß Agenten und Waffen eingeschmuggelt werden konnten.
  - Die CSSR habe eine "unzulässige Einstellung" gegenüber den aus ihrer Zugehörigkeit zum Warschauer Vertrag resultierenden Pflichten bei der Abhaltung von Manövern auf ihren Territorium an den Tag gelegt.
- Polen wertete, ebenfalls bereits vor der Intervention, die Äußerungen Prchliks als offenen Angriff auf die organisatorischen Grundlagen des Warschauer Vertrages, der nicht in Einklang mit der Versicherung des Präsidiums des ZK der KPC zu bringen sei, die CSSR erfülle ihre Bündnispflichten konsequent[316].

- Auch die DDR betrachtete die Forderungen Prchliks nach einer Revision des Warschauer Vertrages als einen offenen Angriff auf diesen Vertrag[317].

Aus diesen Äußerungen geht ganz deutlich hervor, daß die Interventionsmächte nicht bereit waren, die Äußerungen Prchliks als Beitrag zu den Bemühungen der sozialistischen Staaten um die Vervollkommnung ihrer militärischen und politischen Zusammenarbeit zu akzeptieren[318].

d) 2. Die Auseinandersetzung mit Rumänien

Der offizielle Kurs der sozialistischen Staaten gegenüber den seit 1966 deutlich gewordenen rumänischen Emanzipationsbestrebungen im Warschauer Vertrag war zunächst von äußerster Vorsicht und Zurückhaltung gekennzeichnet:

- Offensichtlich zur Landeskonferenz der RKP im Dezember 1967 brachte die sowjetische Zeitschrift "Kommunist" einen Artikel des Mitglieds des Politbüros der USAP Szirmai, den Radio Moskau in rumänischer Sprache wiedergab, und in dem, ohne direkten Bezug auf Rumänien, die übermäßige Betonung der nationalen Interessen eines sozialistischen Staates als moderne Form des Nationalismus verurteilt wurde, den die internationale Reaktion gegen den proletarischen Internationalismus zu mobilisieren versuche[319].

- Die Warnung Ceausescus, auf dieser Landeskonferenz der RKP ausgesprochen, "das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten" dürfe sich nicht "auf die ökonomische Zusammenarbeit und Kooperation" der sozialistischen Staaten auswirken[320], kann als Indiz dafür gewertet werden, daß Rumänien ökonomischem Druck ausgesetzt worden war, womit offensichtlich erreicht werden sollte, daß es seinen Kurs revidierte.

Erst 1968 verschärfte sich die Auseinandersetzung um die Politik Rumäniens im Warschauer Vertrag:

- Rumänien wurde nicht zur Dresdener Konferenz eingeladen, obwohl dort Fragen des RGW und des Warschauer Vertrages erörtert wurden, denen Rumänien seit ihrer Gründung angehört. Diese Nichteinladung dürfte auf folgende Ursachen zurückzuführen sein:

- Auf dieser Konferenz wurde die Entwicklung in der CSSR diskutiert[321], die RKP aber hatte stets die Ansicht vertreten, die Art und Weise, wie eine Partei ihre Probleme löse, könne nicht Diskussionsgegenstand anderer Parteien sein[322].

- Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten in Warschauer Vertrag und RGW zu ergreifen[323], die RKP aber stand derartigen Bemühungen ablehnend gegenüber, da sie nicht bereit war, RGW und Warschauer Vertrag auf Kosten der eigenen Souveränität zu stärken.

- Nachdem Rumänien in einer Note gegen die Entstellung der rumänischen Außenpolitik in den polnischen Massenmedien protestiert hatte[324], wies Polen diese Note als unbegründet zurück und Trybuna Ludu bezichtigte am 7. 8. 1968 Rumänien, es verfolge eine der Einheit und der Gemeinschaft der sozialistischen Länder abträgliche Politik[325] - und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Festigung der Einheit und das Vertrauen zwischen den Bruderparteien so große Bedeutung habe[326].

- Auch nach Bratislava wurde die RKP nicht eingeladen. Rumänien bemängelte erneut die Tatsache, daß es nicht eingeladen worden war, obwohl in Bratislava Probleme des Warschauer Vertrages und des RGW erörtert wurden, zu deren Mitgliedsstaaten auch Rumänien zähle. Rumänien erklärte, die Nichteinladung widerspreche den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus[327]. Die Nichteinladung dürfte von der Überlegung bestimmt gewesen sein, daß es angesichts der Entwicklung in der CSSR nicht riskiert werden könne, das gewünschte Ergebnis der Konferenz durch die rumänische Opposition gefährden zu lassen.

- Die Kritik Rumäniens an der Intervention nahm Trybuna Ludu zum Anlaß, der RKP vorzuwerfen, ihr ginge es um die "Desintegration der sozialistischen Gemeinschaft", und die "Eigenbrödelei" ihrer Politik sei "bereits seit längerer Zeit gegen die Einheit der sozialistischen Staaten gerichtet"[328, 329].

All dies beweist, daß die sozialistischen Staaten Rumäniens Haltung mißbilligten, daß sie aber bemüht waren, trotz der deutlichen Warnungen, die sie an die Adresse Rumäniens richteten, den Konflikt nicht durch allzu offene Kritik und durch öffentliche Festlegungen so zu verschär-

fen, daß Kompromisse nicht mehr möglich gewesen wären; die Nichteinladung nach Dresden und Bratislava ist daher auch nicht als Begründung einer Kernorganisation des Warschauer Vertrages gegen Rumänien zu betrachten, sondern als Versuch, Rumänien so unter Druck zu setzen, daß es zu Kompromissen bereit war, mit anderen Worten: Im Warschauer Vertrag bestand Einigkeit darüber, daß Reformen in der Organisation nicht gegen Rumänien durchgeführt werden sollten.

d) 3. Die Auseinandersetzung mit der SFRJ

Die von den Interventionsmächten diagnostizierte Gefahr, die CSSR könnte aus dem Warschauer Vertrag ausscheren und ihre Neutralität verkünden[330], nahmen die sozialistischen Staaten zum Anlaß, die jugoslawische Politik der Nichtblockgebundenheit direkt oder indirekt zu kritisieren:

- Die SU gab deutlich zu erkennen, daß sie die (jugoslawische) Politik der Nichtblockgebundenheit für falsch hält, denn diese Politik garantiere die Unabhängigkeit des betreffenden Landes nur dank der Stärke der sozialistischen Gemeinschaft und vor allem seiner Hauptkraft, der SU[331].

- Auch die DDR übte Kritik an der Belgrader Politik der Nichtblockgebundenheit und bezichtigte Jugoslawien der Stellungnahme gegen die Verteidiger des Sozialismus[332]. Auf der 9. Tagung des ZK der SED warnte Ulbricht die Wanderer zwischen den Blöcken, ihre Politik führe nur zur Abhängigkeit vom Kapitalismus[333].

- Polen wandte sich gegen die Versuche Belgrads, die Losung des "Nichtengagements", die mit der Warschauer Billigung nur rechnen kann, wenn sie sich die Vereinigung der Kräfte der 3. Welt gegen den Imperialismus zum Ziel setzt, unter den sozialistischen Staaten zum Kampf gegen den angeblichen sowjetischen Hegemonismus zu lancieren; damit ein "'nichtengagiertes' Jugoslawien" sicher existieren könne, sei gerade "das volle Engagement der Staaten des Warschauer Vertrages für die Festi-

gung ihrer politischen und Verteidigungsgemeinschaft" notwendig, denn wenn alle sozialistischen Staaten dem Beispiel der SFRJ folgen würden, dann gäbe es keinen Schutz mehr vor dem Export der Konterrevolution durch den Imperialismus, dann würde niemand mehr die DDR vor der Einverleibung in die BRD und die Integrität der polnischen Grenzen schützen[334].

- Shiwkow bedauerte auf der Moskauer Konferenz, daß einige sozialistische Staaten nicht Mitglieder des RGW und des Warschauer Vertrages seien; er verurteilte eine Politik, die die aggressiven Bündnisse der kapitalistischen Staaten dem Verteidigungsbündnis der sozialistischen Länder gleichsetzt; angesichts der imperialistischen Aggressivität hätten die sozialistischen Staaten das Recht und die Pflicht, "absolut alle" Maßnahmen zu treffen, um ihre Verteidigungsmacht zu stärken[335].

- Es gibt Parteien, die zwar nicht, wie die chinesische, die Existenz des sozialistischen Weltsystems leugnen, die aber auf der Basis der Nichtbindung erklären, es gäbe keinen Unterschied zwischen NATO und Warschauer Vertrag; nach ungarischer Auffassung zeugt diese Position, ebenso wie die chinesische, von mangelndem Klassenbewußtsein und Mißachtung des proletarischen Internationalismus[336].

- Dubcek erklärte am 31. 8. 1968 vor dem ZK der KPC, der Warschauer Vertrag dürfe nicht in Frage gestellt werden und die KPC widersetze sich entschlossen einer Neutralität, die angesichts des gegenwärtigen Zustandes der Welt eine sozialistische Entwicklung in der CSSR nicht sicherzustellen vermöge[337]. Diese Erklärung dürfte zu diesem Zeitpunkt natürlich in erster Linie den Zweck gehabt haben, den Interventionsmächten die unbedingte Bündnistreue der CSSR vor Augen zu führen, doch sie enthielt implizit auch eine Distanzierung vom jugoslawischen Kurs, was seinerseits sicherlich auch wieder der Beruhigung der Interventionsmächte diente, die offenbar befürchtet hatten, Prag könne sich der jugoslawischen Politik der Nichtblockgebundenheit anschließen beziehungsweise mit Jugoslawien und Rumänien zusammen eine Fraktion im sozialistischen Lager bilden[338].

- Da die RKP es ablehnt, die Politik einer Bruderpartei zu diskutieren, ist von ihr keine Stellungnahme zur jugoslawischen Politik des Nonalignement zu erwarten. Die Indizien, die Rückschlüsse auf die rumänische Haltung gegenüber dem Kurs der SFRJ zuließen, sind widersprüchlich:

- Die Ansicht Bukarests, der Sozialismus sei in jedem Land wie auch im Weltmaßstab zu einer unbesiegbaren Kraft geworden, seine Überzeugung, es bestehe, da die Kräfte des Friedens und des Fortschritts dem Imperialismus überlegen sind, keine "unmittelbare Kriegsgefahr"[339], ebenso wie die Tatsache, daß Rumänien die Pflicht zur antiimperialistischen Aktionseinheit der sozialistischen Staaten mehrmals verletzt hat und sich den Bemühungen um eine weitere Integration der sozialistischen Staaten in Warschauer Vertrag und RGW widersetzte, legen die Vermutung nahe, daß Bukarest den Kurs Belgrads nicht völlig ablehnte, sondern ihm aufgeschlossen gegenüberstand, weil es offenbar glaubte, daß auch ein unabhängiger sozialistischer Staat imperialistische Angriffe nicht zu fürchten habe. Die Tatsache, daß sich Tito und Ceausescu nach der Intervention in der CSSR an der jugoslawisch-rumänischen Grenze trafen[340], läßt den Schluß zu, daß sich beide Staaten ihrer Außenseiterstellung bewußt waren, sich gegenseitig unterstützten und ihr Handeln koordinierten, wenn es darum ging, ihre Position im sozialistischen Lager zu verteidigen.

- Diese Zusammenarbeit und Unterstützung Jugoslawiens durch Rumänien kann aber nicht als Billigung des Kurses der SFRJ interpretiert werden, denn Rumänien war und ist, da es grundsätzlich am Warschauer Vertrag festhielt, offensichtlich von der Notwendigkeit dieses Bündnisses überzeugt. Seine Erklärung auf der Moskauer Konferenz, die wichtigste internationale Pflicht aller Kommunisten sei gegenwärtig der Zusammenschluß im Kampf gegen den Imperialismus und "nur geeint" vermöge das sozialistische Weltsystem "seine ganze Kraft und materielle, politische sowie moralische Überlegenheit in die Waagschale des internationalen Kampfes für Frieden und Fortschritt zu werfen"[341], lassen den Schluß zu, daß es, zumindest was seine eigene Politik anbelangt, den jugoslawischen Kurs ablehnte - was freilich auch Ausdruck der Erkenntnis sein kann, daß es den Warschauer Vertrag kaum so leicht verlassen könnte wie etwa Albanien, denn die SU würde dies, da Rumänien für sie einen ungleich höheren politischen, ökonomischen und strategischen Wert besitzt, wohl kaum zulassen.

D Zusammenfassung und Ergebnis

1. Das sowjetische Verhalten im Kampf um die Einheit des sozialistischen Lagers

a) Die Aufrechterhaltung der Doktrin der Einheit

Die Analyse des sowjetischen Verhaltens in den Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Staaten macht deutlich, daß die sowjetische Politik (ebenso wie die sowjetische Theorie)[342] in Sachen sozialistischer Internationalismus von der Doktrin der ideologischen, sozialökonomischen und politischen Einheit des sozialistischen Lagers bestimmt wurde. Die SU erhob bei der Konkretisierung dieser Doktrin nach wie vor den Anspruch, den sie mit ihren historischen Verdiensten, mit ihrem Vorsprung bei der Verwirklichung des gesellschaftlichen Fortschritts und mit ihrer materiellen Macht begründete[343], ihr eigenes Vorbild bilde die Richtlinie des innen- wie des außenpolitischen Handelns der anderen sozialistischen Staaten. Dieser Anspruch ist das Resultat folgender Thesen der SU:

- Die SU geht davon aus, daß sie die Prinzipien des Marxismus-Leninismus so auf die Bedingungen der gegenwärtigen Epoche anwendet, daß sie den richtigen Weg zum Sozialismus und Kommunismus geht, das heißt, sie bahnt, dank ihres Vorsprungs bei der Verwirklichung des gesellschaftlichen Fortschritts, der gesamten Menschheit den Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus[344]. Will die SU diesen Anspruch nicht aufgeben, muß sie ihre Erfahrungen zu universaler Gültigkeit verabsolutieren[345], kann sie diesen Anspruch nicht durch die Tolerierung anderer Modelle des Sozialismus beziehungsweise des Kommunismus relativieren[346].

- Die aus den Erfahrungen und der globalen Verantwortung der SU resultierende Politik Moskaus muß den Anspruch erheben, nicht nur die Lebensinteressen des eigenen Volkes, sondern auch die der anderen sozialistischen Staaten und der Werktätigen aller Länder zu verwirklichen, wenn sie sich nicht der Beschuldi-

gung aussetzen will, sie verfolge nur ihre eigenen, hegemonialen Interessen, wenn sie von den anderen sozialistischen Staaten die Nachahmung ihres Beispiels fordert.

Da Moskau jedoch stets auf der "ausschließlichen Richtigkeit sowjetischer Formen"[347] bestand und besteht, wie es in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die SU die Interpretation der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus sowie der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus zu monopolisieren versucht, läßt die sowjetische Kritik an jenen sozialistischen Ländern, die von den sowjetischen Vorstellungen abweichende Ansichten über die Wege und Methoden ihrer inneren Entwicklung und über die allgemeine internationale Strategie der sozialistischen Staaten vertreten, dennoch zu einer Funktion hegemonialer Ansprüche werden[348].

b) Die Konkretisierung der Doktrin der Einheit

Obwohl die SU die Doktrin der Einheit der sozialistischen Staaten ohne alle Abstriche aufrechterhielt, wies die Konkretisierung dieser Doktrin doch zunehmend prägmatische Züge auf. Dies zeigte sich nicht nur im Bereich der ideologischen Einheit der sozialistischen Staaten[349], sondern auch in der Tatsache, daß die SU auf die Abweichungen von den von ihr vorgelebten Normen internationalistischen Verhaltens differenzierter reagierte, als dies die in geringerem Maße differenzierten Verhaltensweisen der verschiedenen Opponenten gegen den Moskauer Kurs vermuten ließen[350]: Warum zum Beispiel intervenierte die SU in der CSSR, nicht aber in China und in Jugoslawien, obwohl die tschechoslowakischen Abweichungen vom sowjetischen Kurs sicherlich weniger radikal waren als die jugoslawischen oder die chinesischen? Warum unterhält die SU

zur SFRJ weitgehend normale Beziehungen, während sie gegenüber Peking 1968/69 auf Konfrontationskurs ging, obwohl die Abweichungen beider Staaten vom sowjetischen Vorbild ähnlich weitgehend sind? Warum setzte Moskau Rumänien unter Druck, während es die ungarischen Abweichungen tolerierte, obwohl Ungarn den sowjetischen Führungsanspruch im Bereich des sozialistischen Aufbaus ebenso in Frage stellte wie Rumänien im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten? Warum intervenierte die SU in der CSSR und nicht auch in Ungarn und Rumänien, obwohl die Unterschiede in den Abweichungen dieser Staaten nicht so gravierend sind, daß sie die Entscheidung zwischen Intervention und Nichtintervention zu begründen vermögen?

Diese Fragen machen deutlich, daß sich die SU bei der Konkretisierung der Doktrin der Einheit der sozialistischen Staaten nicht allein vom Ausmaß der Abweichungen von den von ihr vorgelegten Normen internationalistischen Verhaltens (die, dem sowjetischen Anspruch nach, identisch sind mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus) leiten ließ, sondern daß das sowjetische Verhalten darüber hinaus auch noch bestimmt wurde

- von Erwägungen, welche Risiken die SU auf sich nehmen würde, wenn sie die Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Staaten bis zur militärischen Intervention eskalierte[351],
- ferner von der Qualität der Infragestellung des sowjetischen Führungsanspruchs[352],
- sowie von der strategischen Bedeutung jener sozialistischen Staaten, die vom Moskauer Kurs abwichen[353],
- und von den zu erwartenden Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse der SU und der anderen sozialistischen Staaten[354].

Bei all dem muß man sich freilich vor Augen halten, daß das sowjetische Verhalten trotz aller Analysen jener Faktoren, die die Reaktion der SU auf die Abweichungen vom sowjetischen Kurs bestimmten, bis zu einem gewissen Grade unkalkulierbar bleibt - und zwar nicht nur wegen der immanenten Probleme solcher Analysen[355], sondern auch weil die sozialistischen Staaten es vermieden, verbindliche Regeln zu formulieren, an denen exakt gemessen werden könnte, welches Verhalten als richtig im Sinne der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus zu gelten hat, was der SU sicherlich nicht ganz unwillkommen war, denn die Unkalkulierbarkeit der sowjetischen Reaktion stellt ein zusätzliches Mittel zur Disziplinierung der sozialistischen Staaten dar.

2. Die anderen sozialistischen Staaten

Da kein einziger sozialistischer Staat - wie oben gezeigt wurde - in allen Punkten den von der SU bestimmten Maximen internationalistischen Handelns entsprach, muß hier nun geklärt werden, warum die einzelnen sozialistischen vom Moskauer Vorbild abwichen.

a) Die DDR

Die DDR wich in zwei Punkten von den von der SU gesetzten Normen internationalistischen Verhaltens ab:

1. Sie versuchte, sich die führende Rolle bei der Bestimmung der Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten zu sichern.
2. Sie stellte die sowjetische Führungsposition beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus in Frage.

zu 1.:

Mit der Präjudizierung der Entscheidung der sozialistischen Staaten in Sachen neue Ostpolitik der BRD demonstrierte die DDR ihren Führungsanspruch in aller Deutlichkeit: Bevor die anderen Staaten ihren Standpunkt zur neuen Ostpolitik formuliert hatten, hatte die DDR bereits die neue Bundesregierung und ihre Politik verurteilt[356] und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten vom Verzicht Bonns auf den Alleinvertretungsanspruch, auf jede Revanchepolitik und auf Kernwaffen sowie von der Anerkennung der europäischen Grenzen abhängig gemacht[357].

Diese Politik entsprach der Erkenntnis, daß die DDR ihre Ziele gegenüber der BRD nur verwirklichen konnte, wenn das ganze sozialistische Lager geschlossen handelte und sich die Forderungen der DDR zu eigen machte:

- Die DDR mußte dafür Sorge tragen, daß die sozialistischen Staaten in ihrer Politik gegenüber der BRD einheitlich und geschlossen handelten, denn nur so konnte sie es verhindern, daß die BRD, ausgehend von der unterschiedlichen Intensität ihrer Konfrontation mit den sozialistischen Staaten, ihre Beziehungen zu diesen Ländern bilateral regelte, unterschiedliche Bedingungen für diese Regelung aushandelte und damit die sozialistischen Staaten in Sachen Deutschlandpolitik so auseinanderdividierte, daß die Interessen der DDR in diesen bilateralen Regelungen nicht mehr integral durchgesetzt werden konnten. Die Kritik an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest[358] ebenso wie ihre Junktimpolitik und ihre Analyse der neuen Ostpolitik, die ganz auf die Gefahr der deutschlandpolitischen Desintegration der sozialistischen Staaten abgestellt war[359], beweisen, daß die DDR diese Zusammenhänge erkannt hatte und sich bemühte, einen diesen Zusammenhängen gerecht werdenden Kurs auf die Festigung der Einheit und der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zu steuern.

  Bei diesen Bemühungen konnte die DDR insbesondere mit der Unterstützung Polens und der SU rechnen, denn die

Einheit des sozialistischen Lagers ist für die SU die Voraussetzung ihrer deutschlandpolitischen Führungsposition und für Polen (wie für die DDR) die Voraussetzung dafür, daß seine Interessen gegenüber der BRD von den übrigen sozialistischen Ländern gewahrt werden.

- Die DDR mußte jedoch nicht nur bestrebt sein, im sozialistischen Lager die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ihre Interessen integral durchgesetzt werden konnten, sondern sie mußte auch versuchen, ihre Interessen zur Politik des sozialistischen Lagers zu machen, wobei es hier weniger darum ging, das gemeinsame Ziel zu formulieren (hier herrschte weitgehend Einigkeit im sozialistischen Lager), sondern um strategisch-taktische Fragen bei der Verfolgung des gemeinsamen Zieles, insbesondere um die Frage, wie die Gestaltung der Beziehungen der sozialistischen Staaten zur BRD für die Verwirklichung des gemeinsamen Zieles eingesetzt werden konnte.

  - Während die DDR (und Polen) jede Entspannung, jede Annäherung, jede Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten von der Erfüllung all ihrer Forderungen an die BRD abhängig machten[360],

  - und Rumänien durch Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten die Verwirklichung der gemeinsamen Forderungen an die BRD näherzukommen suchte,

  - steuerte die SU einen mittleren Kurs, der dadurch gekennzeichnet war, daß sie ihre Bereitschaft zu erkennen gab, einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten zuzustimmen, auch ohne daß Bonn die bestehenden Realitäten ausdrücklich anerkannte, das heißt, die SU war bereit, eine implizite Anerkennung der Realitäten als ausreichend zu akzeptieren[361], sofern die deutschlandpolitische Einheitsfront der sozialistischen Staaten dabei gewahrt blieb; dies mußte die DDR befürchten lassen, die SU könnte eine Regelung akzeptieren, die den Interessen der DDR nicht voll entsprechen könnte - eine Befürchtung, die nicht ganz unrealistisch war, hält man sich die Vorgänge um den Rücktritt Ulbrichts, um die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel und um das Berlinabkommen der Alliierten vor Augen, eine Befürchtung freilich auch, die dadurch relativiert wurde, daß die Positionen, die die DDR bezogen hatte, Ausdruck eines Maximalprogramms waren, von dem die DDR kaum erwarten konnte, daß es integral zu verwirklichen sein würde, denn es forderte die vollständige und offene Kapitulation der BRD vor den Forderungen der sozialistischen Staaten.

Die Abhängigkeit der DDR von der SU, gerade auch in Fragen der Deutschlandpolitik (außer Polen scheinen alle Staaten des Warschauer Vertrages bereit gewesen zu sein, ihre Beziehungen zur BRD unter ähnlichen Bedingungen zu normalisieren wie Rumänien)[362], zwingt zur Beantwortung der Frage, warum die DDR, die Entscheidung der SU und der anderen sozialistischen Staaten präjudizierend, den, wenn auch begrenzten, Konflikt mit der SU wagte. Diese Frage ist mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß der von der neuen Ostpolitik augeworfene Problemkomplex für die DDR von existenzieller Bedeutung war, nicht vollständig beantwortet. Folgende Überlegungen dürften die Risikobereitschaft der DDR noch weiter gesteigert haben:

- Die DDR erwartete offensichtlich, das ergibt sich aus der Politik, die sie gegenüber der BRD verfolgte[363], daß der internationale Trend zur Entspannung die BRD bald nötigen werde, die Nachkriegsrealitäten ohne Vorbehalte anzuerkennen.

- Möglich wäre auch, daß die DDR auf eine "Falken"-Fraktion im Kreml setzte, von der sie hoffte, sie würde sich durchsetzen und dem sozialistischen Lager die Politik der DDR zur Nachahmung vorschreiben[364].

Der deutschlandpolitische Kurs der SED hatte freilich nicht nur außenpolitische, sondern auch innenpolitische Motive: Um ihr innenpolitisches Regime aufrechtzuerhalten, konnte die DDR nicht auf eine Konfrontation mit der BRD verzichten, konnte sie kein Arrangement zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten zulassen, war dieses doch geeignet, das Bild von der aggressiven imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik zu korrigieren und damit den Prozeß in der DDR aufzuhalten, der deren Bürger von der Resignation über das Arrangement mit dem bestehenden Regime über die Genugtuung angesichts der Erfolge der DDR zur zunehmenden Identifikation mit der DDR führen kann. In diesem Prozeß spielt die Haltung,

die die Bürger der DDR gegenüber der BRD einnehmen, zweifelsohne eine wichtige Rolle, trägt doch die wachsende Kritik an den Verhältnissen in der BRD zur beschleunigten Identifikation mit der DDR bei, weil damit eine zunehmende Ablehnung der Lebensverhältnisse in der BRD als Alternative zu den Lebensbedingungen in der DDR verbunden ist.

zu 2.:

Der Anspruch der SED, der Aufbau des Sozialismus in der DDR könne den anderen sozialistischen Staaten als Vorbild dienen, wird aus folgenden Tatsachen deutlich:

- Als einziger sozialistischer Staat nimmt die DDR für sich in Anspruch, die sozialistische Menschengemeinschaft zu verwirklichen, und sie definiert diese Gemeinschaft so, daß sie sich kaum noch von jener Einheit des Sowjetvolkes unterscheidet, die die KPdSU veranlaßte festzustellen, der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft sei nun zur unmittelbaren praktischen Aufgabe des Sowjetvolkes geworden[365].

- Auf der 9. Tagung des ZK der SED empfahl Ulbricht Ende Oktober 1968 der CSSR, den Weg der DDR zu beschreiten, weil dieser zum Erfolg führe, der in der DDR vom Wachsen der sozialistischen Menschengemeinschaft und von der Erhöhung des Lebensstandards gekennzeichnet sei[366].

Der Anspruch der SED, den Sozialismus in der DDR vorbildlich aufzubauen, scheint die führende Rolle der SU zunächst nicht in Frage zu stellen, denn er kann zum einen mit dem Bemühen gerechtfertigt werden, die Prinzipien der eigenen Gesellschaftsordnung im gesamten sozialistischen Lager durchzusetzen, damit nicht andere sozialistische Staaten Alternativen zu dieser Ordnung entwickeln und damit die Grundlagen der Herrschaft der SED in Frage stellen, und er ist darüber hinaus noch mit der eindeutigen Anerkennung der führenden Rolle der SU verknüpft, was unter anderem darin zum Ausdruck kommt, daß die DDR die eigene

Gesellschaftsordnung prinzipiell dem sowjetischen Vorbild entsprechend gestaltet[367]. Die DDR erhob demnach nur den Anspruch, nach der SU derjenige Staat zu sein, dessen Vorbild den übrigen sozialistischen Staaten den Weg des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus weisen kann. Doch selbst dieser reduzierte Führungsanspruch der DDR ist geeignet, die führende Rolle der SU, zumindest potentiell, in Frage zu stellen:

- Akzeptiert die SU die DDR als Führungsgehilfen, akzeptiert sie auch ein gewisses Maß an Arbeitsteilung[368] und gegenseitiger Abhängigkeit, das heißt, der Gehilfe droht zum Juniorpartner zu werden, was die führende Rolle der SU reduzieren und die Bewegungsfreiheit der DDR erhöhen würde[369].

- Akzeptiert die SU die DDR als Führungsgehilfen, so liefe sie zudem Gefahr, zwischen die Fronten im sozialistischen Lager zu geraten, denn die übrigen sozialistischen Staaten werden den Vorbildanspruch der DDR sicherlich nicht ohne weiteres akzeptieren. Die SU geriete dann in die Situation, den Führungsanspruch der DDR auf Kosten des eigenen Anspruchs verteidigen zu müssen.

Es scheint, als sei die DDR mit dem Wechsel in der Führungsspitze der SED von Ulbricht auf Honecker wieder in das Glied der anderen sozialistischen Staaten zurückgetreten, denn auf dem VIII. Parteitag der SED war von der sozialistischen Menschengemeinschaft, der Basis des Vorbildanspruchs der DDR, nicht mehr die Rede - was freilich auch zusätzliche innenpolitische Gründe haben kann, nämlich den Willen, jene Konsequenzen zu vermeiden, die sich aus der Verwirklichung der sozialistischen Menschengemeinschaft für die Demokratisierung des innenpolitischen Regimes ergeben[370].

Die Beweggründe für die Abweichungen der DDR von der von der SU vorgezeichneten Linie internationalistischen Verhaltens hat nach all dem zwei Ursachen, die Sorge um eine

angemessene Befriedigung der deutschlandpolitischen Interessen der DDR und den Anspruch auf eine dem ökonomischen Gewicht und dem vorbildlichen Aufbau des Sozialismus in der DDR entsprechende Beteiligung an der Führung des sozialistischen Lagers[371].

b) Polen

Polen wich in zwei Punkten[372] von den von der SU gesetzten Normen internationalistischen Verhaltens ab:

1. Es entschloß sich zu einer wirksamen und offenen Unterstützung der Position der DDR in der Deutschlandpolitik.
2. Es kritisierte offen die mangelnde Effizienz der ökonomischen Integration der sozialistischen Staaten und monierte, die SU bestimme, mangels Vorschlägen der anderen sozialistischen Staaten, als größter Abnehmer im RGW weitgehend das Ausmaß und die Art der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung.

zu 1.:

Polen mußte zunächst - wie der SU und der DDR - daran gelegen sein, die deutschlandpolitische Einheitsfront der sozialistischen Staaten aufrechtzuerhalten, denn nur so konnte es hoffen, es werde die Erfüllung seiner Forderungen von Bonn erzwingen können, das auch unter der neuen Regierung der Großen Koalition nicht bereit war, die Oder-Neiße Grenze als endgültige Grenze anzuerkennen, so daß Warschau nicht erwarten konnte, es werde seine Forderungen auch in bilateralen Verhandlungen erfüllt bekommen.

Darüber hinaus mußte Warschau, ebenso wie die DDR, bemüht sein, seine Forderungen zu denen des gesamten sozialistischen Lagers zu machen, was ihm, ebenso wie der

DDR, im Bereich der Formulierung der Ziele der Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten auch gelang. Doch über die Frage, auf welchem Wege diese Ziele erreicht werden sollen, geriet Polen in Gegensatz zur SU, denn Polen forderte, ebenso offen wie die DDR, diplomatische Beziehungen zur BRD dürfe ein sozialistischer Staat nur aufnehmen, wenn die Bundesregierung eindeutig und offiziell die seit dem 2. Weltkrieg entstandenen territorialen und gesellschaftlichen Realitäten in Europa anerkenne, während die SU bereit schien, sich mit einer impliziten Anerkennung des Status quo zufrieden zu geben[373]. Die Gründe, die Polen veranlaßten, in diesem Punkt vom sowjetischen Kurs abzuweichen, dürften ähnliche gewesen sein wie die der DDR:

- Um die Aufrechterhaltung ihres innenpolitischen Regimes zu rechtfertigen, bedurfte die PVAP noch dringender als die DDR eines höchst undifferenzierten Feindbildes, denn Polen war, wie die Märzereignisse deutlich bewiesen hatten, keineswegs von der gleichen innenpolitischen Stabilität gekennzeichnet wie die DDR.

- Polen mußte angesichts der, sicherlich sehr begrenzten Kompromißbereitschaft, die die SU gegenüber der BRD zeigte, befürchten, ein Arrangement zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD könne zu Lasten jener Staates des Warschauer Vertrages gehen, die die umfassendsten Forderungen an die BRD zu richten hatten[374].

Auch Polen dürfte, wie die DDR, diesen, wenn auch sehr begrenzten, Konflikt mit der SU nur riskiert haben, weil es auf eine Falken-Fraktion im Kreml setzte, denn Polen anerkennt den sowjetischen Führungsanspruch ebenso wie die DDR. Außerdem dürfte, wie im Falle der DDR, auch die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß die BRD den in ihrer Politik angelegten Dualismus zwischen Anpassung an den internationalen Trend zur Entspannung und Festhalten an ihren deutschlandpolitischen Essentials, die ihre Entspannungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten erheblich behinderten, früher oder später zugunsten der Entspannung würde lösen müssen, so daß die polnischen Forderungen früher oder später erfüllt werden würden.

zu 2.:

Polens Politik zur Verbesserung seiner ökonomischen Lage mußte sich, da es das Mittel, seine wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen zu verstärken, ablehnte[375], im außenwirtschaftlichen Bereich konsequenterweise ganz auf den RGW konzentrieren und hier mußte es, der Analyse seiner ökonomischen Entwicklung folgend, dem RGW die mangelnde Effizienz der sozialistischen ökonomischen Integration vorwerfen, denn es mußte erkennen, daß der RGW nicht in der Lage war, das ökonomische Entwicklungsniveau der sozialistischen Staaten einander anzunähern und auszugleichen; in der Konsequenz dieser Erkenntnis liegt nicht nur die Forderung nach einer schnelleren und effektiveren Entwicklung der sozialistischen Staaten mit niedrigerem Entwicklungsniveau, sondern auch die Einsicht, daß diese Forderung nur erfüllt werden kann, wenn sich die entwickelteren Staaten dazu entschlossen, den weniger entwickelten uneigennützige Hilfe zu leisten, was ganz konkret nur heißen kann, daß vor allem die SU und die DDR den weniger entwickelten sozialistischen Staaten Vorzugsbedingungen bei der Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung und der Zusammenarbeit einzuräumen haben.

c) Bulgarien

Die bulgarische politische Praxis im Bereich des sozialistischen Internationalismus wies zwei Charakteristika auf:

- Die Außenpolitik Sofias ebenso wie sein Verhalten gegenüber jenen sozialistischen Staaten, die sich der Linie Moskaus nicht fügten, beweisen, daß Bulgarien im Bereich der politischen Einheit des sozialistischen Lagers getreu dem Moskauer Kurs folgte. Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Sofia scheint es

nur um die Balkankooperation gegeben zu haben - und auch hier verfolgte die BKP ihre Politik nicht weiter, sondern gab den Forderungen Moskaus nach, dem nicht daran gelegen sein konnte, daß einzelne sozialistische Staaten infolge ihrer Beteiligung an regionalen Zusammenschlüssen, die sich nicht mit dem System der sozialistischen Staaten decken und kapitalistische wie sozialistische Länder umfassen, mehr Bewegungsfreiheit im sozialistischen Lager erhielten[376].

- Bei der Gestaltung des bulgarischen sozialistischen Aufbaus hielt sich die BKP weniger treu als im Bereich der politischen Einheit des sozialistischen Lagers an das Vorbild Moskaus:

  · Ihr Programm zur Vervollkommnung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft gleicht mehr den ungarischen Bemühungen als denen der SU[377]

  · und auch ihre Vorstellungen zur Vervollkommnung des gesellschaftlichen Leitungssystems gehen über ähnliche Ansätze in der SU hinaus[378].

Dieses scheinbar widersprüchliche Verhalten der BKP - auf der einen Seite fast absolute Gefolgschaftstreue zur SU, auf der anderen Seite deutliche Indizien für einen unabhängigen Kurs - könnte damit erklärt werden, Sofia sei bestrebt, seine unabhängige Innenpolitik durch eine sowjetkonforme Außenpolitik abzusichern, doch diese These ist aus folgenden Gründen nicht zutreffend:

- Die BKP nahm bewußt den Vorwurf, der auch von anderen kommunistischen Parteien erhoben wurde, in Kauf, sie hinge von der KPdSU ab, sei ein Agent Moskaus, denn sie ist überzeugt davon, "daß derjenige, der die sozialistische Ordnung in der Sowjetunion und in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft verleumdet, das Vertrauen der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zum Sozialismus untergräbt", weil "der Kommunismus und die KPdSU eine unlösliche Einheit" bilden[379]. Da die BKP also gerade auch im Bereich des sozialistischen Aufbaus die sowjetische Führungsrolle voll anerkennt, können ihre Abweichungen vom sowjetischen Vorbild nicht als Bemühen um die Entwicklung einer Alternative zum sowjetischen Modell des Sozialismus interpretiert werden, sondern sie müssen als Ausdruck nationaler Besonderheiten und, möglicherweise, auch als Konzessionen an die Forderungen und Bedürfnisse der bulgarischen Bevölkerung gedeutet werden.

- Auch folgende Tatsachen sind geeignet, alle Thesen, Bulgarien verfolge einen vom Moskauer Vorbild unabhängigen innenpolitischen Kurs, zu widerlegen:

  · Die BKP deckte, ihre Bemühungen um eine Vervollkommnung des Leitungssystems der bulgarischen Gesellschaft durch eine Reihe von Prinzipien ab, die verhindern sollten, daß der bulgarischen Parteiführung (wie der tschechoslowakischen) die Kontrolle über den von ihr selbst eingeleiteten Erneuerungsprozeß entglitt[380].

  · Die Abweichungen vom sowjetischen Vorbild sind zwar vorhanden, aber nicht so prinzipieller Art, daß sie nicht mehr von dem Anspruch, Sofia baue den Sozialismus entsprechend den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus und den nationalen Bedingungen Bulgariens auf, gedeckt würden[381].

d) Ungarn

(1) Die ungarischen Abweichungen

Ungarn wich in folgenden Punkten vom Kurs der SU in Sachen sozialistischer Internationalismus ab:

1. Ungarn brachte bei der Vervollkommnung seines ökonomischen Planungs- und Leitungssystems Elemente einer sozialistischen Marktwirtschaft zur Anwendung.

2. Die Reform des politischen Leitungssystems ging in Ungarn weiter als ähnliche Bemühungen der SU und anderer sozialistischer Staaten.

3. Ungarn beteiligte sich zwar an allen Maßnahmen gegen den tschechoslowakischen Reformkurs, doch es versuchte dennoch, zwischen der CSSR und der SU sowie den anderen sozialistischen Staaten zu vermitteln und eine militärische Intervention in der CSSR zu verhindern.

zu 2.:

Die Prinzipien, nach denen Ungarn den gesamten politischen und ideologischen Aufbau zu vervollkommnen gedachte, schei-

nen, auf den ersten Blick, den Schluß nahe zu legen, die Bemühungen Ungarns unterschieden sich wenig von dem, was auch die anderen sozialistischen Staaten behaupten zu tun, nämlich die sozialistische Demokratie den gewandelten Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft anzupassen. Für diese These spricht die Tatsache, daß die USAP das Prinzip, die führende Rolle der Partei dürfe nicht angetastet werden, aufrechterhielt, daß sie jede revisionistische und dogmatische Entstellung des Marxismus-Leninismus verurteilte. Gegen diese These lassen sich jedoch folgende Einwände erheben:

- Die innen- und die außenpolitischen Bedingungen zwangen und zwingen Ungarn noch immer, all das propagandistisch in den Vordergrund zu rücken, was geeignet ist, den Eindruck zu erwecken, seine Bemühungen um die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie entsprächen denen aller anderen sozialistischen Staaten.

  - Die Tatsache, daß die USAP nur knapp ein Jahr nach Abbruch des Prager Reformexperimentes ihr Programm zur Vervollkommnung des gesamten politischen und ideologischen Aufbaus verkündete, legt die Vermutung nahe, daß sie ein derart umfassendes Programm nicht verkündet hätte, wenn es ihr, wie den meisten Parteien der sozialistischen Staaten, nur um geringfügige Änderungen des bestehenden politischen Leitungssystems gegangen wäre, denn sie mußte damit rechnen, daß ein solch umfassend konzipierter Erneuerungsprozeß das Mißtrauen Moskaus wecken mußte.

  - Die Intervention in der CSSR mußte die USAP veranlassen, ihr Programm sorgfältig gegen alle jene Vorwürfe abzusichern, die gegen den Prager Reformkurs erhoben worden waren.

  - Zwar läge es im Interesse der USAP, ihre Herrschaft zu stabilisieren, indem sie mit großem propagandistischem Aufwand die Diktatur des Proletariates durch einige Retuschen attraktiver gestalten und damit ihr Regime "liberaler" erscheinen lassen würde, doch dies hätte, sieht man einmal davon ab, daß auch ein solches Unterfangen das Mißtrauen Moskaus wecken würde, in Ungarn selbst Tendenzen hervorrufen können, wie sie sich in der CSSR gezeigt hatten, das heißt, Intellektuelle, Massenmedien etc. hätten sich des Reformansatzes bemächtigen und ihn weiterzutreiben ver-

suchen können, als dies der USAP lieb sein konnte, so daß sie Gefahr gelaufen wäre, die Kontrolle über den Erneuerungsprozeß zu verlieren.

Die Analyse dieser Bedingungen mußte es der USAP geraten erscheinen lassen, die SU und die anderen sozialistischen Staaten (soweit sie reformfeindlich sind) nicht dadurch zu einer Intervention zu provozieren, daß sie umfassende Reformen propagierte, die Einmaligkeit der ungarischen Reformen betonte und möglicherweise das Maß der Provokation noch dadurch steigerte, daß sie die Kontrolle über den Reformprozeß verlor[382].

- Doch nicht nur Überlegungen darüber, welche Taktik bei der Verwirklichung ihres Reformprogrammes anzuwenden sei, sondern auch die Analyse des Inhalts des Reformprogramms lassen erkennen, daß die ungarischen Bestrebungen über jene der anderen sozialistischen Staaten hinausreichen[383]:

  - Die USAP duldete, sofern eine dogmatische beziehungsweise revisionistische Verfälschung des Marxismus-Leninismus dabei vermieden wurde, die Diskussion alternativer Möglichkeiten zur Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie.

  - Ungarn ging es nicht nur um das politische Leitungssystem, sondern um den gesamten ideologischen und politischen Aufbau, wobei Verfassungsfragen ebenso wie das Regierungssystem, die Räte oder die Justiz oder das Verhältnis von Staat und Partei zur Diskussion gestellt wurden.

  - Die USAP lehnte es ab, wie die SU, die DDR und Polen mit der Bedrohung der sozialistischen Staaten durch den Imperialismus die enge Begrenzung zu begründen, die den Bemühungen um eine Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie gesetzt sind.

  - Die Mängel des Einparteiensystems, das die Innovationskräfte oppositioneller Parteien und Gruppen bei der Beseitigung von Mängeln und Fehlern entbehren muß, suchte die USAP durch die Initiierung innerparteilicher Kritik, durch die Institutionalisierung des Prinzips, daß keinem Kritiker Nachteile entstehen dürfen, und des Prinzips, daß jeder seine von den Beschlüssen der Partei abweichende Ansicht aufrechterhalten darf (die er aber freilich auch nicht öffentlich vertreten darf), auszugleichen.

Die Bemühungen Ungarns um eine Vervollkommnung seines politischen und ideologischen Aufbaus unterscheiden sich nach all dem deutlich von jenen der anderen sozialistischen Staaten. Sie stellen kleine Schritte auf jenem Weg dar, den auch die KPC eingeschlagen hatte. Daß die USAP trotz aller Schwierigkeiten, die sie auf diesem Weg erwarten mußte, dennoch diese Richtung einschlug, dürfte folgende Ursachen haben:

- Die wiederholten Hinweise auf das Vorbild beziehungsweise auf die Konsequenzen der Reform des Systems der Wirtschaftslenkung [384], legen die Annahme nahe, daß es der USAP darum ging, die sich aus den ökonomischen Reformen ergebenden Konsequenzen für den politischen und ideologischen Überbau zu ziehen.

- Der USAP standen, will sie verhindern, daß sich die Ereignisse von 1956 wiederholten, gegenüber den Forderungen nach einer Lockerung des Regimes der USAP zwei Wege offen, wie sie derartigen Forderungen begegnen konnte: Sie konnte diese Forderungen rigoros unterdrücken, wie sie es nach 1956 getan hatte, oder sie konnte diesen Forderungen in einem kontrollierten Prozeß schrittweise nachgeben, wie dies die USAP seit 1966 in der Überzeugung tut, ihr Regime habe sich so stabilisiert, daß sich die Ereignisse von 1956 nicht wiederholen könnten und daß sie es daher wagen könne, die Auseinandersetzung mit jenen Kräften, Tendenzen und Forderungen, die die Ereignisse von 1956 geprägt hatten, nicht mehr administrativ zu führen, sondern durch eine vorsichtige und schrittweise Lockerung des innenpolitischen Regimes in das bestehende System zu integrieren. Diese Politik wird vor allem aus folgenden Indizien deutlich:

  · Aus der Tatsache, daß jeder, der im sozialistischen Staat seine Arbeit ehrlich verrichtet und seinem Beruf nachgeht, zur Mehrung der Produktivkräfte des Sozialismus beiträgt, auch wenn er apolitisch ist, auch wenn er sich mit keiner Ideologie befaßt, schloss die USAP, mit der Begründung, er verrichte eine patriotische Tätigkeit, "'wer nicht gegen uns ist, ist für uns'".[385] Die USAP weigerte sich somit, "durch Ernennung die Zahl unserer Gegner zu vermehren"[386], auch wenn sie der Überzeugung ist, "die von unserer Epoche gestellten revolutionären Aufgaben können nur auf der Grundlage des bewußten Patriotismus und proletarischen Internationalismus gelöst werden"[387].

- Von der künstlerischen Aussage verlangte Kadar, daß sie nicht gegen die bestehende gesetzliche Ordnung agiert, daß sie keinen Haß gegen andere Völker und Rassen hervorruft, daß sie nicht zum Krieg hetzt; im übrigen aber sei die künstlerische Aussage frei. Kadar stellte, befragt zur abstrakten Kunst (die Ulbricht als Mittel der imperialistischen ideologischen Diversion betrachtet), fest, es gäbe an sich keinen Stil, der gesellschaftsfeindlich sei[388].

- Die "politische Macht unseres Systems", so erklärte Kadar, habe es ermöglicht, die Vergangenheit mit einer allgemeinen Amnestie, das heißt den Aufstand von 1956, abzuschließen[389].

- Von den Schriftstellern forderte Kadar die Parteinahme für die Arbeiterklasse und gegen den Imperialismus; damit sieht er die führende Rolle der Partei in diesem Bereich als gesichert an[390].

- Kadar interpretierte die führende Rolle der Partei dahingehend, daß die Partei die gesellschaftlichen Prozesse kontrolliert und die Führung hauptsächlich auf dem ideologischen und politischen Gebiet praktiziert. Im Bereich der Wirtschaft und Kultur beschränke sich die Partei in der Regel auf die Formulierung der Prinzipien und der Grundsätze und überlasse es den zuständigen Gremien, die Beschlüsse der Partei zu verwirklichen und die konkreten Antworten zu formulieren[391].

(2) Die Ursache der ungarischen Abweichungen

Das ungarische Verhalten in Sachen sozialistischer Internationalismus war ganz deutlich davon gekennzeichnet, daß Budapest im Bereich der politischen Einheit des sozialistischen Lagers getreu dem Moskauer Kurs folgte (sieht man einmal von der vermittelnden Rolle ab, die es in der Auseinandersetzung um den tschechoslowakischen Reformkurs einzunehmen versuchte), während es im Bereich der Einheit des sozialistischen Aufbaus eigene Wege einschlug. Um diesen Widerspruch erklären zu können, muß man sich zunächst Folgendes vor Augen halten:

- Für Ungarn, in dem sowjetische Truppen stationiert sind, das die Niederwerfung des Aufstandes von 1956 und die tatenlose Duldung dieser Aktion seitens des Westens erlebt hat, das gesehen hat, was sich 1968 in der CSSR ereignet hat, gab und gibt es keine Alternative für seine Orientierung auf die SU - weder im politischen Bereich, noch im Bereich des Aufbaus des Sozialismus. Ungarn muß daher immer und unter allen Umständen bei all seinen Handlungen die Reaktion Moskaus einkalkulieren.

- Angesichts dieses Zwanges zur Orientierung auf das sowjetische Vorbild hin, angesichts auch der Tatsache, daß das Kadarregime seine Existenz der sowjetischen Intervention verdankt, angesichts auch des Weiterbestehens der den Aufstand von 1956 begleitenden Forderungen nach mehr Demokratie und nach mehr Unabhängigkeit, angesichts des immer noch vorhandenen Antisowjetismus[392], besteht die einzige Möglichkeit, das innenpolitische Regime auf Dauer (und nicht nur administrativ) zu stabilisieren, darin, ökonomische Erfolge vorzuzeigen und damit der Bevölkerung die Erhöhung ihres Lebensstandards zu ermöglichen, sowie darin, das innenpolitische Regime zu lockern, um so zu erreichen, daß sich alle Kreise der Bevölkerung (darunter auch jene, die die Forderungen von 1956 aufrechtzuerhalten) zunehmend mit der Herrschaft der USAP identifizieren, denn die Möglichkeit, die inneren Verhältnisse durch die Konfrontation mit einer feindlichen Umwelt zu stabilisieren, besteht ja nicht, weil sich der Konflikt mit Moskau ohnehin verbietet und weil die integrierende Kraft der imperialistischen Bedrohung im Zeichen der internationalen Entspannung stetig abnimmt.

Ungarn hat sich offenbar entschlossen, den von seinen innenpolitischen Verhältnissen diktierten Kurs auf die Lockerung des innenpolitischen Regimes und auf die Verbesserung der Erträge seiner Volkswirtschaft einzuschlagen. Es verfolgte dabei eine Strategie des begrenzten Konfliktes mit der SU, denn es hielt sich im Bereich des sozialistischen Aufbaus nicht mehr mit aller Konsequenz an das sowjetische Vorbild und suchte mögliche Folgen dieser Infragestellung der sowjetischen Führungsrolle durch folgende Taktik zu vermeiden:

- Ungarn übte bei der Propagierung seiner Reformvorhaben äußerste Zurückhaltung; es stellte jene Prinzipien, die einzuhalten besonders sowjetisches Anliegen ist (vor allem also die Wahrung der führenden Rolle der Partei), in den Vordergrund seiner Pläne, betonte deutlich die Grenzen der Reform und verzichtete auf allzu drastische Schritte, die die ungarischen Bestrebungen deutlich erkennbar in die Nähe des Prager Experimentes rücken würden. Da sich die ungarischen Reformen, zumindest tendenziell, kaum von den tschechoslowakischen unterschieden, konnte die USAP nicht erwarten, die SU würde dank dieser Taktik der USAP den wahren Charakter der ungarischen Reformen nicht erkennen können, doch immerhin konnte sie mit dieser Taktik den fundamentalen Fehler der KPC vermeiden, den diese begangen hatte, als sie verkündete, sie werde Neuland betreten, experimentieren und ein neues, zutiefst demokratisches und den tschechoslowakischen Bedingungen entsprechendes Modell der sozialistischen Gesellschaft errichten[393], womit sie den sowjetischen Führungsanspruch deutlich sichtbar und vor aller Augen in Frage gestellt hatte. Die USAP ermöglichte der SU mit ihrer Taktik, Toleranz gegenüber den vom sowjetischen Vorbild abweichenden ungarischen Reformen so lange zu üben, wie Ungarn den sowjetischen Führungsanspruch nicht offen und direkt in Frage stellte beziehungsweise ihn durch die Überschreitung bestimmter Grenzen in ihren Reformen indirekt bezweifelte. Da diese Grenzen von der SU aber nicht eindeutig definiert sind, bleibt die ungarische Reformpolitik bedroht, weil die Möglichkeit einer Intervention Moskaus nicht völlig ausgeschlossen werden kann.

- Die USAP verhielt sich im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten vollkommen sowjetkonform, um ihren Abweichungen im Bereich des sozialistischen Aufbaus zusätzliche Deckung zu verschaffen; dies wurde gerade dort deutlich, wo sie, entgegen ihren eigenen Interessen, auf sowjetischen Kurs ging, was nur damit erklärt werden kann, daß sie versuchte, ihre nonkonformistische Innenpolitik durch eine konformistische Außenpolitik abzusichern:

  - Obwohl Ungarn durchaus positiv reagiert hatte, als die BRD Kontakte zu Budapest aufnahm, um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten (das heißt Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Austausch von Gewaltverzichtserklärungen) einzuleiten[394], beugte sich Budapest dann doch der von Moskau, wenn auch nicht offiziell, unterstützten Junktimpolitik der DDR: Budapest nahm keine diplomatischen Beziehungen zur BRD auf, obwohl der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wie im Falle

Rumäniens keine speziellen deutsch-ungarischen Probleme entgegenstanden und obwohl die Normalisierung der Beziehungen zur BRD für Ungarn sicherlich vorteilhaft, vor allem in ökonomischer Hinsicht, gewesen wäre.

- Ungarn versuchte zwar, zwischen der CSSR und der SU, der DDR, Polen und Bulgarien zu vermitteln, wie dies den ungarischen Interessen entsprach, denn Budapest hatte ja ähnliche Pläne wie die CSSR und konnte daher erwarten, daß eine Duldung der Prager Reformpolitik auch ihren eigenen Bestrebungen den Weg ebnen würde, doch diese Vermittlerrolle nahm die USAP nur solange wahr, wie sie hoffen konnte, Prag werde den Bedenken der anderen sozialistischen Staaten in irgendeiner Form Rechnung tragen. Als jedoch nach Bratislava deutlich wurde, daß Prag keinerlei Anstalten traf, seinen Kurs zu korrigieren, und daß jene Staaten, die auf eine solche Korrektur drangen, gezwungen sein würden, drastischere Maßnahmen gegen Prag zu ergreifen, wenn sie sich nicht mit dem tschechoslowakischen Reformsozialismus abfinden wollten, daß somit die Vermittlerrolle der USAP obsolet geworden war, schlug Budapest sich auf die Seite der Interventionsmächte, obwohl es damit auch seine eigenen Reformvorhaben gefährdete. Bereits am 7. August 1968 kündigte das ZK der USAP seinen Stellungswechsel an und stellte warnend fest, der Sozialismus könne nur dann erfolgreich aufgebaut werden, wenn die Aufgaben, die sich aus den allgemeinen Gesetzen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft und aus den nationalen Besonderheiten ergeben, entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus koordiniert würden[395]; diese Warnung war sehr deutlich, denn die Forderung, auch die aus den unterschiedlichen nationalen Besonderheiten resultierenden Aufgaben zu koordinieren, dokumentierte, daß Ungarn in diesem Falle gewillt war, die Dialektik der nationalen und der internationalen Elemente des sozialistischen Internationalismus zugunsten des internationalen Elementes aufzuheben, denn logischerweise sind Aufgaben, die aus unterschiedlichen nationalen Besonderheiten resultieren, auch unterschiedlicher Art, so daß sie nur unter Verzicht auf ihre nationale Spezifik koordiniert werden können.

Aus all dem ergibt sich, daß die USAP, den Zwängen ihrer innenpolitischen Bedingungen folgend, im Bereich des Aufbaus des Sozialismus sich vom sowjetischen Vorbild vorsichtig löste, wobei sie diesen Prozeß nur in kleinen

Schritten, kontrolliert und sich an bestimmte sowjetische Essentials haltend ablaufen ließ und ihm zusätzliche Deckung durch eine sowjetkonforme Politik im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten verschaffte, notfalls auch unter Verzicht auf die Durchsetzung eigener ungarischer Interessen. Diese Taktik kann solange mit der Zustimmung der SU rechnen, solange Ungarn beim Aufbau des Sozialismus nicht jene Prinzipien verletzt, an deren Wahrung der SU gelegen ist, solange Ungarn im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten Solidarität mit der SU übt und solange die Stabilität der innenpolitischen Verhältnisse Ungarns, an denen SU und Ungarn gleichermaßen interessiert sind, gewahrt bleibt[396].

e) Rumänien

Aus dem Verhalten der RKP in Sachen sozialistischer Internationalismus wird deutlich, daß sich die rumänischen Unabhängigkeitsbestrebungen so gut wie ausschließlich auf den Bereich der politischen Einheit des sozialistischen Lagers beschränkten, während die Politik der RKP im Bereich des sozialistischen Aufbaus sich kaum beziehungsweise gar nicht von der der anderen sozialistischen Staaten unterschied. Dieses Verhalten der RKP kann zu folgenden Schlußfolgerungen Anlaß sein:

1. Wird auf die Interdependenz von rumänischer Innen- und Außenpolitik abgestellt, so scheint es, als bemühte sich Rumänien, seine dem sowjetischen Führungsanspruch zuwiderlaufende Außenpolitik durch eine sowjetkonforme Innenpolitik abzusichern.

2. Wird auf die Diskrepanz zwischen rumänischer Innen- und rumänischer Außenpolitik abgestellt, so muß geklärt werden, ob die Außenpolitik Rumäniens Ausdruck des rumänischen Nationalismus ist, oder ob es sich im Falle Rumäniens um den außenpolitischen Liberalismus eines autoritären Regimes, beziehungsweise um einen gegen den sowjetischen Imperialismus gerichteten defensiven Nationalismus einer "orthodox leninistisch-stalinistischen" Parteiführung handelt[397].

Angesichts all dieser Möglichkeiten, das Verhalten der RKP zu erklären, ist es zunächst notwendig zu untersuchen, welche Bedingungen das rumänische Unabhängigkeitsstreben begründeten, denn nur so ist festzustellen, ob die rumänische Außenpolitik Ausdruck einer "liberalen" Gesinnnung ist, der das innenpolitische Pendant fehlt, was dann erklärt werden müßte, oder ob die rumänische Politik in erster Linie von den ungleichen und hegemonialen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten verursacht wird, womit sich die Frage der Diskrepanz zwischen innen- und außenpolitischen Verhalten in dieser Form gar nicht mehr stellen würde.

Zunächst muß jedoch festgestellt werden, daß sich die Kritik am orthodoxen innenpolitischen Kurs der RKP durch folgende Überlegungen relativieren läßt:

- Die Kritik an der Orthodoxie der rumänischen Innenpolitik und die Hinweise auf die Inkompatibilität von liberaler Außenpolitik und autoritärer Innenpolitik ist keine spezifisch marxistisch-leninistische Kritik, sondern eine Kritik, die für Analysen typisch ist, die im Westen vorgenommen werden, und denen daher leicht der Vorwurf gemacht werden kann, sie begriffen die Umstände nicht, unter denen Rumänien lebt, und sie seien nicht imstande zu sehen, daß die rumänische Politik auf sozialistischen Prämissen beruht, die ein Ergebnis ihrer inneren sozialistischen Beziehungen darstellen[398].

- Rumänien ging später als die anderen sozialistischen Staaten von der Phase extensiven zur Phase intensiven Wirtschaftswachstums über. Da die Phase extensiven Wachstums den Einsatz mehr administrativ orientierter Leitungsmethoden erfordert, da sich die Bedingungen der Basis im Überbau widerspiegeln und da die Veränderungen an der Basis erst mit entsprechenden Verzögerungen auf den Überbau übergreifen, kann die Ansicht vertreten werden, es sei noch zu früh, um festzustellen, das politische und ökonomische Leitungssystem Rumäniens entspräche schon dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte.

Keine dieser beiden Feststellungen ist jedoch geeignet, die Frage nach den Zusammenhängen zwischen rumänischer Außen- und rumänischer Innenpolitik zu beantworten, so daß nach wie vor die Notwendigkeit besteht, das Problem zu untersuchen, welche Bedingungen das Unabhängigkeitsstreben der rumänischen Außenpolitik begründeten. Folgende Überlegungen sind geeignet, diese Frage zu beantworten:

- Unbestreitbar ist, daß sich das rumänische Bestreben, eine unabhängige Außenpolitik im sozialistischen Lager zu verfolgen, an den ungleichen und hegemonialen Beziehungen im sozialistischen Staatensystem entzündete und weiterentwickelte:

  - Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen mit Moskau scheint - soweit derartige Vorgänge vom Westen aus überhaupt feststellbar sind - eine Kontroverse über die ökonomische Zusammenarbeit im RGW gewesen zu sein. Das ZK der RKP wandte sich im April 1964 gegen alle Versuche, gemeinsame Unternehmen mehrerer RGW-Mitgliedsstaaten zu gründen, überstaatliche Branchenorganisationen zu schaffen, nationale Planungsinstanzen zusammenzulegen und einzelne Branchen oder Betriebe aus der nationalen Planungskompetenz zu entlassen. Das ZK der RKP erklärte, die Planungshoheit sei das wichtigste Attribut der Souveränität sozialistischer Staaten und ohne sie würde die Souveränität dieser Staaten zu einem inhaltsleeren Begriff[399]. Damit wandte sich Bukarest ganz offensichtlich gegen die Versuche Moskaus, im RGW zwischenstaatliche Wirtschaftskomplexe und überstaatliche Planungsorgane zu schaffen, weil die Verwirklichung derartiger Pläne angesichts der fortbestehenden Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der einzelnen sozialistischen Staaten die weniger entwickelten Länder, also auch Rumänien, in untergeordnete Positionen abgedrängt hätte[400].

  - Zum 45. Jahrestag der Gründung der RKP hielt Ceausescu dann 1966 seine berühmte Unabhängigkeitsrede, in der er sich ausführlich mit Fragen der nationalen Unabhängigkeit und deren Durchsetzung auch im sozialistischen Lager befaßte und in der er erklärte, allein die kommunistische Partei sei berechtigt, die politische Linie, die revolutionäre Strategie und Taktik der Arbeiterklasse und die Kampfmethoden für ihr Land festzulegen und die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-

Leninismus schöpferisch anzuwenden. Ceausescu wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien in keiner Weise auf die normalen Beziehungen zwischen den Parteien beziehungsweise zwischen den sozialistischen Staaten einwirken dürften[401], so daß die Vermutung naheliegt, Ceausescu habe seine Rede in erster Linie deswegen gehalten, um den Anspruch Rumäniens, seine Entwicklung selbst bestimmen zu können, nicht nur theoretisch zu begründen, sondern auch gegenüber allen Pressionsversuchen im sozialistischen Lager praktisch durchzusetzen.

- Auch als Ceausescu 1967 einen Artikel zum Jahrestag der Gründung der RKP veröffentlichte, wiederholte er die Thesen seiner Unabhängigkeitsrede, warnte wiederum, Meinungsverschiedenheiten zwischen den sozialistischen Staaten dürften die Entfaltung ihrer normalen Beziehungen nicht behindern, wobei er sich auch gegen jene Form der Auseinandersetzung wandte, die versucht, mißliebige Parteiführungen durch die Kooperation mit innerparteilichen oppositionellen Gruppen unter Druck zu setzen oder gar zu stürzen[402].

- Unbestreitbar ist außerdem auch, daß sich alle jene Verfehlungen, die die sozialistischen Staaten Rumänien vorwerfen, aus dem Kampf Rumäniens für seine Unabhängigkeit im sozialistischen Lager erklären lassen[403].

Somit wird aus der Entwicklung der rumänischen Unabhängigkeitsbestrebungen ebenso wie aus den Theorien der RKP zur Rolle der Nation und zum sozialistischen Internationalismus sowie aus der Praxis der rumänischen Außenpolitik deutlich, daß das dissidente Verhalten Bukarests in Sachen politische Einheit der sozialistischen Staaten aus dem Bestreben resultierte, sich den ungleichen und hegemonialen Beziehungen, die im sozialistischen Lager herrschen und nach Ansicht der RKP Rumänien in seiner nationalen Entwicklung behindern, zu entziehen, das heißt die rumänische Außenpolitik ist nicht Ausdruck einer wie auch immer gearteten "liberalen" Gesinnung, sondern Abwehr aller Versuche, Rumänien das Recht zu beschneiden, seine Politik souverän und unabhängig selbst zu bestimmen[404].

Die Feststellung, daß die rumänische Außenpolitik in erster Linie von spezifisch außenpolitischen Faktoren bestimmt wird, das heißt ihre Ursache im wesentlichen in der internationalen sozialistischen Umwelt Rumäniens hat, womit sich die Frage nach dem fehlenden innenpolitischen Pendant der "liberalen" Außenpolitik der RKP erübrigt, enthebt freilich nicht der Notwendigkeit zu prüfen, ob nicht doch gewisse Interdependenzen zwischen rumänischer Innen- und Außenpolitik bestehen.

Zunächst gilt es dabei zu prüfen, ob sich Rumänien von außen so bedroht fühlt, daß die RKP es nicht wagen konnte, ihr innenpolitisches Regime zu lockern, wobei diese Bedrohung ebenso vom Imperialismus ausgehen kann wie von den hegemonialen Beziehungen im sozialistischen Lager:

- Zwar gestand Ceausescu zu, daß es in allen sozialistischen Ländern Überreste der ehemaligen Ausbeuterklassen und ihrer Ideologie gibt, daß die bürgerliche Ideologie zudem von außen in die sozialistischen Staaten eindringt, doch die RKP widmete dem Kampf gegen die bürgerliche Ideologie nur wenig Aufmerksamkeit, sie kümmerte sich kaum um die Analyse der imperialistischen Strategie und Taktik, und sie befaßte sich kaum mit der imperialistischen ideologischen Diversion, denn sie ist überzeugt davon, daß ein Land, in dem der Sozialismus gesiegt hat, nicht mehr vom Weg des Sozialismus abgedrängt werden kann[405]. Die RKP fühlte sich somit von den Relikten der Ausbeuterklassen und ihrer Ideologie und vom Imperialismus sowie von einem Bündnis zwischen diesen beiden antisozialistischen Kräften nicht bedroht.

- Immer wenn die RKP vor den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie warnt, stellte sie dieser Warnung auch die Warnung vor den Gepflogenheiten und Gewohnheiten an die Seite, die Überbleibsel einer Mentalität der Vergangenheit sind, vor "retrograden, mysthischen Auffassungen", womit offensichtlich jene gemeint sind, die sich an den Praktiken der Periode des Personenkultes orientieren, den Ceausescu selbst einmal als Mythos bezeichnet hatte[406]. Aus der Tatsache, daß diese Warnungen genau so selten waren und wenig intensiv erfolgten wie die vor den Einflüssen der bürgerlichen Ideologie, müßte geschlossen werden, daß sich die RKP auch

von dieser Seite nicht bedroht fühlte, wenn die ständige Beschwörung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten nicht wäre, wenn nicht die wiederholte Verurteilung aller Versuche anderer kommunistischer Parteien wäre, die Einheit bestimmter Parteien zu sprengen[407]. Stellt man die Warnungen vor jenen, die sich an den Praktiken des Personenkultes orientieren, neben die Befürchtungen der rumänischen Parteiführung, andere sozialistische Staaten könnten über ihren Kopf hinweg Verbindungen zu oppositionellen Gruppen in Rumänien knüpfen, vergegenwärtigt man sich ferner, daß die RKP die SU und die anderen Interventionsmächte im Falle der CSSR direkt derartiger Spalterpraktiken bezichtigte[408], dann wird deutlich, daß sich Bukarest tatsächlich von dieser Seite bedroht fühlte - vor allem nach der Intervention in der CSSR.

Aus der Tatsache, daß sich die rumänische Parteiführung offensichtlich von einem Komplott zwischen rumänischen Stalinisten und der KPdSU bedroht fühlte, ließe sich schließen, daß die RKP eine Lockerung ihres innenpolitischen Regimes vermied, weil dies nach den tschwechoslowakischen Erfahrungen einer Einladung zur Intervention gleichgekommen wäre, zumal sich ja auch die Außenpolitik der RKP nicht durch Gefolgschafttreue zur SU auszeichnet. Dies würde bedeuten, daß die sowjetkonforme rumänische Innenpolitik Ausdruck des Bestrebens wäre, die dem sowjetischen Vorbild nicht entsprechende Außenpolitik Rumäniens abzusichern.

Diese These wäre freilich nur haltbar, wenn der außenpolitischen Absicherung der rumänischen Bewegungsfreiheit eine, wenn auch vorsichtige und schrittweise, Lockerung des innenpolitischen Regimes folgen würde. Dies jedoch ist nicht der Fall, denn obwohl die Tatsache, daß Rumänien seine unabhängige Außenpolitik seit 1966 verfolgt, ohne daß Moskaus Pressionen sichtbare Erfolge erzielt hätten und ohne daß es sich zur Anwendung des äußersten Mittels zur Durchsetzung seines Willens, der militärischen Gewalt, entschlossen hätte, dazu berechtigen, von einer gewissen

Konsolidierung der Bukarester Position zu sprechen, waren in Rumänien keinerlei Indizien dafür zu erkennen, daß die RKP ihr innenpolitisches Regime zu lockern begonnen hätte - im Gegenteil: Bukarest leitete Anfang 1972 einen verschärft restriktiven innenpolitischen Kurs ein[409], der auch nicht mehr mit der Feststellung zu rechtfertigen ist, es brauche eben seine Zeit, das politische Leitungssystem der Entwicklung der Produktivkräfte anzupassen.

Somit ergibt sich also, daß zwischen rumänischer Außenpolitik und rumänischer Innenpolitik keine Interdependenz in dem Sinne besteht, daß Rumäniens Innenpolitik die Funktion hat, die Außenpolitik Rumäniens gegen mögliche sowjetische Interventionen abzusichern.

Somit bleibt nur noch zu klären, ob die rumänische Außenpolitik Ausdruck des rumänischen Nationalismus ist. Diese Frage kann auf dreierlei Arten beantwortet werden:

- Stellt man sich, wie Ghita Ionescu, auf den Standpunkt, in Rumänien herrsche eine "orthodox leninistisch-stalinistische" Parteiführung, kann man zu dem Ergebnis kommen, die rumänische Außenpolitik sei Ausdruck des rumänischen Nationalismus, freilich eines defensiven, weil gegen den sowjetischen Imperialismus gerichteten, Nationalismus[410]. Dieser Schlußfolgerung liegt offenbar die Überzeugung zugrunde, daß es sich bei der rumänischen Außenpolitik, da Bukarests Innenpolitik orthodox leninistisch-stalinistisch ist, nicht um Manifestationen konsequent in Innen- und Außenpolitik verfolgter "liberaler" Wertvorstellungen handelt, so daß dem Unabhängigkeitsstreben Rumäniens die dieses Streben rechtfertigende ideelle Basis fehlt, was das rumänische Unabhängigkeitsstreben zum Nationalismus entarten läßt. Nur wenn der Wertung, die rumänische Außenpolitik sei Ausdruck eines defensiven Nationalismus, diese Überzeugung zugrunde liegt, erscheint sie konsequent, was aus folgenden Erwägungen hervorgeht:

  - Da dem Begriff des Nationalismus, wie auch immer er definiert wird, ein pejorativer Sinn anhaftet, muß diese Bewertung der rumänischen Außenpolitik gerechtfertigt werden.

- Diese Rechtfertigung kann nicht in der Abwehr des sowjetischen Imperialismus gefunden werden, denn die Abwehr einer derartig eingestuften sowjetischen Politik kann nicht als nationalistisch, auch nicht als defensiv nationalistisch bezeichnet werden, muß sie doch gerade von einer Position aus, die die sowjetische Politik als imperialistisch charakterisiert, als völlig berechtigt erscheinen.

- Die einzige Möglichkeit, den Vorwurf des Nationalismus noch aufrechtzuerhalten, besteht daher, wenn man den rumänischen Nationalismus nicht auf den orthodoxen Leninismus-Stalinismus der rumänischen Parteiführung zurückführen will[411], darin festzustellen, die RKP gewähre dem Individuum nicht wie den Nationen das Recht, sich frei von allem Zwang selbst zu verwirklichen. Das rumänische Unabhängigkeitsstreben wird also deswegen mit dem Vorwurf des Nationalismus bedacht, weil ihm die auch innenpolitisch realisierte "liberale" Weihe fehlt.

Der Nationalismusvorwurf basiert somit auf der Anwendung von Maßstäben, die nicht die rumänischen sind und denen gegenüber der Ideologieverdacht angebracht erscheint.

- Man könnte sich auch auf den Standpunkt stellen, daß alle außenpolitischen Handlungen Rumäniens, die von denen der anderen sozialistischen Staaten abweichen, Ausdruck des rumänischen Nationalismus sind. Diesen Vorwurf richten die sozialistischen Staaten zwar nicht explizit an die Adresse Bukarests, doch sicherlich implizit, so zum Beispiel wenn Polen Rumänien bezichtigt, "die Eigenbrödelei" seiner Politik sei "bereits seit längerer Zeit gegen die Einheit der sozialistischen Staaten gerichtet" und tue "der gemeinsamen Front des gemeinsamen Kampfes um die gemeinsamen Ziele gegen den gemeinsamen Feind Abbruch"[412]. Die Tatsache, daß der Vorwurf des Nationalismus nicht explizit erhoben wurde, enthob die sozialistischen Staaten der Notwendigkeit zu erklären, wie es kommt, daß der rumänische Nationalismus nicht als Folge des Links- beziehungsweise des Rechtsopportunismus der rumänischen Parteiführung eingestuft werden kann, denn normalerweise sind Konzessionen an den Nationalismus vereinigendes Merkmal des Revisionismus beziehungsweise des Dogmatismus[413], und Rumänien, das innenpolitisch ja strikt dem sowjetischen Vorbild folgt, kann weder der Vorwurf des Dogmatismus noch der des Revisionismus gemacht werden (zumindest nicht vom sowjetischen Standpunkt aus).

- Stellt man sich auf den Standpunkt der rumänischen Parteiführung und betrachtet die Innenpolitik der RKP als Ausdruck festgefügter kommunistischer Überzeugungen und die rumänische Außenpolitik als Ausdruck des Bemühens um die Selbstverwirklichung der rumänischen Nation, dann ist der Vorwurf des Nationalismus erst recht nicht aufrechtzuerhalten, denn er kann weder mit der Diskrepanz zwischen Innen- und Außenpolitik noch mit der Außenpolitik allein begründet werden.

Somit ergibt sich: Die Interdependenz von rumänischer Innen- und rumänischer Außenpolitik ist nicht so vom sowjetischen Einfluß penetriert, daß sie von dem Bemühen bestimmt wäre, durch eine sowjetkonforme Innenpolitik die dem Moskauer Kurs zuwiderlaufende Außenpolitik Rumäniens abzudecken. Auch die Versuche, auf die Diskrepanz zwischen rumänischer Innen- und rumänischer Außenpolitik abstellend die rumänische Außenpolitik des Nationalismus zu bezichtigen, entweder, weil ihr das "liberale" innenpolitische Pendant fehlt, oder, weil sie die politische Einheit des sozialistischen Lagers bedroht, können nicht überzeugen.

Dies alles besagt natürlich nicht, daß die rumänische Innen- und die rumänische Außenpolitik von ganz unterschiedlichen Faktoren und Ursachen bestimmt werden - ein Zusammenhang ergibt sich schon deutlich aus der integrierenden Funktion des rumänischen Nationbegriffs[414], doch es besagt, daß der Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik nicht primär durch die im sozialistischen Lager herrschenden Bedingungen bestimmt wird, und es besagt ferner, daß die rumänische Außenpolitik zwar ihre innenpolitischen Voraussetzungen hat (wie jede Außenpolitik), aber doch primär Ausdruck des Bemühens ist, Rumänien der sowjetischen Bevormundung zu entziehen[415], wobei die Basis dieses Bemühens die Überzeugung bildet, daß Sozialismus und Nationalbewußtsein, Internationalismus

und Vollendung und Selbstverwirklichung der Nation im Sozialismus einander nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen.

f) Die CSSR

(1) Ära Novotny und Ära Husak

Sowohl die Ära Novotny wie die Ära Husak waren beziehungsweise sind von dem Bemühen gekennzeichnet, Konflikte mit der SU zu vermeiden: Am deutlichsten wurde dies in der Deutschlandpolitik Novotnys - die CSSR nahm keine diplomatischen Beziehungen zur BRD auf, obwohl sie ursprünglich offenbar dazu bereit gewesen war[416] - und in der Bereitschaft Husaks, den Reformkurs der KPC völlig zu liquidieren. Diese Politik der Anpassung an die sowjetischen Interessen dürfte vor allem darin seine Ursache haben, daß der Bestand sowohl von Novotnys als auch Husaks Regime vor allem von der SU abhing beziehungsweise abhängt:

- Novotny wurde in dem Moment gestürzt, als Breshnew, offenbar von Novotny als Schiedsrichter in den Auseinandersetzungen in der Prager Parteiführung zu Hilfe gerufen, nicht zugunsten Novotnys in diese Auseinandersetzungen eingriff[417].

- Husak verlor mit der Liquidierung der Reformpolitik nicht nur jede Unterstützung durch weite Kreise der Bevölkerung der CSSR und der Partei, die die Reformpolitik der KPC getragen hatten, sondern er geriet, da er die Liquidierung des Reformkurses nur schrittweise vollzog, auch unter den Beschuß jener, die 1968 die SU und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages zur Intervention aufgefordert hatten[418], so daß sein Regime auf die Unterstützung der SU angewiesen ist und bleibt.

Es wäre natürlich möglich, daß Husak, um seine Herrschaft langfristig zu stabilisieren und dem Schicksal Gomulkas zu entgehen, dem Vorbild Kadars folgen und die Entwicklung der Volkswirtschaft beschleunigen und das

innenpolitische Regime lockern könnte, doch für einen solchen Kurs ist seine Herrschaft in der Partei noch nicht sicher genug und das Mißtrauen der SU noch zu wach. Alles deutet darauf hin, daß er gegenwärtig bestrebt ist, durch einen restriktiven Kurs im Innern und durch eine sowjetkonforme Außenpolitik seine Herrschaft innen- und außenpolitisch zu stabilisieren.

(2) Ära Dubcek

Während der Reformzeit der KPC war das Verhalten Prags in Sachen sozialistischer Internationalismus vor allem von dem Versuch gekennzeichnet, ein neues, Demokratie und Sozialismus miteinander verknüpfendes Modell einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft zu realisieren, das heißt, der Prager Reformkurs war ein Experiment, das die Einheit des sozialistischen Lagers in erster Linie im Bereich des sozialistischen Aufbaus tangierte. Doch trotz immer wieder bekundeter Bündnistreue zum sozialistischen Lager hatte die Demonstration der tschechoslowakischen Unabhängigkeit, wie sie im Anspruch manifest wurde, ein neues Modell der sozialistischen Gesellschaft zu errichten, auch ihre Konsequenzen im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten: neue Gesprächsbereitschaft gegenüber der BRD, Forderung nach mehr Mitbestimmung im Warschauer Vertrag, verstärkte ökonomische Kontakte zum Westen.

Wird der tschechoslowakische Reformkurs auf diese Weise analysiert, entsteht der Eindruck, Prag sei bestrebt gewesen, sich mit allen außen- und innenpolitischen Konsequenzen vom Moskauer Vorbild zu emanzipieren, ohne freilich damit dem Sozialismus abzuschwören oder das sozialistische Lager zu verlassen und das Bündnis mit den sozialistischen Staaten aufzugeben. Dieser Eindruck ist in-

sofern richtig, als Prag tatsächlich für sich das Recht in Anspruch nahm, nicht nur im Innern ein vom sowjetischen Vorbild abweichendes Modell zu verwirklichen, sondern auch in seiner Außenpolitik einen Kurs zu verfolgen, der nicht in allen Punkten mit dem der SU und der anderen sozialistischen Staaten übereinzustimmen brauchte; besonders deutlich wurde dieser Anspruch bei folgenden Gelegenheiten demonstriert:

- Das tschechoslowakische Bestreben, den ökonomischen Schwierigkeiten der CSSR mit dem Ausbau seiner wirtschaftlichen Kontakte zum Westen zu begegnen (verstärkte Importe, Kreditnahme etc.) und die konkreten Schritte, die Prag zu diesem Zweck unternahm (insbesondere zum Ausbau der Beziehungen zur BRD), widersprachen ganz eindeutig der Politik der SU, der DDR und Polens, die bemüht waren, den ökonomischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und dem Westen enge Grenzen zu setzen, und demonstrierten damit den Anspruch Prags, seine ökonomischen Interessen auch dort zu verfolgen, wo dem politische Bedenken seiner Bündnispartner entgegenstanden.

- Das Verhalten der Prager Parteiführung, im Falle Prchlik demonstrierte die Forderung der KPC nach einer Revision des Warschauer Vertrages im Sinne einer vermehrten politischen und militärischen Mitbestimmung der nichtsowjetischen Bündnispartner.

Gerade bei diesen Gelegenheiten wurde aber auch deutlich, daß Prag im Bereich der politischen Einheit der sozialistischen Staaten kompromißbereit war und damit seiner Außenpolitik die Funktion zuschrieb, seiner Reformpolitik durch eine sowjetkonformere Außenpolitik eine zusätzliche Deckung[419] zu verschaffen:

- Grundsätzlich war Prag bemüht, seinen Bündnispartnern klar zu machen, daß es zu seinen Bündnispflichten stand, daß die Grundprinzipien der tschechoslowakischen Außenpolitik unangetastet blieben[420].

- Daß die Grundprinzipien der Prager Außenpolitik unangetastet bleiben sollten, bezog Dubcek ausdrücklich auch auf die Haltung der CSSR in der Deutschlandfrage[421],

und das Aktionsprogramm der KPC stellte dann auch fest, die CSSR gehe konsequent von der Existenz zweier deutscher Staaten aus, und warnte vor den neonazistischen und revanchistischen Tendenzen in der BRD[422]. Hinzu kommt, daß nichts darüber bekannt wurde, ob die ökonomischen Kontakte zwischen der BRD und der CSSR zu einem konkreten Ergebnis führten, was zeigt, wie vorsichtig Prag in dieser Frage taktierte[423].

- Die Art, wie Prag den Fall Prchlik behandelte, macht ebenso wie die Tatsache, daß die KPC keine Vorschläge zur Diskussion stellte, die die von ihm intendierte Revision der Organisation des Warschauer Vertrages hätten einleiten können, deutlich, daß Prag in dieser Frage dilatorisch taktierte, daß es bemüht war, das Problem der Reorganisation des Warschauer Vertrages nicht eher anzuschneiden, als es ihr gelungen war, den Reformprozeß innen- wie auch außenpolitisch abzusichern.

Aus all dem geht deutlich hervor, daß Prag, ebenso wie Budapest, bemüht war, seine unorthodoxe Innenpolitik mit Hilfe einer der SU genehmen Außenpolitik abzusichern. Während Ungarn jedoch diese Taktik konsequent durchhielt und eine sowjetkonforme Außenpolitik betrieb, verleugnete die CSSR ihren Anspruch, eine ihren Interessen und Intentionen entsprechende Außenpolitik zu betreiben, nicht, sondern ließ deutlich erkennen, daß sie einen ihrer Innenpolitik entsprechenden unabhängigen außenpolitischen Kurs steuern würde, sobald eine solche Politik nicht mehr die Gefahr heraufbeschwören würde, den Reformprozeß zu behindern oder sogar zu verhindern. Eindeutige Indizien für diese Prioritäten sind die Kompromißbereitschaft Prags in Fragen der politischen Einheit der sozialistischen Staaten und die absolute Kompromißlosigkeit, mit der Prag seinen Reformkurs steuerte und die es sogar nach Bratislava noch einmal demonstrierte, als es den Entwurf für ein neues Statut der KPC veröffentlichte, der dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, so wie es die SU und die anderen sozialistischen Staaten interpretierten, eindeutig zuwiderlief.

3. Rückschlüsse für die BRD

Die innersozialistischen Bedingungen, das heißt die Vorgänge in und zwischen den sozialistischen Staaten, produzierten folgende für die Regierung der Großen Koalition relevante außenpolitische Verhaltensweisen:

1. Innersozialistische Bedingungen bestimmten eindeutig das außenpolitische Verhalten (und damit auch die Deutschlandpolitik) jener Staaten, die mit der BRD durch keinerlei spezielle Probleme konfrontiert wurden[424]. Dies trifft auch für die CSSR zu, obwohl diese, da auch die Regierung der Großen Koalition (ebenso wie bislang die Regierung der sozial-liberalen Koalition) nicht anerkennen wollte, daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungültig war, mit der BRD unmittelbar konfrontiert war und immer noch ist; weder Dubcek noch Husak ließen es wegen der tschechoslowakischen Außenpolitik zu Konflikten im sozialistischen Lager kommen - der eine, weil es die Reformpolitik abzudecken galt, der andere, um seine Herrschaft außenpolitisch zu stabilisieren.

2. Dagegen schienen jene Staaten, die von der Aufrechterhaltung der traditionellen Essentials westdeutscher Außenpolitik - wie die DDR wegen des Alleinvertretungsanspruchs, und Polen wegen der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze - direkt betroffen wurden, dazu zu neigen, ihren deutschlandpolitischen Interessen selbst unter dem Risiko eines, wenn auch begrenzten, Konfliktes mit der SU und unter Vernachlässigung der Interessen anderer sozialistischer Staaten Priorität einzuräumen[425].

3. In keine dieser beiden Kategorien läßt sich die SU einordnen, deren Verhalten in den innersozialistischen Auseinandersetzungen primär von der Sorge bestimmt war, die führende Rolle Moskaus im sozialistischen Lager zu wahren und zu festigen.

Den sowjetischen Führungsanspruch zu respektieren, die deutschlandpolitischen Interessen der direkt mit der BRD konfrontierten sozialistischen Staaten zu berücksichtigen und die innersozialistischen Bedingungen so zu beeinflussen, daß sie den nur mittelbar mit der BRD konfron-

tierten sozialistischen Staaten (und der CSSR) auf die Ostpolitik der Bundesregierung einzugehen erlaubten, sowie all dies zu tun, ohne "Lebensrechte" des deutschen Volkes preiszugeben, das war die Aufgabe, die sich die Große Koalition gestellt hatte - eine Aufgabe, die sie nicht bewältigen konnte, wie die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten beweist.

3. TEIL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BONN UND DEN SOZIALISTISCHEN STAATEN

7. KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN VON 1966 BIS 1969

A Die Reaktion auf die neue Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition

1. Die Reaktion der sozialistischen Staaten

Die neue Ostpolitik der Regierung der Großen Koalition löste im sozialistischen Lager zunächst völlig unkoordinierte und sehr unterschiedliche Reaktionen der einzelnen sozialistischen Staaten[1] aus:

- Die DDR bekundete ihre Ablehnung der neuen Bundesregierung und ihrer Politik in Propaganda und Politik von Anfang an höchst deutlich und konsequent. Das endgültige Urteil der SED über die neue Ostpolitik gipfelte in der These, der westdeutsche Imperialismus sei mit der Regierung der Großen Koalition endgültig in die Phase seiner verstärkten Expansion eingetreten; er habe die Phase des Übergangs von der Periode der Restauration seiner ökonomischen und politischen Kräfte zur Periode der verstärkten Expansion abgeschlossen[2].

- Polen zeigte sich, ebenso wie die DDR, in der Sache zu keinen Kompromissen bereit, beurteilte die neue Ostpolitik von Anfang an kritisch, doch vermied es, im Gegensatz zur DDR, anfänglich jede Polemik und schien bereit, die Entscheidung darüber, wie die Beziehungen der sozialistischen Staaten zur BRD zu gestalten seien, jedem einzelnen sozialistischen Staat selbst zu überlassen[3].

- Die SU nahm während der Krise der Regierung Erhard, der Regierungsneubildung und der ersten beiden Wochen nach der Regierungserklärung Kiesingers die Haltung eines kritischen und distanzierten Beobachters ein[4], ohne deswegen allerdings die traditionellen Forderungen der sozialistischen Staaten an die BRD aufzugeben und den aggressiven Charakter des westdeutschen Imperialismus zu übersehen[5]. Erst zwei Wochen nach der Re-

gierungserklärung begann sie wieder die Auseinandersetzung mit Bonn, zunächst um die westdeutsche Außenpolitik[6], dann auch um die Bonner Innenpolitik[7]. Im übrigen machte sie sich die Politik Polens und der DDR zu eigen, allerdings ohne diese Politik offiziell zu unterstützen[8].

- Prag bescheinigte der Bundesregierung zwar, sie befleißige sich eines "maßvollen und korrekten Vokabulars", kritisierte aber auch die "geringen Korrekturen", die Bonn an seiner Außenpolitik vorgenommen hatte; es wertete die Regierungserklärung Kiesingers als Versuch Bonns, sich von einigen Erscheinungen der Vergangenheit zu distanzieren, doch gleichzeitig meinte es auch, am Wesen der Bonner Politik habe sich "nicht viel" geändert[9]. Trotz dieser skeptischen Beurteilung der neuen Ostpolitik signalisierte Prag jedoch eine gewisse, wenn auch nicht bedingungslose Verhandlungsbereitschaft[10]. Bonn führte daher Sondierungsgespräche mit Prag, die sich, laut Kiesinger, ebenso günstig anließen, wie die, die Bonn mit Bukarest geführt hatte[11].

- Bulgarien lehnte zwar die neue Ostpolitik grundsätzlich ab[12], doch es hatte andererseits bereits vor Regierungsantritt der Großen Koalition Verhandlungen mit der BRD geführt, die von beiden Seiten positiv beurteilt worden waren[13], so daß zu erwarten war, daß Sofia diese Kontakte fortsetzen würde. Bonn jedenfalls bemühte sich, Bashew, den bulgarischen Außenminister, nach Bonn einzuladen[14].

- Ungarn kritisierte zwar den Militarismus und den Revanchismus der BRD, doch es tat dies vergleichsweise unpolemisch[15]; Budapest forderte von Bonn, es möge die Ernsthaftigkeit seiner Friedensbeteuerungen durch die Tat beweisen[16], und erklärte, es sei bereit, diplomatische Beziehungen zur BRD aufzunehmen, wenn Bonn die Realität der Existenz zweier deutscher Staaten anerkenne[17]. Bonn entsandte Staatssekretär Lahr zu Sondierungsgesprächen nach Budapest, deren Ergebnis Lahr positiv bewertete[18].

- Rumänien nahm, ohne seinen Standpunkt in der deutschen Frage zu revidieren, diplomatische Beziehungen zur BRD auf[19].

Erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest schwenkten alle sozialistischen Staaten auf den Kurs der DDR und der SU ein:

- Polen, das die Junktimpolitik der DDR bisher nur für sich selbst hatte gelten lassen, legte nun Wert darauf, daß alle sozialistischen Staaten das Junktim zwischen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und dem Verzicht Bonns auf seine Kernwaffenpläne und auf den Alleinvertretungsanspruch und die Nichtanerkennung der Grenzen[20] akzeptierten.

- Bulgarien setzte, trotz der Bemühungen Bonns, seine Gespräche mit der BRD nicht mehr fort und machte sich die Junktimpolitik der DDR zu eigen[21].

- Die CSSR verurteilte nun die neue Ostpolitik in aller Schärfe, machte sich die Junktimpolitik der DDR zu eigen und weigerte sich, die Gespräche mit Bonn fortzusetzen[22].

- Auch Ungarn setzte die Gespräche mit der Bundesregierung nicht fort und machte sich ebenfalls die Junktimpolitik der DDR zu eigen[23].

Der BRD war es mit der neuen Ostpolitik somit zwar zunächst gelungen, Verwirrung im sozialistischen Lager zu stiften und die deutschlandpolitische Einheitsfront der sozialistischen Staaten zu durchbrechen, indem sie diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufnahm, doch den sozialistischen Staaten war es dann ihrerseits gelungen, dieser Verwirrung wieder Herr zu werden, den Einbruch abzuriegeln und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten auf Rumänien zu beschränken, so daß am Ende dieser ersten Phase der Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und den Ländern Osteuropas erneut unvereinbare Standpunkte miteinander konfrontiert waren: auf der einen Seite das Festhalten am Alleinvertretungsanspruch, an der Hallstein-Doktrin, an der Nichtanerkennung der DDR etc. und auf der anderen Seite die Ablehnung dieser "Lebensrechte" des deutschen Volkes[24] wegen ihrer Unvereinbarkeit mit der Sicherheit und dem Frieden Europas.

2. Die Ursachen dieser Reaktion

Zunächst scheint es, als könnte die anfängliche Unsicherheit und die diese Unsicherheit dann ablösende Verhärtung der Positionen der sozialistischen Staaten als abwartende Zurückhaltung und als Ausdruck zunehmender Enttäuschung darüber interpretiert werden, daß auch die neue Bundesregierung die Schonung nicht verdiente, die ihr die sozialistischen Staaten (außer der DDR) anfänglich hatten angedeihen lassen, weil sie weder die westdeutsche Innenpolitik entscheidend veränderte, etwa durch das Verbot der NPD oder den Verzicht auf die Notstandsgesetze, noch die Essentials der westdeutschen Außenpolitik aufgab, noch auch Anstalten traf, endgültig und entschieden auf jeglichen Zugang zu Kernwaffen zu verzichten. Das abweichende Verhalten der DDR könnte in diesem Zusammenhang dann als Ausdruck der Tatsache gedeutet werden, daß es ja die DDR ist, die von den sozialistischen Staaten am unmittelbarsten und am deutlichsten mit der BRD konfrontiert ist, denn mit dem Alleinvertretungsanspruch bestreitet die BRD der DDR die Existenzberechtigung.

Da auf diese Weise aber allenfalls der Umschwung in der Haltung der sozialistischen Staaten nicht aber erklärt werden kann, warum die Reaktion der einzelnen sozialistischen Staaten auf die neue Ostpolitik anfänglich so unterschiedlich ausfiel, und auch nicht, warum die Reaktion einzelner sozialistischer Staaten zahlreiche Inkonsequenzen und Ungereimtheiten aufwies, gilt es im Folgenden drei Fragen zu beantworten:

1. Welche Rückschlüsse erlauben die Widersprüche und Ungereimtheiten im Verhalten der DDR, der SU, der CSSR und Polens auf jene Faktoren, die ihr Verhalten gegenüber der BRD bestimmen?

2. Welche Faktoren bestimmten das Verhalten der beiden Staaten Ungarn und Bulgarien?

3. Welche Faktoren bestimmten das Verhalten Rumäniens?

a) Das Verhalten der SU

Das Verhalten, das die SU gegenüber der neuen Ostpolitik der BRD an den Tag legte, war von folgenden Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten gekennzeichnet:

- Der Grad der Bedrohung, der von der BRD für die SU ausgeht, ist, das ergibt sich deutlich aus dem Unterschied zwischen dem westdeutschen und dem sowjetischen Rüstungsniveau, so gering, daß er kaum die Intensität zu rechtfertigen vermag, mit der Moskau die deutsche Gefahr beschwor, das heißt, die Bedrohung und die Intensität, mit der die Bedrohung beschworen wurde, standen in einem deutlichen Mißverhältnis zueinander. Dieses Mißverhältnis tritt noch plastischer zu Tage, hält man sich vor Augen, daß die SU die NATO von Auflösungstendenzen bedroht und die BRD im eigenen Lager isoliert sah sowie von der Unterlegenheit des Imperialismus ohnehin überzeugt ist[25].

- In ihrem Bestreben, die Gefährlichkeit der BRD zu beweisen, unterliefen der SU zudem Fehler wie dieser, der Großen Koalition gleich zu Anfang das Wachsen der neonazistischen Tendenzen anzulasten, obwohl die NPD ihre Wahlerfolge in Hessen und Bayern schon vor Regierungsantritt der Großen Koalition errungen und damit eher der Krise unter Erhard als der Großen Koalition zu verdanken hatte[26].

Dies deutet darauf hin, daß die sowjetische Haltung und die Politik Moskaus gegenüber der neuen Bundesregierung nicht allein Folge des westdeutschen Verhaltens ist, sondern auch innersozialistische und sowjetische Bedingungen und Verhältnisse widerspiegeln, die die SU dazu veranlaßten, die abwartende Position, die sie anfänglich eingenommen hatte, zugunsten einer scharfen Ablehnung der neuen Ostpolitik, einer POlitik der Brandmarkung und der Isolierung der BRD, aufzugeben und den Kurs, den

sie selbst steuerte, auch zu dem der anderen sozialistischen Staaten zu machen:

- Da die DDR, anders als die SU, der neuen Bundesregierung keinerlei Eröffnungskredit eingeräumt hatte, konnte die SU ihre Politik, Bonn einen solchen Kredit zu gewähren, nur solange rechtfertigen, wie die Hoffnung bestand, die neue Bundesregierung werde zu erheblichen Konzessionen bereit sein. Nachdem sehr schnell deutlich geworden war, daß die Konzessionsbereitschaft der neuen Bundesregierung, gemessen an den Forderungen der Bukarester Erklärung, eng begrenzt war, mußte die SU sich dem Kurs der DDR anschließen, wollte sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie komme der BRD auf eine Weise entgegen, die mit der Politik Bonns nicht zu rechtfertigen sei, und lasse die sozialistischen Staaten, die konkrete Forderungen an die BRD zu stellen hatten - die DDR die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs, Polen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die CSSR die Anerkennung der ex-tunc Ungültigkeit des Münchner Abkommens -, im Stich, weil sie sich gegenüber einer BRD versöhnlich zeigte, die wesentliche Forderungen der sowjetischen Bündnispartner, die die SU stets zu ihren eigenen gemacht hatte, nicht zu erfüllen gewillt war.

- Die Verwirrung und die unterschiedlichen, kaum koordinierten Reaktionen, die die neue Ostpolitik im sozialistischen Lager hervorgerufen hatte, zeigen, daß die Einheitsfront des sozialistischen Lagers in der deutschen Frage zusammenzubrechen drohte. Die SU, die den westdeutschen, neben dem amerikanischen, Imperialismus für den aggressivsten hält[27], und die die Konfrontation der sozialistischen Staaten mit dem Imperialismus als eines der wesentlichsten Argumente zur Stützung ihrer Forderungen nach der Einheit der sozialistischen Staaten einsetzt[28], konnte es nicht zulassen, daß einer der wichtigsten Integrationsfaktoren des sozialistischen Lagers geschwächt wurde, denn damit hätte sich der Erosionsprozeß im sozialistischen Lager weiter fortgesetzt und die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber der BRD und gegenüber dem gesamten imperialistischen Lager an Durchschlagkraft eingebüßt.

- Da die SU, die bisher der einzige sozialistische Staat gewesen war, der diplomatische Beziehungen zur BRD unterhalten hatte und damit die Funktion einer Schaltstelle der Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten gehabt hatte, hätte die-

sen Teil ihrer Führungsrolle eingebüßt, wenn sie es zugelassen hätte, daß jeder sozialistische Staat seine Beziehungen zur BRD selbst regelte. Hätte sie dies zugelassen, hätte sie jedoch nicht nur einen Teil ihrer führenden Rolle eingebüßt, sondern sie hätte auch den Druck von der BRD genommen, den die gemeinsame Deutschlandpolitik des sozialistischen Lagers auszuüben vermochte, denn die Taktik der Bundesregierung, den einzelnen Staaten unterschiedlich weit entgegenzukommen, bedrohte, wie die unterschiedlichen Reaktionen auf die neue Ostpolitik beweisen, die Einheit des sozialistischen Lagers, die nicht nur die Grundlage der führenden Rolle der SU, sondern auch die Basis des weltweiten Sieges des Sozialismus darstellt.

b) Das Verhalten der DDR

Um erkennen zu können, welche Gründe die DDR veranlaßten festzustellen, mit dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung sei der westdeutsche Imperialismus nach der Restauration seiner ökonomischen, militärischen und politischen Macht in die Phase der verstärkten Expansion eingetreten, ist es zunächst notwendig zu prüfen, inwieweit diese These stichhaltig ist und inwieweit sie Funktionen hat, die mit dem Objekt der Analyse, der BRD, nicht in direktem Zusammenhang stehen.

(1) Die Widersprüchlichkeit der These von der verstärkten Expansion des westdeutschen Imperialismus

Die Art und Weise, in welcher die DDR die Phase der verstärkten Expansion der BRD kennzeichnete, ist in sich widersprüchlich, ist nicht in Einklang zu bringen mit den Vorstellungen, die die DDR über den allgemeinen Zustand des Kapitalismus entwickelt hat, und stimmt nicht mit den Realitäten in der BRD überein.

- Es ist völlig willkürlich, den Beginn der Phase der Expansion des westdeutschen Imperialismus auf das Datum des Regierungsantritts der Großen Koalition festzulegen, denn jene Merkmale, die für die DDR die Phase der verstärkten Expansion charakterisieren, waren bereits vor dem Regierungsantritt des Kabinetts Kiesinger/Brandt vorhanden, auch nach Ansicht der DDR:

  - Das Ziel des westdeutschen Imperialismus, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren, ist bestimmt nicht neu und es wurde von der Großen Koalition auch nicht unverhüllter als von anderen westdeutschen Regierungen propagiert; es wurde vielmehr hinter einer entspannungswilligen Terminologie verborgen, wie die DDR selbst feststellte[29]. Die revanchistische Zielsetzung der BRD ist somit ungeeignet, den Übergang des westdeutschen Imperialismus zur Phase seiner verstärkten Expansion zu belegen, denn diese Zielsetzung ist kein Spezifikum dieser Phase, sondern ein allgemeines Charakteristikum des westdeutschen Imperialismus, das das Wesen der Politik der BRD schon seit deren Gründung kennzeichnete.

  - Die Restauration der militärischen, ökonomischen und politischen Macht der BRD, nach Ansicht der DDR auslösendes Moment für den Übergang des westdeutschen Imperialismus zur Phase seiner verstärkten Expansion[30], ausgerechnet 1966/67 als abgeschlossen zu betrachten, ist völlig willkürlich. Die DDR nennt kein Argument, das die Fixierung auf diesen Zeitpunkt rechtfertigen würde.

  - Nicht einmal der Eintritt der SPD in das Kabinett der Großen Koalition markiert einen Abschnitt in der Entwicklung der BRD, denn die SPD war für die SED stets die Partei gewesen, die die Spaltung der Arbeiterklasse betrieben und mit dem Kapital kooperiert, die Interessen der Arbeiterklasse verraten hatte, so daß ihre Beteiligung an der Regierung kaum als neue Qualität in der Entwicklung der BRD gelten kann.

- Die These von der verstärkten Expansion des westdeutschen Imperialismus ist nicht mit den Vorstellungen in Einklang zu bringen, die die DDR von den Bedingungen des internationalen Systems und vom Zustand des Kapitalismus entwickelt hat:

  - Widersprüchlich ist es, von der Restauration der ökonomischen, militärischen und politischen Macht des westdeutschen Imperialismus zu sprechen, wenn auf der

anderen Seite der kapitalistischen Produktionsweise generell prophezeit wird, der Untergang stehe ihr unmittelbar bevor, wenn festgestellt wird, das staatsmonopolistische System stelle objektiv die einzig mögliche Bedingung für die Existenz des heutigen Imperialismus dar, obwohl auch dieses nicht in der Lage sei, den Spätkapitalismus aus seiner allgemeinen Krise herauszuführen, denn der Profit-Markt Mechanismus sei niemals fähig gewesen, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verbundenen Fragen zu lösen[31].

- Nicht weniger widersprüchlich ist es, mit der Formierung des staatsmonopolistischen Systems als spezifisch westdeutscher Erscheinung den Eintritt der BRD in die Phase der verstärkten Expansion zu belegen, wenn auf der anderen Seite dasselbe Phänomen als allgemein kapitalistisches registriert wird[32], ohne daß allen kapitalistischen Staaten der gleiche Expansionsdrang unterstellt wird, sondern nur der BRD und den USA, was seinerseits nicht unproblematisch ist, hält man sich vor Augen, daß die These von der verstärkten Aggressivität des Imperialismus weniger Ausdruck der imperialistischen Politik als eine Widerspiegelung sozialistischer Bedingungen und Bedürfnisse ist[33].

- Die Wiederbewaffnung der BRD als Restauration ihrer militärischen Macht zu bezeichnen und dabei immer wieder auf die faschistische Vergangenheit zu verweisen, ist aus einem doppelten Grunde problematisch: Die militärische Macht der BRD kann weder was ihr Verhältnis zur sowjetischen Militärmacht noch was ihren Stellenwert im internationalen Vergleich der heutigen Militärpotentiale in der Welt anbelangt mit dem Potential des Deutschen Reiches unter dem faschistischen Regime verglichen werden. Selbst wenn das amerikanische Potential dem der BRD im Rahmen des Sonderbündnisses dieser beiden aggressivsten imperialistischen Mächte zugerechnet wird, entsteht noch immer keine Militärmacht, die in der Lage wäre, das sozialistische Lager in ähnlicher Weise zu bedrohen, wie die Wehrmacht die SU bedroht hatte, denn das nukleare Patt schließt das Risiko des Selbstmordes für die SU ebenso ein wie für die Vereinigten Staaten. Mit anderen Worten: Es gibt zwar eine Wiederbewaffnung der BRD, aber keine Restauration der militärischen Macht des deutschen Imperialismus, denn die Bedrohung, die von einem bestimmten Rüstungsniveau eines bestimmten Staates ausgeht, kann nicht nach absoluten Zahlen und Vergleichen mit historischen Vorbildern gemessen werden, sondern nur am Rüstungsniveau seiner internationalen Umwelt.

- Das zweite Ziel, das neben der Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkriegs den Übergang des westdeutschen Imperialismus zur Phase seiner verstärkten Expansion dokumentieren soll, die Hegemonie der BRD in Westeuropa, ist mit dem Hinweis auf den Strauß'schen "Entwurf für Europa" und auf das Verhalten Bonns in der Währungskrise sowie auf den entscheidenden Einfluß Bonns in der NATO nur sehr unzureichend belegt[34], denn die These, das außenpolitische Programm von Strauß sei das der Regierung Kiesinger/Strauß[35], hat allenfalls propagandistische Qualität und der Hinweis auf die Währungskrise und die NATO sind dadurch entwertet, daß die DDR die Währungskrise als Knotenpunkt der verschärften imperialistischen Widersprüche charakterisiert[36] und die NATO ihrer Ansicht nach in der Auflösung begriffen ist[37]; die Widersprüche, die die DDR in den kapitalistischen Staatenbeziehungen feststellt, gewährleisten somit, daß Bonn seine Hegemonialpläne, sollte es solche tatsächlich haben, nicht verwirklichen kann, auch nicht durch das Sonderbündnis mit den USA, denn der Widerstand gegen die Politik des amerikanischen und des westdeutschen Imperialismus steigt stetig in den Ländern Westeuropas[38].

- Es ist widersprüchlich, wenn die DDR einerseits feststellt, die ökonomische Macht des westdeutschen Imperialismus sei wiederhergestellt und habe sich noch durch Konzentration vervielfacht[39], und andererseits erklärt, die innere Labilität des westdeutschen Herrschaftssystems, die das zweite auslösende Moment für den Übergang zur Phase der verstärkten Expansion darstellt, sei durch einen fühlbaren Konjunkturrückgang, soziale Unsicherheit und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet - alles Merkmale einer ökonomischen Entwicklung, die geeignet sind, die These von der Restauration der ökonomischen Macht des westdeutschen Imperialismus zu relativieren[40].

Aus all diesen Widersprüchen und Inkonsequenzen ergibt sich, daß die These der DDR, die BRD sei in die Phase der verstärkten Expansion eingetreten, so wie sie die DDR begründet und darstellt, nicht zu halten ist. Der Schluß ist somit berechtigt, daß mit dieser These Motive verknüpft sind, die über die Absicht hinausreichen, die Entwicklung der BRD zu analysieren.

(2) Die Isolierung der DDR und die Bestimmung der Deutschlandpolitik der sozialistischen Staaten durch die DDR

Zwei Indizien sind geeignet, jene Motive zu erhellen, welche die DDR veranlaßten, ihre These von der verstärkten Expansion des westdeutschen Imperialismus zu formulieren, obwohl diese zahlreiche Widersprüche und Inkonsequenzen aufweist, die auch der DDR nicht entgangen sein dürften:

1. Im Zentrum der Kritik, die die DDR an der neuen Ostpolitik übte, steht, neben dem Alleinvertretungsanspruch, der potentiellen Kriegserklärung an die DDR[41], die Taktik Bonns, die DDR von ihren sozialistischen Bündnispartnern zu isolieren[42].

2. Die DDR warf Rumänien vor, diplomatische Beziehungen zu Bonn aufgenommen zu haben, ohne darauf zu bestehen, daß die BRD den Alleinvertretungsanspruch aufgibt[43].

Zu 1.:

Die Isolierungspolitik der BRD bestand nach Ansicht der DDR darin, daß Bonn versuchte, die Bündnispartner der DDR durch provisorische Grenzbereinigungen, durch den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Sicherheit zu wiegen, um auf diese Weise die DDR zu isolieren, denn diese würde den revanchistischen Forderungen der BRD allein gegenüberstehen, wenn die sozialistischen Staaten auf die Angebote der neuen Bundesregierung eingehen und damit (da die Bundesregierung je den Alleinvertretungsanspruch aufrechterhält, die europäischen Grenzen nicht anerkennt und weder auf ihre Ansprüche auf Westberlin noch auf ihre Kernwaffenpläne verzichtet) de facto diesem revanchistischen Programm der BRD zustimmen[44].

Somit liegt der Schluß nahe, die These, die BRD sei in eine Phase der verstärkten Expansion eingetreten, habe die Funktion, die Bündnispartner der DDR durch die Intensivierung der Beschwörung der deutschen Gefahr davon abzuhalten, ihre Beziehungen zur BRD ohne Rücksicht darauf zu normalisieren, daß sie die DDR damit isolieren würden, denn diese konnte ihrerseits dem Beispiel ihrer Bündnispartner nicht folgen, solange die BRD ihr mit der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs die Existenzberechtigung bestritt.

Zu 2.:

Die Furcht vor einer Isolierung im sozialistischen Lager kann aber nicht der einzige Grund gewesen sein, der die DDR veranlaßte, ihre These von der verstärkten Expansion des westdeutschen Imperialismus zu formulieren, denn die Gefahr, im sozialistischen Lager isoliert zu werden, bestand für die DDR nicht wirklich angesichts der Haltung, die Polen und die SU gegenüber der neuen Ostpolitik eingenommen hatten. Die Tatsache, daß die DDR Rumänien kritisierte, weil es diplomatische Beziehungen zur BRD aufgenommen hatte, ohne darauf zu bestehen, daß die BRD auf den Alleinvertretungsanspruch verzichtete, erhellt ein weiteres Motiv der DDR:

- Die DDR war nicht daran interessiert, sich eines der effektivsten Instrumente ihrer Deutschlandpolitik zu berauben, nämlich des kollektiven Auftretens der sozialistischen Staaten in allen Fragen der Deutschlandpolitik und der Beziehungen zur BRD, denn nur mit Hilfe dieses Instrumentes konnte sie es erreichen, daß die BRD zur Revision ihrer Haltung gegenüber der BRD gezwungen wurde. Mit anderen Worten: Nur die Solidarität der sozialistischen Staaten mit der DDR bietet die Gewähr dafür, daß sich die BRD eines Tages mit der Existenz der DDR abfindet und ihre Beziehungen zur DDR normalisiert.

- Die DDR versuchte daher, die Bundesregierung unter Zugzwang zu setzen, indem sie dafür Sorge trug, daß ihre ostpolitischen Initiativen scheiterten, solange sie am Alleinvertretungsanspruch festhielt, und daß damit der Erfolg der neuen Ostpolitik davon abhing, ob sich die Bundesregierung zur Preisgabe des Alleinvertretungsanspruchs entschloß.

Daraus geht hervor, daß die DDR für sich in Anspruch nahm, die Bedingungen zu bestimmen, unter welchen die sozialistischen Staaten die Beziehungen zur BRD normalisieren, um so zu verhindern, daß sie mit den Forderungen, die sie an die BRD stellt, im sozialistischen Lager isoliert wurde. Daß die DDR dabei nicht einmal davor zurückschreckte, auch die Entscheidungen der SU zu präjudizieren, zeigt, welche Bedeutung die DDR diesen Problemen zumaß.

Als Ergebnis gilt es somit festzuhalten: Die DDR beschwor die Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus angesichts der neuen Ostpolitik deswegen mit erhöhter Intensität, weil sie fürchtete, im sozialistischen Lager die Unterstützung für ihre deutschlandpolitische Position ganz oder teilweise einzubüßen und damit ihren Einfluß auf die Politik zu verlieren, die die sozialistischen Staaten gegenüber der BRD verfolgten. Es war von ihr daher auch ganz konsequent, die Große Koalition von Anfang an anzugreifen, denn von ihr war eine Kompromißbereitschaft zu erwarten (das mußte sich aus der Analyse der SPD-Politik ergeben), die die Position der DDR im sozialistischen Lager gefährden konnte.

c) Das Verhalten Polens

Polen begründete seine scharfe Ablehnung der neuen Ostpolitik folgendermaßen:

- Das Ziel, das Bonn nach polnischer Auffassung mit seiner neuen Ostpolitik erreichen wollte, war die Isolierung der DDR, die Zerschlagung der Solidarität der sozialistischen Staaten und deren Aufweichung und Polarisierung in der deutschen Frage[45].

- Gingen die sozialistischen Staaten, so fand Warschau, auf das Angebot der Bundesregierung unter Wahrung der Standpunkte beider Seiten ein, dann würden die sozialistischen Staaten der BRD das Recht einräumen, die polnische Grenze an Oder und Neiße, die Existenz der DDR und andere Fragen, die schon "vom Leben" endgültig gelöst wurden, als Streitfragen zu behandeln, dann würde die DDR isoliert und die Einheit des sozialistischen Lagers untergraben, wenn nämlich einzelne sozialistische Staaten ihre Beziehungen zur BRD normalisieren und andere auf ihrem alten Standpunkt beharren[46].

Angesichts dieser eindeutigen und klaren Stellungnahme Warschaus bleibt nur noch die Frage zu beantworten, warum Polen die neue Ostpolitik zunächst zwar skeptisch, aber auch, gemessen an der SU und der DDR, zurückhaltend beurteilte, um sie dann doch noch in aller Schärfe anzugreifen und zu verurteilen. Drei Gründe mögen für dieses Verhalten bestimmend gewesen sein: zum einen der Wunsch, die Politik Polens mit der der anderen sozialistischen Staaten zu koordinieren, zum anderen der Wille die Absichten der Bundesregierung erst vollständig auszuloten, um die neue Ostpolitik dann endgültig beurteilen zu können, und zum dritten die Erkenntnis, daß die Solidarität der sozialistischen Staaten offensichtlich nicht dazu reichte, jedes Land zu veranlassen, bei der Regelung seiner Beziehungen zur BRD die Interessen aller anderen sozialistischen Staaten voll zu berücksichtigen, so daß nur der Zwang, der von einer konsequenten und entschiedenen offiziellen Verurteilung der Bonner Politik ausgehen mußte, weitere Staaten daran hindern konnte, dem rumänischen Beispiel zu folgen und damit die Einheit der sozialistischen Staaten in der deutschen Frage und in der Regelung der Beziehungen zur BRD und die deutschlandpolitische Position Polens zu untergraben.

d) Das Verhalten der CSSR

Das Verhalten der CSSR - zunächst abwartend, kritisch, aber auch verhandlungsbereit, dann ablehnend und Maximalforderungen stellend - muß als Ausdruck folgender Bedingungen betrachtet werden:

- Die schon zu Anfang bereits durch kritische Stellungnahmen gekennzeichnete Haltung Prags spiegelte offensichtlich die Tatsache wieder, daß Bonn seine Position auch unter der neuen Regierung nicht soweit überprüft hatte, daß sie nun völlig mit der tschechoslowakischen übereingestimmt hätte, während die mehrmals bekundete Verhandlungsbereitschaft ebenso wie die Sondierungsgespräche zwischen Bonn und Prag aus der Erkenntnis resultierten, daß die westdeutsche und die tschechoslowakische Position nicht soweit voneinander entfernt waren, daß eine Einigung von vornherein völlig auszuschließen gewesen wäre - in der Tat sind die Weigerung der Bundesregierung, das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig zu bezeichnen, und die Obhutspflicht, die sie gegenüber den Vertriebenen zu haben glaubte[47], kaum als Streitobjekte zu betrachten, die geeignet wären, die Normalisierung der Beziehungen zwischen Prag und Bonn auf Dauer zu unterbinden, wenn sich beide Seiten auch nur begrenzt kompromißbereit zeigten.

- Die Verhärtung der Haltung Prags, die seit Februar 1967 deutlich wurde, kann, so wie Prag vorher gehandelt hatte, nur das Ergebnis der Intervention anderer sozialistischer Staaten sein, denn diese Verhärtung erfolgte, obwohl sich die Sondierungsgespräche, die Bonn in der CSSR geführt hatte, günstig angelassen hatten, nachdem Breshnew und der amtierende Außenminister der DDR, Kohrt, in Prag gewesen waren. Prag verzichtete demnach offensichtlich auf eine Regelung seiner Beziehungen zur BRD aus Rücksicht auf die Interessen der DDR und der SU (und wohl auch Polens).

- Außerdem dürfte die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest das sozialistische Lager zu spalten drohte, denn offensichtlich waren die DDR und Polen wie auch die SU nicht geneigt, den rumänischen Schritt gutzuheißen, so daß es tatsächlich hätte dahin kommen können, daß die einen sozialistischen Staaten ihre Beziehungen zur BRD regelten, während die anderen ihren alten Standpunkt beibehielten.

e) Das Verhalten Ungarns und Bulgariens

Da Bulgarien und Ungarn mit der BRD nicht, wie Polen, die CSSR oder die DDR, direkt konfrontiert sind, sondern nur mittelbar, weil sie die Interessen aller sozialistischen Staaten als die ihren betrachten, da sie sich von der BRD außerdem nicht über jenes Maß hinaus bedroht fühlen, das sie ohnehin von jedem imperialistischen Staat erwarten, dürfte die Ursache ihres Verhaltens gegenüber der BRD vor allem in zwei Überlegungen zu finden sein:

- Welche Vorteile kann eine Regelung ihrer Beziehungen zur BRD mit sich bringen, und
- zu welchen Bedingungen sind diese Vorteile zu erlangen, mit anderen Worten bedeuten diese Bedingungen eine Beeinträchtigung prinzipieller Positionen dieser Staaten.

Die von beiden Staaten bekundete Verhandlungsbereitschaft läßt erkennen, daß sowohl Sofia wie Budapest sich Vorteile von einer Regelung ihrer Beziehungen zur BRD erhofften, und zwar Vorteile, die vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen sind. Die Bedingungen, die beide Staaten an ihre Verhandlungsbereitschaft knüpften, ebenso wie die Tatsache, daß es zwischen Bonn einerseits und Sofia beziehungsweise Budapest andererseits zu keiner Einigung kam, zeigen jedoch deutlich, daß beide Länder die Vorteile, die sie von einer Regelung ihrer Beziehungen zur BRD erhoffen konnten, nicht so hoch veranschlagten, daß sie dafür in Kauf genommen hätten, die deutschlandpolitische Einheitsfront der sozialistischen Staaten, gleich Rumänien, aufzubrechen und den Interessen nicht nur der SU, sondern auch der DDR und Polens zuwiderzuhandeln. Die Ursachen dafür, daß Ungarn und Bulgarien ihre Interessen so absteckten, mögen zum einen darin zu suchen sein, daß sich die angestrebten ökonomischen Vorteile einer Regelung der

Beziehungen zur BRD bei näherem Zusehen (wie das Beispiel Rumäniens zeigt) tatsächlich in Grenzen gehalten haben würden, und zum anderen darin, daß Bulgarien dem sowjetischen Kurs in allen Bereichen ohnehin treu zu folgen pflegt, und Ungarn, das durch außenpolitische Gefolgschaftstreue seinen vom Moskauer Vorbild abweichenden innenpolitischen Kurs zu decken sucht, ebenfalls nicht in der Lage war, die Auseinandersetzung mit der SU (und mit Polen und der DDR) auf die Spitze zu treiben, denn es war in seiner Verhandlungsbereitschaft ohnehin schon weiter gegangen als der SU recht sein konnte.

f) Das Verhalten Rumäniens

Das Verhalten Rumäniens - zur BRD diplomatische Beziehungen unter Wahrung der beiderseitigen Standpunkte in strittigen Fragen aufzunehmen - war in dreifacher Hinsicht konsequent:

- Es entsprach der rumänischen Auffassung, daß weder die unterschiedliche Gesellschaftsordnung noch die Unterschiede in den politischen und philosophischen Auffassungen ein Hindernis für die fruchtbare Zusammenarbeit der europäischen Staaten bilden können, wenn auf die Erhaltung der Souveränität und der Unabhängigkeit der Staaten konsequent geachtet wird[48].

- Es entsprach auch dem emanzipatorischen Streben Rumäniens, sich von anderen sozialistischen Staaten nicht vorschreiben zu lassen, wie es seine Beziehungen zur BRD zu gestalten habe. Es nützte die neue Ostpolitik dazu, ein weiteres Mal seine Unabhängigkeit zu demonstrieren.

- Durch die Regelung der Beziehungen zur BRD boten sich Rumänien Vorteile wohl vor allem auch wirtschaftlicher Art, die zudem auch noch geeignet waren, seinem Unabhängigkeitsstreben Auftrieb zu verleihen, weil es ihm Alternativen zu seiner Ausrichtung auf dem RGW hin bot.

Somit drängten Rumänien seine europapolitischen Konzeptionen, sein Unabhängigkeitsstreben und seine ökonomischen Interessen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD - wobei man sich allerdings vor Augen halten muß, daß die ökonomischen Vorteile nicht so groß waren, daß sie Rumäniens wirtschaftliche Entwicklung von allen Problemen befreit hätten.

3. Ergebnis

Die neue Ostpolitik, die die Versöhnung mit den sozialistischen Staaten zu suchen vorgab und die diese Suche mit einer Taktik verband, die zwischen den sozialistischen Staaten nach der Intensität der Konfrontation mit der BRD differenzierte und die daher zunächst höchst unterschiedliche und völlig unkoordinierte Reaktionen im sozialistischen Lager hervorrief, dessen Einheit sie damit bedrohte, war, was auch immer ihre Intentionen gewesen sein mögen, Desintegration oder Versöhnung, mit dieser Taktik von Anfang an zum Scheitern verurteilt, denn sie unterschätzte das Interesse der sozialistischen Staaten, ihre Einheit zu bewahren, völlig: Für die SU bildete die Einheit des sozialistischen Lagers die Voraussetzung für die Bewahrung ihrer Rolle als Führungsmacht des Warschauer Vertrages; für Polen und die DDR bildete die Einheit die Voraussetzung für die Durchsetzung ihrer deutschlandpolitischen Interessen, die von der BRD nach wie vor bedroht wurden, das gleiche galt auch für die CSSR, die von Anfang an keinen Zweifel darüber hatte aufkommen lassen, daß sie auf der Anerkennung der Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens bestand; und auch Ungarn und Bulgarien entschieden sich gegen die neue Ostpolitik, weil sie Konflikte mit ihren Bündnispartnern vermeiden wollten. Da, außer Rumänien, somit alle sozialistischen Staaten an der Aufrechterhaltung der Einheit des sozia-

listischen Lagers interessiert waren (wenn auch aus unterschiedlichen Gründen), mußten sie sich, da die Einheit ihr primäres Interesse war, auf den Kurs jenes Staates einigen, dessen Position die extremste war, nämlich auf den Kurs der DDR; sie hätten sonst wohl kaum eine gemeinsame Politik verfolgen können, denn die DDR hatte mit der Präjudizierung der Entscheidungen aller anderen Staaten des Warschauer Vertrages zur neuen Ostpolitik deutlich demonstriert, daß sie nicht bereit war, auf die neue Ostpolitik in irgendeiner Weise einzugehen. So konnte eine positive Antwort auf die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung nur von Rumänien kommen, weil Rumänien der einzige Staat im Warschauer Vertrag war, dessen Position im sozialistischen Lager und dessen nationale Bedürfnisse ihn dazu bestimmten, den westdeutschen Erwartungen entsprechend zu reagieren. Eine Politik aber, die alle Staaten des Warschauer Vertrages anzusprechen bemüht war, aber nur von einem einzigen dieser Länder eine positive Antwort erhielt, muß als gescheitert betrachtet werden, selbst wenn es ihr Ziel gewesen sein sollte, das sozialistische Lager auseinanderzudividieren, denn selbst dies war mißlungen: Kein Mitglied des Warschauer Vertrages folgte dem rumänischen Beispiel; außerdem war es auch nicht die neue Ostpolitik gewesen, die Rumänien zum Einzelgänger im sozialistischen Lager gemacht hatte.

B Die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD

Nachdem es den sozialistischen Staaten gelungen war, den Einbruch abzuriegeln, den die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest in ihre deutschlandpolitische Front erzielt hatte, war klar geworden, daß nur noch zwei sozialistische Staaten für die Gestaltung

der Beziehungen zwischen Bonn und dem sozialistischen Lager "federführend" sein konnten: die DDR und die SU.

- Die DDR war, laut Bukarester Deklaration, für die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen zuständig[49].
- Jene Staaten, die sich, wie Rumänien und die SFRJ, dem gemeinsamen deutschlandpolitischen Kurs der sozialistischen Staaten, der nach anfänglichen Schwierigkeiten doch noch gefunden worden war, nicht anschlossen, schalteten sich selbst von der direkten Einflußnahme auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem sozialistischen Lager und Bonn aus; ihre einzige Funktion bestand darin, daß die anderen sozialistischen Staaten ihrem Beispiel die Folgen der Alternativen, die es zu ihrem eigenen Handeln gab, entnehmen konnten.
- Jene Staaten, die ihre eigenen Interessen in der Frage der Deutschlandpolitik des sozialistischen Lagers den Interessen der direkt betroffenen Länder (und ihren eigenen, die Deutschlandpolitik nicht betreffenden Interessen) untergeordnet hatten, also Ungarn, Bulgarien und bis zu einem gewissen Grade auch die CSSR, hatten damit zu erkennen gegeben, daß sie es den direkt betroffenen Ländern und der SU überlassen wollten zu bestimmen, wie sich die Beziehungen zwischen Bonn und dem sozialistischen Lager gestalten sollten[50].

1. Die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen[51]

Dadurch daß die BRD die DDR seit dem Regierungsantritt des Kabinetts der Großen Koalition als Verhandlungspartner akzeptierte und sich nicht mehr, wie zur Zeit der Regierung Erhard, weigerte, mit den "Verantwortlichen für den Schießbefehl" zu verhandeln[52], wurde zwar, da sich auch die DDR grundsätzlich verhandlungsbereit zeigte, die Eröffnung des deutsch-deutschen Dialogs ermöglicht, schienen sich, so wie es sich die Bundesregierung vorgenommen hatte, zwischen den Extremen des Sichabfindens mit der Teilung und der unfruchtbaren Konfrontation der politischen und rechtlichen Standpunkte Möglichkeiten ver-

nünftigen und menschlichen politischen Tuns zu ergeben[53], doch dieser Dialog führte, da beide Seiten völlig unvereinbare Positionen einnahmen - hier Ausklammerung des Bereichs der prinzipiellen Gegensätze und Regelungen im Bereich der menschlichen Beziehungen, der wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Zusammenarbeit und des technischen und kulturellen Austausches[54], dort die Forderung nach Verzicht auf den politischen und rechtlichen Standpunkt als Voraussetzung zu Regelungen im Bereich der menschlichen Beziehungen und der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit[55] -, nur zu einer neuen Konfrontation der politischen und rechtlichen Standpunkte, die sich von früheren Arten der Konfrontation nur dadurch unterschied, daß beide Seiten nun direkt miteinander sprachen. Da BRD und DDR einerseits darin übereinstimmten, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten beziehungsweise eine Wiedervereinigung Deutschlands vorerst nicht erreichbar sei[56], daß der gegenwärtige Zustand, das Nebeneinander zweier deutscher Staaten, also noch länger dauern werde, andererseits aber dennoch an der Zielsetzung der Vereinigung beziehungsweise der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten festhielten, mußten sie bemüht sein, ihre Beziehungen im Sinne ihrer spezifischen Interessen optimal zu gestalten, ohne dadurch ihre Option auf ein vereintes, sozialistisches Deutschland beziehungsweise auf ein wiedervereinigtes freiheitliches Gesamtdeutschland einzubüßen:

- Die Bundesregierung, überzeugt davon, daß die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet würde, wenn dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden würde, überzeugt auch davon, daß sie, die diese Zielsetzung auf internationaler und nationaler Ebene zu verwirklichen sucht, die DDR dagegen nicht, die einzige legitime Sprecherin des deutschen Volkes sei, überzeugt ferner davon, daß in allen Grundsatzfragen, die diese Zielsetzung betreffen, keine Eini-

gung mit der DDR (und den anderen sozialistischen Staaten) möglich sei, muß, sobald sie anerkannt hat, daß das weitgesteckte Ziel der Einheit und Freiheit Deutschlands auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen sein wird, konsequent bemüht sein, ihren Anspruch auf die Verwirklichung des Zieles der Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig zu versuchen, jenseits der nicht zur Diskussion stehenden Grundsatzfragen die Folgen der Teilung zu mindern. Wollte die BRD sich nicht mit der Teilung abfinden, wollte sie sich nicht mit der Konfrontation begnügen (was sie im Zeichen der internationalen Entspannung auch nicht mehr konnte, wollte sie sich nicht völlig isolieren), war es nur konsequent, unter Aufrechterhaltung des Kerngehaltes ihrer deutschlandpolitischen Prinzipien mit der DDR Regelungen der menschlichen Beziehungen, der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit zu vereinbaren. Diese Politik hatte, neben der Aussicht, die Beziehungen zur DDR regeln zu können, einen doppelten Vorteil: Die Bundesregierung gab die "Lebensrechte" des deutschen Volkes nicht preis und konnte dennoch für sich in Anspruch nehmen, ihren Beitrag zur Entspannung geleistet zu haben[57].

- Die DDR, der die internationale Anerkennung weitgehend fehlt und der die Bundesregierung die Rechtmäßigkeit ihrer Existenz bestreitet, mußte es in erster Linie um die Anerkennung gehen, das heißt um die endgültige, allgemeine, völkerrechtlich gültige Anerkennung ihrer staatlichen Existenz, um die volle Gleichberechtigung der souveränen DDR im internationalen System; im Zentrum der Interessen der DDR stand somit der Kampf gerade um das, was ihr die von der Bundesregierung reklamierten "Lebensrechte" des deutschen Volkes streitig machten. Da die DDR, anders als die BRD, die durch den Alleinvertretungsanspruch und durch ihre Fixierung auf das Ziel der Wiedervereinigung zu gesamtdeutscher Aktivität genötigt ist, jenseits ihrer ideologisch und national legitimierten Forderung nach einem sozialistischen Gesamtdeutschland nicht zu gesamtdeutschen Aktivitäten gezwungen ist, weil sie, im Zeichen der Politik der friedlichen Koexistenz, die Entwicklung zum Sozialismus in Westdeutschland weitgehend der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD überlassen muß (Trägerin des Klassenkampfes in der BRD ist allein die westdeutsche Arbeiterklasse, auf deren Unterstützung sich die DDR beschränken muß)[58], kann sie die menschlichen Erleichterungen etc. als Hebel zur Verwirklichung ihrer zentralen Interessen einsetzen, das heißt, sie kann (soweit sie dabei von

> der SU und den anderen sozialistischen Staaten gedeckt wird) der BRD Regelungen gerade in jenen Bereichen verweigern und die Teilung noch verschärfen, in denen diese zum Erfolg verurteilt ist, will sie in ihrer Zielsetzung nicht völlig unglaubwürdig werden, wenn ihre Mißerfolge in diesen Bereichen ihre Politik als Politik der Illusionen entlarven. Die Politik, menschliche Erleichterungen in den Beziehungen zwischen DDR und BRD als Mittel zum Zweck der Anerkennung der DDR einzusetzen, konnte die DDR umso leichter verfolgen, als sie jederzeit mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen war, daß es zwischen einem sozialistischen und einem imperialistischen Staat keine Gemeinsamkeiten geben könne, und daß der Prozeß der Formierung der Herrschaft der westdeutschen Monopole jede Annäherung verhindere.

In dieser Situation konnte die Bundesregierung realistischerweise nicht erwarten, daß die DDR menschliche Erleichterungen gewähren würde, hätte dies doch bedeutet, daß sie sich des wirksamsten Instrumentes begeben hätte, das ihr zur Verfügung stand, um die BRD zur Revidierung beziehungsweise zur Modifizierung ihrer politischen und rechtlichen Standpunkte zu zwingen. Die DDR konnte ihrerseits aber auch kaum erwarten, daß die Bundesregierung vollständig vor den Forderungen der DDR kapitulierte, nur um vage in Aussicht gestellte Regelungen im Bereich der menschlichen Beziehungen und der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit zu erreichen, die angesichts der fortdauernden Teilung Deutschlands und der beiderseits anerkannten, höchst geringen Aussichten auf eine Veränderung dieser Lage ohnehin nur sehr begrenzt sein konnten.

Da die Tatsache, daß der deutsch-deutsche Dialog die Konfrontation der politischen und rechtlichen Standpunkte der DDR und der BRD nicht zu beenden vermocht hatte, solange beide Seiten ihre Haltung nicht überprüften, spätestens seit dem Briefwechsel zwischen Stoph und Kiesinger allen Beteiligten deutlich geworden sein mußte[59],

ist zu fragen, warum keine der beiden Seiten ihre Haltung modifizierte, obwohl sie ihre immer wieder aufs neue betonte Gesprächsbereitschaft dazu hätte veranlassen müssen[60].

Nachdem sich herausgestellt hatte, daß die DDR auch mit Hilfe der neuen Ostpolitik im sozialistischen Lager nicht zu isolieren war und daß die BRD daher zu mehr als nur zu Konzessionen in peripheren Bereichen bereit sein mußte, wollte sie das Hauptziel ihrer Bemühungen, menschliche Erleichterungen, erreichen, stieß die Bundesregierung an die Grenzen ihres ostpolitischen Handlungsspielraumes, war ihre Konzessionsbereitschaft erschöpft, weil die CDU/CSU, die der neuen Ostpolitik von Anfang an nur unwillig und in der Hoffnung gefolgt war, die DDR im sozialistischen Lager isolieren und die Einheit der sozialistischen Staaten untergraben zu können[61]. Dies wurde ganz deutlich, nachdem Truppen des Warschauer Vertrages die CSSR besetzt hatten und die CDU/CSU ebenso wie die SPD auch die Außenpolitik in ihren Wahlkampf 1969 einbezogen hatten:

- Bereits nach der Intervention in der CSSR hatte die Bundesregierung ihre ostpolitische Handlungsunfähigkeit eingestanden:

  • Kiesinger hatte nach der Intervention zwar erklärt, die Bundesregierung werde ihre Politik fortsetzen, doch gleichzeitig hatte er auch zugegeben, daß diese Politik vergeblich sein werde, als er feststellte, die Intervention in der CSSR habe bewiesen, daß die SU niemals zulassen werde, daß ein Mitglied des sozialistischen Lagers aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herausgebrochen würde, auch nicht die DDR. Die SU betrachte damit die Teilung als definitiv und würde jeden Versuch, die Teilung mit friedlichen Mitteln zu überwinden (und als solchen Versuch verstand die BRD ihre Deutschland- und Ostpolitik), als feindselige Politik betrachten[62]. Die Bundesregierung setzte also eine Politik fort,

von deren Vergeblichkeit sie überzeugt war, mit anderen Worten: Sie hatte von den Alternativen, die ihr die sozialistischen Staaten gelassen hatten - entweder Konzessionen im Bereich der deutschlandpolitischen Essentials der Bundesregierung oder unfruchtbare Konfrontation der politischen und rechtlichen Standpunkte bei Verlust aller Initiative und bei völliger Erfolglosigkeit, die des passiven Beharrens auf ihren Positionen gewählt.

- Daß die Bundesregierung die Intervention in der CSSR zum Anlaß nahm, die SU für das Scheitern der Bonner Politik verantwortlich zu machen, ist nur als Versuch zu werten, die eigene Passivität und Erfolglosigkeit im deutsch-deutschen Dialog und die eigene, unzureichende Konzessionsbereitschaft zu rechtfertigen, denn die Intervention hatte nichts bewiesen, was nicht schon vorher klar gewesen war und von dem sich die Bundesregierung im Gespräch mit der DDR nicht schon längst hätte überzeugen können.

- Im Wahlkampf 1969 wurde dann endgültig deutlich, warum sich die Regierung der Großen Koalition nicht zu weiteren Konzessionen bereit gefunden hatte: Die von den Staaten des Warschauer Vertrages konsequent als Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und den Ländern Osteuropas gestellte Forderung, Bonn müsse die Realitäten in Europa anerkennen, trennte im Regierungslager in Bonn jene, die sich von ihrer Konzessionsbereitschaft in peripheren Bereichen, von ihrem Festhalten an den traditionellen Essentials der westdeutschen Außenpolitik und von ihrer differenzierten Politik gegenüber den sozialistischen Staaten eine Isolierung der DDR, Einbrüche in die deutschlandpolitische Einheitsfront des sozialistischen Lagers und damit eine günstige Verhandlungsposition bei der Regelung der Beziehungen zur DDR erhofft hatten, von jenen, die mit derselben Politik die Hoffnung auf einen Ausgleich mit dem Osten, auf eine Entschärfung der deutschen Frage und auf eine vernünftige, den Realitäten entsprechende Regelung der deutsch-deutschen Beziehungen verknüpft hatten; diese, die SPD, waren zu weiteren Verhandlungen bereit, jene, die CDU/CSU, zogen sich, auf den Einfallsreichtum der Geschichte vertrauend[63], wieder auf eine Politik der unfruchtbaren Konfrontation zurück.

Aus all dem wird deutlich, daß die Stagnation der Ost- und Deutschlandpolitik Bonns zum einen natürlich ihre

Ursache in der Politik der DDR, der SU und der anderen sozialistischen Staaten, die praktisch auf eine völlige Kapitulation der BRD vor den Forderungen dieser Staaten hinauslief (das heißt auf die Preisgabe dessen, was die Bundesregierung unter den Lebensinteressen des deutschen Volkes verstand), was kaum geeignet war, die Konzessionsbereitschaft der Bundesregierung zu erhöhen, zum anderen aber auch in der Tatsache hatte, daß sich die SPD und die CDU/CSU, nachdem sich herausgestellt hatte, daß ihre gemeinsam formulierte Ost- und Deutschlandpolitik bei den Adressaten dieser Politik nicht die gewünschte Wirkung erzielt hatte, in der Großen Koalition gegenseitig blockierten, da die unterschiedlichen Intentionen, die beide Parteien mit ihrer Politik verbunden hatten, eine Neuformulierung der Ost- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition nicht zuließen.

Um die Frage, warum die DDR an ihrer Politik des Alles-oder-Nichts, das heißt keine Normalisierung der Beziehungen ohne die Anerkennung der Realitäten, festhielt und keine Anstalten traf, der BRD Konzessionen durch die Modifizierung ihrer Haltung zu erleichtern, beantworten zu können, ist es zunächst notwendig, die Widersprüchlichkeit der Politik der DDR aufzuzeigen, denn diese läßt Rückschlüsse auf jene Motive zu, die das Handeln der DDR bestimmten.

Der Kennzeichnung der Entwicklung in der BRD entsprechend, wonach Westdeutschland in eine Phase verstärkter Expansion eingetreten ist, welche durch einen verstärkt repressiven Kurs im Innern und verschärftes außenpolitisches Expansionsstreben gekennzeichnet ist[64], verlagerte die DDR den Schwerpunkt ihrer Deutschlandpolitik:

- Hatte der Staatsrat der DDR noch Mitte 1966 festgestellt, der weitere Aufbau des Sozialismus in der

DDR und der Kampf der demokratischen Kräfte in der BRD gegen die antidemokratische und friedensgefährdende Entwicklung Westdeutschlands sei der Weg zur Annäherung und friedlichen Zusammenarbeit beider deutscher Staaten[65],

- so betonte Ulbricht im März 1968, es gäbe nun einmal die beiden deutschen Staaten und ohne gegenseitige Anerkennung und völlige Gleichberechtigung werde der Graben zwischen ihnen immer tiefer[66].

Während die DDR vor der Bildung der Großen Koalition also offenbar gehofft hatte, die Bundesregierung durch die Mobilisierung der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in der BRD, wobei sie, wie das Angebot des Redneraustausches bewies, offensichtlich vor allem auf die SPD und ihre Anhänger setzte, so unter Druck zu setzen, daß sie sich bereit zeigen würde, ihre Beziehungen zur DDR auf der Basis der Anerkennung der Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten zu regeln und die demokratische Umgestaltung der BRD im Sinne des Stufenprogramms der SED[67] einzuleiten, so sah sie sich durch den Eintritt der SPD in eine CDU-geführte Regierung, die dann die Notstandsgesetzgebung vollendete und die NPD nicht verbot, zur Einsicht genötigt, daß ihre Politik den innenpolitischen Realitäten der BRD nicht entsprach, daß sie ihre Ziele in direkter Konfrontation mit der Bundesregierung zu erreichen suchen mußte, mit anderen Worten: Hauptadressat ihrer Bemühungen, ihre Beziehungen zur BRD zu normalisieren, waren nun nicht mehr die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland, sondern die Bundesregierung (zumal diese, im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen, nun auch zu direkten Gesprächen bereit war)[68].

Diese Schwerpunktverlagerung enthüllt die Widersprüchlichkeit der Deutschlandpolitik der SED:

- Während sich die DDR des Mittels, auf die Bevölkerung der BRD direkt einzuwirken, zu einem Zeitpunkt fast völlig begab, den sie für eine derartige Einwirkung als besonders günstig eingestuft hatte[69],

- konzentrierte sie ihr Bemühen, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu normalisieren ganz auf die Konfrontation mit einer Regierung, die nach ihrer eigenen Ansicht den endgültigen Eintritt des westdeutschen Imperialismus in die Phase verstärkter Expansion markierte, und von der, folgt man dieser Ansicht, kaum ein Entgegenkommen zu erwarten war.

Der erste Widerspruch ist auflösbar: Die SED mußte, obwohl sie weitgehend darauf verzichtet hatte, auf die westdeutsche Bevölkerung einzuwirken, davon ausgehen, daß der Moment für eine solche Einwirkung günstig war, weil sie, den Lehren des Marxismus-Leninismus folgend, annehmen mußte, daß die Formierung der Herrschaft des Monopolkapitals die Klassengegensätze in Westdeutschland vertiefen und den Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen fortschrittlichen Kräfte provozieren würde; daß dieser Widerstand dann aber doch nicht manifest wurde (was die DDR auf das Einwirken auf die westdeutsche Bevölkerung weitgehend verzichten ließ, da es von vornherein vergeblich schien), das lag nach Überzeugung der SED an der Perfektion des westdeutschen Unterdrückungsapparates[70] und an der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Parteiführung der SPD, die sich in den Dienst des Kapitals gestellt hatte[71].

Die Tatsache, daß sich die DDR, um ihre Beziehungen zur BRD zu normalisieren, so gut wie ausschließlich an die Bundesregierung wandte, daß sie die direkte Konfrontation suchte, ohne auch nur die geringste Konzessionsbereitschaft erkennen zu lassen, obwohl sie offensichtlich davon überzeugt war, daß die BRD, eingetreten in die Phase ihrer verstärkten Expansion, kaum vor ihren For-

derungen kapitulieren würde, läßt sich auf zweierlei Art und Weise erklären:

1. zum einen damit, daß die DDR trotz ständig betonter Verhandlungsbereitschaft jede Regelung ihrer Beziehungen zur BRD ablehnte,

2. und zum anderen damit, daß sie nicht in der Lage war, der BRD irgendwelche Konzessionen zu machen.

Zu 1.:

Zwei Überlegungen sind es, die die Annahme rechtfertigen könnten, die DDR habe ihre oft betonte Verhandlungsbereitschaft nur dazu benutzt, hinter dieser Bereitschaft ihre Abneigung gegenüber einer Regelung ihres Verhältnisses zur BRD zu verbergen, und die die Begründung dieser Annahme plausibel erscheinen lassen könnten, die mangelnde Gesprächsbereitschaft der DDR sei durch ihren völligen Mangel an Konzessionsbereitschaft bewiesen:

- Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, daß die SED die innenpolitischen Folgen einer Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten fürchtete: Das Angebot des Redneraustausches (von 1966) hatte zwar bewiesen, daß die SED von der Konsolidierung ihres Regimes bis zu einem gewissen Grade überzeugt war, doch offenbar genügte diese Überzeugung dann doch nicht, den Redneraustausch auch tatsächlich durchzuführen. Ein sozialistisches Regime, das, wie die DDR, die abstrakte Kunst, das absurde Theater und die atonale Musik ebenso wie den Tourismus und alle bilateralen Kontakte und persönlichen Begegnungen als Mittel der ideologischen Subversion des Sozialismus durch den Imperialismus fürchtet[72], das überzeugt ist, die andere Seite würde ihre ökonomische Potenz in den Dienst ihrer Desintegrations- und Subversionspolitik stellen[73], und das die ökonomische Überlegenheit der entwickeltsten westlichen Länder als Quelle des Revisionismus bezeichnet[74], steht Bemühungen, wie denen Bonns, um menschliche Erleichterungen und um wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit konsequenterweise skeptisch gegenüber, insbesondere in einer Phase, in der das Problem der ideologischen und ökonomischen Anleihen

beim Kapitalismus für das ganze sozialistische Lager infolge des Reformkurses der KPC höchst aktuell wurde: Die deutsch-deutschen Beziehungen waren 1968 tatsächlich auf einem Tiefpunkt angelangt.

Nach all dem ist somit die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß die Unnachgiebigkeit der DDR sicherlich mit von der Befürchtung bestimmt war, eine Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten könnte unliebsame innenpolitische Folgen zeitigen - etwa im Sinne des von der DDR als Sozialdemokratismus charakterisierten demokratischen Sozialismus, wie er 1968 in der CSSR entstanden war.

- Es besteht darüber hinaus auch die Möglichkeit, daß die DDR trotz ihrer angeblichen Verhandlungsbereitschaft die Konfrontation mit der BRD suchte, weil sie Entwicklungen erhoffte, von denen sie erwarten konnte, sie würden die Bundesregierung zur Revidierung ihres Standpunktes nötigen. Einen derartigen Druck konnten innenpolitische Entwicklungen in der BRD ebenso wie die Bedingungen des internationalen Systems erzeugen:

  - Von der innenpolitischen Entwicklung in der BRD erwartete die DDR offensichtlich nicht mehr viel, nachdem die SPD in eine CDU-geführte Bundesregierung eingetreten war. Da sie aber nicht völlig darauf verzichtete, auf die Bevölkerung der BRD einzuwirken[75], ist anzunehmen, daß sie die Hoffnung auf neue innenpolitische Entwicklungen in der BRD noch nicht ganz aufgegeben hatte.

  - Sehr viel größere Hoffnungen setzte die DDR offensichtlich auf die internationale Entwicklung, auf die Möglichkeit, der BRD werde es trotz ihrer neuen Ostpolitik nicht gelingen, sich dem internationalen Trend zur Entspannung anzupassen, so daß sie sich selbst isolieren und dann zur Revidierung ihres Standpunktes gezwungen sein würde. Die Analyse, der die DDR das inernationale System unterzog, ebenso wie ihre höchst intensiven Bemühungen, Westdeutschland zu isolieren und international als aggressiv zu brandmarken[76], und die Sorgfalt, mit welcher die DDR alle Auseinandersetzungen registrierte, die Bonn mit seinen westlichen Partnern führte[77], ebenso wie auch ihr Kampf um die deutschlandpolitische Einheit des sozialistischen Lagers[78] beweisen eindeutig, daß der Druck, den das internationale System auf die BRD auszuüben in der Lage war, einen entscheidenden Posten im strategischen Kalkül der DDR darstellte, so daß anzunehmen ist, daß die DDR erwartete, dieser Druck werde Bonn zur Kapitulation zwingen, wenn die DDR nur dafür sorgte, daß dieser Druck nicht nachließ und daß die Kapitulationsbedingungen nicht modifiziert wurden.

Zu 2.:

Es spricht somit zwar alles dafür, daß die DDR auch dann nicht zu Konzessionen bereit gewesen wäre, wenn sie zu Konzessionen in der Lage gewesen wäre, doch dies enthebt nicht der Notwendigkeit zu prüfen, ob sie tatsächlich in der Lage war, Konzessionen zu machen.

- Zunächst waren es die Bündnispartner der DDR, die diese veranlaßt haben könnten, ihre Politik des Alles-oder-Nichts konsequent und unnachgiebig zu verfolgen. Da in der Politik der CSSR, Ungarns und Bulgariens (ganz abgesehen von Rumänien) durchaus Anhaltspunkte dafür zu finden sind, daß sie daran interessiert waren, ihre Beziehungen zur BRD zu regeln[79], können es nur Polen und die SU gewesen sein, die die DDR dazu bestimmt haben könnten, die Konfrontation mit der BRD zu suchen:

  · Polen hatte, ebenso wie die DDR, in dem Wunsch der Bundesregierung, die Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten zu entspannen, einen Hebel, um sein Hauptziel, in gesicherten Grenzen zu leben, zu erreichen. Seinen Interessen entsprach daher die Politik, der Bundesregierung für die Anerkennung der Grenzen die Regelung ihrer Beziehungen zu Polen in Aussicht zu stellen[80]. Die DDR hätte diese Strategie Warschaus unterlaufen, hätte sie der BRD Konzessionen gemacht und diese nicht an die Voraussetzung gebunden, daß die Bundesregierung ihre Haltung in der Grenzfrage revidiert, und sie hätte damit sicherlich auch die Unterstützung für die eigene Politik seitens der PVAP verloren.

  · Wenn die Stabilisierung des gesellschaftlichen und territorialen Status quo Europas für die SU auch nicht von derselben existenziellen Bedeutung war wie für die DDR und Polen, so zeigte doch die Politik Moskaus, die Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten als Voraussetzung für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit Frieden zu fordern, die Interessenparallelität der SU und der DDR sowie Polens.

  Da die Tatsache, daß die DDR Polen und die SU in der Schärfe und Bedingungslosigkeit ihrer Forderungen und in der Rigidität ihrer Positionen bei weitem übertraf und von Anfang an übertroffen hatte, muß jedoch die These abgelehnt werden, Polen und die SU hätten die DDR gehindert, Konzessionen an die Bundesregierung zu

machen, vielmehr muß eher angenommen werden, daß sich in der sowjetischen und polnischen Politik auch Interessen der DDR wiederspiegeln. Die oben festgestellte Interessenparallelität zwischen DDR, SU und Polen berechtigt daher nur zu der Annahme, daß die DDR ihre Position nicht ohne ausführliche Konsultationen mit der SU und Polen hätte modifizieren können, nicht aber zu der Annahme, eine derartige Modifikation hätte die Haltung Polens und der SU von vornherein ausgeschlossen[81].

- Somit bleibt also nur die Möglichkeit übrig, daß es vorwiegend die eigenen Interessen waren, die der DDR jede Konzessionsbereitschaft gegenüber der Bundesregierung verboten. Um feststellen zu können, welche Interessen dies waren, ist es zunächst notwendig zu prüfen, welche Möglichkeiten die DDR überhaupt hatte, der BRD Konzessionen zu machen. Ihre Politik, keine Normalisierung der Beziehungen ohne Anerkennung der bestehenden Realitäten, eröffnete ihr folgende Möglichkeiten, ihre Haltung zu modifizieren:

  · Zum einen hatte die DDR die Möglichkeit, Konzessionen im Bereich ihrer Forderung zu machen, die BRD müsse zunächst die Realitäten in Europa anerkennen. Diese Konzessionen hätten folgender Qualität sein können:

    ¨ Die DDR hätte auf diese Forderung ganz verzichten können. Diese Annahme ist jedoch völlig unrealistisch, denn damit wäre sie auf die Politik der Bundesregierung eingegangen, ohne eine Gewähr dafür zu haben, daß die BRD, nach Befriedigung ihrer primären Interessen (menschliche Erleichterungen etc.) bereit sein würde, die Interessen der DDR zu befriedigen. Außerdem hätte dieser Verzicht die Politik Polens und der SU unterlaufen und keine Möglichkeiten eröffnet, unliebsame innenpolitische Folgen der Regelung der Beziehungen zur BRD zu vermeiden.

    ¨ Die DDR hätte diese Forderung modifizieren können. Da den Kern dieser Forderung die Anerkennung der Existenz zweier gleichberechtigter souveräner deutscher Staaten bildet, konnte die DDR diese Forderung nicht modifizieren, denn dies hätte bedeutet, Konzessionen im Bereich der Anerkennung ihrer staatlichen Existenz zu machen; ihr Anspruch, ein souveräner Staat und im internationalen System völlig gleichberechtigt zu sein, wäre damit unglaubwürdig geworden. Der einzige Teil ihrer Forderung, die Realitäten anzuerkennen, der nicht unmittelbar mit der Anerkennung der staatlichen

Existenz der DDR zusammenhängt, der Verzicht der BRD auf Kernwaffen, eignete sich ebenfalls nicht zu Konzessionen, denn er stellte eine der Hauptforderungen des sozialistischen Lagers dar und nur die volle Durchsetzung dieser Forderungen könnte im Interesse der DDR und der anderen sozialistischen Staaten liegen.

- Die einzige Möglichkeit, der BRD Konzessionen im Bereich der Forderung zu machen, die BRD müsse die Realitäten anerkennen, standen der DDR somit dort offen, wo es um die Form ging, in welcher die BRD die Realitäten anerkennen sollte, also um die Frage, ob die DDR auf einer bedingungslosen Kapitulation beharren sollte (in Form des Stoph-Entwurfes etwa), oder ob sie sich mit einer Kapitulation begnügen sollte, die der Bundesregierung erlaubte, ihr Gesicht zu wahren. Der deutsch-deutsche Dialog ebenso wie der westdeutsch-osteuropäische, die unter der sozial-liberalen Koalition geführt wurden, beweisen, daß solche Konzessionsmöglichkeiten tatsächlich bestanden: Die Ostverträge ebenso wie der Vertrag, den Bonn und Ostberlin zur Ausfüllung des Viermächteabkommens über Westberlin schlossen, verletzten den Anspruch Bonns auf Wiedervereinigung (beziehungsweise auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen) und den Friedensvertragsvorbehalt formal zwar nicht, doch daran, daß die Grenzen endgültig sind, ein künftiger Friedensvertrag sie also nur noch sanktionieren könnte, und daß eine Wiedervereinigung für die sozialistischen Staaten nur auf sozialistischer Grundlage möglich sein wird, ist kein Zweifel möglich, das heißt, die Bundesregierung hat die Realitäten faktisch anerkannt, ohne den Kern ihres Rechtsstandpunktes formal aufgeben zu müssen.

- Zum anderen hatte die DDR die Möglichkeit, Konzessionen im Bereich der menschlichen Erleichterungen etc. zu machen. Hier gab es folgende Möglichkeiten:

  - Die DDR hätte auf das Angebot der Bundesregierung von 1967 eingehen können, doch damit hätte sie sich, wie bereits oben gezeigt, des entscheidenden Druckmittels zur Durchsetzung ihrer Forderungen begeben, die Politik ihrer Bündnispartner unterlaufen und unliebsame innenpolitische Folgen in Kauf nehmen müssen.

  - Die DDR hätte einzelnen Regelungen in diesem Bereich zustimmen, andere aber ablehnen können, um diese dann zur Erfüllung ihrer eigenen Forderungen

einzusetzen. Eine derartige Taktik hätte allerdings ihre Glaubwürdigkeit vermindert, denn mit Recht wäre ihr die Frage gestellt worden, warum die eine Erleichterung gewährt wird, die andere aber nicht. Da die einzelnen Elemente des westdeutschen Angebotes nicht so unterschiedlicher Qualität waren, daß eine solche Differenzierung unter ihnen zu rechtfertigen gewesen wäre, hatte die DDR auch nicht die Möglichkeit, einzelnen Regelungen zuzustimmen, andere aber abzulehnen. Wäre sie der BRD auf diese Weise entgegengekommen, hätte sie zudem die BRD noch dazu ermuntert, ihre Politik in der Hoffnung fortzusetzen, noch weitere Konzessionen der DDR erreichen zu können, die die DDR aber nicht mehr hätte gewähren können, um sich ihrer Druckmittel nicht völlig zu berauben. Teilkonzessionen hätten also nur zu einer neuen Konfrontation auf einer anderen Ebene geführt.

- Die DDR hätte (anstatt ihre Politik allein auf den Bereich ihrer Forderungen zu konzentrieren, die BRD müsse die Realitäten anerkennen) versuchen können, durch konkrete Angebote im Bereich der menschlichen Erleichterungen, bei Aufrechterhaltung ihrer Prioritäten - erst Anerkennung der Realitäten, dann Normalisierung der Beziehungen -, die Tiefe der Bonner Konzessionsbereitschaft auszuloten, um festzustellen, was Bonn wirklich zu geben bereit war, um menschliche Erleichterungen zu erreichen.

- Die dritte Möglichkeit, die die DDR hatte, der BRD Konzessionen zu machen, wäre die gewesen, Konzessionen im Bereich der Forderung, die Realitäten anzuerkennen, mit Konzessionen im Bereich der menschlichen Erleichterungen etc. zu kombinieren, das heißt nach dem, was oben gesagt wurde, konkret, die DDR hätte versuchen können, durch ausführliche Verhandlungsangebote im Bereich der menschlichen Erleichterungen und der ökonomischen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit und Aussichten auf eine die westdeutschen Essentials formal wahrende Form der Anerkennung der Realitäten, mit der BRD im Gespräch zu bleiben.

Die Tatsache, daß die DDR, obwohl sie ganz offensichtlich die Möglichkeit zu einigen, wenn auch sehr begrenzten Konzessionen hatte (ihr Spielraum wurde nicht nur durch die Bemühungen um die Sicherung der eigenen Existenz, sondern

auch durch innenpolitische und bündnispolitische Rücksichten eingeengt), diese Möglichkeiten nicht nutzte und die Konfrontation mit der BRD suchte, zeigt, daß sie, offenbar im Vertrauen auf die internationale Entwicklung, hoffte, die BRD zur völligen Kapitulation vor ihren Forderungen zwingen zu können. Allerdings mußte sich diese Hoffnung in dem Maße reduzieren, in dem deutlich wurde, daß die DDR den Druck, den die internationale Entwicklung auf die BRD auszuüben vermochte, überschätzt hatte: Die erste Enttäuschung dürfte für die DDR die Einsicht gewesen sein, daß nicht einmal das sozialistische Lager so geeint war, daß es den größtmöglichen Druck auf die BRD ausüben konnte; das Ausscheren Rumäniens aus der deutschlandpolitischen Einheitsfront der sozialistischen Staaten ebenso wie die intensiven Bemühungen, die notwendig geworden waren, um die übrigen sozialistischen Staaten auf einen gemeinsamen Kurs gegenüber der neuen Ostpolitik einzuschwören, mußten der DDR die Einsicht vermitteln, daß die Reaktion der sozialistischen Staaten auf die neue Ostpolitik die Bundesregierung eher ermutigen als resignieren lassen mußte. Dieser Enttäuschung folgte die nächste, als die neue Ostpolitik im westlichen Lager als Beitrag der BRD zur Entspannung anerkannt wurde, daß es Bonn also gelungen war, die Gefahr einer Isolierung abzuwenden. Die Tatsache, daß die sozialistischen Staaten die Entwicklung des Prager Reformkommunismus nur mit Gewalt bremsen konnten, mußte der DDR dazu verdeutlichen, daß die Integrationskraft des "westdeutschen Militarismus und Revanchismus" nicht mehr ausreichte, die sozialistischen Staaten zur Solidarität und Einheit zu zwingen. Als außerdem die Intervention in der CSSR die westlichen Verbündeten veranlaßte, sich enger zusammenzuschließen und ihr Bündnis zu stärken[82], dürfte auch der DDR klar geworden sein, daß ihre Hoffnung, die BRD im eigenen Lager isolieren zu können, getrogen hatte, daß auch der

Druck, den die sozialistischen Staaten auszuüben vermochten, geringer war, als ihn sich die DDR gewünscht haben mochte - die CSSR, Bulgarien und Ungarn hatten sich zwar, im Gegensatz zu Rumänien, der Blockdisziplin unterworfen, doch ihr Verhalten hatte dennoch ihr Interesse an einer Regelung ihrer Beziehungen zur BRD verdeutlicht. Nur geringen Trost dürfte der DDR in dieser Lage die Anerkennung durch den Irak, den Sudan, Syrien, Südyemen, Kambodscha und Ägypten vermittelt haben[83], denn diese war, was die arabischen Staaten anging, weniger eine Anerkennungswelle als die Folge der westdeutschen Haltung in der Nah-Ost-Krise und sowjetischer Pressionen auf ihre arabischen Schützlinge.

Die Tatsache, daß die DDR am Ende der Regierungszeit der Großen Koalition Verhandlungen auf Ministerebene mit der BRD begann, ohne daß Bonn ihre bis dahin gestellten Vorbedingungen erfüllt hatte (Verkehr- und Postverhandlungen waren ursprünglich an Schuldenrückzahlung, Anerkennung der Geltung internationaler Abrechnungsvereinbarungen im deutsch-deutschen Verkehr etc. abhängig gemacht worden)[84], kann als Indiz dafür gewertet werden, daß die DDR der neuen Situation Rechnung zu tragen begann.

2. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau[85]

Drei Fragen gilt es zu beantworten, wenn die Ursachen gefunden werden sollen, die die von dem Gewaltverzichtsverhandlungen entscheidend geprägte Entwicklung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen 1967 bis 1969 bestimmten:

1. Warum eröffnete die SU den sowjetisch-westdeutschen Dialog erst im Oktober 1967?[86]

2. Warum eskalierte die SU ihre Forderungen, die sie an den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen band, so weit?

3. Warum brach sie die Verhandlungen schließlich Mitte 1968 ab?[87]

Zu 1.:

Aus der Tatsache, daß sich die Position, die die Bundesregierung Ende 1966, Anfang 1967 nicht von der unterschied, die sie im Herbst 1967 einnahm, daß sich die Bedingungen in der BRD in diesem Zeitraum ebenfalls nicht geändert hatten (weder war die NPD verboten noch die Beratung der Notstandsgesetze abgebrochen worden), daß sich auch die Außenpolitik der Bundesregierung nicht geändert hatte, und daß auch die SU der Analyse, der sie die Innen- und Außenpolitik der Großen Koalition unterworfen hatte, nichts hinzufügte, ist zu folgern, daß die Ursachen für die Eröffnung des Gewaltverzichtsdialoges im sozialistischen Lager zu suchen sind: Jene Gründe, die die SU veranlaßt hatten, die neuen ostpolitischen Initiativen der BRD abzulehnen (das heißt die Sorge um die Einheit des sozialistischen Lagers, die Rücksicht auf ihre Bündnispartner und die Sorge um ihre Führungsrolle)[88], dürften es auch gewesen sein, die die SU veranlaßten, im Herbst 1967 den Dialog zu eröffnen:

Nachdem es der SU, zusammen mit der DDR und Polen, gelungen war, die deutschlandpolitische Einheit der sozialistischen Staaten nach dem Ausscheren Rumäniens wenigstens soweit wieder herzustellen, daß kein weiteres Mitglied des Warschauer Vertrages mehr auf die Initiativen der neuen Bundesregierung einging, war es nur konsequent, nun die Verhandlungen zu eröffnen:

- Die SU mußte zu ergründen versuchen, wieweit die neue Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung ging, das heißt, die Eröffnung der Verhandlungen kann als Indiz dafür gewertet werden, daß sich die SU, trotz aller Polemiken gegen die neue Ostpolitik, offenbar darüber klar war, daß die Position der neuen Bundesregierung, gemessen am Standpunkt früherer Regierungen, durchaus einen Fortschritt darstellte. Es lag im Interesse der an der Konsolidierung des Status quo interessierten SU auszuloten, inwiefern die Bundesregierung bereit war, sich mit den Realitäten, die sich seit 1945 in Europa herausgebildet hatten, abzufinden.

- Die Tatsache, daß die neue Ostpolitik anfänglich die deutschlandpolitische Einheitsfront des sozialistischen Lagers gefährden konnte, mußte der SU, da diese Ostpolitik ein Minimum an Abstrichen von den grundsätzlichen Positionen Bonns mit einem Maximum an Angeboten zur Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten verband, das starke Interesse dokumentieren, das einige sozialistische Staaten daran hatten, ihre Beziehungen zur BRD zu regeln. Diesem Bedürfnis mußte die SU Rechnung tragen und sie konnte dies nur dadurch tun, daß sie den sozialistischen Staaten bei der Regelung der Beziehungen zur BRD voranging, denn nur so konnte sie sicher sein, daß diese Regelung ihren Interessen entsprach und die Einheit des sozialistischen Lagers gewahrt blieb.

- Eine mögliche weitere Ursache für die Verzögerungen der Gewaltverzichtsverhandlungen bis zum Herbst 1967 können auch innersowjetische Auseinandersetzungen gewesen sein, die ihr Ende fanden, nachdem im Verlauf des Jahres 1967 deutlich geworden war, daß Gewaltverzichtsverhandlungen auch ohne die Gefährdung der Einheit des sozialistischen Lagers und der sowjetischen Führungsposition möglich waren.

Zu 2.:

Die SU eskalierte ihre Forderungen, die sie erfüllt sehen wollte, sollte sie sich bereit finden, mit der BRD Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, mehrfach:

- Zunächst hatte sie nur gefordert, die Bundesregierung solle ihre Bereitschaft erklären, mit der DDR zu den gleichen Bedingungen wie mit den anderen sozialistischen Staaten Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen[89].

- Dann forderte sie von der Bundesregierung die Anerkennung der europäischen Grenzen, den Verzicht auf Zugang zu Kernwaffen, die Achtung des Status von Westberlin als einer besonderen politischen Einheit, die Anerkennung der Tatsache, daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungültig war, sowie Maßnahmen gegen den Militarismus und Neonazismus. Außerdem erklärte sie ausdrücklich, sie beanspruche ihr Interventionsrecht in der BRD auch noch nach dem Abschluß von Gewaltverzichtsvereinbarungen[90]. Diese Forderungen waren zwar alle nicht neu, doch im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht waren sie noch nie gestellt worden.

- In ihrer Erklärung vom 8. Dezember schließlich machte sie die Erfüllung dieser Forderungen, erstmals öffentlich, zur Bedingung für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen. Zudem präzisierte sie ihre Anforderungen an den Gewaltverzicht zwischen BRD und DDR insofern, als sie nun feststellte, der Gewaltverzicht solle in völkerrechtlicher Form ausgesprochen werden, wie es zwischen souveränen Staaten üblich sei[91].

Die Ursachen dieser Eskalation der Forderungen, die die SU an ihre Bereitschaft knüpfte, mit der BRD Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, können folgende gewesen sein:

- Die SU suchte eine günstige Verhandlungsposition aufzubauen, indem sie prüfte, welchen Wert die Bundesregierung dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen wirklich beimaß. Dieser Annahme steht allerdings die Tatsache entgegen, daß Moskau seine Forderungen schließlich öffentlich fixierte und sich damit seinen Verhandlungsspielraum erheblich einschränkte, denn es konnte sich von seinen Forderungen nun nichts mehr abhandeln lassen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, es habe vor der Bundesregierung kapituliert.

- Wahrscheinlicher scheint die Erklärung, Moskau habe seine Forderungen so hochgeschraubt, um seinen sozialistischen Verbündeten, insbesondere Polen und der DDR, und, möglicherweise, einer Falkenfraktion im Kreml entgegenzukommen:

  - Das sowjetische Aide-mémoire vom 29. Januar stellte ausdrücklich fest, daß der von der SU am 12. Oktober und am 21. November definierte Standpunkt von den an-

deren sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, geteilt würde, mit denen die SU entsprechende Konsultationen geführt habe[92].

- Sowohl die DDR als auch Polen hatten den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit der BRD abgelehnt, falls die BRD sich weiterhin weigern sollte, die reale Lage in Europa anzuerkennen[93].

- Von entscheidender Bedeutung dürften aber jene strategischen Überlegungen gewesen sein, die auch die Politik der DDR bestimmt haben[94]; wäre die SU auf den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, so wie Bonn ihn plante, eingegangen, dann hätte sie das entscheidende Instrument verloren, mit dessen Hilfe sie Bonn zwingen konnte, seinen Standpunkt zu revidieren: Nach einem Gewaltverzicht hätte Moskau die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und der SU (und den anderen sozialistischen Staaten) nicht mehr verweigern können, denn sonst wäre sie unglaubwürdig geworden. Für die BRD, deren primäres Interesse ja die Normalisierung der Beziehungen war, hätte dann kein Anlaß mehr bestanden, ihren Standpunkt zu modifizieren.

Zu 3.:

Folgende Gründe können die SU veranlaßt haben, die Gewaltverzichtsverhandlungen mit der Bundesregierung Mitte 1968 abzubrechen:

- Der Abbruch der Verhandlungen lag sicherlich in der Konsequenz der Erkenntnis, daß die Standpunkte, die beide Seiten eingenommen hatten, nicht zu vereinbaren waren, denn beide Verhandlungspartner hatten völlig unterschiedliche Auffassungen über Inhalt und Funktion des Gewaltverzichtes entwickelt[95]:

  - Während die Bundesregierung den Gewaltverzicht als ersten Schritt zur Entspannung ihres Verhältnisses zu Moskau mit keinerlei Vorbedingungen belasten wollte, ihn also strikt auf den Gewaltverzicht beschränken wollte, wollte ihn die SU als Vehikel zur Durchsetzung ihrer gesamten Forderungen an die BRD benutzen, denn sie ging davon aus, daß ein Gewaltverzicht nur dann sinnvoll sein könne, wenn er Konfliktstoff beseitige und nicht nur ausklammere, das

heißt, sie betrachtete den Gewaltverzicht als Belohnung für die Anerkennung der Realitäten durch die BRD, und somit als Abschluß der Klärung der westdeutsch-sowjetischen Beziehungen, nicht aber als Beginn dieses Klärungsprozesses.

- Die zweite Kontroverse ergab sich aus der Tatsache, daß die SU und die BRD in allen Fragen, die die SU als "Grundfragen des Friedens und der Sicherheit in Europa"[96] vorab geregelt wissen wollte, unterschiedlicher Ansicht waren, in der Frage der Anerkennung der DDR ebenso wie in der Frage der Grenzen, des Münchner Abkommens, Westberlins, des Zugangs der BRD zu Kernwaffen und des Verbots der neonazistischen und militaristischen Organisationen in der BRD.

Die Gewaltverzichtsverhandlungen hatten somit bewiesen, daß sich Bonn und Moskau weder über den Inhalt noch über die Funktion des Gewaltverzichtes einig werden konnten. Da die SU 1969 aber erneut die Verhandlungen mit der BRD aufnahm, ohne daß eine der beiden Seiten ihren Standpunkt revidiert beziehungsweise modifiziert hätte, kann der Abbruch der Verhandlungen nicht allein in der Unvereinbarkeit der Standpunkte zugeschrieben werden.

- Nachdem die BRD ihren Standpunkt gegenüber den sowjetischen Forderungen definiert hatte, mußte der SU klar geworden sein, daß Bonn nur zu einem Übereinkommen bereit war, das Moskau kaum mehr als den Gewaltverzicht eines Staates eingebracht hätte, der ohnehin nicht in der Lage war die SU oder einen anderen sozialistischen Staat anzugreifen. Die SU konnte kein Interesse daran haben, dieses geringen Vorteils wegen darauf zu verzichten, das Interesse der BRD an einer Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten als Hebel zu benützen, um Bonn zur Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Realitäten zu zwingen, und die Interessen ihrer Verbündeten, insbesondere der DDR, die ähnlich gelagert waren wie ihre eigenen, zu vernachlässigen - und dies zu einem Zeitpunkt, an dem die SU wegen der Entwicklung in der CSSR nicht in der Lage war, die Bündnistreue ihrer Partner einer allzugroßen Belastungsprobe auszusetzen, denn sie bedurfte der Unterstützung dieser Staaten bei dem Versuch, das tschechoslowakische Experiment eines demokratischen Sozialismus unter Kontrolle zu halten.

- Es konnte, Anfang Juli 1968, auch deswegen nicht mehr im Interesse der SU sein, Gewaltverzichtserklärungen mit Bonn auszutauschen, weil sie damit eingestanden

hätte, daß sie gegenüber der CSSR die Einheit des sozialistischen Lagers nicht deswegen beschwor, weil sie die Pläne des Imperialismus durchkreuzen wollte, sondern weil sie das tschechoslowakische Experiment, das sich zu einem Konkurrenzmodell des sowjetischen Sozialismus zu entwickeln drohte, abzubrechen wünschte.

Das sowjetische Verhalten in der Auseinandersetzung um die Frage des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen war somit von folgenden Faktoren bestimmt:

Die SU war offensichtlich gewillt, ihre Beziehungen zur BRD (und damit auch die Beziehungen zwischen Bonn und den anderen sozialistischen Staaten) zu normalisieren. Dieser Wille resultierte zum einen sicherlich aus der Tatsache, daß die Mehrzahl der Staaten des Warschauer Vertrages Anfang 1967 deutlich ihr Interesse an einer Regelung ihrer Beziehungen zur BRD bekundet hatten, zum anderen entsprach die Absicht, die Beziehungen zur BRD zu normalisieren, auch dem sowjetischen Interesse, den territorialen und gesellschaftlichen Status quo in Europa endgültig festzuschreiben und die Spannungen in Europa zu entschärfen.

Dem Willen der SU, die Beziehungen zur BRD zu normalisieren, waren allerdings nach zwei Seiten hin Grenzen gesetzt: Die SU war nicht bereit, die Beziehungen zur BRD zu normalisieren, ohne daß Bonn den territorialen und gesellschaftlichen Status quo anerkannte. Im Gegensatz zu der Frage, unter welchen Bedingungen die sozialistischen Staaten diplomatische Beziehungen zur BRD aufnehmen sollten, ließ die SU die BRD in diesem Punkt niemals darüber im Ungewissen, daß eine Normalisierung der Beziehungen für sie nur in Frage kam, wenn die BRD den Status quo ausdrücklich anerkannte[97], das heißt, die SU war nicht bereit, das effektivste Instrument zur

Durchsetzung ihres zentralen Interesses - Sicherung des Status quo - aus der Hand zu geben, denn hätte sie einer Normalisierung der Beziehungen zugestimmt, ohne daß Bonn den Status quo anerkannt hätte, dann hätte sie Bonn kaum noch zur Anerkennung der bestehenden Realitäten zwingen können, weil dessen zentrales Interesse - die Normalisierung der Beziehungen - dann ja befriedigt gewesen wäre.

Außerdem bedurfte die SU des westdeutschen Imperialismus, um die sozialistischen Staaten zu disziplinieren: Durch die ständige Beschwörung der imperialistischen, insbesondere der westdeutschen, Gefahr, konnte sie hoffen, die sozialistischen Staaten würden sich, bedroht von dieser Gefahr, um die SU scharen. Da der Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen Bonn und Moskau aber geeignet war, den die Solidarität der sozialistischen Staaten, unter anderem, begründenden äußeren Druck zu reduzieren, konnte sich die SU nur in dem Maße auf Gewaltverzichtsverhandlungen mit der BRD einlassen, in dem die Einheit des sozialistischen Lagers auch ohne die Beschwörung der deutschen Gefahr gewährleistet war, was 1968 offensichtlich nicht mehr der Fall war.

8. KAPITEL: DIE ENTWICKLUNG DER BEZIEHUNGEN 1969

In den Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten, die zunächst vom Scheitern der ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung 1967, von der Ergebnislosigkeit des deutsch-deutschen Dialoges und vom Abbruch der sowjetisch-deutschen Gewaltverzichtsverhandlungen bestimmt gewesen waren, zeichnete sich 1969 eine Wende ab:

- Am 10. Juli 1969 erklärte Gromyko vor dem Obersten Sowjet, die sowjetische Regierung sei bereit, den Meinungsaustausch mit der Bundesregierung über Fragen des Gewaltverzichtes fortzusetzen und auch über andere Fragen der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen zu sprechen. Gromyko bot außerdem den drei Westalliierten an, "Meinungen darüber auszutauschen, wie jetzt und auf die Dauer die Komplikationen rund um Westberlin auszuschalten sind"[1]. Die SU erklärte sich nun auch bereit (freilich ohne ihre Grundsätze aufzugeben), die Probleme des Gewaltverzichtes in direkten Gesprächen in Moskau zu erörtern[2].

- Im September 1969 begannen in Ostberlin Verhandlungen zwischen den Verkehrsministern der beiden deutschen Staaten und Verhandlungen über den Postverkehr zwischen der BRD und der DDR[3], und zwar ohne daß Bonn die von der DDR an ihre Verhandlungsbereitschaft bislang geknüpften Bedingungen erfüllt hätte[4].

- Polen, das bislang die Regelung seiner Beziehungen zur BRD von der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten abhängig gemacht hatte[5], ergriff 1969 selbst wieder die Initiative: Gomulka erklärte, Polen sei jederzeit bereit, mit der BRD einen ähnlichen Grenzvertrag abzuschließen, wie ihn Warschau mit der DDR abgeschlossen hatte. Gomulka machte allerdings auch deutlich, daß Polen sich mit einer De-facto-Anerkennung der polnischen Grenzen nicht zufrieden geben würde[6, 7].

Polen, die DDR und die SU bekundeten somit eine neue Verhandlungsbereitschaft: Ohne ihre Grundsätze aufzugeben, waren sie nun bereit, direkte Verhandlungen mit Bonn zu führen, ohne daß dieses die Anerkennung des territorialen

und gesellschaftlichen Status quo Europas als Vorleistung erbracht hätte. Die DDR hatte allerdings zunächst versucht, diese Modifizierung der deutschlandpolitischen Taktik der sozialistischen Staaten zu verhindern, womit sie ein weiteres Mal einen, wenn auch nur begrenzten, Konflikt mit der SU (und zum ersten Mal auch mit Polen) wagte:

- Ulbricht stellte bereits im März 1969 fest, einen Modus vivendi könne es zwischen der DDR und der BRD solange nicht geben, solange Bonn der Lösung der Grundfrage ausweiche; die Grundfrage, "von der es nichts abzustreiten gibt, ist die völlige, ohne jegliche Einschränkung bestehende und anzuerkennende Gleichberechtigung der Deutschen Demokratischen Republik und der westdeutschen Bundesrepublik, das ist die Anerkennung des Status quo und der europäischen Grenzen, wie sie sich im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges herausgebildet haben"[8].

- Auf der 10. Tagung des ZK der SED wiederholte Ulbricht, die DDR sei bereit, ihre Beziehungen zu einer Bundesrepublik zu normalisieren, die ihre revanchistische Alleinvertretungsanmaßung und ihre Politik der Diskriminierung der DDR und ihrer Bürger über Bord geworfen habe, und er forderte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, denn staatsrechtliche Beziehungen könne es zwischen souveränen Staaten nicht geben[9].

Doch offenbar vermochte sich die DDR diesmal nicht durchzusetzen, denn im September schloß sie sich dem Kurs Polens und der SU an. Offenbar versuchten die sozialistischen Staaten nun, was sie mit ihrer Politik des Alles- oder-Nichts bisher versäumt hatten: Durch konkrete Verhandlungsangebote die Tiefe der Bonner Konzessionsbereitschaft auszuloten. Sie rechtfertigten diesen Wandel ihrer Taktik folgendermaßen[10]:

- Die SU begründete ihr Angebot, die Gewaltverzichtsverhandlungen fortzusetzen, lediglich mit einem allgemeinen Hinweis darauf, daß eine Wende in den Be-

ziehungen beider Staaten möglich sei und von der SU auch gewünscht werde, "wenn die BRD den Weg des Friedens schreiten wird. Dazu müssen die Pläne einer Revanche ... der Erkenntnis dessen Platz machen, daß die Zukunft der BRD mit deren bedeutenden ökonomischen und technischen Möglichkeiten in der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten so auch mit der Sowjetunion liegt."[11]

- Polen dagegen wurde wesentlich deutlicher: Gomulka stellte fest, nachdem "in der ganzen bisherigen Politik" Bonns der Kurs dominiert habe, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges zu revidieren und wieder ein imperialistisches großdeutsches Reich aufzubauen, machten sich nun "seit einer gewissen Zeit" "in bestimmten Kreisen" Tendenzen bemerkbar, "die auf Absichten in einer etwas anderen Richtung der Ostpolitik hinzuweisen scheinen". Obwohl Gomulka meinte, es sei schwierig, darüber zu urteilen, ob diese Tendenzen nur Taktik und politisches Manöver oder ob sie "Ausdruck des Versuches einer realistischen Einschätzung der Wirklichkeit Deutschlands und Europas" seien. Gomulka verwies dabei vor allem auf Äußerungen, die aus Kreisen der SPD gekommen waren, insbesondere auf die Brandt'sche Formel von der "Anerkennung beziehungsweise Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung". Gomulka bemängelte zwar, daß diese Formel nur auf eine De-facto-Anerkennung der polnischen Westgrenze hinauslaufe und daher potentiell revisionistisch sei, doch räumte er auch ein, gemessen am Standpunkt, den alle Bundesregierungen bislang eingenommen hätten, stelle die Brandt'sche Formel "einen Schritt nach vorn" dar[12].

Das polnische Angebot, einen Grenzvertrag mit der BRD abzuschließen, resultierte somit offenbar aus der Überzeugung, die Haltung der SPD in der Grenzfrage könne Verhandlungen zwischen Bonn und Warschau über die Regelung der polnisch-westdeutschen Beziehungen als Grundlage dienen. Da Brandt seine Formel von der "Anerkennung beziehungsweise Respektierung" bereits im März 1968 auf dem Nürnberger Parteitag der SPD geprägt hatte, ist zu fragen, warum Warschau erst ein Jahr später auf diese Formel einging.

- Erst nach der Intervention in der CSSR war die Tatsache in aller Deutlichkeit zu Tage getreten, daß SPD und CDU unterschiedliche Positionen in der Ostpolitik vertraten, daß die SPD dabei diejenige Partei war, die den sozialistischen Staaten weiter entgegenzukommen bereit war, während die CDU zur unfruchtbaren Konfrontationspolitik früherer Bundesregierungen zurückgekehrt war. So war es nur konsequent, daß Warschau die SPD im Bundestagswahlkampf unterstützte, indem sie den Wählern in der BRD zu verstehen gab, eine SPD-Regierung könne die Aussöhnung mit Polen verwirklichen, nicht aber eine CDU-Regierung, denn die CDU vertrete nach wie vor ihren revisionistischen Standpunkt in der Grenzfrage[13].

- Dieser Punkt vermag jedoch kaum die einjährige Verzögerung der polnischen Antwort auf die Brandt'sche Formel vollständig zu rechtfertigen, denn die Kontroversen zwischen CDU/CSU und SPD waren ja bereits unmittelbar nach der Intervention in der CSSR deutlich geworden; somit müssen auch noch die innersozialistischen Bedingungen zur Erklärung herangezogen werden: Im Jahre 1968 konnte es Polen kaum recht sein, durch eine differenzierte Betrachtungsweise der Lage in der BRD die Effizienz des Integrations- und Disziplinierungsinstrumentes "westdeutscher Imperialismus" zu reduzieren, denn es bedurfte aus innen- wie aus außenpolitischen Gründen dringend dieses Instrumentes; es galt nicht nur den verschärft restriktiven Kurs, den die PVAP innenpolitisch steuerte zu rechtfertigen[14], sondern auch die Einheit des sozialistischen Lagers gegen den tschechoslowakischen Revisionismus zu verteidigen. Polen konnte sein Feindbild daher nicht eher korrigieren, als es gelungen war, die Folgen der Märzereignisse und des Prager Reformkurses zu überwinden.

Diese Zusammenhänge dürften 1969 auch die Bereitschaft Moskaus begründet haben, die Gewaltverzichtsverhandlungen mit Bonn fortzusetzen:

- Der SU war es mit der Intervention gelungen, das Prager Experiment zu beenden und zu verhindern, daß weitere Staaten des Warschauer Vertrages dem tschechoslowakischen Beispiel folgten. Da somit 1969 die Einheit des sozialistischen Lagers nicht mehr so unmittelbar bedroht war wie noch 1968, konnte es die SU nun wagen, durch neue Gewaltverzichtsverhandlungen die integrative Effizienz des westdeutschen Imperialismus zu schwächen. Der Verzicht darauf, die sozialistischen Staaten durch

die Beschwörung der westdeutschen Gefahr zu disziplinieren, mußte der SU umso leichter fallen, als ihr die Notwendigkeit, in der CSSR zu intervenieren, ohnehin die Erkenntnis vermittelt haben mußte, daß dieses Instrument stumpf geworden war, war es doch nicht in der Lage gewesen zu verhindern, daß Prag seine eigenen Wege ging.

- Außerdem dürfte der Wahlkampf in der BRD auch der SU die Notwendigkeit vor Augen geführt haben, jenen Kräften sowjetische Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren, die die Intervention nicht zum Anlaß genommen hatten, die neue Ostpolitik als gescheitert zu betrachten, die kompromißbereit waren und es ablehnten, sich mit der unfruchtbaren Konfrontation rechtlicher und politischer Standpunkte zu begnügen.

Die Kompromißbereitschaft der SPD hatte somit die Sowjetunion und Polen veranlaßt, ihre Politik der Kompromißlosigkeit für den Fall zu überprüfen, daß die SPD die Regierungsgewalt in der BRD übernahm, doch die Tatsache, daß diese Überprüfung in eine neue Verhandlungsbereitschaft mündete, läßt sich nur (neben ihrem grundsätzlichen Interesse, den Status quo in Europa festzuschreiben), damit erklären, daß sowohl Polen als auch die SU die Einheit des sozialistischen Lagers und die innere Stabilität der sozialistischen Staaten keiner akuten Gefahr mehr ausgesetzt sahen.

Ergebnis

1.

Die Regierung der Großen Koalition scheiterte mit ihrer Außenpolitik dort, wo sie mit den fundamentalen Prinzipien sozialistischer Außenpolitik in Konflikt geriet, Prinzipien, in denen sich die Identität von marxistisch-leninistischen Überzeugungen, nationalen Interessen und sozialistischem Internationalismus wiederspiegelt. Sie konkretisieren sich in einer deutschlandpolitischen Programmatik des sozialistischen Lagers, die mit den ost- und deutschlandpolitischen Zielen der BRD nicht zu vereinbaren war: Alle Staaten des Warschauer Vertrages waren sich darin einig, daß eine Wiedervereinigung beider deutscher Staaten nur auf sozialistischer Basis möglich ist, daß Bonn keinen Zugang zu Kernwaffen erhalten dürfe und daß es den Status quo in Europa und somit die Tatsache anerkennen müsse, daß es zwei gleichberechtigte und souveräne deutsche Staaten gibt, daß die Frage der Grenzen bereits endgültig geregelt ist, daß Bonn keinen Anspruch auf Westberlin hat und daß das Münchner Abkommen von Anfang an ungültig gewesen ist.

Aus diesem Grunde mußte der Versuch der Großen Koalition, das sozialistische Lager durch die Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten zum Verzicht auf diese deutschlandpolitische Programmatik und zur Anerkennung der traditionellen Prinzipien und Ziele westdeutscher Außenpolitik zu bewegen, scheitern. Denn ein Normalisierungsprozeß hätte allenfalls Probleme des praktischen Zusammenlebens mit den sozialistischen Staaten zu lösen vermocht, was zu einem Abbau des Gefühls der Bedrohung hätte führen können. Was er jedoch nicht vermochte, war, die grundsätzliche Gegnerschaft

zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten zu überwinden, die sozialistischen Staaten dazu zu bewegen, die DDR einem kapitalistischen wiedervereinigten Deutschland zu opfern oder gar den Willen zu lähmen, in gesicherten Grenzen und frei von Furcht vor westdeutschen Kernwaffen zu leben. Die Politik der Bundesregierung mußte somit erfolglos bleiben, solange sich Bonn nicht entschloß, die Normalisierung nicht als ein Etappenziel zur Wiedervereinigung, sondern als ein eigenständiges Ziel zu betrachten.

Der Versuch der Bundesregierung, in ihrer neuen Ostpolitik den Entspannungsprozeß und den Wiedervereinigungsprozeß zu synchronisieren, war jedoch nicht nur ungeeignet, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Vielmehr mußte er auch bei dem bescheideneren Ziel der Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und dem sozialistischen Lager scheitern. Zwar gab die Bundesregierung der Großen Koalition in ihrer neuen Ostpolitik Positionen auf, die sie bislang noch verteidigt hatte: Sie akzeptierte die DDR als Verhandlungspartner und hob die Hallstein-Doktrin für die sozialistischen Staaten auf. Aber sie weigerte sich gleichzeitig, die "Lebensrechte des deutschen Volkes" preiszugeben. Damit stellte sie die sozialistischen Staaten, die durchweg ein Interesse an der Normalisierung hatten, vor die Wahl, entweder hinzunehmen, daß Bonn Fragen als umstritten behandelte, die sie selbst längst als gelöst betrachteten oder auf die Normalisierung der Beziehungen zu verzichten. Indem die Bundesregierung diese Alternative zum Inhalt ihrer neuen Ostpolitik machte, bedrohte sie die Einheit des sozialistischen Lagers - und dies sogar in doppelter Hinsicht:

- Eine Normalisierung der Beziehungen hätte den imperialistischen Druck, der auf dem sozialistischen Lager lastete und damit den Zwang zur Einheit vermindert. Eines der konstitutiven Elemente der sozialistischen Einheit wäre tendenziell aufgehoben worden; zugleich hätte eine Normalisierung einzelnen sozialistischen Staaten eine Alternative zu ihrer einseitigen Orientierung auf den Warschauer Vertrag und den RGW und damit die Möglichkeit geboten, sich mehr Bewegungsfreiheit im sozialistischen Lager zu verschaffen, und zwar ohne daß sich die Politik des nach der Analyse der sozialistischen Staaten aggressivsten imperialistischen Staates nach den USA, der BRD, im Kern geändert hätte.

- Indem die Bundesregierung der Großen Koalition versuchte, ihre Beziehungen zunächst zu jenen Staaten des sozialistischen Lagers zu normalisieren, die durch die deutschen Rechtspositionen nicht unmittelbar betroffen werden und damit eine Politik der differenzierenden und selektiven Annäherung betrieb, bedrohte sie zugleich die deutschlandpolitische Einheit des sozialistischen Lagers.

Die Regierung der Großen Koalition bedrohte somit, als sie den Entspannungsprozeß und den Wiedervereinigungsprozeß synchronisierte und damit gleichzeitig den Erosionsprozeß im sozialistischen Lager für ihre Wiedervereinigungspolitik zu nutzen versuchte, die Einheit des sozialistischen Lagers allgemein und seine deutschlandpolitische Einheit speziell. Eine solche Politik hätte allenfalls dann Erfolg haben können, wenn es der Bundesregierung gelungen wäre, jene Staaten im sozialistischen Lager zu isolieren, die durch die westdeutschen Rechtsansprüche am unmittelbarsten betroffen wurden und die daher das größte Interesse am Scheitern der neuen Ostpolitik und zugleich am Zusammenhalt des sozialistischen Lagers hatten: Die DDR und die Volksrepublik Polen, die durch die Nichtanerkennung des Status quo durch Bonn in ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz beziehungsweise in ihrer territorialen Integrität bedroht wurden. Diese beiden Staa-

ten im sozialistischen Lager zu isolieren, hätte vor allem bedeutet, sie von der Sowjetunion zu isolieren. Indem jedoch die neue Ostpolitik die Einheit des sozialistischen Lagers bedrohte, bedrohte sie zugleich die sowjetische Führungsrolle im sozialistischen Lager: Insofern richtete sich die neue Ostpolitik nicht nur gegen die DDR und Polen, sondern verletzte ebenso elementare Interessen der Sowjetunion. Hätte die Sowjetunion auf die Bonner Initiativen positiv reagiert, so hätte sie sich zudem dem Vorwurf ausgesetzt (der ihr insbesondere von der Volksrepublik China gemacht worden ist), zwei vom Imperialismus bedrohte Staaten des sozialistischen Lagres im Stich gelassen zu haben.

Der Versuch, die Beziehungen zu allen sozialistischen Staaten bei gleichzeitiger und fortdauernder Nichtanerkennung des Status quo zu normalisieren, war also zum Scheitern verurteilt - allenfalls konnte Bonn erwarten, seine Beziehungen zu Rumänien, zu Bulgarien, zu Ungarn und - im Fall einer einvernehmlichen Einigung über das Münchner Abkommen - zur CSSR zu normalisieren. Auch dieses bescheidenere Konzept hatte für Bonn noch seine Vorteile, konnte es doch gegenüber der Weltöffentlichkeit und insbesondere gegenüber den eigenen Verbündeten den Beweis eigener Entspannungswilligkeit leisten und das Scheitern der Entspannungspolitik dem sozialistischen Lager - insbesondere der Sowjetunion, der DDR und Polen - anlasten. Doch auch hier konnte die BRD bei sorgfältiger Analyse der im sozialistischen Lager herrschenden Bedingungen kaum erwarten, daß alle diese Staaten auf ihre Initiativen eingehen würden. Zwar zeigten sie alle ein deutliches Interesse an einer Normalisierung ihrer Beziehungen zu Bonn, doch Bonn hätte sich vor Augen halten müssen, daß in keinem dieser Länder dieses Interesse ähnlich stark war wie das Interesse der übrigen sozialistischen Staaten, die Ostpolitik Bonns scheitern zu lassen. Konkret:

Die BRD konnte eine positive Antwort auf ihre Initiativen nur von jenen Staaten erwarten, deren außerhalb ihrer deutschlandpolitischen Ziele liegenden Interessen so stark waren, daß sie auch dann ihre Beziehungen zur BRD normalisieren würden, wenn dies zu Auseinandersetzungen mit der SU, mit Polen und mit der DDR führen würde. Dies aber war nur bei Rumänien der Fall, denn dieses, ohnehin darauf bedacht, sich der sowjetischen Bevormundung zu entziehen und einen unabhängigen Kurs zu steuern, war bereit, den Konflikt mit der SU zu wagen, konnte es doch hier erneut seine Unabhängigkeit demonstrieren. Bulgarien und Ungarn dagegen waren nicht bereit, es zu einem Konflikt mit der SU und anderen sozialistischen Staaten kommen zu lassen, Bulgarien nicht, weil es ohnehin stets dem sowjetischen Vorbild folgte, und Ungarn nicht, weil es dem Bemühen Priorität einräumte, seine unabhängige innenpolitische Entwicklung außenpolitisch abzusichern, weshalb es nicht willens war, das Mißtrauen der SU auch noch im außenpolitischen Bereich auf sich zu ziehen.

Daher wurde auch das Ziel Bonns, seine Beziehungen zu den sozialistischen Staaten zu normalisieren, die durch die Bonner Rechtsansprüche nicht unmittelbar betroffen wurden (mit dem Ausnahmefall Rumänien), verfehlt, und zwar deswegen, weil die Bonner Politik geeignet war, die Einheit des sozialistischen Lagers zu bedrohen und weil - und solange als - die Sowjetunion und wichtige andere Staaten des Warschauer Vertrages diese Einheit durch die Beschwörung des westdeutschen Militarismus und Revanchismus fördern zu können glaubten - was zumindest solange ein erfolgreiches Integrationsinstrument bleiben mußte, als Bonn durch die Nichtanerkennung des Status quo diese These rechtfertigte.

2.

Für die Beurteilung der Deutschlandpolitik der Staaten des sozialistischen Lagers ist die Analyse ihrer gesellschaftspolitischen Komponente von noch größerer Bedeutung als die ihrer spezifisch außen- und sicherheitspolitischen Komponente. Denn neben dem strategischen Patt und der Entwicklung der Waffentechnik sind es vor allem die im sozialistischen Lager bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen, die die sozialistischen Staaten zu einer Politik der friedlichen Koexistenz nötigen; insofern fließt in die konkrete Deutschlandpolitik des sozialistischen Lagers das grundsätzliche Problem der Gestaltung der Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein.

Vor allem zwei Komplexe sind hier zu nennen:

- Nach dem Sieg der sozialistischen Produktionsweise sind die sozialistischen Länder ihrer eigenen Analyse zufolge in der Entwicklung zu einer Gesellschaft begriffen, deren Einheit nicht mehr durch Terror erzwungen, sondern durch die Identität aller Klassen und Schichten mit dem Sozialismus ermöglicht wird. Eine solche Entwicklung erfordert die Reform der ökonomischen und politischen Leitungssysteme, die nur dann nicht die Herrschaft der kommunistischen Parteien gefährdet, wenn es ihnen gelingt, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung in ihren Ländern entscheidend zu verbessern, das heißt vor allem, die Produktion von Konsumgütern zu vergrößern. Denn nachdem die Existenz der sozialistischen Staaten gesichert ist und die Voraussetzungen für die Erhöhung des Volkswohlstandes geschaffen worden sind, ist es nicht weiter möglich, unter Berufung auf den nationalen und internationalen Klassenkampf von der Bevölkerung Konsumverzicht zu verlangen.

  Da die sozialistischen Staaten jedoch der Entwicklung der Schwer- und Rüstungsindustrie den Vorrang einräumen müssen, um trotz der Entspannungs- und Abrüstungspolitik auf eine mögliche Verschärfung des Ost-West-Konflikts vorbereitet zu sein, stellt für sie die "Vervollkommnung des Systems der außenwirtschaftlichen

Beziehungen" eine "bedeutende Reserve zur Steigerung des wirtschaftlichen Nutzens der Volkswirtschaft"[1] dar. Die sozialistischen Staaten sind daher nicht nur an einer Verstärkung ihrer Zusammenarbeit im RGW interessiert, sondern vor allem auch daran, den Außenhandel mit den kapitalistischen Staaten zu steigern, die technische Zusammenarbeit zu verbessern und billige Kredite vom Westen zu erhalten. Dies ist jedoch nur unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz zu erreichen.

- Der Zwang zur friedlichen Koexistenz wird gesteigert durch die Tatsache, daß es aufgrund der Entwicklung der Nachrichtentechnik und durch Erhöhung des kulturellen und touristischen Austausches als einer zwangsläufigen Begleiterscheinung der Entspannungspolitik nicht mehr möglich ist, die Bevölkerung der sozialistischen Länder gegen jeden Einfluß von außen abzuschirmen. Der dadurch mögliche Vergleich zwischen der Lebensweise im Sozialismus und den Lebensbedingungen in den entwickelten kapitalistischen Staaten weckt Bedürfnisse, denen die kommunistischen Parteien Rechnung tragen müssen.

So zur friedlichen Koexistenz genötigt, fürchten die sozialistischen Staaten jedoch gleichzeitig die demobilisierenden Konsequenzen der Koexistenz besonders im Bereich der Ideologie. Nach der Auffassung der kommunistischen Parteien kann die Politik der friedlichen Koexistenz die Illusion einer "ewig dauernden und allumfassenden Verständigung zwischen den beiden Systemen"[2] fördern und so die weiterbestehenden antagonistischen Widersprüche zwischen Imperialismus und Sozialismus verdecken; zugleich kann sie angesichts der noch bestehenden ökonomischen Überlegenheit der entwickelten kapitalistischen Länder "Auflösungstendenzen" anregen, "innerhalb des sozialistischen Weltsystems (zum Beispiel eine Konjunktur für das jugoslawische Modell) wie auch innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung (Stimulierung des Sozialdemokratismus)"[3].

Die These, die ökonomische Überlegenheit der entwickelten kapitalistischen Staaten sei eine Quelle des Revi-

sionismus, die Forderung, die sozialistischen Staaten müßten alle ihre Probleme aus eigener Kraft bewältigen, der ständige Appell, die sozialistischen Staaten müßten ihre Einheit und Geschlossenheit wahren, das Postulat, Koexistenz könne es auf ideologischer Ebene nicht geben, die Angriffe gegen die Konvergenztheorie - all dies spiegelt die Furcht der kommunistischen Parteien wieder, Entspannung und Koexistenz könnten die Konsolidierung ihrer Herrschaft und den globalen Sieg des Sozialismus behindern. Um die demobilisierenden Konsequenzen aus der Koexistenzpolitik zu bekämpfen, steht den sozialistischen Staaten grundsätzlich folgende Alternative offen:

- Sie könnten versuchen, die Positionen des Kalten Krieges zu verteidigen und die Koexistenzpolitik auf das Bemühen reduzieren, die Ausweitung der Konfrontation zwischen Imperialismus und Sozialismus zu einem militärischen Konflikt zu vermeiden. In der Außenpolitik hätte dies den Versuch einer völligen Abkapselung vom Westen, in der Außenwirtschaftspolitik das Bemühen um völlige ökonomische Autarkie gegenüber dem Westen und innenpolitisch die Aufrechterhaltung einer Art von "Kriegskommunismus" zur Folge, was ökonomisch die Rückkehr zur Doktrin der absoluten Priorität der Schwerindustrie und politisch die Beibehaltung der administrativen Leitungsmethoden bedeuten würde. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten stünden dann unter dem Diktat der Doktrin der absoluten Einheit, die jede Regung der Unabhängigkeit eines sozialistischen Staates als Verrat am Sozialismus unterdrücken würde.

- Sie könnten die Politik der Koexistenz im Sinn einer völligen Öffnung nach dem Westen hin betreiben und ihre ökonomischen und gesellschaftlichen Leitungssysteme etwa in der Weise verändern, wie dies die KPC unter Dubceks Führung versucht hat, das heißt den administrativen Leitungsmethoden abschwören und die sozialistischen Gesellschaften konsequent demokratisieren, was die Aufgabe der derzeitigen Form der Doktrin der führenden Rolle der kommunistischen Partei implizieren würde.

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, daß sich die sozialistischen Staaten - sieht man einmal von der Episode des Prager Reformexperimentes ab - weder für die erste noch für die zweite Möglichkeit entscheiden wollten, mit dem Westen zu koexistieren. Sie versuchten vielmehr, die Vorteile beider Wege zu nützen und ihre Nachteile zu vermeiden. Sie bemühten sich zum einen zwar um eine größere Effizienz ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Leitungssysteme, um die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung durch die Erhöhung der Konsumgüterproduktion, allgemein um eine breite Konsensbildung auf der Grundlage des Sozialismus. Gleichzeitig setzten sie diesem Bemühen jedoch enge Grenzen, bestanden auf der Priorität der Schwer- und Rüstungsindustrie und auf der traditionellen Form der Doktrin der führenden Rolle der Partei und sorgten dafür, daß diese Grenzen von allen Kommunistischen Parteien des Warschauer Vertrages geachtet wurden. Vor allem um sich die ökonomischen Vorteile der Koexistenzpolitik zu sichern, waren sie zum anderen zwar bereit, ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern einschließlich der BRD zu normalisieren. Gleichzeitig setzten sie jedoch die ideologische Konfrontation fort und hielten die Barrieren aufrecht, die sie gegen einen allzu intensiven "Personen- und Ideenaustausch", gegen den kulturellen und touristischen Austausch, errichtet hatten, und sie versuchten zu verhindern, daß sie in ökonomische Abhängigkeit gerieten und ihre antiimperialistische Aktionseinheit zerbrach. Im Zweifelsfalle wandten sie sich dabei stets gegen die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Westen und räumten somit dem Bemühen Priorität ein, die führende Rolle der Partei und die ideologische, ökonomische und politische Einheit des sozialistischen Lagers zu wahren. Da die Bundesregierung nicht nur nicht in der Lage war, diese Prioritäten zu ändern, sondern da ihre Ostpolitik

diese Prioritäten auch noch mißachtete, mußte ihr Versuch, die Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten auf der Basis der Nichtanerkennung des Status quo zu normalisieren, scheitern.

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AK	Außenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik
B	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BKP	Bulgarische Kommunistische Partei
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DRV	Demokratische Republik Vietnam
DtAPol	Deutsche Außenpolitik, Hrsg.: Institut für Internationale Beziehungen, Berlin
DZ	Dokumentation der Zeit, Informationsarchiv, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin.
E	Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
EA	Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
ECE	Economic Commission for Europe, Unterorganisation des ECOSOC
ECOSOC	Economic and Social Council (Wirtschafts- und Sozialrat der UNO)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
IA	International Affairs, A Monthly Journal of Political Analysis, Moscow.
IB	Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau
InB	Informationsbulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Wien
IP	Internationale Politik, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur, hrsg. vom Journalistenverband Jugoslawiens, Belgrad
KPC	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KVDR	Koreanische Volksdemokratische Republik
M	Deutsche Welle - Monitor Dienst

MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
ND	Neues Deutschland, Organ des ZK der SED
NHQ	New Hungarian Quarterley, Budapest
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
PdFS	Probleme des Friedens und des Sozialismus, Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information, Berlin/Prag
PI	Presse-Information, Presseabteilung der Polnischen Militärmission in Berlin
PSK	Politisch Soziale Korrespondenz (CDU)
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PVS	Politische Vierteljahresschrift, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft
RKP	Rumänische Kommunistische Partei
S	Survival, The Journal of the Institute for Strategic Studies, London
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien
SRR	Sozialistische Republik Rumänien
SU	Sowjetunion
SUH	Sowjetunion Heute, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
VRB	Volksrepublik Bulgarien
VRCh	Volksrepublik China
VRP	Volksrepublik Polen
VRU	Volksrepublik Ungarn
VZ	Volkszeitung, Prag
ZK	Zentralkomitee

ANMERKUNGEN

Einleitung

Die hinter der Angabe a.a.O. angeführten Zahlen in Klammern geben die Anmerkung wieder, in der die betreffende Quelle zum ersten Mal vollständig angegeben wurde, wobei die erste Zahl das Kapitel angibt, und die zweite Zahl die betreffende Anmerkung.

1 Der Arbeitstitel dieses Projektes lautet: Die Große Koalition, Grenzen und Möglichkeiten der deutschen Außenpolitik.

2 Die drei Arbeiten, die sich mit den "inneren Grenzen" befassen, analysieren die außenpolitischen Konzeptionen von CDU (Henning Storz), SPD (Claudia von Braunmühl) und CSU (Detlef Bischoff) sowie deren Einfluß auf die Außenpolitik der Großen Koalition. Die beiden Arbeiten, die die "äußeren Grenzen" zum Gegenstand haben, untersuchen die Bedeutung des westlichen (Bolko von Oetinger) beziehungsweise des sozialistischen (Paul von Kodolitsch) Systems für die Außenpolitik der Großen Koalition.

3 So der Untertitel von: Ernst-Otto Czempiel (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität, PVS, Sonderheft Nr. 1, 10. Jg., 1969.

4 Albanien bleibt, obwohl es erst am 13. September 1968 aus dem Warschauer Vertrag austrat, von vornherein unberücksichtigt, da es sich schon lange vor seinem Austritt faktisch nicht mehr an der Arbeit des Warschauer Vertrages beteiligt hatte.

5 Zum Zustand der Teildisziplin "internationale Beziehungen" der Politikwissenschaft und der Theoriebildung im Bereich des Verhältnisses von Innen- und Außenpolitik vgl. u. a.: Karl Kaiser, Transnationale Politik, in: Ernst-Otto Czempiel (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität, a.a.O. (Einleitung/3), S. 80 - 109, hier S. 80 ff., oder: Dieter Senghaas, Horizonte einer Disziplin, in: PVS, 6. Jg., 1965, Heft 3, S. 375 - 410, oder: Ernst-Otto Czempiel, Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen, in: PVS, 6. Jg., 1965, Heft 3, S. 270 - 290.

6 So der Titel einer Untersuchung von Boris Meissner, in: Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, hrsg. v. Boris Meissner und Gotthold Rhode, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1970, S. 9 - 40.

Diesen Ansatz vertreten unter anderen:

- George F. Kennan (Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961) sieht die sowjetische Außenpolitik zum einen von der marxistisch-leninistischen Ideologie und zum anderen von den von jedem Staat verfolgten nationalen Interessen bestimmt (S. 522 ff.).

- Elliot R. Goodman (The Soviet Design for a World State, with a Foreword by Philip E. Mosely, New York 1960) geht davon aus, daß der russische Nationalismus die ideologische Zielsetzung der SU, die kommunistische Gesellschaft über die ganze Welt zu verbreiten, zu der Absicht werden ließ, die Welt zu russifizieren (S. 128).

- Wladyslaw W. Kulski (Peaceful Co-Existence, An Analysis of Soviet Foreign Policy, Chicago, 1959) geht ebenfalls davon aus, daß die sowjetische Außenpolitik von der marxistisch-leninistischen Ideologie und vom russischen Nationalismus bestimmt wird.

- Richard Löwenthal (Geleitwort zu: Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929 - 1934, Berlin 1970, S. V - IX) sieht die sowjetische Außenpolitik von ihrer ideologischen Zielsetzung und von den objektiven Zwängen der staatlichen Selbsterhaltung in einer gegebenen internationalen Konstellation" (S. V) bestimmt, wobei die Ideologie "... das kommunistische Herrschaftssystem als Vorläufer und Kraftreserve einer weltweiten gesellschaftlichen Umwälzung (rechtfertigt) und ... damit für ihre Gläubigen einen letztlich unüberbrückbaren Konflikt zur nichtkommunistischen Welt (begründet) ..." (S. VI).

- Boris Meissner (a.a.O. (Einleitung/6)) unterscheidet ein "weltrevolutionäres", ein "nationalistisches", ein "totalitäres" Element und den "weltpolitischen Aspekt" der sowjetischen Außenpolitik. Er geht davon aus, daß das weltrevolutionäre Element nur noch von geringer Bedeutung ist, daß die nationalistischen und totalitären Antriebe die Außenpolitik der SU weitgehend bestimmen (vgl. auch: ders., Die sowjetische Theorie der Außenpolitik, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. I Abbildtheorie bis Diktatur des Proletariates, Freiburg, Basel, Wien 1966, S. 531 - 546).

- Zbigniew K. Brzezinski (Ideology and Power in Soviet Politics, revised Edition, New York, Washington,

London 1966 (Erstveröffentlichung 1962)) bezeichnet die Unterscheidung zwischen "ideological and power considerations" zwar als "an artificial abstraction" und als "a rather misleading issue" (S. 4), doch zugleich ist er überzeugt davon, daß "the blending of ideology with power" das Hauptcharakteristikum kommunistischer Politik ist (S. 5).

8 Boris Meissner, Triebkräfte ..., a.a.O. (Einleitung/6) führt als Beispiel für die Verletzung marxistisch-leninistischer Prinzipien den Bau der Mauer in Berlin (sowie die Intervention in der CSSR) an: Lenins Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker lasse "bei aller weltrevolutionären Relativierung" eine Teilung von Nationen nicht zu (S. 29).

9 Ebenda S. 29 und S. 30.

10 Boris Meissner hat zum Beispiel seine Feststellung, Lenins Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker lasse eine Teilung von Nationen nicht zu (vgl. oben Anm. 8), nicht belegt, obwohl durchaus andere Ansichten vertretbar erscheinen und auch vertreten werden: so zum Beispiel von Walter Grottian, Lenins Anleitung zum Handeln, Theorie und Praxis sowjetischer Außenpolitik, Köln und Opladen 1962, S. 151 - 157.

11 So hypothetisch: Martin Jänicke, Totalitäre Herrschaft, Anatomie eines politischen Begriffs, Heft 13 der soziologischen Abhandlungen, sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, hrsg. von D. Claessens, R. Mayntz-Trier, O. Stammer, Berlin 1971, S. 238 f.

12 So: Peter Christian Ludz, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: PVS, 2. Jg., Heft 4, Dezember 1961, S. 319 - 348, S. 335 f. Ähnlich auch Jänicke, a.a.O. (Einleitung/11), der von der Erhöhung des Realitätsbezuges des Regimes spricht (S. 239).

13 Boris Meissner etwa konstatiert zwar den Wandel des "despotischen" zum "aufgeklärten Totalitarismus" unter Chruschtschow und zum "Neostalinismus" unter Breshnew und Kossygin - Peter Christian Ludz (Parteielite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. unveränderte Aufl., Köln und Opladen 1968, S. 13 f.) spricht vom Wandel des totalitären Herrschaftssystems zu einem autoritären System -, doch er

stellt demgegenüber fest, der totalitäre Charakter der sowjetischen Außenpolitik habe sich "nur wenig" verändert, wie u. a. das Kuba-Unternehmen, die Niederwerfung des ungarischen Aufstandes und die Intervention in der CSSR beweise (Boris Meissner, a.a.O. (Einleitung/6), S. 29).

Abgesehen davon, daß selbst dieses "nur wenig" näher ausgeführt werden müßte, abgesehen auch davon, daß die Charakterisierung des Regimes von Breshnew und Kossygin als neostalinistisch höchst mißverständlich ist, ist die These Meissners, der totalitäre Charakter der sowjetischen Außenpolitik habe sich nicht (beziehungsweise nur wenig) geändert, nicht in Einklang mit seiner These zu bringen, daß der Totalitarismus von der Identität innen- und außenpolitischer Machtentfaltung gekennzeichnet sei (ebenda S. 28), denn wenn sich die innenpolitische Machtentfaltung geändert hat, wovon er ausgeht, müßte sich auch die äußere geändert haben, sollte diese These zutreffen. Er müßte seine Ansichten also schon besser begründen als nur mit dem Hinweis auf Kuba, Ungarn und die CSSR. Hinzu kommt außerdem, daß die Komplexität der sowjetischen Außenpolitik wohl kaum ganz erfaßt werden kann, wenn man sie auf so extreme Verhaltensweisen reduziert, wie sie Moskau in Kuba, Ungarn und in der CSSR zeigte.

14 Boris Meissner zum Beispiel spricht vom "sowjetischen Hegemonialverband" (den europäischen sozialistischen Staaten), von den "Vasallen" der SU - und dies, obwohl er sich durchaus darüber im klaren ist, daß der "Ostblock" nicht mehr die "monolithische Einheit" der Vergangenheit darstellt (Meissner, a.a.O. (Einleitung/6) S. 31 und S. 32).

15 Hier ergeben sich durchaus Parallelen zum oben angedeuteten Wandlungsprozeß innerhalb der sozialistischen Staaten, und es wäre sicherlich interessant und auch notwendig, diese Zusammenhänge zu analysieren.

16 Die Analyse der innersozialistischen Bedingungen reflektiert somit die von Karl Kaiser angesprochenen "transnationalen Kräfte" (Kaiser, Transnationale Politik, a.a.O. (Einleitung/5)), ohne dessen Ansatz jedoch konsequent anzuwenden.

17 Vgl. dazu Hanrieders Begriff der "Kompatibilität", in: Wolfram F. Hanrieder, West German Foreign Policy 1949 - 1963, International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967.

[18] So Schröder am 13. 8. 1966, in: B, Nr. 109, 19. 8. 1966.

[19] "Friedensnote" vom 25. März 1966, in: EA, F 7/1966, S. D 171 ff.

[20] So Schröder am 13. 8. 1966, a.a.O. (Einleitung/18)

[21] Statt des Begriffs sozialistisches Lager verwenden die sozialistischen Staaten heute zumeist den Begriff "sozialistische Gemeinschaft". In dieser Arbeit wird der Begriff sozialistisches Lager lediglich als Synonym für die Staaten des Warschauer Vertrages angewandt, das heißt nicht in dem Sinne benutzt, den ihm die sozialistischen Staaten zugrunde legen.

[22] Kiesinger, Interview mit der "Schwäbischen Zeitung", in: B, Nr. 1, 3. Januar 1967.

[23] Am deutlichsten kommt dies in der Entschließung des Bundestages vom 26. 9. 1968 zum Ausdruck, in: EA, F 8/1969, S. D 179 f.

[24] Regierungserklärung vom 13. 12. 1966, in: B, Nr. 157, 14. Dezember 1966.

[25] "Friedensnote" vom 25. 3. 1966, a.a.O. (Einleitung/19).

[26] Kiesinger-Interview in der "Schwäbischen Zeitung", a.a.O. (Einleitung/22).

[27] "Leitsätze zur Deutschlandpolitik", in: B, Nr. 38, 14. April 1967, in der Regierungserklärung vom 12. 4. 1967 formuliert.

[28] "Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland" vom 11. 3. 1968, in: B, Nr. 33 vom 12. 3. 1968.

[29] Ebenda

[30] Regierungserklärung vom 14. 6. 1967, in: B, Nr. 63 vom 15. 6. 1967.

[31] Kiesinger vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 23. 6. 1967, in: B, Nr. 67 vom 27. 6. 1967.

[32] Bericht zur Lage der Nation vom 11. 3. 1968, a.a.O. (Einleitung/28).

[33] Regierungserklärung vom 14. 6. 1967, a.a.O. (Einleitung/30).

[34] Der sowjetische Anspruch, ihrer Außenpolitik lägen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zugrunde, wird von sozialistischer (vgl. den Vorwurf Pekings vom "Sozialimperialismus", den unter anderen Lin Piao auf dem IX. Parteitag der KPCh erhob, in: EA, F 14/1969, S. D 343 - 350, D 346) ebenso wie von westlicher Seite bestritten (vgl. unter anderem Boris Meissner, a.a.O. (Einleitung/6, S. 22).

[35] Die CDU wollte diesen Effekt und hatte ihn in ihre Politik einkalkuliert (vgl.: Henning Storz, Die außenpolitische Konzeption der CDU in der Zeit der Großen Koalition, phil. Diss., Freie Universität Berlin, Berlin 1972, S. 235 ff.

[36] Diese Beschränktheit ergibt sich nicht nur aus den allgemeinen Schwierigkeiten jeder Forschung in den sozialistischen Staaten (Undurchführbarkeit empirischer Erhebungen, weitgehende Intransparenz aller Entscheidungsvorgänge, bewußte Verweigerung der Einsichtnahme von außen etc.), sondern auch aus den besonderen Schwierigkeiten der vorliegenden Studie (es müßten Quellen aus 7 verschiedenen Staaten mit 7 verschiedenen Sprachen für einen Zeitraum von 3 Jahren herangezogen werden) und aus den allgemeinen Problemen, die jede zeitgeschichtliche Arbeit aufwirft. Relativiert wird diese Beschränktheit allerdings durch die Tatsache, daß das, was die sozialistischen Staaten veröffentlichen, auch tatsächlich von großer Bedeutung für die Analyse ihrer Politik ist, und daß all dies, wegen seiner Bedeutung, auch im Westen zugänglich ist, weil es die sozialistischen Staaten selbst oder Informationsdienste im Westen veröffentlichen.

[37] Damit ist allerdings nicht gesagt, Kommunisten meinten, wie Hitler in "mein Kampf" auch, das, was sie sagen, wie Karl Damm (CDU) feststellte (vgl.: Welt vom 25. 6. 1968.

[38] Vgl. oben S. 4 f.

39 Die Sowjetologie befaßt sich mit einem im allgemeinen als feindlich angesehenen System, basiert somit meist auf antikommunistischen Intentionen. Dies kann nicht nur zu Fehleinschätzungen der sowjetischen Politik führen (zum Beispiel durch die Fixierung auf den Totalitarismusbegriff, vgl. oben Anm. 13), sondern auch zur Selbstbeschränkung der Sowjetologie auf ihre Funktionen im Rahmen einer antikommunistischen Strategie und zur unfruchtbaren Konfrontation vorwiegend wertorientierter Standpunkte (was allerdings nicht naiver Wertfreiheit das Wort reden soll, sondern lediglich davor warnen will, unkritisch ein System an Wertvorstellungen zu messen, die in einem ganz anderen System entstanden sind und angewandt werden).

1. Kapitel

[1] So das Hauptdokument der Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969: "Die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus in der gegenwärtigen Etappe und die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte", beschlossen am 17. Juni 1969, in: Beilage der Zeitschrift "Sowjetunion heute", Nr. 13 vom 1. Juli 1969, S. 3. Ansichten und Vorstellungen, die alle sozialistischen Staaten teilen, werden im Folgenden nicht durch Stellungnahmen der einzelnen sozialistischen Staaten, sondern durch kollektive Beschlüsse belegt, soweit solche Beschlüsse vorliegen. Als kollektive Beschlüsse der sozialistischen Staaten werden auch solche Beschlüsse behandelt, an denen nicht nur die sozialistischen Staaten mitwirkten, sondern zum Beispiel auch andere kommunistische und Arbeiterparteien, wie dies unter anderem bei der Moskauer Beratung von 1969 der Fall war.

[2] Vgl.: Shiwkow, Todor, 1. Sekretär des ZK der BKP, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, am 12. 11. 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, 1968, S. 326 - 334, S. 328; Ceausescu, Nicolae, Generalsekretär der RKP, Rede anläßlich des 45. Jahrestages der Gründung der RKP am 7. Mai 1966, Auszüge in: EA, F 12/1966, D 303 - 314, S. D 308; Ulbricht, Walter, 1. Sekretär des ZK der SED, Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx, Berlin 1968, S. 29; ZK der KPdSU, Thesen, 50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution, Juni 1967, in: ND 28. 6. 1967; Kadar, Janos, 1. Sekretär des ZK der USAP, Rede auf der Moskauer Konferenz, Juni 1969, in: Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Prag 1969, S. 398 - 412, S. 400; Kliszko, Zenon, Mitglied des Politbüros, Sekretär des ZK der PVAP, Über die aktuellen Aufgaben in der politischen Arbeit der Partei, 16. 5. 1967, in: IB, Nr. 5, Mai 1967, S. 19 - 87, S. 27; Novotny, Antonin, 1. Sekretär des ZK der KPC, Rede auf der Konferenz von Karlovy Vary (Karlsbad) vom 25. 4. 1967, in: ND vom 26. 4. 1967; Aktionsprogramm der KPC, angenommen auf der Plenartagung des ZK der KPC vom 5. April 1968, in: VZ, 19. 4. 1968; Husak, Gustav, 1. Sekretär des ZK der KPC, Rede auf der Moskauer Konferenz, 13. Juni 1969, in: ND, 14. Juni 1969.

[3] Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, Juni 1969, in: Internationale Beratung, a.a.O. (1/2), S. 352 - 373, S. 369; Ceausescu, Bericht des ZK der RKP an den IX. Parteitag, in: IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, 19. bis 24. Juli 1965, Rechenschaftsbericht,

Direktiven, Statut, Resolution, die gewählten Leitungsorgane, Berlin 1965, S. 5 - 93, S. 52; der entsprechende Beschluß des Parteitages, ebenda, S. 153 - 184, S. 168; DDR: Komitee zum 20. Jahrestag der DDR, XI Thesen "20 Jahre DDR", in: ND, 16. Januar 1969, These II; SU: Parteiprogramm der KPdSU, in: Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 143 - 244, S. 149; Kadar, Rede auf einer Wahlversammlung in Budapest, 22. 2. 1967, Auszüge in: EA, F 6/1967, S. D 134 f., D 134; Spychalski, Marian, Vorsitzender des Staatsrates der VR Polen, Rede auf einer Kundgebung in Warschau anläßlich des 30. Jahrestages des deutschen Überfalles auf Polen, am 1. 9. 1969, Auszüge in: PI, Nr. 8, 1969 (August), S. 1 - 6; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Husak, a.a.O. (1/2).

4 Parteiprogramm der KPdSU von 1961, a.a.O. (1/2), S. 146.

5 Gomulka, Bericht des ZK der PVAP an den V. Parteitag der PVAP, November 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 14 - 142, S. 107.

6 Kliszko am 16. 5. 1967, a.a.O. (1/2), S. 45.

7 Ebenda S. 47.

8 Komocsin, Zoltan, Mitglied des ZK der USAP, Patriotismus, nationale Interessen, Internationalismus, in: PdFS, Juni 1966, S. 462 - 466, S. 463.

9 Vgl.: Antwortnote der Regierung der CSSR auf die "Friedensnote Erhards", 7. 5. 1966, in: EA, F 11/1966, S. D 284 - 289, S. D 284; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O (1/2); Resolution des ZK der KPC vom 17. 11. 1968, in: EA, F 11/1967, S. D 259 - 264, S. D 264.

10 Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 364 f.

11 Aufruf zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Januar 1967, in: ND, 22. 1. 1967; XI Thesen "20 Jahre DDR", These X, a.a.O. (1/3).

12 Norden, Albert, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Rede zum Internationalen Gedanktag der Opfer des Faschismus, 14. September 1969, Auszüge in: AK, 13. Jg., 22. September 1969, Nr. 38, S. 297 und S. 299 f., S. 299.

13 XXIII. Parteitag der KPdSU, Resolution zum Rechenschaftsbericht des ZK, in: XXIII. Parteitag der KPdSU, Verlag Presseagentur Nowosti, o. O., o. Z., S. 309 - 344, S. 319.

14 Programm der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 149 und S. 154.

15 Ebenda S. 155.

16 Ebenda S. 237.

17 Ebenda

18 Rede Breshnews auf der Moskauer Konferenz von 1969, 7. 6. 1969, in: Beilage zu SUH Nr. 12 vom 16. 6. 1969, S. 15. Vgl. auch: Breshnew, Rede zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, 3. 11. 1967, Auszüge in: EA, F 23/1967, S. D 529 - 538, ND, 4. 11. 1967, S. D 537.

19 XXIII. Parteitag der KPdSU, Resolution zum Rechenschaftsbericht, a.a.O. (1/13), S. 319.

20 Gromyko, Andrej, Außenminister, Rede vom April 1966, in: Prawda 3. 4. 1966, deutsch in: SUH, 8/66, S. 8 - 12, S. 10.

21 Gromyko, Erklärung vor dem Obersten Sowjet vom 10. 7. 1969, gekürzt in: EA, F 19/1969, S. D 453 - 466, S. D 453.

22 Ceausescu, Bericht an den IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 54 f.

23 Die Geschichte beweise, so erklärte Ceausescu, daß die Entstehung der Nation als "Form der menschlichen Gemeinschaft" ein "gesetzmäßiger sozialer Prozeß, die notwendige und obligatorische Etappe in der Evolution aller Völker" ist. Die Nation, die sich unter den historischen Gegebenheiten der kapitalistischen Gesellschaft herausgebildet habe, habe von Anfang an starken Einfluß auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt ausgeübt. Die Etappe der Herausbildung der Nation könne nicht übersprungen werden (Ceausescu zum 45. Jahrestag der Gründung der RKP, a.a.O. (1/2), S. D 305).

24 Ebenda, S. D 304 - 306.

[25] Ceausescu, Rede vor der Großen Nationalversammlung am 24. Juli 1967, in: Nicolae Ceausescu, Darlegung über die Außenpolitik der Rumänischen Kommunistischen Partei und der Regierung, Bukarest 1967, S. 8 und S. 10 f.

[26] Ceausescu, Bericht des ZK der RKP an den X. Parteitag der RKP, 6. 8. 1969, in: Der X. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, 6. - 12. August 1969, Bukarest 1969, S. 61 - 63.

[27] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3.

[28] Vgl. auch schon oben S. 20.

[29] Im Folgenden nur Quellen aus der SU, der DDR, der VRP und der VRB, da diese am ausführlichsten in diesem Punkt sind. Anzeichen für Kontroversen zu den anderen sozialistischen Staaten konnten nicht gefunden werden. Diese Quellen sind:
Parteiprogramm der KPdSU von 1961, a.a.O. (1/3), S. 149, S. 155, S. 159 und S. 166; Resolution des XXIII. Parteitages der KPdSU, a.a.O. (1/13), S. 317; Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 363; Siegfried Schwarz, 20 Jahre NATO, in: DZ, H. 3, 1. Februarheft 1969, S. 11 - 20, S. 14; Heidmann, Eberhard, Zur Entwicklung der Militärdoktrin der NATO, DtAPol, Jg. 13, 1968, I Heft 8 (August), S. 963 - 970, II Heft 9 (Sept.), S. 1103 - 1109, S. 966; Bericht des ZK der SED an den VII. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1967, S. 5 - 281, S. 8 ff.; A. Kruczkowski, Referat auf Warschauer Konferenz (Konferenz von Wissenschaftlern), 7. - 10. 12. 1966, in: DZ, H 375, 1. Februarheft 1967, S. 20 - 30, S. 20 (K. wurde später stellvertretender Außenminister der VRP); Kliszko, Rede auf dem Konsultativtreffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Budapest, 27. 2. 1968, in: IB, Nr. 3, März 1968, S. 14 - 37, S. 18; ders., Über die aktuellen Aufgaben, a.a.O. (1/2), S. 32 f.; Vgl. dazu auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3 f.

[30] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3

[31] Ebenda S. 10 f.

[32] Ebenda S. 7.

[33] Ebenda S. 8.

[34] In der Art, wie die sozialistischen Staaten diesen Beitrag anerkennen, spiegelt sich der Grad der Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle wieder. Dazu vgl. unten Teil 2.

[35] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 4 und S. 7 f.

[36] Vgl. oben S. 20 f.

[37] Vgl.: Schwarz, a.a.O. (1/29), Heidmann, a.a.O. (1/29), Bericht des ZK der SED an den VII. Parteitag, a.a.O. (1/29), S. 8 ff., Kliszko auf dem Konsultativtreffen in Budapest, a.a.O. (1/29), S. 18 und Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 20.

[38] Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 371 f.

[39] Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 465; und Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 409.

[40] Zur Haltung der CSSR während der Reformzeit vgl. unten Teil 2.

[41] Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2).

[42] Ceausescu, Rede auf der Moskauer Konferenz, in: Internationale Beratung ..., a.a.O. (1/2), S. 300 - 327, S. 305.

[43] Ceausescu zum 45. Jahrestag der Gründung der RKP, a.a.O. (1/2), S. D 308; Ceausescu, Bericht an den X. Parteitag der RKP, a.a.O. (1/26), S. 83; Ceausescu, Artikel in Probleme des Friedens und des Sozialismus, in: PdFS 6/1969, S. 729 - 738, S. 731. Diese Position Rumäniens dürfte unter anderem die Ursache dafür gewesen sein, daß das Hauptdokument der Moskauer Konferenz sich, verglichen mit den Stellungnahmen der einzelnen sozialistischen Staaten, so zurückhaltend über den Beitrag der SU zum Erstarken des sozialistischen Weltsystems äußerte.

44 Es sind nur die SU, Bulgarien und - in geringerem Maße, da sie diese Erfolge weniger detailliert schildert und kaum betont - die DDR, die dem Imperialismus zugestehen, er habe gewissen Erfolge bei der Behauptung seiner Positionen erzielt.

45 Breshnew, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 4.

46 Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 354.

47 Ulbricht, Rede auf der Moskauer Konferenz, in: ND, 10. Juni 1969.

48 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 20.

49 Da diese Arbeit natürlich nicht alles Material, das in den sozialistischen Staaten zu diesem Problem vorhanden ist, erfassen kann (vgl. oben Einleitung Anm. 36), kann die Intensität der Beschäftigung der sozialistischen Staaten mit der Entwicklung in den kapitalistischen Ländern nicht exakt quantifiziert werden, doch eine Aussage ist dennoch möglich, wenn die verschiedenen Referate der Vertreter der Staaten des Warschauer Vertrages auf der Moskauer Konferenz in diesem Punkt miteinander verglichen und in Beziehung zu dem übrigen, sicherlich begrenzten, Material, das dieser Arbeit zugrunde liegt, gesetzt werden.
Wird so vorgegangen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich Ungarn, Polen und Bulgarien nur in sehr geringem Umfang mit der Entwicklung in den kapitalistischen Staaten befaßten, während die SU, die DDR und Rumänien dieser Entwicklung mehr Aufmerksamkeit schenkten, davon Rumänien weniger als die DDR, und diese wiederum weniger als die SU. Dieses sicherlich sehr pauschale Ergebnis genügt jedoch, um dann unten festzustellen zu können, welche Funktionen die Auseinandersetzung mit den kapitalistischen Widersprüchen für die einzelnen sozialistischen Staaten zu erfüllen hat.
Für Differenzen zwischen den sozialistischen Staaten gibt es keine Anzeichen.

50 Im Folgenden werden die Ergebnisse der sowjetischen Analyse wiedergegeben. Sie entsprechen jenen der anderen sozialistischen Staaten, sind aber gründlicher und umfassender entwickelt. Vgl. dazu:

Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 20 ff.; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47); Schomburg, Gerhard, Gesetzmäßigkeiten und Perspektive des imperialistischen Währungssystems, in: DtAPol, 4/1969, S. 445 - 458; Ceausescu, Bericht an den IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 87; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 304, 313, 315 f.; ders., Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 81; ders., Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 731 f.

51 Breshnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIII. Parteitag der KPdSU, in: XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/13), S. 5 - 175, S. 21; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 4.

52 Ebenda S. 21 ff. beziehungsweise S. 7. Als Beispiele nannte Breshnew die immer entschiedeneren Forderungen in Italien, Frankreich und in anderen Ländern nach Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Verwaltung der Betriebe, nach Nationalisierung der Schlüsselbranchen und nach Lohnerhöhungen sowie die Forderung von Millionen japanischer Werktätiger nach Auflösung der amerikanischen Stützpunkte und nach dem Verbot für amerikanische Atom-U-Boote, japanische Häfen anzulaufen.

53 Es sind die CSSR, Bulgarien und Ungarn, die sich wenig mit dem Problem der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten befaßten, während Polen, die SRR, die DDR und die SU diesem Problem mehr Aufmerksamkeit widmeten. Zur Methode des Vergleichs siehe oben Anm. 1/49. Anzeichen für Meinungsverschiedenheiten konnten nicht gefunden werden.

54 Breshnew, Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 18; Ceausescu, Bericht an den IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 87; ders., Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82.

55 Ökonomisches Lexikon, Bd. 1 A - K, Bd. 3 L - Z, Berlin 1967, S. 782.

56 Ceausescu, Bericht an den IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 87; ders., Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82.

57 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 21.

58 Ebenda S. 21 und S. 54 f.; E. Grebennikova, Capitalist Monetary Crisis Flares up again, in: IA, 1/1969, S. 50 - 55; Breshnew, Rede in Karlovy Vary, April 1967, Auszüge in: BZ, 26. 4. 1967, S. 3 f.; ders., Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 19; Gomulka, Rede in Karlovy Vary, 24. 4. 1967, in: IB, Nr. 4, April 1967, S. 7 - 25, S. 15; Kliszko, Rede auf dem Budapester Konsultativtreffen, a.a.O. (1/29), S. 20.

59 Winzer, Bericht an das 12. Plenum des ZK der SED, 27. 4. 1966, in: AK, Nr. 18/19, 9. Mai 1966, 10. Jg., S. 145 - 155, S. 149; o. N., Erfolgreiche Bilanz der DDR Außenpolitik 1966, in: AK, 52/1966, S. 425 - 428, S. 426; Freiberg, Paul, Die kleinen NATO-Staaten an der nordwesteuropäischen NATO-Flanke, in: DtAPol, 13. Jg., 1968, H. 12 (Dezember), S. 1449 - 1457, S. 1452.

60 Peter, Hans, Zur gegenwärtigen Krise der Bonner Militärpolitik, in: DZ, 371/372 (1. und 2. Dezemberheft), 1966, S. 23 - 29; Freiberg, a.a.O. (1/59), S. 1452.

61 Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 20; Gomulka, Rede auf der Konferenz von Karlovy Vary, a.a.O., (1/58), S. 13 f.; Kliszko, Über die aktuellen Aufgaben ..., a.a.O. (1/2), S. 35 f.; ders., Rede auf der Budapester Konsultativkonferenz, a.a.O. (1/29), S. 20; Breshnew, Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 19; ders., Rede in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; ders., Rede anläßlich des 50. Jahrestages der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/17), S. D 538; Ulbricht, die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Rede auf dem VII. Parteitag der SED, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, 1. bis 3. Beratungstag, Berlin 1967, S. 25 - 287, S. 42.

62 Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 21 und S. 29; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 14; Kliszko, Rede auf der Budapester Konsultativkonferenz, a.a.O. (1/29), S. 20; Breshnew, Rechenschaftsbericht an den XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 19; Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 13 f.; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, S. 303; Winzer, Bericht an das 12. Plenum des ZK, a.a.O. (1/59), S. 149.

63 I. Noskava, Dollar Invades Western Europe, in: IA, 2/1969, S. 38 - 44; Ceausescu, vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 13 f.; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 303;

Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 15; ders., Rede anläßlich der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit der CSSR am 1. 3. 1967, in: IB, Nr. 3, März 1967, S. 7 - 15; Kliszko auf der Budapester Konsultativkonferenz, a.a.O. (1/29), S. 20; Ulbricht zum 150. Geburtstag von Karl Marx, a.a.O. (1/4), S. 21.

64 Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 21; Winzer, Bericht an das 12. ZK-Plenum, a.a.O. (1/59), S. 155; Breshnew, Rede auf einer Wahlversammlung in Moskau, 10. 3. 1967, Auszüge in: EA, F 8/1967, S. D 188 - 190, und in: ND 11. 3. 1967, S. D 188.

65 Breshnew, Rede vom 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 188; ders., Rede zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/17), S. D 538; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 4; Schukow, in: Prawda vom 19. und 20. 9. 1967, in: MI 25. 9. 1967; Breshnew, Rede in Karlovy Vary, a.a.O., (1/58), S. 3; Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 13 f.; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 303; Freiberg, a.a.O. (1/59); Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 15 f.; Kliszko, Über die aktuellen Aufgaben ..., a.a.O. (1/2), S. 35; ders., Budapester Konsultativkonferenz, a.a.O. (1/29), S. 20; Rapacki, Interview mit Trybuna Ludu, 7. 1. 1968, in: IB, Nr. 2, Februar 1968, S. 42 - 61; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 28 f.

66 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3; Erklärung der auf der Konferenz von Karlovy Vary vertretenen kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 26. April 1967 "Für den Frieden und die Sicherheit in Europa", in: EA, F 11/1967, S. D 259 - 266, S. D 260.

67 So Ulbricht explizit in seiner Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx, a.a.O. (1/2), S. 54.

68 Die SRR propagierte diese Erkenntnis offen (vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 11 f.; ders., Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82 f.; Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 731; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 304), während die VRU und die DDR dies mehr zufällig zugeben (vgl.: Kadar, Interview mit UPI, 2. 8. 1966, in: EA, F 21/1966, S. D 541 - 554, S. D 553; Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 464; Winzer, Diskussionsbeitrag auf dem 13. ZK-Plenum, 16. September 1966, in: AK, Nr. 38/39, 1966; Ulbricht,

Rede auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 42). Polen und die VRB geben dies nur indirekt zu, wenn sie erklären, der Imperialismus werde in einem künftigen Krieg besiegt werden (vgl.: Kliszko, aktuelle Aufgaben ..., a.a.O. (1/2), S. 32 f.; Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 363).

69 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3.

70 Vgl. oben Anm. 1/68.

71 Abweichend: Ceausescu, Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82, und: Dubcek, Aktuelle Fragen der Tätigkeit der KPC, Interview, in: PdFS, Juni 1968, S. 688 - 695, S. 694; Husak, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 496.

72 Resolution des XXIII. Parteitages der KPdSU, a.a.O. (1/13), S. 317; Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 400; Shiwkow, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 354; Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 93; Honecker, Erich, Bericht des Politbüros an das 11. Plenum des ZK, 15. 12. 1965, in: DZ, H. 349, S. 1 - 16, 1. Januarheft 1966; Winzer, Bericht an das 12. ZK-Plenum, a.a.O. (1/59), S. 145; Stoph, Willi, Regierungserklärung vor der Volkskammer, 14. Juli 1967, in: ND, 15. Juli 1967; Ulbricht, Rede in Karlovy Vary, 26. 4. 1967, in: ND, 27. 4. 1967; Beschluß der 7. Tagung des ZK der SED vom 7. 8. 1968, in: ND, 8. 8. 1968; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2).

73 Breshnew, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 4. Vgl. auch oben S. 32 f.

74 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 4.

75 So die DDR, die behauptet, der Wille zum Kampf gegen den Sozialismus vermöge die imperialistischen Konflikte nicht zu unterdrücken (Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 20).

76 Vgl. oben Anm. 1/68.

77 Ceausescu, Bericht an den IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 85, und Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82.

78 Ceausescu, Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82; Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 731; Ceausescu, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 304.

79 Ceausescu, Rede vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 14.

80 Vgl. oben S. 19 ff.

81 Vgl. oben S. 21 ff. Ceausescu hatte sich erstmals in seiner Rede vor der Großen Nationalversammlung zu der Überzeugung bekannt, die Kräfte des Fortschritts seien denen des Imperialismus und der Reaktion überlegen (a.a.O. (1/25), S. 11 f.).

82 Ceausescu, Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 82.

83 Ebenda

84 Vgl. oben S. 40.

85 Ebenda

86 Zur besonderen Problematik dieser Feststellung vgl. oben S. 41 ff. Auf der Moskauer Konferenz wurde lediglich festgestellt, daß die Aggressivität der imperialistischen Hauptmacht, der USA, zugenommen habe (Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3).

87 Ebenda S. 3.

88 Ebenda

89 Um diese These zu belegen, verwiesen die sozialistischen Staaten im Hauptdokument der Moskauer Konferenz (a.a.O. (1/1), S. 4 - 7) auf:
Vietnam, auf den Nahen Osten, auf die Versuche, "das revolutionäre Kuba abzuwürgen" (S. 4), auf den westdeutschen Imperialismus, welcher "der Hauptherd der Kriegsgefahr im Herzen Europas" ist (S. 4 f.), auf die Versuche, die Kontrolle über den Mittelmeerraum mit Hilfe des Franco-Regimes, der 6. US-Flotte, durch die Schürung der Krise auf Zypern und durch den Obristenputsch in Griechenland aufrechtzuerhalten, auf die Versuche, die imperialistische Herrschaft in SO-Asien und

im Fernen Osten mit Hilfe der SEATO, des Anzus-Paktes und des Bündnisses zwischen Japan und den USA zu stabilisieren, auf die neokolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Staaten, auf die Unterdrückung aller Schritte in Lateinamerika, die darauf abzielen, die wirtschaftliche und die wahre politische Unabhängigkeit zu erreichen, sowie auf die französische Maikrise 1968, auf die Streikbewegung in Italien, auf die Repressalien, die der wachsende Widerstand gegen das Franco-Regime hervorgerufen hat, auf die Entfaltung des Klassenkampfes in England, auf die Streiks und die Aktionen der Werktätigen, Studenten und anderer gesellschaftlicher Schichten in Japan, Mexiko, Brasilien, Argentinien, BRD, Uruguay, Belgien, Portugal, Chile, Indien, Pakistan, Türkei, in anderen Ländern und in WB, sowie auf die Rassenkämpfe in den USA.

90 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 6.

91 Ebenda S. 3.

92 Schwarz, a.a.O. (1/29), S. 11; Heidmann, a.a.O. (1/29), S. 31; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 20 f. und S. 24; ders., Für die friedliche Entspannung Europas, in: PdFS, Nr. 5 (105), März 1967, S. 350 - 355; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 11; Tomaschewski, D. G., Die Politik der USA und Probleme der europäischen Sicherheit, in: DZ, H. 375 (1. Februarheft) 1967, S. 30 - 33, S. 31.

93 Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 11; Tomaschewski, a.a.O. (1/92), S. 31 und S. 33; Schwarz, a.a.O. (1/29), S. 14; Heidmann, a.a.O. (1/29), S. 966; Bericht des ZK der SED an den VII. Parteitag, a.a.O. (1/29), S. 8 ff.; Bashew, Iwan, Außenminister der VRB, Bulgariens Außenpolitik, in: IA, September 1969, S. 3 - 11, S. 6.

94 Winzer, 13. Tagung des ZK, a.a.O. (1/68), S. 315; Ulbricht auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61); ZK der SED, Schlußfolgerungen aus der Nahostkrise, 6. 7. 1967, in: ND, 7. 7. 1967; Y. Modrzhinskaya, Quiet Anti-Communism, in: IA, 8/1967, S. 58 - 65.

95 So Kuba, die DRV und die KVDR (vgl. Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3).

96 Winzer, 13. Tagung des ZK, a.a.O. (1/68), und: Schlußfolgerungen aus der Nah-Ost-Krise, a.a.O. (1/94).

97 Schwarz, a.a.O. (1/29), S. 16.

98 Vgl. dazu: Kliszko, Über die aktuellen Aufgaben ..., a.a.O. (1/2), S. 37; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 26; Winzer auf der 13. Tagung des ZK der SED, a.a.O. (1/68), S. 315; ZK, Schlußfolgerungen aus der Nah-Ost-Krise, a.a.O. (1/94); Bollinger Klaus, Geyer, Hans Martin, Ideologische Aspekte der USA-Globalstrategie, in: DtAPol, H. 4 (April), 13. Jg., 1968, S. 464 - 475, S. 467 ff.; Modrzhinskaya, a.a.O. (1/94).

99 So Tomaschewski, a.a.O. (1/92), S. 31 und S. 33.

100 Vgl. unten zweites Kapitel.

101 Bollinger, a.a.O. (1/98), S. 467 ff.; Modrzhinskaya, a.a.O. (1/94); Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 26.

102 Modrzhinskaya, a.a.O. (1/94).

103 Hatte Kliszko bereits im Frühjahr 1967 in Polen darauf aufmerksam gemacht, welche Bedeutung den liberal-bürgerlichen und sozialdemokratischen sowie den nationalistischen und antisowjetischen Tendenzen im Rahmen der imperialistischen Strategie zukommt (vgl. Kliszko, Über die aktuellen Aufgaben ..., a.a.O. (1/2), S. 37), so konkretisierten sich diese Vorstellungen dann anhand der Märzunruhen von 1968 und der Entwicklung des Reformkommunismus in der CSSR; sie wurden alle unter den Begriff der "ideologischen Diversion" subsumiert (vgl.: Gierek, Mitglied des Politbüros der PVAP und 1. Sekretär des Wojewodschaftskomitees von Katowice, Rede auf einer polnisch-tschechoslowakischen Freundschaftskundgebung in Cesky Tesin am 9. 5. 1968, in: IB, Nr. 5, Mai 1968, S. 48 - 51; Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104; Jaszuk, Boleslaw, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, Rede auf der Plenarsitzung des Wojewodschaftskomitees der PVAP Warschau-Land, 27. 5. 1968, in: IB, Nr. 6, Juni 1968, S. 48 - 63, S. 53 ff.).
In der DDR wurden die Ereignisse unter dem Hinweis auf die von Brzezinski, Strauß und Mehnert entwickelten Strategien als Versuche des Imperialismus gedeutet, die CSSR einer Sozialdemokratisierung zu unterwerfen (so zum Beispiel ND vom 13. Juli 1968). Nach der Intervention wurden die Erfahrungen, die die Ereignisse in der CSSR vermittelt hatten, verallgemeinert und zu einer umfassenden Sicht der imperialistischen Strategie aus-

gebaut (vgl.: Hager, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, Referat auf der 9. Tagung des ZK der SED, in: ND, 29. Oktober 1968; Feist, Manfred, Ideologische Diversion - wichtiger Bestandteil der imperialistischen Strategie, in: E, Heft 9, 1968, S. 1088 - 1098; ND-Dokumentation zu den Vorgängen in der CSSR, ND vom 31. 8. 1968).
Das Aprilplenum des ZK der KPdSU stellte fest, die gegenwärtige Etappe werde durch die scharfe Zuspitzung des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus gekennzeichnet (Beschluß vom 10. 4. 1968, in: EA, F 13/1968, S. D 305 und in: IA, Nr. 5, 1968, S. 3 f.). Nach der Intervention wurde diese Charakterisierung der imperialistischen Politik als Strategie der ideologischen Diversion aufrechterhalten und vertieft (vgl.: Breshnew, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, 12. 11. 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 296 - 314, S. 29 ff.; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 6; Yuryev, N., Aggressive Essence of the "Peaceful Infiltration" Strategy, in: IA, 12/1968, S. 12 - 17).
Auch Husak belegte die These, die imperialistische Strategie und Taktik messe der "politisch-ideologischen Beeinflussung ... gewaltige Bedeutung" zu, mit den Erfahrungen der CSSR (Husak, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10).

104 Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 6; Breshnew, Rede auf der Konferenz der Moskauer Stadtorganisation der KPdSU, 10. 4. 1968, Auszüge in: EA, F 8/1968, S. D 189 - 191; ZK-Beschluß vom 10. 4. 1968, a.a.O. (1/103), Gierek am 9. 5. 1968, a.a.O. (1/103); Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104; ders., Rede in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2), S. 694; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309. Ceausescu bezeichnete dies zwar nicht als "ideologische Diversion", doch inhaltlich stimmten die von ihm entwickelten Vorstellungen mit jenen der anderen Staaten überein.

105 Gierek, am 9. 5. 1968, a.a.O. (1/103); Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104. Ähnlich vgl. auch: Rose, Günther, Die "geistige Offensive" - Wesen und Methoden der imperialistischen ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Länder, in: DtAPol, 13. Jg., 1968, H 10 (Oktober), S. 1248 - 1257, S. 1248; Breshnew am 29. 3. 1968, a.a.O. (1/103); ders., Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 297; Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404.

106 So Rose, die "geistige Offensive ...", a.a.O. (1/105), S. 1248.

107 Rose, die "geistige Offensive" ..., a.a.O. (1/105), S. 1249; Feist, a.a.O. (1/103); Hager, Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften, a.a.O. (1/103); Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 103 f.; Redaktioneller Artikel in International Affairs, IA 6/1968, in: E, 8/68, S. 1054 - 1058, S. 1055 f.; Yuryev, a.a.O. (1/103); Shiwkow, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 331; Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404 f.

108 Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309; Hager, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, a.a.O. (1/103); Rose, a.a.O. (1/105), S. 1249; Winkler, A., Krehmke, D., Die Konvergenztheorie - Instrument ideologischer Diversion, in: DZ, H 6, 2. Märzheft 1969, S. 3 - 10, S. 6; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404 f.; Jaszuk am 27. 5. 1968, a.a.O. (1/103); Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 103 f.; Breshnew am 29. 3. 1968, a.a.O. (1/104); ZK-Beschluß der KPdSU vom 10. 4. 1968, a.a.O. (1/103).

109 Rose, a.a.O. (1/105), S. 1249; Breshnew am 29. 3. 1967, a.a.O. (1/104); Beschluß des ZK der KPdSU vom 10. 4. 1968, a.a.O. (1/103); Trybuna Ludu, Redaktioneller Artikel, Entgegen den Interessen des Sozialismus und des Friedens, 31. 8. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 64 - 73, S. 69; Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404.

110 Diese Unterschiede standen im Mittelpunkt der Stellungnahmen Polens und Ungarns.

111 So Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 126.

112 So Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 466.

113 Ebenda

114 So Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 126. Zum Revisionismusproblem vgl. unten Teil 2.

115 Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 466; Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 126.

116 Im Folgenden werden die Ansichten der DDR wiedergegeben, die sich am ausführlichsten mit der Konvergenztheorie befaßte. Dort, wo sich die anderen sozialistischen Staaten wie die DDR äußerten, wird dies angemerkt. Differenzen zwischen den sozialistischen Staaten konnten in diesem Punkt nicht festgestellt werden.

117 Rose, a.a.O. (1/105), S. 1249. Die SU geht in der Frage der Entideologisierung von folgenden Vorstellungen aus: Der Imperialismus propagiert verstärkt die Konzeption der Entideologisierung, um in den Ländern des Sozialismus eine Art ideologisches Vakuum zu schaffen, in welches dann bürgerliche Ideen einfließen können. Diesem Zweck dienen die Slogans von der Demokratisierung, von der Liberalisierung und von der nationalen Unabhängigkeit, sowie Theorien wie die von der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, oder wie die vom Polyzentrismus oder von der spezifischen Rolle der kleinen und mittleren Staaten in der internationalen Politik (vgl.: Redaktioneller Artikel in IA, a.a.O. (1/107), S. 1057 f.; Yuryev, a.a.O. (1/103). Die Theorie von der besonderen Rolle kleinerer und mittlerer Staaten vertritt unter anderem Rumänien (vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 8 und S. 10 f.).

118 Zum Folgenden vgl. Winkler, a.a.O. (1/108), S. 4 - 9.

119 Zu diesen Maßnahmen vgl. unten Teil 2.

120 Winkler, a.a.O. (1/108), S. 6.

121 Ebenda

122 Im Folgenden vor allem die Vorstellungen der DDR

123 Vgl.: Rose, a.a.O. (1/105), S. 1249 f.

124 Ebenda S. 1250.

125 So auch: Komocsin, a.a.O. (1/8), S. 466; Trybuna Ludu, Entgegen den Interessen ..., a.a.O. (1/109), S. 69;

Husak, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10; Redaktioneller Artikel von IA, a.a.O. (1/107), S. 1057 f.; Yuryev, a.a.O. (1/103); Shiwkow, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 331; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 355; Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 6; Rumänien hielt sich in dieser Frage zurück.

126 So Rose, a.a.O. (1/105), S. 1252 ff. Vgl. auch: Komocsin, a.a.O. (1/8), S. 466; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404 f.; Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 126; Gomulka, Rede anläßlich der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit Ungarn am 16. Mai 1968, in: IB, Nr. 6, Juni 1968, S. 7 - 14, S. 8 f.; Jaszuk am 27. 5. 1968, a.a.O. (1/103), S. 52 ff. Die polnischen Stellungnahmen differenzierten diese Formen nach verschiedenen Zielgruppen: die erste Form ist für die breite Masse (Ansatzpunkt: das ökonomische Entwicklungsniveau, das in den sozialistischen Staaten nicht so hoch sei wie in den entwickelsten kapitalistischen Staaten), die zweite ist für die Intelligenz gedacht. Vgl. weiter auch: Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309; Shiwkow, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 331; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 355; Bashew, die Außenpolitik Bulgariens, a.a.O. (1/93), S. 6; Redaktionsartikel in IA, a.a.O. (1/107), S. 1057 f.; Yuryev, a.a.O. (1/103). Der Redaktionsartikel von IA und Yuryev berufen sich auf Brzezinski, auf Bloemer und auf Majonica.

127 So offen vor allem: Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2) S. 404 f.; Kliszko, Rede auf dem 12. Plenum des ZK der PVAP vom 8. bis zum 9. 7. 1968, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 26 - 41, S. 34 ff.; Gomulka auf dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104; Kliszko, Rede vor dem Sejm, 10. 4. 1968, in: IB, Nr. 4, April 1968, S. 34 - 49, S. 40 ff.; Cyrankiewicz, Rede vor dem Sejm, 10. 4. 1968, in: IB, Nr. 4, April 1968, S. 7 - 33, S. 8 f.; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10; Yuryev, a.a.O. (1/103).

128 Dies setzt allerdings voraus, daß man jene Erscheinungen in den sozialistischen Staaten, die die ideologische Diversion auszunutzen versucht, nicht ausschließlich als Folge der imperialistischen Einmischung betrachtet, sondern als Erscheinungen, die ihre Ursache im wesentlichen im sozialistischen Lager haben.

129 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3.

130 Vgl. oben S. 54.

131 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 3.

132 Heidmann, Eberhard, Zur USA-Globalstrategie, in: DZ, H 411, XX. Jg., 1968, 2. Juliheft, S. 15 - 19.

133 ND vom 20. 7. 1968.

134 Hemberger, Horst, Schwank, Karl-Heinz, Ursachen und Erscheinungsformen der Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, in: E, 8/1969, S. 1005 - 1017.

135 Ebert, Bericht des Politbüros an das ZK, 2. Tagung, am 6. 7. 1967, in: ND 7. 7. 1967; Heinz Keßler (stellvertretender Verteidigungsminister, Die militärpolitischen Aspekte der europäischen Sicherheit, in: E, 22. Jg., Heft 12, 1967, S. 1510 - 1520.

136 Yuryev, a.a.O. (1/103).

137 Die DDR verwies in diesem Zusammenhang auf den Besuch Blessings in Prag und auf die Gespräche zwischen Heipertz, dem Leiter der Bonner Handelsvertretung in Prag, und Selucky (vgl.: ND, Massive Einmischung Bonns, ND vom 17. 7. 1968). ND bezeichnete die ökonomische Diversion als die Hauptkomponente der imperialistischen Strategie in der CSSR (vgl.: ND-Dokumentation: CSSR, ND vom 31. 8. 1968). Die DDR sah dabei auch die Gefahr ideologischer Beeinflussung: die Bereitschaft, Anleihen und Kredite aus dem Westen aufzunehmen, verführe zur Bereitschaft, auch Anleihen in ideologischer Hinsicht, etwa in Form von ökonomischen Theorien aufzunehmen (so Ulbricht, auf der 9. Tagung des ZK, die weitere Gestaltung der Gesellschaft, am 22. - 25. Oktober 1968, in: ND vom 25. 10. 1968). Hier näherte sich die DDR den oben aufgeführten ungarischen und polnischen Auffassungen, daß die Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau zwischen kapitalistischen und sozialistischen Staaten eine Quelle des Revisionismus seien (vgl. oben S. 60). Daß derartige Vorstellungen nicht aus der Luft gegriffen sind, beweisen Äußerungen wie die von Ernst Müller-Hermann (CDU), die ökonomische Überlegenheit des Westens

werde den Osten zur Änderung seines Wirtschaftssystems und damit auch seines politischen Systems zwingen (vgl.: Ernst Müller-Hermann, Bonn zwischen den Weltmächten, Perspektiven der deutschen Außenpolitik, Düsseldorf, Wien 1969, S. 131).

138 Im Folgenden wird nur wiedergegeben, worüber unter der Mehrheit der sozialistischen Staaten Einigkeit herrschte.

139 Nur die SU und die VRB (vgl. oben S. 28 ff.) konstatierten gewisse Erfolge des Imperialismus bei der Konsolidierung seiner Positionen, doch sie spielten diese Erfolge so weit herunter, daß sie nicht mehr als Begründung für die verstärkte Aggressivität des Imperialismus herangezogen werden können. Die verstärkte Aggressivität wird vielmehr direkt mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Imperialismus begründet.

140 Ceausescu, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 308 f.

141 Es ließe sich die These vertreten, Rumänien glaube zwar an die imperialistische Bedrohung, handle aber nicht entsprechend, weil es überzeugt sei, seine Sonderrolle im sozialistischen Lager spielen zu können, weil die übrigen sozialistischen Staaten, die den Weg der nationalen Selbständigkeit weniger konsequent wie Rumänien gehen, seinen Schutz gewährleisten; mit anderen Worten: Rumänien nutzt die Vorteile des Warschauer Vertrages, ohne den daraus resultierenden Pflichten gerecht zu werden, was, verführen alle Mitglieder so, die Vorteile des Warschauer Vertrages aufheben würde (derartige Vorwürfe machen die sozialistischen Staaten der Politik des Nonalignements der SFRJ, vgl. unten Teil 2). Gegen diese These sprechen aber die zahlreichen Indizien, die es für die These gibt, Rumänien glaube nicht an eine konkrete imperialistische Bedrohung.

142 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

143 Vgl. oben S. 68.

144 Vgl. oben S. 1 f.

145 Vgl. unten Teil 2.

146 Das ergibt sich nicht nur aus der These, der grundlegende Widerspruch der gegenwärtigen Epoche sei der zwischen Imperialismus und Sozialismus (vgl. oben S. 17), sondern auch aus der Überzeugung der sozialistischen Staaten, dieser Widerspruch sei ein antagonistischer.

2. Kapitel

[1] Im Folgenden nur Widergabe der Vorstellungen, die die SRR, die VRU und die VRB entwickelten, und der Vorstellungen, die in kollektiven Beschlüssen formuliert wurden, da hier jene Positionen zu finden sind, die alle sozialistischen Staaten einnahmen, auch wenn sie sich, wie Rumänien, Ungarn und Bulgarien kaum um die Analyse der westdeutschen Politik bemühten.

[2] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 4 f.

[3] Ebenda S. 4. Vgl. auch: Bukarester "Deklaration über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa", in: SUH, Nr. 14, 16. Juli 1966, S. 4; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 401.

[4] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3 f.

[5] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 5; vgl.: Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 730; ders., Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 302; Kadar, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 401; Nationalversammlung der VRU, Beschluß vom 14. 7. 1967 zu Fragen der europäischen Sicherheit, in: EA, F 18/1967, S. D 421 f., S. D 421; Shiwkow, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 329.

[6] Zum Folgenden: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

[7] So auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 6; Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 329; Ungarisches Nachrichtenbüro, Kommunique zur "Friedensnote" Erhards, 3. 6. 1966, in: EA, F 18/1966, S. D 470 - 474, S. D 471.

[8] Auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 6.

[9] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 5; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 401; Popow, Iwan, stellvertretender Außenminister der VRB, die Außenpolitik der Volksrepublik Bulgarien, in: DtAPol, 11. Jg., 1966, Heft 10 (Oktober), S. 1184 - 1194; Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 329. Rumänien äußerte sich zurückhaltender: es konstatierte zwar das

Vorhandensein dieser Kräfte, stellte aber nicht fest, daß diese zunehmen (vgl.: Ceausescu auf dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 89).

10 Vgl.: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 4 und S. 6.

11 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

12 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 4.

13 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

14 Im Folgenden Quellen aus der CSSR, der SU, der DDR und aus Polen, die sich ausführlich mit dem "westdeutschen Imperialismus" auseinandersetzten.

15 Vgl. oben S. 72.

16 Die folgenden Quellen sollen nicht nur diese Auffassung der sozialistischen Staaten belegen, sondern auch beweisen, wie kontinuierlich diese Staaten ihre Auffassungen vertraten:
CSSR: Antwort auf die "Friedensnote" von Erhard, a.a.O. (1/9); Novotny am 31. 5. 1966, in: ND 1. 6. 1966; Rundfunkgespräch zwischen dem stellvertretenden Außenminister der CSSR Ota Klicka und dem Leiter der außenpolitischen Redaktion des Tschechoslowakischen Rundfunks, Milan Weiner, am 20. Dezember 1966, gekürzt in: EA, F 5/1967, S. D 99 - 101, S. D 99 f.; Jiri Hendrych, Rede auf der Tagung des ZK der KPC am 8. 2. 1967, in: EA, F 6/1967, S. D 122 f., S. D 123 (Hendrych ist Mitglied des Präsidiums der KPC); Dubcek auf der ZK-Tagung vom 29. - 4. 4. 1968, in: VZ vom 5. 4. 1968. Dubcek erklärte nur, die Haltung der CSSR habe sich in der deutschen Frage nicht geändet. Lenart, Rede auf dem V. Parteitag der KPC, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 341 - 347, S. 344; Resolution des ZK der KPC vom 17. 11. 1968, a.a.O. (1/9), S. D 264; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11.
VRP: Polnische Antwortnote auf die "Friedensnote" Erhards, 28. 4. 1966, in: EA, F 11/1966, S. D 279 - 284, S. D 280; Gomulka, Rede auf Parteikonferenz in Katowice, 7. 2. 1967, Auszüge in: EA, F 6/1967, D 120 - 122,

D 121 f.; Ochab, Vorsitzender des Staatsrates, Rede in Lodz am 22. 2. 1967, Auszüge, in: ND vom 24. 2. 1967; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 17 f.; Kliszko, Über die aktuellen Aufgaben ..., a.a.O. (1/21), S. 38; Gomulka, Information über die zwischenstaatlichen Verträge und über die Konferenz von Karlovy Vary, am 17. 5. 1967 vor dem ZK, in: IB, Nr. 5, Mai 1967, S. 88 - 102, S. 94 f.; Kliszko vor dem Sejm am 10. 4. 1968, a.a.O. (1/27), S. 42; Gomulka, Bericht an den V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 101; Jaroszek, Delegationschef auf der Genfer Abrüstungskonferenz, Rede am 1. 4. 1969, in: PI, Nr. 4 (April) 1969.

DDR: Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 48 und S. 51; Winzer vor der Volkskammer anläßlich der Ratifizierung der Freundschaftsverträge mit der VRP und der CSSR, am 4. 5. 1967, Auszug in: ND, 5. 5. 1967; Stoph, Brief an Kiesinger vom 14. 5. 1968, in: AK 20/1968, S. 174; Regierungserklärung an die XXII. UNO-Vollversammlung zum Kernwaffensperrvertrag, vom 6. 5. 1968, in: AK 20/1968, S. 169; Regierungserklärung an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 20. 8. 1968, AK 35/1968, S. 228; Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, 12. 11. 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 315 - 325, S. 317 f.; Winzer, Wissenschaftliche Konferenz zum 20. Jahrestag der DDR, 21. - 22. Mai 1969, DZ, H 14, 2. Juliheft, 1969, S. 3 - 9, S. 5 f.; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47); Ulbricht zur neuen Verfassung im Friedrichstadtpalast am 15. 2. 1968, in: ND, 16. 2. 1968.

SU: Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 48; Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 10; Antwort auf die westdeutsche Note vom 25. 3. 1966, 17. 5. 1966, in: EA, F 11/1968, S. D 290 - 297, S. D 291 ff.; TASS, Erklärung zur NATO-Rats-Tagung, 21. 12. 1966, in: MI vom 22. 12. 1966; Iswestija vom 26. 12. 1966, zur neuen Bundesregierung gekürzt in: M II 27. 12. 1966; Breshnew, Rede in Gorki am 13. 1. 1967, Auszüge in: ND, 14. Januar 1967, und in: EA, F 5/1967, S. D 104 - 106; Regierungserklärung über die Lage in der BRD an USA, England, Frankreich und BRD vom 28. 1. 1967, in: EA, F 5/1967, S. D 106 - 112, S. D 109; Breshnew, Rede vom 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 189 f.; Breshnew, Rede auf dem VII. Parteitag der SED am 18. 4. 1967, in: Protokoll der Verhandlungen, a.a.O. (1/61), S. 326 - 341, S. 329 f.; Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 3.

[17] Gomulka, Information über die Verträge ..., a.a.O. (2/16), S. 100 ff.; Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61),

S. 51; Neumann, Christa, Franz Josef Strauß: Entwurf für Europa (Buchbesprechung), in: DZ, H 385, 1. Juliheft, 1967, S. 35 - 38; Polyanov, N., Bonns Challenge to Europa, in: IA, Nr. 1, 1969, Januar, S. 21 - 28; Kryukov, P., Failure of Bonn's "New Eastern Policy", in: IA, 7/1969, S. 41 - 46. Polen, die DDR und die SU berufen sich auf den Strauß'schen "Entwurf für Europa" sowie auf Kiesinger, Guttenberg und Majonica. Die DDR stellte ausdrücklich fest, daß der Strauß'sche "Entwurf für Europa" die Grundlage der Außenpolitik der Regierung Kiesinger/Strauß bilde.

18 Vgl. oben Anm. 2/16 sowie: Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51; Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 317; Winzer, Erklärung zur Bundestagswoche in Westberlin vom 6. 3. 1967, in: AK, Nr. 10/1967; Gomulka am 7. Februar 1967, a.a.O. (2/16), S. D 121; Klicka am 20. 12. 1966, in: EA, F 5/1967, S. D 99 - 101, S. D 99 ff.; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Dubcek auf der ZK Tagung vom 29. 3. - 4. 4. 1968, a.a.O. (2/16); Erklärung der SU zur Lage in der BRD vom 28. 1. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 109.

19 Während sich die DDR und die SU sehr eingehend mit der innenpolitischen Entwicklung in der BRD befaßten, widmeten die CSSR und Polen diesem Problem nur wenig Aufmerksamkeit; sie begnügten sich vielmehr, wie es den marxistischen Vorstellungen von den Klassenbeziehungen in den kapitalistischen Staaten entspricht, damit, zwischen fortschrittlichen, realistisch denkenden und friedliebenden Kräften und revanchistischen, militaristischen und neonazistischen Kräften zu unterscheiden, sowie mit der Feststellung, daß die Bonner Politik mehr vom Einfluß der Revanchisten und Militaristen bestimmt werde, daß die anderen Kräfte wenig Einfluß ausübten. Vgl.: Polnische Antwort auf die "Friedensnote", a.a.O. (2/16), S. D 283; Jedrychowski, Außenminister der VRP, Rede in Szczecin vom 12. 5. 1969, in: PI, Nr. 6 (Juni) 1969; Novotny am 1. 1. 1967, in: EA, F 5/1967, D 101 f.; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Aktionsprogramm der KPC vom April 1968, a.a.O. (1/2); Resolution des ZK vom 17. 11. 1968, a.a.O. (1/9), S. D 264; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11. Nach der Intervention gab die CSSR diese Unterscheidung auf, beziehungsweise wiederholte sie nicht mehr.

20 Im Folgenden Quellen aus der DDR und der SU, die dieses Problem am ausführlichsten behandelten (vgl. oben Anm. 2/19).

21 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 48; Erklärung zur Lage in der BRD, a.a.O. (2/16), S. D 106 ff.; Antwort auf die Note der BRD vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 290; Breshnew, Rede auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 330; Erklärung an die Regierungen der USA, Frankreichs und Englands von der sowjetischen Regierung, 8. 12. 1967, Auszüge in: EA, F 5/1968, S. D 116 - 118, und in: ND vom 10. 12. 1967. (Inhalt: Lage in der BRD); Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Erklärung zum Neonazismus in der BRD an die 44. Tagung der ECOSOC vom 2. Oktober 1968, in: AK, 23/1968, S. 197 - 199, S. 198; Norden, Pressekonferenz vom 21. 2. 1969, in: ND vom 22. 2. 1969.

22 AA der DDR, Erklärung an ECOSOC, a.a.O. (2/21), S. 198; Regierung der SU, Erklärung an die BRD vom 8. 12. 1967, in: EA, F 5/1968, S. D 110 - 116, und in: ND vom 9. 12. 1967.

23 Regierung der SU, Erklärung zur Lage in der BRD, a.a.O. (2/16), S. D 108 f. und S. D 106; Breshnew, Rede auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 330; ders. in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 3; ders. vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 48; Regierung der DDR, Erklärung an die 23. UNO-Vollversammlung betr. Maßnahmen gegen den Neonazismus in der BRD vom 2. Oktober 1968, in: DtAPol 3/1969, S. 365 ff.; Norden, Pressekonferenz vom 21. 2. 1969, a.a.O. (2/21); Nationalrat der Nationalen Front (Hrsg.), Graubuch, Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Hintergründe, Ziele, Methoden, eine Dokumentation, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1967, S. 32 f.; Vom Spalterstaat zum Störenfried in Europa, Zehn Feststellungen über Ursprung, Wesen und Weg der westdeutschen Bundesrepublik, in: DZ, H 14, 2. Juliheft 1969, S. 10 - 16, S. 14; Winzer am 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/17), S. 3 ff.; Erklärung an ECOSOC, a.a.O. (2/21), S. 198.

24 Vgl. oben S. 72 und S. 74.

25 Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 11; Erklärung zur Lage in der BRD, a.a.O. (2/16), S. D 107; Breshnew, Rede auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 335; ders. in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; Ulbricht, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47); Novoseltsev, Y., Bonn's Eastern Policy and European Security, in: IA, 7/1968, S. 27 - 33, S. 29.

26 TASS Erklärung zu den Notstandsgesetzen vom 19. 7. 1967, in: ND vom 20. 7. 1967.

[27] Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47).

[28] Damit sind gemeint: das Stabilitätsgesetz vom Juni 1967, die Einführung des Mehrheitswahlrechtes, die die Große Koalition geplant hatte, und die Strafrechtsreform.

[29] Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der sozialistischen Staaten stand das Bündnis zwischen Washington und Bonn. Nur die DDR ging, über dieses Bündnis hinaus, noch näher auf die Bündnispolitik der BRD ein.

[30] Vgl. oben S. 72.

[31] Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 49; sowjetische Antwort auf die deutsche Note vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 290; Kossygin, Alexej, Vorsitzender des Ministerrates, Erklärung der Regierung der UdSSR zu den Hauptfragen der Innen- und Außenpolitik vom 3. 8. 1966, in: SUH, Nr. 16 vom 16. 8. 1966, S. 2 - 10, S. 8; Tomaschewski, a.a.O. (1/92), S. 32; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 29; Gomulka, Information ..., a.a.O. (2/16), S. 98; Kliszko auf dem X. Treffen der Schriftsteller der West- und Nordgebiete in Szczecin, 22. 9. 1967, in: IB, Nr. 10, Oktober 1967; ders. auf dem Konsultativtreffen in Budapest, a.a.O. (1/29), S. 17; Strzelecki, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP, Rede in Plock, 31. 5. 1968, Kurzfassung in: IB, Nr. 6, Juni 1968, S. 40 - 47, S. 43 f.; Ulbricht, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47).

[32] Novoseltev, a.a.O. (2/24), S. 27; Kryukov, P., Failure of Bonn's "New Eastern Policy", in: IA, 7/1969, S. 41 - 46.

[33] Im Folgenden nur die Vorstellungen der DDR, da diese die ausführlichsten sind.

[34] Doernberg, Stefan, unter Mitarbeit von Helga Maiwald, Die Beteiligung des westdeutschen Imperialismus an der Aggression und den Kriegsverbrechen des USA-Imperialismus in Vietnam, in: DZ, H 7, 1. Aprilheft, 1969, S. 11 - 17; Graubuch, a.a.O. (2/23), S. 102 f. und S. 108; ND vom 11. 6. 1967.

[35] Heidmann, a.a.O. (1/132); Doernberg, die Beteiligung ..., a.a.O. (2/34).

[36] Im Folgenden nur Vorstellungen der DDR, da die übrigen sozialistischen Staaten sich mit diesem Aspekt der Bonner Politik kaum befaßten.

37 Winzer am 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/16), S. 6.

38 Im Folgenden nur Quellen aus der SU, der DDR, der VRP und, in geringerem Umfang, der CSSR, die sich am ausführlichsten mit der neuen Ostpolitik auseinandersetzten.

39 So Novoseltsev, a.a.O. (2/24), S. 28. Zum internationalen Kräfteverhältnis vgl. oben S. 28 ff.

40 Vgl. oben S. 48.

41 Vgl. oben S. 72.

42 Zum Folgenden nur sowjetische Vorstellungen, denen die DDR folgt (vgl. Graubuch, a.a.O. (2/23), S. 32 und Vom Spalterstaat zum ..., a.a.O. (2/23)), während Polen und die CSSR dazu kaum Stellung nahmen.

43 Antwort der sowjetischen Regierung auf die Note der Bundesregierung vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 290 f. und S. D 294; Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 10 f.; Kossygin am 3. 8. 1966, a.a.O. (2/31), S. 8; Tomaschewski, a.a.O. (1/92), S. 32. Als Beleg für diese Auffassung führte die SU Folgendes an:
- Unter den Mitgliedsstaaten der NATO rangiere die BRD mit ihren Militärausgaben nach den USA an zweiter Stelle. Die BRD habe eine aggressive Kriegsmaschinerie aufgebaut, sie habe ihre Aufnahme in die NATO durchgesetzt, deren Kommandoposten sie nun zu besetzen suche, sie habe eine halbe Million Mann unter Waffen, die für den Rakteten- und Kernwaffenkrieg ausgebildet würden und sie verstärke ihre Rüstung stetig.
- Sie versuche, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen und kurbele zu diesem Zweck eine eigene Kernindustrie an. Sie versuche außerdem, über bestehende Militärorganisationen Zugang zu Kernwaffen zu erhalten, wobei sie vor allem ihr Bündnis mit den USA zu nutzen suche.

Ähnlich äußerte sich die DDR. Vgl. dazu: Vom Spalterstaat zum ..., a.a.O. (22/23) und: Winzer, 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/16), S. 3 ff.

44 Vgl. oben Anm. 2/43.

45 Vgl. oben S. 28.

46 Breshnew, Rede auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 333; Novoseltsev, a.a.O. (2/24), S. 28; Kröger,

Herbert, Gibt es in Bonn eine "neue" Ostpolitik?, in: DZ, H 374, 2. Januarheft, 1967, S. 1 - 15, S. 1 - 3; Ulbricht, zu einigen außenpolitischen Fragen, 13. 2. 1967, Bericht in: ND vom 16. 2. 1967, und in: AK, 8/1967; Bonner Variante der Globalstrategie, o. N., in: AK, 35/1967, August; Lange, Harald, Zur Ostpolitik der westdeutschen Bundesrepublik, in: DZ, H 390, 2. Septemberheft, 1967, S. 8 - 12.

47 Novoseltsev, a.a.O. (2/24), S. 29.

48 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 74 f.

49 Ebenda, S. 75 f., und: Ulbricht, ND-Interview vom 29. 11. 1966, in: ND vom 30. 11. 1966.

50 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51 und S. 54; Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 189; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Gomulka am 7. 2. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 121 f.

51 Breshnew auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 333 - 335; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 18; ders. am 17. 5. 1967, a.a.O. (2/16), S. 94; Kliszko am 10. 4. 1968, a.a.O. (1/127); Gomulka am 16. 5. 1968, a.a.O. (1/126); Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51; ders. auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 317; Winzer am 6. 3. 1967, a.a.O. (2/18).

52 Im Folgenden im wesentlichen die Vorstellungen der DDR, da diese die umfassendsten sind. Sie stimmen in ihren Grundzügen, mit denen Polens, der SU und der CSSR überein.

53 Vgl. oben S. 72 f.

54 Einen derartigen Stufenplan zu verfolgen, unterstellen die SU, die VRP und die CSSR der BRD zwar nicht, doch in den Zielen, von denen sie behaupten, die BRD suche sie zu verwirklichen, tauchen die einzelnen Etappenziele des von der DDR der BRD zugeschriebenen Stufenplanes auf (Vgl. oben S. 72 f.).

55 Memorandum der Regierung der DDR zu den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vom 22. 7. 1967, in: AK, 31/1967, S. 246 - 248, S. 247; Graubuch, a.a.O. (2/23), S. 45.

56 Graubuch, a.a.O. (2/23), S. 33.

57 Ebenda, S. 91 - 93 und S. 95 f.; Memorandum vom 22. 7. 1967, a.a.O. (2/56), S. 247; Keßler, a.a.O. (1/135). Vgl. dazu auch: Kryukov, a.a.O. (2/32); Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11.

58 Ulbricht am 15. 2. 1968, a.a.O. (2/16); Erklärung des Staatsrates der DDR, 9. Sitzung, vom 21. 6. 1968, in: AK, 27/1968, S. 227 - 230, S. 229; ders., Rede in Leipzig, am 3. 3. 1969, in: ND 4. 3. 1969.

59 Rose, a.a.O. (1/105).

60 Memorandum der DDR vom 22. 7. 1967, a.a.O. (2/55), S. 246 f.; Doernberg, Stefan, Einige aktuelle Fragen der Diskussion über die Anerkennung der DDR in der Bundesrepublik, in: DZ, H 15, 1. Augustheft, 1969, S. 13 - 17; Lorf, Peter, Leiter des Bereichs Presse und Information im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Stellungnahme zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR, 5. Juni 1969, in: AK, 24/1969, S. 191; Rose, a.a.O. (1/105); Ulbricht am 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46); Lange, a.a.O. (2/46); Ministerrat der DDR, Stellungnahme zu den Problemen des Gewaltverzichtes, vom 17. 7. 1968, in: ND vom 20. 7. 1968; Kröger, a.a.O. (2/46); Barth, Herbert, Bonner Ostpolitik gegen Frieden und Sicherheit, Zur Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus von Adenauer und Erhard bis zu Strauß/Kiesinger, Berlin 1968, S. 147 ff.

61 Erklärung der Bundesregierung vom 30. 5. 1969, in: EA, F 13/1969, S. D 324. Die Erklärung wurde Anfang Juni veröffentlicht.

62 Vgl. dazu auch: Kliszko auf dem Budapester Konsultativtreffen, a.a.O. (1/29), S. 17; Rapacki, Interview mit Trybuna Ludu, a.a.O. (1/65).

63 Vgl. dazu auch: Klicka am 20. 12. 1966, a.a.O. (2/18), S. D 99.
Polen begründete seine These, Bonn habe mit seinem Gewaltverzichtsangebot nur Diversion im Sinn, mit dem Argument, die BRD habe trotz der Bereitschaft der SFRJ, diplomatische Beziehungen zur BRD aufzunehmen, keine diplomatischen Beziehungen hergestellt, weil sie die kapitalistischen Staaten nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR ermuntern wolle, und weil

Belgrad, anders als Bukarest, nicht zum Warschauer Vertrag gehöre und daher nicht zur Untergrabung der Einheit des sozialistischen Lagers augenutzt werden könne (vgl.: Gomulka am 17. 5. 1967, a.a.O. (1/51), S. 94 f.).

64 So auch Gomulka am 17. 5. 1967, a.a.O. (1/51), S. 94 f. und S. 99 f.

65 Staatsrat der DDR am 21. 6. 1968, a.a.O. (2/58).

66 Pannicke, Willi, Westphal, Günter, Zur Genesis der sozialdemokratischen Ostpolitik, in: DZ, H 419, XX. Jg., 1968, 1. Dezemberheft, S. 1 - 9.

67 Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen der DDR, Stellungnahme zum verfassungsfeindlichen und annexionistischen Charakter des Bonner Strafrechts vom 17. 5. 1966, in: AK, 21/1966; Regierung der DDR, Erklärung an die Bundesregierung zu den Bonner Rechtsanmaßungen vom Mai 1966, in: AK, 20/1966, 20. Mai; Erklärung der DDR zu den völkerrechtswidrigen Bonner Gesetzen vom 26. 6. 1966, in: DZ, H 362, 2. Juliheft, 1966, S. 12; Regierung der DDR, Note an die Staaten der Anti-Hitler-Koalition zum Handschellengesetz vom 24. 7. 1966, in: DZ, H 364, 2. Augustheft, 1966, S. 2; Institut für Internationale Beziehungen, Deutsche Akademie für Rechts- und Staatswissenschaft, Gutachten zur Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit der westdeutschen Gesetzgebungs- und Justizpraxis, Bürger anderer Staaten ihrer Rechtshoheit zu unterwerfen, vom 26. 7. 1966, in: AK, 31/1966, S. 251 - 255.

68 Gutachten zur Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit ..., a.a.O. (2/67), S. 254.

69 Wissenschaftliches Gutachten über die Schaffung der Voraussetzungen zur Produktion von Kernwaffen in der westdeutschen Bundesrepublik, in: DZ, H 417, 1. Novemberheft, 1968, S. 14 - 28; Erklärung an die UNO (Kernwaffensperrvertrag), a.a.O. (2/16), S. 170; Erklärung an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (2/16).

70 So auch: Jaroszek am 1. 4. 1969, a.a.O. (2/16) und: Breshnew, am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 189 f.

71 Note des MfAA an das AA der BRD betr. B- und C-Waffen vom 29. 8. 1968, in: AK, Nr. 36 vom 8. 9. 1968; Dokumentation in: ND vom 29. 7. 1968.

72 Rose, a.a.O. (1/105); MfAA, Bonner Variante ..., a.a.O. (2/46); Lange, Die Bonner Ostpolitik und die Funktion Willy Brandts, in: E, 3/1969, S. 358 - 367; Müller, Horst, Die gegenwärtige Marx-Kritik in Westdeutschland - Teil der ideologischen Diversion des westdeutschen Imperialismus, in: E, 7/1969, S. 844 - 858; Hemberger, a.a.O. (1/134).

73 Vgl. oben zur ideologischen Diversion, S. 54 ff.

74 Hager, Bericht des Politbüros an das 4. ZK-Plenum, 29. - 30. 1. 1968, in: DZ, H 400, 2. Februarheft, 1968, S. 17 - 31.

75 Rose, a.a.O. (1/105).

76 Habedank, Heinz, Über den Beitrag des Politologen Peter von Oerlzen zur gegenwärtigen Bonner Politik des Exportes der Konterrevolution, in: DZ, H 4, 2. Februarheft, 1969, S. 20 - 22.

77 Müller, Horst, a.a.O. (2/72), S. 846.

78 Rose, a.a.O. (1/105); MfAA, Bonner Variante ..., a.a.O. (2/46); Hemberger, a.a.O. (1/134).

79 ND vom 17. Juli 1968. Vgl. oben Anm. 1/137.

80 Kröger, a.a.O. (2/46).

81 Vgl. oben S. 83.

82 So auch: Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 18; ders. am 17. 5. 1967, a.a.O. (1/51), S. 94; Ochab am 22. 2. 1967, a.a.O. (2/16); Gomulka am 16. 5. 1968, a.a.O. (1/126); Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2).

83 Müller, a.a.O. (2/72), S. 856.

84 Die Analyse dieser Haltung stützt sich auf folgende Quellen:
Popow, Die Außenpolitik der VRB, a.a.O. (2/9); Shiwkow, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 329;

Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 7; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 401; Beschluß der Nationalversammlung zur europäischen Sicherheit, a.a.O. (2/5), S. D 421; Kommunique zur "Friedensnote" (ungarisches Nachrichtenbüro), a.a.O. (2/7), S. D 671; Ceausescu am 20. 2. 1967, a.a.O. (2/5), S. D 133; Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 730; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 302; Ceausescu, Bericht an den X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 89; Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 313 f. Zur Intensität der Auseinandersetzung mit der neuen Ostpolitik vgl. auch oben Anm. 2/38.

[85] Vgl. oben S. 28 ff.

[86] Vgl. oben S. 35 ff.

[87] Vgl. unten Kapitel 3.

3. Kapitel

[1] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12; o. N., erfolgreiche Bilanz der DDR-Außenpolitik, a.a.O. (1/59), S. 428; Winzer, Bericht an das 9. Plenum des ZK der SED, a.a.O. (1/59), S. 148; Stoph am 14. 7. 1967, a.a.O. (1/72); ZK der SED, Beschluß vom 27. Oktober 1955, 25. Tagung, Die neue Lage und die Politik der SED, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariates, Bd. V, Berlin 1956, S. 445 - 511, S. 447 f.; Chruschtschow, Nikita, Generalsekretär des ZK der KPdSU, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag der KPdSU, 14. - 25. 2. 1956, in: XX. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht, Referat über die Richtlinien zum 6. Fünfjahrplan, Auszüge aus der Diskussion und Begrüßungen, Düsseldorf 1956, S. 5 - 120, S. 31; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 18; Gomulka auf dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 107; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 178 - 290, S. 276; Popow, Die Außenpolitik der VRB, a.a.O. (2/9); Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 7; Kadar, Rede auf dem IX. Parteitag der USAP, 28. 11. 1966, in: Robert Garai, Bericht über diesen Parteitag, in: PdFS, Nr. 1 (101), Januar 1967, S. 56 - 59, und in: ND 29. 11. 1966; Kadar am 22. 2. 1967, a.a.O. (1/3), S. D 134; Kadar, Interview mit UPI, a.a.O. (1/68), S. D 545; Antwort der CSSR auf die "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 285; Aktionsprogramm der KPC vom April 1968, a.a.O. (1/2); Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 89; ders., am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 313; AGERPRESS, Erklärung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD vom 1. 2. 1967, in: EA, F 5/1967, S. D 116; Ceausescu, Artikel in Scinteia am 7. Mai 1967, Auszüge in: EA, F 12/1967, S. D 278 - 282, S. D 278 f.; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 34; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 86 f.

[2] Vgl. oben Anm. 3/1.

[3] So: Grottian, a.a.O. (Einleitung/10), S. 412.

[4] Aus der Praxis Lenin'scher Außenpolitik ebenso wie aus ihrer Theorie geht für das Verhältnis zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung Folgendes hervor:

- Lenins Verzicht auf die konsequent revolutionäre Außenpolitik der Anfangsphase sowjetrussischer Außenpolitik resultierte aus dem Scheitern sämtlicher Versuche der Bolschewiki, die sozialistische Revolution über die Grenzen Sowjetrußlands hinauszutragen.
- Lenin rechtfertigte den Kurs Sowjetrußlands auf eine Koexistenz mit seiner kapitalistischen Umwelt niemals mit der These, der Sozialismus werde den Kapitalismus im friedlichen Wettbewerb besiegen, sondern er war überzeugt, daß sich die kapitalistischen Staaten mit der Existenz eines sozialistischen Staates niemals abfinden und diesen früher oder später zu beseitigen suchen würden. Um für diesen Zeitpunkt gerüstet zu sein, war Lenin bestrebt, Sowjetrußland zu stärken, die sozialistische Revolution in den kapitalistischen Ländern voranzutreiben und die kapitalistischen Staaten gegeneinander auszuspielen.

Diese Vorstellungen entwickelte Lenin vor allem in seiner Rede auf der Moskauer Gouverneurskonferenz der KPR(B) vom 21. November 1920 (Vgl.: Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 406 ff.), in seiner Rede über die Konzessionen vom 21. 12. 1920 (Werke, Bd. 31, S. 467 und S. 482) und in seinem Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare vom 22. 12. 1920 (Werke, Bd. 31, S. 498). Die Praxis Leninscher Außenpolitik spiegelt sich dabei am deutlichsten in seiner Deutschlandpolitik wieder - zu Anfang war sie konsequent revolutionär, das heißt sie suchte zuvor Verbindung zu den deutschen Revolutionären von 1918/19, dann war sie doppelgleisig (Rapallo und Aufstand der KPD im Gefolge der Ruhrkrise).

[5] Chruschtschow auf dem XX. Parteitag, a.a.O. (3/1), S. 31 f.

[6] Ebenda

[7] Ebenda S. 32 f.

[8] Lenin vgl. oben Anm. 3/4. Stalin, Werke, Bd. 10, 1927, August - Dezember, Berlin 1953, Rechenschaftsbericht des ZK an den XV. Parteitag der KPdSU(B), 3. 12. 1927, S. 235 ff.

[9] Vgl. oben Anm. 3/8.

[10] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 12.

[11] Breshnew, vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 53 f.; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 8;

Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 102 f.; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 274 Ziffer 5; Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 46; Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 89; ders. am 7. 5. 1966, S. D 313; Agerpress vom 1. 2. 1967, a.a.O. (3/1); Ceausescu in Scinteia am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 278 f.; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 34; CSSR: Antwort auf "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 285; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11; Kadar am 22. 2. 1967, a.a.O. (1/3), S. D 134; Popow, a.a.O. (2/9); Bashew, a.a.O. (1/93).

12 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12.

13 "... in seinem gerechten Kampf ..." dürfte ein Übersetzungsbeziehungsweise Druckfehler sein. Es müßte "... in ihrem Kampf ..." heißen.

14 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 53 f.; Prokopyev, N., Problems of War and Peace in our Age, in: IA, 12/1967, S. 57 - 62.

15 Breshnew, Die kommunistische Bewegung ist in die Phase eines neuen Aufschwungs eingetreten, in: E, 8/1969, S. 899 - 912, S. 911.

16 Moskauer Konferenz, Hauptdokument, a.a.O. (1/1), S. 12. Diese Klarstellungen der SU und der Moskauer Konferenz dürften Teil des sowjetisch-chinesischen Konfliktes sein; nach Ansicht der SU glaubt Peking nämlich, die sozialistische Weltrevolution durch einen Weltkrieg herbeiführen zu können (vgl.: Suslow, Michail, Sekretär des ZK der KPdSU, Bericht auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 14. 2. 1964, in: Brahm, Heinz, Pekings Griff nach der Vormacht, der chinesisch-sowjetische Konflikt vom Juli 1963 bis März 1965, in: Aktuelle Studien, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. 3, Köln 1966, S. 65 - 134, S. 78 f.); sie dienen somit auch dem Zweck, die SU gegen den Vorwurf zu verteidigen, sie habe die Weltrevolution verraten.

17 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12.

18 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 18; DDR: Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), A - K, S. 1079.

19 Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 102 f.; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 274, Ziff. 5.

20 Renyi, Peter, Coexistence without Illusions, in: NHQ, Vol. VIII, No. 26, Summer 1967, p. 22 - 28.

21 Vgl. oben S. 98.

22 So Rumänien (vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 41 f.).

23 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3; Breshnew, die kommunistische Bewegung ..., a.a.O. (3/15), S. 909.

24 Winzer, Verbündete im Ringen um Frieden und Sicherheit der Völker, in: E, 23. Jg., Heft 1, 1968, S. 9 - 17; Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 53; Popow, a.a.O. (2/9).

25 Renyi, a.a.O. (3/20).

26 Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 22; Popow, a.a.O. (2/9).

27 Vgl. oben Anm. 3/16.

28 So Boris Meissner, a.a.O. (Einleitung/6), S. 18 - 20.

29 Vgl. oben S. 35 ff.

30 Vgl. oben S. 96 ff.

31 Vgl. oben S. 33 ff.

32 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 8. Vgl. auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 10 und S. 12; Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4 (hier nur auf die europäischen Staaten bezogen); Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262 f. und S. D 265 (nur auf die europäischen Staaten bezogen). Rumänien nahm zwar an der Konferenz von Karlovy

Vary nicht teil, doch teilt es in diesem Punkt die Ansichten der übrigen sozialistischen Staaten (vgl.: Ceausescu, Rede auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 313).

33 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9 f.; Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262 und D 265; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 21 f.; Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 62 und S. 64; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 27 f., S. 8 und S. 15; ders. vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 22; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 313; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 355.

34 Polen nennt hier als Beispiel die päpstliche Enzyklika "Populorum Progressio" (vgl.: Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 22).

35 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 10.

36 Ebenda S. 9.

37 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 265.

38 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 8.

39 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 22.

40 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

41 So auch: Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 27 f. und S. 15.

42 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 10.

43 Die These von der zunehmenden Übereinstimmung der Interessen der Bauern, der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz mit denen der Arbeiterklasse beweisen die sozialistischen Staaten mit folgenden Argumenten (Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9):
- "Die Herrschaft des Finanzkapitals, die Verwirklichung der 'Agrarprogramme' des monopolitischen Staates" verschärft die sozialen Widersprüche auf dem Land, was zu wachsendem Widerstand und Massenaktionen der Klein- und

Mittelbauern führt, "die von den Werktätigen in der Stadt unterstützt werden. Die Stärkung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern ist eine Grundbedingung für ihren erfolgreichen Kampf gegen die Monopole und deren Macht."
- "Das Großkapital tritt die Lebensinteressen des überwiegenden Teils der städtischen Mittelschichten mit Füßen. Obwohl sie nicht einheitlich auftreten, und für die bürgerliche Ideologie besonders anfällig sind, verteidigen breite Massen dieser Schichten aktiv ihre Interessen und schalten sich in den Kampf für die allgemein- demokratischen Forderungen ein. Unter ihnen wächst die Erkenntnis, daß gemeinsame Aktionen mit der Arbeiterklasse für sie lebenswichtig sind."
- Im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution, "in der die Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft wird", werden die Berufe, die geistige Arbeit erfordern, immer mehr zu Massenberufen. Die Intelligenz wird immer mehr in der Industrie beschäftigt und ebenso wie die Arbeiterklasse ausgebeutet. "Die Krise der bürgerlichen Ideologie und die Anziehungskraft des Sozialismus" tragen dazu bei, daß die Intelligenz den Weg des antiimperialistischen Kampfes beschreitet. "Das Bündnis der körperlich und geistig Schaffenden wird zu einer immer bedeutenderen Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, für die demokratische Kontrolle der Produktion, der Kultureinrichtungen und Massenmedien, für die Entwicklung des Bildungswesens im Interesse des Volkes."

[44] Als Indizien zur Unterstützung dieser These nannte das Hauptdokument der Moskauer Konferenz (a.a.O. (1/1), S. 9 f.):
- Die Einschaltung der Arbeiterjugend in den Klassenkampf, die studentischen Unruhen, die Solidarisierung der Jugend mit dem Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zeugten von der Gärung unter der Jugend. Damit diese nicht pseudorevolutionären maoistischen oder trotzkistischen Illusionen erliege, müßten die Kommunisten die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus verbreiten.
- Das politische Bewußtsein der Frauen wachse; ihr Kampf um ökonomische und soziale Rechte erstarke ebenso wie ihre Proteste gegen die amerikanische Aggression in Vietnam. Die Kommunisten betrachteten die Emanzipation der Frauen als wichtigen Bestandteil der gesamten demokratischen Bewegung.
- Es entwickelten sich Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen zwischen Kommunisten und der breiten Masse der Gläubigen aller Religionsgemeinschaften, da diese die sich verschärfenden sozialen Widersprüche registrierten.

[45] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 14.

[46] Ebenda S. 9.

[47] Ebenda S. 12.

[48] Ebenda S. 10.

[49] So Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 367.

[50] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12 und S. 10.

[51] Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 361 f.

[52] Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 8.

[53] Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 316 f.

[54] Vgl. oben S. 106 und S. 109.

[55] Angesichts der bulgarischen Linientreue gegenüber Moskau (vgl. dazu unten Teil 2) liegt die Vermutung nahe, daß Bulgarien hier die Funktion wahrnahm, die sowjetische Position im sowjetisch-chinesischen Konflikt zu stärken, während die SU ihre Stellungnahme mehr auf die westlichen Adressaten hin orientierte.

[56] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12 ff.

[57] Vgl. oben S. 21 ff.

[58] Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 317. Hält man sich vor Augen, daß die RKP feststellte, diese Prinzipien hätten für ihre gesamte internationale Tätigkeit Geltung (vgl.: Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 90; ders. am 20. 2. 1967, a.a.O. (2/5), S. 43; ders. auf dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 87), das heißt auch für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, so wird deutlich, daß Rumänien nicht nur den Imperialismus für die internationalen Spannungen verantwortlich macht, sondern daß sich auch die sozialistischen Staaten davor hüten müssen, die internationale Sicherheit und den Weltfrieden zu verletzen.

[59] Vgl. oben S. 107 ff.

[60] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 14.

[61] Ebenda

[62] Ebenda S. 15.

[63] Ebenda

[64] Ebenda

[65] Ebenda

[66] Ebenda

[67] Ebenda

[68] Ebenda

[69] Ebenda

[70] Ebenda

[71] Vgl. oben S. 118.

[72] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 7.

[73] Ebenda S. 8.

[74] Vgl. oben S. 30 ff.

[75] Vgl. oben S. 17.

[76] Vgl. oben S. 19 ff.

[77] Vgl. oben S. 30 ff. Abweichend nur die RKP und die KPC während der Reformzeit (vgl. unten Teil 2).

[78] Breshnew, die kommunistische Bewegung ..., a.a.O. (3/10), S. 909; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3. Vgl. auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

79 Vgl. oben S. 107.

80 Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 305.

81 ders. am 3. 11. 1967, a.a.O. (1/17), S. D 537; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 321; Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 305.

82 Nur die SU setzte sich mit diesem Problem eingehend auseinander. Dies entspricht der Tatsache, daß die USA neben der SU die zweite Großmacht darstellt, und es entspricht auch dem globalen Engagement der SU. Die Beziehungen zu den USA sind daher in erster Linie ein sowjetisches Problem, so daß es naheliegt, im Folgenden nur die Amerikapolitik der SU zu analysieren.

83 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51); Kossygin, Interview mit ORTF am 9. 7. 1967, in: M I 10. 7. 1967 (nach Radio Moskau); Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 466. Diese Ansicht wird vor allem auch von Rumänien geteilt (vgl. oben S. 22). Die Stellungnahme dürfte auch vom chinesischen Vorwurf beeinflußt sein, die SU teile mit dem US-Imperialismus die Welt auf.

84 Zum Folgenden vgl. auch: Ceausescu, Tischrede beim Besuch Nixons am 2. 8. 1969, in: EA, F 20/1969, S. D 483 - 485 (gekürzt), S. D 483; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 312 f.; ders. auf dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 88; ders. auf dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 88; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 400; Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 546.

85 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 5.

86 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 15.

87 Breshnew am 3. 11. 1967, a.a.O. (1/17), S. D 535.

88 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 47.

89 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 466.

90 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 47 f.; Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 8; Kossygin am 3. 8. 1966, a.a.O. (2/31), S. 9.

91 Es genügt hier, diesen Aspekt der Amerikapolitik der SU darzustellen, da nur dieser für den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit relevant ist.

92 So zum Beispiel Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 49 f.

93 So die Prawda am 19. und 20. 9. 1967, in: M I 25. 9. 1967. Vgl. auch: Kossygin am 3. 8. 1966, a.a.O. (2/31), S. 8.

94 Antwort auf die deutsche Note vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 297.

95 Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 3.

96 Vgl. unten zur Europapolitik der SU.

97 Erklärung der SU an die USA, England und Frankreich vom 8. 12. 1967, a.a.O. (2/21).

98 Zur Mittelmeerpolitik der SU vgl.: Kolossow, in: Iswestija vom 12. 11. 1968, in: DZ, H 420, XX. Jg., 1968, 2. Dezemberheft, S. 32 - 34; Roschin, in: IA 2/1969, S. 34 - 37. Zur Vietnam- und Nah-Ost-Politik der SU unter anderem: Breshnew am 3. 11. 1967, a.a.O. (1/17), S. D 537.

99 Deutlich wurde dies vor allem im Abschluß des Kernwaffensperrvertrages und in der Einigung darüber, Verhandlungen über die komplexe Einschränkung und Reduzierung von Trägersystemen für offensive strategische Waffen und von Verteidigungssystemen gegen ballistische Raketen aufzunehmen, die in die SALT-Gespräche mündete (TASS, in: ND vom 2. 7. 1968) und die Mitte 1972 beim Besuch Nixons in Moskau mit dem SALT-Vertrag abgeschlossen wurden.

100 Vgl. dazu S. 38 ff.: Funktionen der Beschwörung der imperialistischen Gefahr.

101 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3).

102 Alle folgenden Beschlüsse beziehen sich auf diese Deklaration: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262; Appell der Budapester Konferenz der Staaten des Warschauer Vertrages an alle europäischen Staaten vom 17. 3. 1969, in: EA, F 7/1969, S. D 151 - 153, S. D 152; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

[103] Rumänien nahm an dieser Konferenz nicht teil.

[104] Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66).

[105] Budapester Appell, a.a.O. (3/102).

[106] So: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

[107] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 260.

[108] Vgl. oben S. 28 ff.

[109] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 260; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 151 f.

[110] Zum Folgenden vgl. vor allem: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3 f., aber auch: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 260 f. und Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13, wo auch noch England erwähnt wird (wohl wegen der Forderung nach der Stärkung der NATO im Gefolge der Intervention in der CSSR).

[111] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3.

[112] Ebenda

[113] Ebenda S. 4. Dazu vgl. auch oben S. 74 ff.

[114] Ebenda S. 3.

[115] Diese Kräfte nennt die Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

[116] Diese Kräfte nennt die Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 261 f.

[117] Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 151.

[118] So Shukow in der Prawda vom 19. und 20. 9. 1967, in: M I 25. 9. 1967.

119 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 459.

120 Freiberg, a.a.O. (1/59), S. 1451 ff.

121 Vgl.: Polnisches Institut für Internationale Beziehungen, Warschau, Komponenten der europäischen Sicherheit, Mai 1968, in: EA, F 13/1968, S. 469 - 477; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 28 f.; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 14.

122 Klicka am 20. 12. 1966, a.a.O. (2/18), S. D 99.

123 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6 f.

124 Ebenda S. 4.

125 Die Objekte der Zusammenarbeit der Kräfte dieses Bündnisses sind in der Mehrzahl außenpolitische (vgl. oben S. 112 f.).

126 Die SU spricht dies am deutlichsten aus (vgl.: Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 188; ders., Rede vom 10. 5. 1967, in: S, June 1967).

127 Hier wird die Funktion deutlich, die die Beschwörung der westdeutschen Gefahr im kapitalistischen Lager für die sozialistischen Staaten hat, nämlich die BRD zu isolieren.

128 Dies war nach Ansicht der sozialistischen Staaten einer der Gründe für die Konzipierung der "Brückenschlag"-Politik der USA und der "neuen Ostpolitik" der BRD.

129 So: Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 21.

130 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262.

131 Ebenda. Hier wird die Erklärung von Karlovy Vary herangezogen, die in diesem Punkt deutlicher als die Bukarester Erklärung ist, die nur die Unantastbarkeit der Grenzen ausdrücklich als Voraussetzung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit bezeichnete (Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4).

132 Die RKP nahm an der Konferenz von Karlovy Vary nicht teil; dennoch teilte sie diese Auffassung (vgl.: Ceausescu am

7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 314; ders. am 20. 2. 1967, a.a.O. (2/5), S. D 133; ders. am 16. 5. 1968 in Craiova anläßlich des Besuchs von de Gaulle, gekürzt in: M I 17. 5. 1968 (nach Radio Bukarest); Manescu, Corneliu, rumänischer Außenminister, Interview in IP 464/5, 5. - 20. August 1969, S. 7 - 9, S. 7; Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 735; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 90.

133 Ebenso auch der Budapester Appell, der aber auch noch hinzufügte, Westberlin habe einen besonderen Status und gehöre nicht zur westdeutschen Bundesrepublik (a.a.O. (3/102), S. D 153). Ursache dieses Zusatzes war vermutlich die Auseinandersetzung um die Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin.

134 So: Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 188; ders. am 10. 5. 1967, a.a.O. (3/126).

135 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

136 Ebenda

137 Ebenda S. 5.

138 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262 f., auch: Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152 f.

139 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 5.

140 Diesem Aspekt widmeten die sozialistischen Staaten, außer Rumänien, nur wenig Aufmerksamkeit, da sie die Autarkie des sozialistischen Lagers anstreben. Sie bezogen die internationale Zusammenarbeit als objektive Forderung des Fortschritts so gut wie ausschließlich auf die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten. Vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 41 f.; Fotino, Nikolae, Möglichkeiten und Wege zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit, in: IP, Nr. 462/3, 5. - 20. Juli 1969, S. 5 - 8, S. 6.

141 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

142 Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152. Die SRR betrachtete die Entwicklung der allseitigen Beziehungen als Hauptweg zur Verwirklichung der europäischen Sicherheit (vgl.: Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 314;

ders. am 16. 5. 1968, a.a.O. (3/132); Macovescu, George, 1. stellvertretender Außenminister, Einige Aspekte der Außenpolitik, in: EA, F 12/1969, S. 415 - 426; Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 734 f.; Manescu im August 1969, a.a.O. (3/132), S. 9.

143 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 264.

144 Ebenda, S. D 262; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152.

145 Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4.

146 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152 f.; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

147 Laut Polen zur Beantwortung der amerikanischen Herausforderung (vgl.: Komponenten der europäischen Sicherheit, a.a.O. (3/121), S. 476).

148 Laut SU zum Schutz gegen den "Amerikanismus" (vgl.: Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4).

149 Laut SU zur Partizipation der Nichtnuklearen an den Vorteilen der friedlichen Nutzung der Kernenergie, das heißt dieser Vorschlag diente unter anderem sicherlich auch der Verwirklichung des Kernwaffensperrvertrages.

150 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152.

151 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

152 Ebenda. Hierzu rechnen die sozialistischen Staaten vor allem die Exklusivität der EWG, die den Handel mit Drittländern behindere (vgl.: Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 8; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 21; Komponenten der europäischen Sicherheit, a.a.O. (3/121), S. 476).

153 Ulbricht am 150. Geburtstag von Karl Marx, a.a.O. (1/2), S. 27; Cyrankiewicz, Regierungserklärung vom 28. 6. 1969 vor dem Sejm, in: PI, Nr. 7 (Juli) 1969, S. 1 - 9, S. 7; Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 8.

Bashew nannte die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die gewahrt werden müßten und definierte Unabhängigkeit als ökonomische Unabhängigkeit.

154 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 27.

155 Prawda am 27. 11. 1966, in: M I 28. 11. 1966; Kapchenko, N., The "Cultural Revolution" and the Mao Group's Foreign Policy, in: IA, 2/1968, S. 14 - 22, S. 18; Kommunist, Heft 8/1968, gekürzt in: SUH, 14. Jg., Nr. 9, 1. 5. 1969, S. 23.

156 So zum Beispiel: Prawda zur Intervention in der CSSR am 22. 8. 1968, Auszüge in: EA, F 18/1968, S. D 440 - 446, S. D 442.

157 Anteil des RGW-Handels am gesamten Außenhandel der sozialistischen Staaten von 1966 - 1969 in Prozent (errechnet aus den absoluten Zahlen, in: Statistisches Jahrbuch 1971 der Deutschen Demokratischen Republik, 16. Jg., hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1971, Internationaler Teil, S. 17):

Jahr	VRB	DDR	VRP	SU	VRU	SRR	CSSR
1966	68,4	68,1	61,8	50,0	63,2	54,4	64,2
1967	72,1	69,3	61,1	57,0	64,4	47,3	66,7
1968	73,1	71,0	61,4	57,5	67,2	48,9	66,0
1969	76,2	68,6	62,4	56,6	64,5	48,9	65,1

Zum Handel der sozialistischen Länder mit den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten vgl.: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1971, a.a.O. (3/157), Internationale Übersichten, S. 82/83.

158 Diese Forderung wird explizit erhoben in: Wohin geht Europa?, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Autorenkollektiv unter Leitung von Peter Klein und Stefan Doernberg, Berlin 1970, S. 279 ff.

159 Vgl. oben S. 63.

160 Vgl. oben S. 29 ff.

161 Vgl. oben S. 133.

162 Biro, Gerd, stellvertretender Hauptabteilungsleiter im ungarischen Außenministerium, Der Kampf zwischen alten und neuen Tendenzen im Ost-West-Handel und in der europäischen Politik, in: DZ, H 382, 2. Maiheft, 1967, S. 1 - 6, S. 1 f.

163 So Bognar, Jozef, Stable Cooperation in an unstable World, Rede auf dem Budapester Internationalen Colloquium über ökonomische Integration und Ost-West-Handel, 10. - 14. September 1967, in: NHQ, Vol. IX, No. 29, Spring 1968, S. 20 - 26, S. 23 ff. Bognar ist Vorsitzender des Instituts für Kulturelle Beziehungen, Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften und er war lange Jahre (1948 - 1956) Minister. Er ist Mitglied der ungarischen Nationalversammlung und Präsident der Patriotischen Volksfront. Es dürfte sich somit zumindest um eine offiziöse Stellungnahme handeln.

164 Vgl. oben Anm. 3/157.

165 Kadar am 22. 2. 1967, a.a.O. (1/3), S. D 134.

166 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

167 Vgl. unten Teil 2.

168 Ceausescu, Erklärung zur rumänischen Haltung für die RGW-Tagung am 23. 4. 1969, Auszug in: MI 21. 4. 1969.

169 Vgl. oben Anm. 3/157.

170 Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 44 f.

171 Auszugsweise Wiedergabe der Pressekonferenz in: Haefs, Hanswilhelm, Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27. 6. 1967 bis 18. 10. 1968, ein dokumentarischer Bericht, Bonn, Wien, Zürich, 1969, S. 148.

172 Spiegel, Nr. 16, vom 12. 4. 1971, S. 86.

173 Vgl. oben S. 29.

174 So: Th. Zotschew, RGW-Länder, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen 1970, S. 33 - 42, S. 39 f.

175 Vgl. oben S. 138.

176 Vgl. oben S. 63.

177 Vgl. oben S. 137.

178 Vgl. oben S. 40 ff.

179 Vgl. oben S. 137 f.

180 Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 8.

181 Vgl.: Statistisches Jahrbuch der DDR 1971, a.a.O. (3/157), Länder des RGW, S. 17.

182 Dies trifft in erster Linie auf die SU und die DDR zu (vgl. unten Teil 2).

183 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

184 Ebenda. Vgl. auch: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

185 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5 und S. 4.

186 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

187 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

188 Vgl. oben S. 131 - 133.

189 Ebenda

190 Kaljushkaja, G. P., Die Subjekte des gegenwärtigen Völkerrechtes, in: Völkerrecht, Lehrbuch, Gesamtredaktion Prof. Dr. jur. D. B. Lewin, Dozentin Kand.jur. G. P. Kaljushkaja, Berlin 1967, S. 109 - 126, S. 120, S. 121 und S. 122.

191 Vgl.: Winzer am 27. 4. 1966, a.a.O. (1/59); Ulbricht, 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46); ders., Erklärung anläßlich des Besuches de Gaulles in Polen, 10. 9. 1967, in: ND 11. 9. 1967; Winzer, Unser Kampf um die europäische Sicherheit, Rede vor der Volkskammer am 9. 8. 1968, in:

AK, Nr. 33 - 34, 1968, S. 279 - 284; Ulbricht, Friedliche Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten, eine Grundbedingung der europäischen Sicherheit, Rede vor der Volkskammer am 9. 8. 1968, in: AK, Nr. 33 - 34, S. 273 - 278.

192 Vgl. unten: die Bereinigung der deutschen Frage.

193 Norden zur Tagung des Weltfriedensrates, Juni 1966, in: ND vom 14. 6. 1966.

194 Aufnahmeantrag der DDR in die UNO vom 28. 2. 1966, in: EA, F 7/1966, S. D 189 ff.

195 Winzer, Schreiben an ECE-Präs., 9. 4. 1969, in: AK, Nr. 16/1969, S. 121 f.

196 Winzer, Telegramm an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 16. 4. 1969, in: AK, Nr. 17/1969, S. 129.

197 Kohrt, Günter, 1. stellvertretender Außenminister der DDR, Interview, in: AK, Nr. 4/1969, S. 26 - 28, S. 28.

198 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

199 Ebenda

200 Ebenda S. 3

201 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263. Rumänien, das an dieser Konferenz nicht teilnahm, teilt diese Ansicht (vgl.: Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 90).

202 Vgl. Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), und Budapester Appell, a.a.O. (3/102).

203 Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 21; Cyrankiewicz am 10. 4. 1968, a.a.O. (1/127), S. 474 f.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 107; Beschluß des V. Parteitages, a.a.O. (3/1), S. 276 f., Ziff. 7.

204 Vgl. oben S. 81 ff.

205 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 314; Fotino, a.a.O. (3/140), S. 6. Es handelt sich um die Resolution

Nr. 2129/XX, die 1963 von der SRR angeregt worden war, der sich dann Österreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Schweden, Ungarn und Jugoslawien angeschlossen hatten, und die am 21. 12. 1965 von der UNO Vollversammlung beschlossen wurde (in: Yearbook of the United Nations 1965, Office of Public Information, New York 1967, S. 97 f.

206 Winogradow, Wladimir, stellvertretender Außenminister der UdSSR, Fragen der europäischen Zusammenarbeit, Juni 1969, in: SUH, 14. Jg., Nr. 12, 16. 6. 1969, S. 8 f., S. 8.

207 Vgl. oben S. 106 ff.

208 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

209 Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121), S. 476.

210 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

211 Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4.

212 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3 und S. 4; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262.

213 Vgl. oben S. 126 ff.

214 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

215 Ebenda S. 6. Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262.

216 Vgl. oben S. 128.

217 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4. Diese Deklaration richtete diese Forderung direkt an die BRD, während die Erklärung von Karlovy Vary und der Budapester Appell diese Forderungen pauschal an alle europäischen Staaten richteten (vgl.: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152 f.

218 Bukarester Deklaration. a.a.O. (2/3), S. 4.

219 Ebenda S. 4 und S. 6. Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D. 262.

220 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4 und S. 6.

221 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263. Rumänien teilt diese Ansicht (vgl.: Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 89.

222 Sowjetische Erklärung zur Lage in der BRD vom 28. 1. 1967, a.a.O. (2/16); Erklärungen an USA, Frankreich und England vom 8. 12. 1967, a.a.O. (2/21),

223 Sowjetische Erklärung vom 18. 1. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 108 f.

224 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 59; sowjetische Regierung, Erklärung an den UNO-Sicherheitsrat zum Aufnahmeantrag der DDR, in: ND vom 23. 4. 1966; Breshnew am 13. 1. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 105; sowjetische Regierung, Note an die Bundesregierung vom 7. 2. 1967, in: EA, F 6/1967, S. D 119 f., S. D 119; Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 190; sowjetische Regierung, Erklärung an die Bundesregierung zum Gewaltverzicht vom 21. 11. 1967, in: EA, F 16/1968, S. D 363 - 370, S. D 365 f.; sowjetische Regierung, Erklärung an die Bundesregierung vom 8. 12. 1967, in: EA, F 5/1968, S. D 110 - 116; sowjetische Regierung, Aide-mémoire an die Bundesregierung vom 29. 1. 1968, in: EA, F 16/1968, S. D 372 - 374, S. D 372; Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; sowjetische Regierung, Erklärung zum 20. Jahrestag der NATO vom 9. 4. 1969, in: ND 10. 4. 1969; Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 456; Ulbricht, AVRO-Interview, 12. 6. 1968, in: AK, 25/1968, S. 209 - 213, S. 210; Winzer am 16. 11. 1967, a.a.O. (3/16); ders. am 4. 8. 1968, a.a.O. (3/191); Ulbricht vor dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 318; Kohrt, Interview, a.a.O. (3/197), S. 28; Winzer am 16. 9. 1966, a.a.O. (1/68), S. 317; polnische Antwort auf die Friedensnote, a.a.O. (2/16), S. D 280 - 283; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 20; ders. am 17. 5. 1967, a.a.O. (2/16), S. 95; ders. am 16. 5. 1968, a.a.O. (1/126); ders. vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 102; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 274; Jedrychowski vor dem außenpolitischen Ausschuß des Sejm am 22. 4. 1969, in: PI, Nr. 4, April 1969; Jaroszewicz (stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, Kandidat des Politbüros der PVAP), Rede auf der deutsch-polnischen Freundschaftskundgebung am 5. 7. 1969, in: PI, Nr. 7, Juli 1969; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Besuch des Außenministers der CSSR Marko in der DDR vom 13. - 14. Juni 1969, Kommunique, in: ND, 16. Juni 1969.

225 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

226 Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 153.

227 Vgl. oben S. 131 ff.

228 Problematisch dabei ist lediglich, ob zu diesem Katalog auch die Forderungen nach einem Verbot aller neonazistischen und revanchistischen Organisationen in der BRD und die Forderung nach der Respektierung Westberlins als besondere politische Einheit zu rechnen sind, denn diese Forderungen tauchen nicht in den Voraussetzungen zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit auf, welche die Bukarester Deklaration und die Erklärung von Karlovy Vary nannten. Während die Forderung nach der Respektierung des besonderen Status von Westberlin als integraler Bestandteil dieses Kataloges zu betrachten ist, der lediglich taktischer Erwägungen wegen zurückgestellt wurde, dürfte es sich bei dem Verbot aller neonazistischen und revanchistischen Organisationen mehr um Zweckpropaganda handeln als um Forderungen, an deren Nichterfüllung die sozialistischen Staaten die Regelung der europäischen Fragen scheitern lassen würden, denn wenn die Bundesregierung und ihre Partner die übrigen Forderungen erfüllen sollten, dann wäre diesen Organisationen ohnehin der Boden entzogen, auf dem sie gedeihen konnten (vgl. oben S. 76).

229 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

230 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

231 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5 f.; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

232 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3 f.

233 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 264.

234 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

235 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 262.

236 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5. Vgl. auch: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263 f.; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

237 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

238 Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 23; Kiesingers Feldzug gegen die europäische Sicherheit, in: AK, Nr. 37/1969, S. 291 f.

239 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

240 Die Verwirklichung dieses Stufenplanes banden die sozialistischen Staaten an die Erfüllung folgender Bedingungen (vgl. zum Folgenden: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 3 und S. 5):

- Die sozialistischen Staaten sind zwar bereit, Warschauer Vertrag und NATO gleichzeitig aufzulösen, doch sie betrachten die beiden Militärbündnisse durchaus nicht als gleichberechtigte, auf derselben Stufe stehende Pakte:
  - Die NATO ist für sie eine aggressive Militärgruppierung, geschaffen um den USA und den reaktionären Kräften Europas bei der Verwirklichung ihres Zieles zu dienen, "den historischen Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung der Völker aufzuhalten, ja rückgängig zu machen",
  - während der Warschauer Vertrag ein "Verteidigungspakt souveräner und gleichberechtigter Staaten" ist, abgeschlossen als Antwort auf die Gründung der NATO und die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO, ein Vertrag also, "der ein Instrument zum Schutz der Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und des Friedens in Europa ist."

  Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind daher nur bereit, den Warschauer Vertrag außer Kraft zu setzen, "falls der Nordatlantikpakt seine Gültigkeit verliert", sie sind also allenfalls zur gleichzeitigen Liquidierung der beiden Pakte bereit und sie erklären, "daß, solange der Nordatlantikpakt existiert und die aggressiven imperialistischen Kreise Anschläge auf den Frieden in der ganzen Welt verüben, die ... sozialistischen Staaten fest entschlossen sind, ihre Macht und Verteidigungsbereitschaft, ihre hohe Wachsamkeit zu verstärken."
- Auch ohne die sofortige Liquidierung von NATO und Warschauer Vertrag solle "bereits jetzt eine Vereinbarung über die Auflösung der Militärorganisationen" herbeigeführt werden und die Mitgliedsstaaten von beiden Bündnissen und die Länder, die keinem Bündnis angehören, sollten sich "auf zwei- und mehrseitiger Grundlage" verpflichten, "Anstrengungen zu unternehmen, um die Sache der europäischen Sicherheit vorwärtszubringen".

241 Zum Folgenden vgl.: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5 f.; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

242 Dies wird nur in der Bukarester Deklaration erwähnt.

243 Die Erklärung von Karlovy Vary schlägt vor: Mitteleuropa, Balkan, Donauraum, Mittelmeer, Nordeuropa.

244 Nur in der Bukarester Deklaration erwähnt.

245 Nur in der Bukarester Deklaration erwähnt.

246 Nur in der Bukarester Deklaration erwähnt.

247 Nur in der Erklärung von Karlovy Vary erwähnt.

248 Nur in der Erklärung von Karlovy Vary erwähnt.

249 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

250 Kossygin, Botschaft an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 1. 2. 1966, in: EA, F 6/1966, S. D 166 - 169; Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 57; Antwort auf die deutsche Note vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 297; Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; sowjetische Regierung, Memorandum zur Abrüstungsfrage, Juli 1968, in: EA, F 20/1968, S. D 480 - 484; sowjetische Erklärung zur Abrüstungspolitik vom 20. 1. 1969, in: ND 21. 1. 1969; sowjetischer Entwurf zum Verbot der militärischen Nutzung des Meeresbodens an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 18. 3. 1969, in: EA, F 12/1969, S. D 289 f.

251 Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263. In dieser Terminplanung der sozialistischen Staaten ergaben sich jedoch Schwerpunktverlagerungen:
- Hatte die Bukarester Deklaration noch Zuversicht verbreitet, als sie darauf hinwies, daß "die heutige Lage" die gleichzeitge Auflösung der bestehenden Militärbündnisse "möglich" mache, und als sie den Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung "auch", das heißt neben der Liquidierung der Militärblöcke, "große Bedeutung" beimaß (Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5),

- so nahm die Erklärung von Karlovy Vary zwar noch die allgemeinen Entspannungstendenzen und die günstigen Umstände, die das Bündnis aller friedliebenden Kräfte erleichtern, zur Kenntnis und stellte einen sehr optimistischen Zeitplan auf, wann die Liquidierung der Blöcke auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte (vgl. oben S. 162), doch sie widmete, im Gegensatz zur Bukarester Deklaration der Erörterung der näheren Umstände, unter denen diese Liquidierung vonstatten gehen sollte, nur geringer Aufmerksamkeit und hob die besondere Aktualität der Teilmaßnahmen zur militärischen Entspannung hervor, die damit nicht mehr gleichrangig neben der Liquidierung der Militärblöcke standen, sondern denen damit die Priorität eingeräumt wurde (vgl.: Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 261 f.).
- Auch der Budapester Appell nannte die "Beseitigung der Spaltung Europas in Militärgruppierungen" nur als eine Maßnahme unter anderen (vgl.: Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152),
- und das Hauptdokument der Moskauer Konferenz hielt zwar ebenfalls am Ziel der Liquidierung der Militärblöcke fest, doch es reihte dieses Ziel nicht in den Katalog jener Ziele ein, für deren Verwirklichung zu kämpfen es aufrief. Eingang in diesen Katalog fanden nicht einmal mehr Maßnahmen wie die Einstellung der Flüge von Atombombern über fremde Territorien oder das Anlaufen fremder Häfen durch Atom-U-Boote. Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz rief nur zum Kampf auf für die Unantastbarkeit der Grenzen, für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, für die Verhinderung des Zugangs der BRD zu Kernwaffen, für den Verzicht Bonns auf die Alleinvertretungsanmaßung, für die Anerkennung West-Berlins als besondere politische Einheit, für die Anerkennung der Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens, für das Verbot aller neonazistischen Organisationen. Mit anderen Worten: Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz rückte den Kampf für jene Forderungen, die die sozialistischen Staaten als Voraussetzung für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa bezeichnet hatten, in den Vordergrund ihrer Europapolitik (vgl.: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13).

Hinzu kommt, daß die sozialistischen Staaten nur an der Bedingung der gleichzeitigen Auflösung von Warschauer Vertrag und NATO festhielten, während sie die Forderung, die Verwirklichung von Teilmaßnahmen zur Abrüstung setze vertragliche Vereinbarungen zur Liquidierung der Militärblöcke voraus (vgl. oben Anm. 3/240), nicht mehr erwähnten, das heißt, sie verloren das Gesamtziel zwar nicht aus den Augen, konzentrierten sich aber zunehmend auf das, was sie bei pragmatischer Einschätzung der gegebenen Bedingungen noch zu verwirklichen hoffen konnten. Dabei

dürfte vor allem auch die Reaktion der NATO-Staaten auf die Intervention in der CSSR den sozialistischen Ländern die Einsicht vermittelt haben, daß an eine Liquidierung der Militärblöcke kaum zu denken war (woran auch die sozialistischen Staaten zu diesem Zeitpunkt kein Interesse haben konnten, garantierte der Warschauer Vertrag doch bis zu einem gewissen Grade ihre Einheit), daß auch Teilmaßnahmen zur militärischen Abrüstung vorerst nicht durchzusetzen waren (auch dies wiederum auch im Interesse der SU, die auf die Disziplinierungsfunktionen sowjetischer Truppen in den Staaten des Warschauer Vertrages zu diesem Zeitpunkt kaum verzichten konnte), daß allenfalls der Status quo in Europa abgesichert werden konnte.

252 Vgl.: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

253 Ebenda S. 6, Punkt 6.

254 Näheres vgl. unten 4. Kapitel.

255 In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1957, S. 475 - 478.

256 Dies entspricht der Maxime, die europäischen Staaten sollten ihre Probleme selbst, ohne fremde Einmischung lösen (Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4), was deutlich gegen die USA gerichtet ist.

257 Vgl. oben S. 150 f.

258 Dies ergibt sich aus dem Begriff der kollektiven Sicherheit.

259 Vgl. oben S. 159 ff.

260 Vgl. unten 4. Kapitel. 1954 schlug die SU vor, Frankreich, England, die USA und die SU sollten einen Vertrag "über die Gewährleistung der europäischen Sicherheit" schließen, in dem sie sich verpflichten sollten, ihre Truppen aus Deutschland bis auf wenige Kontingente (bei Aufrechterhaltung ihres Interventionsrechtes) abzuziehen und Deutschland zu neutralisieren (in: Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, a.a.O. (3/255), S. 474 f.

261 Der 1954 vorgelegte Vertragsentwurf (ebenda, S. 477, Punkt 8) sah periodische Konferenzen, einen ständigen politischen Konsultationsausschuß mit Empfehlungsrecht an die Regierungen und ein militärisches Konsultationsorgan vor.

262 Die UN-Charta bringt keine eindeutigen Definitionen und die sowjetische und die westliche Völkerrechtslehre sind sich in dieser Frage nicht einig (vgl.: Völkerrecht, Lehrbuch, a.a.O. (3/190), A. J. Dawydow, S. 397 - 401; Lothar Schultz, Aggression, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. I, Abbildtheorie bis Diktatur des Proletariates, Freiburg, Basel, Wien 1966, S. 74 - 98).

263 Werner Marx, Sowjetvorschlag "Europäisches Sicherheitssystem", in: PSK, 16. Jg., 1967, Heft 15 vom 1. 8. 1967, S. 6; Olaf von Wrangel, Bündnis nach Osteuropa, in: PSK, 16. Jg., 1967, Heft 10 vom 15. 5. 1967, S. 6; Ernst Majonica, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik, Probleme und Entscheidungen, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969, S. 32.

264 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 264; Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 152.

265 Ebenda, S. 6, S. D 264 und S. D 152. Nur die DDR wurde konkreter und schlug vor, die Frage des Gewaltverzichtes, der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie des gesamteuropäischen Sicherheitsvertrages sollten erörtert werden (Winzer an ECE-Präs., a.a.O. (3/195), S. 122).

266 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6; Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93); Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 264; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 13.

267 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

268 Ceausescu, Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 734. Vor dem Hintergrund der rumänischen Maxime, die kleineren und mittleren Staaten könnten den Großmächten nicht die Regelung aller internationalen Fragen überlassen, wird deutlich, daß es Bukarest mit seiner Aufforderung, alle Staaten sollten eigene Vorschläge entwickeln, darum geht zu verhindern, daß die künftige Ordnung Europas im Wechsel-

spiel der im wesentlichen sowjetischen Einflüssen unterliegenden Initiativen der sozialistischen Staaten und der Reaktion der westeuropäischen Staaten auf diese Initiativen festgelegt wird. Mit anderen Worten, Rumänien geht es darum, seine außenpolitische Bewegungsfreiheit zu erhalten, und, wenn möglich auszudehnen, was es sicherlich nicht erreichen kann, wenn die künftige Ordnung Europas allein durch den Interessenausgleich zwischen den Großmächten bestimmt wird.

269 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

270 Breshnew auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 337.

271 Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4; Ulbricht am 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46).

272 Auch im Falle Kanadas stellt sich dieses Problem, denn dieses ist Mitglied der NATO und hat Truppen in Europa stationiert. Dieses Problem erörtern die sozialistischen Staaten allerdings kaum - es löst sich ohnehin mit der Klärung der Teilnahme der USA.

273 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4 und S. 6.

274 Budapester Appell, a.a.O. (3/102), S. D 153.

275 Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4.

276 So zum Beispiel Spartak Beglow, in: SUH, 14. Jg., Nr. 11, 1. Juni 1969.

277 Vgl. NZZ, F. Nr. 66, vom 8. 3. 1967.

278 Vgl. oben S. 124.

279 Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 551.

280 Außenminister Bashew hatte in Oslo erklärt, auf den von ihm vorgeschlagenen Vorkonferenzen könnte unter anderem die Frage der Teilnahme der USA erörtert werden (in: NZZ, F, Nr. 66, 8. 3. 1967). Stimmten die westlichen Staaten diesem Vorschlag zu, so wäre dies durchaus als Erfolg der sozialistischen Staaten zu verbuchen gewesen,

denn damit hätte der Westen zugegeben, daß die Teilnahme der USA keine Selbstverständlichkeit ist.

281 Die Verträge von Warschau und Moskau implizieren die Anerkennung des Status quo in Europa und ermöglichten das Viermächteabkommen über Berlin - damit war, soweit die deutschen (und damit eines der wesentlichsten) Probleme betroffen sind, der Weg frei für eine Sicherheitskonferenz.

282 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 459.

283 Ebenda S. D 459.

284 Ebenda S. D 458.

285 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 463; Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 57; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 18; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12.

286 Vgl.: O. Grinyov, Soviet Efforts for Disarmement, in: IA, 12/1967, S. 63 - 69.

287 Es kann hier nicht darum gehen, alle im Zusammenhang mit dem Kernwaffensperrvertrag stehenden Probleme zu erörtern, sondern es geht lediglich darum zu klären, welche Funktionen dieser Vertrag für die sozialistischen Staaten zu erfüllen hat.

288 Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 190; Samjatin (Sprecher des sowjetischen Außenministeriums), Erklärung zum Atomsperrvertrag vom 22. 4. 1968, in: ND vom 23. 4. 1968; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12.

289 Zunächst hatten Moskau und Washington getrennte Entwürfe vorgelegt (sowjetischer Entwurf vom 24. 9. 1965 in: EA, F 20/1965, S. D 518 - 520), dann hatten sich beide Seiten in Glassboro auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt (vgl.: Erklärung von Glassboro und Kossygins New Yorker Interview vom 25. 6. 1967, in: EA, F 15/1967, S. D 351 - 352). Im August 1967 legten sie den ersten gemeinsamen Entwurf vor (Entwurf vom 24. 8. 1967, in: EA, F 20/1967, S. D 460 - 462). Zwar folgten diesem ersten Entwurf noch zwei weitere (vgl. Entwurf vom 18. 1. 1968, in: EA, F 4/1968, S. D 81 - 85, und Entwurf vom 11. 3. 1968, in:

EA, F 9/1968, S. D 205 - 214), doch blieb der Vertrag im wesentlichen das, was er mit dem ersten Entwurf geworden war, ein Abkommen zwischen den beiden Supermächten.

290 Vgl. unten 2. Teil.

291 Vgl. oben S. 21 ff.

292 Vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 62 f.; Macovescu, Rede auf der Generaldebatte der Nichtnuklearen in Genf am 6. 9. 1968, in: EA, F 21/1969, S. D 512 f. (Auszüge); entsprechende Anträge stellte die rumänische Regierung dann an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß (in: EA, F 9/1969, S. D 205 ff., S. D 211 und S. D 207 - 209).

293 Diesen Zusammenhang stellen explizit fest unter anderen: Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; ders. vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 58 f.; ders. vor dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16); Rapacki am 7. 1. 1968, a.a.O. (1/65); Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121), S. 474; Jaroszek am 1. 4. 1969, a.a.O. (2/16); Ministerrat der DDR zum Atomsperrvertrag am 3. 11. 1967, in: ND vom 5. 11. 1967; Winzer, Erklärung anläßlich der Unterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages am 1. 7. 1968, in: AK 27/1968, S. 227; DDR-Note an das AA vom 29. 8. 1968, a.a.O. (2/71).

294 Sowjetischer Entwurf zum Kernwaffensperrvertrag, a.a.O. (3/289); Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (3/250).

295 Erster sowjetisch-amerikanischer Entwurf zum Kernwaffensperrvertrag, a.a.O. (3/289).

296 Sowjetische Erklärung zur Abrüstungspolitik, a.a.O. (3/250); Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß am 18. 3. 1969, in: EA, F 12/1969, S. D 289 f.; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 18; Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 463 f.; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12 (ohne direkten Bezug auf die BRD); Rapacki am 7. 1. 1968, a.a.O. (1/65); Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121), S. 474; Jaroszek am 1. 4. 1969, a.a.O. (2/16).

297 So vermieden es die Nuklearmächte vor allem, sich zu konkreten Maßnahmen zur weiteren nuklearen Abrüstung zu verpflichten. Nach Abschluß des Vertrages würdigte die RKP den Kernwaffensperrvertrag zwar als Fortschritt, doch sie forderte auch, ihm müßten "weitere konkrete Maßnahmen folgen, die zur Verminderung und Beseitigung der nuklearen Bedrohung, zum Verbot und der Vernichtung der Atomwaffen führen. Es muß erreicht werden, daß die Kraft des Atoms ... ausschließlich für friedliche Zwecke, im Dienste des Fortschritts der Gesellschaft angewandt wird." (Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 318).

298 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 57; Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 465 f.

299 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 57; Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (3/250), S. D 167; sowjetische Antwort auf die deutsche Note vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 297; Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 460; Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4; Rapacki am 7. 1. 1968, a.a.O. (1/65); Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121); Regierungserklärung (DDR) vom 26. 8. 1968, a.a.O. (2/16), S. 292.

300 Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121); Rapacki am 7. 1. 1968 (1/65).

301 Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 57; Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (3/250); sowjetisches Memorandum vom Juli 1968, a.a.O. (3/250); Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 460.

302 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 463 f.; Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (3/250).

303 TASS am 1. Juli 1968, in: ND vom 2. 7. 1968.

304 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 463.

305 Sowjetisches Memorandum vom Juli 1968, a.a.O. (3/250).

306 Vgl. auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 12 und S. 13.

307 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 463 f.

308 Sowjetischer Entwurf für Verbot der militärischen Nutzung des Meeresbodens, a.a.O. (3/250).

309 Sowjetisch-amerikanischer Entwurf betr. militärischer Nutzung des Meeresbodens vom 30. 10. 1969, in: EA, F 22/1969, S. D 541 - 543.

310 Vgl.: Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

311 Regierungserklärung der DDR an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 7. 2. 1966, in: EA, F 6/1966, S. D 168 - 170, S. D 170.

312 Erklärung des Ministerrates der DDR zum Atomsperrvertrag, a.a.O. (3/293).

313 Ebenda

314 Winzer zur Unterzeichnung des Atomsperrvertrages, a.a.O. (3/293).

315 Ebenda; DDR-Note an AA vom 29. 8. 1968, a.a.O. (2/71).

316 Sowjetisches Memorandum vom Juli 1968, a.a.O. (3/250).

317 Kossygin an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 18. 3. 1969, a.a.O. (3/296).

318 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 18.

319 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 467.

320 Sowjetischer Entwurf für einen Vertrag betr. Abrüstung im Bereich der B- und C-Waffen, 19. 9. 1969, in: EA, F 22/1969, S. D 539 - 541.

321 Vgl. auch: DDR-Note an AA vom 29. 8. 1968, a.a.O. (2/71); Komponenten der europäischen Sicherheit, a.a.O. (3/121); Rapacki am 7. 1. 1968, a.a.O. (1/65).

322 Vgl. oben S. 161.

323 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5; Erklärung von Karlovy Vary, a.a.O. (1/66), S. D 263.

324 Komponenten der europäischen Sicherheit (VRP), a.a.O. (3/121); Rapacki am 7. 1. 1968, a.a.O. (1/65).

325 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4; Ulbricht auf dem 14. Plenum des ZK der SED am 15. 12. 1966, in: ND vom 16. 12. 1966; Stoph an Kiesinger, Vertragsentwurf zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten vom 18. 9. 1967, Begleitschreiben, in: EA, F 20/1967, S. D 474 - 477.

4. Kapitel

[1] Vgl. oben Anm. 3/253 und Anm. 3/254.

[2] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

[3] Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 457; Cyrankiewicz, Rede am 26. 2. 1969, in: IB, Nr. 3, März 1969, S. 20 - 31 (Zusammenfassung); Antwort der CSSR auf die "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 287.

[4] Sowjetische Erklärung zum Gewaltverzicht vom 21. 11. 1967, S. D 366.

[5] So: Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 457.

[6] Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 10.

[7] Cyrankiewicz am 26. 2. 1969, a.a.O. (4/3).

[8] Polnische Antwort auf die "Friedensnote", a.a.O. (2/16), S. D 280; Gomulka anläßlich des Vertragsabschlusses mit der DDR am 15. 3. 1967, in: IB, Nr. 3, März 1968, S. 7 - 15; Antwort der CSSR auf die "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 285 f.; Hajek (Außenminister der CSSR unter Dubcek) am 19. 6. 1968, in: VZ vom 21. 6. 1968; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11.

[9] Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4.

[10] Vgl. oben S. 132.

[11] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

[12] Ebenda S. 6.

[13] So die Lesart der DDR, zum Beispiel in: Arzinger, Rudolf, Das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht und seine Subjekte in Deutschland, in: DtAPol, Jg. 11, 1966, Heft 8, S. 910 - 921.

[14] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

[15] So Prawda vom 27. 2. 1967, in: MI 28. 2. 1967.

[16] XI Thesen "20 Jahre DDR", a.a.O. (1/3), Punkt X; Prawda vom 27. 2. 1967, a.a.O. (4/15).

[17] Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 64.

[18] Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2); Hajek am 19. 6. 1968, a.a.O. (4/8); Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 11; Hendrych am 8. 2. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 123; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Antwort der CSSR auf die "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 286 f.; Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 18 f.; ders. am 17. 5. 1967, a.a.O. (2/16), S. 92 f.; Kliszko am 22. 9. 1967, a.a.O. (2/31); polnische Antwort auf die "Friedensnote", a.a.O. (2/16), S. D 281; Kruczkowski, a.a.O. (1/29), S. 23.

[19] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

[20] Sowjetische Antwort auf die deutsche Note vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 296.

[21] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 4.

[22] Es kommt hier nicht darauf an, ob diese Vorstellungen das Produkt der Souveränität der DDR oder das eines Kompromisses zwischen den sozialistischen Staaten oder das eines Diktates der SU sind, denn diese Vorstellungen sind die einzigen, die im sozialistischen Lager bestehen und Distanzierungen von diesen Vorstellungen fehlen.

[23] Arzinger, a.a.O. (4/13).

[24] Ulbricht, Neujahrsansprache am 31. 12. 1966, in: ND, 1. 1. 1967.

[25] Ulbricht vor der Volkskammer am 13. 10. 1966, in: ND vom 14. 10. 1966; ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65.

[26] Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65 f.

[27] Verfassung der DDR, Art. 8 Abs. 2, in: Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, o. O., o. J.

[28] Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65.

29 Ebenda S. 70.

30 Ebenda S. 71.

31 Vgl.: Ulbrichts Neujahrsansprache, a.a.O. (4/24).

32 Ulbricht, Fernseherklärung an die Bürger der DDR, der westdeutschen Bundesrepublik und Westberlins zum Bericht Kiesingers über die Lage der Nation, 13. 3. 1968, in: ND vom 14. 3.

33 Ulbricht, AVRO-Interview, a.a.O. (3/224), S. 210.

34 Regierungserklärung der DDR zur Deklaration der UNO zur Nichteinmischung, in: ND, 19. 1. 1966; ND: zur Politik der Kleinen Schritte, in: ND vom 5. 4. 1966; Ulbricht anläßlich des 5. Jahrestages des Baus der Mauer, am 13. 8. 1966, in: ND vom 14. 8. 1966; Ulbricht, Neujahrsansprache, a.a.O. (4/24); Ulbricht, AVRO-Interview, a.a.O. (3/224), S. 210; Erklärung des Staatsrats der DDR vom 21. 6. 1968, a.a.O. (2/58), S. 227 und S. 230; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4.

35 Stoph an Kiesinger vom 18. 9. 1967, a.a.O. (3/325), Vertragsentwurf Art. 2.

36 Ebenda, Begleitschreiben.

37 Norden auf der Pressekonferenz des Nationalrats der Nationalen Front am 18. 12. 1967, in: ND vom 19. 12. 1967.

38 Ulbricht am 15. 12. 1966, a.a.O. (3/325).

39 Norden am 18. 12. 1967, a.a.O. (4/37).

40 Stoph an Kiesinger vom 18. 9. 1967, a.a.O. (3/325), Vertragsentwurf Art. 2; Ulbricht auf der 10. ZK-Tagung am 29. 4. 1969, in: EA, F 13/1969, D 307 ff. und in: AK, Nr. 21/1969, S. 163 - 164, S. 164; Winzer am 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/16), S. 7.

41 Ulbricht am 29. 4. 1969, a.a.O. (4/40).

42 Ebenda

[43] Ökonomisches Lexikon a.a.O. (1/55), A - K, S. 100.

[44] Stoph an Kiesinger vom 18. 9. 1967, a.a.O. (3/325), Vertragsentwurf Art. 3.

[45] Ulbricht am 9. 8. 1968, a.a.O. (3/191).

[46] Ob sie als ständige Einrichtungen gedacht waren, ist nicht festzustellen, denn die DDR kam auf diesen Vorschlag nicht mehr zurück.

[47] Klaus Sorgenicht, Wolfgang Weichelt, Tord Reimann, Hans-Joachim Semler, Hrsg., Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumente, Kommentar, Bd. 1 und 2, Berlin 1969, Bd. 1, S. 231 - 235; Ulbricht vor der Volkskammer am 1. 12. 1967, in: ND 2. 12. 1967; Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vom 2. 11. 1967, in: ND 3. 11. 1967; Ulbricht, AVRO-Interview, a.a.O. (3/224), S. 213; Kohl (Staatssekretär beim Ministerrat), Die Westberlinpolitik der DDR, in: AK, 27/1969.

[48] Ebenso Gromyko, am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458.

[49] Die sowjetische Lesart lautet, Westberlin liege "innerhalb" (vgl.: Sowjetische Erklärung an die Bundesregierung vom 13. 2. 1969, in: ND vom 16. 2. 1969) und "im Zentrum" (vgl. Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458) des Territoriums der DDR.

[50] Die SU hält an der Viermächteverantwortung für Westberlin fest (vgl.: Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458).

[51] So Artikel 6 des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. Juni 1964, in: Dokumentation zur Westberlinfrage, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin o. J., S. 286. Die Erklärung von Karlovy Vary spricht von der "besonderen politischen Einheit" (a.a.O. (1/66), S. D 263), der Budapester Appell vom "besonderen Status" Westberlins (a.a.O. (3/102), S. D 153). Das Hauptdokument der Moskauer Konferenz von der "besonderen politischen Einheit" (a.a.O. (1/1), S. 13).

[52] Ulbricht, AVRO-Interview, a.a.O. (3/224), S. 213; Kohl, Westberlinpolitik, a.a.O. (4/47); Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 63.

[53] Erklärung Kohls vom 26. 10. 1966, in: AK, 44/1966, S. 355 f., S. 356; Ulbricht, 2. Tagung des ZK am 7. 7. 1967, in: ND 8. 7. 1967; ders. am 29. 4. 1969, a.a.O. (4/40), S. 163.

[54] Stoph vor der Volkskammer am 10. 6. 1968, Auszug in: AK, 24/1968, S. 201 f.

[55] Stoph an Kiesinger vom 18. 9. 1967, a.a.O. (3/325), Vertragsentwurf Art. 6.

[56] Vgl. oben S. 131 ff.

[57] Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65.

[58] Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Verfassungsmäßige demokratische Alternative zur Politik der Regierung Kiesinger/Strauß/Wehner, in: DZ, H 399, XX. Jg., 1. Februarheft, 1968, S. 22 - 30.

[59] Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, Zur Notwendigkeit demokratischer Veränderungen in Westdeutschland, 11. 11. 1966, in: DZ, H 370, 2. Novemberheft 1966, S. 5 - 7.

[60] Ulbricht zum 20. Jahrestag der SED am 21. 4. 1966, in: ND vom 22. 4. 1966; Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, demokratische Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: ND vom 26. 8. 1966; Staatssekretariat für westdeutsche Fragen vom Januar 1968, a.a.O. (4/58).

[61] Ulbricht am 21. 4. 1966, a.a.O. (4/60).

[62] Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen, August 1966, a.a.O. (4/60).

[63] Ebenda

[64] Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen am 11. 11. 1966, a.a.O. (4/59); Staatssekretariat für westdeutsche Fragen Januar 1968, a.a.O. (4/48).

[65] Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen am 11. 11. 1966, a.a.O. (4/59); Ulbricht am 21. 4. 1966, a.a.O. (4/60); Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen August 1966, a.a.O. (4/60).

66 Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen am 11. 11. 1966, a.a.O. (4/59); Staatssekretariat für westdeutsche Fragen im Januar 1968, a.a.O. (4/58).

67 Staatssekretariat für westdeutsche Fragen im Januar 1968, a.a.O. (4/58); Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Erklärung zum 22. Jahrestag des Potsdamer Abkommens, am 2. 8. 1967, in: AK, Nr. 33/1967; Ulbricht, Neujahrsansprache a.a.O. (4/24), S. 199; Mitteilung des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrats der DDR vom 25. 2. 1969, in: ND vom 26. 2. 1969.

68 Staatssekretariat für westdeutsche Fragen im Januar 1968, a.a.O. (4/58).

69 Ulbricht vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4.

70 Ulbricht am 21. 4. 1966, a.a.O. (4/60).

71 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

72 Vgl. oben S. 75 ff.

73 Vgl. oben S. 79 ff.

74 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 313 f.

75 Antwort der CSSR auf die "Friedensnote", a.a.O. (1/9), S. D 286; polnische Antwort auf die "Friedensnote", a.a.O. (2/16), S. D 281; sowjetische Antwort auf die "Friedensnote", a.a.O. (2/16), S. D 296.

76 Freundschaftsvertrag DDR - Polen vom 15. 3. 1967, in: EA, F 8/1967, D 191 - 194; Freundschaftsvertrag DDR - CSSR vom 17. 3. 1967, in: EA, F 8/1967, D 194 - 196; Freundschaftsvertrag DDR - Ungarn vom 28. 5. 1967, in: AK, 22/1967, S. 172; Freundschaftsvertrag DDR - Bulgarien vom 7. 9. 1967, in: AK, 38/1967, S. 303 f.

77 Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4; Kegel, Gerhard, Gesandter, Rede vor dem "Rat für gesamtdeutsche Fragen", am 16. 6. 1966, ND vom 19. 6. 1966.

78 Verfassung der DDR Art. 8 Abs. 2, a.a.O. (4/27); vgl. auch: Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65.

[79] Aufruf zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/10); XI Thesen "20 Jahre DDR", Punkt X.

[80] Grundlagen der marxistischen Philosophie, nach der 2. überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin 1966, S. 403.

[81] Ebenda S. 404.

[82] Vgl. oben S. 186.

[83] Grundlagen der marxistischen Philosophie, a.a.O. (4/80), S. 403.

[84] Vgl. oben S. 196 f.

[85] Ulbricht hatte diese am 21. 4. 1966 propagiert (a.a.O. (4/60)), doch Kegel hatte der BRD bereits am 16. 6. 1966 die Konföderationsfähigkeit abgesprochen (a.a.O. (4/77)). Diese Pläne wurden danach nicht mehr weiterverfolgt.

[86] Kegel, a.a.O. (4/77).

[87] Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

[88] Ebenda S. 4.

[89] Ulbricht am 21. 4. 1966, a.a.O. (4/60).

[90] Vgl. die nach der Ablösung Ulbrichts verfolgte Politik der "Abgrenzung" der DDR gegenüber der BRD.

5. Kapitel

[1] Vgl. oben S. 116 ff.

[2] Den proletarischen Internationalismus als Teil der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus begründeten nach Auffassung der sozialistischen Staaten Marx und Engels mit dem Kommunistischen Manifest, als sie mit der Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" der internationalen Macht des Kapitals den gemeinsamen Kampf des internationalen Proletariates entgegenstellten (so Lenin, in: Werke, Bd. 2, 1895 - 1897, Berlin 1961, S. 101 f.) (Vgl.: Verfassungskommentar der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 291 f.; Jeske, Reinhold, Schönherr, Hans-Jochen, Sozialistischer Internationalismus - Prinzip der sozialistischen Verfassung der DDR, in: DtAPol, 13. Jg., 1968, H 7 (Juli), S. 779 - 783, S. 781; Ulbricht in Karlovy Vary, a.a.O. (1/72); Konstantinov, F., Internationalism and the World Socialist System, in: IA, 7/1968, S. 3 - 9, S. 3 f.). Mit der Oktoberrevolution änderte sich die Qualität des proletarischen Internationalismus, er wurde zum Ausdruck der Beziehungen zwischen den Völkern eines einzigen sozialistischen Landes, der Sowjetunion (so: Konstantinov, a.a.O. (5/2), S. 3 f.). Mit dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems vollzog sich ein neuer Bedeutungswandel, der proletarische Internationalismus wurde zum Ausdruck der Beziehungen zwischen souveränen sozialistischen Staaten, er wurde zum sozialistischen Internationalismus (ebenda); es entstand somit ein neuer Typ internationaler Beziehungen, die von den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus bestimmten Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten.

[3] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9; Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder (Bulgarien, Ungarn, DDR, Polen, SU und CSSR), beschlossen am 3. August 1968 in Bratislava, in: AK, Nr. 32/1968, S. 265 - 267, S. 266; Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten von 1967, in: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Februar 1956 - Dezember 1959, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralen Komitee der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1960, S. 316 - 331, S. 322.

[4] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

[5] Verfassungskommentar der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 293; Konstantinov, a.a.O. (5/3), S. 5; Thesen des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/2); Kliszko am 16. 5. 1967, a.a.O. (1/29), S. 24 f.; Ochab am 22. 2. 1967, a.a.O. (2/16); Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 115; Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 73; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 20; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 312; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 407.

[6] Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (ZK der KPdSU), a.a.O. (1/2); Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 73; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 20; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 312; Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/27), S. 24; Ochab am 22. 2. 1967, a.a.O. (2/16); Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 115.

[7] So auch: Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 322 f. Daraus wird bereits deutlich, welch hoher Stellenwert dem Imperialismus als Integrationsfaktor im sozialistischen Lager zukommt.

[8] Vgl.: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

[9] So: Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (ZK der KPdSU), a.a.O. (1/2); Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 6.

[10] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

[11] Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 310; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 84.

[12] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9; Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (ZK der KPdSU), a.a.O. (1/2); Suslow, Rede zum 150. Geburtstag von Marx, am 5. 5. 1968, in: SUH (österreichische Ausgabe), Beilage, Nr. 10, 16. 5. 1968; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 84; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/3), S. D 308; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 30; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 310.

[13] Vgl. oben S. 209.

[14] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9; Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (ZK der KPdSU), a.a.O. (1/2); Breshnew vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 6; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 310.

[15] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

[16] Ebenda S. 8 f.

[17] Ebenda; Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 265 f.; Prawda, Zur Aktionseinheit der Kommunistischen Bewegung, am 28. 11. 1965, in: EA, F 5/1966, S. D 132 - 139, S. D 136; Kossygin, am 3. 8. 1966, a.a.O. (2/31), S. 6; Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, ZK der KPdSU, a.a.O. (1/2); Breshnew, Rede auf einer sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung am 3. 7. 1968, in: ND vom 4. 7. 1968 (Auszüge); ders. vor dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 301 und S. 304; ders. vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 5; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3; ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 105 und S. 109; Gomulka in Prag anläßlich Festsitzung zum 20. Jahrestag des Februarsieges am 22. 2. 1968, in: IB, Nr. 3, März 1968, S. 7 - 13; ders. in Moskau, Festsitzung des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjet von UdSSR und RSFSR zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, am 3. 11. 1967, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1967, S. 7 - 14; Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 16 f.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 129; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 312; ders. Artikel in PdFS, a.a.O. (1/43), S. 737; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 83; Novotny am 31. 5. 1966, a.a.O. (2/16); Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 407 f.; Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 463; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 356.

[18] Vgl. oben S. 28 ff.

[19] Vgl. oben S. 96 ff.

[20] Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

[21] Ebenda, S. 8. Vgl. auch: Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 323 f.; Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 266.

[22] Vgl. oben Anm. 5/21.

[23] Breshnew am 3. 7. 1968, a.a.O. (5/17); ders. vor dem V. Parteitag der PVAP , a.a.O. (1/103), S. 304; Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/2).

[24] ZK-Beschluß der SED vom 7. 8. 1968, a.a.O. (1/72); Honecker auf der Budapester Konferenz am 28. 2. 1968, in: ND 29. 2. 1968; Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 296 f.

[25] Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 357.

[26] Dubcek, Aktuelle Fragen der Tätigkeit der KPC, Interview, in: PdFS, Juni 1968, S. 688 - 695, S. 693.

[27] Dubcek, Rundfunk- und Fernsehansprache aus Bratislava am 4. 8. 1968, in: VZ vom 9. 8. 1968.

[28] Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10.

[29] Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 407.

[30] Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 109.

[31] Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 320 f.

[32] Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 324 f.

[33] Vgl.: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 15; Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 15; Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 310; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 324; ders. am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 281; Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24).

[34] Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3); Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1).

[35] Vgl.: Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 293.

[36] Vgl. unten zum Warschauer Vertrag und zum RGW.

37 Das internationalistische Handeln der sozialistischen Staaten umfaßt die drei grundlegenden Gemeinsamkeiten der sozialistischen Staaten, das heißt also das Verhalten im ideologischen und im sozialökonomischen Bereich sowie im Bereich des antiimperialistischen Kampfes.

38 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

39 Klimov, V., Unity of the Socialist States' International and National Tasks, in: IA, 8/1968, S. 10 - 15, S. 21; Konstantinov, a.a.O. (5/2), S. 5; Thesen zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, a.a.O. (1/2).

40 Breshnew am 3. 7. 1968, a.a.O. (5/17); Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 7; Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 304.

41 Breshnew am 3. 7. 1968, a.a.O. (5/17); Klimov, a.a.O. (5/39); Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 7.

42 Vgl. oben S. 19 ff.

43 Vgl.: Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 293, Art. 6 Abs. 2.

44 Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24).

45 Ebenda; vgl. Anm. 5/43 oben, S. 296 f.; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4.

46 Powik, Gerhard, Zelt, Johannes, Das sozialistische Weltsystem und die internationale kommunistische Bewegung, in: DtAPol, 13. Jg., 1968, H 11 (November), S. 1291 - 1302; Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 296. Die DDR begründete diese Haltung folgendermaßen:
- Die sowjetische Arbeiterklasse leitete den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mit der Oktoberrevolution und damit die sozialistische Weltrevolution ein.
- Die sowjetische Arbeiterklasse realisierte als erste das theoretische Modell des Sozialismus in der gesellschaftlichen Praxis.
- Sie erforschte als erste die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft.
- Die SU schreitet der Menschheit auf dem Wege zum sozialen und humanistischen Fortschritt voraus. Sie baut den Kommunismus auf.
- Heute ist die SU die stärkste Friedensmacht der Erde, das Kraftzentrum aller revolutionären Bewegung.

47 Ulbricht in Karlovy Vary, a.a.O. (1/72); Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24); Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 293.

48 Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24).

49 Honecker, Bericht über die Budapester Konferenz vor dem 5. Plenum des ZK der SED, am 21. 3. 1968, in: DZ, H 405, 1. Maiheft 1968, S. 29 - 36.

50 Axen, Herman, Kandidat des Politbüros, Sekretär des ZK der SED, Proletarischer Internationalismus in unserer Zeit, in: ND 13. 10. 1968.

51 Herbell, Hajo, stellvertretender Chefredakteur des ND, Die richtige und die falsche Einheit, in: ND vom 15. 10. 1968.

52 Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24).

53 Winzer, Rede auf dem 9. Plenum des ZK der SED vom 22. - 25. Oktober 1968, in: AK, 44/1968, S. 361, S. 365 - 367, S. 361.

54 Klimov, a.a.O. (5/39); Breshnew am 3. 7. 1968, a.a.O. (5/17); Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 304.

55 Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 25 ff. und Gomulka, Der Große Jahrestag, 29. 11. 1967, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1967, S. 15 - 31 (Rede in Moskau), S. 28. Dies wird zwar vom proletarischen Internationalismus festgestellt, gilt aber auch, das geht aus der Bezugnahme auf die sozialistischen Staaten hervor, für den sozialistischen Internationalismus.

56 Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 112 und S. 116.

57 Norden am 14. 9. 1969, a.a.O. (1/12), S. 34.

58 Gomulka auf der Moskauer Konferenz am 6. 6. 1969, in: IB, Nr. 6, Juni 1969, S. 7 - 38, S. 26.

59 Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 112; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 33.

60 Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 73; ebenso: Gomulka am 29. 11. 1967, a.a.O. (5/55), S. 31; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 31 f.

61 Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 31.

62 Dies bezieht sich wohl auf die jugoslawische Politik der Blockfreiheit.

63 Diese Haltung Ungarns resultiert aus der Unterscheidung zwischen "sozialistischem Patriotismus" und "Nationalismus" (vgl.: Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 462, S. 463 und S. 466; Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 547):
- Unter sozialistischem Patriotismus versteht die USAP ein Verhalten in der Politik, der Ideologie, der Moral und der Gefühle, das seinen Ausdruck in der Identifizierung mit den wahren Interessen des Volkes, der Nation findet. Das Hauptmerkmal des sozialistischen Patriotismus besteht darin, "daß er die Geschicke der Nation und des Heimatlandes mit den Geschicken des Sozialismus, mit der Festigung und Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung identifiziert. Der sozialistische Patriotismus ist mit der Anerkennung der Tatsache verbunden, daß die aktive Teilnahme am sozialistischen Aufbau auch die höchste Form des Kampfes für die Interessen der Nation bedeutet. Seine wichtigste Äußerung ist die bewußte Tätigkeit der Volksmassen zur Erfüllung der sozialistischen Aufgaben in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der Produktion, im politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben." Quellen des sozialistischen Patriotismus sind nach ungarischer Auffassung die Erfolge beim Aufbau des Sozialismus, die "naturgemäß und mit Recht" die "nationale Selbsteinschätzung und den patriotischen Stolz" steigern, sowie die "revolutionären, fortschrittlichen Traditionen" der ungarischen Geschichte und das "nachahmenswerte Leben und Wirken der großen Söhne unseres Volkes, unsere Nationalhelden" und das Selbstbewußtsein, das Ungarn aus der Tatsache schöpft, daß es Mitglied der sozialistischen Weltgemeinschaft ist.
- Die USAP unterscheidet den "'traditionellen' ungarischen Nationalismus", der sich in der Paarung von Antisowjetismus und Haß gegen die Nachbarvölker, vereint mit territorialen Forderungen, Rassismus und Antisemitismus äußert, von den "vom Westen hereingetragenen neuen Formen des Nationalismus und des Kosmopolitismus", worunter die kritiklose Anbetung des Westens und die Sehnsucht nach Segnungen zu verstehen ist, die der Kapitalismus den sozialistischen

Staaten angeblich bescheren würde; diese Anbetung basiert auf dem Umstand, daß die meisten entwickelten kapitalistischen Staaten den sozialistischen Staaten ökonomisch noch immer voraus sind.
Nationalistische Einstellungen äußern sich für die USAP vor allem in Tendenzen wie der Verabsolutierung des Prinzips der Souveränität, der Überschätzung der Möglichkeiten des Aufbaus des Sozialismus aus eigenen Kräften (verbunden mit dem Antisowjetismus).

64 Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 465 f. und S. 463, sowie: Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 547 f.

65 Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 465; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 410.

66 Vgl. oben S. 30 ff.

67 Kadar auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU, in: ND vom 1. 4. 1966.

68 Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 410.

69 Zum Problem, ob Ungarn seinen eigenen Vorstellungen in seiner Politik auch tatsächlich folgt vgl. unten Kapitel 6.

70 Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 356 f.

71 Ebenda S. 372; vgl. auch: Bashew, Bulgariens Außenpolitik, a.a.O. (1/93), S. 3; Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 332 f.; ders. zum 25. Jahrestag des Sieges der sozialistischen Revolution in Bulgarien, in: ND vom 9. 9. 1969 (Auszug).

72 Novotny stellte die antiimperialistische Aktionseinheit in das Zentrum der Problematik des sozialistischen Internationalismus; er erklärte, Unterschiede in den Ansichten der einzelnen kommunistischen Parteien rechtfertigten die Ablehnung der Aktionseinheit im Kampf gegen den Imperialismus nicht (vgl.: Novotny am 31. 5. 1966, a.a.O. (2/16)).

73 Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 693; vgl. auch: Resolution des ZK der KPC, 29. 5. - 4. 6. 1968, in: VZ, 7. 6. 1968.

74 Cisar, Cestmir, ZK-Sekretär, am 6. 5. 1968, in: VZ vom 28. 6. 1968 (Festansprache zum 150. Geburtstag von Karl Marx).

75 Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 693.

76 ZK-Resolution (KPC), a.a.O. (5/73).

77 Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 10.

78 Ebenda S. 9 f.

79 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S.320 f.

80 Vgl. oben S. 21 ff.

81 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 320.

82 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 306.

83 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 319.

84 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 306.

85 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 321.

86 Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 72; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 308 - 311; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 322; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 30.

87 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 311; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 323.

88 Ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 280; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 311.

89 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 323 f.; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 311. Auch die Erklärung der Konferenz von Moskau (1957) lehnte "mechanisches Kopieren der Politik und Taktik" anderer Parteien ab (a.a.O. (5/3), S. 324).

90 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 322 f. Ceausescu berief sich dabei auf Lenin (Werke, Bd. 4, Berlin 1960, S. 206, Unser Programm), der festgestellt hatte: "Wir sind der Meinung, daß es für die russischen Sozialisten be-

sonders notwendig ist, die Theorie von Marx s e l b s t ä n d i g weiterzuentwickeln, denn diese Theorie liefert lediglich allgemeine Leitsätze, die im e i n z e l n e n auf England anders angewandt werden als auf Frankreich ..."

91 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 323.

92 Ebenda. Konkretes Resultat dieser Überzeugung der RKP ist die Ablehnung aller Praktiken, die geeignet sind, einer bestimmten Partei (zweifelsohne handelt es sich dabei um die KPdSU) eine Sonderrolle einzuräumen: Die RKP lehnt es ab, andere Parteien zu tadeln, zu verurteilen, ihre Politik auf internationalen Treffen zu erörtern oder einzelne Parteien sogar aus der kommunistischen Bewegung auszuschließen, denn die Art und Weise, wie eine Partei ihre Aufgaben löst, kann nicht Diskussionsgegenstand anderer Parteien sein (vgl.: Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 311; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 94; ders. am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 310; Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 71).
Diese Maxime der RKP steht im Widerspruch zu der auf der Moskauer Konferenz formulierten Erkenntnis, daß die Entwicklung und Festigung jedes einzelnen sozialistischen Staates eine wichtige Bedingung für den Vormarsch des gesamten sozialistischen Lagers darstellt und damit im Interesse aller liegt (vgl.: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8).
Außerdem lehnt die RKP alle Praktiken ab, die auf die Durchsetzung eines bestimmten Standpunktes durch die Spaltung einer Partei abzielen, indem Gruppen von Parteimitgliedern gegen die Parteiführung eingenommen werden (vgl.: Ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 282; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 325). Sie lehnt es auch ab, Meinungsverschiedenheiten auf Kosten der normalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auszutragen (vgl.: Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 311; ders. am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 280 f.; ders. vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 31).

93 Da die Anerkennung der Sonderrolle der SU geeignet ist, die Souveränität und Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten einzuschränken, muß sie als Festlegung auf die internationale Komponente gewertet werden, dient sie doch dem Zweck, das Handeln der sozialistischen Staaten zu vereinheitlichen.

94 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 9.

95 Ebenda S. 8.

96 Vgl. dazu die Präambeln der einzelnen Verträge, die von 1967 bis 1969 zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages geschlossen wurden:
Vertrag VRP/VRB, 6. 4. 1967, in: DZ, H 382, 2. Maiheft, S. 35 f.; Vertrag DDR/VRU, 28. 5. 1967, in: AK, 22/1967, S. 172; Vertrag DDR/VRB, 7. 9. 1967, in: AK, 38/1967, S. 303 f.; Vertrag DDR/VRP, 15. 3. 1967, in: EA, F 8/1967, S. D 191 - 194; Vertrag DDR/CSSR, 17. 3. 1967, in: EA, F 8/1967, S. D 194 - 196; Vertrag VRP/CSSR, 1. 3. 1967, in: DZ, H 379, 1. Aprilheft, S. 15; Vertrag VRU/SU, 7. 9. 1967, in: DZ, H 391, 1. Oktoberheft, S. 34 f.; Vertrag SU/VRB, 12. 5. 1967, in: DZ, H 384, s. Januarheft, S. 28 f.; Vertrag VRB/CSSR, 27. 4. 1968, in: DZ, H 411, 1. Augustheft, S. 36 f.; Vertrag VRP/VRU, 16. 5. 1969, in: DZ, H 411, 1. Augustheft, S. 35 f.; Vertrag SRR/CSSR, 16. 8. 1968, in: DZ, H 418, 2. Novemberheft, S. 17 f.; Vertrag CSSR/VRU, 14. 6. 1968, in: DZ, H 411, 1. Augustheft, S. 34 f.; Vertrag VRU/VRB, 10. 7. 1969, in: DZ, H 19, 1. Oktoberheft, S. 43 f.

97 Das Folgende bezieht sich nur auf die in Anm. 5/96 genannten Verträge.

98 Die von der DDR abgeschlossenen Verträge verlängern sich um jeweils 10 Jahre, wenn sie nicht gekündigt werden. Der Vertrag zwischen Polen und Bulgarien (a.a.O. (5/96)) sieht eine Kündigungsfrist von 20 Monaten vor. Alle von der DDR abgeschlossenen Verträge enthalten den Zusatz, daß die Verträge, unabhängig von den vereinbarten Fristen, überprüft werden können, wenn ein einheitlicher deutscher Staat entstehen sollte.

99 Derartige Angriffe gegen die BRD fehlen in den Verträgen zwischen VRU/SU, VRB/SU und SRR/CSSR.

100 Dies geschieht entweder pauschal oder bezogen vor allem auf die Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten (DDR/VRU, Art. 3; DDR/VRB, Art. 5; DDR/VRP, Art. 3 und DDR/CSSR, Art. 10) und auf die Oder-Neiße-Grenze (DDR/VRP, Art. 3).

101 DDR/VRP, Art. 5; VRP/CSSR, Art. 9.

102 Der Vertrag VRB/DDR beschränkt die Konsultation nicht auf internationale Fragen.

103 DDR/VRP, Art. 3; DDR/CSSR, Art. 5; VRU/SU, Art. 5; VRP/VRU, Art. 5.

104 DDR/VRU, Art. 5; DDR/VRB, Art. 7; DDR/CSSR, Art. 8.

105 DDR/VRU, Art. 6; DDR/VRP, Art. 7.

106 DDR/VRU, Art. 6; DDR/VRB, Art. 8; DDR/VRP, Art. 7; DDR/CSSR, Art. 9.

107 DDR/VRB, Art. 5; DDR/VRP, Art. 4; DDR/CSSR, Art. 10; VRP/CSSR, Art. 8.

108 DDR/CSSR, Art. 7; VRP/CSSR, SRR/CSSR, CSSR/VRU jeweils Art. 6; CSSR/VRB, Art. 5.

109 So schloß die DDR zum Beispiel 1966 bis 1969 36 solcher Teilverträge (soweit diese in der AK erwähnt wurden). Sie betrafen den Handel, das Bauwesen, die kulturelle Zusammenarbeit, die wissenschaftliche Zusammenarbeit, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, den Rechtsverkehr, den Konsumgüteraustausch, den Zahlungsverkehr, die Erzförderung, die langfristige Wirtschaftsentwicklung, die Forschungskooperation, den Reiseverkehr, den Rundfunk und das Fernsehen, die Seeschiffahrt, die Landwirtschaft, das Erdgas, die Chemieindustrie, den Pflanzenschutz und die Pflanzenquarantäne sowie den Post- und Fernmeldeverkehr. Sie wurden mit der SU (12 Verträge), mit Polen (7), mit Ungarn (4), mit der SFRJ (4), mit Bulgarien (3), mit Rumänien (3), mit der CSSR (2) und mit Albanien (1) geschlossen.

110 Die DDR zum Beispiel ist unter anderem an folgenden dieser Einrichtungen beteiligt: Deutsch-tschechoslowakische Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, Gemeinsame Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der DDR, paritätische Regierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der SU und der DDR, deutsch-jugoslawisches Komitee für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Ausschuß für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der DDR etc.

111 Weitere Mittel und Methoden der bilateralen Zusammenarbeit sind: Staatsbesuche, der Austausch von Partei- und Regierungsdelegationen, der diplomatische Verkehr etc.

112 Im Folgen wird nur die Frage der internationalen Konferenzen der kommunistischen und Arbeiterparteien abge-

handelt, denn hier kommen die grundsätzlichen Positionen der sozialistischen Staaten am deutlichsten zum Ausdruck. Die übrigen Formen der multilateralen Zusammenarbeit (vor allem RGW und Warschauer Vertrag) werden unten, wenn es um die Praxis der sozialistischen Internationalismus geht, analysiert (vgl. unten Kapitel 6).

113 So AGERPRESS nach Scinteia vom 8. 4. 1967, in: MI 13. 4. 1967.

114 Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 83.

115 Ebenda S. 92.

116 Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 31; Iliescu, laut AGERPRESS nach Scinteia vom 2. 2. 1968, in: MII 5. 2. 1968; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 311 f.

117 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 325.

118 Ebenda S. 325; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 93; ders. am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 281.

119 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 311.

120 Ebenda S. 325.

121 Stellungnahme des Präsidiums des ZK der KPC zum Brief der Warschauer Fünf (vgl. unten Anm. 5/141) vom 18. 7. 1968, in: VZ vom 26. 7. 1968.

122 Vgl. oben S. 226 ff.

123 Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 694.

124 Stellungnahme zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121). Dies bezieht sich sicherlich in erster Linie auf die Nichtbeteiligung der KPC an der Warschauer Konferenz vom Juli 1968, aber wohl auch auf die Erörterung der Politik Chinas auf Konferenzen, an denen dieses nicht teilnahm.

125 Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 398 ff.; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 371; Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 16 f.; Honecker am 28. 2. 1968, a.a.O. (5/24); Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 5; Ulbricht in Karlovy Vary, a.a.O. (1/72); Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 14. Diese Staaten fordern darüber hinaus die Periodizität solcher Konferenzen (Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 17; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 5) und die regelmäßige Abhaltung theoretischer Konferenzen (Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 14; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 5).

126 Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 27 f.; Gomulka auf dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 115 f.

127 Hier tritt die integrative Funktion des antiimperialistischen Kampfes ganz deutlich zutage.

128 Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 5.

129 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 14. Ausnahmen sind jedoch möglich, denn Breshnew griff, obwohl er erklärte, er habe dies ursprünglich nicht vorgehabt, auf der Moskauer Konferenz die VRCh heftig an. Er rechtfertigte dies mit dem Hinweis auf die neue Lage, die sich durch die Politik Pekings ergeben habe und "die eine ernste, nachteilige Wirkung auf die gesamte Weltlage und die Kampfbedingungen der antiimperialistischen Kräfte ausübt" (ebenda S. 11).
Die Ansicht der DDR und der SU stimmt in diesem Punkt mit der der RKP überein. Das Verhalten Breshnews auf der Moskauer Konferenz zeigt allerdings, daß die Haltung der SU vor allem auch taktisch bedingt sein dürfte, das heißt, sie wollte mit der Betonung der Gemeinsamkeiten das Zustandekommen der Konferenz sichern, indem sie den Eindruck zu erwecken versuchte, es gehe lediglich um den antiimperialistischen Kampf und nicht um die Auseinandersetzungen im sozialistischen Lager. Die Haltung Polens ist daher weniger exponiert als es zunächst den Anschein haben mußte.

130 Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 33.

131 Die Tatsache, daß Polen jeder Partei das Recht zuspricht, die Beschlüsse der internationalen Beratungen pauschal oder partiell abzulehnen, ist geeignet, die Aussage, Polen

hebe die Dialektik von nationaler und internationaler Komponente des sozialistischen Internationalismus zugunsten der internationalen auf, zu relativieren. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß Polen diese Haltung einnimmt, wenn es um alle kommunistischen und Arbeiterparteien geht, ungeachtet ob sie, wie in den sozialistischen Staaten, an der Macht sind oder nicht. Die konkrete Politik, die Polen im Bereich des sozialistischen Internationalismus verfolgt (vgl. unten Kapitel 6), zeigt, daß es an das Verhalten der Parteien der sozialistischen Staaten höhere Ansprüche stellt als an jene Parteien, die noch nicht an der Macht sind.

132 Vgl. oben S. 210 f.

133 So Iliescu laut AGERPRESS nach Scinteia vom 2. 2. 1968, in: MII 5. 2. 1968. Auch das Hauptdokument der Moskauer Konferenz räumt die Möglichkeit ein, daß Differenzen "in dem Maße gegenstandslos" werden können, "in dem die Entwicklung der Ereignisse selbst Klarheit über das Wesen der strittigen Fragen schafft", doch diese Feststellung wird nur dort getroffen, wo es um den proletarischen Internationalismus geht (a.a.O. (1/1), S. 15).

134 Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 266.
Bereits auf der Moskauer Konferenz von 1957 hatten die sozialistischen Staaten erklärt, es liege im Interesse der Arbeiterklasse, der demokratischen Kräfte und der Werktätigen aller, also auch der sozialistischen, Länder, "die historischen, politischen und sozialen Errungenschaften, die in der SU ..., in der Volksrepublik China und in allen sozialistischen Staaten überhaupt erzielt worden sind, gegen alle Ränke der Feinde zu verteidigen" und sie hatten daher auch "die brüderliche gegenseitige Hilfe" zum "unabdingbare(n) Bestandteil" der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern erhoben (a.a.O. (5/3), S. 321 und S. 322).
Auf der Konferenz von Bratislava präzisierten die sozialistischen Staaten (teilnahmen alle Staaten des Warschauer Vertrages außer Rumänien) diese allgemeinen Grundsätze, indem sie erklärten, es sei "gemeinsame Pflicht aller sozialistischen Länder" ihre Errungenschaften, "die dank den heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen" (a.a.O. (5/3), S. 266).
Dieser Grundsatz wurde dann 1969 von den kommunistischen und Arbeiterparteien in das Hauptdokument der Moskauer Konferenz aufgenommen, das feststellt (a.a.O. (1/1), S. 8): "Die Verteidigung des Sozialismus ist die internationale Pflicht der Kommunisten."

135 Vgl. oben Anm. 5/134.

136 Mitteilung über die Auflösung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, veröffentlicht am 17. April 1956, Unterzeichner ZK der KPB, USAP, KPI, PVAP, RKP, KPdSU, KPC, KPF, in: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, a.a.O. (5/3), S. 88 - 90, S. 88 f.

137 Erklärung der Regierung der UdSSR vom 30. Oktober 1956 über die Grundlagen der Entwicklung und weiteren Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, in: Unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, a.a.O. (5/3), S. 116 - 119, S. 118 f.

138 Vgl. Mitteilung über die Auflösung ..., a.a.O. (5/136), S. 88 f.

139 Ebenda S. 89.

140 Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 265 und S. 266. So auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

141 Gemeinsamer Brief von fünf kommunistischen und Arbeiterparteien an das ZK der KPC vom 15. Juli 1968, in: ND vom 18. 7. 1968.

142 Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 304.

143 Völkerrechts-Lehrbuch, a.a.O. (3/190), S. 113.

144 Vgl. oben S. 28 ff.

145 Diesmal nicht auf die völlige Zentralisierung der Wirtschaftspolitik wie im Bürgerkrieg in Sowjetrußland, sondern auf die Konkretisierung der Doktrin der Einheit der sozialistischen Staaten bezogen.

146 Vgl. oben S. 19 ff.

147 Vgl. oben S. 220 ff.

148 Völkerrechtslehrbuch, a.a.O. (3/190), S. 86. Die sowjetische Völkerrechtslehre unterscheidet, ob diese Prinzipien zwischen den sozialistischen Staaten oder zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ange-

wandt werden. Sie gelten zwar auch für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, doch erhalten sie hier infolge ihrer Durchdringung mit die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus eine neue Qualität, da sie hier untrennbar mit den Prinzipien der gegenseitigen Hilfe und Solidarität verbunden werden.

149 So Boris Meissner, a.a.O. (Einleitung/6), S. 29 und S. 32.

150 Dazu vgl. unten. Auch das Prager Experiment eines demokratischen Sozialismus war keineswegs von vornherein dazu bestimmt, durch die Intervention der anderen sozialistischen Staaten abgebrochen zu werden: Die SU versuchte lange, die tschechoslowakische Entwicklung mit Hilfe der "konventionellen" Methoden zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen unter Kontrolle zu halten.

6. Kapitel

[1] Es ist dieser Arbeit natürlich nicht möglich, das ganze Netz der Bedingungen und Interdependenzen im sozialistischen Lager zu analysieren. Im Folgenden wird daher nur versucht, ein Bild der wesentlichsten Konflikte, die zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages bestehen, zu zeichnen und das Verhalten der sozialistischen Staaten in diesen Konflikten zu untersuchen. Dabei wird der gewünschte Soll-Zustand, die Einheit der Ideologie, der sozial-ökonomischen Ordnung und des antiimperialistischen Kampfes, mit dem Ist-Zustand, das heißt den Auseinandersetzungen um die Konkretisierung der Einheit der sozialistischen Staaten, verglichen, wobei der Grad der Abweichungen vom Soll-Zustand am Vorbild der SU gemessen wird, da es ja für den Soll-Zustand keine allgemein verbindlichen und allgemein anerkannten Definitionen gibt.

[2] Diese Front ist die am heißesten umkämpfte Linie des internationalen Klassenkampfes, seitdem der Imperialismus nicht mehr stark genug für einen Frontalangriff gegen den Sozialismus ist (vgl. oben S. 50 ff.).

[3] So Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 14. Vgl. dazu auch: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 15.

[4] So Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11; ebenso: Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 34; Prawda vom 28. 11. 1965, a.a.O. (5/17), S. D 135; Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 15; Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3). Die SU fügte dem Revisionismus und dem Dogmatismus zwar meist als Abweichung den Nationalismus hinzu, doch offenbar betrachtet sie ihn nicht als eigenständige Abweichung vom Marxismus-Leninismus, denn sie definiert ihn als das "vereinigende Merkmal des 'Links'- wie auch des Rechtsopportunismus" (so Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11). Für Bulgarien ist der Nationalismus eine der Hauptquellen des linken und des rechten Opportunismus (so Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 357). Die übrigen sozialistischen Staaten analysieren das Problem des Nationalismus in erster Linie unter dem Blickwinkel des sozialistischen Internationalismus und nicht unter dem der ideologischen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus. Es ist daher nicht notwendig, in diesem Zusammenhang auf das Nationalismusproblem näher einzugehen.

[5] Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 326. Diese umfassende Kennzeichnung wurde von den sozialistischen Staaten nicht mehr wiederholt, doch beibe-

halten; vgl. dazu: Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), L - Z, S. 545; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 361 ff.; Kliszko am 16. 5. 1967, a.a.O. (1/2), S. 47 f.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 73 ff. und S. 127; Beschluß des V. Parteitages, a.a.O. (3/1), S. 249; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309; ders. vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 81; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 77; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 10 f.; Prawda am 28. 11. 1965, a.a.O. (5/17), S. D 134.

6 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 10.

7 Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 325 f. An diesen Vorstellungen halten die sozialistischen Staaten auch heute noch fest. Vgl. unter anderem: Loga-Sowinski, Ignacy, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Vorsitzender des Zentralrates der Gewerkschaften, Die Partei führt das Volk im Kampf um Freiheit und Sozialismus, in: Trybuna Ludu vom 5. 1. 1967, in: IB, Nr. 1/1967, Januar, S. 46 - 76, S. 57; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 118; Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), A - K, S. 489; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 10 f.; Prawda vom 28. 11. 1965, a.a.O. (5/17), S. D 134.

8 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11.

9 Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 326.

10 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 15.

11 Vgl. oben S. 234 f.

12 Selbst dort, wo sie einzelne dieser Prinzipien zu bestimmen versuchten, indem sie zum Beispiel typische revisionistische Entstellungen des Marxismus-Leninismus definierten (zum letzten Mal geschah dies auf der Moskauer Konferenz von 1957), formulierten sie diese Prinzipien so allgemein, daß so gut wie jede Form, in der diese Prinzipien beim Aufbau des Sozialismus in den einzelnen Ländern verwirklicht werden, für sich in Anspruch nehmen kann, diesen Prinzipien gerecht zu werden.

13 Vgl. oben S. 246 ff.

14 Nach sowjetischer Auffassung fällt der Kampf gegen alle Abweichungen vom Marxismus-Leninismus zwar in den Kompetenzbereich der einzelnen Parteien, doch da die gesamte

kommunistische Bewegung betroffen ist, wenn eine Partei aufhört, diesen Kampf zu führen, wird dieser Kampf dann zum Problem aller Parteien (so Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11), so daß, wie es auch der Doktrin von der gemeinsamen Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften entspricht (vgl. oben S. 246 ff.), das Eingreifen aller Parteien als der Betroffenen gerechtfertigt und wünschenswert ist. Die besondere Verantwortung der SU ergibt sich in diesem Kampf aus ihrem Führungsanspruch (vgl. oben S. 19 ff.) und aus der Tatsache, daß die Mehrheit der sozialistischen Staaten diesen Anspruch anerkennt. Es ist daher nur konsequent, das Verhalten der SU an die Spitze der folgenden Untersuchungen zu stellen.

15 Dies bedeutet nicht, daß die SU nicht noch auf andere Gegner gestoßen wäre, sondern dies heißt lediglich, daß die SU nur die KPCh und die KPC offiziell des Dogmatismus beziehungsweise des Revisionismus bezichtigte. Dabei bleiben also unberücksichtigt: Albanien, weil sich hier die Auseinandersetzung im ideologischen Bereich weitgehend mit der Auseinandersetzung mit Peking deckt und weil die SU selbst dieser Auseinandersetzung nicht viel Aufmerksamkeit widmet, und Jugoslawien, weil sich die SU nur anläßlich der Intervention in der CSSR mit Belgrad noch ideologisch auseinandersetzte.

16 Der chinesisch-sowjetische Konflikt braucht hier nur insoweit dargestellt zu werden, als diese Darstellung geeignet ist, das sowjetische Verhalten und die ihm zugrunde liegenden Motive zu klären. Darüber hinaus interessieren die Einzelheiten dieses Konfliktes in diesem Zusammenhang nicht.

17 Vgl. zum Beispiel die ausführliche Abrechnung mit Pekings ideologischem Kurs, die Suslow (Sekretär des ZK der KPdSU) auf dem Plenum des ZK der KPdSU Mitte Februar 1964 vornahm (in: Brahm, Heinz, Pekings Griff nach der Vormacht, der chinesisch-sowjetische Konflikt von Juli 1963 bis März 1965, in: Aktuelle Studien, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. 3, Köln 1966, S. 65 - 134.

18 Aus der Stellungnahme, die Breshnew auf dem XXIII. Parteitag zum chinesisch-sowjetischen Konflikt abgab, geht dies deutlich hervor. Er verwies ausdrücklich auf die im November 1964 (gleich nach dem Sturz Chruschtschows) aufgenommenen Kontakte und reduzierte den chinesisch-sowjetischen Konflikt auf "Meinungsverschiedenheiten" (a.a.O. (1/51), S. 16).

19 Dies spielte sich freilich weitgehend auf der Ebene der Presseorgane ab (vgl.: Keesings Archiv der Gegenwart, S. 14658 A).

[20] Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11. Noch 1964 hatte die SU daneben noch als Streitpunkte aufgezählt: die Rolle des sozialistischen Weltsystems, die Revolution der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staaten, die Diktatur des Proletariates und die Partei des ganzen Volkes (vgl.: Suslow, a.a.O. (6/17)).

[21] Der Vorwurf des Linksopportunismus wird von der SU gegenüber dem Maoismus erhoben (vgl. Suslow, a.a.O. (1/17)).

[22] Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11.

[23] In diesem Sinne äußerte sich Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU (in: Neue Zeit, 14, 7. April 1971, S. 23 - 64, S. 27 f.).

[24] Da die sowjetische Führung dem Kampf gegen den tschechoslowakischen Revisionismus wesentlich mehr Aufmerksamkeit widmete als der ideologischen Auseinandersetzung mit dem chinesischen Dogmatismus, ist es notwendig, hier auf diesen Kampf näher einzugehen als dies oben im Falle des chinesischen Dogmatismus geschah.

[25] Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 440. Die SU erklärte sich somit die Existenz des tschechoslowakischen Revisionismus mit der allgemeinen Erfahrung der sozialistischen Staaten, daß die bürgerlichen Ideen nicht so schnell auszurotten sind, wie dies für die sozialistischen Gesellschaften wünschenswert wäre, daß diese Ideen sehr zählebig sind, weil sie während Jahrhunderten die Gewohnheiten der Menschen prägten, weil es die imperialistische Propaganda versteht, an diese alten Gewohnheiten und Traditionen zu appellieren, und weil viele Menschen wegen der Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus kapitulieren und ihr Heil im Revisionismus suchen (vgl. dazu auch: Breshnew auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 327; ders. auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 299).

[26] Prawda vom 22. 8. 1978, a.a.O. (3/156), S. D 440 (abgedruckt auch in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 208 und S. 213). Kritik an der tschechoslowakischen Parteiführung hatte die SU bereits vor der Intervention mehrfach geübt: Sie hatte Cestmir Cisar wegen seiner Äußerung, der Leninismus habe die Interpretation des Marxismus monopolisiert, gerügt (vgl. unten), sie hatte die Äußerungen einzelner führender Funktionäre der KPC zu den "2000 Worten" als zwiespältig kritisiert (Prawda vom 11. 7. 1968, Auszug in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 114 f.) und der Brief der Warschauer Fünf hatte das ZK der KPC ermahnt, es solle

die Geschlossenheit der Partei auf der prinzipiellen Grundlage des Marxismus-Leninismus gewährleisten (vgl.: Warschauer Brief, a.a.O. (5/141)).

27 Unter der prinzipiellen Linie verstand die SU offensichtlich die Beschlüsse der KPC, "deren Ziel es war, Fehler und Mängel zu verbessern, die Parteiführung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu vervollkommnen und die sozialistische Demokratie zu entwickeln". Diesen Beschlüssen brachte die SU "volles Verständnis" entgegen, wie sie behauptete (vgl.: Prawda vom 22. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 207).

28 Ebenda, S. 208 und S. 213 f.

29 Ebenda S. 209.

30 Die Fragen des sozialistischen Aufbaus sind natürlich auch ideologische Fragen, doch sie werden erst unten (unter dem Aspekt der Einheit der sozialökonomischen Ordnung) abgehandelt, weil die SU die Auseinandersetzung nicht auf einer abstrakt-theoretischen Ebene führte (also etwa unter der Fragestellung, welche sozialökonomische Ordnung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft entspräche), sondern sich nur mit der konkreten Entwicklung in der CSSR befaßte.

31 Vgl.: F. Konstantinow, in: Prawda vom 16. 6. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 110 - 112; Seljuk, in: Prawda vom 25. 7. 1968, in: MII vom 25. 7. 1968; Prawda vom 22. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 210. Diese Vorwürfe beziehen sich auf Cestmir Cisar's Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx (in: VZ 28. 6. 1968 und NZZ, F Nr. 164).

32 Prawda vom 22. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 210. Der Nationalismusvorwurf wird hier aufgeführt, weil die SU den Nationalismus als Abweichung vom Marxismus-Leninismus begreift, die auf revisionistischen beziehungsweise dogmatischen Positionen basiert (vgl. oben Anm. 6/4).

33 Indiz für die Vermutung, die ideologische Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus habe in erster Linie die Funktion gehabt, die Intervention zu rechtfertigen, ist die Tatsache, daß sich die SU erst nach der Intervention ausführlich mit dem tschechoslowakischen Revisionismus zu befassen begann.

34 Die Tatsache, daß beide Seiten auf der ausschließlichen Richtigkeit ihrer Standpunkte beharrten, daß beide Seiten, obwohl sich "Anzeichen einer gewissen Normalisierung"

zeigten, wie Breshnew auf dem XXIV. Parteitag feststellte (a.a.O. (6/23), S. 28), den ideologischen Bereich bei dieser "Normalisierung" ausklammerten, legt den Schluß nahe, daß es hier in erster Linie nicht um ideologische Fragen (diese könnten zwischen den beiden Kontrahenten zumindest erörtert werden), sondern tatsächlich um hegemoniale Ansprüche geht. Es ist in diesem Zusammenhang daher auch nicht notwendig, auf die Gründe näher einzugehen, die die SU veranlaßten, in der CSSR zu intervenieren, in China aber nicht, denn diese Gründe sind offensichtlich nicht ideologischer Natur.

35 Vgl. oben S. 209 ff.

36 Völlig eindeutig ist dies im Falle Pekings, wenn die KPCh den Maoismus zum Marxismus-Leninismus der Gegenwart proklamiert. Weniger offensichtlich, doch deswegen kaum weniger eindeutig ist dies im Falle Prags: Die KPC wollte zwar ein neues zutiefst demokratisches Modell der sozialistischen Gesellschaft errichten und dabei Neuland betreten und experimentieren (Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)), doch dieses Modell sollte den tschechoslowakischen Bedingungen entsprechen (ebenda), sich an den allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus orientieren und den anderen sozialistischen Staaten nicht als Vorbild aufgedrängt werden (so Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 693). Die tschechoslowakischen Bemühungen um ein neues Modell einer sozialistischen Gesellschaft schienen also, im Gegensatz zu den von der SU dem Maoismus unterstellten Intentionen, nicht zu beanspruchen, sie besäßen Gültigkeit über die tschechoslowakischen Grenzen hinaus, oder sie hätten den Marxismus-Leninismus auf eine neue Stufe gehoben. Legt dies die Vermutung nahe, die SU habe die gründliche ideologische Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus deswegen vermieden, weil für eine solche Auseinandersetzung die Ansatzpunkte fehlten, so zeigt die Tatsache, daß die tschechoslowakische Entwicklung durchaus übernationale Bedeutung hatte, und die Tatsache, daß die SU entsprechend reagierte, die Unhaltbarkeit dieser These (zum Folgenden vgl.: Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 689 ff.; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)):
- Die KPC führte die Gesellschaftskrise in der CSSR, die zu beseitigen die neue Parteiführung unter Dubcek angetreten war, auf den Widerspruch zwischen
  - dem in der CSSR bereits erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung, der für sie durch den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und damit durch die Beseitigung der den Kapitalismus kennzeichnenden antagonistischen Klassengegensätze und durch den Prozeß der Annäherung aller sozialen Gruppen - Dubcek sprach davon, daß die Macht der Arbeiterklasse zu der des ganzen Volkes werde - charakterisiert wird,

· und der Konservierung ökonomischer und politischer Leitungsmethoden zurück, die aus der Zeit des Klassenkampfes übernommen worden waren, der zudem unter den Bedingungen verschärfter internationaler Spannungen stattfand.

Für die KPC hatten die Reformbeschlüsse somit die Funktion, die veralteten ökonomischen und politischen Leitungsmethoden dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen.

- Alle sozialistischen Staaten haben, wie die CSSR, die Notwendigkeit anerkannt, ihre ökonomischen Planungs- und Leitungssysteme dem erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen (vgl. unten) und alle sozialistischen Staaten betonen die Notwendigkeit, die sozialistische Demokratie weiterzuentwickeln, die politischen Leitungsmethoden zu verbessern (vgl. unten).

Diese beiden Punkte machen deutlich, daß die Zielsetzung des Reformprogramms der KPC nicht ein spezifisch tschechoslowakisches Problem zu bewältigen versuchte, daß die Art und Weise, wie die KPC ihre Probleme zu lösen suchte, daher von allgemeinem Interesse für alle sozialistischen Staaten ist - und entsprechend reagierte die SU auch:
Die SU brachte den Reformbeschlüssen der KPC zwar "volles Verständnis" entgegen (Prawda vom 22. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 207), betrachtete sie aber als innere Angelegenheit der CSSR und erklärte niemals ausdrücklich, sie entsprächen den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, das heißt, sie verhielt sich gegenüber den Reformbeschlüssen allenfalls neutral und nutzte die Möglichkeit, die ihr die tschechoslowakische Einschätzung des Reformkurses bot, nicht, die tschechoslowakische Entwicklung als Ausdruck der nationalen Besonderheiten der CSSR und damit als im Einklang mit den Prinzipien des Marxismus-Leninismus stehend zu betrachten.

37 Die Gefahr, die der chinesische Dogmatismus für die innere Stabilität der SU darstellt, scheint geringer zu sein als die, die vom tschechoslowakischen Revisionismus ausgeht, denn zweifelsohne hat China, das weitgehend noch als Entwicklungsland gelten kann, andere Probleme zu bewältigen als die CSSR und die SU, so daß das chinesische Modell kaum große Attraktivität in der SU besitzen dürfte (diese Vermutung wird dadurch bestätigt, daß die SU vor allem gegen den Revisionismus kämpft). Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß sich der chinesisch-sowjetische Konflikt unter anderem an der Entstalinisierung entzündete, daß China die Diktatur des Proletariates bis in den Kommunismus aufrechterhalten will, daß es in der SU nach wie vor Versuche gibt, Stalin zu rehabilitieren, so daß eine Diskussion der Prinzipien des sozialistischen Aufbaus in der SU durchaus auch stalinistische Kreise aktivieren könnte.

38 ZK-Beschluß der KPC vom 20. 12. 1966, in: EA, F 2/1967, S. Z 19. Auf der Moskauer Konferenz verurteilte Husak zwar die Politik Chinas, nahm aber zu ideologischen Fragen nicht Stellung (a.a.O. (1/2), S. 11). Während der Reformzeit äußerte sich die KPC nicht zum chinesisch-sowjetischen Konflikt. Die übrigen sozialistischen Staaten vgl.: Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 358 ff.; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 408; Kliszko am 27. 2. 1968, a.a.O. (1/29), S. 34; Gomulka am 29. 11. 1967, a.a.O. (5/55), S. 29; Kliszko am 16. 5. 1967, a.a.O. (1/2), S. 29; Gomulka auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 29 f.; Hager, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, a.a.O. (1/103), S. 4; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4; Weber, Wilfried, Die Gruppe um Mao Tse-tung zwingt der Volksrepublik China einen gefährlichen Kurs auf, in: E, 5/1969, S. 592 - 604.

Die RKP lehnte jede Stellungnahme zum chinesischen Kurs als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas ab. Sie tadelte sowohl Peking wie die SU wegen des Verhaltens, das diese im sowjetisch-chinesischen Konflikt an den Tag legten (Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 310 f.).

39 An dieser Auseinandersetzung beteiligten sich die CSSR, Ungarn und Bulgarien nicht, während die DDR und Polen die Verfehlungen Pekings zumindest aufzählten (vgl. oben Anm. 6/38).

40 Das Folgende gilt, da Rumänien sich an der Auseinandersetzung mit Peking ja nicht beteiligt, nur für die DDR, Polen, VRU, CSSR und VRB.

41 Daß dieses Motiv nicht das ausschlaggebende gewesen sein dürfte, zeigt die Tatsache, daß die RKP die Gefahr, die ihrem Regime vom Maoismus droht, offenbar für so gering hielt, daß sie es sich zu leisten können glaubte, den Kurs der chinesischen Parteiführung nicht zu verurteilen, womit sie der Demonstration ihrer Unabhängigkeit Priorität einräumte.

42 Vgl. oben S. 258 f.

43 Vgl.: Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.; Kommunique zum Besuch Ceausescus in Prag, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 146 f.; Ceausescu auf der Landeskonferenz der Lehrkräfte am 7. 2. 1969, Auszüge in: EA, F 11/1969, S. D 267 f., S. D 267; ZK der RKP, Staatsrat und Regierung der SRR, Erklärung zur Intervention in der CSSR vom 21. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 230 f. und in: EA, F 18/1968, S. D 437 f.

44 Komocsin, Interview mit Nepsabadsag vom 26. 3. 1968, Auszüge nach MTI in: MI 2. 4. 1968; Redaktioneller Artikel in Nepsabadsag, Welche Punkte stellen wir gegenüber den tschechoslowakischen Genossen zur Debatte, vom 25. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 125 f. Die SU hatte sich lediglich dahingehend geäußert, sie habe "... von Anfang an den Beschlüssen des ZK der KPC volles Verständnis entgegengebracht, deren Ziel es war, Fehler und Mängel zu verbessern, die Parteiführung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu vervollkommnen und die sozialistische Demokratie zu entwickeln." Sie betrachtete diese Beschlüsse " als eine innere Angelegenheit der tschechoslowakischen Kommunisten und aller Werktätigen in der CSSR". (Prawda vom 22. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 207).

45 Cyrankiewicz, Stellungnahme zur Intervention in der CSSR anläßlich der Rede zum 29. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen, am 1. 9. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 25 - 48, S. 43 ff.; sowjetische Haltung vgl. Anm. 6/44.

46 Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.

47 Näheres zur inneren Entwicklung in der CSSR vgl. unten.

48 Vgl. oben S. 259 ff.

49 Vgl. unten (zur sozialökonomischen Ordnung).

50 So: Peter Renyi, stellvertretender Chefredakteur von Nepsabadsag, am 16. Juni 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 112 f.

51 Dieser Unterschied ist nicht nur ein minimaler, denn das volle Verständnis, das die SU den Reformbeschlüssen der KPC entgegenbrachte (vgl. oben Anm. 6/44), drückte allenfalls Neutralität aus, während die polnische Formulierung eine grundsätzlich positive Einstellung zu den Reformbeschlüssen enthält.

52 Zu den Märzereignissen vgl. unten.

53 Vgl. unten.

54 Vgl. unten.

55 Vgl. vor allem: Stellungnahme der KPC zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121).

56 Beschluß des ZK der KPC, 29. 5. - 4. 6. 1968, in: VZ, 7. 6. 1968; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 694. Ebenso wenig Kompromißbereitschaft wie das offizielle Prag zeigte die tschechoslowakische Öffentlichkeit - allerdings nur, was die Realisierung des Aktionsprogramms anbelangte; doch im Gegensatz zum offiziellen Prag scheute sich die tschechoslowakische Öffentlichkeit nicht, mehr oder weniger anzudeuten, daß notfalls um die Prinzipien der Nach-Januar-Politik gekämpft werden müsse. Vgl.: Die von "Literarni Listy" am 26. Juli 1968 veröffentlichte von Pavel Kohout verfaßte und von zahlreichen Bürgern der CSSR unterzeichnete "Botschaft der Bürger an das Präsidium des ZK der KPC" (in: VZ vom 2. 8. 1968); die von "Literarni Listy" am 27. Juni 1968 veröffentlichten, von Ludvik Vaculik verfaßten und von zahlreichen Bürgern der CSSR unterzeichneten "Zweitausend Worte, gewidmet den Arbeitern, Bauern, Angestellten, Wissenschaftlern, Künstlern und allen" (in: VZ, 19. 7. 1968).

57 Vgl. oben Anm. 6/36.

58 Kommunique der Verhandlungen zwischen der CSSR und der SU nach der Intervention in Moskau vom 27. 8. 1968, in: EA, F 18/1968, S. D 451 f., S. D 452; Regierungserklärung Cerniks vom 13. 9. 1968, in: VZ vom 20. 9. 1968.

59 Vgl. unten zur Einheit der sozialökonomischen Ordnung.

60 Resolution des ZK der KPC vom 17. 11. 1968, a.a.O. (1/9), S. D 261.

61 Resolution des ZK der KPC vom 17. 4. 1969, in: EA, F 11/1969, S. D 274 - 276, S. D 275.

62 Husak am 30. Mai 1969, in: VZ, 6. 6. 1969.

63 Vgl. unten zur sozialökonomischen Ordnung.

64 Manifest wird dieses Festhalten an der Doktrin der ideologischen Einheit vor allem am ideologischen Führungsanspruch der SU, der sich in dem Beharren auf der ausschließlichen Richtigkeit der sowjetischen Interpretation des Marxismus-Leninismus und in der Vermeidung der Diskussion anderer Standpunkte äußert.

65 Moskau greift den ideologischen Konflikt mit Belgrad nicht mehr auf (sieht man einmal von kurzen Anmerkungen anläßlich des Konfliktes um die Intervention in der CSSR ab) und bemüht sich auch gegenüber Peking um die Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen.

66 Die militärische Intervention in China wirft ganz offensichtlich sehr viel größere Probleme auf als die in der CSSR, und die Besetzung der SFRJ könnte die NATO auf den Plan rufen, denn damit würde, da die SFRJ zu den blockfreien Staaten zählt, das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West im Mittelmeerraum verändert. Auf der Ministerratstagung der NATO wurden Warnungen ausgesprochen, die auf eventuelle Pläne Moskaus zur Besetzung der SFRJ gemünzt waren (in: EA, F 24/1968, S. Z 254 und Z 261 f.).

67 Wieweit diese Bereitschaft geht, ist schwer festzustellen: Geht man davon aus, daß das sowjetische Verhalten im Falle der SFRJ und Chinas ausschließlich von militärisch-politischen Erwägungen bestimmt wird (das heißt die SU nur deshalb nicht interveniert, weil sie sich den Problemen, die eine Intervention in der SFRJ beziehungsweise in China aufwerfen würde, nicht gewachsen fühlt), dann könnte auf die Grenzen, die Moskau seiner Bereitschaft setzt, sich der Realität der Uneinigkeit anzupassen, nur aus dem sowjetischen Verhalten gegenüber Ungarn, Polen und Rumänien geschlossen werden. Dies würde bedeuten, Moskau toleriert dort Abweichungen von der von ihm vorgezeichneten Politik im Kampf um die ideologische Einheit des sozialistischen Lagers, wo zum einen seinen Auffassungen über das, was dem Marxismus-Leninismus entspricht oder nicht entspricht, nicht explizit widersprochen wird, und wo zum anderen bei der Konkretisierung der marxistisch-leninistischen Doktrinen nicht allzuweit (konkret: nicht weiter als Ungarn) vom Moskauer Vorbild abgewichen wird. Derartige Aussagen sind jedoch aus zwei Gründen unbefriedigend:

- Es ist zum einen nicht auszuschließen, daß die sowjetische Zurückhaltung gegenüber China und der SFRJ nicht nur aus militärisch-politischen Erwägungen resultiert, was zur Folge hätte, daß die Grenzen des sowjetischen Pragmatismus weiter gesteckt sind als oben angedeutet wurde.
- Außerdem ist auch nicht auszuschließen, daß die sowjetische Toleranz gegenüber Rumänien insbesondere aber auch gegenüber Ungarn und Polen nur eine scheinbare ist, daß diese Staaten Pressionen ausgesetzt sind, die von außen nicht feststellbar sind, so daß die Grenzen des sowjetischen Pragmatismus enger sein könnten als oben angedeutet wurde.

68 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

69 Ebenda

70 Vgl. oben S. 219 ff.

71 Erklärung der Moskauer Konferenz von 1957, a.a.O. (5/3), S. 323.

72 Programm der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 144.

73 Zum Folgenden vgl.: ebenda S. 150 f.

74 Ebenda S. 229.

75 Breshnew auf dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 52.

76 Programm der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 186 f.

77 So Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag, in: Current Soviet Policies III, The Documentary Record of the Extraordinary 21st Congress of the Communist Party of the Soviet Union, from the Translations of the Current Digest of the Soviet Press, Edited by Leo Gruliow and the Staff of the Current Digest of the Soviet Press, with a Who's Who of the Central Committee compiled by Mark Neuweld, New York 1960, S. 41 - 72, S. 68.

78 Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 15; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 404; Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 542.

79 Programm der SED, in: Das Programm der SED, Das 1. Programm der SED, das 4. Statut der SED, das nationale Dokument, eingeleitet und kommentiert von Stefan Thomas, Köln 1963, S. 47; vgl. auch: Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 217.

80 Shiwkow, Shiwko, Mitglied das Politbüros der BKP, 1. stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der VRB, Der Triumph des Leninismus in der Volksrepublik Bulgarien, in: PdFS, Nr. 9 (133), September, 1969, 12. Jg., S. 1159 - 1169, S. 1160.

81 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 306.

82 Dubcek-Interview, a.a.O. (5/26), S. 689.

83 Im Folgenden wird nur auf das Kriterium der Entwicklung der Klassenbeziehungen rekuriert, da dieses das Entscheidende ist.

84 Programm der SED, a.a.O. (6/79), S. 87; Ulbricht auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 103 f.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 74 f.; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 368 und S. 369; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309; Beschluß des Maiplenums des ZK der KPC von 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 84 und S. 86 (dieser Beschluß dürfte allerdings auch dem Zweck gedient haben, nach außen zu dokumentieren, daß die CSSR keineswegs den Kampf gegen die antisozialistischen Kräfte vernachlässigte).

85 Die DDR charakterisiert ihre Entwicklung folgendermaßen (zum Folgenden vgl.: Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4; ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 84 - 86; ders., die Rolle des sozialistischen Staates, in: ND vom 12. Oktober 1968, S. 4; ders., weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137), S. 3):
Im Prozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus nähern sich die verschiedenen Schichten der Werktätigen immer mehr der führenden Arbeiterklasse. Diese Klassen und Schichten wachsen zur "sozialistischen Menschengemeinschaft" zusammen, die durch die gemeinsame Höherentwicklung dieser Klassen und Schichten ständig wächst:
- Die Arbeiterklasse selbst erfährt eine Höherentwicklung durch den ständig wachsenden Anteil der schöpferischen Arbeit, durch die Organisation großer Produktionsprozesse mit modernen Mitteln und Methoden, durch die Leitung dieser Prozesse und vor allem durch die Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, sowie durch die rationelle Nutzung der Freizeit.
- Die Klasse der Genossenschaftsbauern erfährt ihre Höherentwicklung durch vielfältige Formen der Annäherung an die Arbeiterklasse: durch die Kooperationsgemeinschaften der LPG's, durch die industriell betriebene Landwirtschaft, durch den Aufbau der Nahrungsgüterwirtschaft und durch die dadurch bedingte Verschmelzung von Industrie- und Landwirtschaftszweigen.
- Die sozialistische Intelligenz, im wesentlichen aus der Arbeiterklasse und aus der Klasse der Genossenschaftsbauern hervorgegangen, geht in der Großforschung in wachsendem Umfang enge Verbindungen zur Industrie ein.
- Durch die Entwicklung zu Komplentären finden ehemalige kapitalistische Eigentümer mit Hilfe der Arbeiterklasse und ihrer Partei ihren Platz in der sozialistischen Gesellschaft.
- Die Produktionsgenossenschaften der Handwerker leisten wichtige Arbeit.

Die verschiedenen Klassen und Schichten gehen auf diese Weise in wachsendem Maße in der Arbeiterklasse auf, die Arbeiterklasse wird vergesellschaftet.

Zum Problem der Identität der "sozialistischen Menschengemeinschaft" der DDR und der Einheit des Sowjetvolkes ist allerdings anzumerken, daß die DDR die "sozialistische Menschengemeinschaft zu einem Zeitpunkt verkündete, zu dem die SU die These von der Einheit des Sowjetvolkes noch nicht so weitgehend relativiert hatte, wie Breshnew dies dann auf dem XXIV. Parteitag getan hat; nach der Ablösung Ulbrichts wurde dann auch die These, in der DDR werde die "sozialistische Menschengemeinschaft" verwirklicht, aufgegeben, denn die DDR konnte nicht für sich in Anspruch nehmen, in der Entwicklung der Klassenbeziehungen ebenso weit fortgeschritten zu sein wie die SU.

86 Es kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, all das zu analysieren, was in den sozialistischen Staaten unter der Bezeichnung Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie und Verbesserung der Planungs- und Leitungssysteme der Volkswirtschaften der sozialistischen Länder zur Debatte stand und steht, sondern es genügt, wenn hier nur die kennzeichnenden Merkmale dieser Entwicklung herausgearbeitet werden, damit auf diese Weise der Rahmen abgesteckt werden kann, in dem sich die Auseinandersetzungen zwischen den sozialistischen Staaten um die richtigen politischen und ökonomischen Formen abspielten.

87 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

88 Nick, Harry, Was heißt "marktwirtschaftlicher Sozialismus", in: E, H 11/1968, S. 1309 - 1325, S. 1309.

89 Sokolow, Dymitr, Probleme der Optimierung der Planung und Leitung der sozialistischen Wirtschaft, in: PdFS, 5/1969, S. 633 - 642, S. 634.

90 Manescu, Manea, Mitglied des Exekutivkomitees des ZK der RKP, Vorsitzender des Wirtschaftsrates, Die Vervollkommnung der Leitung und Planung der Wirtschaft des sozialistischen Rumäniens, in: PdFS, Nr. 9 (133), September 1969, S. 1183 - 1194, S. 1185.

91 Breshnew und Kossygin nannten unter anderem folgende Schwierigkeiten: Der Umfang des Nationaleinkommens, gerechnet je Rubel des Grundfonds, verringert sich; das Wachstum der Arbeitsproduktivität verlangsamt sich; das alte Leitungssystem ist der zunehmenden Kompliziertheit und Differenziertheit der Entwicklung der einzelnen Industriezweige nicht mehr gewachsen; die notwendige Proportionalität der wirtschaftlichen Entwicklung ist nicht vorhanden (Zurückbleiben der Landwirtschaft und der Kon-

sumgüterindustrie); die wirtschaftliche Initiative der Betriebe ist eingeengt, ihre Verantwortlichkeit ist unzureichend; das bestehende System der amteriellen Anreize ist ungenügend, denn es weckt nicht genügend Initiative und steht oft in Gegensatz zu den Interessen der Gesamtwirtschaft etc. (vgl.: Breshnew auf dem Septemberplenum des ZK der KPdSU, 27. - 29. September 1965, in: ND vom 1. Oktober 1965; Bericht Kossygins vor dem Septemberplenum, in: ND vom 29. September 1965).
Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU stellte Breshnew fest, das hohe wirtschaftliche Entwicklungsniveau steigere die Ansprüche ernstlich, "denen die Planung, die Leitung und die Methoden der Wirtschaftlichkeit zu genügen haben" (a.a.O. (6/23), S. 38).

92 Christow, Emil, Die Grundzüge des neuen Leitungssystems der Volkswirtschaft in Bulgarien, in: PdFS, Nr. 7 (107), Juli 1967, S. 546 - 551, S. 547 f.; Shiwkow vor dem IX. Parteitag, in: InB, Nr. 20, S. 1 (1089) - 7 (1095), S. 6 (1094).

93 Rezsö Nyers, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees, Reform des Wirtschaftsmechanismus in Ungarn, in: PdFS, Nr. 10 (98), 1966, S. 757 - 766, S. 759 f. Diese negativen Erscheinungen äußerten sich in der Verlangsamung des ökonomischen Wachstums, in der großen Ungleichmäßigkeit der Produktion und der Warenzirkulation, in der Behinderung der Entfaltung der Marktbeziehungen zwischen Produzenten, dem Abnehmer und dem Konsumenten (ungenügende Beeinflussung der Planung durch den Markt, ungenügende Anpassung der Betriebe an den Markt, Rentabilität auch unnötiger Erzeugnisse dank einer breiten staatlichen Preisregelung und Abnahme der geplanten Produktion, Abschirmung der Betriebe vom Markt führt zur Toleranz gegenüber Stagnation und Ignorieren des technischen Fortschritts, übermäßige Erhöhung der Gesamtwarenbestände), in der ungenügenden Übereinstimmung zwischen Produktionssortiment und Nachfragestruktur (Folge: administrative Verteilung und ungenügende Bekämpfung der so entstandenen Disproportionalität), in der ungerecht geringen Höhe der landwirtschaftlichen Aufkaufpreise und in dem Übermaß der verschiedenen Zuschüsse zur Konsumption, was zu Einkommensungerechtigkeiten führt.

94 Beschluß des ZK der KPC vom Januar 1965, in: Hensel, Karl Paul, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, mit Beiträgen von Hannelore Hanel, Ulrich Wagner, Rudolf Knauff, Dokumentation Rudolf Urban. Stuttgart 1968, S. 172 - 197, S. 172.

95 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

96 Vgl. dazu: Breshnew und Kossygin auf dem Septemberplenum des ZK der KPdSU 1965, a.a.O. (6/91); Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 142, 148, 150, 155, 157; Nick, Was heißt ..., a.a.O. (6/88), S. 1310; Sokolow, a.a.O. (6/89), S. 635 ff.; Beschluß des V. Parteitages, a.a.O. (3/1), S. 192 f.; Shiwkow zitiert bei Christow, a.a.O. (6/92), S. 548; Shiwkow, Triumph ..., a.a.O. (6/80), S. 1164 f.; Manescu, Vervollkommnung ..., a.a.O. (6/90), S. 1185; Maurer, Ion George, Bericht zum Fünfjahrplan vor dem X. Parteitag der RKP, in: Der X. Parteitag der RKP, a.a.O. (1/3), S. 98 - 130, S. 124 ff.; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 46.

97 Da es hier darum geht, die Konfliktstrukturen im sozialistischen Lager aufzuzeigen, genügt es, die ökonomischen Reformen in der SU (und VRP, VRB, DDR und SRR) nur zu streifen, um dafür den kontrastierenden Reformen Ungarns und der CSSR mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

98 Nyers, Reform ..., a.a.O. (6/93), S. 760.

99 Ebenda

100 So Dubcek, Interview, a.a.O. (5/26), S. 692. Zum Folgenden vgl. das Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

101 Das Aktionsprogramm hält eine Kollision zwischen dem Leitprinzip der Demokratisierung und dem der ökonomischen Effizienz für möglich: So setzen zum Beispiel rationelle Preisrelationen die Lockerung des Einflusses der Marktkräfte auf die Preisgestaltung voraus. Da die tschechoslowakische Wirtschaft aus der Zeit der direktiven Leitung der Volkswirtschaft ein Übergewicht der Gesamtnachfrage über das Angebot geerbt hat, würde eine weitgehende Preisfreigabe zu einem untragbaren Anwachsen des Preisniveaus führen. Das Aktionsprogramm entschied sich für die Lockerung der inneren Preisbewegung und trug den zentralen Leitungsorganen auf, die ökonomischen Beziehungen so zu regeln, daß trotz eines steigenden Preisniveaus die Reallöhne um 1,5 bis 3 Prozent wachsen, mit anderen Worten: Bei einer Kollision der beiden Leitprinzipien werden sich langfristig stets die Übereinstimmung zwischen maximaler ökonomischer Effizienz und dem sozialistischen Humanismus ergeben.

102 Das Aktionsprogramm ist, was seine wirtschaftliche Programmatik anbelangt, häufig mit den Vorstellungen Ota Siks identifiziert worden (so vor allem von den Interventionsmächten (vgl. unten)), obwohl es einen Kompromiß zwischen den Vorstellungen Ota Siks und den Prinzipien der noch unter Novotny eingeleiteten Wirtschaftsreform darstellt (vgl. ZK-Beschluß der KPC vom Januar 1965, a.a.O. (6/94), S. 173 f., und: Sik, Ota, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, insbesondere S. 155 ff. und S. 347).

103 Das Aktionsprogramm der KPC hatte nur Prinzipien formuliert. Die Richtung, in die die KPC bei der Konkretisierung dieser Prinzipien gehen wollte, wird deutlich im "Konzeptionsentwurf der weiteren Entwicklung des ökonomischen Lenkungssystems", den die Wirtschaftswissenschaftler Milan Horalek, Miroslav Sokol, Cestmir Kozusnik und Otakar Turek formulierten (in: Hensel, a.a.O. (6/94), S. 337 - 379), und der als zumindest offiziös gelten kann (so: Hensel, a.a.O. (6/94), S. 144).

104 So formulierte es das Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

105 Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 33.

106 Ebenda

107 Vgl. oben S. 277 ff.

108 Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag, a.a.O. (6/76), S. 64.

109 Zaubermann, Alfred, Modellvorstellungen der Reformer, in: Thalheim, Karl C., Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968, S. 9 - 40, S. 17.

110 Vgl. oben S. 276 ff.

111 Programm der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 214.

112 Ebenda S. 240.

113 So wie Breshnew auf dem XXIV. Parteitag die These von der Einheit des Sowjetvolkes relativierte, so vermied er auch die Benutzung der Begriffe "Staat" beziehungsweise "Partei des ganzen Volkes", das heißt, er revidierte die optimistische Einschätzung der Entwicklung der Klassenbeziehungen in der SU (a.a.O. (6/23), S. 51 ff.).

114 Vgl. oben S. 276 ff.

115 Vgl.: Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 95, 102 f. und 107; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 25; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 370; Shiwkow, Triumph ..., a.a.O. (6/80), S. 1161; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 57; Biszku, Bela, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der USAP, Vortrag im Zentralclub der Ungarischen Volksarmee am 12. 3. 1969, in: M 28. 3. 1969, S. 1 - 7 (Auszüge), S. 2 f. Nur die KPC der Reformzeit verband diese Einsicht in die Konsequenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der CSSR mit einer deutlichen Kritik an der Vor-Januar-Entwicklung (Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)): Die gesellschaftliche Krise hatte ihre Ursache - so das Aprilplenum - in der Konservierung der Methoden der Leitung der Gesellschaft aus der Zeit des Klassenkampfes, die das politische System von der revolutionären Diktatur zum Bürokratismus entarten ließ. Die Deformation des politischen Systems äußerte sich unter anderem in folgenden Erscheinungen:
- Parteistellen übernahmen die Aufgaben von Wirtschafts- und Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen;
- daraus ergab sich eine Verquickung von Staats- und Parteiführung sowie die
- monopole Machtstellung mancher Parteigliederungen.

Folgen dieser Entwicklung waren:
Unqualifizierte Eingriffe, Untergrabung der Initiative auf allen Stufen, Gleichgültigkeit, Kult der Durchschnittlichkeit, ungesunde Anonymität, Verflachung des theoretischen Denkens, mangelnde Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Menschen. Auch das Festhalten an den überlebten Methoden der Wirtschaftsführung führte das Aprilplenum auf die Deformation des politischen Systems zurück.

116 Vgl. oben Anm. 6/115.

117 Das Folgende gilt auch für die SU, obwohl diese bereits den Kommunismus aufbaut.

118 Dem Folgenden liegen folgende Materialien zugrunde: Program der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 240 ff.; Breshnew vor dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 59 - 64; Ulbricht, die Rolle des sozialistischen Staates, a.a.O. (6/85), S. 3 f.; Programm der SED, a.a.O. (6/79), S. 102; Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 225 ff. (Art. 1 Abs. 1); Honecker, Rede auf dem VII. Parteitag, Die Rolle der Partei in der Periode der Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Bd. II, 4. bis 6. Beratungstag, Berlin 1967, S. 5 - 46, S. 8 ff.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 116 ff.; Beschluß des V. Parteitages, a.a.O. (3/1), S. 281 ff.; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 366 f.; Shiwkow, Triumph ..., a.a.O. (6/80), S. 453 f.; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 69 ff.; ders. auf der Versammlung der Bukarester Stadtorganisation der RKP am 26. 4. 1968, in: EA, F 13/1968, S. D 308 - 310 (Auszüge), S. D 309 f.; Statut der RKP (auf dem X. Parteitag beschlossen), in: Der X. Parteitag der RKP, a.a.O. (1/26), S. 774 - 794, S. 774, S. 790 ff., S. 781, S. 789; Kallai, Gyula, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP und Präsident des ungarischen Parlamentes, Vortrag vor der parteipolitischen Akademie der USAP am 7. 5. 1969, Auszüge in: MI, 19. 5. 1969, S. 1 - 4; Biszku am 12. 3. 1969, a.a.O. (6/115), S. 5 ff.; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

119 Zur Modifizierung des Prinzips des demokratischen Zentralismus vgl.: Oschlies, Wolf, Zum Entwurf des neuen Statuts der KPC, Entstehung, Diskussion und Text, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 12/1969, Köln, März 1969. Die bei den innerparteilichen Abstimmungen unterlegenen Minderheiten sollten zwar die Beschlüsse der Mehrheit ausführen, aber ihre Minderheitsmeinung aufrechterhalten und propagieren dürfen.

120 Das Aktionsprogramm stellte fest: Die kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Mitarbeit; sie verwirklicht ihre führende Rolle nicht durch Beherrschung der Gesellschaft, sie ist nicht Instrument der Diktatur des Proletariats. Ihre Sendung liegt vor allem darin, sozialistische Initiative zu wecken, Wege und reale Möglichkeiten der kommunistischen Perspektive zu zeigen und durch systematische Überzeugungsarbeit und persönliches Beispiel der Kommunisten alle Arbeitenden für sich zu gewinnen (Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)).

121 Die folgende Analyse beruht auf folgenden Quellen: Programm der KPdSU, a.a.O. (1/3), S. 213 ff.; Breshnew vor dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 53 - 55; Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 217 ff. und S. 263; Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 91, S. 93 und S. 95; ders., Rolle des sozialistischen Staates, a.a.O. (6/85), S. 5; ders. zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 35; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 247 und S. 250 f.; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 368, S. 370 f.; Weltschew, Boris, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der BKP, Entwicklung des Systems der Leitung der Gesellschaft im sozialistischen Bulgarien, in: PdFS, Nr. 4 (128), April 1969, S. 447 - 456, S. 453 ff. und S. 451; Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 57 ff.; Kallai am 7. 5. 1969, a.a.O. (6/118), S. 1 ff.; Biszku am 12. 3. 1969, a.a.O. (6/115), S. 5; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

122 So der Kommentar zur Verfassung der DDR, a.a.O. (4/47), Bd. 1, S. 217. Im Programm der KPdSU (a.a.O. (1/3), S. 214) wird in diesem Zusammenhang festgestellt, "die Hauptrichtung, in der sich das sozialistische Staatswesen während des Aufbaues des Kommunismus entwickelt", sei "die allseitige Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, die aktive Beteiligung aller Bürger an der Staatsverwaltung und an der Leitung des Wirtschafts- und Kulturaufbaus, die Verbesserung der Arbeit des Staatsapparates und die Verstärkung der Volkskontrolle über seine Tätigkeit ..."

123 Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 57.

124 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309.

125 Dazu vgl.: Ceausescu vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 57 ff.

126 Biszku am 12. 3. 1969, a.a.O. (6/115), S. 2.

127 Ebenda S. 4 f.

128 Als Indiz in dieser Richtung kann das, im Vergleich zu anderen sozialistischen Staaten, tolerantere innenpolitische Klima in Ungarn gewertet werden: So weigert sich die USAP zum Beispiel, durch "Ernennung" die Zahl ihrer

Gegner zu vermehren, das heißt, sie weigert sich, nach der Maxime zu verfahren, wer nicht für mich ist, ist gegen mich, und sie vertritt die Ansicht, daß keine Kunstrichtung an sich antisozialistisch ist (vgl.: Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 543).

129 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

130 Stellungnahme Prags zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121), S. D 399.

131 Cisar am 27. 7. 1968, in: VZ, 2. 8. 1968.

132 Das Aktionsprogramm der KPC (a.a.O. (1/2)) stellte fest, um allzu große Machtkonzentrationen zu verhindern, müsse eine Aufteilung der Machtbefugnisse und ein System gegenseitiger Kontrolle zwischen den einzelnen Gliedern festgelegt werden, damit Fehler und Übergriffe des einen Gliedes beizeiten durch die Tätigkeit eines anderen korrigiert werden können.

133 Das Aktionsprogramm erklärte, einem werktätigen Volk, dem keine Ausbeuterklasse mehr diktiert, könne man nicht durch willkürliche Auslegung der Macht vorschreiben, worüber es informiert sein, welche Ansichten es öffentlich aussprechen und wo es seine öffentliche Meinung geltend machen darf (a.a.O. (1/2)).

134 Ebenda

135 Ebenda

136 Ebenda

137 Vgl. oben S. 276 ff.

138 Die Tatsache, daß alle gesellschaftlichen Klassen, Schichten und Gruppen der CSSR in den grundlegenden Interessen und Zielen des Sozialismus übereinstimmen (so das Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)), schließt die Zulassung oppositioneller Parteien für die KPC aus (vgl.: Dubcek am 29. 5. 1968, in: VZ vom 31. 5. 1968; ders., Interview, a.a.O. (5/26), S. 690), denn sie selbst repräsentiert die perspektivischen Ziele der tschechoslowakischen Gesellschaft.

139 Kollektive Beschlüsse der Staaten des Warschauer Vertrages gibt es zu diesem Problem nicht, weshalb die Haltung der einzelnen sozialistischen Staaten untersucht werden muß.

140 O. N., Die Situation in China und die Lage der KPCh in der gegenwärtigen Etappe, in: DZ, H 10, 2. Maiheft, 1969, S. 14 - 23, S. 15 f., S. 18, S. 20 f. und S. 22.

141 Kommunist, Heft 8, 1968, in: SUH, 14. Jg., Nr. 9, 1. 9. 1969; Suslow, Rede zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (5/12); A. Nekrasov, The "Cultural Revolution" and China's Economy, in: IA, 1/1969, S. 83 - 87; G. Koslow, W. I. Lenin über die Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus aus: Ekonomitscheskaja Gaseta Nr. 20, in: MI 19. 5. 1969; o. N., die Situation in China, a.a.O. (6/140), S. 19.

142 O. N., die Situation in China, a.a.O. (6/140), S. 19 f.

143 Vgl. oben S. 264 f.

144 Zum Beispiel: Weber, Wilfried, Die Gruppe ..., a.a.O. (6/38); Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 358 f.

145 Grundlage dieser Analyse bilden folgende Materialien: Warschauer Brief, a.a.O. (5/141); Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156); Iswestija vom 11. 5. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 105; Onikov, Sozialismus und Demokratie, aus: Prawda vom 19. 5. 1968, in: IA, 6/1968, S. 8 - 12, S. 11 f.; Seljuk, aus: Prawda vom 25. 7. 1968, laut Radio Moskau vom 25. 7. 1968, in: MII 25. 7. 1968; I. Kuzminov, The "New Economic Model" of Socialism, in: IA, 1/1969, S. 36 - 42, S. 39 ff.; Iswestija vom 20. 9. 1968, Kritik am tschechoslowakischen Wirtschaftsmodell, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 29 - 31, S. 30; Ulbricht, die Rolle des sozialistischen Staates, a.a.O. (6/85), S. 4; Ulbricht vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3; ders. am 15. 12. 1966, a.a.O. (3/325), S. 4; ders., die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137), S. 5; Schulz, Gerhard (Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED), Die untaugliche Konzeption Ota Siks, in: ND vom 21. 9. 1968; Mittag, Günter, Demokratischer Zentralismus, sozialistische Planwirtschaft und wissenschaftlich-technische Revolution, in: E, 12/1968, S. 1471 - 1482, S. 1474; Nick, Was heißt ..., a.a.O. (6/88), S. 1312 ff.; Cyrankiewicz am 1. 9. 1968, a.a.O. (6/45),

S. 43 ff.; Gomulka auf dem Zentralen Erntefest in Warschau am 8. 9. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 7 - 24, S. 19; Urbanowicz, Jozef, Mitglied des ZK der PVAP, Chef der politischen Hauptverwaltung des Heeres, Artikel in "Nowe Drogi" Nr. 10/1968, in: IB, Nr. 10, Oktober 1968, S. 59 - 104, S. 75 ff.; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 330; Komocsin-Interview, a.a.O. (6/44); Redaktioneller Artikel in Nepsabadsag, Welche Punkte stellen wir gegenüber den tschechoslowakischen Genossen zur Debatte, vom 25. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 125 f.; Biszku auf dem V. Parteitag der PVAP, 13. 11. 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 348 - 353, S. 351; Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.; Kommunique des Besuchs Ceausescus in der CSSR, gekürzt in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 146 f.

146 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

147 Vgl. oben S. 229 ff.

148 Vgl. oben S. 292 ff.

149 Vgl.: Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 366 ff.; Weltschew, a.a.O. (6/121), S. 453.

150 Vgl. oben S. 292 ff.

151 Jaszczuk, Diskussionsrede auf dem XII. Plenum des ZK der PVAP (8./9. 7. 1968), in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 59 - 72, S. 63 ff.

152 Jedrychowski am 8. 7. 1968, a.a.O. (1/109), S. 78.

153 Jaszczuk am 8./9. 7. 1968, a.a.O. (6/151), S. 62; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 248 Ziffer 1.

154 Die Rede, die Kliszko auf dem VIII. Plenum des ZK der PVAP im Mai 1967 gehalten hatte (a.a.O. (1/2)), scheint einen verschärft restriktiven Kurs der polnischen Parteiführung ausgelöst zu haben. Die Märzereignisse in Polen entzündeten sich dann an einem Ereignis, für welches dieser Kurs ursächlich war: Das Ministerium für

Kunst und Kultur setzte das Stück "Allerseelen" von Adam Miekiewicz wegen seiner antisowjetischen Interpretation durch den Regisseur Kazimierz Dejmek vom Spielplan ab. In der Folge kam es dann zu Demonstrationen, bei denen sich schwere Zusammenstöße zwischen Studenten einerseits, Polizei, Miliz und Arbeitern andererseits ereigneten. Eine Reihe von Intellektuellen wurde gemaßregelt (unter anderen Adam Schaff und Kolakowski).

155 Komocsin-Interview, a.a.O. (6/44).

156 Redaktioneller Artikel von Nepsabadsag, a.a.O. (6/145), S. 125 f.

157 Auszug in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 126 Anm. 30.

158 So Peter Renyi am 16. Juni 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 112 f.

159 Meldung in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 109 f.

160 Vgl. Vorabdruck der Aufzeichnungen in: Der Spiegel, Nr. 36, 31. 8. 1970, S. 113 und S. 118.

161 So, laut Weit, Kadar auf der Warschauer Konferenz, ebenda, S. 113.

162 Komocsin-Interview, a.a.O. (6/44); Redaktioneller Artikel von Nepsabadsag, a.a.O. (6/145), S. 125 f.

163 Bulgarien kann hier vernachlässigt werden, denn seine Motive wurden schon oben analysiert (vgl. oben S. 307).

164 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

165 Die Angriffe gegen Cisar vgl. oben S. 259 f. Angriff gegen Smrkovsky, in: ND 21. 8. 1968.

166 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

167 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

168 Proklamation der Nationalen Front vom 15. 6. 1968, in: VZ, 21. 6. 1968. Die "Pluralitätskonzeption" geht von

dem Grundsatz aus, daß die sozialistische Staatsmacht weder einer einzigen Partei, noch von einer Koalition politischer Parteien monopolisiert werden darf.

169 Vgl. unten: die Bemühungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag.

170 Ebenda

171 Beschluß des ZK der KPdSU vom 10. 4. 1968, a.a.O. (1/103), S. D 305.

172 Die "Zeit" vom 9. 8. 1968 veröffentlichte dieses Memorandum.

173 So Schelest am 4. 9. 1968, Auszug in: MI 27. 9. 1968, vgl. auch: M 14. 6. 1968.

174 Vgl. die Aufzeichnungen Weits zur Warschauer Konferenz (Anm. 6/160 und 6/161).

175 Ungarn beteiligte sich an dieser Kampagne gegen die SFRJ nicht, denn Kadar lehnte zwar die Übernahme des jugoslawischen Selbstverwaltungsmodells für Ungarn ab, doch er vertrat auch die Auffassung, die Regelung derartiger Probleme sei die Sache jedes einzelnen Staates (Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 544). Bulgarien nahm ebenfalls an dieser Kampagne nicht teil, doch es setzte seinerseits die SFRJ mit der Mazedonienfrage unter Druck (vgl.: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 236 - 238).

176 Das Sik'sche Modell ist nach sowjetischer Auffassung nicht neu, sondern stellt eine Kopie des jugoslawischen Modells dar. Dieses Modell aber, so wird in der SU kritisiert, hat erhebliche Mängel (vgl.: Kuzminov, I., The "New Economic Model" of Socialism, in: IA, 1/1969, S. 36 - 42, S. 42):
- Die Zahl der Arbeitslosen nahm von 212 000 (1964) auf 344 000 (März 1968) zu, das heißt, das jugoslawische Modell garantiert nicht einmal einen so fundamentalen sozialistischen Grundsatz wie das Recht auf Arbeit.
- Es gibt keine Garantie für die Entlohnung nach geleisteter Arbeit, denn die meisten Unternehmen hängen von Schwankungen der Marktbedingungen ab.
- Auch die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt war nicht in der Lage, den Rückgang der Wachstumsraten, die durch die Aufgabe der zentralen Planung und die Schwächung der sozialistischen Stimuli verursacht wurden, auszugleichen.

177 Prawda vom 19. September 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 239.

178 Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137).

179 Trybuna Ludu vom 8. und 9. 9. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 238.

180 Diesen Ausdruck benutzte Gomulka auf dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 112.

181 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

182 So: Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), L - Z, S. 379.

183 Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

184 Gemeint ist damit, das ergibt sich aus dem Zusammenhang, der Klassenkampf in den sozialistischen Staaten selbst, gegen alle Versuche, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu untergraben.

185 Im Folgenden braucht dieser letzte Punkt nicht untersucht zu werden, denn dieser Pflicht genügten die sozialistischen Staaten durch die Vervollkommnung der politischen und ökonomischen Formen, was bereits oben abgehandelt wurde.

186 Vgl. oben S. 264 f.

187 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3; Gomulka auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 129; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 511 f.; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 409; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 360.

188 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11.

189 Breshnew auf dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 27 f.

190 Prawda vom 11. 7. 1968, in: MII vom 11. 7. 1968; Prawda vom 18. 8. 1968, in: EA, F 18/1968, S. D 427; Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 441 f.; ND vom 25. 8. 1968, ND vom 3., 4., 6., 7. 7. 1968, vom 13. 7. 1968,

21. 8. 1968; Politbüro des ZK der SED, Stellungnahme zum Beschluß des ZK der KPC, 23. 7. 1968, in: ND vom 24. 7. 1968; ZK der SED, Staatsrat und Ministerrat der DDR, Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR vom 21. 8. 1968, in: DZ, H 414, 1968, 2. Septemberheft, S. 22 f.; Trybuna Ludu vom 9. 5. 1968, Zum Nationalfeiertag der sozialistischen Tschechoslowakei, in: IB, Nr. 5, Mai 1968, S. 72 - 77, S. 76; Kliszko am 8./9. 7. 1968, a.a.O. (1/127), S. 31; Gomulka vor dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104 f.; Trybuna Ludu vom 14. 7. 1968, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 93 - 100, S. 97 f.; Trybuna Ludu vom 15. 7. 1968, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 101 - 108, S. 108; Komocsin-Interview, a.a.O. (6/44); Redaktioneller Artikel von Nepsabadsag, a.a.O. (6/145), S. 125 f.; ZK der USAP, Kommunique zur Konferenz von Bratislave vom 7. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 137 f. (Auszüge), S. 137; Fock, Jenö, Ministerpräsident der VRU, Rede in der Budapester Militärakademie, 25. 9. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 224 f. (Auszüge), S. 225; Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.; Rumänische Erklärung zur Intervention, a.a.O. (6/43); Ceausescu, Erklärung vor der Großen Nationalversammlung am 22. 8. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 231 f.; Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 330.
Die KPC proklamierte ihrerseits selbst den Kampf gegen die antisozialistischen und anarchisierenden Tendenzen (vgl.: Resolution des ZK der KPC vom 29. 4. - 4. 6. 1968, a.a.O. (5/73); Stellungnahme der KPC zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121) und gestand nach der Intervention, den Kampf gegen diese Kräfte vernachlässigt zu haben (vgl.: Resolution des ZK der KPC vom 17. 11. 1968, a.a.O. (1/9), S. D 261; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 502 f.).
Vgl. auch zudem: Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

191 So: Warschauer Brief, a.a.O. (5/141). Rumänien enthielt sich derart detaillierter Angaben über die konterrevolutionären Kräfte ebenso wie die KPC bis zur Ablösung Dubceks (vgl. oben Anm. 6/190).

192 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

193 Vgl. oben Anm. 6/191.

194 Stellungnahme der KPC zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121); Erklärung des (geheimen) XIV. Parteitages der KPC vom 22. 8. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 160 f.

195 Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.; Erklärung der SRR zur Intervention in der CSSR, a.a.O. (6/43); Ceausescu auf einer Massenkundgebung am 21. 8. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 230 f. (Auszug) und in: EA, F 18/ 1968, S. D 437 f., S. 231; Ceausescu am 22. 8. 1968, a.a.O. (6/190), S. 231.

196 Die SU stellte fest, einige führende Funktionäre der KPC seien mit zwiespältigen Erklärungen zu den konterrevolutionären "2000 Worten" (a.a.O. (6/56)) aufgetreten und die KPC habe sich gegenüber den antisozialistischen Kräften weitgehend passiv verhalten, obwohl die Bruderparteien wiederholt auf die Gefahren hingewiesen hätten, die der CSSR von diesen Kräften drohte (Prawda vom 11. 7. 1968, in: MII 11. 7. 1968). Nach der Intervention wurde die SU deutlicher; sie erklärte, die von Dubcek geführte Minderheit im Präsidium des ZK der KPC habe eine offen rechtsgerichtete opportunistische Haltung eingenommen (Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 445 f.). Die SED griff bereits vor der Intervention die revisionistischen Kräfte in der KPC an (so nannte sie Smrkovsky beim Namen: ND vom 21. 8. 1968). Nach der Intervention sprach sie, wie die SU, vom verstärkten Rechtskurs der Gruppe um Dubcek (Aufruf vom 21. 8. 1968, a.a.O. (6/190). Die BKP stellte fest, in der CSSR hätten vorübergehend revisionistische Konzeptionen die Oberhand gewonnen (Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 330).

197 Trybuna Ludu vom 14. 7. 1968, a.a.O. (6/190) und 15. 7., a.a.O. (6/190) - hier wurden keine Namen genannt (im Gegensatz zu den Veröffentlichungen in der SU und in der DDR).

198 Vgl. oben Anm. 6/195.

199 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

200 Die KPC (unter Husak) vertritt die Auffassung, die CSSR habe über genügend "innere Kräfte" verfügt, um der Krise von 1968 Herr werden zu können, doch die Parteiführung habe, da sie zerstritten gewesen und daher nicht in der Lage gewesen sei, alle diese Kräfte zu mobilisieren, die Krise noch verschärft statt sie zu bewältigen (so Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 504 f.).

201 Vgl. Haefs, a.a.O. (3/171), S. 239.

202 Hager, Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, a.a.O., (1/103); L. S. in: ND vom 13. 11. 1968.

203 Trybuna Ludu, Irrwege des Nationalismus, vom 29. 8. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 55 - 63, S. 58 f. Warschau folgerte dies aus der Diskrepanz zwischen dem rumänischen Lob für die tschechoslowakischen Bemühungen um die Demokratisierung der Gesellschaft der CSSR und den innenpolitischen Methoden der RKP.

204 Trybuna Ludu, Entgegen den Interessen des Sozialismus und des Friedens, 31. 8. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 64 - 73, S. 65 f.

205 Vgl.: Keesings Archiv der Gegenwart, 1968, S. 14145 und Haefs, a.a.O. (3/171), S. 238.

206 Vgl.: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 236 - 238.

207 Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 331.

208 Zunächst bezogen die sozialistischen Staaten den Begriff der Integration nur auf die Beziehungen zwischen imperialistischen Staaten (so zum Beispiel: Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), A - K, S. 966), doch inzwischen wird er auch auf die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten angewandt (so zum Beispiel: Honecker, Fragen der Wirtschaft und der Politik in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in: PdFS, Nr. 12 (160), Dezember 1971, 14. Jg., S. 1607 - 1615, S. 1612; Breshnew auf dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 27; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 208). Der Begriff der ökonomischen Integration umfaßt dabei nicht nur die inneren ökonomischen Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, sondern auch die Koordinierung der wirtschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den kapitalistischen Ländern.

209 Vgl. oben S. 135 ff.

210 Prawda vom 27. 11. 1966, in: MI 28. 11. 1966; Kapchenko, N., The "Cultural Revolution" and the Mao Group's Foreign Policy, in: IA, 2/1968, S. 14 - 22, S. 18 f.; Kommunist, Heft 8, 1968, gekürzt in: SUH, 14. Jg., Nr. 9, 1. 5. 1969, S. 23. Moskau belegte seine These mit folgenden Zahlen:

- Der Anteil der SU am chinesischen Außenhandelsvolumen ist von 50 % im Jahre 1959 auf 15 % im Jahre 1965 gesunken; die entsprechenden Zahlen lauten für alle sozialistischen Staaten 68 % und 20 %.
- Der Handel der europäischen sozialistischen Staaten mit China verringerte sich von 1959 bis 1966 um das 3,7-fache, während der Handel Chinas mit den entwickelten kapitalistischen Staaten in demselben Zeitraum um das 2,5-fache zunahm.
- Der Warenumsatz der VR China mit der BRD ist dreimal so hoch wie der mit der DDR. Der Warenumsatz mit den kapitalistischen Staaten betrug 1966 bereits 57 % des gesamten chinesischen Außenhandels.
- Die VR China hat die wissenschaftlich-technischen, kulturellen und sportlichen Kontakte mit vielen sozialistischen Staaten auf ein Minimum reduziert.

Die anderen sozialistischen Staaten befaßten sich mit der chinesischen Außenhandelspolitik nicht.

211 Daß sich die Dresdener Konferenz mit dieser Frage befaßte, geht aus folgenden Indizien hervor (vgl. zum Folgenden: Informationsmitteilung über die Konferenz von Dresden vom 23. 3. 1968, in: AK, Nr. 13/1968, S. 105 f.):

- Die Informationsmitteilung, die über das Treffen veröffentlicht wurde, betonte, die Teilnehmer der Konferenz seien übereingekommen, in allernächster Zeit konkrete Maßnahmen für die Festigung der Zusammenarbeit bei der weiteren Steigerung der Wirtschaft der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu ergreifen und in allernächster Zeit eine Wirtschaftsberatung auf höchster Ebene abzuhalten.
- Die Teilnahme der Planungschefs der sozialistischen Staaten legt die Vermutung nahe, daß die wirtschaftlichen Fragen zentrale Verhandlungspunkte waren.
- Die Informationsmitteilung berichtete, die Vertreter der KPC und der Regierung der CSSR hätten die Konferenzteilnehmer über die Durchführung der Beschlüsse des Januar-Plenums des ZK der KPC informiert, auf dem unter anderem beschlossen worden war, die Importe aus dem Westen zu erhöhen und die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit dem Westen zu intensivieren.

(Vgl.: Plenum des ZK der KPC vom 3. - 5. Januar 1968, Beschluß, in: VZ vom 12. 1. 1968; Budget, beschlossen am 10. Januar 1968, in: VZ vom 19. 1. 1968).
Aus der Tatsache, daß das Treffen sehr kurzfristig und nach Dresden einberufen worden war, kann geschlossen werden, daß es vor allem die DDR war, die Rückwirkungen der Januarbeschlüsse des ZK der KPC auf die Wirtschaftsbeziehungen im sozialistischen Lager fürchtete (vgl.: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 99). In Bratislava wurde dieses Problem dann nur noch indirekt angesprochen, als gefordert wurde, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten müsse vertieft werden (Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 266).

212 Radio Moskau am 11. 8. 1968, in: MI 12. 8. 1968; Prawda vom 16. 8. 1968 laut Radio Moskau, in: MII 16. 8. 1968.

213 Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 442.

214 ND 17. 7. 1968.

215 Mittag, Demokratischer Zentralismus ..., a.a.O. (6/145), S. 1474; Ulbricht, Rolle des sozialistischen Staates, a.a.O. (6/85), S. 5; ders., weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137).

216 Leiter der Handelsmission der BRD in der CSSR.

217 Trybuna Ludu vom 25. 7. 1968, Ein Standpunkt, der Besorgnis erweckt, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 101 - 108, S. 103 f.

218 Pressekonferenz Ceausescus in Prag am 16. 8. 1968, gekürzt in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 148.

219 Über die bulgarische Haltung konnten keine Quellen gefunden werden. Ungarn beteiligte sich wohl deswegen nicht an der Kritik am Prager Kurs, weil es ähnliche Ansichten hat wie die RKP (vgl. oben S. 135 ff).

220 Kuzminov, a.a.O. (6/176), S. 42.

221 Ulbricht, Die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137).

222 Kliszko am 22. 9. 1967, a.a.O. (2/31), S. 72.

223 Vgl. oben Anm. 6/218.

224 Dies geht hervor aus: Informationsmitteilung über die Dresdener Konferenz, a.a.O. (6/211), S. 106; Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 266. Die SRR nahm an diesen Konferenzen zwar nicht teil, ließ aber erkennen, daß auch sie überzeugt sei, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten müsse vertieft werden (vgl.: Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 20; ders., Bericht über die Maßnahmen zur Vervollkommnung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft und zur Verbesserung der administrativ-territorialen Organisation Rumäniens an die Landeskonferenz der Rumänischen Kommunistischen Partei, Dezember 1967, o. O., o. J., hrsg. von Agerpress, S. 78).

225 Dies erschwert die Untersuchung der Haltung der sozialistischen Staaten erheblich.

226 Diese Bemühungen nahmen, nach Dresden und Bratislava, folgenden Verlauf: Die 36. Tagung des Exekutivkomitees des RGW billigte Ende September 1968 die Liste der Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (vgl.: Kommunique der 36. Tagung des EK des RGW, in: ND 27. 9. 1968), die den einzelnen sozialistischen Staaten dann als Grundlage für die Ausarbeitung ihrer Stellungnahmen zu den einzelnen Problemen gedient haben dürfte; so erklärte zum Beispiel Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten hätten ihre Vorstellungen für "eine neue Qualität der Zusammenarbeit" im RGW erarbeitet und einander darüber informiert (a.a.O. (2/16), S. 322 f.). Auf der XXII. Tagung des RGW (21. - 23. 1. 1969) wurden diese Stellungnahmen wohl erstmals beraten (vgl.: Kommunique der XXII. Tagung, in: AK, Nr. 5/1969, S. 33 und S. 39 f.), doch erst die außerordentliche XXIII. Tagung (23. - 26. 4. 1969) beschloß, mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur weiteren Verbesserung der Tätigkeit der RGW-Organe und für die Erhöhung ihrer Rolle bei der Organisierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beginnen (vgl.: Kommunique der außerordentlichen XXIII. Tagung, in: AK, Nr. 18/1969, S. 137 und S. 139 f.).
Die XXIV. Tagung des RGW (12. - 14. 5. 1970) erörterte lediglich den Stand des Entwurfes des Perspektivprogramms der weiteren Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit der Mitglieder des RGW und beschloß die Vertiefung und Vervollkommnung der Plankoordinierung etc. (Kommunique in: AK, Nr. 21/1970, S. 160 f.). Erst die XXV. Tagung (27. - 29. Juli 1971) verabschiedete schließlich das "Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedländer des RGW" (Kommunique in: AK, Nr. 32/1971).

227 So: Kommunique der XXII. Tagung des RGW, a.a.O. (6/226), S. 39.

228 So: Kommunique der außerordentlichen XXIII. Tagung des RGW, a.a.O. (6/226), S. 139.

229 Der folgenden Analyse liegen folgende Quellen zugrunde: Breshnew auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/103), S. 306; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 5; Jaroszewicz, Neue Perspektiven, in: Trybuna Ludu, vom 29. 12. 1968, in: IB, Nr. 1, Januar 1969, S. 68 - 78, S. 71, S. 74 ff.; Gomulka, Schlußwort auf dem XI. Plenum des ZK der PVAP, 28. 2. 1969, in: IB, Nr. 3, März 1969, S. 70 - 87, S. 73; Kuzinski, Stanislaw, Die

Planung und der Waren- und Zahlungsverkehr in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, aus Nowe Drogi vom 3. 3. 1969, in: IB, Nr. 3, März 1969, S. 38 - 52, S. 39 - 41, S. 45 ff. (K. ist Kandidat des ZK der PVAP und Leiter der Abteilung Leichtindustrie, Handel und Bauwesen des ZK der PVAP); Olszewski, 1. stellvertretender Vorsitzender des Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland, Artikel in: Rynki Zagraniczne Nr. 14/1969, in: MII, 19. Februar 1969; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 365; Weltschew, Entwicklung ..., a.a.O. (6/121), S. 1167; Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137), S. 5 f.; Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 323; ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 211; Böttcher, Manfred, Vom Außenhandel zur Außenwirtschaft, in: AK, Nr. 20/1968, S. 173 f.; Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 26 f.; Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Ceausescu, Bericht an die Landeskonferenz der RKP, a.a.O. (6/224), S. 81 f.; Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 550; Apro, Antal, Mitglied des Politbüros des ZK der USAP, Rede auf der RGW-Tagung in Budapest, 12. 12. 1967, Auszüge in: MI 14. 12. 1967,; Nyers, Rede vor ZK und Regierung, 5. - 6. 3. 1969, Auszüge in: MI 11. 3. 1969.

230 Die KPC hatte erklärt, der Erfolg der Zusammenarbeit hänge in immer größerem Maße von der Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Erzeugnisse ab. Die Position der CSSR werde umso günstiger sein, je allgemeineren Marktwert die tschechoslowakischen Erzeugnisse haben. Die KPC hatte zudem ihre Absicht verkündigt, die CSSR werde in ihren ökonomischen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten den Standpunkt der ökonomischen Kalkulation und des gegenseitigen Vorteils beim Handel mehr durchsetzen (Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)).

231 Polen hatte bemängelt, die SU beeinflusse als größtes Land des sozialistischen Lagers und größter Abnehmer der Verarbeitungsindustrie im RGW weitgehend die Gestaltung der internationalen Arbeitsteilung, und die anderen sozialistischen Staaten hätten keine Vorschläge über die Entwicklungsrichtung und die Reichweite der internationalen Arbeitsteilung ausgearbeitet (Jaroszewicz am 29. 12. 1968, a.a.O. (6/229), S. 74 ff.).

232 Ulbricht auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 211.

233 Kommunique der außerordentlichen XXIII. Tagung des RGW, a.a.O. (6/226), S. 139.

234 Ulbricht hatte erklärt, die DDR sei bereit, Maschinen und Ausrüstungen zu importieren, die sie bislang expor-

tiert habe (vgl. Anm. 6/232), doch gerade auf diesem Gebiet kritisierte Böttcher (a.a.O. (6/229), S. 174) dann auch die Struktur des Außenhandels der DDR unter dem Aspekt der internationalen Arbeitsteilung.

235 Vgl. oben Anm. 6/229.

236 Vgl.: Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 266.

237 Vgl.: Hauptdokument der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/1), S. 8.

238 Vgl. oben Anm. 3/157.

239 Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 442.

240 Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137), S. 5 f. und: Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 323.

241 Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137), S. 5.

242 So: Kommunique der XXII. Tagung des RGW, a.a.O. (6/226), S. 39.

243 So: Ökonomisches Lexikon, a.a.O. (1/55), A - K, S. 966.

244 Kommunique der außerordentlichen XXIII. Tagung des RGW, a.a.O. (6/226), S. 139.

245 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 12.

246 Apalin, G., Maoism - Imperialist Reaction's Reserve, in: IA, 7/1969, S. 33 - 40; O. N., Die Situation in China und die Lage der KPCh in der gegenwärtigen Etappe, in: DZ, H 10, 2. Maiheft 1969, S. 14 - 23, S. 15; Kommunist, Heft 8, 1968, gekürzt in: SUH, 14. Jg., Nr. 9, 1. Mai 1968, S. 22.

247 Die SU stellte fest: Die Gruppe um Mao Tse-tung hat ihre ursprüngliche Politik der Freundschaft und der Kooperation mit der SU und den anderen sozialistischen Staaten durch eine Politik der Feindschaft ersetzt, die sie vor dem chinesischen Volk und der KPCh mit der revisionistischen Entartung der KPdSU, mit der kapitalistischen Degeneration der SU rechtfertigt. Die Gruppe um Mao Tse-tung

ging sogar so weit, Grenzkonflikte zu provozieren, um das chinesische Volk von seinen inneren Schwierigkeiten abzulenken und die sowjetfeindliche Plattform Pekings auf dem Parteitag der KPCh durchsetzen zu können. Mit dieser Wendung gegen die SU und die anderen sozialistischen Staaten spaltete Peking das sozialistische Lager: Es stellte nicht nur sich selbst abseits, sondern zog auch noch Albanien auf seine Seite und es schwächte damit das sozialistische System in seinem Kampf gegen den Imperialismus. Die Mao-Gruppe wurde zum Komplicen des Imperialismus (vgl.: Kapchenko, N., The "Cultural Revolution" and the Mao Group's Foreign Policy, in: IA, 2/1969, S. 14 - 22; Samjatin, L. M., Pressesprecher des sowjetischen Außenministeriums, Pressekonferenz am 7. 3. 1969, in: DZ, H 10, 2. Maiheft 1969, S. 27 f., S. 28; Prawda vom 28. 11. 1965, a.a.O. (5/17), S. D 136 f.; Kossygin am 3. 8. 1966, a.a.O. (2/31), S. 7; ZK der KPdSU, Erklärung zum sowjetisch-chinesischen Verhältnis vom 31. 8. 1966, in: EA, F 19/1966, S. D 505 f.; Prawda vom 17. 3. 1969, Artikel zu den Grenzkonflikten am Ussuri, in: DZ, H 10, 2. Maiheft 1969, S. 29 f.; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11 f.).

248 Peking versucht mit seiner Theorie vom Kampf des "Weltdorfes" gegen die "Weltstadt" (die europäischen sozialistischen Staaten und die entwickelten kapitalistischen Staaten) und mit seiner Politik, die nationale Befreiungsbewegung vom sozialistischen System zu trennen und die eigene Hegemonie in dieser Bewegung an sich zu reißen, die nationale Befreiungsbewegung von der Arbeiterbewegung und vom sozialistischen System zu isolieren. Es spaltet damit die Einheit der drei Ströme des weltrevolutionären Prozesses, die eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des antiimperialistischen Kampfes darstellt (vgl.: Kapitsa, M., National Liberation and the Mao Group's Splitting Activity, in: IA, 7/1968, S. 10 - 17; Apalin, a.a.O. (6/246); Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 12 f.; Kapchenko, a.a.O. (6/247)).

249 Wie die Weigerung Chinas, die Aktionen zur Unterstützung des gegen die amerikanischen Aggressoren kämpfenden vietnamesischen Volkes mit den anderen sozialistischen Staaten zu koordinieren, und seine Grenzprovokationen, die dem Imperialismus Gelegenheit geben, seine aggressiven Pläne zu verfolgen, sowie seine Spaltungspolitik in der antiimperialistischen Bewegung beweisen, redet die chinesische Führung nur vom Kampf gegen den Imperialismus; in ihrer politischen Praxis dagegen hilft sie dem Imperialismus, direkt und indirekt (vgl.: Prawda vom 28. 11. 1965, a.a.O. (5/17), S. D 136 - 138; ZK der KPdSU, Erklärung zum sowjetisch-chinesischen Verhältnis, a.a.O. (6/247); Samjatin, a.a.O. (6/247), S. 28; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 12).

250 Suslow am 14. 2. 1964, a.a.O. (6/17), S. 110.

251 Vgl. oben S. 264 f., S. 303, S. 319, S. 322 ff. Die einzige Ausnahme bildet Rumänien, das sich weigert, eine der beiden Seiten zu verurteilen, weil dies nicht das geeignete Mittel sei, Voraussetzungen für die Lösung der strittigen Fragen zu schaffen (vgl.: Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 310 f.).

252 Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4; Beschluß des V. Parteitages der PVAP, a.a.O. (3/1), S. 277; Gomulka auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 128 f.; Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 358; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 408 f.; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 511. Nur die DDR ging über diese Fragen hinaus noch weiter auf den außenpolitischen Kurs Pekings ein, wobei sie die sowjetischen Vorwürfe an die Adresse Pekings wiederholte (vgl.: Honecker, Bericht des Politbüros an 11. Tagung des ZK der SED, 15. 12. 1965, in: DZ, H 349, 1. Januarheft 1966, S. 1 - 16; Weber, a.a.O. (6/38); Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 4.

253 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141). Rumänien, das an der Warschauer Konferenz nicht teilgenommen hatte, sah zwar auch die Möglichkeit, daß die CSSR ihre außenpolitische Orientierung ändern könnte, doch es war überzeugt, das Programm, die Erklärungen und die Aktionen der KPC, die Treue der Kommunisten und der Werktätigen zur Partei sowie die immer engere Zusammenarbeit von Partei, Regierung und Volk seien Grund genug, die Rolle der CSSR in der Familie der sozialistischen Staaten vertrauensvoll zu beurteilen (Erklärung in Scinteia vom 27. 7. 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127 f.). Aus diesem Grund (unter anderen) war die Intervention in der CSSR für die RKP auch nicht gerechtfertigt (Erklärung der SRR zur Intervention, a.a.O. (6/43)).

254 Die einzelnen sozialistischen Staaten äußerten sich zu diesem Punkt dann allerdings unterschiedlich: Bulgarische und ungarische Stellungnahmen zur Deutschlandpolitik der CSSR fehlen. Ulbricht erinnerte die CSSR daran, daß die Konferenz von Karlovy Vary beschlossen habe, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD sei an die Bedingung gebunden, daß Bonn auf den Alleinvertretungsanspruch verzichtet, die Grenzen anerkennt, die Kernwaffenpläne aufgibt, das Münchener Abkommen als von Anfang an ungültig bezeichnet und zwischen den beiden deutschen Staaten normale völkerrechtliche vertragsmäßige Beziehungen hergestellt werden (Pressekonferenz Ulbrichts in Karlovy Vary am 13. 8. 1968, Auszüge in:

Haefs, a.a.O. (3/171), S. 141 - 145, S. 142). Die SU präzisierte die Vorwürfe des Warschauer Briefes noch weiter: Die antisozialistischen Kräfte in der CSSR stellten die Außenpolitik der CSSR im theoretischen Bereich infrage durch die These, die Außenpolitik eines Landes sei weniger durch soziale Faktoren als durch die konstanten Faktoren der Geographie, der Demographie, der historischen Traditionen etc. bestimmt. In praktischer Hinsicht stellten diese Kräfte die Außenpolitik der CSSR dadurch infrage, daß sie diplomatische Beziehungen zur BRD aufnehmen, diplomatische Beziehungen zu Israel herstellen, westdeutsche Kredite aufnehmen und die CSSR von der sozialistischen Gemeinschaft abspalten wollten (vgl.: Klimov, V., Unity of the Socialist State's International and National Tasks, in: IA, 8/1968, S. 10 - 15, S. 21; Radio Moskau 11. 8. 1968, in: MII 12. 8. 1968; Prawda vom 16. 8. 1968, in: MII 16. 8. 1968; Prawda 18. 8. 1968, in: ND vom 20. 8. 1968). Polen erklärte, in "verschiedenen Milieus" sei eine Revision der vereinbarten gemeinsamen Haltung gegenüber der BRD gefordert worden (Trybuna Ludu vom 14. 7. 1968, Einheit und Solidarität in der Verteidigung des Friedens und des Sozialismus, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 93 - 100, S. 98; Trybuna Ludu vom 25. 7. 1968, Ein Standpunkt, der Besorgnis erweckt, in: IB, Nr. 7 - 8, Juli - August 1968, S. 101 - 108, S. 103 f.), wobei es allerdings, deutlicher als die anderen sozialistischen Staaten, darauf hinwies (und dies schon vor der Intervention), daß zu diesen "Milieus" auch führende Staats- und Parteikreise zu zählen seien (Trybuna Ludu vom 25. 7. 1968, a.a.O. (6/254), S. 103).

255 Die CSSR führte dazu konkret Folgendes aus (Stellungnahme zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121):

- Das Aktionsprogramm der KPC und die Programmerklärung der Regierung legen die Prinzipien einer konsequent sozialistischen Außenpolitik für die CSSR fest. Diese Prinzipien fußen auf den Grundsätzen des sozialistischen Internationalismus, des Bündnisses und der Entwicklung der Freundschaftsbeziehungen zur SU und den anderen sozialistischen Staaten.
- Was die Bedenken der anderen sozialistischen Staaten zu bestimmten Einzelfragen der tschechoslowakischen Außenpolitik angeht, so stellte die KPC fest:
  - Die CSSR habe erst jetzt begonnen, Teilfragen ihrer Beziehungen zur BRD, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zu regeln, während andere sozialistische Staaten ihre Beziehungen zur BRD schon längst vorher geregelt haben, was keinerlei Befürchtungen ausgelöst habe (damit wies die CSSR offensichtlich auf die SU hin).
  - Die CSSR achte und verteidige die Interessen der DDR konsequent und unternehme alles, um ihre Position und

ihr internationales Ansehen zu stärken: So hatte zum Beispiel Hajek bei seinem Besuch in der DDR erklärt, die Einführung der Paß- und Visapflicht auf den Zugangswegen nach Westberlin sei Ausdruck der staatlichen Souveränität der DDR und weise die Bonner Alleinvertretungsanmaßung zurück (in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 114).

- Die Stabsübungen der Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR seien der konkrete Beweis dafür, daß die CSSR ihre Bündnispflichten treu erfülle. Unruhe und Argwohn habe es in der CSSR nur gegeben, weil der Termin für den Abzug der Truppen mehrmals verschoben worden sei.

256 Kommunique der sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Moskau vom 23. - 26. August 1968, in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 173 f., S. 174. Laut westlichen Veröffentlichungen (New York Times vom 9. 9. 1968; Spiegel vom 30. 9. 1968; Löbl, Eugen, Grünwald, Leopold, Die intellektuelle Revolution, Hintergründe und Auswirkungen des "Prager Frühlings", Düsseldorf 1969, S. 302 - 308), die nicht in allen Punkten übereinstimmen, waren es folgende Verpflichtungen, die die CSSR gegenüber der SU nach der Intervention eingegangen war, um ihre antiimperialistische Politik mit der der anderen sozialistischen Staaten zu koordinieren:

- Das Präsidium des ZK der KPC sorgt dafür, daß Zusammenstöße mit Truppen des Warschauer Vertrages unterbleiben.
- Gegen tschechoslowakische Kollaborateure dürfen keine Maßnahmen ergriffen werden.
- Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Ausbau des Verteidigungssystems des Warschauer Vertrages (dies steht auch in: Kommunique der sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen in Moskau, a.a.O. (6/256), S. 174).
- Stornierung der mit dem Westen getroffenen Vereinbarungen.
- Einstellung der Tätigkeit der Handelsvertretung der BRD.
- Einreisebeschränkungen für westliche Besucher.

257 Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses zum Kernwaffensperrvertrag am 7. 3. 1968, in: EA, F 8/1968, S. D 186.

258 So das Kommunique, ebenda S. 181 f.

259 Erklärung in: EA, F 8/1968, S. D 183 - 186.

260 Macovescu am 6. 9. 1968, a.a.O. (3/292), S. D 513.

261 Erklärung in: EA, F 13/1967, S. D 312 f.

262 Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 53.

263 Vgl.: EA, F 15/1967, S. Z 176.

264 Vgl.: EA, F 13/1967, S. Z 139, S. 144, S. 146, S. 147.

265 Rumänien nahm in der Nah-Ost-Frage folgende Haltung ein (Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 51 f.; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 318; ders. vor dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 89):

- Rumänien hat sich zur Frage der Ursache beziehungsweise der Schuld am Nah-Ost-Konflikt nie eindeutig in dem Sinne geäußert, Israel sei für den Ausbruch des Konfliktes verantwortlich. Es sprach nur ganz vage von "der Entwicklung der Nachkriegswelt und der Existenz der unabhängigen arabischen Staaten und des Staates Israel" sowie von "den imperialistischen Kreisen", die daran interessiert sind, die Probleme im Nahen Osten zu verschärfen, "um sich die Herrschaft über die Reichtümer der arabischen Völker, und insbesondere über das Erdöl, zu sichern".
- Rumänien forderte von Israel den Abzug seiner Truppen aus den besetzten arabischen Gebieten und den Verzicht auf alle territorialen Ansprüche.
- Rumänien bekundete seine Solidarität für die Bestrebungen der arabischen Völker um ihre nationale Einheit, um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und um nationale Unabhängigkeit. Doch zugleich kritisierte es die Einstellung "jener Kreise", "die sich für die Liquidierung des Staates Israel aussprechen", denn kein Volk könne seine nationalen und sozialen Bestrebungen verwirklichen, wenn es sich gegen das Existenzrecht eines anderen Volkes stellt.
- Das Problem der Palästinaflüchtlinge soll unter Berücksichtigung ihrer nationalen Interessen gelöst werden.
- Das Nah-Ost-Problem kann nicht im Wege militärischer Konflikte gelöst werden, sondern nur im Wege der gegenseitigen Verständigung

266 Die Koordinierung der außenpolitischen Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien, insbesondere der antiimperialistische Kampf, zählt das Hauptdokument der Moskauer Konferenz zu den entscheidenden Pflichten jeder kommunistischen Partei (a.a.O. (1/1), S. 14 f.). Es ist daher berechtigt, das rumänische Verhalten in der kommunistischen Weltbewegung unter der Rubrik "antiimperialistische Aktionseinheit" einzuordnen.

267 Am 25. 4. 1967 veröffentlichte Scinteia eine Erklärung, in der die Nichtteilnahme der RKP an der Konferenz von Karlovy Vary damit begründet wurde, daß es über Ziel, Art und Verfahren der Konferenz keine Einigung gegeben habe; richtiger wäre es nach Überzeugung der RKP gewesen, die entstehenden Schwierigkeiten durch bilaterale Verhandlungen zwischen den einzelnen Parteiführungen zu klären (Auszüge der Erklärung in:MI, 27. 4. 1967). Ceausescu beharrte darauf, es sei das legitime Recht jeder Partei, an internationalen Verhandlungen teilzunehmen oder nicht; er postulierte ferner, "eine normale Entwicklung der kommunistischen Bewegung", die "Bewährung einer jeden kommunistischen Partei als politische Kraft, als Vortrupp der Arbeiterklasse und ihres Volkes" seien "unvereinbar mit der Existenz eines internationalen Koordinierungszentrums, mit der Praxis, Verhaltensnormen festzulegen, die für die kommunistischen Parteien verpflichtend sind - Normen, die gemäß der Natur der Dinge den konkreten Gegebenheiten, unter denen diese ihre Tätigkeit entfalten, den spezifischen Aufgaben und Zielsetzungen einer jeden Partei nicht Rechnung tragen können". (Ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 281).

268 Am 15. Februar 1968 beschloß das ZK der RKP, eine rumänische Delegation zur Budapester Konsultativkonferenz zu entsenden, die die internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vorbereiten sollte; das ZK machte die Realisierung dieses Beschlusses jedoch von folgenden Bedingungen abhängig (laut Radio Bukarest vom 15. 2. 1968, in: MI 15. 12. 1968):

- Auf der Konferenz soll ein Meinungsaustausch über die Tagesordnung herbeigeführt werden, die sich auf die konkreten Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus beschränken und analysieren soll, wie sichergestellt werden kann, daß an der projektierten internationalen Beratung alle kommunistischen und Arbeiterparteien teilnehmen werden.
- Die Vorbereitungen für diese Beratung müssen unter strenger Wahrung des Grundsatzes der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit aller Teilnehmer stattfinden.
- Die Innen- und die Außenpolitik einer Bruderpartei darf nicht erörtert werden. Keine Partei darf bloßgestellt oder verurteilt werden. Teilnahme oder Nichtteilnahme einer Partei darf nicht zu Beschimpfungen führen.

Eine Delegation der RKP nahm an der Budapester Konsultativkonferenz teil, verließ diese aber nach einer Rücksprache mit dem Exekutivkomitee des ZK der RKP, als die syrische Delegation ihre Behauptung über die Politik und Tätigkeit der RKP zwar zurückzog, der Antrag der RKP aber, die Konferenz solle den Angriff gegen die RKP mißbilligen und alle Delegationen appellieren, sich jedes Angriffs gegen eine Bruderpartei, sei sie anwesend oder nicht, zu ent-

halten, nicht angenommen wurde. Das ZK der RKP billigte dieses Verhalten der rumänischen Delegation und des Exekutivkomitees und stellte fest, daß auf dem Treffen ein demokratischer und freier Meinungsaustausch nicht möglich gewesen wäre (ZK der RKP, Erklärung vom 1. 2. 1968, in: EA, F 8/1968, S. D 178 - 181, S. D 179 ff.).

269 Die Nichteinladung Rumäniens nach Dresden (vgl. unten) nahm das ZK der RKP zum Anlaß festzustellen, für eine Teilnahme an der Tagung des Vorbereitenden Ausschusses für eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien, die vom 24. - 28. 4. 1968 in Budapest stattfand, habe sich das ZK nur unter der Bedingung entschlossen, daß zuvor eine Einigung darüber erzielt werde, daß in Budapest wie auf der geplanten Weltkonferenz die Innen- und die Außenpolitik keiner einzigen Bruderpartei zur Diskussion gestellt werde (EA, F 10/1968, Z 104), was in Form einer Vereinbarung oder eines Abkommens öffentlichen Charakters geschehen könne (in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 104).
Aus der Bemerkung Ceausescus auf der Moskauer Konferenz, die RKP habe schon zu Beginn, als der Gedanke, eine Weltkonferenz einzuberufen, gefaßt wurde, darauf hingewiesen, "daß nicht die günstigsten Bedingungen für ihre Durchführung gegeben sind" (Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 300), ist zu entnehmen, daß die RKP die gewünschten Zusicherungen nicht erhalten hatte, daß sie daher Bedenken gehabt hatte, an der Konferenz teilzunehmen. Ceausescu stellte auf der Konferenz fest, "das Leben" habe die Richtigkeit der Befürchtungen der RKP bestätigt (ebenda, S. 301):

- Er schätzte zwar "den guten Beginn der Arbeit" der Beratung "positiv" ein, weil die Vorbereitungsarbeiten die "Voraussetzungen für die Teilnahme einer großen Anzahl von Parteien" geschaffen hatte, doch dieses Lob wird zur Kritik, hält man sich vor Augen, daß die RKP die Teilnahme a l l e r Parteien gefordert hatte.
- Durch "Angriffe auf eine an der Beratung nichtteilnehmende Partei", nämlich auf die KPCh, sei, so stellte Ceausescu weiter fest, ein Kurs eingeschlagen worden, "der den normalen Ablauf der Arbeit beeinträchtigt und die Verwirklichung der Ziele der Beratung bezüglich der Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus, für den Schutz des Friedens gefährdet".

Doch wie sich die RKP entschlossen hatte, trotz ihrer Bedenken an der Konferenz teilzunehmen, "da sie vom Wunsch erfüllt ist, ihren aktiven Beitrag zum guten Verlauf der Arbeit zu leisten, damit die Beratung die Voraussetzungen schafft für die Überwindung der innerhalb der kommunistischen und Arbeiterbewegung bestehenden Schwierigkeiten, für die Normalisierung der Beziehungen

zwischen allen Bruderparteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, für die Festigung der Geschlossenheit der antiimperialistischen Kräfte", so beteiligte sie sich trotz der Angriffe gegen die KPCh weiter an der Konferenz, um ihren "Standpunkt zu den erörterten Problemen darzulegen und alles in unserer Kraft stehende zu tun, damit diese Beratung und die anzunehmenden Dokumente dem gesetzten Ziel - den Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus und der Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien, aller antiimperialistischen Kräfte - entsprechen und gleichzeitig zu keiner Verschärfung der Unstimmigkeiten führen, sondern im Gegenteil zur Ermittlung von Wegen zur Einheit unserer gesamten Bewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beizutragen" (ebenda).

270 ND vom 3. 2. 1967.

271 Auszüge aus der Pressekonferenz vom 9. 2. 1967, in: EA, F 6/1967, S. D 137 - 140, S. D 140.

272 Auszüge aus der Rede in: EA, F 6/1967, S. D 120 - 122.

273 Trybuna Ludu vom 29. 8. 1968, a.a.O. (6/203), S. 60.

274 Vgl. unten Teil III.

275 So ist zum Beispiel ND vom 9. 3. 1968 zu entnehmen, daß Rumänien zwar an der Tagung teilnahm, aber die Erklärung nicht unterzeichnete, während die AK die Teilnahme Rumäniens an der Tagung ebenso wie die Namen der Teilnehmer nicht erwähnte (AK, Nr. 11/1968, S. 89 f.).

276 Vgl. oben Anm. 6/265. Erst anläßlich der Auseinandersetzung um die Intervention in der CSSR rügte Trybuna Ludu die separatistische Politik Rumäniens in der Nah-Ost-Frage in dem Augenblick, in dem die anderen sozialistischen Staaten sich mit den arabischen Völkern solidarisierten und ihre Beziehungen zu Tel Aviv abbrachen (Trybuna Ludu vom 29. 8. 1968, a.a.O. (6/203), S. 62).

277 So Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 13. Vgl. ebenso: Gomulka auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (5/58), S. 182 f.; Ulbricht auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47); Shiwkow auf der Moskauer Konferenz,

(1/3), S. 358 ff.; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 408; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2). S. 520 ff.

278 Trybuna Ludu vom 29. 8. 1968, a.a.O. (6/203), S. 60 und S. 62; Trybuna Ludu vom 7. 8. 1968, in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 95.

279 Vgl. oben Kapitel 1 und 2.

280 Kommunique in: ND vom 2. 3. 1968.

281 Die finnische KP hatte, als Alternative zum rumänischen Antrag (vgl. oben Anm. 6/268), folgenden Antrag gestellt: Die Konferenzteilnehmer verleihen ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Auseinandersetzung zwischen der syrischen und der rumänischen Kommunistischen Partei beigelegt wurde und sind entschlossen, die Ziele des Treffens durch Verhandlungen in brüderlicher und freier Atmosphäre zu erreichen; jede Partei ist selbst für ihren Konferenzbeitrag verantwortlich.

282 Offenbar kam es jedoch noch zu weiteren kritischen Äußerungen unter anderem von Seiten Polens wie aus einem Artikel in Trybuna Ludu vom 7. 8. 1968 hervorgeht, wo bekräftigt wurde, die PVAP habe sich seinerzeit kritisch gegenüber der rumänischen Haltung geäußert (Zusammenfassung des Artikels in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 94 f.).

283 Ceausescu wandte sich gegen jene, die die internationalistische Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien an der Teilnahme oder Nichtteilnahme dieser Parteien an den internationalen Beratungen messen (ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 281).

284 Ebenda

285 Ebenda, S. D 282. Daß derartige Praktiken durchaus üblich sind, zeigt die Zusammenarbeit der KPdSU und der Anti-Dubcek-Fronde in der KPC vor, während und nach der Intervention ebenso wie die Tatsache, daß die SU bis zum IX. Parteitag der KPCh ebenfalls auf die innerchinesische Opposition gegen Mao setzte.

286 Die Auseinandersetzung um die neue Ostpolitik wird unten in Teil 3 untersucht.

287 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

288 Informationsmitteilung über die Dresdener Konferenz, a.a.O. (6/211), S. 106.

289 Rumänien hatte an dieser Konferenz nicht teilgenommen und gegen seine Nichteinladung protestiert: Wenn nur ein Teil der Mitglieder Probleme erörtere, die die Gesamtorganisation betreffen, so trage dies nicht zur Festigung des Bündnisses bei (Beschluß des ZK der RKP, 23. - 26. April 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 136 f.).

290 Auch an dieser Konferenz nahm die RKP nicht teil und protestierte gegen ihre Nichteinladung mit denselben Argumenten wie anläßlich ihrer Nichteinladung nach Dresden (Scinteia-Erklärung vom 7. 8. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 136 f.).

291 Erklärung von Bratislava, a.a.O. (5/3), S. 267.

292 Kommunique der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 17. 3. 1969, in: AK, Nr. 12/1969, S. 91 f., S. 92.

293 Bei den folgenden Stellungnahmen muß man sich vor Augen halten, daß sowohl Rumänien als auch die CSSR gewillt waren, ihre Bündnispflichten im Warschauer Vertrag konsequent zu erfüllen (vgl.: Stellungnahme der KPC zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121), S. D 395; Ceausescu vor der Großen Nationalversammlung, a.a.O. (1/25), S. 33; Stoica, Chivu, Mitglied des Exekutivkomitees und des ständigen Präsidiums des ZK der RKP, Rede auf dem V. Parteitag der PVAP, 14. 11. 1968, in: IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1968, S. 371 - 376, S. 375; Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 312 ff.).

294 Wiedergabe dieses Artikels gekürzt in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 149 f., und in: NZZ, F, 18. 7. 1968. General Lomsky, der Vorgänger Dzurs, war Anfang April 1968 zurückgetreten, wobei er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die verbündeten Armeen nicht auf dem Gebiet der CSSR stünden (in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 68, Auszug aus der Erklärung vom 4. 4. 1968).

295 Auszugsweise Wiedergabe der Erklärung Prchliks in: MI, 30. 7. 1968, und in: NZZ, F, 17. 7. 1968, und in: VZ, 19. 7. 1968.

296 Ebenda

297 NZZ, Nr. 135, 18. 5. 1966.

298 In Rumänien stehen zwar keine sowjetischen Truppen, doch die Kosten der Truppenstationierungen tragen die sozialistischen Staaten gemeinsam.

299 NZZ, F, Nr. 138, 21. 5. 1966.

300 Wie wichtig Moskau diese Rede nahm, beweist der unangekündigte Besuch Breshnews in Rumänien, der am 9. Mai durch eine Indiskretion der rumänischen Botschaft in Moskau bekannt wurde (Keesings Archiv der Gegenwart, 1966, S. 12528).

301 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 5.

302 Vgl. oben Dzurs Äußerungen.

303 Ceausescu vor der Bukarester Militärakademie am 14. 8. 1968, in: MI 15. 8. 1968 (Auszüge).

304 Ebenda

305 Große Nationalversammlung der SRR, Beschluß vom 22. 8. 1968 (Billigung der Rede Ceausescus), in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 231 f.

306 Begründet wurden diese Forderungen mit der These, die verstärkte Aggressivität des Imperialismus, manifest geworden in der Tatsache, daß die USA ein sozialistisches Land, die DRV, angegriffen hatten, erfordere es, die Reihen der sozialistischen Staaten zu schließen (Ceausescu vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 317).

307 Vgl.: Kommunique der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vom 17. 3. 1969, a.a.O. (6/292).

308 Rumänien begründete diese Zustimmung folgendermaßen (Agerpress, Zustimmung des Staats- und Ministerrates vom 10. 4. 1969, in: MI 11. 4. 1969): Entsprechend den Gesetzen und der Verfassung Rumäniens kann niemand außer den verfassungsmäßigen Organen die rumänische

Armee zu irgendwelchen Aktionen verpflichten. Ebenso sind es diese Organe, die der Anwesenheit ausländischer Truppen in bestimmten Situationen auf rumänischem Territorium zustimmen können. Die Art, in welcher diese Probleme in den von der Tagung beschlossenen Dokumenten geregelt sei, entsprächen diesen Prinzipien, weshalb Rumänien diese Dokumente gebilligt habe.

309 Vgl. oben S. 309 f.

310 Breshnew auf dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 26.

311 Dzurs Äußerungen standen nie zur Debatte. Die Tatsache, daß er alle Säuberungen überstand, zeigt, daß seine Haltung im Rahmen der von der SU tolerierten Forderungen nach mehr Mitbestimmung der nichtsowjetischen Mitglieder des Warschauer Vertrages lagen.

312 Informationsmitteilung über die Dresdener Konferenz, a.a.O. (6/211), S. 106.

313 Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

314 Krasnaja Swesda vom 23. Juli 1968, Zusammenfassung in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 152. Am 25. Juli wurde Prchlik vom Präsidium des ZK der KPC seines Amtes enthoben.

315 Prawda vom 22. 8. 1968, a.a.O. (3/156), S. D 443 f.

316 Trybuna Ludu, Ein Standpunkt ..., a.a.O. (6/254), S. 105.

317 ND vom 25. 8. 1968.

318 Die CSSR reagierte auf diese Kritik folgendermaßen:
- Die Tatsache, daß die ZK-Abteilung, der Prchlik vorgestanden hatte, gleichzeitig mit Prchliks Amtsenthebung und Maßregelung aufgelöst wurde, und daß die CTK-Distanzierung nicht angab, wer CTK zu dieser Erklärung ermächtigt hatte, sind als Indizien dafür zu werten, daß Prag mit dem Inhalt der Äußerungen Prchliks prinzipiell übereinstimmte, denn die Auflösung dieser ZK-Abteilung mußte, da sie mit der Trennung der Partei von den Staatsgeschäften begründet wurde, wie eine Demonstration des eigenen Weges der CSSR zum Sozialismus wirken.
- Nach der Intervention überstand Prchlik zwar die ersten Säuberungen, doch Ende Mai 1969 beschloß die

KPC, seinen Fall erneut zu untersuchen. Das September-Plenum des ZK der KPC schloß ihn dann 1969 aus der KPC aus.

319 Radio Moskau am 7. 12. 1967, in: MI 13. 12. 1967.

320 Ceausescu vor der Landeskonferenz der RKP, a.a.O. (6/224), S. 81.

321 Vgl.: Informationsmitteilung über die Dresdener Konferenz, a.a.O. (6/211), S. 106.

322 Ceausescu vor dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 71.

323 Wie Anm. 6/321.

324 Auszug aus der Note in: MI 1. 8. 1968, Inhaltsangabe der Note auch in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 94.

325 Die Beispiele, die Trybuna Ludu dann nannte, bezogen sich allerdings nicht auf die Organisationsfrage, sondern auf Fragen der antiimperialistischen Aktionseinheit (Verhalten gegenüber der BRD), auf das rumänische Verhalten in der kommunistischen Bewegung (Budapester Konsultativtreffen) und auf die Politik Rumäniens, die Vertiefung der ökonomischen Zusammenarbeit im RGW zu verhindern.

326 Nachricht und Inhaltsangabe des Artikels in: IB, Nr. 9, September 1968, S. 94 f.

327 Erklärung in Scinteia vom 7. 8. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 127.

328 Trybuna Ludu, Entgegen den Interessen ..., a.a.O. (6/204), S. 59 f. Trybuna Ludu bewies diese Behauptung allerdings nicht mit der Haltung der RKP in der Organisationsfrage, sondern mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD und mit der rumänischen Protestnote an Polen.

329 Hinweise auf ähnliche Stellungnahmen der anderen sozialistischen Staaten liegen nicht vor. Die DDR begnügte sich mit der zusammenfassenden Wiedergabe kritischer Anmerkungen Polens (ND vom 30. 8. 1968, bezieht sich auf den Artikel in Trybuna Ludu, Entgegen den Interessen ..., a.a.O. (6/204) und Ungarns (ND vom 25. 8. 1968) gegenüber Rumänien.

330 So zum Beispiel: Gomulka auf dem V. Parteitag, a.a.O. (1/5), S. 104, oder: Warschauer Brief, a.a.O. (5/141).

331 Prawda vom 26. 9. 1968, in: EA, F 23/1968, S. D 580 - 584, S. D 581.

332 Deutschlandsender am 12. 11. 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 240.

333 Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137).

334 Trybuna Ludu, Entgegen den Interessen ..., a.a.O. (6/204), S. 71 f.

335 Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 364 f.

336 Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 408.

337 Auszüge aus der Rede in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 188 f., S. 188.

338 Der "Spiegel" (Nr. 40, 30. September 1968, S. 24) zählt als zwölften Punkt des Siebzehn-Punkte-Textes, der seinen Angaben zufolge die Auflagen enthält, die in Moskau zwischen der CSSR und der SU nach der Intervention vereinbart worden war, auf, daß Verhandlungen zwischen der CSSR einerseits und der SFRJ beziehungsweise der SRR andererseits ohne Kenntnis der anderen Staaten des Warschauer Vertrages nicht stattfinden dürften. Laut "Spiegel" teilte Cernik diesen Text tschechoslowakischen Chefredakteuren mit. Angesichts der Haltung, die die tschechoslowakische Presse vor und während der Intervention einnahm, erscheint es möglich, daß diese Mitteilung (sofern sie tatsächlich erfolgte) in den Westen gelangte.
Am 24. August trafen sich Tito und Ceausescu in Vrsac an der rumänisch-jugoslawischen Grenze zu einer Unterredung (vgl.: EA, F 18/1968, S. Z 186). Sik war vom 23. - 24. 8. 1968 in Rumänien, nachdem er und Hajek zuvor in der SFRJ gewesen waren (vgl.: EA, F 18/1968, S. Z 185 und S. Z 186) - es gibt also Hinweise darauf, daß die Befürchtungen der Interventionsmächte, die CSSR könne mit der SFRJ und mit der SRR im sozialistischen Lager eine Fraktion bilden, nicht ganz gegenstandslos waren.

339 Ceausescu vor der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 308 und S. 304.

340 Vgl. oben Anm. 6/338.

341 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 312.

342 Vgl. oben S. 209 ff.

343 Vgl.: Programm der KPdSU von 1961, a.a.O. (1/3), S. 237; Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 15; ders. am 3. 11. 1967, a.a.O. (1/17), S. D 537; Resolution des XXIII. Parteitages der KPdSU, a.a.O. (1/13), S. 319.

344 Vgl. oben S. 19 ff.

345 Petkovic, Ranko, Die Sowjetunion und China, in: IP, H 456, 5. April 1969, S. 1 - 4, S. 3. Petkovic spricht von der "universalen Formel", zu der die SU die eigenen Erfahrungen erhebt.

346 Dies gilt natürlich nur für den Bereich der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, nicht für den Bereich der nationalen Besonderheiten.

347 So Petkovic, a.a.O. (6/345), S. 3.

348 Diese Annahme, die unter anderem auch Petkovic vertritt (ebenda), impliziert freilich die Überzeugung, daß das sowjetische Vorbild zu Unrecht generelle Gültigkeit beansprucht, daß die sowjetischen Erfahrungen, da sie spezifisch russische sind, nicht verallgemeinert werden können, daß sie von zeitlich und räumlich begrenzter Bedeutung sind (vgl. dazu auch die Kritik Cisars am Leninismus). Die SU scheint diese Überzeugung zwar bis zu einem gewissen Grade zu teilen, wenn sie eingesteht, die regierenden kommunistischen Parteien hätten noch nicht den richtigen Weg zur Lösung aller Probleme gefunden (so Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 7), und wenn sie daraus schließt, die kommunistischen und Arbeiterparteien müßten regelmäßige theoretische Konferenzen abhalten, um die vom Leben hervorgebrachten neuen Kampfformen theoretische zu bewältigen (ebenda S. 14, und: ders. vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 11), doch sie nahm dies nicht zum Anlaß, ihren Anspruch auf die generelle Richtigkeit ihres Weges zum Kommunismus zu überprüfen.

349 Vgl. oben S. 209 ff., S. 258 ff.

350 Moskau reagierte auf die verschiedenen Abweichungen folgendermaßen:
- Im Falle der DDR, Polens, der CSSR (unter Husak und Novotny) und Ungarns sowie Bulgariens nimmt die SU die Abweichungen von ihrem Vorbild offiziell nicht zur Kenntnis und enthält sich jeder direkten Kritik; Kritik übte sie allenfalls mittelbar, indem sie, ohne den Adressaten zu nennen, bestimmte Verhaltensweisen mißbilligt. Es finden somit zwar Auseinandersetzungen statt, doch der offene Konflikt wird vermieden und die normalen Beziehungen werden nicht weiter belastet (soweit dies von außen feststellbar ist).
- Im Falle Rumäniens nimmt die SU die Abweichungen zur Kenntnis, kritisiert sie aber nur indirekt oder überläßt die Kritik anderen sozialistischen Staaten und bemüht sich, unterhalb der Schwelle des offenen Konfliktes Druck auszuüben, um Rumänien der Disziplin des sozialistischen Internationalismus zu unterwerfen, wobei auch die normalen Beziehungen zwischen Moskau und Bukarest in Mitleidenschaft gezogen werden.
- Im Falle Jugoslawiens nimmt die SU die Abweichungen zur Kenntnis und verurteilt sie offen, wenn sich in konkreten Konfliktsituationen die Gelegenheit dazu bietet; Druck übt die SU nur in solchen Konfliktsituationen aus und bemüht sich im übrigen um ein Verhältnis, das von einer Art friedlicher Koexistenz gekennzeichnet ist.
- Im Falle Chinas nimmt die SU die Abweichungen zur Kenntnis, kritisiert und verurteilt sie offen und setzt Peking mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unter Druck. Von normalen Beziehungen kann zwischen den beiden Kontrahenten nicht die Rede sein. Die SU vermeidet in dieser totalen Konfrontation nur die Anwendung des letzten Mittels, die Anwendung der militärischen Gewalt.
- Im Falle der CSSR (unter Dubcek) nimmt die SU die Abweichungen zur Kenntnis, kritisiert sie erst indirekt, dann offen, setzt die KPC mit allen Mitteln unter Druck und interveniwert schließlich in der CSSR mit militärischer Gewalt.

351 Die Intervention in China wirft wesentlich größere militärische Probleme auf wie die Intervention in der CSSR. Jugoslawien gehört nicht zu der vom Westen anerkannten Einflußzone der SU, so daß die SU, würde sie dort intervenieren, nicht wie 1956 und 1968 mit dem Stillhalten des Westens rechnen könnte: Deutlich warnte der NATO-Rat die SU Mitte November 1968, jede sowjetische Intervention, die die Situation in Europa oder im Mittelmeer mittelbar oder unmittelbar beeinflusse, beschwöre eine schwere internationale Krise herauf (vgl.: Erklärung in: EA, F 24/1968, S. Z 261).

352 Die Qualität der Infragestellung des sowjetischen Führungsanspruchs ist im Falle Rumäniens eine andere als im Falle Ungarns, denn Bukarest liefert für seine Emanzipationsbemühungen im sozialistischen Lager auch eine theoretische Rechtfertigung, während die ungarischen Abweichungen weit weniger deutlich zutage treten, weil Budapest sie weder herausstellt, noch sie theoretisch rechtfertigt und bestrebt ist, sie als Ausdruck der nationalen Besonderheiten Ungarns darzustellen und damit der SU Gelegenheit gibt, sie zu tolerieren.

353 Da die strategische Lage der CSSR zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag exponierter ist als die Ungarns und Rumäniens, muß die SU die Veränderungen in diesen beiden Staaten weniger berühren als Veränderungen in der CSSR (was allerdings nicht bedeuten kann, daß die SU nur der strategischen Lage wegen in der CSSR intervenierte).

354 Dieser Faktor tritt besonders deutlich dort zutage, wo die SU die ausführliche Auseinandersetzung mit dem tschechoslowakischen Revisionismus vermied.

355 Derartige Analysen besitzen nur einen beschränkten Erkenntniswert, denn sie schließen aus dem Verhalten von Entscheidungsträgern in konkreten historischen Situationen auf künftiges Verhalten in ähnlichen beziehungsweise vergleichbaren Situationen und berücksichtigen damit mögliche Wandlungen im inneren Bereich der Entscheidungsträger nicht und sie sind auch nicht in der Lage, das Verhalten des Entscheidungsträgers in neuen Situationen mit einiger Wahrscheinlichkeit vorauszusagen.

356 Vgl. unten Teil III.

357 Vgl. oben S. 336 ff.

358 Ebenda

359 Vgl. oben S. 83 ff.

360 Polen vertrat ebenso wie die DDR die Junktimpolitik (vgl. unten Teil III).

361 Deutliches Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme ist die Tatsache, daß sich Moskau mit der Junktimpolitik der

DDR offiziell nicht identifizierte, das heißt die Bedingungen, unter denen der Normalisierungsprozeß eingeleitet werden sollte, offen ließ (Näheres vgl. unten Teil III).

362 Vgl. unten Teil III.

363 Ebenda

364 Eine solche Politik kann durchaus realistisch gewesen sein, wenn man annimmt, daß die Schwankungen und die Widersprüche der sowjetischen Deutschlandpolitik 1967/68 das Resultat kremlinterner Auseinandersetzungen waren (zur Deutschlandpolitik der SU vgl. unten Teil III).

365 Vgl. oben S. 275 ff.

366 Ulbricht, die weitere Gestaltung ..., a.a.O. (1/137).

367 Abweichungen wie die des Mehrparteiensystems sind nicht von grundsätzlicher Bedeutung, denn das Mehrparteiensystem der DDR bringt die führende Rolle der SED sicherlich nicht weniger deutlich zum Ausdruck als das Einparteiensystem der SU die führende Rolle der KPdSU.

368 So nahm die DDR zum Beispiel immer wieder, besonders deutlich gegenüber dem Reformkurs der KPC, die Funktion des heftigsten Kritikers dissidenten Verhaltens sozialistischer Staaten wahr und wahrte damit die Einheit des sozialistischen Lagers, ohne daß die SU offiziell als Zuchtmeister in Erscheinung zu treten brauchte. Außerdem stellt die DDR im sozialistischen Lager auch eine ökonomische Macht dar, mit der zusammenzuarbeiten der SU nur recht sein kann.

369 Die Präjudizierung der Haltung der sozialistischen Staaten zu der neuen Ostpolitik durch die DDR ist ein deutliches Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme (vgl. unten Teil III).

370 Allerdings hatte Breshnew die "Partei" beziehungsweise den "Staat des ganzen Volkes" auf dem XXIV. Parteitag nicht mehr erwähnt, so daß die DDR, hätte sie die sozialistische Menschengemeinschaft weiter propagiert, in noch schärferen Gegensatz zur SU geraten wäre.

371 Ähnliche Bestrebungen finden sich auch in der BRD, wie das Schlagwort vom "ökonomischen Riesen" und dem "politischen Zwerg" beweist.

372 Der dritte Punkt, die abweichende Haltung in der Frage der Einschätzung des tschechoslowakischen Reformansatzes wurde bereits oben dargelegt (vgl. oben S. 304 ff.).

373 Einzelheiten dazu vgl. unten Teil III.

374 Polen steuerte allerdings den Konflikt mit der SU nicht mit der gleichen Konsequenz an wie die DDR. Zunächst hatte es die Junktimpolitik der DDR nur für sich selbst gelten lassen wollen, während die DDR sie allen sozialistischen Staaten zur Pflicht machen wollte. Erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest schloß sich Polen dem Kurs der DDR völlig an (vgl. unten Teil III).

375 Vgl. oben S. 135 ff.

376 Auf dem X. Parteitag der BKP beabsichtigte Shiwkow vorzuschlagen, die Balkanländer sollten, als Vorbereitung einer vertieften Zusammenarbeit, eine gemeinsame Erklärung über die Achtung ihrer territorialen Integrität, über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, über den Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung, über Sicherheit und gutnachbarliche Beziehungen abgeben; dieser Vorschlag war jedoch nur in der von BTA bereits vor dem Parteitag veröffentlichten deutschen und spanischen Übersetzung des Rechenschaftsberichtes enthalten, während er in der Rede Shiwkows nicht mehr auftauchte und auch in den anderen Übersetzungen weggelassen wurde (vgl.: Osteuropäische Rundschau, Jg. 17, Mai 1971, S. V/40).

377 Beispiele für die These, daß die bulgarische Wirtschaftsreform mehr der ungarischen gleicht als der der SU, sind zu finden in: Christow, a.a.O. (6/92).

378 Vgl. dazu: Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 366 ff. und: Weltschew, Entwicklung ..., a.a.O. (6/121), S. 451 ff.

379 Shiwkow auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/3), S. 371.

380 Laut Shiwkow bestimmen der Marxismus-Leninismus, der proletarische Internationalismus und das Prinzip der führenden Rolle der Partei die bulgarischen Bemühungen um die Vervollkommnung der politischen Formen (so Shiwkow auf dem Juliplenum des ZK der BKP 1968, in: InB, Nr. 34/35,

1968, S. 59 (1227)). Besonders deutlich wird dies auch dort, wo Weltschew (a.a.O. (6/121), S. 453 f.) die bulgarischen Bemühungen von den Versuchen der KPC abgrenzte, den Tätigkeitsbereich der Kommunistischen Partei einzuschränken.

381 Grundlage dieser These bilden die in Anm. 6/377 und 6/378 aufgeführten Materialien.

382 Die ungarische Politik hatte anscheinend das Mißtrauen zumindest der DDR erregt, denn (laut Erwin Weit) Ulbricht soll auf der Warschauer Konferenz, als Kadar von allen weitergehenden Maßnahmen gegen die KPC abgeraten hatte, gedroht haben, Ungarn werde, sei die CSSR erst dem Imperialismus anheimgefallen, das nächste Opfer der amerikanisch-westdeutschen Globalstrategie sein, aber Kadar wolle oder könne dies anscheinend nicht verstehen (in: Spiegel, Nr. 36, 31. 8. 1970, S. 113).

383 Zum Folgenden vgl.: Bizku am 12. 3. 1969, a.a.O. (6/115), S. 2 und S. 5 ff. und: Kallai am 7. 5. 1969, a.a.O. (6/118), S. 2 ff.

384 Ebenda S. 2; ebenda, S. 3 und S. 4.

385 Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 463; auch: Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 543.

386 Kadar am 2. 8. 1966, a.a.O. (1/68), S. D 543.

387 Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 466.

388 Wie Anm. 6/386.

389 Ebenda S. D 542.

390 Kadar vor dem Schriftstellerverband am 10. 6. 1968, Auszüge in: MII 12. 6. 1968.

391 Ebenda

392 Vgl.: Komocsin, Patriotismus ..., a.a.O. (1/8), S. 466.

393 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

394 Vgl. unten Teil III.

395 Kommunique vom 7. August 1968, Auszüge in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 137 f.

396 Die ungarischen Bemühungen waren nicht nur hinsichtlich der innenpolitischen Stabilität weitgehend erfolgreich, sondern auch hinsichtlich der Ergebnisse der ungarischen Wirtschaftsreform (vgl.: Osteuropa, 22. Jg., Heft 2, Februar 1972, Ergebnisse der ungarischen Wirtschaftsreform, S. A 117 - A 130).

397 So: Ionescu, Ghita, Rumäniens außenpolitische Position, in: EA, 17/1969, S. 609 - 618. Diese beiden Interpretationsmöglichkeiten erwähnt: Petkovic, Ranko, Rumänien vor und nach dem 21. August, in: IP, Heft 449, 20. 12. 1968, S. 5 - 7.

398 So Petkovic, a.a.O. (6/397).

399 ZK-Tagung vom 15. - 23. 4. 1964. Inhaltliche Wiedergabe des Beschlußdokumentes in: NZZ, F, Nr. 117, 29. 4. 1964.

400 Dazu vgl. auch: EA, F 13/1964, S. Z 141.

401 Ceausescu am 7. 5. 1966, a.a.O. (1/2), S. D 311.

402 Ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 280 f., S. D 282.

403 Die Neutralität der RKP im chinesisch-sowjetischen Konflikt, die Verurteilung der CSSR-Politik der Interventionsmächte, die Weigerung, die Integration der sozialistischen Staaten in Warschauer Vertrag und RGW zu vertiefen, resultieren ganz eindeutig aus dem Bemühen der RKP zu verhindern, daß Rumänien durch die Integration unter Kuratel gestellt wird beziehungsweise Rumänien ähnlichen Pressionen wie China und die CSSR ausgesetzt wird.
Auch die Politik Bukarests in Sachen Kernwaffensperrvertrag richtete sich gegen die Bestrebungen der Großmächte, ihre Probleme auf Kosten der Unabhängigkeit kleinerer und mittlerer Staaten zu regeln.
Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD war sicherlich ein Akt der Emanzipation von allen Bemühungen anderer sozialistischer Staaten, Rumäniens Außenpolitik zu beeinflussen, doch dieser Akt lag auch im Interesse der RKP, war er doch geeignet, Rumänien mehr Bewegungsfreiheit durch den Ausbau seiner Beziehungen zum Westen zu verschaffen.

Rumäniens Weigerung, sich der Nah-Ost-Erklärung der übrigen sozialistischen Staaten anzuschließen, ist sicherlich nicht nur als Ergebnis der Tatsache zu betrachten, daß Rumänien mit dieser Politik nicht einverstanden war, sondern resultiert auch aus dem Unwillen der RKP, sich ihre Politik durch kollektive Beschlüsse der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Parteien vorschreiben zu lassen.

404 Da auch alle anderen nichtsowjetischen sozialistischen Staaten im sozialistischen Lager unter denselben Bedingungen stehen wie Rumänien, ist zu fragen, warum nur Rumänien sich bemüht, sich den ungleichen und hegemonialen Beziehungen zu entziehen: Die DDR ist ebenso wie Polen wegen der Konfrontation mit der BRD auf sowjetische Hilfe angewiesen. Die CSSR hatte versucht, sich zu emanzipieren, doch sie scheiterte. VRU wählte den innenpolitischen Sektor zur Emanzipation. Bulgarien steht völlig unter sowjetischer Aufsicht.

405 Ceausescu auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 309.

406 Vgl.: Ceausescu auf dem IX. Parteitag, a.a.O. (1/3), S. 81; Ceausescu auf dem X. Parteitag, a.a.O. (1/26), S. 77; ders. 26. 4. 1968, a.a.O. (6/118), S. D 309.

407 Ceausescu am 7. 5. 1967, a.a.O. (3/1), S. D 282; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/42), S. 325.

408 Die SRR warf der SU vor, versucht zu haben, die KPC zu spalten (vgl. Erklärung zur Intervention, a.a.O. (6/43)).

409 Zur selben Zeit tauchten allerdings, aus Belgrader Quelle, Gerüchte auf, Moskau versuche erneut, ein sozialistisches Führungszentrum, ähnlich dem Kominform, ins Leben zu rufen (vgl.: Spiegel, Nr. 12, 13. 3. 1972, S. 96). Es könnte daher die Ansicht vertreten werden, Rumänien habe mit seinem restriktiven Kurs demonstrieren wollen, daß die Moskauer Bemühungen überflüssig seien. Diese Ansicht übersieht freilich (sieht man einmal davon ab, daß die Belgrader Meldungen reine Zweckmeldungen gewesen sein können, so daß abzuwarten bliebe, ob diese Meldungen tatsächlich sowjetischen Absichten entsprechen: Ein Indiz in dieser Richtung bildet die Tatsache, daß begonnen wird, den Begriff der Integration auch auf die politische Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten anzuwenden (vgl.: Valentin Vysockij, Die Vertiefung der politischen Zusammenarbeit - ein wichtiger Faktor der

weiteren Festigung des Weltsystems des Sozialismus, in: DtAPol, 16. Jg., 1971, Heft 6, November/Dezember 1971, S. 1068 - 1088)) die Tatsache, daß Rumänien auch in jener Zeit, in der von ähnlichen Bemühungen Moskaus nicht die Rede war, sein innenpolitisches Regime nicht lockerte.

410 Ghita Ionescu, a.a.O. (6/397), S. 613 und S. 617.

411 G. Ionescu kann dies nicht tun, denn es wäre inkonsequent, einerseits von der Diskrepanz zwischen rumänischer Innen- und rumänischer Außenpolitik auszugehen, um dann andererseits festzustellen, der rumänische Nationalismus basiere auf dem innenpolitischen Regime Bukarests, denn damit würden rumänische Innen- und Außenpolitik dann eine Einheit bilden.

412 Trybuna Ludu vom 29. 8. 1968, a.a.O. (6/203), S. 60.

413 Breshnew auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/17), S. 11.

414 Vgl. oben S. 21 ff.

415 Da es hier allein darum geht, die Faktoren zu analysieren, die das außenpolitische Verhalten Rumäniens bestimmen, muß nicht mehr untersucht werden, welche Faktoren sein innenpolitisches Verhalten prägen, denn dieses ist nur von sekundärer Bedeutung für die Außenpolitik Rumäniens.

416 Vgl. unten Teil III.

417 Zum Besuch Breshnews vom 8. - 12. 12. 1967 vgl. in: Haefs, a.a.O. (3/171), S. 98.

418 Das Hilfsersuchen, das 1968 an die SU gerichtet worden war, wurde später veröffentlicht, wobei sich herausstellte, daß Husak dieses Ersuchen damals nicht unterzeichnet hatte. Zweck dieser Veröffentlichung war es offensichtlich, Husak heimlicher Symphatien mit den Reformern zu verdächtigen und ihn damit zu stürzen (vgl.: Spiegel, Nr. 1/2, 4. Januar 1971, S. 70 f.).

419 Zusätzlich deswegen, weil Prag ja auch versuchte (allerdings nicht mit aller Konsequenz), sein Experiment als Unternehmen darzustellen, das vor allem den tschechoslowakischen Bedingungen entsprach (vgl.: Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2)).

420 Vgl.: Stellungnahme zum Warschauer Brief, a.a.O. (5/121), S. D 395; Dubcek am 29. 3. - 4. 4. 1968, a.a.O. (2/16).

421 Dubcek am 29. 3. - 4. 4. 1968, a.a.O. (2/16).

422 Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2).

423 Möglich wäre auch, daß die CSSR durch die Demonstration der Absicht, wenn nötig auch mit dem Westen ins Geschäft zu kommen, die SU zwingen wollte, ihr großzügiger unter die Arme zu greifen.

424 Die VRB folgt dem sowjetischen Vorbild in allen Punkten. Rumäniens Außenpolitik ist bestimmt durch das Bemühen, sich von den ungleichen und hegemonialen Beziehungen im sozialistischen Lager zu befreien. Ungarn deckt mit einer konformistischen Außenpolitik seine nonkonformistische Innenpolitik.

425 Die DDR, unterstützt von Polen, präjudizierte die sowjetische Entscheidung, wie die neue Ostpolitik zu beurteilen sei und wie die sozialistischen Staaten auf sie reagieren sollten, und ließ sich damit auf einen, wenn auch begrenzten Konflikt mit der SU ein.

7. Kapitel

[1] Im Folgenden werden nur die Reaktionen der einzelnen sozialistischen Staaten analysiert, da kollektive Beschlüsse zu den zentralen Problemen der neuen Ostpolitik, zumindest offiziell, nicht gefaßt wurden: Das von der Konferenz der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages (8. - 10. 2. 1967) veröffentlichte Kommunique begnügte sich mit der Aufzählung der Gesprächsthemen (internationale Entspannung, europäischer Frieden und europäische Sicherheit, Entwicklung der Lage in Europa seit der Bukarester Deklaration) und mit der Feststellung, die Beratung sei "in einer Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit und völligen gegenseitigen Verständnisses" (ND schrieb "völligen Einvernehmens", ND vom 11. 2. 1967) abgelaufen (Kommunique in: EA, F 6/1967, S. D 123 f. (EA beruht auf der deutschen Übersetzung von TASS)). Die Konferenz von Karlovy Vary (an der unter anderen die RKP nicht teilnahm) formulierte zwar wesentliche Teile der deutschlandpolitischen Programmatik der sozialistischen Staaten (vgl. oben, 4. Kapitel, S. 183 ff.), doch sie ließ das Problem ungeklärt, unter welchen Bedingungen die sozialistischen Staaten diplomatische Beziehungen zur BRD aufnehmen sollten, klammerte also den zentralen Streitpunkt aus.

[2] Ulbricht am 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46); ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 73. Die Propaganda gegen die neue Bundesregierung war folgende:
Die Verhandlungen zur Regierungsbildung kommentierte ND, auf die Fallex-Übung anspielend, bei der das "Notparlament" im Ahrtalbunker zusammengetreten war, unter Stichworten wie "Bunkerkumpanei" und "Bunkerkoalition" (vgl.: ND vom 4., 5. und 6. 11. 1966) und Kiesingers Kandidatur wurde von Hinweisen auf seine NSDAP-Vergangenheit begleitet ("Nazi-Kiesinger", "braune Weste" etc., vgl.: ND vom 10., 11., 12. 11. 1966). Ähnlich äußerten sich die führenden Politiker der SED, die schon vor der Regierungserklärung des Kabinetts der Großen Koalition zu erkennen gaben, daß sie von der neuen Bundesregierung keine neue Politik erwarteten (vgl.: Ulbricht, Rede vor dem Bezirksparteiaktiv Halle am 13. 11. 1966, in: ND vom 14. 11. 1966; Norden, Rede auf der internationalen Pressekonferenz vom 22. 11. 1966, in: ND vom 23. 11. 1966; Ulbricht am 29. 11. 1966, a.a.O. (2/49)). Der Eintritt der SPD in die Regierung der Großen Koalition wurde als weiterer Beweis dafür gewertet, daß die SPD dem Großkapital, gerät es in die Krise, zu Hilfe eilt (vgl. zum Beispiel: ND vom 3. 12. 1966). An dieser Beurteilung hielt die SED auch nach der Regierungserklärung fest (vgl.: Ulbricht am 15. 12. 1966, a.a.O. (3/325).

Dieser Propaganda entsprach folgende Politik der SED: Die DDR verlangte von der BRD die totale Kapitulation vor ihren Forderungen; die von Ulbricht als Minimalprogramm propagierte Konzeption (vgl.: Ulbricht am 29. 11. 1966, a.a.O. (2/49), ders. am 21. 4. 1966, a.a.O. (4/60); ders. in seiner Neujahrsansprache 1966/67, a.a.O. (4/24); ders. am 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46) war ein Maximalprogramm, dessen Annahme für die BRD den Verzicht auf sämtliche Prinzipien ihrer Außenpolitik (Westintegration, Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin, atomare Mitbestimmung, Anerkennung der Grenzen nur durch eine gesamtdeutsche Regierung etc.) bedeutet hätte. Die DDR war offensichtlich gewillt, auch nur die geringste Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten zu verhindern, solange die Bundesregierung das Maximalprogramm der DDR nicht akzeptiert hatte. Diese Haltung der DDR wurde noch unterstrichen durch die Maßnahmen, die sie in ihrem eigenen Machtbereich ergriff, um ihren Anspruch, ein souveräner Staat zu sein, zu betonen: Sie gab die politische und verwaltungsmäßige Trennung zwischen der DDR und Ostberlin auf (vgl.: Ulbricht am 13. 10. 1966, a.a.O. (4/25)), sie stellte ihre Arbeit in der alliierten Postabrechnungsstelle in Westberlin ein (vgl.: Noten an die USA, an Frankreich und England vom 22. 11. 1966, in: AK, Nr. 48/1966) und forderte, im postalischen Verkehr zwischen DDR, BRD und Westberlin habe der zwischen souveränen Staaten übliche Auslandstarif zu gelten (ND vom 14. 1. 1967), sie verabschiedete ein eigenes Staatsbürgerschaftsgesetz (Gesetz vom 20. 2. 1967, in: EA, F 6/1967, S. D 129 f.), um den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch zurückzuweisen (so Innenminister Dickel bei seiner Rede zur Begründung des Gesetzes, in: DZ, H 378, 2. Märzheft, 1967, S. 19 - 21), sie weigerte sich, ohne ordnungsgemäße Vereinbarungen und normalen Beziehungen zwischen Westberlin und der DDR neue Passierscheinabkommen zu schließen (Kohl am 26. 10. 1966, a.a.O. (4/53), S. 356), sie benannte das "Staatssekretariat für gesamtdeutsche Fragen" in "Staatssekretariat für westdeutsche Fragen" um (in: EA, F 6/1967, S. D 117 f.) und sie versagte jenen Westdeutschen, die in der DDR den Alleinvertretungsanspruch propagieren, die Aufenthaltsgenehmigung und verbot jenen, die die Hauptverantwortung für den Alleinvertretungsanspruch tragen, die Einreise in die DDR (vgl.: FAZ vom 15. 12. 1966).
Außerdem stellte die DDR für die übrigen sozialistischen Staaten ein Junktim zwischen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und dem Verzicht Bonns auf seine revanchistischen Forderungen her (vgl.: oben S. 336 ff. und: Ulbricht in Karlovy Vary, a.a.O. (1/72)).

[3] Zunächst kritisierte Polen die Haltung der Regierung der Großen Koalition in der Grenzfrage (Trybuna Ludu laut ND vom 15. 12. 1966), stellte fest, die BRD spreche nun eine

andere Sprache und verfolge eine neue Taktik, fragte skeptisch, ob sich die Bonner Politik wirklich geändert habe (Rapacki-Interview mit Trybuna Ludu, in: EA, F 2/1967, S. Z 18, und: ders., Pressekonferenz in Paris, am 27. 1. 1967, in: EA, F 5/1967, S. D 98; Ochab am 31. 3. 1967, in: EA, F 4/1967, S. Z 40), wobei es wiederum vor allem die westdeutsche Haltung in der Grenzfrage kritisierte, aber auch in Sachen Kernwaffen und Anerkennung der DDR die westdeutsche Position verurteilte. Dabei ließ es erkennen, daß es ohne die Regelung dieser Fragen keine Regelung der Beziehungen zwischen Warschau und Bonn geben könne (Rapacki-Interview, a.a.O. (7/3)); es räumte aber auch ein, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn Angelegenheit eines jeden sozialistischen Staates selbst sei (Rapacki, Pressekonferenz, a.a.O. (7/3)).

4 So: M vom 8. 2. 1967. Dies stand in deutlichem Kontrast zu dem Verhalten, das die SU gegenüber der Regierung Erhard an den Tag gelegt hatte (vgl.: Breshnew vor dem XXIII. Parteitag, a.a.O. (1/51), S. 48; Gromyko am 3. 4. 1966, a.a.O. (1/20), S. 11; Antwort der SU auf die Note der BRD vom 25. 3. 1966, a.a.O. (2/16), S. D 290 f.).

5 Vgl.: Kossygin, Pressekonferenz in Paris, am 3. 12. 1966, in: EA, F 1/1967, S. D 7 - 10 (Auszüge), S. D 7; vgl. auch die Äußerungen Breshnews vor dem ZK der KPdSU, 12. - 13. 12. 1966, in: EA, F 1/1967, S. Z 6, und: Radio Moskau am 13. 12. 1966, in: ND vom 14. 12. 1966.

6 Aus der Stellungnahme Kiesingers zum Problem der Zugangs der BRD zu Kernwaffen, aus der Rede Brandts auf der NATO-Rats-Tagung und aus der Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruchs, aus der Nichtanerkennung der DDR, aus den westdeutschen Ansprüchen auf Westberlin und aus der Nichtanerkennung der Grenzen folgerte die SU, die neue Bundesregierung habe die alte Politik ohne Änderungen übernommen (vgl.: Iswestija vom 26. 12. 1966, a.a.O. (2/16); Breshnew am 13. 1. 1967, a.a.O. (2/16); Erklärung zur Lage in der BRD vom 28. 1. 1967, a.a.O. (2/16); S. D 109; TASS-Erklärung vom 21. 12. 1966, a.a.O. (2/16).

7 Vgl.: Erklärung zur Lage in der BRD vom 28. 1. 1967, a.a.O. (2/16); Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 189; Breshnew auf dem VII. Parteitag der SED, a.a.O. (2/16), S. 329 f.; Erklärung an die USA, Frankreich und England vom 8. 12. 1967, a.a.O. (3/224).

8 Die mittelbare Unterstützung der Junktimpolitik der DDR und Polens (vgl. oben Anm. 7/2 und 7/3) wird aus Folgendem deutlich:

- Kossygin erklärte, befragt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest, bei jedem beliebigen Abkommen, das mit der BRD geschlossen werde, müsse man davon ausgehen, daß Westberlin mit der BRD nichts zu tun hat, daß die europäischen Grenzen unabänderlich sind, daß die DDR als ein souveräner Staat existiert und daß das Potsdamer Abkommen eingehalten werden muß (vgl. oben Anm. 6/271).
- Die SU selbst sah keinen Anlaß, ihre bisherige Politik wegen der neuen Ostpolitik zu überprüfen. Die Kampagne, die sie gegen die BRD führte, beweist deutlich, daß sie der Meinung war, die neue Bundesregierung habe die Politik der BRD nicht wesentlich geändert (vgl. oben Anm. 7/6 und 7/7).
- Die SU betonte, welch gewaltigen Einfluß die Einheit der Prinzipien und der Aktionen der sozialistischen Länder auf den Gang der Ereignisse sowohl in den deutschen Angelegenheiten wie in allen anderen europäischen Fragen auszüben in der Lage wäre (Breshnew am 10. 3. 1967, a.a.O. (1/64), S. D 191). Sie polemisierte gegen die Politik der Desintegration des sozialistischen Lagers, die die BRD verfolge, und lobte die von der DDR mit anderen sozialistischen Staaten abgeschlossenen Freundschaftsverträge (vgl. oben S. 237 ff.), weil diese die westdeutsche Politik scheitern ließen und die revanchistischen Ansprüche der BRD zurückwiesen (Radio Moskau vom 18. 3. 1967, in: MI 20. 3. 1967).
- Die SU betonte die Notwendigkeit, die internationale Position der DDR zu stärken (Breshnew in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 4).
- Die SU selbst machte die Verbesserung der Beziehungen zur BRD von dem Verzicht der Bundesrepublik auf ihre revanchistischen Doktrinen und von der Anerkennung des europäischen Status quo abhängig (ebenda).
- Außerdem nahm die sowjetische Führung auch direkt Einfluß auf die Entscheidungen der anderen sozialistischen Staaten: Podgorny, Breshnew und Kossygin trafen sich mit ochab, Gomulka, Cyrankiewicz und Rapacki, Breshnew besuchte die CSSR, Tito kam in die SU und besuchte anschließend noch Ungarn (vgl.: EA, F 4/1967, S. Z 39 f. und: F 5/1967, S. Z 52).

9 Vgl.: Klicka am 20. 12. 1966, a.a.O. (2/18), S. D 99 f.; Novotny am 1. 1. 1967, a.a.O. (2/19), S. D 102.

10 Klicka erklärte, vieles müsse noch geklärt und auf das richtige Maß gebracht werden; Bonn müsse aber die Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens anerkennen (a.a.O. (2/18), S. D 99 f.). Novotny sagte, viel hänge von der praktischen Politik Bonns ab, die danach zu beurteilen sei, ob Bonn die Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens anerkenne und Maßnahmen gegen den Neonazismus ergriffe (a.a.O. (2/19), S. D 102).

[11] Pressekonferenz Kiesinger am 20. 1. 1967, in: B, Nr. 7, 24. 1. 1967.

[12] So, laut ND vom 15. 12. 1966, "Trud" (Sofia).

[13] Bereits Ende September 1966 hatte Staatssekretär Lahr vom AA Bulgarien besucht und diesen Besuch insofern als Erfolg bezeichnet, als er einen guten Auftakt für weitere Kontakte gebildet habe. Der erste Stellvertreter des bulgarischen Außenministers, Ognyan Tichomiroff, hatte seinerseits erklärt, der Besuch Lahrs sei ein wichtiger Schritt zur weiteren Entwicklung der Wirtschafts- und Außenhandelsbeziehungen und der Beziehungen auf anderen Gebieten gewesen (vgl.: NZZ, F, Nr. 264, 26. 9. 1966).

[14] So: NZZ, F, Nr. 24, 25. Januar 1967.

[15] Vergleichsweise unpolemisch nicht nur im Vergleich mit der SU, der DDR und Polen, sondern auch im Vergleich zu seinen früheren Äußerungen (vgl.: Kommunique zur "Friedensnote", a.a.O. (2/7), S. D 470 ff.), und vergleichsweise unpolemisch auch deswegen, weil es der Kritik an Bonn nur wenig Aufmerksamkeit widmete (vgl.: Peter, Janos, ungarischer Außenminister, Hungary and Europe, in: NHQ, Vol. VIII, No. 25, Spring 1967, S. 14 - 19; Kadar am 22. 2. 1967, a.a.O. (1/3), S. D 135.

[16] Ebenda

[17] So Peter in Nepsabadsag vom 25. 12. 1966, in: EA, F 2/1967, S. Z 20. Auf dem IX. Parteitag der USAP (28. 11. - 3. 12. 1966) hatte Kadar erklärt, wenn Bonn seine Beziehungen zu den sozialistischen Staaten normalisieren wolle, dann müsse es die Grenzen anerkennen und die Leugnung der Existenz zweier deutscher Staaten aufgeben (auszugsweise Wiedergabe des Rechenschaftsberichts in: ND vom 29. 11. 1966).

[18] Lahr traf Peter (Außenminister) und Biro (Außenhandelsminister). Thema der Gespräche war, laut Kommunique, die Erweiterung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, einschließlich der Möglichkeit, diplomatische Beziehungen aufzunehmen (vgl.: EA, F 4/1967, S. Z 41). Lahr meinte, der Weg zu weiteren Gesprächen sei geebnet worden und beide Seiten seien grundsätzlich bereit gewesen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen (vgl.: EA, F 4/1967, S. Z 41; MTI vom 26. 1. 1967, in: MI, 27. 1. 1967; NZZ, F, Nr. 26, 27. 1. 1967).

19 Kommunique zum Besuch Manescus vom 30. 1. - 3. 2. 1967 in der BRD, in dem beide Länder übereinkamen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, in: EA, F 5/1967, S. D 114 f. Die Erklärung von Agerpress zur deutschen Frage vom 1. 2. 1967 (in: EA, F 5/1967, S. D 116) hatte folgenden Inhalt: Die Existenz zweier deutscher Staaten stelle eine grundlegende Realität in Europa dar und die Anerkennung dieser Realität bilde die Voraussetzung für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und für die Gesundung der politischen Atmosphäre Europas. Bukarest bestand auch weiter darauf, daß Bonn die Hallstein-Doktrin aufgeben müsse und keinen Zugang zu Kernwaffen erhalten dürfe (Ceausescu am 20. 2. 1967, a.a.O. (2/5), S. D 113). Es rechtfertigte seine Entscheidung, diplomatische Beziehungen zur BRD aufzunehmen, folgendermaßen (Agerpress vom 1. 2. 1967, a.a.O. (3/1)):
- Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest ist "das Ergebnis der Evolution ihrer wirtschaftlichen, technischen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen und stellt einen Fortschritt in Richtung auf die Entwicklung eines gegenseitigen Einvernehmens dar".
- Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD entspricht der konsequenten Friedenspolitik Rumäniens, die sich, um die internationale Zusammenarbeit zu fördern, aktiv für die Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen, politisch-diplomatischen Beziehungen mit allen Ländern, ungeachtet ihres Gesellschaftssystems, einsetzt.
- Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur BRD stimmt auch mit der Bukarester Erklärung überein, die feststellte, die Intensivierung der Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichheit, die Festigung der Beziehungen zwischen allen Staaten, einschließlich der Herstellung normaler Beziehungen zu beiden, deutschen Staaten, stärkten die Sicherheit Europas.

20 Gomulka am 7. 2. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 121.

21 Trotz dieses Kurswechsels hatte Bulgarien aber offensichtlich nicht ganz darauf verzichtet, seine Beziehungen zur Bundesrepublik in absehbarer Zeit zu klären:
Anfang März 1967 erklärte Außenminister Bashew auf einer Pressekonferenz in Kopenhagen, Bulgarien wünsche mit allen jenen Staaten, auch mit der BRD, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die mit den Hauptprinzipien der bulgarischen Außenpolitik einverstanden sind, die in erster Linie die Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Realitäten betreffen. Befragt, ob dies die Anerkennung der DDR durch die BRD erfordere, fügte er hinzu - und hierin scheint eine gewisse Konzessionsbereitschaft Bulgariens zum Ausdruck zu kommen -, er habe von Prinzipien, nicht von Bedingungen gesprochen (NZZ, F, Nr. 66, 8. 3. 1967).

Da Bulgarien keinerlei Anstalten traf, mit der BRD erneut ins Gespräch zu kommen, ist jedoch anzunehmen, daß es auf jeden Fall erst die Entscheidung Moskaus und der anderen sozialistischen Staaten abwarten wollte, um dann selbst erneut aktiv werden zu können.

22 Hendrych am 8. 2. 1967, a.a.O. (2/16), S. D 123; Novotny in Karlovy Vary, a.a.O. (1/2).

23 Kadar am 22. 2. 1967, a.a.O. (1/3), S. D 135; Peter, in: EA, F 7/1967, S. Z 77.

24 So Kiesinger, Interview mit der Schwäbischen Zeitung, a.a.O. (Einleitung/22).

25 Vgl. oben Kapitel 1 und 2.

26 Sowjetische Erklärung an USA, Frankreich und England, 8. 12. 1967, a.a.O. (2/21).

27 Vgl. oben S. 49 f.

28 Vgl. oben S. 243 ff.

29 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51 und S. 54.

30 Ebenda S. 73 f.

31 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Karl Marx, a.a.O. (1/2), S. 20; ders. auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/47), S. 3.

32 Ebenda

33 Vgl. oben S. 38 ff.

34 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51; Winzer am 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/16), S. 6.

35 Ulbricht auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 51.

36 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 54 f.

37 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 42.

38 Vgl. oben S. 35 ff.

39 Vgl. oben S. 75 ff.

40 Ulbricht vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 74.

41 DDR Memorandum vom 22. 2. 1967, a.a.O. (2/55), S. 246.

42 Ebenda, S. 247; Graubuch, a.a.O. (2/23), S. 45.

43 ND vom 3. 2. 1967.

44 Die DDR erinnerte diese Taktik an die Politik Hitlers, stets nur einen Staat mit seinen Forderungen zu konfrontieren, und den anderen zu suggerieren, die deutschen Interessen seien befriedigt, der Frieden bewahrt, wenn diese Forderungen erfüllt würden. Hitler habe auf diese Weise einen Staat nach dem anderen liquidiert (Ulbricht am 13. 2. 1967, a.a.O. (2/46)).

45 Gomulka in Karlovy Vary, a.a.O. (1/58), S. 18; Gomulka am 17. 5. 1967, a.a.O. (2/16), S. 94.

46 Gomulka am 17. 5. 1967, a.a.O. (2/16), S. 99, S. 100, S. 94 f.

47 Regierungserklärung vom 13. 12. 1966 (BRD), a.a.O. (Einleitung/24).

48 Ceausescu im August 1969, a.a.O. (3/132), S. 7.

49 Bukarester Deklaration, a.a.O. (2/3), S. 6.

50 Die Analyse der Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD einerseits und der CSSR, der VRU, der VRB und der VRP andererseits, bestätigt diese These: Von Prag, Budapest, Sofia und Warschau gingen in der Folge keinerlei deutschlandpolitischen Initiativen aus; sie begnügten sich mit der Fortschreibung der Position, die sie Anfang 1967 bezogen hatten. Im Falle Ungarns und Bulgariens war dies ganz eindeutig (vgl.: Jenö Fock am 12. Juli 1967, Janos Peter am 14. Juli 1967, in: EA, F 15/1967, S. Z 171 f.; Kadar anläßlich des Besuches von Breshnew und Kossygin Anfang September in Ungarn, in: EA, F 19/1967, S. Z 214; Kadar auf der Moskauer Konferenz, a.a.O.

(1/2), S. 401; einziger Punkt der Annäherung blieb zwischen Ungarn und der BRD ein kontingenterhöhendes Warenprotokoll (vgl. in: B, Nr. 27, 4. 3. 1969); Shiwkow auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (1/2), S. 329 f.; einziges Indiz für eine Wandlung blieb die Tatsache, daß sich Shiwkow auf der Moskauer Konferenz aller Angriffe auf die BRD enthielt (vgl.: a.a.O. (1/3)). Die Haltung Polens und der CSSR muß hier allerdings zur Bestätigung dieser These noch näher erläutert werden:

- Polen hatte seinen Anspruch, die Deutschlandpolitik des sozialistischen Lagers mitzubestimmen, erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest angemeldet; sein Wille mitzubestimmen war also offenbar weniger ausgeprägt als der der DDR. Überzeugt davon, daß seine Interessen von der SU und der DDR wahrgenommen werden könnten, verzichtete es ausdrücklich auf alle Mitbestimmungsrechte, als es erklärte, auch wenn Bonn die Oder-Neiße-Grenze anerkenne, messe Warschau dem Angebot, Gewaltverzichtserklärungen auszutauschen, erst dann Bedeutung bei, wenn Bonn auf den Alleinvertretungsanspruch verzichte und die Existenz zweier deutscher Staaten anerkenne; wenn Bonn seine Absichten ernst meine, solle es erst Vereinbarungen mit der DDR treffen (Gomulka, Rede am 28. 10. 1967, in: MI 30. 10. 1967, EA, F 22/1967, S. Z 250, IB, Nr. 11 - 12, November - Dezember 1967, S. 112 f. (Nachricht); ders. am 29. 11. 1967, a.a.O. (5/55), S. 26 f.), das heißt, Warschau machte die Regelung der polnisch-westdeutschen Beziehungen von der Klärung der deutsch-deutschen Beziehungen abhängig und überließ damit der DDR die Initiative.
- Die CSSR schien während der Reformzeit zwar bereit, ihre Beziehungen zur BRD zu vertiefen (insbesondere im ökonomischen Bereich), ohne allerdings seine grundsätzliche Position in der deutschen Frage aufzugeben (vgl.: Aktionsprogramm der KPC, a.a.O. (1/2); Dubcek auf der ZK-Tagung vom 29. 3. - 4. 4. 1968, a.a.O. (2/16); ders., Interview, a.a.O. (5/26), S. 694; Hajek am 19. 6. 1968, a.a.O. (4/8)), doch die Prager Parteiführung hatte die tschechoslowakische Deutschlandpolitik zum Demonstrationsobjekt ihrer außenpolitischen Zuverlässigkeit gemacht und war daher nicht bereit, die Beziehungen zur BRD auf Kosten des Verhältnisses zu den tschechoslowakischen Bündnispartnern auszubauen (vgl. oben S. 385 ff.). Nach der Intervention beschwor Prag dann die westdeutsche Gefahr intensiver denn je (vgl.: Kommunique der Verhandlungen zwischen SU und CSSR vom 3./4. Oktober 1968, in: EA, F 23/1968, S. D 585 f.; Truppenstationierungsvertrag zwischen SU und CSSR vom 16. Oktober 1968, in: DZ, H 419, 1. Dezemberheft 1968, S. 25 - 28;

Lenart am 13. 11. 1968, a.a.O. (2/16), S. 346; ZK-Resolution vom 17. 11. 1968, a.a.O. (1/9), S. D 264; Husak auf der Moskauer Konferenz, a.a.O. (1/2), S. 509 f.).

51 Dem Folgenden liegt zwar eine eingehende Analyse der Entwicklung der Beziehungen zwischen BRD und DDR zugrunde, doch es wurde hier zugunsten der Erörterung der grundsätzlichen Probleme der deutsch-deutschen Beziehungen darauf verzichtet, die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in allen Einzelheiten nachzuzeichnen, denn diese Entwicklung ist angesichts der Veränderungen nach 1969 nur noch von sekundärer Bedeutung.

52 So Erhard am 9. 4. 1966, in: B, Nr. 49, 13. 4. 1966.

53 So die Regierungserklärung vom 14. Juni 1967, a.a.O. (Einleitung/30).

54 Diese Position der Bundesregierung formulierte die Regierungserklärung vom 12. 4. 1967 (in: B, Nr. 38, 14. 4. 1967) am deutlichsten. Diese Politik verfolgte die Bundesregierung bis zu ihrer Ablösung (vgl.: Brief Kiesingers an Stoph vom 13. 6. 1967, in: EA, F 14/1967, S. D 329 f.; Brief Kiesingers an Stoph vom 28. 9. 1967, in: EA, F 20/1967, S. D 477; Rundfunkansprache Wehners vom 27. 6. 1968, in: EA, F 19/1968, S. D 469 - 471; Kiesinger am 21. 8. 1968, in: B, Nr. 103, 24. 8. 1968; Regierungserklärung vom 25. 9. 1968, in: B, Nr. 121, 26. 9. 1968; keine Ausnahme bildete auch das Angebot Gewaltverzichtserklärungen auch mit der DDR auszutauschen (vgl.: Bericht zur Lage der Nation vom 11. 3. 1968, in: B, Nr. 33, 12. 3. 1968), denn Kiesinger lehnte eine Normalisierung der Beziehungen zu den Bedingungen der DDR nach wie vor ab). Begleitet wurde diese Politik von Konzessionen Bonns an die DDR auf wirtschaftlichem Gebiet: Verzicht auf Widerrufklausel (B, Nr. 89, 22. 8. 1967), Erleichterung des Zahlungsverkehrs (B, Nr. 90, 23. 8. 1967), Begünstigung des Interzonenhandels bei der Mehrwertsteuer (B, Nr. 94, 5. 9. 1967), die Bonn allerdings nicht nur in den Dienst der Verbesserung seiner Beziehungen zur DDR gestellt, sondern auch als Maßnahmen gegen die endgültige Eingliederung der DDR in das Wirtschaftssystem der sozialistischen Staaten verstanden wissen wollte (so: Kiesinger, Bericht zur Lage der Nation vom 11. 3. 1968, a.a.O. (7/54)). Im Dezember 1968 trafen BRD und DDR brieflich wirtschaftliche Vereinbarungen (betr. Mineralölfrage, Jahreskontingente für Maschinen, Fahrzeuge und elektronische Erzeugnisse sowie betr. Swing und Saldierungstermin), denen Bonn grundsätzliche Bedeutung

beimaß (Mitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 6. 12. 1968, in: EA, F 8/1969, S. D 186 f.), während Winzer erklärte, von Entspannung könne nicht die Rede sein, solange Bonn an seinen aggressiven und revanchistischen Vorbedingungen festhalte (Winzer vor der Volkskammer am 13. 12. 1968, Auszug in: EA, F 8/1969, S. D 187 f.).

55 Diese Politik der DDR trat in folgenden Stellungnahmen deutlich zutage:
Ulbricht auf dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61); Stoph an Kiesinger am 10. 5. 1967, in: ND vom 12. 5. 1967; Stoph an Kiesinger vom 18. 9. 1967, a.a.O. (3/325); Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates, Stellungnahme zu Kiesingers Brief, 30. 9. 1967, in: ND vom 30. 9. 1967; Dickel, Begründung der Einführung der Paß- und Visapflicht am 11. 6. 1968, gekürzt in: EA, F 19/1968, S. D 458 - 461; Erklärung des Staatsrates vom 21. 6. 1968, a.a.O. (2/58); Winzer am 4. 8. 1968, a.a.O. (3/191), S. 282 f.; Ulbricht am 9. 8. 1968, a.a.O. (3/191), S. 278; Ulbricht vor dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 318; Winzer am 21./22. 5. 1969, a.a.O. (2/16), S. 7; Ulbricht am 29. 4. 1969, a.a.O. (4/40), S. 164; ders. Botschaft zum Welttreffen des Friedens in Berlin, 21. 6. 1969, in: ND vom 22. 6. 1969.
Begleitet war diese Politik von einseitigen Maßnahmen der DDR in ihrem eigenen Machtbereich, die ihre Souveränität dokumentieren und sie gegenüber der BRD abgrenzen sollten: Einreise- und Durchreiseverbot für NPD-Mitglieder und solche, die sich in neonazistischem Sinne betätigen (in: AK, Nr. 11/1968), Verbot der Durchreise für Minister und höhere Beamte (in: AK, Nr. 16/1968), Einführung der Paß- und Visapflicht (vgl.: Dickel, a.a.O. (7/55), S. D 458 f.) und einer "Steuerausgleichsabgabe" (in: EA, F 13/1968, S. D 134), Durch- und Einreiseverbot für Mitglieder und Mitarbeiter der Bundesversammlung, Verbot des Transportes von Materialien der Bundesversammlung durch die DDR, Verbot der Durchreise für Generale und Offiziere und Angehörige der Bundeswehr und für Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages (in: AK, Nr. 7/1969, S. 51 f.), Verschärfung der Kontrollmaßnahmen hinsichtlich des Transportes von in Westberlin produziertem Rüstungsmaterial in die BRD (vgl.: Mitteilung des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates vom 28. 2. 1969, in: ND vom 1. 3. 1969), Verweigerung von Passierscheinabkommen.
Begleitet war diese Politik ferner von Versuchen, die BRD international zu isolieren: Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß, a.a.O. (3/311); Erklärung der Regierung der DDR an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 8. 3. 1967, in: DZ, H 379, 1. Aprilheft, 1967, S. 29 - 31; Erklärung der Regierung der DDR an die UNO

betr. Kriegsverbrechen vom 10. 2. 1967, in: ND vom 7. 3. 1967; Erklärung der Regierung an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 11. 10. 1967, in: DZ, H 393, 1. Novemberheft, 1967, S. 19 f.; Erklärung der Regierung an den 18-Mächte-Abrüstungsausschuß vom 20. 2. 1968, a.a.O. (2/16); Erklärung der Regierung an die XXII. UN-Vollversammlung betr. den Neonazismus, a.a.O. (2/16); Regierung der DDR, Memorandum an die Konferenz der nichtnuklearen Staaten vom 19. 9. 1968, in: AK, Nr. 39/1968, S. 321. S. 323, S. 327 f.; Wissenschaftliches Gutachten zur Frage des Verbots jeder Verfügungsgewalt über Kernwaffen und der Notwendigkeit einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung des Verbotes, in: DZ, H 417, 1. Novemberheft, 1968, S. 1 - 11; Gutachten zur Kernwaffenproduktion in der BRD, a.a.O. (2/69); Erklärung der Regierung an die UNO betr. Kriegsverbrechen vom 2. 10. 1968, in: DtAPol, 3/1969, S. 374 ff.; Außenministerium, Erklärung an ECOSOC, a.a.O. (2/21); Erklärung der Regierung an die XXIII. UN-Vollversammlung, a.a.O. (2/23); Erklärung der Regierung an die UNO betr. Abrüstung vom 7. 11. 1968, in: DtAPol, 3/1969, S. 362 ff.; Ministerrat, Note an USA, England und Frankreich vom 12. 2. 1969, in: AK 7/1969, S. 52 f.; Memorandum vom 22. 2. 1967, a.a.O. (2/55); Erklärung der Regierung an 15 europäische Regierungen und an die Regierung der USA vom 21. 2. 1968, in: ND vom 21. 2. 1968. Außerdem versuchte die DDR, die Bevölkerung der BRD für ihre Ziele zu mobilisieren: Ulbricht am 15. 12. 1966, a.a.O. (3/325); ZK der SED, Offener Brief an die Mitglieder und Anhänger der CDU/CSU vom 27. 6. 1967, in: ND vom 27. 6. 1967; Staatssekretariat für westdeutsche Fragen im Januar 1968, a.a.O. (4/58); ZK der SED, Offener Brief an die Bürger Westdeutschlands, vom 28. 2. 1968, in: ND vom 29. 2. 1968; Ministerrat, Erklärung an die Bürger Westberlins vom 14. 2. 1969, in: ND vom 14. 2. 1969.

56 So die Bundesregierung in der Erklärung vom 14. Juni 1967, in: B, Nr. 63, 15. Juni 1967, und die DDR: Ulbricht auf der 22. Sitzung der Volkskammer, am 13. 10. 1966, in: ND vom 14. 10. 1966; ders. vor dem VII. Parteitag, a.a.O. (1/61), S. 65.

57 Die neue Ostpolitik wurde von den Verbündeten Bonns tatsächlich als Entspannungsbeitrag gewertet (vgl.: Bolko von Oetinger, Die Bedeutung des westlichen Systems für die Außenpolitik der Großen Koalition unter besonderer Berücksichtigung der drei Westmächte, rer. pol. Diss. an der Freien Universität Berlin, Berlin 1972, S. 143 ff.).

58 Dies ergibt sich aus der Auffassung der DDR und der anderen sozialistischen Staaten zur friedlichen Koexistenz (vgl. oben S. 96 ff.).

59 Vgl. oben Anm. 7/54 und 7/55.

60 Selbst nach der Intervention in der CSSR hatten beide Seiten diese Gesprächsbereitschaft erneut bekundet (vgl.: Kiesinger am 21. 8. 1968, in: B, Nr. 103, 24. 8. 1968; Regierungserklärung vom 25. 9. 1968, in: B, Nr. 121, 26. September 1968; Ulbricht auf dem V. Parteitag der PVAP, a.a.O. (2/16), S. 318).

61 Vgl.: Storz, a.a.O. (Einleitung/35), S. 236 f.

62 Vgl. oben Anm. 7/60.

63 Vgl.: Storz, a.a.O. (Einleitung/35), S. 233.

64 Vgl. oben S. 390.

65 Staatsrat, Erklärung zur Rechtsentwicklung in beiden deutschen Staaten, in: ND vom 23. 6. 1966.

66 Ulbricht am 13. 3. 1968, a.a.O. (4/32).

67 Vgl. oben S. 190 ff.

68 Diese Schwerpunktverlagerung läßt sich auch quantitativ belegen:
Die an die BRD gerichteten Initiativen der DDR lassen sich in folgende zwei Kategorien einteilen:
- Kategorie 1(K 1): Der Adressat in der BRD ist nicht die Bundesregierung, sondern Teile beziehungsweise die Gesamtbevölkerung der BRD. Der Inhalt der Vorschläge bezieht sich entweder auf die demokratische Umgestaltung Westdeutschlands (I 1) oder auf die europäische Sicherheit (I 2).
- Kategorie 2(K 2): Der Adressat ist die Bundesregierung. Der Inhalt ist I 1 oder I 2.

Die von Anfang 1966 bis September 1969 untersuchten 43 Initiativen (1966 waren es 21, während der Großen Koalition waren es 22) verteilten sich auf die beiden Kategorien wie folgt:

Zeit	K 1		K 2	
	I 1	I 2	I 1	I 2
1966	12	4	2	3
GK	3	2	1	16

Die Schwerpunktverlagerung zeichnet sich deutlich ab: Vor der Großen Koalition wandte sich die DDR insgesamt 16 mal an die Bevölkerung der BRD, wobei sie sich in der Mehrzahl der Fälle (12 von 16) auf die demokratische Umgestaltung Westdeutschlands bezog. Während der Regierungszeit der Großen Koalition dagegen wandte sie sich insgesamt 17 mal direkt an die Bundesregierung, wobei sie sich nur einmal auf die demokratische Umgestaltung Westdeutschlands bezog.

69 Ulbricht zum 150. Geburtstag von Marx, a.a.O. (1/2), S. 63.

70 Dies wurde von der DDR wiederholt festgestellt, so zum Beispiel anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze oder anläßlich der Studentenunruhen nach dem Attentat auf Dutschke.

71 Vgl. oben Anm. 7/2.

72 Vgl. oben S. 87.

73 Vgl. oben S. 88.

74 Vgl. oben S. 265 ff.

75 Vgl. oben Anm. 7/55.

76 Ebenda

77 Vgl. oben S. 35 ff.

78 Vgl. oben S. 396 ff.

79 Vgl. oben S. 390 ff.

80 Ein weiterer Grund für Polen, sich gegenüber den ostpolitischen Initiativen der BRD ablehnend zu verhalten, waren sicherlich auch die unerwünschten innenpolitischen Folgen der Relativierung der These von der Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die die Regelung der Beziehungen zur BRD zur Folge haben mußte.

81 Deutliches Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme ist die Tatsache, daß die SU offenbar bereit war, sich mit

einer impliziten Anerkennung des Status quo zufriedenzugeben, und daß Polen die Junktimpolitik der DDR zunächst nur für sich selbst als verbindlich betrachtete.

82 Vgl.: Empfehlung der WEU-Versammlung vom 16. 10. 1968, in: EA, F 1/1969, S. D 9 f.; NATO-Versammlung, 14. Tagung, 11. - 15. 11. 1968, in: EA, F 1/1969, S. D 16 - 28.

83 Vgl.: Irak, Erklärung, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, 30. 4. 1969, in: AK, Nr. 19/1969; Kommunique DDR - Sudan, in: ND vom 9. Juli 1969; Kommunique vom Besuch Winzers in Syrien, 3. - 6. 6. 1969, in: AK, Nr. 24/1969; Kommunique Südyemen - DDR, in: ND vom 12. Juli 1969; Ulbricht über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kambodscha am 30. 5. 1969, in: ND vom 1. 6. 1969; Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten, 10. 7. 1969, in: AK, Nr. 29/1969.

84 Kontakte zwischen Kramer (Verkehrsminister der DDR) und Leber:
Kramer wandte sich am 25. 2. 1967 und am 11. 6. 1967 an Leber und schlug Verhandlungen betr. Eisenbahngüterverkehr vor (vgl.: EA, F 11/1967, S. Z 119). Leber antwortete am 17. 11. 1967: Er sei einverstanden und schlage seinerseits auch Verhandlungen über Straßen- und Binnenschiffverkehr vor (in: B, Nr. 139, 1. 12. 1967). Erst am 10. 9. 1969 bot die DDR erneut Verkehrsverhandlungen an, die dann am 15. 9. 1969 aufgenommen wurden (vgl.: EA, F 19/1969, S. Z 198).
Kontakte zwischen Schulze (Minister für Post- und Fernmeldewesen der DDR) und Dollinger, beziehungsweise Leber beziehungsweise Spangenberg:
Schulz mahnte am 26. 4. 1967 ca. 970 Millionen DM Postschulden der BRD an (vgl.: EA, F 12/1967, S. Z 127). Eine neue Mahnung erging am 23. 8. 1967 (vgl.: EA, F 18/1967, S. Z 198). Am 18. 11. 1967 erklärte Dollinger seine Verhandlungsbereitschaft (in: B, Nr. 139, 1. 12. 1967). Am 29. 11. 1967 gab das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR die Erklärung ab, die BRD habe die Vorschläge der DDR abgelehnt (vgl.: EA, F 24/1967, S. Z 270 (was auf Post- und Verkehrsverhandlungen bezogen wurde). Am 4. 12. 1967 mahnte die DDR erneut die Postschulden an (vgl.: EA, F 1/1968, S. Z 1). Am 22. 12. 1967 erklärte sich Dollinger bereit, vorläufig 20 Millionen vorab pauschal zu bezahlen (vgl.: EA, F 2/1968, S. Z 14). ADN weist dies am 13. 1. 1968 zurück (vgl.: EA, F 3/1968, S. Z 24). Am 9. 5. 1968 bittet Dollinger um eine Spezifizierung der Berechnungsgrundlagen der DDR (EA, F 11/1968, S. Z 112). Schulz antwortet, die BRD sei bereits im Besitz der Berechnungsgrundlagen (EA, F 12/1968, S. Z 122). Am 10. 8.

1968 zahlte die BRD eine Kostenausgleichszahlung von rund 17 Millionen DM. Dollinger schlug weitere Verhandlungen vor, um den Postverkehr zu verbessern (EA, F 17/1968, S. Z 168). Die DDR akzeptierte die 17 Millionen als "geringfügige Abschlagzahlung" (EA, F 23/1968, S. Z 240). Am 19. 9. 1969 nehmen BRD und DDR die Verhandlungen über die Ausgleichszahlunen auf (EA, F 20/1969, S. Z 207).
Auch Finanzminister Böhm wandte sich an Strauß (am 12. 11. 1967), um von diesem die Zurückzahlung von Steuern einzufordern, die die BRD auf Beförderungsleistungen auf den Verkehrswegen der DDR erhoben hat (vgl.: EA, F 24/1967, S. Z 270).

85 Auf die vollständige Nachzeichnung der Entwicklung der Beziehungen zwischen der BRD und der SU wird hier zugunsten der Analyse jener Ursachen verzichtet, die für die Wandlungen der sowjetischen Detuschlandpolitik verantwortlich zu machen sind.

86 Staatssekretär Schütz vom AA hatte, der Regierungserklärung entsprechend, bereits Anfang 1967 einen "Entwurf für eine Erklärung über Gewaltverzicht" dem sowjetischen Botschafter übergeben (in: EA, F 16/1968, S. D 362 f.). Die sowjetische Regierung richtete erst am 12. Oktober eine Erklärung an die Bundesregierung und bekundete ihre "im Prinzip" positive Stellung zur Idee des Austausches von Gewaltverzichtserklärungen (in: EA, F 16/1968, S. D 363 - 364). Dieser Erklärung waren, so die SU, lediglich inoffizielle Gespräche vorangegangen (ebenda S. D 363), über deren Inhalt nichts bekannt wurde.

87 Am 11. Juli 1968 begann Istwestija damit, die Memoranden, die die sowjetische Regierung in Sachen Gewaltverzicht an die Bundesregierung gerichtet hatte, zu veröffentlichen (in: EA, F 15/1968, S. Z 159). Am 12. Juli veröffentlichte daraufhin die Bundesregierung ihrerseits die bislang als vertraulich behandelten Dokumente der Gewaltverzichtsverhandlungen mit der SU (ebenda S. Z 154). Mit diesen Veröffentlichungen war der deutsch-sowjetische Dialog vorerst beendet, denn damit hatten beide Seiten ihre ohnehin schon unvereinbaren Standpunkte auch noch öffentlich fixiert, so daß ein Kompromiß vorerst nicht mehr möglich schien. Zwar gab Brandt zu erkennen, daß die Bundesregierung nach wie vor bereit sei, den Dialog mit der SU fortzusetzen (vgl.: EA, F 17/1968, S. Z 166), doch zu neuen Verhandlungen kam es vorerst nicht mehr.

88 Vgl. oben S. 394 ff.

89 Erklärung der SU vom 12. 10. 1967, a.a.O. (7/86), S. D 364.

90 Erklärung der SU vom 21. 11. 1967, a.a.O. (3/224).

91 Erklärung der SU vom 8. 12. 1967, a.a.O. (3/224).

92 Aide-mémoire an die Bundesregierung vom 29. 1. 1968, a.a.O. (3/224). Daß dieser Punkt für die SU wichtig war, beweist auch die Tatsache, daß Gromyko, als er 1969 erneut Gewaltverzichtsverhandlungen anbot, versicherte, die SU werde im Verlauf des Meinungsaustausches mit der BRD die Interessen der sozialistischen Bruderländer voll auf berücksichtigen (Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458) - eine Erklärung, die sicherlich auch die Funktion hatte, den Bündnispartnern zu verdeutlichen, daß die SU nicht bereit war, ihre Beziehungen zur BRD auf Kosten ihrer Bündnispartner zu regeln. Die DDR hatte ausdrücklich erklärt, der Abschluß einer völkerrechtlich gültigen Vereinbarung über Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten sei eine notwendige Voraussetzung auch für den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD (Winzer am 4. 8. 1968, a.a.O. (3/191), S. 282 f.), womit sie ein weiteres Mal den Anspruch erhob, federführend in der Gestaltung der Beziehungen zwischen Bonn und den sozialistischen Staaten zu sein.

93 Vgl.: Ulbricht am 9. 8. 1968, a.a.O. (3/191), S. 278; Gomulka am 28. 10. 1967, a.a.O. (7/50); ders. am 29. 11. 1967, a.a.O. (5/55), S. 26 f.

94 Vgl. oben S. 396 ff.

95 Dem Folgenden liegen die Texte des deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsdialoges vom Oktober 1967 bis Juli 1968 zugrunde:
- BRD: Entwurf für eine Erklärung über Gewaltverzicht (vgl. oben Anm. 7/86).
- SU: Erklärung vom 12. 10. 1967, a.a.O. (7/86).
- SU: Erklärung vom 21. 11. 1967, a.a.O. (3/224).
- SU: Erklärung vom 8. 12. 1967, a.a.O. (3/224).
- BRD: Aide-mémoire vom 14. 12. 1967, in: EA, F 16/1968, S. D 370 - 372.
- SU: Aide-mémoire vom 29. 1. 1968, a.a.O. (3/224).
- BRD: Aide-mémoire vom 9. 4. 1968, in: EA, F 16/1968, S. D 374 - 378.
- SU: Aide-mémoire vom 5. Juli 1968, in: DZ, H 411, 2. Juliheft, 1968, S. 27 - 31.

96 Sowjetisches Aide-mémoire vom 29. 1. 1968, a.a.O. (3/224), S. D 372.

97 Konnte die Tatsache, daß sich die SU die Junktimpolitik der DDR niemals offen zu eigen machte, noch dahingehend gedeutet werden, daß die SU nicht auf einer expliziten Anerkennung des Status quo beharren würde, wenn es darum ging, die Bedingungen zu fixieren, unter denen die sozialistischen Staaten diplomatische Beziehungen zur BRD aufnehmen sollten, so war die Erklärung der SU vom 21. 11. in diesem Punkt ganz eindeutig: Gewaltverzichtserklärungen würden nur dann ausgetauscht werden, wenn die BRD die Unantastbarkeit der Grenzen anerkannte, ihren Verzicht auf den Erwerb und die Herstellung sowie auf den Zugang zu Kernwaffen erklärt, den Status von Westberlin als besondere politische Einheit achtet, das Münchner Abkommen als von Anfang an ungültig erklärt und Maßnahmen gegen den Militarismus und Nazismus ergreift. Nur in zwei Punkten war die SU bereit, der BRD in begrenztem Umfang entgegenzukommen: Die SU erklärte sich bereit, "über Form und Zeitpunkt der Erklärung der Bundesrepublik hinsichtlich des Münchner Abkommens" mit Bonn gesondert zu verhandeln und die Verzichterklärung der Bundesrepublik hinsichtlich der Kernwaffen als überflüssig zu betrachten, falls Bonn dem Kernwaffensperrvertrag beitreten würde (vgl.: Erklärung vom 21. 11. 1967, a.a.O. (3/224).

8. Kapitel

[1] Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458 f. Diesem Angebot der SU waren Signale vorausgegangen, die das unveränderte Interesse der SU an einer Normalisierung der Beziehungen zur BRD bekundeten: Obwohl es wegen der Wahl des Bundespräsidenten in Westberlin zu heftigen Kontroversen zwischen Bonn und Moskau gekommen war, hatte die SU den Gedankenaustausch mit der BRD über den Kernwaffensperrvertrag fortgesetzt. (Am 6. Februar 1969 überreichte Zarapkin eine sowjetische Erklärung (vgl.: EA, F 5/1969, S. Z 43), auf die Bundesregierung am 24. 2. antwortete (vgl.: EA, F 6/1969, S. Z 57); am 16. 3. erhielt die BRD eine neue sowjetische Erklärung (vgl.: EA, F 7/1969, S. Z 67. Über den Inhalt dieses Gedankenaustausches wurde nichts bekannt). Am 1. 4. und 4. 4. 1969 hatten sich Brandt und Zarapkin dann getroffen, um die Budapester Deklaration zu erörtern, die die Polemik der Bukarester Deklaration gegen die BRD nicht wiederholt hatte. Dann informierte die SU, ein bis dahin nie dagewesener Vorgang, die Bundesregierung über die sowjetisch-chinesischen Beziehungen (vgl.: EA, F 9/1969, S. Z 87 und EA, F 14/1969, S. Z 146). Diese Klimaverbesserungen nahm die BRD dann zum Anlaß, den deutsch-sowjetischen Dialog wieder aufzunehmen: Staatssekretär Duckwitz vom AA überreichte Zarapkin am 4. Juli ein Schreiben der Bundesregierung (vgl.: EA, F 16/1969, S. Z 158), auf das die SU am 13. September mit einem Memorandum zum Gewaltverzicht antwortete, das laut Brandt unpolemisch und sachlich formuliert war, ohne daß die SU allerdings ihre Grundsätze aufgegeben hätte (vgl.: EA, F 19/1969, S. Z 203 und EA, F 20/1969, S. Z 207).

[2] Dieses Angebot enthielt, laut Brandt, das sowjetische Memorandum vom 13. September 1969 (vgl. oben Anm. 8/1).

[3] Vgl.: EA, F 20/1969, S. Z 207.

[4] Vgl. oben Anm. 7/84.

[5] Vgl. Anm. 7/50.

[6] Rede Gomulkas vom 17. 5. 1969, Treffen mit Wählern in Warschau, in: IB, Nr. 5, Mai 1969, S. 14 - 44, S. 40 f.

[7] Von den anderen sozialistischen Staaten kamen keine Signale einer neuen Verhandlungsbereitschaft, doch dies war auch

kaum zu erwarten gewesen, hatten diese doch von Anfang an erkennen lassen, daß sie gewillt waren, die Formulierung der Deutschlandpolitik des sozialistischen Lagers der SU und den direkt mit der BRD konfrontierten Staaten zu überlassen. Diese Haltung nahm auch die CSSR ein, trotz der Frage der Ex-tunc-Ungültigkeit des Münchner Abkommens.

8 Rede Ulbrichts vor dem Kongreß der Nationalen Front am 22. 3. 1969, auszugsweise Wiedergabe in: EA, F 8/1968, S. D 201 f.

9 Ulbricht am 29. 4. 1969, a.a.O. (4/40), S. 164. In der Budapester Erklärung war nur von der Anerkennung der Existenz der DDR die Rede gewesen (a.a.O. (3/102), S. D 153).

10 Im Folgenden werden nur die Stellungnahme Polens und der SU wiedergegeben, da die DDR offensichtlich nur aus Gründen der Disziplin im sozialistischen Lager der Politik Polens und der SU folgte (was sie umso leichter tun konnte, als Polen und die SU sich in der Sache zu keinerlei Konzessionen bereit gefunden hatten und als sie zu der Einsicht genötigt war, die Bedingungen des internationalen Systems würden die BRD nicht zur Kapitulation nötigen).

11 Gromyko am 10. 7. 1969, a.a.O. (1/21), S. D 458.

12 Gomulka am 7. 5. 1969, a.a.O. (8/6), S. 36.

13 Ebenda S. 38. Daß das polnische Angebot als Wahlhilfe für die SPD gedacht war, geht auch aus folgenden polnischen Stellungnahmen hervor:

- Cyrankiewicz formulierte in seiner Regierungserklärung vom Juni 1969 seine Bedenken, daß der Wahlkampf in der BRD dem Reifungsprozeß - in Richtung auf einen größeren Realismus - abträglich sein könnte (a.a.O. (3/153), S. 7 f.).

- Ryszard Wojna, ein polnischer Journalist, der beste Beziehungen zur polnischen Parteiführung und fundierte Deutschlandkenntnisse nachgesagt werden (vgl.: Spiegel, Nr. 19 vom 4. Mai 1970, S. 28), bestätigte, daß es der Warschauer Politik darum ging, die SPD noch weiter in die von Polen gewünschte Richtung zu drängen und ihr mit dem auf sie gemünzten Verhandlungsangebot eine Art Wahlhilfe zu gewähren (vgl.: Wojna, Und was weiter?, aus: Zycie Warszawy vom 9. 4. 1969, in: PI, Nr. 5, Mai 1969, S. 26 - 30).

14 Vgl. die Märzereignisse (Anm. 7/154).

Ergebnis

[1] So Breshnew auf dem XXIV. Parteitag, a.a.O. (6/23), S. 47.

[2] So: Julian Sokol (Oberst in der Abteilung Psychologische Kriegsführung der Politischen Hauptverwaltung der polnischen Volksarmee), in: Wojsko Ludowe, in: Spiegel, Nr. 40, 25. 9. 1972, S. 121.

[3] Ebenda

[4] Ebenda

LITERATURVERZEICHNIS

I. Quellen

1. Aus den sozialistischen Staaten

a) In den sozialistischen Staaten veröffentlicht

(1) Periodika:

International Affairs, A Monthly Journal of Political Analysis, Moscow.

Polish Western Affairs, Semiannual Review, Instytut Zachodni (Institute for Western Affairs), Poznan.

Deutsche Außenpolitik, Hrsg.: Insitut für Internationale Beziehungen, Berlin.

Neues Deutschland, Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin.

Dokumentation der Zeit, Informationsarchiv, Deutsches Institut für Zeitgeschichte, Berlin.

Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, hrsg. vom Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Informationsbulletin des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Warschau.

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin.

Außenpolitische Korrespondenz, hrsg. von der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Polish Perspectives, Monthly Review, Warschau.

Internationale Politik, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur, hrsg. vom Journalistenverband Jugoslawiens, Belgrad.

Presse-Informationen, Presseabteilung der Militärmission der Volksrepublik Polen, Berlin.

Probleme des Friedens und des Sozialismus, Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information, Berlin/Prag.

The New Hungarian Quarterley, Editor: Ivan Boldizsar, Budapest.

Sowjetunion Heute, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Presseagentur Nowosti (APN).

Prager Volkszeitung, Wochenblatt der deutschen Werktätigen in der CSSR, Prag.

Neuer Weg, Politische Tageszeitung in der Sozialistischen Republik Rumänien, Bukarest.

Neue Zeitung, Wochenblatt des Demokratischen Verbandes der Deutschen in Ungarn, Budapest.

(2) Einzeldokumentationen

Unter dem Banner des Proletarischen Internationalismus, Dokumente und Materialien zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Febraur 1956 - Dezember 1959, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1960.

Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Prag 1969.

Dokumentation zur Westberlinfrage, hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin o. J.

Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariates, Bd. V, Berlin 1956.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion, Bd. I, Vom Potsdamer Abkommen am 2. August 1945 bis zur Erklärung über die Herstellung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik am 25. März 1954, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1957.

Graubuch, Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Hintergründe, Ziele, Methoden, eine Dokumentation, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1967.

XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 29. März - 8. April 1966, Verlag Presseagentur Nowosti, o. O., o. J.

IX. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, 19. bis 24. Juli 1965, Rechenschaftsbericht, Direktiven, Statut, Resolution, die gewählten Leitungsorgane, Berlin 1965.

Der X. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei, 6. - 12. August 1969, Bukarest 1969.

Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 17. bis 22. April 1967 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin:
Bd. I, 1. - 3. Beratungstag, Berlin 1967.
Bd. II, 4. - 6. Beratungstag, Berlin 1967.
Bd. III, Grußschreiben und schriftlich eingereichte Diskussionsbeiträge, Berlin 1967.
Bd. IV, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1967.

(3) Einzeldokumente (Einzelautoren, Autorenkollektive, offizielle Lehrbücher, Programme etc.)

Barth, Herbert, Bonner Ostpolitik gegen Frieden und Sicherheit, Zur Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus von Adenauer und Erhard bis zu Strauß/Kiesinger, Berlin 1968.

Ceausescu, Nicolae, Darlegung über die Außenpolitik der Rumänischen Kommunistischen Partei und der Regierung, Bukarest 1967.

Grundlagen der marxistischen Philosophie, nach der 2. überarbeiteten und ergänzten russischen Ausgabe, Berlin 1966.

Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Autorenkollektiv unter Leitung von Peter Klein und Stefan Doernberg, Wohin geht Europa?, Berlin 1970.

Klein, Peter, Kröger, Herbert, Krüger, Joachim, Seidel, Karl, Zelt, Johannes (Hrsg.), Geschichte der Außenpolitik der deutschen demokratischen Republik, Abriß, Berlin 1968.

Lenin, Werke, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, ins Deutsche übersetzt nach der 4. russischen Ausgabe, die deutsche Ausgabe wird vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED besorgt.

Ökonomisches Lexikon, Bd. 1, A - K, Bd. 2, L - Z, Berlin 1967.

Stalin, Werke, Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU (B), die deutsche Ausgabe wird vom Marx-Engels-Lenin-Institut beim Parteivorstand der SED besorgt.

Ulbricht, Walter, Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Referat auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 22. - 25. Oktober 1968, Beschlüsse, Berlin 1968.

Ulbricht, Walter, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Internationale wissenschaftliche Session des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands: 150. Geburtstag von Karl Marx, Berlin 2. - 4. Mai 1968, Berlin 1968.

Ulbricht, Walter, Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus, Rede des 1. Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" am 12. Oktober 1968 und Auszüge aus weiteren Reden, hrsg. von der Abteilung Presse und Information des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Schriftenreihe des Staatsrates, Heft 6, 3. Wahlperiode, 1968.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Dokumente, Kommentar, hrsg. von Klaus Sorgenicht, Wolfgang Weichelt, Tord Reimann, Hans-Joachim Semler, Bd. 1 und 2, Berlin 1969.

b) Im Westen veröffentlicht

(1) Periodika

DDR Report, Zeitschriften der DDR, monatliche Informationen für die politische Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von der Gesellschaft für Politische Bildung e. V., Würzburg.

Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik, begr. von Wilhelm Cornides, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn.

Deutsche Welle - Monitor-Dienst, Köln.

Survival, The Journal of the Institute for Strategic Studies, London.

(2) Einzeldokumentationen

Haefs, Hanswilhelm, Die Ereignisse in der Tschechoslowakei vom 27. 6. 1967 bis 18. 10. 1968, ein dokumentarischer Bericht, Bonn, Wien, Zürich, 1969.

XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Rechenschaftsbericht, Referat über die Richtlinien zum 6. Fünfjahrplan, Auszüge aus der Diskussion und Begrüßung, Düsseldorf 1956.

Current Soviet Policies - III, The Documentary Record of The Extraordinary 21st Congress of The Communist Party of The Soviet Union, From The Translations of The Current Digest of The Soviet Press, Edited by Leo Gruliow and The Staff of The Current Digest of The Soviet Press, with a Who's Who of The Central Committee compiled by Mark Neuweld, New York 1960.

Current Soviet Policies - IV, The Documentary Record of The 22nd Congress of The Communist Party of The Soviet Union, Edited by Charlotte Saikowski and Leo Gruliow, from The Translations of The Current Digest of The Soviet Press, with a Who's Who of The Central Committee compiled by Mark Neuweld, New York and London 1962.

Das Programm der SED, das 1. Programm der SED, das 4. Statut der SED, das nationale Dokument, eingeleitet und kommentiert von Stefan Thomas, Köln 1963.

Das Parteiprogramm der KPdSU von 1961, angenommen auf dem XXII. Parteitag in: Boris Meissner, das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Dokumente zum Studium des Kommunismus, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. 1, Köln 1962.

(3) Einzelautoren

Brus, Wlodzimierz, Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Polen, Bemerkungen zu einigen allgemeinen Problemen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb und Bruno Molitor, 11. Jahr, Tübingen 1966, S. 22 - 39.

Kozusnik, Cestmir, Die Entwicklung des sozialistischen Wirtschaftssystems in der Tschechoslowakei, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb und Bruno Molitor, 11. Jahr, Tübingen 1966, S. 22 - 39.

Lange, Oskar, Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft, eine sozialistische Analyse, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964.

Schaff, Adam, Marxismus und das menschliche Individuum, Wien, Frankfurt, Zürich 1965.

Sik, Ota, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967.

Sik, Ota, Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West?, Interview in: Wirtschaftsdienst, 46. Jg., Heft 3, März 1966, S. 129 - 136.

Sik, Ota, Zu den Fragen der Gegenwart, letzter Teil einer tschechoslowakischen Fernsehserie, in: Rainer Deppe, Brigitte Heinrich und Michael Bärmann, Die Tschechoslowakei von 1945 - 1968, Zwischen Kapitalismus und Revolution, mit einem Aufsatz von Ota Sik und einer Einleitung von Hans-Jürgen Krahl, Voltaire Flugschrift, o. O., o. J.

c) Von der UNO und von den kommunistischen Parteien im Westen veröffentlicht

Informationsbulletin, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Hrsg. und für den Inhalt verantwortlich: Erwin Zucker-Schilling, Wien.

Yearbook of The United Nations 1965, Office of Public Information, New York 1967.

2. Aus dem Westen

a) Periodika

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn.

Europa-Archiv, Zeitschrift für Internationale Politik, begr. von Wilhelm Cornides, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn.

Survival, The Journal of the Institute for Strategic Studies, London.

b) Einzelautoren

Majonica, Ernst, Möglichkeiten und Grenzen der deutschen Außenpolitik, Probleme und Entscheidungen, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1969.

Marx, Werner, Sowjetvorschlag "Europäisches Sicherheitssystem", in: Pressekorrespondenz, 16. Jg., 1967, Heft 15 vom 1. 8. 1967.

Wrangel, Olaf von, Bündnis nach Osteuropa, in: Pressekorrespondenz, 16. Jg., 1967, Heft 10 vom 15. 5. 1967.

II. Sekundärliteratur

Brahm, Heinz, Pekings Griff nach der Vormacht, der chinesisch-sowjetische Konflikt von Juli 1963 bis März 1965, in: Aktuelle Studien, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Bd. 3, Köln 1966.

Bromke, Adam, Uren, Philip E. (Hrsg.): The Communist States and the West, London 1967.

Bromke, Adam, Poland's Politics: Idealism versus Realism, Cambridge, Massachusetts 1967.

Brzezinski, Zbigniew K., Ideology and Power in Soviet Politics, revised Edition, New York, Washington, London 1962.

Campbell, John C., Tito's Separate Road, America and Yugoslavia in World Politics, published for The Council on Foreign Relations, New York and Evanston 1967.

Czempiel, Ernst-Otto (Hrsg.), Die anachronistische Souveränität, Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft, Nr. 1, 10. Jg., 1969.

Czempiel, Ernst-Otto, Die Entwicklung der Lehre von den internationalen Beziehungen, in: PVS, 6. Jg., 1965, Heft 3, S. 270 - 290.

Deppe, Rainer, Bemerkungen zur osteuropäischen Politik der Sowjetunion in der unmittelbaren Nachkriegsphase, in: Rainer Deppe, Brigitte Heinrich und Michael Bärmann, Die Tschechoslowakei von 1945 - 1968, Zwischen Kapitalismus und Revolution, mit einem Aufsatz von Ota Sik und einer Einleitung von Hans-Jürgen Krahl, Voltaire-Flugschrift, o. O., o. J.

Domes, Alfred, Entspannung, Sicherheit, Frieden, Köln 1968.

Dutoit, Bernard, Coexistance et Droit International à la Lumière de la Doctrine Soviétique, Publications de la Revue Générale de Droit International Public, Nouvelle Série - No. 8, Paris 1966.

Feiwel, George R., The Soviet Quest for Economic Efficiency, Issues, Controversies, and Reforms, New York, Washington, London 1967.

Felker, Jere L., Soviet Economic Controversies, The Emerging Marketing Concept and Changes in Planning 1960 - 1965, Cambridge, Massachusetts and London 1966.

Flechtheim, Ossip, K., Weltkommunismus im Wandel, Köln 1965.

Froese, Leonhard, Hrsg., Was soll aus Deutschland werden? Neue Aspekte zur Deutschlandpolitik, hrsg. von L. F. unter Mitarbeit von Eike Gerken, München 1968.

Gehlen, Michael R., The Politics of Coexistence, Soviet Methods and Motives, London 1967.

Goodman, Elliot R., The Soviet Design for a World State, with a Foreword by Philip E. Mosely, New York 1960.

Griffith, William E. (Hrsg.), Communism in Europe, Continuity, Change and the Sino-Soviet Dispute, Vol. I, Cambridge (Mass.), o. J.

Grossman, Gregory, The Soviet Economy and The Waning of the Cold War, in: Beyond the Cold War, Essays on American Foreign Policy in a changing World Environment, edited by Robert C. Goldwin, Chicago 1963, 1965, S. 155 - 172.

Grottian, Walter, Lenins Anleitung zum Handeln, Theorie und Praxis sowjetischer Außenpolitik, Köln und Opladen, 1962.

Hanrieder, Wolfram F., West German Foreign Policy 1949 - 1963, International Pressure and Domestic Response, Stanford 1967.

Hensel, Karl Paul, Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei, mit Beiträgen von Hannelore Hanel, Ulrich Wagner, Rudolf Knauff, Dokumentation Rudolf Urban, Stuttgart 1968.

Jänicke, Martin, Totalitäre Herrschaft, Anatomie eines politischen Begriffs, Heft 13 der soziologischen Abhandlungen, sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, hrsg. von D. Claessens, R. Mayntz-Trier, O. Stammer, Berlin 1971.

Kaiser, Karl, German Foreign Policy in Transition, Bonn between East and West, London, Oxford, New York 1968.

Kaser, Michael, Comecon, Integration Problems of the Planned Economics, London, New York, Toronto 1965.

Kennan, George F., Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961.

Köhler, Heinz, Economic Integration in the Soviet Bloc, with an East German Chase Study, New York, Washington, London 1965.

Kulski, Wladyslaw, Peaceful Co-Existence, An Analysis of Soviet Foreign Policy, Chicago 1959.

Lemberg, Eugen, Reformation im Kommunismus? Ideologische Wandlungen im Marxismus-Leninismus Ostmitteleuropas, Stuttgart 1967.

London, Kurt (Hrsg.), Eastern Eruope in Transition, Baltimore 1966.

Löbl, Eugen, Grünwald, Leopold, Die intellektuelle Revolution, Hintergründe und Auswirkungen des "Prager Frühlings", Düsseldorf 1969.

Löwenthal, Richard, Geleitwort zu: Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und Kommunistischen Internationale, 1929 - 1934, Berlin 1970, S. V - IX.

Ludz, Peter Christian, Offene Fragen in der Totalitarismusforschung, in: PVS, 2. Jg., Heft 4, Dezember 1961, S. 319 - 348.

Ludz, Peter Christian, Parteielite im Wandel, Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung, eine empirisch-systematische Untersuchung, 2. unveränderte Auflage, Köln und Opladen 1968.

Markert, Werner (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, das Wirtschaftssystem, Graz 1965.

Marko, Kurt, Evolution wider Willen, die Sowjetideologie zwischen Orthodoxie und Revision, Graz, Wien, Köln 1968.

Meissner, Boris, Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa und China, Köln 1968.

Meissner, Boris, Triebkräfte und Faktoren sowjetischer Außenpolitik, in: Grundfragen sowjetischer Außenpolitik, hrsg. von Boris Meissner und Gotthold Thode, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1970.

Meyer-Dohm, Peter, Wirtschaftsordnungsmodelle und Wirklichkeit, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb und Bruno Molitor, 10. Jahr, Tübingen 1965, S. 141 - 154.

Oetinger, Bolko von, Die Bedeutung des westlichen Systems für die Außenpolitik der Großen Koalition unter besonderer Berücksichtigung der drei Westmächte, rer. pol. Diss. an der Freien Universität Berlin, Berlin 1972.

Oschlies, Wolf, Zum Entwurf des neuen Statuts der KPC, Entstehung, Diskussion und Text, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 12/1969, Köln, März 1969.

Pommer, Hans Jörg, Politik und Wirtschaft im Sowjetblock, dargestellt am Beispiel des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon), Mainz 1966.

Pritzel, Konstantin, Die Wirtschaftsintegration Mitteldeutschlands, Köln 1969.

Quaroni, Pietro, Russen und Chinesen, die Krise der kommunistischen Welt, Frankfurt am Main 1968.

Reimann, Günter, Der rote Profit, Preise, Märkte, Kredite im Osten, eine Reportage und kritische Untersuchung der Revision des Staatssozialismus, Frankfurt am Main 1968.

Revesz, Laszlo, Fünfzig Jahre Weltkommunismus, die Rolle der KPdSU, Bern 1967.

Schenk, Karl-Ernst, Verbesserte wirtschaftliche Planung in der DDR, in: Wirtschaftsdienst, wirtschaftspolitische Monatsschrift hrsg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, 46. Jg., 1966, H. 9, September 1966, S. 498 - 503.

Senghaas, Dieter, Horizonte einer Disziplin, in: PVS, 6. Jg., 1965, Heft 3, S. 375 - 410.

Schultz, Lothar, Aggression, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. I, Abbildtheorie bis Diktatur des Proletariates, Freiburg, Basel, Wien 1966, S. 74 - 89.

Storz, Henning, Die außenpolitische Konzeption der CDU in der Zeit der Großen Koalition, phil. Diss. an der Freien Universität Berlin, Berlin 1972.

Suchan, Karel, Das neue ökonomische System in der CSSR, Auf der Suche nach dem optimalen Verhältnis zwischen Plan und Markt, in: Wirtschaftsdienst, 46. Jg., 1966, Heft 12, Dezember 1966, S. 661 - 665.

Thalheim, Karl C., Höhmann, Hans-Hermann (Hrsg.), Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968.

Tinbergen, Jan, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen? in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz-Dietrich Ortlieb, 8. Jahr, Tübingen 1963, S. 11 - 20.

Triska, Jan F., Finley, David D., Soviet Foreign Policy, New York, London 1968.

Wiles, P. J. D., The Political Economy of Communism, Oxford 1962.

Wolfe, Thomas W., Die sowjetische Militärpolitik unter Breshnew und Kossygin, in: Schweizer Monatshefte für Politik, Wirtschaft, Kultur, 47. Jahr, Heft 3, Juni 1967, S. 211 - 226.

Zaleski, Eugène, Planning Reforms in the Soviet Union 1962 - 1966, an Analysis of Recent Trends in Economic Organization and Management, translated by Marie Christine Mac Andrew and G. Warren Nutter, Chapel Hill 1967.

Zotschew, Th., RGW-Länder, in: Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen 1970, S. 33 - 42.

L e b e n s l a u f

Am 10. Juni 1940 wurde ich in Graz geboren. Das Abitur legte ich 1961 am humanistischen Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz ab. Vom April 1961 bis März 1964 leistete ich meinen freiwillig auf drei Jahre verlängerten Wehrdienst.

Im Sommersemester 1964 begann ich das Studium der Politischen Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Im Herbst 1968 legte ich bei Prof. Kotowski im Hauptfach Internationale Politik die Diplomprüfung ab.

Seit Januar 1969 arbeite ich an dem Forschungsprojekt "Faktoren westdeutscher Außenpolitik heute" (Arbeitstitel), das von der Stiftung Volkswagenwerk finanziert wurde und unter der Leitung von Professor Baring stand. Mein Beitrag zu diesem Projekt besteht in der vorgelegten Dissertation "Die Ostpolitik der Großen Koalition und die sozialistischen Staaten".